Friedrich-Martin Balzer

»Prüfet alles, das Gute behaltet«

Marburg 2021
2. durchgesehene und korrigierte Auflage

**Auf Spurensuche u. a. nach Wolfgang Abendroth,
Erwin Eckert, Emil Fuchs, Kurt Julius Goldstein,
Hans Heinz Holz, Eric Hobsbawm, Robert Neumann,
Helmut Ridder und Wolfgang Ruge**

**Mit einem Geleitwort von Hans Heinz Holz
und einem Beitrag von Manfred Gailus**

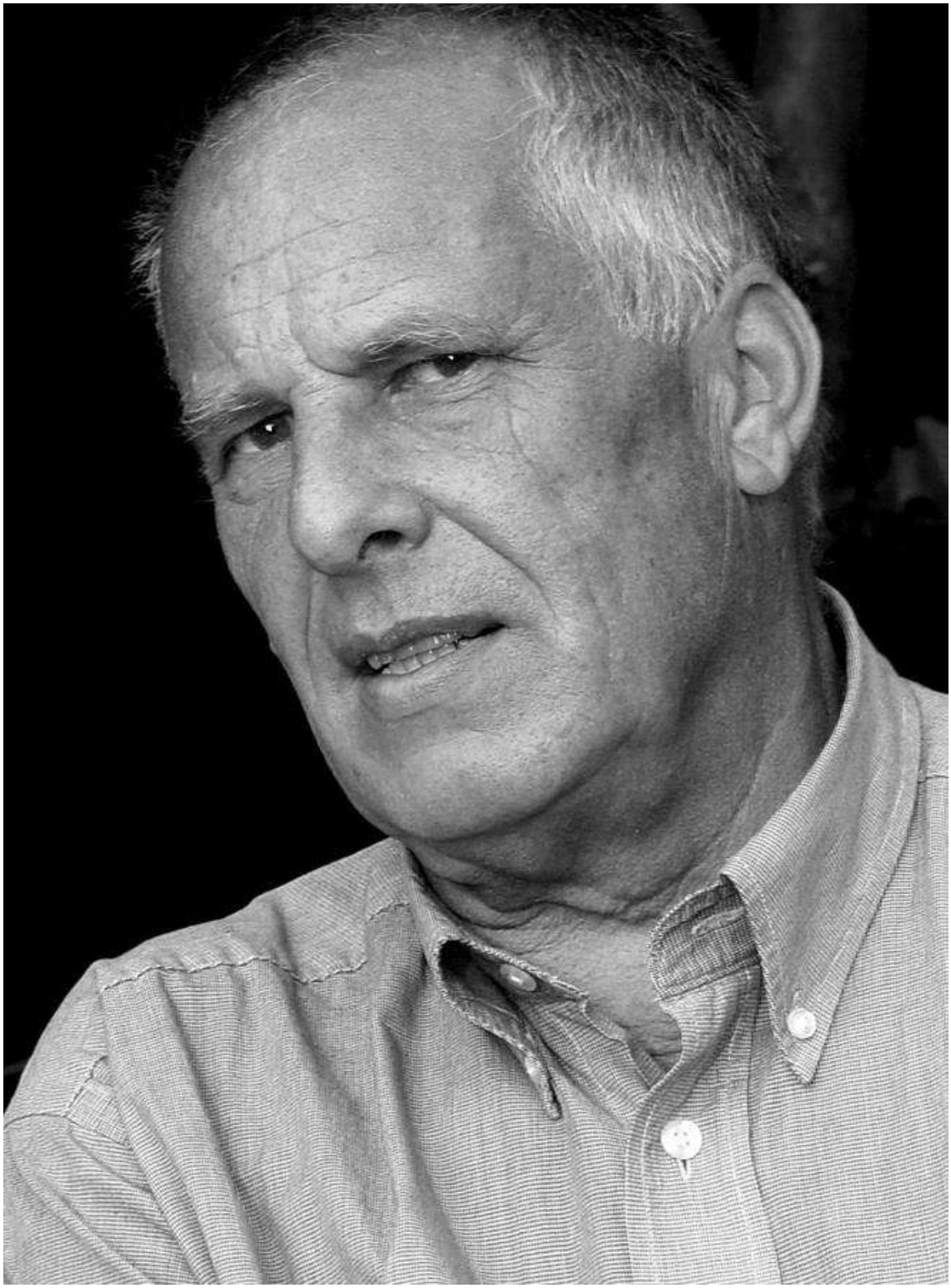
2. durchgesehene und korrigierte Auflage, Marburg 2021

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt*

Hans Heinz Holz: Kleine Eloge auf einen Freund 5
Erwin Eckert – Badischer Pfarrer und revolutionärer Sozialist (1893–1972) 9
Meine unterwanderten Jahre – Satirische Bemerkungen 27
Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten. Vorbemerkung 33
Emil Fuchs: Erbe der Französischen Revolution und des Roten Oktober 40
»Auf beiden Augen blind – immer noch!« Zur »Erklärung der Badischen Landeskirche« 65
»Es war Liebe auf den ersten Blick«. Grußwort zum 85. Geburtstag von Kurt Julius Goldstein 67
Kein Einzelschicksal. Trauerrede auf Wolfgang Eckert 70
Ein guter Jahrgang. Wolfgang Ruge schreibt Geschichte – Hobsbawm auch 77
Der Sohn von Pfarrer Samuel. Interview 79
Zwischen Gefängnis und Zuchthaus. Alltag des Erwin Eckert 82
Das war das Leben. Trauerrede für Juliane Eckert 98
Wolfgang Abendroth als literarischer Ratgeber der organisierten Studentenbewegung (1961–1967) 103
Persönliches und Politisches: Erinnerungen an Robert Neumann (1961–1975) 113
»Die Heldenrolle liegt mir nun wirklich nicht«. Wolfgang Abendroth im griechischen Widerstand 131
Der »revolutionäre Kommunist« Wolfgang Abendroth und der »kommunistische Christ« Erwin Eckert. Eine Parallel-Biographie 142
Wolfgang Abendroth Ein Marxist des 20. Jahrhunderts auch für das 21. 155
Dossier: Ehrendoktorwürde für Helmut Schmidt. Was würden Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder dazu sagen? 162
Hans Heinz Holz als Publizist. Ein Zwischenbericht 174
Wolfgang Ruge – Historiker in extremen Zeiten 188
Ein Leben für Wissenschaft, Recht und Frieden. Helmut Ridder (1919–2007) 208
Christliche Quereinsteiger haben es in der DKP schwer 217
Rückblicke und Einblicke in die 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Ein Fragebogen 221
Nach 50 Jahren: Der Düsseldorfer Prozeß. Die Friedensbewegung auf der Anklagebank des Kalten Krieges 232
Wider die falschen Götter im Himmel und auf Erden. Erinnerung an den deutschen Befreiungstheologen Erwin Eckert 241
Lehrer und Aufklärer. Helge Speith zum 80. Geburtstag 249
Eric Hobsbawms frühe publizistische Arbeiten zur Literatur (1944–1946) 256
Die Mitverantwortung des deutschen Protestantismus für Faschismus und Holocaust. Eine Streitschrift 261
Manfred Gailus: Iserlohner Pfarrersohn, Marburger Achtundsechziger und protestierender Post-Protestant. Friedrich-Martin Balzer zum Siebzigsten 288
Personenregister 302
Über die Autoren 313

* Die Seitenzahlen orientieren sich nach der PDF-Datei.



Friedrich-Martin Balzer 2003
Foto Brigitte Kustosch

Für Brigitte

Hans Heinz Holz:
Kleine Eloge auf einen Freund

Aus elterlichem Pfarrhaus kommend, dem jugendlichen Ungestüm Gestalt gebend in den Kämpfen der sechziger Jahre für die Erhaltung des Friedens und gegen die Notstandsgesetze, für die Reform der Hochschulen und gegen das Wiedererstarken faschistischer Ideologie, in die Strenge politisch-wissenschaftlicher Begriffsbildung Wolfgang Abendroths genommen, dieses vorbildlichen Lehrers und Menschen: das sind Wurzeln, aus denen eine Biographie wächst. Daß er, von Abendroth angeregt, als seinen ersten Forschungsgegenstand Erwin Eckert wählte, den protestantischen Pfarrer, der im Widerstreit zu seiner Kirche kommunistischer Funktionär wurde, hat logische Stringenz. Die drei Quellen und Bestandteile von Friedrich Martin Balzers Bildungsgang laufen fast paradigmatisch in einer Figur wie Eckert zusammen.

Das führte uns zuerst zueinander. Als Martin an seiner Dissertation arbeitete, übernahm ich im Wintersemester 1970–71 im Vorhof meiner späteren Berufung auf einen Philosophielehrstuhl die Vertretung einer vakanten Politologie-Professur. Ich hatte Eckert gekannt, als kommunistischen Genossen, und in der VVN eng mit ihm zusammengearbeitet. Da war es selbstverständlich, daß Abendroth Martin empfahl, mit mir Kontakt aufzunehmen. Aus diesem ersten Gespräch entstand eine Freundschaft, die nun vierzig Jahre währt.

Dauer ist eine Zeitform, in der sich Treue erweist. Als 1990 die Marburger Schule der Politikwissenschaft verebbte, wie das zurückweichende Meer nur die seichten Watten hinterlässt, blieb Martin wie ein Riff übrig, an dem sich der Wandel von Ebbe und Flut vergeblich abarbeitet. So konnte er, durch Wenden in der Zeit nicht gewendet, die Arbeit an der Erinnerung aufnehmen. Er sammelt, mit der akribischen Leidenschaft des Historikers, die bis ins kleinste erschlossenen Biographien und Texte der Protagonisten jener Kämpfe, die seine Jugend bestimmten, für Anfänger und Fortgeschrittene: Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und nun auch, wie ich dankbar hinzufüge, Hans Heinz Holz.[1] Zukünftige Studentengenerationen werden davon Gebrauch machen und im Zeitalter der Computer-Dateien kaum mehr ahnen, welche immense Mühe und Liebe zur Sache in dieser Erarbeitung des Materials steckt.

Es ist wohl nicht zufällig, welchen der Älteren Martins Neigung zugewandt ist. Eckert, Abendroth, Ridder, Holz – sie alle sind bürgerlicher Herkunft, haben eine [10] klassische bürgerliche Bildung genossen und sind aus emotionalem Engagement und theoretischer Einsicht zu Sozialisten, gar zu Kommunisten geworden. Sie alle haben den Klassensprung aus dem Bürgertum ins Proletariat oder an seine Seite vollzogen wie Martin selbst. Am stärksten ist wohl der auszuhaltende Widerspruch für den tätigen Theologen, wie es Eckert war, der als Landesvorsitzender der KPD gläubiger protestantischer Christ blieb.[2] Von Eckert schreibt Martin: »Ihn interessierte nicht die theologische Wahrheitsfrage, ob es einen Gott gibt, sondern ihn interessierte, wie ein möglichst breites Bündnis unter Einschluss der klassenkämpferischen Christen, welcher Konfession auch immer, praktisch geschmiedet werden kann.«[3] Zugleich zwei Welten anzugehören, ist die Situation in Epochen des Übergangs von einer Gesellschaftsformation zur anderen und ihrer Weltanschauung; das war in der frühchristlichen Spätantike so und in der Renaissance, in der das christliche Mittelalter ausklang. Menschen, die in diesen Zwischenwelten leben und

---

1 Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM, 2. Aufl. 2006, ders. Hans Heinz Holz für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM 2007, 2. Auflage 2009; ders. Helmut Ridder, Das Gesamtwerk. Werkausgabe in sechs Bänden, CD-ROM 3. Auflage 2009.

2 Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert – sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993. Darin Hans Heinz Holz, Achtung für eine Aporie, S. 359 ff.

3 Friedrich-Martin Balzer, Der »kommunistische Revolutionär« Wolfgang Abendroth und der »kommunistische Christ« Erwin Eckert. Eine Parallelbiographie. Erstveröffentlichung in diesem Band.

Partei für den Fortschritt ergreifen, sind ungeheuren Spannungen ausgesetzt.[4] Martins Sympathie gilt denen, die darin klare Haltungen einnehmen, den linken Theologen.[5] Die Amtskirche lehnt sie ab, bekämpft sie. Martin, im Geist der bekennenden Kirche und der Synode von Barmen aufgewachsen, hat er in seinen Büchern Bastionen für sie errichtet. Treue zur Sache, Treue zu den Freunden, Treue zu sich selbst.

In einer Welt, die dem tiefsten Sinn evangelischen Ethos zuwiderläuft, ist die Kirche als Institution in der Welt immer im Zwiespalt: Wie kann sie ihr geistliches Wesen wahren und zugleich in der Welt des Bösen wirken? Durch das ganze Mittelalter zieht sich der Gegensatz zwischen Spiritualen und Papstkirche.[6] Luther widersteht der kirchlichen Autorität und fügt sich der weltlichen.[7] Martin wurde in diesen Zwiespalt hineingeboren. In einer Gemeinde 1940, deren Pfarrer der Bekennenden Kirche angehörte, war der Zwiespalt zwischen Widerstand und [11] Anpassungszwängen alltäglicher Lebensinhalt und mußte in einer dauernden Zerrissenheit des Gefühls ausgehalten werden. Auch ein Kind bekam das mit, wenn auch kaum bewusst. Nach der Befreiung 1945 begann die Phase der Selbstprüfung. Zwischen Selbstgerechtigkeit und Zerknirschung gab es bösartige Kontroversen[8]. Martin Niemöllers theologisch sicher richtige, historisch falsche These von der Kollektivschuld[9] erregte die Gemüter. Wie viele Gespräche im Pfarrhaus mag es darüber gegeben haben? In dieser Atmosphäre wuchs Martin auf.

Wie schnell brach dann der Riss zwischen den Widerständlern auf. Der Kommunismus stand vor den Toren. Ein christliches Abendland, wenn auch der Ideologie nach katholisch, der Struktur nach kapitalistisch[10], galt es zu retten. Ein bekennender Christ, Otto Dibelius, unterzeichnete als Ratsvorsitzender der EKD 1956 für die (damals noch gesamtdeutsche) EKD den Riss mit der Bundesregierung. Die DDR nannte Dibelius daraufhin einen »NATO-Bischof«. Die evangelische Kirche ordnete sich bei der gegen das Potsdamer Abkommen geschaffenen Bundeswehr wieder einmal der Macht unter, sogar der Macht des katholischen Triumvirats Adenauer, de Gasperi, Schumann. Und wieder gab es eine Minderheit, die Widerstand leistete. Karl Barth war ihr geistiger Orientierungspunkt.

In dieser Zeit war Martin Schüler, wurde Student. Es waren die hoffnungsvollen Jahre, als die Jugend aufsässig wurde gegen die Väter, die sich im Fernsehsessel zurücklehnten und bequem im Wirtschaftswunder einrichteten, das doch nur eine Neuauflage des Kapitalismus war, der ins Unheil geführt hatte. Die Wachen unter den Jungen wollten verstehen, was geschehen war und was geschah. Der Vietnamkrieg erschütterte sie, die Atombewaffnung ängstigte sie, der Lehrbetrieb an Schulen und Universitäten lieferte ihnen keine Antworten. Politologie wurde ein Massenstudium, die Ernsthafteren suchten dazu ein methodisches Instrumentarium in der Geschichtswissenschaft. Das thematische Interesse richtete sich auf die Gegenstände, aus denen man Verständnis und Verhaltensorientierung für die Gegenwart gewinnen konnte.

Bei den Aufgeregten verlief sich dieses Interesse nach einigen Jahren. Martins Publikationen waren immer sachlich, ruhig, rational gewesen, seine Leidenschaft für das Gerechte und Wahre

---

4 Vgl. Ernst Bloch, Zwischenwelten in der Philosophiegeschichte, Gesamtausgabe Band 12, Frankfurt am Main 1977. Dazu Hans Heinz Holz, Erbe und Novum. In: Bloch-Almanach 25/2006, S. 21 ff.

5 Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR (Karl Kleinschmidt, Hanfried Müller, Gert Wendelborn), Bonn 1997.

6 Hans Heinz Holz, Die große Räuberhöhle. Religion und Klassenkämpfe im christlichen Mittelalter, Bielefeld 1999.

7 Rosemarie Müller-Streisand, Luthers Weg von der Reformation zur Restauration, Halle 1964.

8 Hanfried Müller, Erfahrungen, Erinnerungen, Gedanken. Schkeuditz 2010.

9 Siehe dazu Karl Jaspers, Die Schuldfrage, Heidelberg 1946.

10 Joseph Ratzinger (Benedikt XVI) bestätigt schon für Bonaventura: »Damit widerfährt dem Primat etwas, was uns zwar heute selbstverständlich ist, was aber keineswegs aus seinem Wesen folgt. ... De facto wird damit der Umschlag in die moderne Kapitalwirtschaft angebahnt.« Offenbarungsverständnis und Geschichtstheologie Bonaventuras, Freiburg/Br. 2009. Ein beachtliches Zeugnis aus der Feder des Papstes.

war nie exaltiert, sie kam aus einem harten Kern, der unerbittlich ist. Seiner weichen, verletzlichen Seele hat diese Konsequenz manche Wunden zugefügt, aber er hat nie gewankt, wenn er etwas für nötig befunden [12] hatte. Ich habe selten Menschen wie ihn kennen gelernt, denen Opportunitätsrücksichten so fern lagen, gar keine Verführung darstellten. Als Motto könnte man über sein ganzes Leben schreiben: Widerstand gegen Anpassung, Widerstand bis zur Widerborstigkeit. Getragen und gestützt wird er dabei seit 1989 von seiner Lebensgefährtin Brigitte Kustosch.

Was im Alltag Zuverlässigkeit, ist in der Wissenschaft Genauigkeit. Martins Arbeiten sind penibel bis in jedes Detail. Was bei ihm gedruckt steht, ist präzis recherchiert, wohlüberlegt in Zusammenhänge gestellt, eine verlässliche Quelle. Das ist eine bei Historikern selten gewordene Tugend. Die Kirchenhistoriker, meist selbst in kirchliche Bindungen einbezogen, schreiben aus der Sicht ihrer konfessionellen oder institutionellen Zugehörigkeit. Das muss nicht falsch sein, aber färbt das Bild und oft genug verleitet apologetische oder polemische Absicht zur Entstellung der Tatsachen. Martin macht stets klar, für welche Position er Partei ergreift, aber man hat nie den Eindruck, daß er Tatsachen tendenziös berichtet oder gar verzerrt oder verdrängt. Es ist diese Kombination von Richtigkeit des Ermittlungsergebnisses und moralischer Empörung, wo es Anlass dazu gibt, die seine Publikationen so bemerkenswert macht. Wenn einmal aus späterer Sicht über die Geschichte des Protestantismus in Deutschland während des Jahrhunderts des kampferfüllten gesellschaftlichen Formationsübergangs geforscht werden wird, stehen seine Bücher und Aufsätze als Fundgrube von höchstem Zuverlässigkeitsgrad zur Verfügung.

Der Historiker Balzer verstand von Anbeginn seines Studiums, daß der Faschismus die terroristische Herrschaftsform des Kapitalismus ist. Sein Antifaschismus konnte sich nicht auf die moralische Verurteilung des Unrechts beschränken, sondern mußte in erster Linie den gesellschaftlichen Ursachen gelten. Das heißt: Dem Kapitalismus ein System mit menschlicher Perspektive entgegensetzen. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß Martin Sozialist wurde, wie jene Theologen, denen sein Arbeitsinteresse sich zuwendete. Selbstverständlich, wenn man Wolfgang Abendroth nicht nur zum akademischen Lehrer hatte, sondern auch als gedanklichen Wegweiser und menschliches Vorbild wählte. Nicht ganz so selbstverständlich ist es, wie sich gezeigt hat, daß man diese Einstellung im Wandel der Zeiten und Opportunitäten auch durchhält. Martin ist immer geblieben, als der er angetreten ist, aus Entscheidungen, die auf Gründen beruhten. Wahrheiten sind nicht beliebig wandelbare; was man einmal in der Substanz als wahr erkannte, wird nicht unwahr, weil die akzidentiellen Umstände dazu in Widerspruch geraten. Als politischer Historiker hat Martin seine Wissenschaft in Lebenshaltung umgesetzt.

Wenn der Grundton seiner Lebenshaltung, im öffentlichen Wirken wie im privaten Empfinden, die Erhaltung von Frieden und Demokratie, die Herstellung [13] einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist, dann der Oberton die Geschichte des politischen Protestantismus in unserer Zeit. Es gibt offenbar eine Affinität zwischen Martin, dem Streiter für eine sozialistische Zukunft, und den evangelischen Theologen, denen seine Studien gelten. Ich weiß nicht einmal, ob Martin sich noch religiös betroffen fühlt, sicher nicht im Sinne der Institution Kirche. Zwischen uns hat es in Wissenschaft und Politik so wenig eine Rolle gespielt, daß nie die Sprache überhaupt darauf kam. Die Affinität Martins ist eine Gemeinsamkeit in der Unbedingtheit von Gewissensentscheidungen. Die Theologen, denen er sich zuwandte, waren – bzw. sind – Kommunisten, weil sie das politische Programm der klassenlosen Gesellschaft bejahen und mit ihrem Glauben in Übereinstimmung finden. Sie sind es auch, weil sie die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte im Sinne des historischen Materialismus akzeptieren. Darin ist der Widerspruch auszuhalten, an der Seite einer politischen Partei zu stehen, die aus erkenntnistheoretischen und also auch politischen Gründen jede Religion für falsches Bewusstsein hält. Im Gegensatz von historischem Materialismus und christlichem Offenbarungsglauben persönliche

Integrität zu bewahren, erfordert eine äußerste Anstrengung dessen, was Kant das moralische Gesetz in uns genannt hat. In dieser Einstellung hat Martin, meine ich, die den Gegensatz bekennenden Theologen erkannt und geschätzt. Darum hält er es für eine Pflicht der Geschichtsschreibung, sich auf Spurensuche zu begeben, ihr Beispiel nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Martin war Lehrer. Schüler, Eltern und Kollegen, die davon berichten, sagen, daß er ein guter Lehrer war. Das Beste, was einen Lehrer auszeichnen kann, ist dies, daß er den Jüngeren in der einen oder anderen Hinsicht ein Vorbild gewesen ist. So habe ich Martins Haltung immer empfunden, auch in der Wirkung auf Menschen, denen die Offenheit für den Anspruch solcher Vorbildlichkeit abhandengekommen ist; sie können nicht umhin, beeindruckt zu sein. Aus seiner wissenschaftlichen Leistung entspringt die Achtung, aus seiner Lebenshaltung der Respekt und die Freundschaft zu ihm.

[14]

Erwin Eckert – Badischer Pfarrer und revolutionärer Sozialist (1893–1972)*

Zwei Jahrzehnte nach dem Tode jenes badischen Pfarrers, der zu seinen Lebzeiten als Kirchen- und Volkstribun sowie durch seinen Beitritt zur Kommunistischen Partei Deutschlands spektakuläres Aufsehen erregte, ließ ein anderer Pfarrer in den »Badischen Neuesten Nachrichten« eine Anzeige erscheinen: »Wir danken Erwin Eckert ...« Dank gebühre ihm, weil er aus christlichem Verantwortungsbewusstsein die Opfer unter dem Rad nicht nur verbunden habe, sondern dem Rad selbst in die Speichen gefallen sei. Das Bild des schicksalhaft rollenden und dennoch aufhaltsamen Rades der Geschichte war einem von Dietrich Bonhoeffer 1933 entwickelten Gedanken entlehnt und traf sich mit dem Wahlspruch, den sich Eckert gewählt hatte und den er stets zu verwirklichen trachtete: *Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben!*

Über Erwin Eckert existieren auch gänzlich andere Urteile, geprägt von weitgehender Ablehnung oder Kenntnislosigkeit und Unverständnis. Was den einen als Hoffnung verkündendes Zeichen gilt, die der »christliche Kommunist« zu setzen sich bemühte, bedeutet anderen lediglich ein verdammungswürdiges Ärgernis, das der »kommunistische Christ« errege. Tatsächlich bündeln sich im Lebensweg und in den Handlungen Eckerts nahezu alle Spannungsfelder der jüngeren deutschen Geschichte, gleich ob es sich um die gravierenden Probleme von Krieg und Frieden, von Menschlichkeit und Barbarei, von sozialem und demokratischem Rechtsstaat oder von Hoffnung und Resignation handelte. »Ärgernis und Zeichen« – so lautet denn auch folgerichtig der Titel des bislang ersten Versuches (durch den Verfasser), das Wirken Eckerts umfassend zu würdigen.

Erste Lebensentscheidungen

In Zizenhausen, einer Bauerngemeinde des Kreises Bretten im damaligen Großherzogtum Baden, kommt Erwin Eckert am 16. Juni 1893 zur Welt. Er ist das erste [15] Kind des Hauptschullehrers Georg Ludwig Eckert und seiner Frau Emma, die ebenfalls einer Lehrerfamilie entstammte. Seine Eltern, die noch weitere sieben Kinder haben werden, gehörten zu jenen Kreisen in Baden, die sich gern der revolutionären Jahre 1848/49 erinnerten und entschieden republikanisch-demokratisch gesinnt waren. Vor allem die Eindrücke aus seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Armenpfleger ließen den Vater sich der deutschen Sozialdemokratie zuwenden. Als Erwin das sechste Lebensjahr erreicht, wird sein Vater an eine Volksschule der Neckarvorstadt von Mannheim versetzt. Von 1907 an leitet er für zwei Jahrzehnte das städtische Waisenhaus »Wespinstift«. Dessen vielfältige Probleme bestimmen weitgehend das Leben der ganzen Familie.

Mit wachem Blick sammelt der Junge in diesem Umfeld seine ersten Eindrücke von den deutschen Verhältnissen um die Jahrhundertwende. Aus ihnen erwächst frühzeitig ein starkes, auch später niemals aufgegebenes soziales Gerechtigkeitsempfinden. Es soll für ihn lebensbestimmend werden. Seinen Charakter formten Barmherzigkeit und Hilfsbereitschaft, Aufrichtigkeit und ein unbedingter Wille, einer als richtig erkannten Sache treu zu bleiben und ihre Belange selbstlos-hartnäckig zu verfolgen. Nach dem Besuch des Mannheimer humanistischen Karl-Friedrich-Gymnasiums entscheidet er sich für ein Studium der Theologie. Gleichzeitig folgt er dem Beispiel

* Noch während meiner aktiven Zeit als Studienleiter an einem Privatgymnasium erreichte mich die Bitte des Kohlhammer Verlages, einen Beitrag in den Lebensbildern aus Baden-Württemberg über Erwin Eckert zu schreiben. Angesichts der Zeitnot bat ich Manfred Weißbecker um seine Ko-Autorenschaft. Obwohl noch während der Dienstzeit abgeliefert, erschien der Beitrag erst 1998. Die ursprüngliche Kennzeichnung der Zitate in kursiv wurde beibehalten. In: Lebensbilder aus Baden-Württemberg. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, herausgegeben von Gerhard Taddey und Joachim Fischer, 19. Band der als Schwäbische Lebensbilder eröffneten Reihe, W. Kohlhammer Verlag Stuttgart 1998, S. 523–549.

des Vaters: Er tritt 1911 der SPD bei. An den Universitäten in Heidelberg, Göttingen und Basel studiert er u. a. bei den Professoren Windelband, Husserl, Troeltsch, Bauer und Wobbermin. Dozent für Religionsphilosophie und Religionsgeschichte zu werden, ist sein Ziel, aber mit Interesse verfolgt er auch volkswirtschaftliche Vorlesungen. Ihm wird klar: *Christusarbeit heißt Arbeit für die anderen, für die Gesamtheit bis zum letzten Atemzuge.*

Als der Erste Weltkrieg ausbricht, meldet er sich sofort als Freiwilliger. Begeistert wie fast seine ganze Generation zieht er blindlings auf die Schlachtfelder Europas. Gleich vielen anderen unterliegt auch der junge Sozialdemokrat und Theologiestudent dem Irrglauben, es handele sich bei diesem von der deutschen Reichsleitung »gewollten Raubkrieg« und dem ersten Griff nach der Weltmacht um nichts anderes als um eine hehre »Verteidigung des Vaterlandes«. Schrecken und Ernüchterung kommen jedoch bald über ihn. Aus den in Schützengräben gesammelten Erfahrungen erwächst seine erste große Lebensentscheidung, die er nie korrigieren wird. Seine »Impressionen aus dem Ersten Weltkrieg« – aufgeschrieben in der Gefängnishaft 1933 und 60 Jahre später erstmals im Buch »Ärgernis und Zeichen« veröffentlicht – belegen, wie er sich seit 1916 zu einem entschiedenen Kriegsgegner wandelt.

Nach mehrfachen Verwundungen kehrt Eckert als Leutnant der Reserve aus dem Krieg in den Hörsaal zurück. Er besteht im September 1919 das zweite theologische Staatsexamen und wird sofort in die Reihe der Pfarrkandidaten aufgenommen. Am 12. [16] Oktober 1919 beginnt er als Vikar in Pforzheim zu wirken. 1920 heiratet er Elisabeth Setzer, eine fünf Jahre jüngere Nachbarstochter, mit der er seit langem befreundet ist und die unter vielfach schwierigsten Bedingungen ihr Leben lang an seiner Seite stehen wird. Aus der Ehe geht der Sohn Wolfgang hervor, der 1922 geboren wird.

In seiner Stellung als Vikar kann der inzwischen sechsundzwanzigjährige Eckert daran gehen, zugunsten jener wirksam zu werden, die in der bestehenden Gesellschaft benachteiligt sind, die in Armut und Elend leben. Aus dem sozialen Engagement erwächst das politische; beide durchdringen sich und kennzeichnen seine Tätigkeit von Anfang an. Aus der als sündhaft erkannten Welt will er nicht fliehen, weder in eine fromme Traumwelt noch in ein geschäftstüchtiges Arrangement mit den bestehenden Lebensbedingungen. Der *Protest im parteilichen Einstehen für Gottes Herrenrecht über seine Schöpfung im Zeichen der Liebe* (Gert Wendelborn) gerät ihm zum tiefsten Grund einer Absage an die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Er will mahnen, aufrütteln, zum Verändern menschenunwürdiger Zustände ermuntern. So nehmen sein Denken und Handeln zunehmend nicht allein antimilitaristische, sondern auch antikapitalistische Züge an. Und er wagt es, mit der kritisch beobachteten Wirklichkeit zugleich die bestehende Kirche kritisch zu hinterfragen. In der Pforzheimer »Freien Presse« schreibt er 1920, sich erstmalig an die Öffentlichkeit wendend: *Die evangelische Kirche darf nie mehr für den Krieg predigen. Sie soll künden von allen Kanzeln und bei allen Gelegenheiten: Völkerversöhnung und Völkerfrieden.* Und weiter: *Die evangelische Kirche darf den aus der kapitalistischen Wirtschaftsform immer wieder genährten Egoismus und die kalte Gleichgültigkeit gegen das von der kapitalistischen Wirtschaftsform verursachte Elend nicht dulden, sondern muss laut dafür eintreten, daß eine bessere, dem Brudersinn Jesu entsprechende Gestaltung unseres Wirtschaftslebens eintrete.* Zusammen mit den Lehrern Reinmuth und Heck gründet er im gleichen Jahr den »Bund evangelischer Proletarier«, der sich rasch mit dem badischen »Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten« vereinigt.

Im September 1922 geht Eckert als Diasporapfarrer nach Meersburg am Bodensee. Vier Jahre verbringt er hier, Jahre angestrengter Überlegungen und ausreifender Programmatik, wachsender Aufgaben und zunehmender Anerkennung im Kreise Gleichgesinnter. Immer stärker und klarer tritt er für eine neue *Ordnung der Gerechtigkeit, des Friedens und der brüderlichen Gemeinschaft* ein. Rasch wächst er in die Rolle eines redegewandten, populären Wortführers linksorientierter Christen hinein, zunächst in Süddeutschland, schließlich im Reich. Dank der von Eckert 1924 in

Meersburg herbeigeführten Zusammenfassung der religiös-sozialistischen Strömungen in der »Arbeitsgemeinschaft der Religiösen Sozialisten Deutschlands« kommt es 1926 zur Konstituierung des »Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands«. Dessen badischer Landesverband nimmt in [17] ihm nicht zuletzt unter Eckerts überragendem Einfluss einen gewichtigen Platz ein. In Baden wird nicht allein die Geschäftsstelle des Bundes angesiedelt, hier erscheint auch das Bundesorgan »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« sowie die ab 1929 von Eckert mitherausgegebene »Zeitschrift für Religion und Sozialismus«. Von den fünf Bundeskongressen finden allein vier in Süddeutschland statt: 1924 und 1926 in Meersburg, 1928 in Mannheim und 1930 in Stuttgart. Drei der Tagungsorte sind zugleich identisch mit der jeweiligen beruflichen Wirkungsstätte Eckerts. Von den 210 Delegierten des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1930 vertritt lediglich einer aus Baden die Religiösen Sozialisten, noch dazu als einziger Sozialdemokrat in den Reihen des evangelischen Kirchenparlaments. Es ist Erwin Eckert, der jedoch seine angekündigte Rede »Kann die evangelische Kirche erneuert werden?« nicht halten darf.

Nachdem ihm am 1. Januar 1926 die Schriftleitung des wöchentlich erscheinenden Bundesorgans der Religiösen Sozialisten übertragen wird, gelingt es Eckert, dessen Auflage von 2.000 auf 17.000 Exemplare bis zur Mitte des Jahres 1931 zu steigern. Im »Sonntagsblatt« veröffentlicht er selbst bis zum Oktober 1931 zahlreiche Aufsätze, Predigten, Berichte und Reden. Neben Emil Fuchs und Bernhard Göring gehört er zur Bundesleitung, die er schließlich von 1928 bis 1931 als geschäftsführender Bundesvorsitzender vertritt. In dem Maße, wie sich sein Weltbild festigt, seine Hoffnungen auf eine neu zu gestaltende Gesellschaft wachsen und revolutionärsozialistischen Charakter gewinnen, sucht er – teilweise gegen erhebliche innerverbandliche Widerstände – auch den Bund auf seine Positionen hin zu orientieren.

Für eine Gesinnung des Friedens

Eckerts Gedankenwelt kreist vor allem und immer wieder um die Frage, wie eine Wiederholung des mörderischen Krieges zu verhindern sei. Im Mitteilungsblatt der Deutschen Friedensgesellschaft Süddeutschlands beklagt er im Oktober 1926, daß die Forderung »Nie wieder Krieg« noch keine Selbstverständlichkeit geworden sei, obwohl dies gerade unter Christen der Fall sein sollte. *Nicht einmal die Christen in allen Völkern sind davon überzeugt, daß kein Krieg mehr sein wird und daß sie alles für den Frieden tun müssen.*

Er ruft dazu auf, daß alle *vernünftig Denkenden, alle wirtschaftlich Erfahrenen, alle kulturell Empfindenden, alle sittlich und religiös Bestimmten* danach trachten sollten, einen *neuen Krieg* zu verhindern. Als Mitglied der Sozialdemokratie, deren linkem Flügel er angehört, rückt er in einem mit »Klarheit« überschriebenen Aufsatz des gleichen Jahres ab *von den bürgerlich pazifistischen Kreisen, die in überströmender Menschlichkeit und Rührung Friede und Versöhnung predigen, ohne den Sozialismus zu bejahen.*

[18] Mitte der zwanziger Jahre beginnen Eckerts kirchliche Vorgesetzte, Missfallen zu äußern und ihn abzumahnen. Der Evangelische Oberkirchenrat in Baden erteilt eine erste Strafe. Weil der sich für die Sozialdemokratie engagierende Pfarrer die Parteinahme des Kirchengemeinderates von Mannheim und des Oberkirchenrates für die Wahl des Generals von Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl von 1925 kritisiert, wird ihm eine Geldstrafe von 50,- RM auferlegt. Als in Deutschland 1925/26 eingehend um die Forderung nach einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten gestritten wird, erhält er den »wohlgemeinten Rat«, sich einer öffentlichen Haltung zugunsten dieser Forderung zu enthalten. Daraufhin schreibt er am 10. August 1926 an den Oberkirchenrat, ein Verbot, über die Enteignung der Fürsten zu reden, stelle seine persönliche Freiheit als Staatsbürger in Frage und wolle ihn zu einer Ansicht zwingen, die sich nicht aus dem Evangelium begründen lasse: *Angesichts der Kriegsbeschädigten und Kriegsverwaisten, angesichts der durch die Inflation Enterbten und Beraubten unseres Volkes, angesichts der Arbeitsinvaliden und der vom Lebenskampf Zerbrochenen protestieren wir gegen die*

Verschleuderung von Volksgut an die Fürsten, bedauern wir nach wie vor auf das tiefste die verfehlte Stellungnahme großer kirchlicher Verbände und stehen als religiöse Sozialisten auf dem Standpunkt, daß es eine Versündigung im Geist des Evangeliums ist, Millionäre zu schaffen, solange das Geld den höchsten Wert des Lebens darstellt und Menschen aus Hunger heraus sich selbst das Leben nehmen müssen. Verärgert beobachtet er, wie politisch weit rechtsstehende Pfarrer ungehindert tätig sein dürfen, er aber daran gehindert werden soll, als evangelischer Christ zu erklären: *Der Kaiser hätte hören können, was Gott ihm und seinen Fürsten 1918 deutlich genug gesagt hat: Deine Zeit ist vorbei, Eure Zeit ist vorbei, gebt dem Volke, was des Volkes ist. Du sollst nicht stehlen.* Und bedauernd fügt er hinzu: *Wenn wir 1918 eine Revolution gehabt hätten, dann gäbe es heute keine Unruhe mehr über die Fürstenenteignung.*

Die Veranstaltungen, in denen er auftritt, finden großen Zuspruch. Viele wollen den begnadeten Redner hören, seine Argumente prüfen oder sich in den eigenen Auffassungen bestärken lassen. Der Konzilssaal in Konstanz ist überfüllt. Ähnliches zeigt sich in Singen, St. Georgen, Überlingen, Böhringen und Radolfzell. Am Vorabend des Volksentscheides vom 20. Juni 1926 über die Fürstenabfindung tritt Eckert gemeinsam mit Rudolf Breitscheid auf einer Massenkundgebung mit 10.000 Menschen in Stuttgart auf, über die die »Schwäbische Tagwacht« schrieb: *Vor allem war es der tapfere sozialistische Stadtpfarrer Eckert aus Meersburg, der diese Zugkraft ausgeübt hatte. Bei seinem Erscheinen wurde Stadtpfarrer Eckert mit stürmischem Beifall begrüßt.* Die Beliebtheit Eckerts in seiner Merseburger Gemeinde spiegelt sich auch in dem Ergebnis der Synodalwahlen von 1926 wider, als die Liste des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten in Meersburg 63% der Stimmen erhält, während ihr Anteil im gesamten Kirchenbezirk Konstanz nur [19] 13% beträgt. Als er Ende des Jahres 1926 seine Tätigkeit in Meersburg beendet und nach Mannheim geht, respektiert die »Konstanzer Zeitung« seinen persönlichen Wunsch, in einer Großstadt und unter Arbeitern wirken zu können, mit großem Bedauern. Pfarrer Eckert, so heißt es, sei *ein außergewöhnlicher Mensch, der während der Zeit seines Hierseins sich in rastloser Arbeit und jugendfrischen Freimut, unbekümmert um die Meinung anderer, für seine Ideen eingesetzt hat. Es ist deswegen sehr begreiflich, wenn vor allem die unteren Bevölkerungsschichten ihn ungern verlieren, da sie ihm vielfach Besserung ihrer Lage zu verdanken haben.*

Mit den Erfolgen erwachsen die Auseinandersetzungen mit dem Kirchenregiment, das nach wie vor überwiegend deutschnational geprägt ist. Am 21. Juni 1929 wird das erste von drei Kirchlichen Dienstgerichtsverfahren gegen Eckert abgehalten und führt wegen *bewusster Verächtlichmachung der Kirche* zur Ordnungsstrafe der Verwarnung. Verteidiger in allen Dienststrafverfahren ist der Mitschöpfer der badischen Landesverfassung und in der Weimarer Republik berühmte Karlsruher Strafverteidiger und religiöse Sozialist Dr. Eduard Dietz. Doch auch zu seiner Partei gerät Eckert zunehmend in Widerspruch. Der erste größere Konflikt bricht aus, als die Führung der SPD ihre noch im Wahlkampf erhobene Forderung »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« nach dem Sieg bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 über Bord wirft. Er erwartet von ihr, die *Initiative zu ergreifen, das Volk aufzurütteln, aufzureißen aus seiner Gleichgültigkeit – eine unerhörte Propaganda zu machen für den Frieden, gegen nationale Rüstungen und Kriegsvorbereitungen!* Seinem Gewissen und dem Wahlspruch seines Lebens folgend, unterstützt er das von der KPD initiierte Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau.

In der sich 1929/30 anschließenden innerparteilichen Debatte um ein neues Wehrprogramm der SPD strebt Eckert eine schrittweise *Abschaffung der Wehrmacht* an. Ebenso setzt er sich energisch für eine Revision der Schulbücher und der Lehrmittel ein, gegen *ihre militaristische und nationalistische Tendenz* und für die systematische *Förderung des Friedensgedankens in Unterricht und Öffentlichkeit.* Akute Kriegsgefahr hebe alle aus praktisch-politischen Erwägungen heraus auferlegte Selbstbeschränkung auf und verlange eine entschlossene Stellungnahme

gegen die Kriegsbeteiligung Deutschlands in der Front irgendeiner bürgerlich-kapitalistischen Allianz, verlangt Kriegsdienstverweigerung.

Entschieden gegen »Nationalgötzen« und unchristlichen Rassismus

Von Eckerts Sicht auf die sich in der großen Weltwirtschaftskrise zuspitzenden Konflikte, von seinen Auseinandersetzungen mit der aufsteigenden NSDAP, mit seinen Kirchenoberen und mit dem offiziellen Kurs seiner Partei zeugt eine geradezu beschwörende Rede, die er am 28. Dezember 1930 in Mannheim von [20] der Kanzel der Trinitatis-Kirche herab hält. Ihr schlichter, aber weitgreifender Titel lautet: »Rüstet ab«. Eckert will, daß besonders in der Weihnachtszeit von den Kanzeln aller Kirchen gepredigt und geredet wird *gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen.* Nach seiner zutreffenden Auffassung sei Deutschland *bereits über die Nachkriegszeit hinaus in die neue Vorkriegszeit hineingeraten.*

Enttäuscht, doch keineswegs resignativ beklagt er in dieser Rede, daß die neuen Gefahren zu wenig wahrgenommen würden. Weite Teile des Volkes hätten nicht nur alles vergessen; sie würden leider auch nicht erkennen, daß in Deutschland wieder damit begonnen werde, die Jugend *zum Kampf für die Freiheit* zu gewinnen, wo es doch allein um die Sicherung von Rohstoffquellen und um die angestrebte neue weltpolitische Machtstellung Deutschlands gehe. Sein Protest gilt der maßlosen Hetze gegen die zur Kriegsdienstverweigerung entschlossenen Männer. Mit aller Entschiedenheit – wie seine Freunde später meinen werden: auch von geradezu prophetischer Hellsichtigkeit – wendet sich Eckert gegen die *armselige Judenhetze,* gegen völkische Ideen und gegen die *Rassenhetze, die in einem grauenvollen Morden enden muss.* Der Mannheimer Rechtsanwalt Franz Hirschler, der Eckert gegenüber den Verleumdungen und Hasstiraden des »Völkischen Beobachters« vergeblich zu schützen versucht, wird später in Auschwitz umgebracht werden. Angesichts der wachsenden Wahlerfolge und des Aufstiegs der NSDAP warnt Eckert 1930/31 in unzähligen Reden eindringlich vor der nationalsozialistischen Bewegung, *die ihrer Theorie und ihrem Ziele nach durch und durch unchristlich, ja antichristlich ist und in der Maske des »positiven Christentums« die Kirche um den letzten Rest des Vertrauens bei allen nicht bürgerlich Frommen bringen muss.* Auf dem V. Kongress des Bundes der religiösen Sozialisten in Stuttgart erklärt er Anfang August 1930, die große Gefahr bestehe darin, daß man in Deutschland versuche, *durch einen vielstimmigen Appell an den Rasse-Instinkt, den Nationalkasse, an kleinbürgerliche Besitzerfreude und an den Militarismus, die Urteilslosen auch in der Arbeiterschaft zu einer Schutztruppe der kapitalistischen Front zu machen, deren imperialistische Gelüste, deren Schrei nach der bürgerlichen Diktatur nur noch mühsam verheimlicht und unterdrückt werden kann.*

Die kritische Sicht auf die Probleme seiner Zeit treibt Eckert zu gesteigerter politischer Aktivität. Vor allem engagiert er sich in den Auseinandersetzungen vor der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Das Ergebnis der Septemberwahlen, bei der die NSDAP ihren Stimmenanteil nahezu verachtfachten kann, ruft ihn verstärkt auf den Plan. Zwischen Ende November 1930 und Ende März 1931 – am 6. Februar war er vom Dienst suspendiert worden – spricht Eckert auf 71 Veranstaltungen vor mehr als 70.000 Menschen. Gleichzeitig veröffentlicht er im »Klassenkampf«, dem Organ der innerparteilichen linken Opposition, klarsichtige Analysen des heraufziehenden Faschismus. Auch sie zeigen, in welch hohem Maße [21] er die zentralen gesellschaftlichen Probleme seiner Zeit theoretisch zu erfassen verstand. Wie auf der Kanzel zeigt er sich auch auf den Tribünen als ein glänzender, überzeugungsstarker Redner. Im Zeichen des Christuskreuzes argumentiert er gegen das Hakenkreuz, insbesondere gegen das soeben erschienene Buch »Der Mythus des 20. Jahrhunderts« von Alfred Rosenberg: *Gott ist es, der das Herz aller Menschen, die ihm begegnet sind, auf die gleiche Weise bewegt, erschüttert, ergreift, zur Buße zwingt – auch das Herz eines Russen, eines Chinesen, eines Schwarzen ... Die gläubigen*

Christen in allen Völkern und Rassen meinen dasselbe, wenn sie Gott nennen. Die Nationalsozialisten aber, ihre Führer, sprechen vom deutschen Gott, der den arischen Menschen ausersehen habe zum Retter der Menschheit. Adolf Hitler spreche von den Schwarzen und Gelben als von Halbaffen. Der christliche Glaube dagegen sehe jeden Menschen, gleichgültig welcher Rasse, als Gottes Geschöpf an. Und ganz grundsätzlich heißt es bei ihm: *Christlicher Glaube weiß von solchen Nationalgötzen nichts, nach ihm gibt es auch keine Erwählung irgendeiner Rasse. Wir stellen an die Stelle des Rasanten das Menschentum. Das Göttliche, das durch Gott in jedem Menschen Aufgerufene, soll die Menschheit befreien, nicht irgendeine Rasse, irgendein Volk.*

Dem ersten kirchlichen Dienstgerichtsverfahren, ausgelöst durch die von Nazis organisierte Saalschlacht in Neustadt a. d. H., bei der Eckert zum Thema »Die große Lüge des Nationalsozialismus« spricht, folgen ein Redeverbot und das zweite Verfahren. Dieses beginnt am 4. Februar 1931 und führt bereits zwei Tage darauf zu einer vorläufigen Amtsenthebung Eckerts. Ihm wird vorgeworfen, *gegen den angeblich (sic!) arbeiter- und Christentums feindlichen Nationalsozialismus zu Felde zu ziehen.* Das am 14. Juni 1931 ergehende Urteil bekräftigt das zu Beginn des Jahres verhängte Redeverbot. Eckert wird wegen »Unbotmäßigkeit« im Dienstalter um sechs Jahre zurückgesetzt und somit zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt. Wäre nicht im Vorfeld des Gerichtsverfahrens vom 14. Juni 1931 eine breite Welle der Solidarität zustande gekommen, bei der über Hunderttausend badische Bürger mit ihrer Unterschrift die Wiedereinsetzung des suspendierten Pfarrers in sein Amt forderten, hätte er wohl bereits im Juni 1931 seine Kanzel verloren; am Willen des Evangelischen Oberkirchenrates mangelt es jedenfalls nicht. Ein halbes Jahr später – nachdem Eckert seine wichtigste Lebensentscheidung getroffen hat – wird er am 11. Dezember 1931 endgültig, unehrenhaft und ruhegehaltslos aus dem Dienst der Evangelischen Kirche Badens entfernt.

In der historischen Retrospektive erweist sich: Der »Fall Eckert« ging weit über Persönliches hinaus. Er betraf keineswegs diesen einen Pfarrer und sein individuelles Verhalten. Aus ihm war ein »Fall« des deutschen Protestantismus geworden, den auch die Versuche der Landeskirchen außerhalb Badens bezeugen, nach Eckerts definitiver Entfernung aus dem Dienst sein öffentliches Auf-[22]treten zu verhindern oder zu bespitzeln. Eckert wurde von der Kirche für etwas diszipliniert, bestraft und schließlich aus dem Dienst entfernt, was nach seiner Auffassung Aufgabe der Kirche hätte sein müssen. Galt es nicht, sich vom Ungeist des Nationalismus und Militarismus, von Rassismus und Antisemitismus frei zu machen, den aufsteigenden Faschismus kompromisslos im Namen eines unverfälschten Glaubens zu bekämpfen?

Die geschichtliche Tragweite seines Denkens und Handelns ragt jedoch auch über die kircheninternen Querelen hinaus. Eckert sieht sich gefordert, Konsequenz gegenüber sich selbst zu bewahren, als sich nun auch die Kluft zwischen ihm, dem revolutionären Sozialisten, und der Sozialdemokratischen Partei erweitert. Der Parteivorstand trennt sich rigoros von ihm und schließt ihn am 2. Oktober 1931 offiziell aus der Partei aus. Davon erfährt Eckert tags darauf durch die Zeitung. Gewiss, Eckert quälten seit längerem Zweifel über die weitere Berechtigung seiner Mitgliedschaft in der SPD, doch jetzt fühlt er sich regelrecht ausgestoßen. So ist eine neue Lebensentscheidung zu treffen, denn aufgeben – nein, das will und das kann er nicht; er müsste sonst sich selbst untreu werden. Nach einem Gespräch, das er am 3. Oktober mit Wilhelm Pieck und anderen Spitzenpolitikern der KPD führt, tritt er dieser Partei bei. Für viele seiner bisherigen Bekannten und Freunde ist dies ein ungewöhnlicher Schritt, ein Eklat. Der badischen Kirchenleitung bietet die von Eckert gewählte Alternative zum Ausschluss aus der SPD sofort den Anlass, das dritte Dienststrafverfahren einzuleiten und ihn vom Amt eines Pfarrers zu entbinden. Am 18. November – Eckert befindet sich gerade auf einer Reise durch die Sowjetunion – setzt ihn auch der Vorstand des Bundes der religiösen Sozialisten als Vorsitzenden ab und entzieht ihm die Schriftleitung der Wochenzeitung »Der Religiöse Sozialist«.

Eckert sieht in dieser Zeit der politischen Polarisierung für sich keine andere Möglichkeit, seinen Erkenntnissen gemäß politisch wirksam zu werden. Er möchte selbstverständlich seinen Kampf gegen den Faschismus energisch fortsetzen und findet sich – ungewöhnlich für einen Mann seiner Herkunft – an der Seite der Kommunisten wieder. Die alten Debatten um ein gemeinsames politisches Wirken von Christen und Sozialisten scheinen ausgestanden zu sein, aber sie wiederholen sich in der seither viel diskutierten Frage, was einen Pfarrer veranlassen kann, sich ausgerechnet einer ausgesprochen atheistisch orientierten Partei zuzuwenden – und sogar bis zum Ende seines Lebens, über viele Klippen und Hürden hinweg, in ihr verankert zu bleiben und für sie tätig zu sein. [23]

Suche nach einem Weg aus der Krise

Alle Reden, die er in diesen Tagen und Wochen vor mehreren zehntausend Zuhörern und Zuhörerinnen hält und die der öffentlichen Begründung seines Schrittes dienen, sind von dem einen Gedanken getragen, daß er *als einfacher Soldat der Revolution* nicht gegen sein Gewissen handeln könne: *Sie müssen nicht denken, daß der Weg, den ich gegangen bin, einfach war und einfach sein wird. Aber ich freue mich auf diesen Weg, freue mich, weil ich die Überzeugung habe, daß mein Leben nicht besser eingesetzt werden kann, als bei den Kommunisten, als da, wo es sich darum handelt, den Massen zu helfen, die leiden, die Kinder zu sättigen, die hungern, die Frauen zu unterstützen, die krank sind, als da, wo es sich darum handelt, die Leidenden zum Licht, die Unterdrückten durch Kampf zum Sieg zu führen. Mein Leben kann keinen besseren Inhalt haben als den, entschlossen mitten im Proletariat zu kämpfen um Freiheit und Sozialismus, um ein menschenwürdiges Dasein, um Frieden und Gemeinschaft auf dieser Erde.*

Eckert stellte – konsequent, wie er es zu sein sich angewöhnt hatte – alles, tatsächlich alles in Frage. Die ihn quälenden Tabus erkennt er nicht länger an, gleich ob sich diese aus kirchlich-institutioneller Gebundenheit oder aus sozialdemokratisch-parteipolitischer Geborgenheit ableiten lassen. Es drängt ihn aus tiefstem Innern, den schlimmen Zustand der Welt nicht lediglich zu kritisieren, er muss selbst aktiv und anders als bis dahin zu deren Veränderung im Sinne der christlichen Gebote beitragen. Auf keinen Fall will er so lange im Gewohnten verharren, bis es zu spät sein würde, bis andere – wie durchaus für alle absehbar – die Welt zugrunde gerichtet hätten. Sein antimilitaristisches Denken, sein sich in der verheerenden Wirtschaftskrise verstärkt artikulierender Antikapitalismus, seine zunehmende Furcht um eine unzureichende antifaschistische Gesinnung in der Kirche – die nationalsozialistischen Pfarrern mehr und mehr offenherzig begegnete –, der Abscheu vor allem Egoismus in der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Parteien sowie nicht zuletzt sein eigener unbändiger Wille, die Massen aufzurütteln, aus ihrer Gleichgültigkeit zu reißen, um nicht hilflos der brutaler und zunehmend faschistisch werdenden Gesellschaft in Deutschland ausgeliefert zu sein – all diese Überlegungen und Maximen bestimmen schließlich seine wichtigste Lebensentscheidung.

Eckert befindet sich auf der Suche nach einem Ausweg für die sich ständig polarisierende Gesellschaft und für sich selbst. Dürfen es Kritiker leichtfertig oder gar tragisch nennen, daß er keinen anderen Weg fand als den, der die vorhandene Polarisierung eher vermehrt denn abschwächt? Er selbst empfindet es keineswegs so. Auskunft geben darüber vor allem seine großen Reden, die er zur Begründung seines Entschlusses am 7. Oktober in Mannheim, am 9. Oktober in Karlsruhe und danach in Stuttgart und Berlin hält. Was muss geschehen, wenn *die Geschichte nicht* [24] *ihren Sinn verlieren soll?* fragt er seine Zuhörer in Karlsruhe. Jeder Mensch habe im Chaos der Zeit die *Verpflichtung, ... zu warnen, zu mahnen – aber nicht nur zu warnen und zu mahnen, sondern zu kämpfen um eine Änderung des Gegenwärtigen.* Er spricht von den Hoffnungen, die er auf seine frühere Partei gesetzt habe, von den Hoffnungen auf deren Veränderung: *Ich habe davor gewarnt, an Koalitionen teilzunehmen mit den bürgerlichen Gruppen, die interessenmäßig gebunden sind an die Erhaltung des kapitalistischen*

Systems. Ich habe gewarnt vor Regierungsbeteiligungen. Man hat uns ausgelacht und hat uns politische Kinder genannt ... Man hat uns nicht gehört. Die KPD habe er sich früher gewissermaßen als einen »Sauerteig« vorgestellt, der neues Leben in die Arbeiterbewegung bringt, eines Tages aber doch wieder zur Sozialdemokratie stößt. Im Augenblick jedoch gehe es um die Einheitsfront *gegen Not und Reaktion, gegen die Kräfte, die das Alte wieder aufrichten wollen.* Mit erstaunlicher Deutlichkeit und in erheblichem Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen vieler KPD-Führer warnt er vor Hoffnungen, *daß die Weltrevolution übermorgen ausbricht,* sowie vor einer Verkennung der Macht des Kapitals: *Das Gefährlichste für die proletarische Bewegung ist, in Selbstüberschätzung die Macht der gegnerischen Kräfte zu unterschätzen.* Gerade deshalb scheint es ihm bitter notwendig, alle Kräfte der Arbeiterbewegung zu vereinen und sie zu einem einheitlichen Handeln zu bewegen. Daher sieht er in der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei durch Seydewitz und Rosenfeld keinen erfolgversprechenden Ausweg aus der Situation, eher eine Vertiefung der politischen und organisatorischen Zerrissenheit.

Die lebensbestimmende Entscheidung traf Eckert individuell, doch eigentlich hätte sich die Weimarer Republik auf den Prüfstand gestellt sehen müssen. Indessen wies sie statt eines Ausweges nur jenen Weg, der unweigerlich zur Diktatur und zu einem Krieg führen mußte, wie an zahllosen besorgniserregenden Anzeichen erkennbar war. Richtungweisende Entscheidungen vollzogen sich in großer Zahl: Faschistische und rechtskonservative Kräfte vereinten sich zur »Harzburger Front«, was Hitler und seine NSDAP »hoffähig« werden ließ und deren Terror noch steigerte. Die Brüning-Regierung bildete sich – auch das passierte in jenen aufregenden Tagen vom Anfang Oktober 1931 – in einem weiteren Schritt nach rechts um. In der Sozialdemokratie glaubte eine Mehrheit, gemeinsam mit dem Zentrumspolitiker Brüning den Nationalsozialisten Hitler erfolgreich bekämpfen zu können. Um der eigenen Tolerierungs- und Stillhaltepolitik willen brach die SPD über die Opposition in den eigenen Reihen den Stab.

Bereitschaft zu verantwortungsvollem Handeln gegen erkannte Gefahren – dies gehört nicht nur in den beginnenden dreißiger Jahren zu Eckerts Lebensmaximen. In seiner Entscheidung als einzelner zeigen sich Erfordernisse des Ganzen und offenbart sich zugleich die Schwäche aller demokratischen Kräfte gegenüber dem Ansturm der braunen Heerscharen. Der deutsche Antifaschismus sollte seine [25] eigentliche Bewährungsprobe nicht bestehen; dies war bereits an den Ereignissen des Herbstes 1931 abzulesen, bevor sich seine Niederlage am 20. Juli 1932 und am 30. Januar 1933 tatsächlich vollzog. In den Reihen der Hitlergegner wuchs eher das Gegeneinander als die dringend erforderliche Bereitschaft aller, nach jenem Nenner zu suchen, der alleinige Grundlage zur Verhinderung der voraussehbaren Errichtung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und des Weges zum 1. September 1939 hätte sein können. Stattdessen wuchsen immer noch Verdrängung und Verweigerung gegenüber der bedrohlichen Realität. Den meisten der Beteiligten galt der auf sich selbst bezogene, mitunter recht kleinlich anmutende Streit mehr als die Gemeinsamkeit demokratisch-antinationalsozialistischer Zielsetzung.

Zwischen Zuversicht und Zweifel

Eckerts Mitwelt reagiert auf seinen Eintritt in die KPD jedoch völlig unzulänglich. Ausgrenzung des jeweils anderen Antifaschisten, so scheint das bevorzugte Motto zu lauten. Bedrückend ist es, lesen zu müssen, wie wenig die eigentliche Lebensgefährdung durch den immer bedrohlich näher rückenden Faschismus als Kriterium angenommen wird. Wirkliche Gerechtigkeit widerfährt Eckert daher kaum, weder von denen, die er verlassen hatte, noch von jenen, zu denen er gekommen war, – obwohl sie alle, die da Stellung nehmen, nicht in den Dunstkreis der NSDAP gehören.

Vom Tisch wird gewischt, was Ernst Schneller im Auftrag der KPD der »Bruderschaft sozia-

listischer Theologen« offiziell mitteilt: *Beim Übertritt des Genossen Eckert zur Kommunistischen Partei sind ihm wegen seiner Zugehörigkeit zur Kirche und wegen seiner Tätigkeit als Pfarrer keinerlei Bedingungen gestellt worden.* Ungeprüft bleibt alles, was dem Antifaschismus, was den nicht-nationalsozialistischen Kräften in ihrer Gesamtheit hätte hilfreich sein können. Nicht einmal der Versuch wird zugelassen, die kommunistische Partei bei ihrem Wort zu nehmen. Jeder Brückenschlag zu den Kommunisten wird abgelehnt und sei es auch nur im Zeichen eines gemeinsam zu erprobenden Antifaschismus. Liegt da nicht die Frage nahe, wieviel wohl allein durch solche Ausgrenzung an antifaschistischem Potential innerhalb und außerhalb der KPD verloren gegangen sein mag?

Im Reagieren führender Sozialdemokraten zeigt sich, wie weit die Einheit der SPD über das antifaschistische Anliegen aller Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung und des bürgerlich-demokratischen Lagers gestellt wird. Oder ist es anders zu bewerten, was beispielsweise Heinrich Harpuder als Chefredakteur der Mannheimer »Volksstimme« fordert? Sein Vorwurf gegenüber Eckert betrifft nicht nur den Eintritt in die KPD, nein, er richtet sich hauptsächlich dagegen, daß [26] es bereits zuvor Kontakte zwischen Eckert und Vertretern dieser Partei gab, daß überhaupt von einem Mitglied der Sozialdemokratie die Brücke zu den Kommunisten betreten worden sei.

Auch im »Bund der religiösen Sozialisten« gärt und brodelt es in jener Zeit. Erstmalig sieht der Bund seine oftmals deklarierte parteipolitische Neutralität einer ernsthaften Prüfung unterzogen. Er besteht sie nicht. Die eindringliche Mahnung des Karlsruher Pfarrers Heinz Kappes an die Kirchenleitung, Eckert nicht aus Kleinmut und Furcht aus dem Kirchendienst zu entlassen, wird in den Wind geschlagen. Jahre darauf erklingen Gebete von den Kanzeln für Adolf Hitler, wird ein Pfarrer wie Kappes gegen seinen Willen von der Badischen Landeskirche aus dem Pfarrdienst entfernt.

Seit Oktober 1931 spricht Eckert auf unzähligen Veranstaltungen der KPD und des »Bundes der Freunde des neuen Russlands«. Für ihn beginnt ein gehetztes Leben, ein Leben sozusagen aus dem Koffer, ein Leben, das fast ausschließlich aus Reisen und Reden, Reden und Reisen besteht. Finanzielle Probleme plagen ihn und seine Familie, von der er sich getrennt sieht. Er klagt bald über physische Erschöpfung und schwere körperliche Belastungen. Nach einigen Monaten ist er dem Zusammenbruch nahe. Doch sein unbändiger Wille hält ihn aufrecht. Er will seine Zuhörer – es waren zwischen Oktober 1931 und Februar 1933 mehr als 100.000 – nicht enttäuschen. Wellen von Sympathie, Begeisterung und Stolz schlagen ihm entgegen. Er wird begrüßt als einer, der »angekommen« ist, der Altes und Überholtes mit Erfolg hinter sich gelassen hat. Er sieht die wachsenden Wähler- und Mitgliederlisten der Partei, hofft auf weitere, noch größere und entscheidende Erfolge. So hilft er, den von ihm als absolut richtig erkannten Satz verbreiten zu helfen: »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.«

Fast täglich schreibt er an seine Frau, deren Sorgen er mitunter unwirsch als klein gegenüber den großen Problemen der Zeit relativiert. Aus diesen Briefen geht sein Zustand hervor. Hier schreibt er sich, wenn auch mit gebotener, vielleicht sogar übertriebener Zurückhaltung von der Seele, was ihn bewegt. Die Partei bleibt merkwürdig anonym. Kaum ein Name taucht auf. Wilhelm Münzenberg, in dessen Apparat er als Volontär der »Roten Post« angestellt wird und in dessen Organ »Die Linkskurve« Eckert Artikel veröffentlicht, wird nie erwähnt. Es sind fast immer ganz allgemein die Genossen, von denen er schreibt. Treibt ihn die Furcht vor späteren Konsequenzen nach dem stets befürchteten Verbot der Partei, oder hat er noch keine neuen Freunde gefunden wie später im Gefängnis Wolfgang Langhoff? Er fühlt sich zwar unter Gleichgesinnten, trägt die Beschlüsse und identifiziert sich mit ihnen, aber dennoch: Aus einigen wenigen Andeutungen ist zu entnehmen, wie ihn durchaus das Gefühl packt, in der Partei vielleicht nur [27] taktische Einvernahme oder gar eine Art von Beschlagnahme seiner Autorität als ehemaliger Pfarrer spüren zu müssen. Mitunter fühlt er sich auch zurückgesetzt gegenüber

anderen, die in den Entscheidungssituationen des Jahres 1931 ebenfalls der Partei beigetreten waren wie beispielsweise Richard Scheringer, Bodo Uhse, Claus Heim, Bruno von Salomon oder Beppo Römer. Als er nur auf einen aussichtslosen Platz der Kandidatenlisten zu den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 gesetzt wird, glaubt er darin einen Fehler der Partei zu sehen. Er leidet darunter, scheint sich aber gleichzeitig seiner eigenen Eitelkeit bewusst zu sein und stellt niemals die Entscheidung für den Beitritt zur KPD in Frage. Er bleibt sich treu, keine Alternative für sich und sein Anliegen erkennend.

Natürlich stört ihn das Misstrauen, das ihm gelegentlich in der KPD entgegenschlägt. Doch wichtiger sind ihm die großen politischen Fragen. Sieht er hier fehlerhafte Standpunkte, so verschweigt er sie nicht. Er beklagt am 13. April 1932 in einem Brief an seine Frau, daß es bei den Reichspräsidentenwahlen der Partei wieder nicht gelungen sei, die Massen zu mobilisieren. Dafür macht er *taktische Fehler der Parteiführung* verantwortlich. Sozialfaschistische Auffassungen sind ihm zuwider. Er hält es für falsch, den *Führer Thälmann* herauszustellen. Am Ende dieses Briefes stehen noch zwei bezeichnende Sätze: *Die Nacht über will ich noch viel nachdenken – bis ich ganz zur Klarheit komme ... Und: Pass bitte auf, daß niemand diesen Brief in die Hände bekommt ...*

Doch alles ist vergeblich; am 30. Januar 1933 beginnt die Herrschaft der NSDAP und für ihn ein Lebensabschnitt voller Qualen, Erniedrigungen und Enttäuschungen. Noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrand wird er in Düsseldorf verhaftet und befindet sich seit dem 1. März im Gefängnis. Nach seiner Entlassung aus siebenmonatiger Strafhaft lässt er sich mit seiner Frau im Bahnhofsviertel von Frankfurt nieder. Seinen bescheidenen Lebensunterhalt sichert er durch eine auf den Namen seiner Frau geschriebene Leihbücherei. Sie wird ein Treffpunkt des illegalen Widerstandes. Der Mannheimer Schriftsteller Siegfried Einstein wird nach dem Kriege schreiben: *In jenen Jahren der großen Finsternis ging der Name Erwin Eckerts in den Kreisen der Illegalen von Mund zu Mund. Er war ein deutscher Humanist, den Illegalen wohl bekannt; und nannte man die besten Namen, so hat man seinen auch genannt.*

Seinen christlichen Glauben gibt Eckert nicht auf. Als Christ kam er zur KPD, in ihr und im Widerstand bleibt er es auch. Niemals leugnet er das eine um des anderen willen, auch wenn er öffentlich das *Schweigen über die letzten Dinge* auf sich nimmt. Darüber sinnt er nach, als er im Juni 1936 erneut verhaftet und am 1. November 1936 vom »Volksgerichtshof« in Kassel wegen Vorbereitung des Hochverrats zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt wird. Eckert wird die Verbreitung illegaler Flugblätter gegen das Massaker an Ernst Röhm und [28] mehr als hundert anderen am 30. Juni 1934 vorgeworfen. An seine Frau schreibt er aus dem Zuchthaus Freiendiez am 16. Oktober 1936: ... *meine Gedanken suchen nach entscheidenden Erklärungen für dieses harte Los, das ich tragen muss. Ich finde keine, es sei denn der Glaube, daß Gott mich auf diesen Weg führt, damit ich auch in Demütigung und Unehre, in Erniedrigung und unglaublichem Leidenmüssen auf ihn vertraue.* Und wenige Tage später, am Reformationstag: *Das Bewusstsein, trotz der Erniedrigung meiner Lage, keine schlechte Tat begangen zu haben, hilft mir, aufrecht zu bleiben.* Am 4. Advent des gleichen Jahres träumt er davon, daß der *Geist und die Kraft Christi das Leben der Völker und der Menschen untereinander bestimmen wird. Dieser Glaube ist auch in dieser trüben Umgebung und trotz des Geschicks, das mich im Grunde eben wegen dieses Gläubigseins an den in Christus geoffenbarten Willen Gottes getroffen hat, unerschütterlich in mir. In meiner engen Zelle werde ich am Weihnachtsabend an dieser Vision der in Gemeinschaft und Frieden geeinten Menschheit Kraft finden wie schon so oft.* Drei Jahre später – der Zweite Weltkrieg ist bereits entfesselt – schreibt er am 17. Dezember 1939 aus dem Zuchthaus Ludwigsburg bei Stuttgart: *Alle die verständlichen Depressionen, die mich hie und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr werden über mich. Immer hält mich der Trost und die Gewissheit aufrecht, daß ich keinen leichtfertigen, schlechten Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung gegangen bin. Die*

Lieblingsstellen aus dem Neuen Testament, Paulus- und Johannes-Briefe, tragen mich oft bis an die letzten Grenzen menschlicher Erkenntnis und Freiheit.

Neubeginn als badischer Politiker

Zwischen 1941 und 1945 ist Eckert in mehreren Industriebetrieben Frankfurts als Angestellter beschäftigt. Die Kriegszerstörungen der Main-Metropole verschlagen ihn 1944 an den Hochrhein nach Oberwihl, das am 20. April 1945 von französischen Truppen eingenommen wird. Hier wirkt er zunächst als Vorsitzender einer größeren antifaschistischen Gruppe, die sich beziehungsreich »Das Neue Deutschland« nennt. Ihn beseelt der Gedanke, an einem Aktionsbündnis der früheren Arbeiterparteien, wenn möglich auch an der Schaffung ihres organisatorischen Zusammenschlusses zu einer Einheitspartei mitzuwirken. In der sich neu formierenden südbadischen KPD tritt er vehement für die Unterstützung aller Ansätze ein, die darauf zielen, die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden. Mit Freude nimmt er die Entstehung der »Vereinigten Arbeiterpartei« in der Industriestadt Singen, einem Zentrum der südbadischen Arbeiterbewegung, wahr, mit Ärger, daß deren Zeitung »Neues Deutschland« nur am 1. Mai 1945 erscheinen kann, da die französischen Besatzungsbehörden intervenieren. Von »Deutschland« darf nicht die Rede sein, weil es nur noch »deutsche Länder« gebe. Auch in anderen Städten – so in Überlingen, [29] Meersburg und Radolfzell – kommt es zu ähnlichen Zusammenschlüssen. Als am 18. August eine gemeinsame Aussprache von Kommunisten und Sozialdemokraten in Konstanz stattfindet und in ihrem Ergebnis formuliert wird, die Einheit der Arbeiterklasse sei die entscheidende Kraft, *die in der Lage ist, Deutschland aus dem Elend, in das es nach zwölfjähriger Hitlerdiktatur geraten ist, herauszuführen* – da findet er sich vollauf bestätigt.

Nach einer Zusammenkunft der Anti-Nazi-Komitees und antifaschistischen Ausschüsse aus den Kreisen Donaueschingen, Konstanz-Land, Konstanz-Stadt, Säckingen, Stockach, Überlingen, Villingen und Waldshut – sie findet Anfang Oktober 1945 statt – entsteht auf Initiative Eckerts und mit Genehmigung der Militärregierung für die gesamte französische Besatzungszone die überparteiliche antifaschistisch-demokratische Organisation »Das Neue Deutschland«. Deren Präsidium gehört Eckert als geschäftsführender Vorsitzender gemeinsam mit dem christlich-sozialen Oberbürgermeister von Freiburg Wolfgang Hoffmann und dem sozialdemokratischen Staatsrat Carlo Schmid an. Hoffnungsvoll heißt es: *Die Gräben, die das gemeinsame Leid der Verfolgung aller Antifaschisten in den vergangenen zwölf Jahren zugeworfen hat, sollen nicht wieder aufgerissen werden. Vergessen wir nicht, daß in den Zellen der Gefängnisse und Zuchthäuser, in den Baracken der Konzentrationslager die Antifaschisten gemeinsam gelitten haben, daß sie ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische und weltanschauliche Überzeugung gemartert, erschlagen und hingerichtet wurden. Zehntausende kommunistischer und sozialdemokratischer Funktionäre genauso wie viele Tausend aufrechter Christen und Geistliche beider Konfessionen und Angehörige aller Gesellschaftsschichten haben den grausamen Tod um ihrer Überzeugung willen erlitten. Die Überlebenden aber haben sich geschworen, zusammenzuhalten, wenn es einmal nach der Vernichtung des Hitlerregimes darum gehe, ein neues Deutschland aufzubauen.*

Eckert arbeitet intensiv an den grundlegenden Dokumenten dieser Bewegung und zugleich an denen seiner Partei. Alles steht im Zeichen der Stichworte *Arbeit, Freiheit* und *Frieden,* alles gilt dem Streben nach einem gemeinsamen Handeln der Arbeiterparteien. Die erste große Versammlung des »Neuen Deutschlands« findet am 1. Dezember 1945 in Singen statt. An ihr nehmen mehr als 5.000 Personen teil. In den folgenden Wochen werden Kundgebungen in Offenburg, Meersburg, Konstanz, Überlingen, Säckingen und Singen abgehalten, auf denen Vertreter der Kommunisten, Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen sprechen. In komplizierten

Verhandlungen mit der französischen Besatzungsmacht wird Eckert Lizenzträger der ersten, im Burda-Verlag gedruckten antifaschistischen Illustrierten; sie erscheint ab 1. April 1946 unter dem Titel »Die neue Demokratie im Bild«.

Als die französischen Behörden am 5. Dezember 1945 nicht, wie gefordert, einer Sozialistischen Einheitspartei die Lizenz erteilen, sondern nur einer Kommunistischen Partei Land Baden (K. P.) und der Sozialistischen Partei Land Baden [30] (S. P.), bleibt der Drang zu einer Einheitspartei zunächst bestehen. Er führt zu einem am 7. März 1946 in Freiburg von den Parteivorständen einstimmig gefassten Beschluss: *Die Landesvorstände der Sozialistischen Partei und der KPD, Land Baden (Französische Zone), bilden einen Ausschuss zur Beratung aller wichtigen Fragen des Aufbaus der neuen Demokratie und zur Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien, die die Voraussetzung ist für den Sieg des Sozialismus.* Für den Landesvorstand der Sozialistischen Partei (SP) unterzeichnen Philipp Martzloff, Franz Geiler, Fritz Schieler und Wilhelm Engler. Erwin Eckert, der maßgeblich am Zustandekommen dieses Beschlusses beteiligt ist, unterschreibt zusammen mit Karl Bittel, Max Faulhaber und Gerhard Wohlrath für den Landesvorstand der KPD-Südbadens. Doch schon bald schwächt sich das Streben nach einer Einheitspartei ab. Die Vereinigte Arbeiterpartei in Singen löst sich wieder in ihre zwei Flügel auf, wenngleich mit der Absicht, den Boden für einen *endgültigen Zusammenschluss* vorbereiten zu wollen. Das seit dem 15. März bestehende Einheitsorgan, die »Volkszeitung« in Singen, deren Impressum »Organ der Werktätigen, Gewerkschaften und Genossenschaften, herausgegeben vom Aktionsausschuss der SP, KP und den Gewerkschaften« lautet, wird durch Intervention der französischen Besatzungsmacht *als Einheitsorgan der beiden Parteien* im April verboten. Mit dem Scheitern des Projektes einer einheitlichen Arbeiterpartei verliert schließlich auch das antifaschistische Bündnis des »Neuen Deutschland« zunehmend an Bedeutung. Allerdings konstituiert sich die erste Regierung Südbadens noch als Allparteienregierung; ihr gehört Eckert – inzwischen am 13. Januar 1946 auch zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Südbadens gewählt – seit dem 10. April 1946 als Staatsrat an.

Seine erste öffentliche Rede in Mannheim hält Eckert auf dem Marktplatz, unweit der Stelle, an der einst die im Krieg zerstörte Trinitatiskirche stand. Nach dem Eindruck vieler Zuhörer spricht er am 24. Mai 1946, als wäre er noch immer – oder wieder – ein Pfarrer, ein Seelsorger: *Ich habe mich, seitdem ich nicht mehr gepredigt habe, nicht im Geringsten geändert. Ich könnte heute wieder auf die Kanzel steigen und predigen, weil mein Herz und meine Seele davon überzeugt sind, daß ein wahrer Christenmensch mitten unter den Armen kämpfen muss für ihre Freiheit. Wie oft habe ich gepredigt und gesagt:*

Ihr betet »Unser Vater«. Wisst Ihr denn, was Ihr damit aussprecht? Wisst Ihr, daß Ihr damit sagt, daß alle Menschen zusammengehören wie die Kinder eines einzigen Vaters, und wisst Ihr, daß Ihr solange vor Eurem Gewissen angeklagt seid, als die eigenen Brüder in Elend und Jammer zu Grunde gehen und die anderen nicht wissen, was sie für den anderen zu tun haben? Selbst solche Ausführungen veranlassen die Kirchenleitung nicht, Eckert zu rehabilitieren und ihn wieder in sein Amt einzusetzen. Diese Chance eines Neuanfangs wird vertan.

[31] Am 17. November 1946 wird Eckert zum Mitglied der beratenden Landesversammlung gewählt, deren Aufgabe es ist, eine Verfassung für Baden auszuarbeiten und zu verabschieden. Die Landesversammlung bestimmt ihn zu ihrem dritten Vizepräsidenten. In seinen Verantwortungsbereich fällt die Entnazifizierung, doch beschleicht ihn bald ein Gefühl, eher an Rehabilitierungen als an einer politischen Reinigung mitwirken zu sollen. Er erarbeitet daher einen Gesetzentwurf zur politischen Säuberung in Baden, der dezentralisierte Entscheidungsstrukturen schaffen und die Prozesse beschleunigen soll. Obwohl die Landesverwaltung seinen Entwurf einstimmig billigt, wird er von der französischen Militärregierung nicht autorisiert. Als er die Leitung des »Politischen Kontrollausschusses für die Säuberung in Baden« niederlegt, wird ihm das Amt eines »Staatskommissars für den Wiederaufbau« übertragen.

Am 18. Mai 1947 finden die ersten direkten Wahlen zum badischen Landtag statt. Eckert erringt für die KPD ein Mandat und bleibt bis 1952 Abgeordneter in Südbaden, bis 1956 auch im ersten Landtag des neu konstituierten Südweststaates Baden-Württemberg. Selbst politische Gegner gestehen, daß seine Reden im Parlament zu den besten gehörten, die dort zu hören waren. In Landtags-Impressionen wird ihm die *geschliffenste Rhetorik* zugebilligt: *Ausgezeichnet in Dialektik und Stil. Nur schade eben, daß jedes Wort der bolschewistischen Propaganda diente und vor einem westdeutschen Plenum misstönend klang.* Engagiert, zumeist auch außerordentlich sachkundig, temperamentvoll und schlagfertig äußert er sich u. a. zum Gesetz über die Bodenreform und dem von der KPD vorgelegten Gegenentwurf, über die Währungsreform und die Spaltung Deutschlands, über Verfassungsfragen und den Platz der Justiz in einem demokratischen Staatswesen, über die verfassungsmäßigen Rechte der politischen Parteien und über die Sicht seiner Partei auf strukturelle Probleme des deutschen Föderalismus, nicht zuletzt auch über die sich immer stärker abzeichnende Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland. Wer die Verhandlungsprotokolle des Badischen Landtages liest, kann sich leicht ein Bild machen vom überreichlichen Pensum der Eckert‘ schen Parlamentsarbeit, von seinem wachen Interesse an den Problemen der Zeit, von seinen mit Leidenschaft und Vernunft vorgetragenen Argumenten.

Die im Zeichen einer erneuten Spaltung der Arbeiterbewegung und des Kalten Krieges einsetzenden Reaktionen seiner politischen Gegner treffen ihn arg; denn allzu oft richten sich gehässige, entwürdigende An- und Einwürfe gegen seine Person und berühren kaum das jeweils verhandelte Thema.

Doch noch im Jahre 1949 erhält Eckerts weit über Parteigrenzen hinausragende Popularität eine Bestätigung besonderer Art. Die KPD bittet ihn, für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim zu kandidieren. Bei den Wahlen vom 31. Juli 1949 erringt er 26.087 oder 34,7% der Stimmen – das beste Ergebnis, das je [32] ein Kommunist in der Bundesrepublik erreichen und die Partei zwei Wochen später in Mannheim bei den Bundestagswahlen mit ihren 18,7% nicht wiederholen konnte. Es ist ein großer Erfolg, der sowohl seiner Bekanntheit in der Stadt als auch seiner charismatischen Ausstrahlung zugeschrieben werden darf; für eine Zeit lang gilt er, so die Einschätzung von Wolfgang Abendroth, neben Max Reimann als populärster Repräsentant der KPD. Gleichwohl unterliegt er gegen die SPD, CDU und DVP, die gemeinsam den ehemaligen sozialdemokratischen Bürgermeister Mannheims aus der Weimarer Republik, Heinrich Heimerich, gegen Eckert ins Rennen geschickt haben. Erfolg und Niederlage sind eins. Von nun an werden jedoch die Erfolge immer geringer, die Niederlagen immer größer. Bei den Bundestagswahlen vom 14. August 1949 fallen der KPD nur 5,7% der Stimmen und 15 Mandate zu. 1950 wird Eckert als Landesvorsitzender der KPD in Baden abgelöst. Er sieht sich auch harter innerparteilicher Kritik ausgesetzt. Ausgerechnet er muss sich Vorwürfe gefallen lassen, *sowjetfeindliche Tendenzen* zu vertreten und *ungenügend mit der Arbeiterklasse verbunden* zu sein. Manch kleinliche Kontroverse wird angezettelt und verletzt ihn. Kantig und sperrig, wie er nun einmal ist, fällt ihm die geforderte Unterordnung unter die »Parteidisziplin« schwer. Doch Eckert bleibt in der Partei und sich treu – auch später, als 1956 die KPD verboten wird und 1968 die Deutsche Kommunistische Partei an ihre Stelle tritt. Der *hochgradig moralisch motivierte Individualist Eckert* (so charakterisiert ihn Georg Fülberth) will keinen Bruch mit den Genossen, deren Grundanliegen nach wie vor auch die seinen sind.

Ebenso wenig will Eckert mit seinem Glauben brechen. Im Zusammenhang mit der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim fragt ihn ein Redakteur des Mannheimer Evangelischen Kirchenblattes »Die Gemeinde« am 13. Juli 1949, wie Eckert denn sein *gegenwärtiges Verhältnis zur Kirche* sehe. Der Briefschreiber bat um umgehenden Bescheid, *damit die Veröffentlichung noch rechtzeitig vor dem Wahltag* erfolgen könne. Eckert blieb die Antwort nicht schuldig: Nach den bald 18 Jahren seiner Amtsenthebung habe sich bei ihm nichts geändert. *Ich bin kein Freidenker,*

sondern nach wie vor evangelischer Christ. Das wissen meine Genossen sehr wohl ... Wenn die Kirche das an mir 1931 begangene Unrecht hätte wieder gut machen wollen, als es sich herausstellte, daß mein Kampf gegen den Nationalsozialismus und die Folgen seiner Gewaltherrschaft, um dessen willen sie mich im Grunde entließ, nur allzu berechtigt war, dann hätte sie mich 1945 wieder in mein Pfarramt in Mannheim Jungbusch, dessen Kirche völlig zerstört ist, einsetzen müssen. Sie hat das nicht getan. Die heutigen Führer der evangelischen Landeskirche Badens hielten es nicht einmal für notwendig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß ich damals widerrechtlich aus meinem Amt entlassen wurde. Die nationalsozialistischen Pfarrer aber sitzen heute noch im Amt und predigen allsonntäglich von den Kanzeln. Der Oberkirchenrat Friedrich, der [33] *mir damals in der Verhandlung des Dienstgerichtes »blinden Hass gegen den Nationalsozialismus« vorwarf, hat auch nach 1945 im Oberkirchenrat weiter fungiert. Ich lehnte es ab, vor einer Spruchkammer gegen ihn Zeugnis abzulegen. Möge er und jeder Pfarrer, der dem Nationalsozialismus das Wort redete und dadurch mit dazu beitrug, daß über unser Volk die furchtbare Not des Krieges und der Vernichtung gekommen ist, das mit seinem Gewissen ausmachen. Die evangelische Kirche aber hat allem Anschein nach auch aus dem Anschauungsunterricht der jüngsten Vergangenheit nichts gelernt ... Darum werde ich weiterhin, wie ich das schon in meiner Antwort an den Oberkirchenrat 1931 erklärte, in der Kommunistischen Partei kämpfen in der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung der sozialistischen Ziele den Forderungen lebendiger, christlicher Frömmigkeit mehr entspricht als die zum Untergang bestimmte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsstruktur.*

Auch diese Antwort löst nur Schweigen bei der Kirchenleitung aus. »Organisierte Unbußfertigkeit«, wie es der Theologe Hans Joachim Iwand nennt, bestimmt weithin das Feld. Das »Darmstädter Wort« des Reichsbruderrates von 1947 darf bereits als eine Stimme in der Wüste des beginnenden Kalten Krieges gelten, wenn es in seiner fünften These einsichtig-selbstkritisch heißt: *Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.*

In diesem Zusammenhang verdient Aufmerksamkeit, was ein Teilnehmer im Frühjahr 1947 auf einer Veranstaltung mit Erwin Eckert zum Verhältnis von Christen und Marxisten zu notieren für wichtig hielt. Seine Aufzeichnungen zum Auftreten Eckerts belegen, wie intensiv dieser auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges über seine Position als Christ und Kommunist nachdenkt, welche Spannung zwischen seiner politischen und seiner Glaubenshaltung er auszuhalten sich bemüht und welche Folgerungen er daraus ableitet. Nach diesen erst 1996 wiedergefundenen Notizen knüpft Eckert – auch das ist sehr bedeutsam – an allgemeine Erkenntnisse des Kirchenkampfes im »Dritten Reich« an. Bewusst will er jedes undifferenziert-einlinige Verständnis der Bekennenden Kirche vermeiden. Wie Karl Barth sieht er in deren Geschichte weder ein Ruhmes- noch ein Heiligenblatt, doch könne von einem *ganz dünnen roten Faden von Tapferkeit und Treue* gesprochen werden. Als antifaschistische Theologen benennt Eckert namentlich Emil Fuchs, den zu dieser Zeit noch in Frankfurt/Main lebenden und der Sozialdemokratie angehörenden Theologen, der 1949 einem Ruf an die Leipziger Fakultät folgte und in einem Aufsehen erregenden Brief an Kurt Schumacher sich von der SPD lossagen wird, ferner Karl Kleinschmidt, den bei christlichen Kreisen angefeindeten Domprediger von Schwerin, der zugleich Mitglied der SED ist, sowie Dietrich Bonhoeffer. Eckert stellt so zwei religiöse Sozialisten bewusst neben den großen Theologen, der seinen antifaschistischen Kampf noch knapp einen Monat vor dem Ende der Naziherrschaft mit dem Tod [34] im KZ bezahlte; eine Zusammenstellung, der in seinem Denken offensichtlich prinzipielle Bedeutung zukommt.

Ausdrücklich benennt Eckert in dieser Veranstaltung aus der Reihe großer Akteure der Bekennenden Kirche mehrmals Karl Barth und Martin Niemöller sowie den von letzterem im Kampf gegen den »Arierparagraphen« geschaffenen Pfarrernotbund. Immer wieder nimmt er Bezug auf die Theologische Erklärung der ersten Reichsbekenntnissynode in Wuppertal-Barmen vom Mai

1934, in der er vor allem Barths Handschrift und zugleich die entscheidende Urkunde der Bekennenden Kirche sieht. Seiner Auffassung entspricht insbesondere deren vierter Artikel. Dieser besagt, daß verschiedene Ämter in der Kirche *keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes* begründen würden, so daß sich die Kirche abseits von diesem Dienst keine besonderen, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben oder geben lassen dürfe. Eckert verbindet dies mit der Bonhoeffer-Erkenntnis, eine rechte Kirche könne nur Kirche für andere sein und habe sich nicht zu scheuen, ihr im Evangelium gegebenes Proprium auch für sich selbst zu verwirklichen. In Übereinstimmung mit dem fünften Artikel von »Barmen« fordert er 1947, Staat und Kirche dürften ihre spezifischen Grenzen nicht überschreiten, weil sie unterschiedliche Aufgaben und Funktionen hätten. Dabei beruft er sich explizit auf Martin Luthers Zwei-Regimente-Lehre.

Mit »Barmen« ist sich Eckert also in dem Gedanken einig, daß die Gehorsamspflicht des Christen gegenüber dem Staat dort ende, wo dieser nicht seiner Pflicht nachkomme, für Recht und Frieden zu sorgen. Luthers grundlegende Intention versteht Eckert gut, wenn er formuliert, der Christ solle im Reich der Welt die dienende Liebe verwirklichen. Dazu müsse er sich freilich von gottlosen Bindungen lösen, so beispielsweise von der faschistischen Ideologie, der antihumanen Politik der Rüstungskonzerne, von Rassenwahn und Völkerunterdrückung. Den Gesprächsteilnehmern zeigt Eckert die Spezifik christlichen Lebens am Vers Matthäus 20, 25 f., wonach die Fürsten ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt tun, es aber unter Jesu Jüngern nicht so sein darf: *Wer groß sein will unter euch, der sei euer Diener.* Für ihn ergibt sich der Verzicht auf das Herrschenwollen als Dienstbereitschaft zwingend aus der Liebe, dem grundlegenden Bestimmungsprinzip christlichen Lebens in der Welt. Die Humanitas, die auch für Toleranz offen sei und sich von Fanatismus fernhalte, könne und müsse für alle zur Grundlage werden. Diese Menschlichkeit solle sich mit reichem Wissen paaren, das zu rechtem Handeln unumgänglich sei, weil es auch gesellschaftliche Gesetze begreife. Ein solcher mündiger Glaube im Zeichen selbständigen Denkens, das auch Unrecht erkenne und beseitige, sei kein Opium; Opium sei vielmehr ein blinder Glaube, der leicht verführbar sei.

[35] Eckert will keineswegs die unverkennbaren Unterschiede zwischen christlichem Glauben und marxistischer Philosophie verwischen. Er hält es für ausgeschlossen, daß ein gebildeter Mensch von der Kirche erwarten könne, daß sie den Sozialismus biblisch rechtfertige oder gar das Evangelium der marxistischen Weltanschauung anpasse: *Weder der Sozialismus noch die Theologie würden oder könnten das billigen.* Nach den Aufzeichnungen führt Eckert diesen Gedanken unmittelbar weiter: *Es existieren reale Unterschiede zwischen dem christlichen Glauben und der marxistischen Philosophie, die jedoch bei näherer Untersuchung für beide, bei Wahrung ihrer Eigenart, Gemeinsamkeiten ergeben.* Aus seiner Sicht auf solche Gemeinsamkeiten sei es für einen Christen durchaus legitim, sich im Sinne des Kommunistischen Manifests am Aufbau einer Gesellschaft zu beteiligen, *worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Befreiung aller ist.* Auf jeden Fall habe der Glaube notwendige Auswirkungen auf die Gestaltung des irdischen Lebens; im Gegensatz zu Heinrich Heines Diktum vom *Himmelreich,* das lieber schon auf der Erde errichtet werden müsse, sei für ihn das anzustrebende neue Gesellschaftssystem *das Reich Gottes auf Erden.* Eckert fühlt sich völlig berechtigt, zu fragen, wie denn eigentlich ein wirklicher Christ Kapitalist sein könne, ob christliche Nächstenliebe mit der Ausbeutung des Menschen durch seinesgleichen zu verwirklichen sei. Er ist überzeugt, daß weder das 5. noch das 8. Gebot in einer Klassengesellschaft zu realisieren sei, und beklagt den Missbrauch des Christentums für die Herrschenden, wovon es in der Kirchengeschichte leider überreichlich Beispiele gebe. Das Streben nach dem Wohl des Menschen und überhaupt die Achtung der Menschenwürde müsse sowohl Christen wie auch Marxisten eigen sein. Beide würden auch Frieden und Völkerverständigung wollen – er erinnert seine Zuhörer in diesem Zusammenhang daran, daß die erste Handlung der jungen Sowjetmacht im »Dekret

über den Frieden« bestanden habe – und formuliert als dritte Kommunität die gleiche Haltung zur schöpferischen Arbeit der Menschen, die dem weiteren kulturellen und sozialen Fortschritt der Menschheit diene.

Eckert verband seine Aussagen mit Bemerkungen über ein rechtes Verständnis der Freiheit. Deutlich grenzt er sich vom liberalistischen Freiheitsbegriff ab – nach christlicher Auffassung müsse sich Freiheit stets mit Verantwortung verbinden. Verantwortung aber verpflichte Christen, ihre Fähigkeiten in den Dienst des Ganzen zu stellen. Recht verstandene Freiheit führe zu aktiver Mitgestaltung solcher Verhältnisse, die endlich den Menschen menschlich werden lassen. Eckert verweist auf die Gemeinschaften von Häftlingen in den Konzentrationslagern mit ihrer vielschichtigen sozialen und nationalen Herkunft und ihrer spezifischen Solidarität unter schwierigsten Bedingungen, die für Marxisten wie für Christen zu einprägsamen Erlebnissen geworden seien. Das lasse ihn aber ebenso wie [36] Niemöller feststellen, daß Christen nach dem Ende der faschistischen Herrschaft nicht einfach weiterarbeiten können, so als ob nichts geschehen wäre.

Wenige Monate vor der Verabschiedung des Darmstädter Bruderschaftsworts, der Magna Charta der Neubesinnung von Christen im Nachkriegsdeutschland, verweist Eckert darauf, daß Niemöller es gewesen sei, der im Herbst 1945 in das Stuttgarter Schuldbekenntnis den entscheidenden Satz eingebracht habe: *Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.* Dies und die wache Auseinandersetzung mit der einschlägigen theologischen Literatur seiner Zeit, die sich in seinem Nachlass findet, beweisen, wie voll und ganz Eckert auch hinter jenen Schlussfolgerungen stand, die nach dem Ende der braunen Barbarei von den wachesten und mutigsten Vertretern der Bekennenden Kirche aus dem Versagen großer Teile der Kirche in der Vergangenheit und aus dem Kirchenkampf gezogen wurden: Es gelte alles das zu überwinden, was geholfen hatte, den Faschismus hervorzubringen, wozu auch gehörte, daß Christen in die Irre gegangen waren. Vor allem gelte es, mit aller Kraft zu versuchen, nunmehr in Deutschland ein wirklich menschliches Zusammenleben aller zu schaffen.

Geborstene und gebliebene Hoffnungen

Während Eckert auf all das, was ihm kirchliche Behörden, politische Gegner und die Presse in der späten Weimarer Republik angetan hatten und was er an Verfolgungen während des »Dritten Reiches« hatte erleiden müssen, mit wachsender innerer Ausgeglichenheit zurückzublicken vermag, überkommt ihn unüberwindliche Bitterkeit, als er erneut vor die Schranken eines Gerichtes treten muss. Auch über ihm schlagen während des Kalten Krieges die antikommunistischen Wellen zusammen; sie stützen sich juristisch vor allem auf das Erste Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Juli 1951, das bis 1956 die Grundlage für 3.700 rechtskräftig abgeschlossene Strafverfahren und für entsprechende Ermittlungen gegen mehr als 125.000 Personen ist.

Gegenstand des Prozesses gegen Eckert und andere vom November 1959 bis zum April 1960 vor dem Düsseldorfer Landgericht ist ihre Tätigkeit in der westdeutschen Friedensbewegung. In und mit dem »Westdeutschen Friedenskomitee« sowie als Vizepräsident des »Weltfriedensrates« (1950–1962) hatte sich Eckert entschieden gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr ausgesprochen. Als *Rädelsführer einer verfassungsfeindlichen Organisation* bezeichnet, wird er zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten mit Bewährung verurteilt. Die ihn unterstützenden Aussagen solcher Zeugen wie Martin Niemöller, Gustav Heinemann und Hans Joachim Iwand verhallen ungehört. Diether Posser, einer der Verteidiger der Düsseldorfer Angeklagten, [37] hatte bereits vor Prozesseröffnung verlauten lassen: *Politische Häftlinge, die keine Gewalttaten verübt oder geplant haben, sind nichts anderes als eine Art von Kriegsgefangenen: Gefangene des Kalten Krieges, der die Welt und unser Vaterland spaltet.*

Nach dem Düsseldorfer Prozess verlegt der 67jährige seinen Wohnsitz von Stuttgart nach Großsachsen bei Weinheim. Eckerts Bemühungen gelten nunmehr der Absicht, ein Buch entstehen zu sehen, dessen Titel trotz seines autobiographischen Klanges recht programmatisch anmutet: »Von der Kanzel zur KPD. Entscheidungen aus evangelischem Glauben und politischer Erkenntnis«. Tatsächlich soll das Buch, wie Eckert in einem zweiseitigen Konzept darlegt, *weder Memoiren-Literatur noch romanhafte Erzählung* sein. Vielmehr geht es ihm um *einen kleinen, zuverlässigen Beitrag zur analytischen Einschätzung der letzten 50 Jahre* sowie um eine dokumentarische und zugleich lebendige Darstellung seines eigenen christlich und politisch begründeten Engagements. Biographisch und wissenschaftlich-dokumentarisch sucht er die Grundorientierungen, denen er mit all seiner Lebenskraft und Vernunft anhängt, miteinander in Einklang zu bringen. Nach wie vor will er Christ *und* Revolutionär sein, Humanist *und* Sozialist, Demokrat *und* Antifaschist, Pfarrer *und* KPD-Mitglied. Es bleibt Eckert stets und bis zuletzt ein Gräuel, sich allzu oft zerrissen zu sehen in den einen oder den anderen. Aber er will diese Aporie aushalten. Ihm schwebt daher als eine zur bestehenden Gesellschaft notwendige und mögliche Alternative das verpflichtende Bekenntnis zu den Forderungen des Evangeliums *und* zum revolutionären Sozialismus vor. Er beabsichtigt *eine die Herzen erschütternde Mahnung und Warnung eines Sprechers jener Generation, die zweimal das Grauen der Vernichtung und Unmenschlichkeit des »christlichen Zeitalters« ... erlebt, durchkämpft und erlitten hat.*

Dieses Buch erscheint nicht. Zwar wird ein Manuskript angefertigt, von Karl Kleinschmidt zusammengestellt (wozu Hans Seigewasser, der damalige DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, einen entsprechenden Auftrag erteilt hatte), doch es verfällt Eckerts zorniger Ablehnung. Das Ergebnis löst bei ihm eine tiefe Enttäuschung aus. Zu sehr muss er sich als ein Opfer der verfehlten Kirchen- und Bündnispolitik von SED, KPD und DKP sehen. Zwar anerkennt er die Bereitschaft, die religiösen Sozialisten nach langer Tabuisierung als progressive Vorläufer christlicher Bündnispartner gelten zu lassen, ihn verletzt jedoch, wie wenig berücksichtigt werden soll, daß er 1931 zur Kommunistischen Partei gekommen war und aktiv als deren Mitglied gewirkt hatte, ohne seinen christlichen Glauben preiszugeben. Sein Weg passt offensichtlich nicht in das dogmatische Konzept von Parteiführungen, die lieber die geschichtliche Wahrheit dem inzwischen gescheiterten Versuch opfern wollen, auf jene Kirchen und angestrebte Bündnispartner Rücksicht zu nehmen, die im Ernst gar nicht daran denken, mit der Partei- und Staatsführung einen ehrlichen Dialog der Zusammenarbeit zu führen.

[38] Als Eckert am 20. Dezember 1972 in Mannheim stirbt, steht über seiner Todesanzeige sein Wahlspruch: *Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben!* 25 Jahre nach seinem Tod und nach einem Epochenumbruch sondergleichen darf Eckert als eine Jahrhundertgestalt gesehen werden. In seinem Lebensweg – als Kirchen- und Volkstribun, Politiker und Parteifunktionär – spiegeln sich wesentliche Fragen des Säkulums. Es handelt sich um weit mehr als um ein individuelles Schicksal – gleich, ob sich der Kriegsfreiwillige zum lebenslangen aktiven Kriegsgegner wandelte, ob der Sozialdemokrat zur kommunistischen Partei wechselte, ob er die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung beklagte, ob er die »konfliktgeladene Asymmetrie« (Hans Heinz Holz) zwischen den Begründungsweisen eines Christen und Kommunisten bewältigte, ob sich die Nachkriegshoffnungen auf ein antifaschistisches, demokratisches und in der Perspektive sozialistisches Deutschland erfüllten oder im Kalten Krieg verwehten, ob sich das schwierige Engagement in der westdeutschen Friedensbewegung und die durchaus kritische Solidarität mit der DDR auf einen Nenner bringen ließen. In alle Problemfelder des Jahrhunderts versuchte er einzugreifen, und manche Geschehnisse vermochte er prägend mitzugestalten.

Anlässlich des 75. Geburtstages von Eckert – eines »politischen Realisten« (Helmut Ridder), eines »Täters aus Überzeugung« (wie ihn das Düsseldorfer Landgericht bezeichnete), der nichts anderes sein wollte als ein Mann des Volkes, ein Mann aus dem Volk und für das Volk – hieß

es im Glückwunschschreiben des süddeutschen Hochschullehrers Franz Paul Schneider: *Ein Leben lang kämpfte Eckert für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Als aufrechter Charakter verfolgte er unbeirrbar seinen Weg. Er ist unerbittlich gegen sich selbst, für seine Freunde aber der gütige, immer hilfsbereite Weggefährte. Er ist Vorbild für alle, die gleiche Ziele anstreben.* Und in einem persönlichen Brief fügte der gleiche Verfasser an: *Es gibt nur ganz wenige, die mit gleicher Genugtuung auf ihr Leben zurücksehen können wie Du. Es ist nicht nur Deine Denkkraft und Urteilsfähigkeit, es ist vor allem Dein kämpferischer Mut, den wir bewundern, aber auch als Vorwurf empfinden. Ich gestehe es offen, daß ich es nicht fertig gebracht hätte so wie Du, meine Sache auf nichts zu stellen. Nur Menschen wie Du, die ohne der Gefahr zu achten, mit der Fahne in der Faust mitten unter ihre Feinde springen, machen wirklich Geschichte. Wir schulden Dir viel.*

[39]

Meine unterwanderten Jahre – Satirische Bemerkungen[*]

Difficile est, satiram non scribere. (Juvenal)[**]

Es traf mich fast wie ein Blitz, als am 7. April 1998 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein ganzseitiger Aufsatz erschien, in dem ein ehemaliger »68er«, Wolfgang Kraushaar, schon nach nur oberflächlicher Einsicht in die Akten des MfS zu dem Schluss kam, daß die Studentenbewegung von Anfang an von der anderen Seite, d. h. von den Kommunisten in der DDR, ihren Geheimdiensten und Vorfeldorganisationen unterwandert worden wäre.

Angesichts dieses krausen und haarsträubenden Machwerks ist es nicht nur schwierig, sondern geradezu unmöglich, anders als satirisch mit diesen Umdeutungen umzugehen.

Es fiel mir wie Schuppen von den Augen, als ich mich hinsetzte und Texte aus den letzten 40 Jahren zusammenstellte: offenbar haben mein ganzes Leben lang Kommunisten nur darauf gewartet, mich zu unterwandern. Hatte ich naiverweise geglaubt, so ein Lern- und Entwicklungsprozess beruhe auf Überzeugungen, die allmählich durch Erfahrungen und selbst gewonnene Erkenntnisse heranreifen, so stellte sich bei der Durchsicht der Texte heraus, daß ich das instrumentalisierte Opfer einer langen Belagerung durch Kommunisten gewesen bin, das gar nicht gemerkt hat, wie es durch Instruktionen und Direktiven an der mehr oder weniger langen Leine geführt wurde im Interesse jener finsteren Macht, der nun endlich auch ein Schwarzbuch gewidmet wurde.

Wenn ich es recht bedenke, hatten die ersten Versuche schon bei meinen Eltern begonnen. Meine Eltern studierten in Marburg u. a. bei Professor Georg Wünsch, der sich zwar als religiöser Sozialist ausgab und Sozialethik lehrte, in Wirklichkeit aber, wie die Nazis 1933 herausfanden, Mitglied der Gesellschaft zum Studium sowjetrussischer Probleme war. In der DDR hieß das dann weniger getarnt gleich DSF, Deutsch-Sowjetische Freundschafts-Gesellschaft. Im Seminar von Wünsch müssen meine Eltern wohl auch früh angehalten worden sein, das [40] Kommunistische Manifest zu lesen. Wie die sorgfältigen Unterstreichungen und Randnotizen des erhalten gebliebenen Exemplars belegen, haben meine Eltern davon jedenfalls rege Gebrauch gemacht. Als mein Vater dann zusammen mit Walter Kreck, der noch heute als 90jähriger die UZ liest und sich entsprechend betätigt, zusammen die Ausbildung als Vikar in Limburg absolvierte, hatten sie es beide mit veritablen Kommunisten in der Kirchengemeinde zu tun. Mein Vater hatte also bereits Erfahrungen gesammelt, als sich nach 1933 jene Kommunisten, die vorher aus der Kirche ausgetreten waren, nun die rote Karte der Bekennenden Kirche erwarben und sich ausgerechnet an Pfarrer heranmachten, um ihre Politik unter den Bedingungen der Illegalität unters Volk zu bringen. Wie sie das Vertrauen meines Vaters als Seelsorger gewannen? Ganz einfach: Sie gingen ins KZ und wenn, wenn sie entlassen wurden, kamen sie zu meinem Vater und zogen sich vor ihm nackt aus, um ihm durch Zeigen der Spuren ihrer Folterungen sein Mitleid zu erregen und sein Vertrauen zu erschleichen.

Das setzte sich auch nach 1945 fort, als die Wagenburg der Bekennenden Kirche zerfiel und die Nacht der langen Messer begann, alte Rechnungen beglichen wurden und der Kampf um

---

[*] Nach meiner vorzeitigen Pensionierung am 1. Juli 1997 machte ich mich zunächst daran, Bilanz zu ziehen über meine verstreuten publizistischen Tätigkeiten von den frühen Anfängen als Schüler bis zum April 1998. Die Sammelschrift erschien unter dem Titel »›Es wechseln die Zeiten...‹ Reden Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998)« 1998 beim Pahl-Rugenstein Verlag Nachf. Mit den folgenden einleitenden Bemerkungen stellte ich auf einer Veranstaltung der PDS Marburg-Biedenkopf am 10. September 1998 das Buch vor. Der vorliegende Text stellt die erweiterte und überarbeitete Fassung des Aufsatzes dar, der in den von Hanfried Müller herausgegebenen »Weißenseer Blättern« 5/1998, S. 65–70 erstveröffentlicht wurde.

[**] Es ist schwierig, (darüber) keine Satire zu schreiben.

Prestige und Ämter unvorstellbare Tiefen erreichte. Auch hier setzten die Kommunisten auf meinen Vater, als sie sich weigerten, sich an dem bösen Spiel der Verleumdung und üblen Nachrede in der örtlichen »Volksbühne« zu beteiligen. Daß mein Vater dann Mitbegründer der CDU in meiner Heimatstadt Iserlohn wurde, nahmen sie ihm nicht weiter übel. Im Gegenteil. Als nützlicher Idiot sollte er in die CDU gehen und jene Kräfte in der nordrhein-westfälischen CDU stärken, die bereit waren, zwar nicht dem Kapitalismus, wohl aber der »unumschränkten Herrschaft« des Kapitalismus – wie im Ahlener Programm von 1947 formuliert – Adé zu sagen. Darauf, wie weit die Unterwanderung der CDU durch kommunistische Einflussnahme ging, komme ich am Ende noch zurück, wenn ich auf den Brief von Gregor Gysi an den ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu sprechen komme.

Nachdem meine Eltern Gefallen an der Ost-Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze gefunden hatten, war es kein Wunder, daß ich mich als Student im 1. Semester mit den Landsmannschaften und ihren Forderungen nach der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 öffentlich auseinandersetzte. Ich wusste zwar, daß dies auch der Politik der DDR unter Walter Ulbricht entsprach, die schon 1950 als wirkliche Nachbarn Polens die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße Grenze vertraglich festgelegt hatten, setzte mich aber nach außen noch von dem »propagandistischen Gebrüll« eines Walter Ulbricht ab. Tatsächlich aber war die Einflussnahme durch Kommunisten auf dem Ostermarsch, an dem ich 1960 bereits teilnahm, so groß, daß ich die Partei »Die Freunde Ulbrichts«, wie sie von den weitsichtigeren Schützern unserer Verfassung schon damals genannt [41] wurde, gemeint ist die »Deutsche Friedens Union«, bereits durch Aufstellen von Wahlplakaten im Bundestagswahlkampf 1961 mit Portraits von Albert Schweitzer und Renate Riemeck unterstützte.

1969 wurde die Vorfeldorganisation der DKP, die »Aktion Demokratischer Fortschritt« (ADF), u. a. von dem ebenfalls Unterwanderten Marburger Hochschullehrer Werner Hofmann ins Leben gerufen. Mit meinem Leukoplastbomber war ich im Bundestagswahlkampf 1969 unterwegs, um wild für die Kommunisten zu plakatieren, die glaubten, auf der Welle der Studentenbewegung, die sie, laut Krauskopf, selbst erzeugt hatten – soziale, historische und politische Ursachen, eigenständige Motive, eigenständige kritische Analyse der bundesdeutschen Realität und eigenständiges politisches Handeln existierten ja nicht – in den Bundestag schwimmen zu können.

Die Studentenbewegung selbst war, wie mein Beispiel zeigt, von Anfang an unterwandert von Kommunisten und ihren Hintermännern. Daß sich auch wackere Schützer unserer Verfassung unter die westdeutsche Linke mischte, um Schlimmstes zu verhüten, sei ihnen noch heute gedankt. Aber was sollten sie anderes machen, wenn die Kommunisten sich 1961 eines so nützlichen Idioten wie Klaus Horn bedienten, der als Mitglied des Liberalen Studentenbundes ausgerechnet den sogenannten Volkskammerpräsidenten der sogenannten DDR, Johannes Dieckmann – unter der noch von der DDR ausgegebenen Parole »Deutsche an einen Tisch« – nach Marburg einlud. In dem Marbacher Kurhäuschen, das später die Disko »Old Daddy« war, wurde also das trojanische Pferd nach Marburg eingeschleust – unter heftigem Protest aller damaligen staatstragenden Parteien und ihrer Mitglieder.

Was ich noch gar nicht offenbart habe: Ich war damals zwar schon infiziert vom Geist der Unterwanderer, schmückte mich aus Familientradition (Vater, Bruder, Schwager) aber noch mit Band und Mütze, war also Mitglied einer farbentragenden studentischen Verbindung. Nach der Lektüre von Kraushaar glaube ich fest daran, auch dies war Tarnung.

Also saß ich als Korporierter mitten unter den Zuhörern, während draußen das fast einig Volk skandierte »Dieckmann raus, hängt ihn auf!« Es bedurfte keiner schriftlichen Instruktionen und Direktiven, um dabei sein zu wollen und aus falsch verstandener Sympathie mit dem mit Steinen beworfenen Repräsentanten der DDR im Jahre 1961 auf den Weg des fellow travellers gebracht zu werden. Übrigens nahm der »spätestens seit Herbst 1966« »innerhalb der westdeutschen Linken auf Grundlage konkreter Absprachen mit dem SED-Politbüro« (Staadt in FAZ

vom 20.5.1998) agierende Professor Abendroth – anders als der Vorstand des SDS 1965 – an meiner Zugehörigkeit zu einer farbentragenden Verbindung keinen Anstoß. Er folgte sogar einer Einladung aufs Verbindungshaus, um einen [42] Vortrag über Korporationen in der Weimarer Republik zu halten. Da die SPD ihn gerade ausgeschlossen hatte, boten sich ihm allerdings auch nicht mehr so viele Möglichkeiten der Unterwanderung.

Als ich dann noch im gleichen Jahr den Vizepräsidenten des Internationalen PEN-Clubs, Robert Neumann, nach Marburg ins Audi Max im Landgrafenhaus einlud, war der Weg des ferngesteuerten Aktivisten der Studentenbewegung vorgezeichnet. Die Anschrift von Robert Neumann hatte ich von der von Kommunisten unterwanderten Studenten-Zeitschrift KONKRET erhalten, in der später Robert Neumann dann auch die Dokumente aus dem Osten gegen den KZ-Baumeister Lübke abdruckte und kommentierte.

Wie aufmerksam die Umtriebe des Vizepräsidenten des internationalen PEN-Clubs, Robert Neumann, mit Wohnsitz in der neutralen Schweiz, von den wahren Schützern unserer Verfassung beobachtet wurde, erhellt eine kleine Anekdote, die Robert Neumann in seinem Tagebuchroman aus dem Jahre 1964 mit dem ernstgemeinten Titel »Vielleicht das Heitere« festgehalten hat: »Vom Hotelchen in Marburg hatten wir nach allen Richtungen hin telefoniert und auch mit ein paar Besuchern in der Lobby gesprochen – alles zum Thema Ostdeutschland. Als wir dann von Abendroths Institut ins Hotel zurückkamen, war keines der Ostberliner Dokumente, kein Blatt der Korrespondenz zu finden. Wir durchsuchten das Zimmer. Nichts. Auch der Portier wusste von nichts. – Vierzehn Tage später, schon in Locarno, bekamen wir ein Päckchen aus Köln, von einem Herrn mit unleserlicher Unterschrift. Er habe unlängst eine Nacht in einem Hotel in Marburg verbracht und diese Briefschaften da im Papierkorb gefunden, vielleicht brauchten wir die, er schicke sie hier zurück. – Man sage nichts gegen die Kölner.« (S. 264) Ende des Zitats. Wo ich gerade über telling places wie Köln rede: auch aus Oberursel kamen gelegentlich interessierte US-Amerikaner und trugen sich in die Anwesenheitsliste des Marburger Forum ein (Anm.: Köln ist der Sitz des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Oberursel ein CIA-Quartier in der Bundesrepublik). Wenn diesem »großen deutschen Schriftsteller, der die britische Staatsbürgerschaft besaß und weit vom Zugriffsbereich von BND und Verfassungsschutz in Locarno lebte« (Wolfgang Abendroth in KONKRET 2/1975), dergleichen widerfuhr, sollte da wirklich das Haupt der »Kaderschmiede« marxistischen Denkens in Marburg und seine Elèven, sofern sie sich um den SDS sammelten, von derlei Unterwanderungen verschont geblieben sein? Als Abendroth noch 1977 im DDR-Handbuch zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft unter der Rubrik »progressive bürgerliche Geschichtsschreiber« aufgelistet wurde, konnte man sich noch darüber aufregen. Heute weiß ich: Auch dies war Schonung und Tarnung und nicht etwa engstirnigster Dogmatismus.

[43] Interessanterweise nahmen die Kommunisten und die von ihnen ferngesteuerten Agenten wie Wolfgang Abendroth, Heinz Maus, Harry Pross, Hans Conzelmann und Kurt Lenk auch keinen Anstoß daran, daß ich die Frage nach den Ursachen und Folgen des Faschismus für die Bundesrepublik vom Boden einer studentischen Korporation aus in die Öffentlichkeit trug. Jedenfalls nicht, solange dort noch Wirkungsmöglichkeiten für die Entfaltung der Weltrevolution bestanden.

Es war klar, daß bei all diesen Etappen Überzeugungen und der Mut, zu seinen politisch gewonnenen Einsichten auch öffentlich einzustehen, keine Rolle spielten. Die West-Arbeit der Kader an der Universität Leipzig trug Früchte, und bald gab es auch offizielle Kontakte und Verbindungen zwischen Robert Neumann und dem Schriftstellerverband der DDR. Der Mauerbau machte zwar zunächst einen Strich durch die Rechnung. Aber nach anfänglichen Schwierigkeiten entstand der Dialog mit der Humboldt-Universität. Noch bevor die Zeitung, hinter der immer ein kluger Kopf steht, berichtete, mein Doktorvater Wolfgang Abendroth handele ab 1967 entsprechend den Direktiven des Polit-Büros der SED, ließ er in seinem Oberseminar

1962 die DDR-Vertreter ohne Gänsefüßchen Heinz Kamnitzer, Wilhelm Girnus, Wieland Herzfelde und Johannes Dieckmann im O-Ton zu Wort kommen. Als dann die Tonbänder des West-Ost-Dialogs und der Operation »Mauerdurchlöcherung«, wie die ZEIT ebenso irreführend wie hilfreich titelte, 1964 im überfüllten Marburger Audi Max in der Biegenstraße vorgeführt wurden, gab es zum Ärger von Ernst Nolte und der FAZ mehr Beifall als Zischen.

Übrigens setzte Wolfgang Abendroth mich auch in Verbindung mit dem kommunistischen Christen Erwin Eckert, der, wie der außenpolitische Ausschuss des US-amerikanischen Repräsentantenhauses in bewährt sachlicher Manier 1947 aufgelistet hatte – man denke nur an die akribischen Untersuchungen des Ausschusses für un-amerikanische Umtriebe unter Senator McCarthy – zu den »506 nicht-russischen Kommunistenführern Europas und des Orients« gehörte. Im Leitwort werden die Registrierten (unter ihnen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Mao Tse-tung, Ho Chi Minh sowie aus den Westzonen Kurt Müller, Max Reimann, Walter Fisch und Ernst Buschmann) als »professionelle Revolutionäre« bezeichnet, »denen Lenin die Fackel der Weltrevolution übergeben habe«.[1]

Muss da nicht eine Gänsehaut über unsere Rücken laufen? Ist damit nicht alles gesagt? Im langjährigen Kontakt mit Eckert konnte ich so nach der akademischen Weihe der Promotion im öffentlichen Dienst außerhalb der Universität unter dem Deckmantel des abendländischen Protestantismus kommunistisches Gedankengut verbreiten helfen. Ein hervorragender Schutz gegen allzu lästige Überprüfungen.

[44] Die Mitte der 60er Jahre sich breiter entwickelnde Studentenbewegung scheute von Anbeginn an nicht den Kontakt mit Kommunisten. Das war so im Marburger Club Voltaire bei Treffen mit Peter Gingold und Manfred Kapluck. Und das war so bei der Gründung der ASO (Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition) in Marburg. Wir scheuten uns im »Rechtsstaat Bundesrepublik« nicht, mit den in die Illegalität gedrängten Marburger Kommunisten, Hans Gebhardt und Jupp Dörrich zusammenzuarbeiten.

Wo man hinguckt: beim Ostermarsch, bei den Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, beim Kampf gegen die Notstandsgesetze, später beim Kampf gegen die Berufsverbote: überall waren die Kommunisten dabei. Und da wollen wir uns einbilden, wir seien von ihnen nicht unterwandert, infiltriert, ferngesteuert worden? So als hätten wir unsere eigenen Überzeugungen gehabt? Die Aufopferung und Selbstverleugnung der Kommunisten in der Friedensbewegung ging so weit, daß man sie als Kommunisten gar nicht mehr wahrnahm.

Und war es in der Friedensbewegung etwa anders? Muss nach dem krausen Artikel in der FAZ dem Marburger Oberbürgermeister Hanno Drechsler nicht recht gegeben werden, wenn er das Marburger Forum von Anfang an als »Mogelpackung«, sprich als Fortsetzung der DKP mit anderen Kostümen bezeichnete? Kann man an der »Friedensliste«, die ich zusammen mit Lorenz Knorr und Manfred Coppi initiierte, nicht sehen, was da für ein falsches Spiel getrieben wurde? Usw. usw.

Wenn ich als »Alt-68er« heute diese Beichte auf einer Veranstaltung der PDS ablege und trotzdem zur Wahl der PDS aufrufe, dann tue ich dies, entgegen aller Notwendigkeit, meine Fernsteuerung durch Kommunisten zu tarnen, gerade auch in bewusster Anlehnung an das, was in der *jungen Welt*, in der *UZ*, in den *Marxistischen Blättern* und in den *Weißenseer Blättern* verbreitet wird.

Im Ernst: Meine Befürwortung der Wahl der PDS ist mit der Kritik verbunden, daß der »Darling« der bürgerlichen Talk-Shows und begnadeter Redner auf den Tribünen des Parlamentes und der öffentlichen Versammlung, Gregor Gysi, seinen Entschuldigungsbrief an den ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker besser unterlassen hätte. August Bebel, den Gregor

[1] SPIEGEL Nr. 22 vom 29. Mai 1948, S. 1 und SPIEGEL Nr. 26 vom 22. Juni 1949, S. 9.

Gysi am Montag auf dem Marktplatz in Marburg noch für die PDS ins Feld führte, hätte sich mit Sicherheit nicht bei Wilhelm II. oder anderen Repräsentanten des deutschen Imperialismus für Fehler der Sozialdemokratie entschuldigt. Um nicht missverstanden zu werden: Über Fehler muss geredet und diskutiert werden – nur der Papst hält sich für unfehlbar.

Aber ist der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der seinen Vater im Nürnberger Kriegsverbrechertribunal verteidigte, der richtige Adressat, um sich bei ihm für Fehler zu entschuldigen?

[45] Etwas ganz anderes wäre es gewesen, wenn der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker und andere Repräsentanten der alten Bundesrepublik im Gegenzug zu der Anfrage an die PDS nach dem Unrecht gefragt worden wären, was in ihrem Namen oder mit ihrer Duldung nach 1945 in den Westzonen bzw. der BRD begangen wurde. Jedenfalls so zu tun, als ob der Kalte Krieg eine höchst einseitige Veranstaltung gewesen wäre, ist mehr als unredlich.

In Anlehnung an die Anzeige der FR vom 07.09.1998, in der 140 Kulturschaffende, Wissenschaftler, Theologen, Ärzte, Juristen und Pädagogen zur Wahl Gysis, dessen Einzug in den Bundestag wohl die sicherste Bank der PDS ist, aufrufen, lautet meine unverbesserliche Schlussfolgerung in der gegenwärtigen Situation: Demokratie braucht Opposition – Opposition braucht Gysi und Gysi braucht Opposition. Aber darüber reden wir nach dem 27. September ausführlicher.

Heute nur so viel: Es ist zu hoffen, daß die mitten im Bundestagswahlkampf 1998 von Teilen der PDS-Führung mutwillig vom Zaune gebrochene Programmdiskussion nicht hinter die Positionen des »Ahlener Programms« der CDU von 1947 und ihrer Zustimmung zum Artikel der NRW-Verfassung vom 6. Juni 1950 – wohlgemerkt *nach* der Verabschiedung des Grundgesetzes von 1949 und anders als das Grundgesetz der BRD durch Volksentscheid in NRW mehrheitlich bekräftigt – zurückfällt, in der es in Artikel 27 hieß: »Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum übergeführt werden.« Was die Parlamentarier, ohne Volksbefragung, inzwischen aus der NRW-Verfassung gestrichen haben, ist immer noch geltendes Verfassungsrecht des Landes Hessen.

Muss wirklich an die bittere Lehre aus dem »Ahlener Programm« der CDU erinnert werden: »Die Zeit vor 1933 hat große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. ... Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar ... Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.«

Für wie blöd hält Herr Kraushaar die westdeutsche Linke in der alten Bundesrepublik? Glaubt er wirklich, sie seien nicht fähig gewesen, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen und eigenständige Schlussfolgerungen aus der kritischen Analyse der bundesdeutschen Realität zu ziehen? Zu derlei Umdeutungen ist folgendes zu sagen:

Die bundesdeutsche Realität und die Antwort der westdeutschen Linken wird verkleistert. Der westdeutschen Linken wird eigenständiges Denken und Handeln abgesprochen. Sie wird diskreditiert. Die 68er Bewegung wird in Bausch und Bogen entwertet. Die Ursachen für den Protest werden geleugnet. Linke Alternativen zur gegenwärtig bestehenden Gesellschaft und ihrer sozialen und [46] politischen Machtverteilung werden ausgeschlossen. Eine der Botschaften der FAZ jedenfalls lautet: Lasst Euch nicht mit der »kommunistischen PDS« ein. Ihr wisst ja, wohin das führt. Und daß die PDS eine kommunistische Partei sei, ist für die Herren Hintze, Waigel und Co. eine ausgemachte Sache, was zu bezweifeln schon verdächtig macht. Was den Kommunismus in der PDS ausmacht, so frage man Sahra Wagenknecht, was den Marxismus in der PDS ausmacht, so frage man Uwe-Jens Heuer, was den Antiimperialismus in der PDS ausmacht, so frage man beispielsweise Winfried Wolf.

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD geht es keineswegs mehr nur um die Frage Zerstörung oder Aufrechterhaltung von Biographien und persönlichen Identitäten im Osten, sondern wie die gegenwärtigen und sicher noch keineswegs beendeten Versuche zeigen, auch um die Identität der westdeutschen Linken. Es wird so getan, als ob Kommunisten die einzigen wären, die sich um Einflussnahme auf die Bevölkerung bemühten. Das heute hier vorgestellte Buch »Es wechseln die Zeiten« ist der Versuch, diesem Trend durch ein authentisches Beispiel eines einfachen Mitglieds der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik entgegenzuwirken.

Was den bestenfalls gewendeten Wolfgang Kraushaar mit seinen skrupellosen Umdeutungen und Geschichtsfälschungen betrifft, wenn er nicht von Anfang an ein Vertreter des kleinbürgerlichen Revolutionarismus in der Studentenbewegung gewesen ist, so wird mir speiübel. Daß er es für Geld tun könnte, fällt mir immer noch schwer zu glauben, auch wenn die FAZ pro Zeile DM 5.- löhnt (Zum Vergleich: In der »jungen Welt« gibt es dafür notfalls DM 0.60).

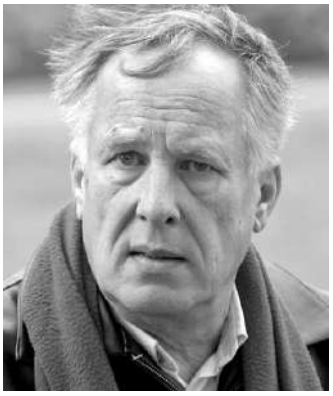
Die haltlosen, tatsachen- und wahrheitswidrigen Behauptungen etwa hinsichtlich der Rolle von Wolfgang Abendroth in der demokratischen Bewegung der alten Bundesrepublik sind kürzlich von Frank Deppe und Georg Fülberth als unmittelbare Zeitzeugen und zusätzlich durch Einblick in die entsprechenden Akten eindeutig widerlegt worden.

Die individuelle Charakterlosigkeit eines Wolfgang Kraushaar ist aber nur Symptom eines Prozesses, der durch die Niederlage der DDR eingeleitet wurde und dessen Tendenzen im Interesse von Demokratie und sozialem Fortschritt unbedingt aufzuhalten sind. Eine Möglichkeit dazu ist die Wahl der PDS und die kritische Begleitung ihrer Entwicklung durch Ausschöpfung der uns zur Verfügung stehenden Mittel demokratischen Handelns, wobei ich hoffe, daß auch die kritischen Stimmen außerhalb der PDS wahrgenommen werden. Eine PDS-Fraktion im Bundestag wird nur begrenzt wirken können, wenn sich außerhalb des Parlamentes nichts bewegt.

Nachtrag: Am 15. Dezember 1998 erschien eine weitere Fortsetzung der romanhaften Darstellung der Unterwanderung des SDS. Überschrift: »Die Gnade der westdeutschen Geburt«. Der Artikel spricht davon, daß es eine »Schieflage« gebe, solange nicht alle Unterlagen der Stasi in der Gauck-Behörde und in den USA aufgedeckt seien.

Ob sich dieser Knabe schon einmal darüber Gedanken gemacht hat, daß die »Schieflage« dadurch entsteht, daß die Unterlagen von BND und des BfV nicht zugänglich sind, nicht einmal für wissenschaftliche Zwecke bei längst durch die bundesdeutsche politische Strafjustiz verurteilten und verstorbenen Beobachtungsobjekten? Das wäre doch mal was Neues: zu wissen, wer in all den Jahren in meinem Lebensumkreis Informant des BfV und des BND gewesen ist.

Fazit: Im Westen nichts Neues. Hier sind die Hüter der Verfassung, die schon 1949 dafür sorgten, daß ehemalige Nazis gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes wieder Beschäftigung im öffentlichen Dienst fanden und dort die Unterwanderer des »Unrechtsstaates«. Drüben sind die Dunkelmänner, und hier sind die Weißwäscher. Lassen wir uns beim Unterwandern nicht irritieren.



Friedrich-Martin Balzer 2004

[48] Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten. Vorbemerkung*

Als ich mich im Februar 1961 anschickte, Robert Neumann zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ins Marburger Audi Max einzuladen, kannte ich Wolfgang Abendroth noch nicht.[2] Ich war 20 Jahre alt und Student im 2. Semester. Veranstalter war der Clausthaler Wingolf, dem ich im April 1960 beigetreten war, obwohl ich zu dieser Zeit schon Ostermarsch-Teilnehmer war. Wie war es dazu gekommen?

Das Verbindungshaus lag weit ab von den elitären, ehrwürdigen Verbindungshäusern in der Lutherstraße in Marburg, auch weit ab von der Burschenschaft »Arminia« und der Landsmannschaft »Hasso-Borussia« und dem Corps »Rhenania-Straßburg«. Es lag inmitten einer Schrebergartenlandschaft und hatte mehr vom Charme eines Arbeiterwohlfahrt-Freizeitheims als von einem ehrwürdigen Verbindungshaus mit Butzenscheibenromantik. Es lag nicht weit von Abendroths bescheidenem Häuschen in der Wilhelm-Roser-Straße, in der außer dem ab 1960 in Marburg lehrenden Soziologen Heinz Maus auch alte und neue Nazis in ihren Villen wohnten.

Die Aktiven der Verbindung waren, wie ich bei meinem Austritt aus der Verbindung 1965[3] festhielt, eher links orientiert. Es gab während meiner aktiven [49] Zeit zahlreiche Sozialdemokraten, einige DFU-Anhänger[4] und mehr als nur einen Ostermarschierer. Wenn das Bundeslied des „Wingolf“ gesungen wurde: »Es hält auf seinen Zinnen das Kreuz getreulich Wacht, drum wohnt sich’s traulich drinnen, ob’s draußen stürmt und kracht«, so kam mir das nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich anachronistisch und unsinnig vor. Mein Vater, mein Bruder und mein Schwager waren Wingolfiten. Und obwohl ich selbst von theologischen Vorstellungen schon damals nichts mehr hielt[5], war ich trotz hinhaltendem Widerstand der Argumentation

---

* Zur Spurensuche gehörte die Erinnerung an meine Einladung an Wolfgang Abendroth, als ich noch in der nichtschlagenden »christlichen« Verbindung Wingolf an führender Stelle in Marburg aktiv war. Dr. Lisa Abendroth erlaubte mir den Text des Vortrages von Wolfgang Abendroth vom 13. Dezember 1961 beim Clausthaler Wingolf zu veröffentlichen. Hans Heinz Holz bat mich dazu eine Einleitung zu schreiben. In: TOPOS, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Heft 12 (Bildung), Bielefeld 1999, S. 133–141.

2 Die am 5. Juli 1961 in Marburg beginnende Serie von Tonbandgesprächen zwischen der Philipps-Universität Marburg und der Humboldt-Universität in Berlin (DDR) kam zu einer Zeit zustande, »als so etwas noch von allen großen Parteien, auch der SPD, ›illegal‹ und ›würdelos‹ genannt wurde« (Wolfgang Abendroth in seinem Nachruf auf Robert Neumann in: Konkret 2/1975, S. 43) und ist inzwischen dokumentiert und kommentiert in: Reinhard Hübsch/Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) »Operation Mauerdurchlöcherung«, Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog. Bonn 1994. Der Band enthält u. a. Beiträge von Wolfgang Abendroth, Johannes Dieckmann, Wilhelm Girnus, Johannes Gross, Wieland Herzfelde, Reinhard Hübsch, Heinz Kamnitzer, Reinhard Kühnl, Robert Neumann und Manfred Weißbecker. Der irreführende Titel geht zurück auf die Überschrift eines Aufsatzes von Robert Neumann, in dem er über die Tonbandgespräche im Zeitraum von 1961 bis 1964 berichtete. Siehe DIE ZEIT vom 29. Mai 1964. Ein erster Bericht über die Marburger Veranstaltung im Jahre 1961 war unter der Überschrift *Auf den Spuren Wolfgang Harichs* in DIE ZEIT vom 1. März 1963 erschienen.

3 Zur Begründung des Austritts führte ich u. a. an: »Solange bei feierlichen Kommersen [49] der deutschen Soldaten des 2. Weltkriegs feierlich gedacht wird, so als hätten sie das Vaterland verteidigt, solange Reden auf das ›Vaterland‹ gehalten werden, deren Funktion, nicht unbedingt deren Intention es ist, Mittel des Kalten Krieges zwischen beiden deutschen Staaten zu sein, ist es besser, diese institutionelle Erstarrung zu beseitigen oder, wenn dies nicht gelingt, die Erfolglosigkeit eines solchen Unterfangens einzusehen und die Konsequenzen des Austritts zu ziehen.« Brief vom 20.12.1965.

4 DFU = Deutsche Friedens Union, 1960 gegründete politische Partei, die als Sammelbewegung Kommunisten (die KPD war 1956 in der Bundesrepublik verboten worden), Sozialisten (meist aus der SPD ausgeschlossene Sozialdemokraten), überwiegend evangelische Christen und Pazifisten vereinigte. Bei der Bundestagswahl 1961 erhielt sie 609.918 Stimmen oder 1,9 %.

5 Als Pfarrerssohn hatte ich mich schon während der Schulzeit in dem Streit zwischen Gerhard Szczesny und Friedrich Heer auf die Seite von Szczesny geschlagen, ohne allerdings dem katholischen Linksintellektuellen Friedrich Heer meinen Respekt zu versagen. Siehe: Friedrich Heer/Gerhard Szczesny, Glaube und Unglaube, Ein Briefwechsel, München 1959. Als Konsequenz trat ich noch während meiner Zeit als

beim »Keilen« erlegen, als mir eine Couleur-Dame erwiderte, dann sollte ich doch auch aus der Kirche austreten. Soweit war ich damals noch nicht – als Sohn des bekennenden Pfarrers jener Kirche, die meinen Vater im Alter von 40 Jahren ganz unbrüderlich 1947 in den vorzeitigen Ruhestand getrieben hatte.

Ein Jahr zuvor war ich zusammen mit drei Klassenkameraden nur knapp dem angedrohten Entzug der »sittlichen Reife« entgangen. Wir hatten es gewagt, unsere Kritik an den Unterrichtsinhalten und den sie vermittelnden Lehrern, die als ehemalige NAPOLA-Lehrer[6] und SA-Sturmbannführer auf Grund des Artikels 131 des Grundgesetzes nach 1945 »zur Wiederverwendung« in den öffentlichen Dienst eingestellt worden waren, auch in der Abiturzeitung zu äußern. Wir ahnten noch nicht, welchen Lebensnerv des antirevolutionären Grundgesetzes[7] wir damit ge-[50]troffen hatten. Wir hatten die ehemaligen Parteigenossen der NSDAP unbelehrbare Selbstverteidigungsreden vor imaginären Entnazifizierungsausschüssen halten lassen und politische Kritik an ihrem Unterricht geübt. Angesichts der Drohung, uns das Abitur abzuerkennen, falls wir die Abiturzeitung nicht verbrennen würden, gaben wir zwar noch klein bei. In meiner Abiturrede aus dem Jahre 1960[8] ließ ich jedoch keinen Zweifel daran, daß wir uns von dieser Sorte von Lehrern nicht für die Zukunft untauglich, weil unkritisch gefügig machen lassen wollten.

Der Einladung an Robert Neumann war unmittelbar vorausgegangen der in beiden deutschen Staaten Aufsehen erregende Besuch des DDR-Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann in Marburg. Der Vorsitzende des Liberalen Studentenbundes Deutschland (LSD) in Marburg, Klaus Horn, hatte die Stirn besessen, das Undenkbare zu tun, nämlich Deutsche aus der DDR und der BRD an einen Tisch zu bringen. Einer der Abiturzeitungsredakteure war nach dem Abitur Vorsitzender des LSD in Bonn geworden. So nahm ich mit ihm an der LSD-Veranstaltung mit Johannes Dieckmann im Saale teil, während draußen eine riesige Studenten- und Bürgerdemonstration mit den Rufen »Dieckmann raus – hängt ihn auf!«[9] gegen den Besuch von Johannes Dieckmann in Marburg protestierte. Aufgerufen zu der Demonstration hatten u. a. die im Marburger Informationsring (MIR) zusammen geschlossenen Korporationen, die im Allgemeinen Studentenausschuss die Mehrheit stellten. Eine winzige Minderheit von Studenten hatte allerdings die Courage – zu ihnen gehörte mein späterer Kollege und Freund, der Abendroth Schüler Helge Speith –, mit dem Plakat »Schlamm willkommen – Dieckmann unerwünscht?«[10] inmitten der vom Kalten Krieg hysterisierten Menge von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen. Es war die Zeit, »in der auch für die Brandts und Bahrs die DDR

Wingolfit der Humanistischen Studentenunion (HSU) bei, in der ich mit Anselm Neusüß und Joachim Kahl zusammentraf, bevor ich 1966 einen Antrag auf Aufnahme in den SDS stellte.

6 NAPOLA = Nationalpolitische Erziehungsanstalt, Eliteschule des Nazi-Regimes, in dem Führungsnachwuchs für die NSDAP, SS und Armee herangebildet wurden.

7 Zu dieser Denkrichtung hat nicht nur Wolfgang Abendroth (von 1951 bis 1972 Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg), sondern vor allem der Gießener Staatsrechtler und Leitfigur der demokratischen Bewegung in der BRD, Professor Helmut Ridder, beigetragen. Siehe u. a. einen seiner jüngsten Aufsätze *Über Deutschlands* [50] *immerwährende Flucht vor der Geschichte und ihre juristischen Vehikel! – Stürzen wir uns in das Rauschen der Zeit, ins Rollen der Begebenheit, in: Wirtschafts- und Medienrecht in der offenen Demokratie,* hrsg. von Heinz Dieter Assmann u. a., Heidelberg 1997, S. 129–150.

8 Die Rede »Wider die resignative Vernünftigkeit« ist abgedruckt in: Es wechseln die Zeiten ...« Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998). Mit einem Geleitwort von Manfred Weißbecker, Bonn 1998.

9 Der Besuch des DDR-Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann am 13. Januar 1961 in Marburg ist dokumentiert und kommentiert in: Reinhard Hübsch »Dieckmann raus – Hängt ihn auf!«, Bonn 1995.

10 Ebd. Das Bild ist abgedruckt auf S. 121. Das Plakat spielt auf den jüdischen Kalten Krieger William S. Schlamm an. Es hätte sich aber ebenso auf den Göttinger Historiker Percy S. Schramm beziehen können, der mit seinem SPIEGEL-Beitrag zu Hitler seinen Teil zur Entlastung einer ganzen Generation beigesteuert hatte.

noch ›rechtlich nicht existent‹ und eine Ausgeburt des Teufels war«.[11] Zu den Demonstranten gehörte auch der spätere, langjährige DKP-Kreisvorsitzende von Marburg-Biedenkopf. Die Scheidung der Geister war zwar schon im Gange. Es dauerte aber noch, bis in der Studenten-[51]bewegung eine breitere Basis für kritisches Denken erkämpft werden konnte, bis der Prozess der Sezession von bürgerlichem Denken sich in einen Prozess der Assoziation mit marxistischem Denken und Handeln verwandelt hatte.

Vergeblich hatte ich etwa 15 Professoren gebeten, die Diskussionsleitung bei der Veranstaltung mit dem Thema »Was geht uns Eichmann an? Ausflüchte unseres Gewissens«[12] zu übernehmen. Jeder empfahl einen anderen Kollegen. Allen war das Thema zu heiß. Alle waren gebrannte Kinder. »Gehen Sie doch zu dem Professor K. Der war im KZ«. Aber auch der Professor K. sagte ab, nachdem er den bei Kurt Desch erschienenen Bildband von Robert Neumann über »Hitler, Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches« gesehen hatte. Keiner empfahl den seit 1951 in Marburg lehrenden Professor für wissenschaftliche Politik Wolfgang Abendroth. Schließlich, nachdem ich von Pontius zu Pilatus gelaufen war, mußte ich mit einem »Alten Herren« vom Marburger Wingolf vorlieb nehmen: Kirchenrat und Dekan Karl Bernhard Ritter – Bruder des Historikers Gerhard Ritter –, der in der Weimarer Republik Landtagsabgeordneter der DNVP[13] gewesen war und dessen Kriegspredigten in der Marburger Universitätskirche einen Einblick geben in den angeblichen antifaschistischen Widerstand der »Bekennenden Kirche« gegen das »Dritte Reich«[14]. Uneingeladen erschienen Professor Abendroth, der Antifaschist und »weiße Rabe« der postfaschistischen akademischen Nachkriegsgesellschaft in der BRD, und seine Frau, die Historikerin Dr. Lisa Abendroth – die als Zeitzeugin eindringlich von ihren Erinnerungen an den Brand der Marburger Synagoge im Jahre 1938 berichtete. Sie und ihr Mann meldeten sich mit zahlreichen Diskussionsbeiträgen auch zur damaligen aktuellen politischen Lage auf der vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) mitgeschnittenen und später ausgestrahlten Sendung engagiert zu Wort. Sie beide und Robert Neumann[15] trugen [52] so zur Wendung der Masse der Studenten zu kritischem und antifaschistischem Denken, das erst im Entstehen war, nachhaltig bei. So stellt die »Wehrmachtsausstellung« für die Teilnehmer der damaligen Veranstaltung keine grundsätzlich neue Erkenntnis dar.

Eröffnet worden war die überfüllte Veranstaltung mit etwa 700 Studenten im Marburger Audi

---

11 Wolfgang Abendroth, Robert Neumann, in: konkret 2/1975, S. 43.

12 Der Untertitel bezieht sich auf die Rundfunkserie von Robert Neumann 1959/60 und ist dokumentiert in: Robert Neumann, Ausflüchte unseres Gewissens, Dokumente zu Hitlers »Endlösung der Judenfrage« mit Kommentar und Bilanz der politischen Situation. Hannover 1960. Siehe auch den Bildband »Hitler, Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches. Ein Dokument von Robert Neumann. Unter Mitarbeit von Helga Koppel, München 1961. „Die Ausflüchte unseres Gewissens“ sind in zwischen im Internet unter Max-Stirner-Archiv-Leipzig nachlesbar.

13 DNVP = Deutschnationale Volkspartei, Ende 1918 als bürgerliche Rechtspartei von ehemaligen Alldeutschen, Deutsch-Konservativen und Christlich-Sozialen gegründet, wurde die DNVP zum Sammelbecken der antirepublikanischen, gegenrevolutionären Reaktion, die führend – auch als späterer Bündnispartner der NSDAP (Harzburger Front Oktober 1931) – an der Zerstörung der Weimarer Republik beteiligt war.

14 Die zwischen dem 27. August 1939 und dem 20. Juni 1940 gehaltenen Kriegspredigten sind veröffentlicht unter dem Titel Karl Bernhard Ritter, Wir haben eine Hoffnung, Kassel o. J.; Karl Bernhard Ritter, Verwandlung des Lebens, Kassel o. J.

15 Als Bernt Engelmann 1975 in der *Deutschen Volkszeitung* vom 16. Januar zum Tode des Schriftstellers Robert Neumann schrieb: »Robert Neumann soll gestorben sein? Er ist lebendig wie eh und je«, da ahnte er noch nicht, wie vergesslich der Herren eigener [51] Geist, der Zeitgeist, über Robert Neumann und ihn selbst hinweggehen würde. So blieb die 100. Wiederkehr des Geburtstages von Robert Neumann am 22. Mai 1997 von der Öffentlichkeit weitgehendst unbeachtet. Siehe inzwischen meinen Vortrag auf dem Robert-Neumann-Symposium an der Universität Siegen im Februar 2006 »Erinnerungen an Robert Neumann«, der inzwischen in text+kritik von Anne Maximiliane Jäger (Hrsg.) Einmal Emigrant – immer Emigrant? Der Schriftsteller und Publizist Robert Neumann (1897–1975), München 2006, S. 16–40 veröffentlicht wurde.

Max – das waren mehr als zehn Prozent aller eingeschriebenen Studenten der damaligen Zeit – vom Prorektor der Universität, Professor Reinhardt, von dem sich inzwischen herausgestellt hat, daß er förderndes Mitglied der SS gewesen war. Es war derselbe Professor Reinhardt, der im Januar desselben Jahres beim Fackelzug gegen den Besuch von Johannes Dieckmann als Rektor eine flammende Rede gehalten hatte.

Abendroth war für mich die große Entdeckung bei dieser Veranstaltung. Es war Nähe auf den ersten Blick. Ich empfand, daß er wie kaum ein anderer in der Lage war, auf selbstgestellte Fragen und nicht selbstgestellte Fragen – Antworten zu geben bzw. selbst Fragen zu stellen, die weiterführten. Wie der im folgenden abgedruckte Text unmittelbar deutlich macht, verstand es Abendroth, auch Andersdenkende, solche, die nicht oder noch nicht so dachten wie er, durch differenzierte Argumentation und ein Denken in objektiven Widersprüchen an kritische Positionen und marxistisches Denken heranzuführen.

Und so war es kein Wunder, daß ich ihn noch im selben Jahr auf das Verbindungshaus einlud. Zuvor hatte ich ihm die vertraulichen Rundbriefe des „Wingolf“ aus den Jahren 1932 bis 1936[16] zur Verfügung gestellt, die vom Wingolf bis auf den heutigen Tag sorgsam unter Verschluss gehalten werden.

Die Veranstaltung am 13. Dezember 1961 begann verspätet, weil Abendroth von einer sich länger hinziehenden Fakultätssitzung kam, auf der er die Habilitation von [53] Jürgen Habermas[17] durchgesetzt hatte. Nach meinen einleitenden Bemerkungen[18] und Abendroths Vortrag dauerte die Diskussion bis Mitternacht und hinterließ nicht nur bei mir einen bleibenden Eindruck. Im Wintersemester 1962/1963 wechselte ich das Studienfach von Germanistik zur wissenschaftlichen Politik bei Professor Abendroth und legte 1972 – nach der Referendarausbildung und dem Beginn meiner Unterrichtstätigkeit an der Steinmühle – als einer der letzten

---

16 Diese Rundbriefe dienten inzwischen Eva Gottschaldt, PDS-Abgeordnete im Marburger Stadtparlament, für ihre Untersuchung »Das ist die Tat unseres herrlichen Führers«. Die christlichen Studentenverbindungen Wingolf und der Nationalsozialismus. Hrsg.: Projekt Konservatismus und Wissenschaft e. V. und der Marburger Geschichtswerkstatt e. V., Marburger Beiträge zur Geschichte und Gegenwart studentischer Verbindungen, Bd. 4, Marburg 1997. Siehe auch den Beitrag von Eva Gottschaldt »›Wir grüßen die Fahne des Hakenkreuzes!‹ – Die christlichen Studentenverbindungen Wingolf und der Nationalsozialismus« in der Festschrift zum 60. Geburtstag von Reinhard Kühnl, hrsg. von Frank Deppe, Georg Fülberth und Rainer Rilling, Antifaschismus, Heilbronn 1996, S. 108–120.

17 Siehe den Beitrag von Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag von Wolfgang Abendroth »Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer. Der Marburger Ordinarius Wolfgang Abendroth wird am 2. Mai sechzig Jahre alt«, in: DIE ZEIT vom 29.4.1966. Jürgen Habermas schrieb in seinem Brief an den Verfasser vom 26. November 1996, daß er »Wolfgang Abendroth zeitlebens für den ganz unkonventionellen Entschluss« dankbar sei, ihn »als einen Außenseiter gegen eine widerstrebende Fakultät durchzusetzen«. Habermas erinnert sich »an die letzte Situation, in der ich das noch einmal bekräftigen konnte: Während einer Anhörung des Bundestagsausschusses, der in Sachen DDR-Vergangenheit eingesetzt worden war, sollte ich nämlich durch eine denunziatorisch gemeinte Erinnerung an meine Abendroth-Herkunft diskreditiert werden.« Nachtrag: Im Grußwort zur Konferenz »Arbeiterbewegung – Wissenschaft – Demokratie«, die Wolfgang Abendroth zum 100. Geburtstag im Jahre 2006 gewidmet war, schrieb Habermas. »Schon die bloße Existenz dieses Mannes wäre als anti-antikommunistischer Kontrast zum verschwiemelten Klima des Kalten Krieges Grund genug, um seiner zu gedenken. Auch wenn er nur Vorträge zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den beiden Weltkriegen gehalten hätte – wie er es damals, 1961, am Beispiel der Korporationen der Weimarer Republik vor dem Clausthaler Wingolf zu Marburg getan hat – auch dann wäre Abendroth ein Glücksfall gewesen.« – Mein eigener, studentischer Beitrag zu Abendroths 60. Geburtstag erschien im Bundesorgan des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) ›Neue Kritik‹, Nr. 35, April 1966, S. 11 ff unter dem Titel *Veröffentlichungen Wolfgang Abendroths*. Inzwischen ist die Gesamtbibliographie Wolfgang Abendroths erschienen. Siehe auch: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): *Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene*, CD-ROM, Bonn, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, 2006.

18 Was ich damals einleitend zu sagen vermochte, ist nachzulesen in: Friedrich-Martin Balzer, *»Es wechseln die Zeiten ...«*, a. a. O., S. 29 f.

Doktoranden bei Professor Abendroth meine Dissertation über »*Erwin Eckert und den Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands*«[19] vor. Das Thema, das Abendroth bereits 1965 mit dem Thema der Examensarbeit angestoßen hatte, hat mich seither nicht mehr losgelassen.[20]

Abendroth selbst wird diese Veranstaltung beim Clausthaler Wingolf anders in Erinnerung behalten haben. Er war lange Zeit in der Universität isoliert gewesen. Wie Georg Fülberth in einem Nachruf auf Abendroth schrieb, war er »für die Mehrheit seiner Kollegen und ihre Familien [...] schlicht der ›Zuchthäusler‹, [54] nicht so sehr ein (sozusagen satisfaktionsfähiger) Gegner als ein – wie er es selbst charakterisierte – ›Outcast‹«[21].

Seinen Tiefpunkt hatte seine lokale Isolierung just zu dem Zeitpunkt erreicht, als er wegen seiner Weigerung, den Unvereinbarkeitsbeschluss von SPD und SDS mitzutragen, aus der SPD ausgeschlossen und vom Clausthaler Wingolf zu einem Vortrag eingeladen wurde. »Daß er Mitglied der hessischen Regierungspartei war, hatte ihn bei seinen konservativen Kollegen zwar auch nicht beliebter gemacht, aber nach ihrer ganzen autoritären Denkungsart hielt es sie noch zu einer gewissen Minimalvorsicht an, die sie jetzt ebenfalls nicht zu beachten brauchten«.

Aus dieser Situation holte ihn, den marxistischen Gesellschaftswissenschaftler und Historiker der Arbeiterbewegung[22], erst die Studentenbewegung wieder heraus, der er selbst nachhaltige Impulse vermittelt hatte. »Durch seine Persönlichkeit und seine Lehrtätigkeit« – hier kann die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ausnahmsweise *für* Abendroth in Anspruch genommen werden – »wurde Marburg für einige Jahre zu einem Zentrum der Studentenbewegung« – und ausgerechnet das Puppenstübchen Marburg, »das Städtchen mit zwei Realitäten«, wo nicht nur der Bund Freiheit der Wissenschaft mit Ernst Nolte, sondern auch der Bund demokratischer Wissenschaftler mit Werner Hofmann bundesweit aus der Taufe gehoben wurde, sollte, von Abendroth inspiriert, »das Zentrum sein, in dem das Ziel eines Bündnisses zwischen Arbeitern (der Begriff ›Arbeiterklasse‹ wird mit Rücksicht auf die in der BRD herrschende Klasse vermieden – FMB) und Intellektuellen am ernsthaftesten verfolgt wurde.«[23]

[55] Diese Verwegenheit provozierte offenbar den zeitweiligen Marburger Oberbürgermeister und späteren hessischen Ministerpräsidenten, Walter Wallmann, von Beruf Richter, dazu, sich 1969 in der Lokalpresse mit dem Hochverratsurteil gegen Professor Abendroth aus dem Jahre 1937 zu identifizieren. An meiner Schule in freier Trägerschaft, der Steinmühle, konnten

---

19 Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Bonn 1993, 3. Aufl.

20 Siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Mit einem Geleitwort von Klaus Fuchs-Kittowski, Bonn 2002.

21 Georg Fülberth, Schwieriger Übergang, in: Sozialismus, November 1983, S. 29 f.; das ganze Heft ist dem Andenken an Wolfgang Abendroth gewidmet. Siehe inzwischen: Friedrich-Martin Balzer/Hans Manfred Bock/Uli Schöler (Hrsg.): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio- und bibliographische Beiträge, Opladen 2001.

22 Siehe den Beitrag von Hans Heinz Holz über den Marxisten Wolfgang Abendroth, der viel für die Berufung des ersten marxistischen Wirtschaftswissenschaftlers Werner Hofmann und des ersten marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz an die Marburger Universität beigetragen hat: Hans Heinz Holz, *Wolfgang Abendroth – Demokratie als Sozialismus*, in: TOPOS, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Heft Demokratie, Bonn 1993, S. 99–110. Über die Reaktion von Kollegen auf die Berufung von Hans Heinz Holz nach Marburg siehe Georg Fülberth, Mein Marburg. Bericht aus einem deutschen Städtchen mit zwei Realitäten, in: DIE ZEIT, Nr. 40 vom 26. September 1997, S. 56: Als »der unbewaffnete, wenngleich marxistische Philosoph nach Marburg berufen wurde, löste das unter einigen seiner zukünftigen Kollegen eine Panik aus, als sei die Rote Armee ins Lahntal durchgebrochen.« Siehe inzwischen die Dokumentation: Friedrich-Martin Balzer/Helge Speith (Hrsg.) Deutsche Misere. Die Auseinandersetzungen um den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz (1970–1974), Privatdruck Marburg 2006, 202 Seiten.

23 Siehe *Die Macht der Persönlichkeit. Zum Tode von Wolfgang Abendroth*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 18. September 1985.

immerhin fünf Unterschriften von Kollegen gesammelt werden, die sich einer Anzeige in der Lokalpresse anschlossen und so öffentlich gegen diese Identifikation mit dem Nazi-Unrecht protestierten. An staatlichen Gymnasien sah das damals anders aus. Dort hieß es: »Wir sind nicht nur nicht für Abendroth, wir sind für Wallmann«.[24]

10 Jahre später war es nicht der Stellvertreter Alfred Dreggers in der hessischen CDU, sondern Professor Peter von Oertzen (SPD), Kultusminister in Niedersachsen von 1970–1974, der Abendroths »intellektuelle und moralische Haltung« in Zweifel zog und ihm einen »parteikommunistischen Standpunkt« zur Last legte, als er in einem Brief an führende Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) erklärte, daß die »Auffassungen Abendroths unvereinbar mit dem Programm des DGB und unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie, den Zielen des Sozialismus und den Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung«[25] seien.

Über 2.400 Personen erklärten sich bundesweit mit Wolfgang Abendroth durch ihre Unterschrift solidarisch. Unter ihnen waren zahllose Gewerkschaftssekretäre, [56] Arbeiter und Intellektuelle. In Marburg/Stadt unterstützte ihn der Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie 43 Marburger Lehrer mit ihrer Unterschrift. Zu den drei Kollegen an der Steinmühle, die so wie ich unterschrieben, gehörte auch Brigitte Kustosch.

Der letzte große Auftritt von Wolfgang Abendroth in Marburg fand anlässlich des Europawahlkampfes für die Friedensliste am 15. Juni 1984 in der überfüllten Marburger Stadthalle statt. Auf dem Podium waren vertreten: Herbert Bastian, vom Berufsverbot betroffener Postbeamter, der der DKP angehörte, der Gewerkschaftssekretär Bodo Ramelow, inzwischen einer der Initiatoren und Verfechter der Erfurter Erklärung[26], und der Politikwissenschaftler Professor Frank Deppe, der den 78jährigen, ein Jahr vor seinem Tod am 15. September 1985, eigens aus Frankfurt abgeholt hatte. Ich selbst konnte als Mitinitiator der Friedensliste Abendroth als denjenigen begrüßen, »der seit über 60 Jahren die Kämpfe der demokratischen und Arbeiterbewegung mitgekämpft, Durchbrüche mit durchgesetzt, Niederlagen mit uns durchgestanden hat und dessen Analysen uns begleiten werden zu denjenigen Siegen, die wir brauchen, wenn wir überleben wollen.«[27]

Meine Beziehung zu Wolfgang Abendroth verdanke ich dem Umstand, der in einem der Nachrufe auf den verehrten Lehrer Erwähnung gefunden hat: »Bereits 1961 lud ihn erstmals eine farbentragende

---

24 Die öffentliche Auseinandersetzung um Wolfgang Abendroth im Vorfeld der Bundestagswahl vom 28. September 1969 ist dokumentiert in: philipps universität marburg 4/1969 (Oktober 1969), S. 6–16. Der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Hessen, Wallmann, hatte in einem ›Offenen Brief‹ erklärt, daß Abendroth »als einer der geistigen Haupturheber der Unruhe unter der deutschen akademischen Jugend anzusprechen ist, der dunkle Kräfte geweckt und große Schuld auf sich geladen hat. Er hat sich dabei nachweislich auch in einer Weise verfassungsfeindlich betätigt, daß sich jeder verantwortungsbewusste Staatsbürger die Frage vorlegen muss, ob solche Hochschullehrer an den deutschen Universitäten als Vertreter des Faches ›Wissenschaftliche Politik‹ noch tragbar sind« (ebd., S. 10). Abendroths Klarstellung seines Lebenslaufes endete mit den Worten: »Gegen die Verleumdungen eines Richters zu klagen, der sich in aller Offenheit mit dem Urteil eines politischen Sondersenats des Dritten Reiches identifiziert, scheint mir im Übrigen sinnlos. Zwischen Demokraten, die gegen den Faschismus einmal vergeblich gekämpft haben, die Gefahren seiner Wiederholung erkennen und deshalb heute rechtzeitig bannen wollen, und Ihnen, Herr R. Wallmann, gibt es keine Möglichkeit der Verständigung« (ebd., S. 15).

25 Die heftige Auseinandersetzung um den bereits sieben Jahre lang emeritierten Abendroth, bei dem es tatsächlich um mehr als um einen Intellektuellenstreit ging, ist dokumentiert in der Broschüre *Solidarität mit Wolfgang Abendroth*, Sinn-Edingen, (1979). Verantwortlich für den Inhalt zeichnete einer seiner sozialdemokratischen Schüler, Professor Klaus Fritzsche. Zu den Erstunterzeichnern der Solidaritätserklärung mit Wolfgang Abendroth gehörten außerdem der Schriftsteller Bernt Engelmann und der Gewerkschafter Willy Bleicher.

26 Die Erfurter Erklärung setzt sich für ein Zusammengehen der Mehrheit jenseits von CDU/CSU/FDP einschließlich der PDS ein.

27 Siehe Friedrich-Martin Balzer, Es wechseln die Zeiten ..., a. a. O., S. 173–177, hier S. 177. Die Video-Aufzeichnung dieser Veranstaltung befindet sich im Privatarchiv Balzer (PAB).

Verbindung in Marburg zu einem Vortrag über die Geschichte des Korporationswesens ein.«[28] [57]

[28] Georg Fülberth, *Schwieriger Übergang*, a. a. O., S. 30.

Emil Fuchs: Erbe der Französischen Revolution und des Roten Oktober*

Schlaglichter aus den »Wochenberichten« von Emil Fuchs im Bundesorgan der Religiösen Sozialisten (1931–1933)
Eine Dokumentation mit Anmerkungen

I.

1968 schrieb der 93jährige Emil Fuchs aus Anlass des 75. Geburtstages von Erwin Eckert an seinen »Kampf- und Lebensgefährten durch viele tapfer frohe und schwere Jahre menschheitsgeschichtlicher Entscheidung«. Er erinnerte an die vielen Debatten, die beide miteinander hatten, zu zweit, im Vorstand der Bewegung der Religiösen Sozialisten, vor Hunderten in Versammlungen und auf den Jahrestagungen. Fuchs beklagte den »niederträchtigen Betrug«, die »schlaue geistige Bearbeitung«, wie sie ab 1918, nach 1933 und nach 1945 »unser deutsches Volk von seinem notwendigen Weg zum Sozialismus abzulenken wussten in individualistische Begehrlichkeit.« Die »klugen« SPD-Führenden und ihre Funktionäre hätten ihm deutlich gemacht, wohin er gehöre. »Habe ich doch selbst erlebt, wie jene leidenschaftlichen Diskussionen mir das klare Bewusstsein, aber auch den Zugang zu jenen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus bahnten, die mir – dem Christen – das Werkzeug erschlossen, durch das die neue Welt gebaut werden kann und wird.«[1]

[58] Zwei Jahre später bedankte sich Erwin Eckert in einem Glückwunschschreiben zum 96. Geburtstag von Emil Fuchs für das übersandte Buch »Von Schleiermacher zu Marx«. »Das Buch und sein Titel hat mir noch einmal eindrucksvoll die ganze Spannweite Deines geistigen Ringens um die Fragen, die uns beide ein ganzes Leben lang gemeinsam beschäftigt haben, vor Augen geführt.« Eckert fuhr fort: »In den letzten Tagen habe ich daraufhin noch einmal in Deiner Autobiographie nachgelesen. Wenn Du so zurückblickst, hast Du sicher auch an die besonders intensive gemeinsame Kampfzeit im ›Bund der Religiösen Sozialisten‹ gedacht, in der wir aus dem Zwang des Evangeliums und der Erkenntnis der drohenden Gefahr von Faschismus und Krieg mit unseren Freunden in ganz Deutschland zusammenstanden.« »In Deinem Lebensbericht«, fuhr Eckert enttäuscht fort, »habe ich jedoch kaum etwas gefunden, was auf diese Periode hindeutet.«[2]

Auf dem Hintergrund einer fast 50jährigen Freundschaft und Kampfgemeinschaft muss es in

---

* Meinem Hauptthema, dem Kampf von Christen für den Sozialismus, blieb ich treu und erhielt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sachsen die Einladung, am 4. Dezember 1998 über das Wirken von Emil Fuchs am Ende der Weimarer Republik zu referieren. Der vorliegende Text stellt die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages dar, den ich beim sechsten Walter Markov-Kolloquium über »Christentum, Marxismus und das Werk von Emil Fuchs« gehalten habe. Erstveröffentlichung in: Berliner Dialog-Hefte, Die Zeitschrift für den christlich-marxistischen Dialog, 10. Jahrgang, Heft 4/1999 (42), S. 35–47 und 11. Jahrgang, Heft 1/2000 (43). Siehe auch: Christentum, Marxismus und das Werk von Emil Fuchs. Beiträge des sechsten Walter-Markov-Kolloquiums. Herausgegeben von Kurt Reiprich, Kurt Schneider, Helmut Seidel, Werner Wittenberger, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2. Auflage, Schkeuditz 2002, S. 35–55. Sämtliche Wochenberichte von Erwin Eckert und Emil Fuchs (05.10.1930–05.03.1933) sind inzwischen als Quellenband, herausgegeben zusammen mit Manfred Weißbecker 2004 unter dem Titel »Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen« erschienen. Nachdem ich 1998 begonnen hatte, das Gesamtwerk von Helmut Ridder zu erfassen, wurde der vorliegende Text Helmut Ridder anlässlich seines 80. Geburtstages am 18. Juli 1999 gewidmet.

1 Der Brief von Emil Fuchs an Erwin Eckert vom Februar 1968 ist vollständig abgedruckt in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen – Erwin Eckert sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 356.

2 Der Brief von Erwin Eckert an Emil Fuchs vom 9. Mai 1970 befindet sich zusammen mit der Festgabe [Publikationsverzeichnis] zum 96. Geburtstag von Emil Fuchs im PAB.

der Tat überraschen[3], wenn in Band 2 der Autobiographie aus dem Jahre 1959 Eckert nur ein einziges Mal knappe Erwähnung findet, wenn es dort heißt: »Das Aufsteigen der Bewegung ermöglichte die Gründung eines Sonntagsblattes, das den Titel ›Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes‹ trug und von Eckert in Mannheim in seiner leidenschaftlich-packenden Art redigiert wurde.«[4] Seine Person – im zweiten Band sind es allein 98 Personen, die im Namensverzeichnis erläutert werden – taucht im Anhang der Autobiographie von Fuchs überhaupt nicht auf.

In den Bibliographien der Veröffentlichungen von Emil Fuchs[5] ist keine einzige der über 200 Veröffentlichungen von Emil Fuchs aus den Jahren der Weimarer Republik, die im Bundesorgan »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« und ab [59] 1931 in »Der religiöse Sozialist« erschienen sind, verzeichnet. Dagegen sind die Veröffentlichungen in der »Freien Volkskirche«, in den »Neuen Wegen«, der »Christlichen Welt« und im Monatsheft der Deutschen Freunde, im »Quäker« und in der »Zeitschrift für Religion und Sozialismus« durchaus aufgeführt. Die nach dem Tod von Emil Fuchs erschienenen Bibliographien verzichten auf Veröffentlichungen von Emil Fuchs vor 1933 völlig.[6]

Im Jahre 1970 hoffte Eckert daher, daß das beigefügte Schrifttumsverzeichnis aus dem »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« und dem »Religiösen Sozialisten« eine besondere Erinnerung sein möge, das »Dir Freude machen wird und Dir zeigt, wie viel Du uns damals schon bedeutet hast.«[7]

II.

Der erste Wochenbericht von Emil Fuchs erschien in der Nr. 47 des »Religiösen Sozialisten« vom 22. November 1931, sein letzter in der Nr. 11 vom 12. März 1933. Insgesamt verzeichnet das Bundesorgan 68 Berichte. Die Zeitgeschichte, die sich in den Wochenberichten niederschlägt, umfasst also die letzten entscheidenden Jahre am Vorabend der Machtübertragung an den Faschismus. Die Wochenberichte beschäftigen sich sowohl mit innenpolitischen Erscheinungen der ökonomischen und politischen Krise als auch mit internationalen Aspekten der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und der Gegenwehr der Arbeiterbewegung.

Eine systematische Analyse der Positionen von Emil Fuchs, wie sie sich in den Wochenberichten widerspiegeln, würde den vorgegebenen Rahmen sprengen. Sicher ist: Auch Emil Fuchs

---

3 Siehe auch Jörg Ettemeyer, Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel der Publizistik der religiösen Sozialisten. Dargestellt am Beispiel des Sonntagsblattes »Der Religiöse Sozialist«, Magisterarbeit in Geschichte, Marburg/Lahn 1988, S. 209: »Allerdings weisen diese von Fuchs erst in hohem Alter geschriebenen Memoiren erhebliche Mängel auf [...] Zur Aufhellung des Selbstverständnisses von Fuchs in der Weimarer Zeit kann diese Darstellung deshalb wenig beitragen. Von seiner Wochenberichterstattung im ›Religiösen Sozialisten‹ erzählt Fuchs ebenfalls mit keinem Wort.«

4 Emil Fuchs, Mein Leben, Zweiter Teil, Ein Christ im Kampfe gegen den Faschismus, für Frieden und Sozialismus, Leipzig 1959, S. 169.

5 Johannes Herz, Bibliographie Emil Fuchs zum 80. Geburtstag am 13. Mai 1954, in: Theologische Literaturzeitung (ThLZ) 1954, Nr. 11, Sp. 699–704; Hans Moritz, Bibliographie Emil Fuchs [Ergänzung und Fortsetzung der in ThLZ 79, 1954, Sp. 699 ff. abgedruckten Bibliographie], in: ThLZ 1959, Nr. 6, Sp. 471–474.

6 Bibliographie zum 100. Geburtstag des evangelischen Theologen der DDR Emil Fuchs, in: Bibliographische Kalenderblätter der Berliner Stadtbibliothek (BKdBS), Berlin 16 (1974), Folge 5, S. 35–46; Dittmar Rostig, Bibliographie zum religiösen Sozialismus in der SBZ und der DDR (Berichtszeit: 1945–1985), Frankfurt/Main 1992. Das anlässlich des 75. Geburtstages im »Standpunkt« (4/1977, S. 102–105) zusammengestellte Verzeichnis der Veröffentlichungen Karl Kleinschmidts enthält keinen einzigen Titel der Schriften von Karl Kleinschmidt vor 1933. Siehe inzwischen Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre »Darmstädter Wort«, Bonn 1997, S. 111–118.

7 Siehe Anmerkung 3.

hat vereinzelt Irrtümer und Fehleinschätzungen, die zwischen »Kozis« und »Sozialfaschisten« grassierten, geteilt.[8] Kostproben seiner [60] Analyse der Endphase der Weimarer Republik und des Beginns der Errichtung der faschistischen Diktatur am 30. Januar 1933 sollen jedoch nicht vorenthalten werden, nicht nur um die Lücke in seiner Lebensdarstellung schließen zu helfen, sondern schon allein, um die Sprache vorzustellen, in der Emil Fuchs sich geäußert hat, eine Sprache, die ihm in der DDR als Ehrenmitglied der CDU und Nestor der Universitäts-Theologie – zumindest teilweise – abhandengekommen zu sein scheint.

Prolog: »Augenblicksbilder«

Den Anfang machen einige – von Fuchs »Augenblicksbilder« genannte – Schlaglichter in chronologischer Reihenfolge: »Direktor Weingarten von der Ingenieurschule in Wismar wird auf Fordern der Studenten von der Stadt entlassen, weil er Jude ist.« Es erhob sich jedoch kein Protest gegen diese verfassungswidrige Maßnahme. Stattdessen hatte sich die Stadt Oldenburg bereit erklärt, »die streikenden Studenten an seiner Schule aufzunehmen und ihnen besonders günstige Bedingungen geboten.«[9]

»In Thüringen prozessiert der ehemalige Herzog von Altenburg um die Zahlung von 27 Millionen mit dem Lande Thüringen. Könnte man die nicht sehr leicht aufbringen, wenn man alle Thüringer Erwerbslosen verhungern ließe?«[10]

»Ein großes bürgerliches Blatt schrieb kurz nach Weihnachten: ›Abgesehen von den Schatten, die durch die große Zahl der Selbstmorde auf die Festtage fallen, ist der Friede der Feiertage nirgends gestört worden‹. Wirklich ›nirgends?‹ Muss nicht der Frieden eines Menschen recht erheblich gestört worden sein, wenn er Hand an sich selbst legt? Der feiertägliche Frieden des Bürgertums mag ja infolge des Burgfriedens nicht beeinträchtigt worden sein. Aber leider hat der Burgfrieden ja nicht verhindert, daß gerade um Weihnachten Tausenden der Feiertag durch Lohnabbau recht empfindlich gestört worden ist.«[11]

»Auf der Reichsgründungsfeier des Kyffhäuserbundes erklärte der Vorsitzende, General a. D. von Horn: Die alten deutschen Soldaten müssten die sogenannte Kriegsschuldlüge mit Entrüstung abwehren. Man dürfe nicht vergessen, daß die Kriegsschuldlüge in engem Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit des [61] früheren Kaisers stehe. Der Geist des ersten Versailles, den man heute feiere (1871 Gründung des Deutschen Reiches im Spiegelsaal von Versailles nach der Niederlage Frankreichs im von Preußen-Deutschland mutwillig vom Zaun gebrochenen Deutsch-Französischen Krieg von 1870/1871! – FMB), müsse den Geist des zweiten Versailles überwinden. An der Feier nahm der Reichswehrminister Groener teil. Der Reichsverfassungsminister Groener scheint von dieser monarchistischen Kriegshetze nichts erfahren zu haben, sonst hätten wir bei seiner Reichsgründungsfeierrede im Rundfunk hören müssen, daß er den Kyffhäuserbund nicht zu den ›politischen Kräften‹ rechnet, deren Aufgabe ›die organische

---

8 In dem hier erörterten Zusammenhang ist auf die anfechtbare Vorstellung von Fuchs von einem notwendig »linearen« Prozess der Faschisierung der Präsidialkabinette und der Bezeichnung des Papen'schen Staatsstreiches (Preußenschlag) als »faschistisch« hinzuweisen. Genauere Analysen der Wochenberichte von Fuchs bleiben der geplanten, späteren Veröffentlichung vorbehalten. Vgl. die Analyse von Emil Carlebach, Von Brüning zu Hitler. Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung, Heft 2 der Texte zur Demokratisierung, Frankfurt/Main 1971, 2. Auflage, 63 S. und Wolfgang Ruge, Wer war [60] Heinrich Brüning? Bonn 2003. Die Kapitel 22 und 23 von Wolfgang Abendroths »Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 1, Von den Anfängen bis 1933, Heilbronn 1985, S. 253–284, lesen sich überwiegend geradezu wie ein wissenschaftlicher Kommentar zu den wöchentlichen Aufzeichnungen von Emil Fuchs.

9 Politik der Woche (PdW) vom 1. bis 14. November 1931, in: Der Religiöse Sozialist (RS), Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes, 13. Jg. 1931, Mannheim, Nr. 47 vom 22.11.1931, S. 198.

10 PdW vom 13. bis 19. Dezember 1931, in: RS 1931, Nr. 52 vom 27.11.1931, S. 218.

11 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.01.1932, S. 8.

Ausführung und Entwicklung der Verfassung ist‹. Daß solche politische Propaganda ›natürlich ganz unpolitisch‹ ist, wurde uns mehrmals bei der Vorführung eines Kaiserfilms in Berlin versichert, der den Exkaiser beim Holz sägen, beim Verteilen von Zigaretten an seine Diener, mit einem Wort: beim Entgegenführen zu den herrlichen Zeiten zeigt. Die ›Rote Fahne‹ wurde wegen eines Artikels zum 13. Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs für drei Tage verboten [...].«[12]

»Interessant sind [...] die Worte eines Mitgliedes der Regierungspartei im tschechischen Parlament, weil ja die Tschechoslowakei in guten Beziehungen zu Frankreich steht. Es meinte auf eine kommunistische Anfrage wegen des Krieges im Osten: ›Warum die ganze Aufregung bei den Kommunisten? Weil die Sowjetunion vor Japan Angst hat. Alle christlichen Kulturvölker müssen es als Schande empfinden, daß ein ostasiatisches Volk das erste ist, welches in der Sowjetunion Ordnung schaffen wird‹. Ein so offenes Eingeständnis, daß die kapitalistischen Staaten sich mit Interventionsplänen gegen Russland tragen, hat bisher gefehlt. Was dieser Herr sich unter ›Ordnung schaffen‹ vorstellt, ist das gerade Gegenteil von Ordnung, nämlich Zerstörung des Sozialismus durch Wiedereinführung der Anarchie des Kapitalismus. Wahrlich ein schöner Beruf für ein ›zivilisiertes‹ Land!«[13]

»Der ›Burgfrieden‹ ist überhaupt eine höchst einseitige Sache. Zwar darf keine Partei öffentliche Versammlungen machen. Wie viele ›neutrale‹ Pastoren werden es wohl nicht versäumen, in den gut besuchten Ostergottesdiensten kräftig gegen den ›Antichrist im Osten‹ und gegen den ›Sitten- und Kulturbolschewismus‹ im eigenen Lande zu wettern. Außerdem treibt die Bourgeoisie in diesen Tagen noch eine recht wirksame ›indirekte‹ politische Propaganda. Sie hat nämlich das außerordentliche Glück, daß gerade hundert Jahre vor diesem, in dem es der Bourgeoisie so dreckig geht, weil ihr kapitalistisches Wirtschaftssystem versagt, Goethe gestorben ist. Das nutzt sie denn auch weidlich aus. Goethe wird als Nationalheros hingestellt, in dessen Sinn es sei, alles Trennende zu vergessen und sich auf die ›Nation‹ zu besinnen. Konkret ausgedrückt heißt das, die Arbeiterschaft möge [62] doch im Hinblick auf das ›Goethejahr‹, das heißt, das Krisenjahr der Bourgeoisie, alle Lohnsenkungen, kurz alles, was die Bourgeoisie der Arbeiterschaft angetan hat, vergessen und noch mal das tun, was für die Bourgeoisie und ihr System gut ist. Den Vogel schießt bei dieser Propaganda die früher einmal lesbare *Frankfurter Zeitung* ab. Sie schreibt: ›Wir brauchen solche Besinnung auf die großen Menschen, die in deutscher Zunge sprachen [...], weil wir noch immer nicht *von einem Sinne durchdrungen sind*.‹ Dann verwahrt sie sich dagegen, daß damit etwa ›österliche Burgfriedensstimmung‹ gemeint sei, und fährt fort: ›So müsste das Wort ‚Goethe' für Deutsche eine Art Gottesfriede sein‹. Also ›Gottesfriede‹ statt ›Burgfriede‹. Das ist für das Proletariat gehüpft wie gesprungen. Beide Male handelt es sich um die Vertuschung der Klassengegensätze durch die ›Idee der Nation‹ im Interesse der herrschenden Klasse. Die Bourgeoisie proklamiert im Namen Goethes den ›Gottesfrieden‹ und im Namen Gottes den ›Burgfrieden‹, um dem Proletariat die Möglichkeit zu nehmen, für seine Interessen, für seine Befreiung zu kämpfen. – Ganz deutlich zeigt sich der Klassencharakter der ›Goethefeiern‹ darin, daß eine Feier, auf der der Kommunist Wittfogel über ›Goethe vom marxistischen Standpunkt‹ sprechen sollte, verboten worden ist, weil sie den ›Burgfrieden‹ gefährde. Wenn irgendein deutschnationaler Professor über ›Goethe und wir Deutschen‹ (lies: wir Bürger) redet, so gefährdet das nicht den ›Burgfrieden‹. Dabei kann sich das Bürgertum nicht darauf berufen, daß das Proletariat und der Marxismus Goethe nicht ›verstehe‹ oder nicht zu ›würdigen‹ wisse. Im Gegenteil, der Marxismus ist der einzige Standpunkt, der Goethe vollständig gerecht wird, weil er seine Leistung nicht nur ›literarisch‹ bewertet oder ›erlebt‹, sondern weil er auch die Grenzen Goethes aufzeigen kann, die bedingt sind durch die Zeit und die gesellschaftlichen Umstände, in denen Goethe gelebt hat. – Wie sehr Goethe im

12 PdW vom 17. bis 23. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 5 vom 31.01.1932, S. 20.
13 PdW vom 30. Januar bis 6. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 7 vom 14.02.1932, S. 28.

marxistischen Lager geschätzt wird, beweist auch, daß die ›kulturlosen‹ Bolschewisten Goethes Gedächtnis ehren, indem sie in Moskau große Goethefeiern machen. Die dabei gehaltenen Reden sollen in einem Buch mit zwei bisher unbekannten Autogrammen Goethes veröffentlicht werden. Außerdem beginnt der Staatsverlag in diesem Jahre mit der Herausgabe von Goethes Werken.«[14]

»Von Regensburg wird berichtet, daß der nationalsozialistische Arzt Geheimrat Dr. Dörfler einem verunglückten jüdischen Knaben die Hilfe verweigerte. Dieser mußte in ein anderes Krankenhaus gebracht werden und starb, weil Hilfe zu spät kam.«[15]

Zwischendurch beklagte Fuchs die zahlreichen »Ausweisungen ›lästiger‹ Ausländer«. »Sie betreffen meistens Leute, die in der politischen Arbeit der Linken stehen, meistens der KPD.«[16]

[63] »Das Konjunkturforschungsinstitut hat festgestellt, daß wir in Deutschland 1,75 Millionen mehr Arbeitslose haben, als die Arbeitsämter zählen. Das sind die, die durch einsichtsvolle Regierungsmaßnahmen von der Unterstützung ausgeschlossen wurden, was sicherlich eine große Erleichterung des Staatshaushaltes bedeutet, falls man nicht fragt, was nun aus ihnen wird.«[17]

»Der Schriftsteller Renn ist wegen Hochverrats verhaftet worden. Unklar ist, welches Material man glaubt bei ihm gefunden zu haben. Er ist Kommunist. Ohne Zweifel einer unserer bedeutendsten Schriftsteller (›Der Krieg‹ ist von ihm). Papenkurs.«[18]

»Um der Komik willen sei erwähnt, daß der Präsident des Herrenklubs Herrn v. Papen beispringt in der schmerzlichen Abwehr des Misstrauens, man wolle die Rechte des Volkes antasten. – Dabei sagt er, daß der Herrenklub ›eine Verbindung zwischen Regierung und Volk‹ darstellen wolle. – Was ist wohl für die Mitglieder des Herrenklubs das deutsche Volk? – Die in den Hinterhäusern und Arbeitervierteln existieren nicht für sie!«[19]

»Der Minister Marschler in Weimar hat angekündigt, daß er den Beamten verbieten werde, bei Juden und jüdischen Warenhäusern zu kaufen, ein Verbot, das strafrechtlich verfolgt werden müsste. (Boykottaufforderung).«[20]

»Von Berlin wird das Auftreten von Scharen bettelnder und handelnder Kinder zum Weihnachtsverkehr gemeldet. Über so etwas entrüstet sich der gute Bürger nur, wenn es in Moskau geschieht. In einem kapitalistischen Staat stört das die Ordnung und das Gewissen nicht. – Wir haben ja unseren guten Staat und unsere Polizei.«[21]

»Es scheint fast, daß erhöhte Leistung der Wirtschaft heute noch lange nicht Abnahme der Erwerbslosigkeit bedeutet. Ein sehr bedenkliches Symptom, das auch von Amerika berichtet wird, wo steigende Leistung der Wirtschaft sich vollziehen soll, ohne daß bis jetzt die Arbeitslosigkeit abnimmt. – Aber die Papiere an der Börse steigen, und von St. Moritz wird berichtet, daß die internationale Vergnügungsgesellschaft sich seit fünf Wintern nicht so glänzend und großartig amüsiert habe wie heuer. Dort also hat man wieder Geld.«[22]

Und schließlich: »Der Weltbrand lodert heller empor. Wann wird er in jenes Stadium gekommen sein, wo niemand sein Umsichgreifen mehr hindern kann? – Das alles wäre nicht möglich ohne

14 PdW vom 20. bis 26. März 1932, in: RS 1932, Nr. 14 vom 03.04.1932, S. 56.
15 PdW vom 15. bis 21. Mai 1932, in: RS 1932, Nr. 22 vom 29.05.1932, S. 88.
16 PdW vom 24. Dezember bis 31. Dezember 1932, in: RS 1933, Nr. 2 vom 08.01.1933, S. 8.
17 PdW vom 25. September bis 1. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 41 vom 09.10.1932, S. 164.
18 PdW vom 27. November bis 4. Dezember 1932, in: RS 1932, Nr. 50 vom 11.12.1932, S. 200.
19 PdW vom 24. bis 30. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 45 vom 06.11.1932, S. 180.
20 PdW vom 19. bis 26. November 1932, in: RS 1932, Nr. 49 vom 04.12.1932, S. 196.
21 PdW vom 17. bis 24. Dezember 1932, in: RS 1933, Nr. 1 vom 01.01.1933, S. 4.
22 PdW vom 8. bis 15. Januar 1933, in: RS 1933, Nr. 4 vom 22.01.1933, S. 16.

die Mithilfe der Europäischen und amerikanischen [64] Geldmächte und Munitionsfabriken. – Geld, Geld, Geld muss verdient werden, und wenn wir alle darüber zugrunde gehen! ›Kommunistische‹ Demonstrationen werden in Japan grausam unterdrückt. Das ist wahrscheinlich der Kampf der Massen gegen den Krieg, der natürlich Bolschewismus und Vaterlandsverrat in Japan wie überall ist.«[23]

Soviel zur »Stimmungslage« der zweigeteilten Nation, wie sie sich Emil Fuchs darstellte.

Verteidigung von Demokratie, Sozialstaat und Rechtsstaat

Im Mittelpunkt der Wochenberichte von Emil Fuchs steht der Kampf gegen die »Ausschaltung der Parlamente, der demokratischen Einrichtungen«[24], der Appell an die überwältigende Mehrheit der Deutschen, »dem faschistischen Treiben, dem Aufstellen einer bewaffneten Macht gegen die deutsche Republik und Verfassung ein Ende [zu] machen«[25], und die Absicht, »die Massen zum Kampf für Demokratie und Republik, Volksrecht und Gestaltung des Sozialismus [...] aufzurufen«.[26]

Entschieden setzte sich Fuchs für die Erhaltung der liberalen Grundrechte ein. Besser könne die Politik, die von Brüning-Groener gemacht werde, kaum charakterisiert werden: »Polizei und Beamtenschaft halten im Innern die Arbeiterschaft durch Weihnachtsfrieden, durch Beseitigung der Pressefreiheit, in Schach. Die Gefängnisse sind mit politischen Gefangenen überfüllt. In Bochum wurde eine Sitzung kommunistischer Funktionäre – wie man so schön sagt – ausgehoben. Scheinbar fallen selbst Sitzungen unter das Versammlungsverbot. Wirklich aktiver Kampf gegen all das, womit diese kapitalistische Republik die Arbeiterschaft zu Weihnachten bedacht hat, wird als illegal geächtet, und die Kämpfer werden dementsprechend behandelt. So wird der ›innere Bestand des Staates‹ gesichert!«[27] Kritik an der herrschenden Praxis übend fuhr Fuchs fort: »In dem ›Rechtsstaat‹, in dem wir angeblich leben, muss jede polizeiliche Verfügung [...] befristet sein. Nicht einmal das ist [...] der Fall. ›Bis auf weiteres‹, also ohne Fristsetzung, verbietet man einfach jegliche Versammlungen einer bestimmten Partei. Rechtsstaat? Polizeistaat!«[28] In diese Richtung der Politik [65] passe, »daß die Nationalsozialisten ungehindert Versammlungen abhalten können, in denen nicht allzu zart mit der ›öffentlichen Ruhe und Sicherheit‹ umgegangen wird. Die Versammlungen der Linken dagegen werden verboten.«[29]

Nachdem der Innenminister Groener zur Durchführung des »Weihnachtsfriedens« eine Verordnung erlassen habe, die angebe, nach welchen Gesichtspunkten Presseverbote auszusprechen sind, schrieb Fuchs: »Eine Zeitung muss danach verboten werden, wenn sie ›die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet‹. Eine solche Gefährdung geschehe durch ›falsche Nachrichten, die geeignet sind, die Bevölkerung in Erregung zu versetzen‹. Dasselbe gilt für alarmierende Schlagzeilen, die die von der Regierung getroffenen Maßnahmen empfindlich durchkreuzen. Die Gegenüberstellung von ›falschen‹ und ›alarmierenden‹ Nachrichten zeigt, daß Groener mit den letzteren wahre Nachrichten meint. Damit sind also auch wahre Nachrichten, die die

23 PdW vom 1. bis 7. Januar 1933, in: RS 1933, Nr. 3 vom 15.01.1933, S. 12.
24 PdW vom 2. bis 9. April 1932, in: RS 1932, Nr. 16 vom 17.04.1932, S. 64.
25 PdW vom 12. bis 19. März 1932, in: RS 1932, Nr. 13 vom 27.03.1932, S. 52.
26 PdW vom 12. bis 19. September 1932, in: RS 1932, Nr. 39 vom 25.09.1932, S. 156.
27 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.01.1932, S. 8.
28 PdW vom 2. bis 9. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 3 vom 17.01.1932, S. 12. Siehe Helmut Ridder: »Nach dem erneuten Übergang zum permanenten Ausnahmezustand im Zeichen der Weltwirtschaftskrise seit dem März 1930 beherrschte eine hektisch und sprunghaft auf die zunehmenden Straßenkämpfe reagierende Notverordnungspraxis wiederum das Versammlungswesen [...], dessen letzte Freiheiten durch die VO des [65] Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat v. 28.02.1933 [...] zu Grabe getragen wurden.« in: Helmut Ridder, Versammlungsrecht, Kommentar, Geschichtliche Einleitung, Baden-Baden 1992, S. 76.
29 Ebd.

Politik der Regierung ›durchkreuzen‹, das heißt doch wohl, die sie kritisieren und angreifen, zu verbieten, Pressefreiheit? – Hält man dazu zum Beispiel die Praxis des Reichsgerichts, das jetzt wieder das Verbot des ›Nationalsozialistischen Parlamentsdienstes‹ aufgehoben hat, so kann man sich ein Bild von der verfassungsmäßig garantierten ›Meinungsfreiheit in Wort und Bild‹ machen, wie sie der augenblickliche Innenminister auffasst.«[30]

Die Tatsache, daß auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) sich an der Aushöhlung des Versammlungsrechtes, das ohnehin mehr den Atem des kaiserlichen Obrigkeitsstaates als den Atem einer demokratischen Revolution in sich trug, beteiligte, geht u. a. aus der Bemerkung von Fuchs hervor: »Zur Durchführung des Versammlungsverbots während des Weihnachtsfriedens hat Severing (Preußischer Innenminister, SPD – FMB) Richtlinien erlassen, die das Verbot auch auf Mitgliederversammlungen großer Parteien erstrecken. Dementsprechend hat Grzesinski (Polizeipräsident in Berlin, SPD – FMB) in Berlin zweimal die Mitgliederversammlung der SAP [Sozialistische Arbeiterpartei – FMB] verboten.«[31] In diesem Zusammenhang ist an die wiederholte Äußerung von Friedrich Ebert zu erinnern: »Wenn der Tag kommt, an dem die Frage auftaucht: Deutschland oder die Verfassung, dann werden wir Deutschland nicht wegen der Verfassung zugrunde gehen lassen.«[32]

[66] Mit großer Besorgnis registrierte Fuchs »die Urteile der Gerichte und Verwaltungsbehörden gegen links, während sich zu gleicher Zeit der Terror der Nazis verschärft(e)«.[33] Im Einzelnen führte Fuchs aus: »Beinahe täglich kann man von Überfällen und geradezu bestialischen Morden der Nazis an Reichsbannerleuten und kommunistischen Arbeitern lesen. Auf eine Beschwerde über das Treiben der Nazis in Braunschweig, wo es besonders schlimm hergeht, hat der Innenwehrminister Groener erwidert, daß ›ein Anlass zum Eingreifen nicht vorliege‹. In Breslau und Umgebung wurden einige nationalsozialistische Ortsgruppen verboten. Das Verbot ist von der Aufsichtsinstanz prompt wieder aufgehoben worden. – Auf der anderen Seite sieht es etwas anders aus. Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte einen Kommunisten zu drei Monaten Gefängnis, weil er während einer Stahlhelmparade die Internationale gesungen hatte! Die Verfahren gegen die Kommunisten wegen Hochverrats häufen sich so, daß der 4. Strafsenat des Reichsgerichts, der diese Prozesse zu verhandeln hat, in doppelter Besetzung tagen muss. Bekanntlich ist es Hochverrat oder wenigstens Vorbereitung zum Hochverrat, wenn die KPD unter Reichswehrsoldaten Propaganda für ihre Ideen macht. Dagegen können die Nazis ungehindert in die Reichswehr aufgenommen werden und ihre Propaganda an Ort und Stelle betreiben.«[34]

Gegen die um sich greifende Zensur protestierte Fuchs mit folgender Geschichte: »Die Filmprüfstelle, welchen Namen die Filmzensur in Deutschland trägt, hat den Film ›Kuhle Wampe‹ von Bert Brecht verboten, weil er die öffentliche Sicherheit gefährde. Rudolf Olden, der dieser Filmprüfstelle angehört, veröffentlicht sein Urteil dazu. Der Film behandle das Arbeitslosenproblem; aber er sei nicht revolutionär, sondern stellenweise sogar schönfärberisch. Das Revolutionärste, was in ihm vorkomme, seien die Worte: ›Und wer wird die Welt ändern? – Die, denen sie nicht gefällt!‹ Olden stellt fest, daß hier ein ›wilder Zensurexzeß‹, eine ›Unterdrückung bürgerlicher Freiheit‹ verübt worden sei.«[35]

---

30 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1932, in: RS 1932, Nr. 1 vom 03.01.1932, S. 4.

31 Ebd.

32 Zit. nach: Helmut Ridder, Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte, in: Roland Herzog (Hrsg.), Zentrum und Peripherie, Festschrift für Richard Bäumlin zum 65. Geburtstag, Chur/Zürich 1992, S. 87 f. An diese Maxime hielt sich auch die SPD-geführte Bundesregierung Schröder-Fischer, als sie sich in eklatanter Verletzung von [66] Verfassungs- und Völkerrechtsnormen am Krieg gegen die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien beteiligte.

33 PdW vom 14. bis 20. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 9 vom 28.02.1932, S. 32.

34 Ebd.

35 PdW vom 26. März bis 2. April 1932, in: RS 1932, Nr. 15 vom 10.04.1932, S. 60.

Als Christ und Mitglied der SPD protestierte Fuchs gegen die per Notverordnung vollzogene Auflösung der den Kommunisten nahestehenden Freidenkerorganisation mit den Worten: »Die Regierung bringt es fertig, diese Auflösung zu rechtfertigen mit dem Artikel 135 der Reichsverfassung, der ausdrücklich die Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet. Im Namen der Gewissensfreiheit beseitigt man die Freiheit des Proletariats, sich seinem Gewissen nach zu betätigen und eine revolutionäre Freidenkerorganisation zu schaffen! – Wir sind also glücklich so weit, daß die Brüning-Groener-Regierung die demokratische [67] Verfassung zum Vorwand nimmt, um eben diese Verfassung, um die Demokratie in Deutschland zu beseitigen. Das ist aber nicht nur ein Stück Kulturreaktion, ein Stück Beeinträchtigung des proletarischen Kulturkampfes, sondern das soll zugleich einen verschärften Kurs gegen den Kommunismus vorbereiten.«[36]

»Um die wachsende Empörung der Massen gegen diese Hungermaßnahmen der Papen-Diktatur niederzuschlagen, lässt die Bourgeoisie ihre Terrorgarden in verschärftem Maße gegen die Arbeiterschaft los. Überfälle auf Gewerkschaftshäuser, sozialdemokratische und kommunistische Parteihäuser, gemeinste Überfälle aus dem Hinterhalt auf einzelne Funktionäre der Arbeiterschaft haben allein in der Berichtswoche 30 Arbeitern – sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern – das Leben gekostet! Fast überall, wo die Polizei eingriff, wandte sie sich nicht gegen die SA, sondern gegen die Arbeiter, die sich gegen die SA-Überfälle zur Wehr setzten.«[37]

Dabei verlor Fuchs den Zusammenhang von liberalen und sozialen Grundrechten keineswegs aus den Augen. »Vom Schnellgericht sind elf Antifaschisten, angeklagt der Aufforderung zum Generalstreik, bestraft worden. Neun davon zu einem Monat Gefängnis wegen Verteilung eines Generalstreikflugblattes; ein Antifaschist zu zwei Monaten, weil er in einer Versammlung zum Generalstreik aufgerufen hatte; ein Arbeiter zu drei Monaten, weil er angeblich bei der Haus- und Hofpropaganda für den Generalstreik mitgewirkt hatte. Diese faschistischen Urteile sind Signale für die Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie will die Arbeiterklasse ihres entscheidenden Kampfmittels, des Streiks, berauben! Diese Verordnung der Papen-Schleicher und diese Gefängnisstrafen ihrer Justiz sind die ersten Vorboten eines vollständigen Streikverbots. In der gleichen Linie liegt es, wenn in Halle ein kommunistischer Stadtverordneter, als er in einer Versammlung erklärte, nicht parlamentarische Abstimmungen, sondern der außerparlamentarische Kampf führe zu Entscheidungen, von einem großen Polizeiaufgebot aus der Versammlung heraus verhaftet wurde. Formell ist der Belagerungszustand zwar jetzt aufgehoben; praktisch aber gehen die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die politische Betätigung der Arbeiterschaft weiter. Und wenige Tage nach der Aufhebung ist das Verbot politischer Betätigung ausgedehnt worden auf das ganze Reich durch die Verhängung des ›Burgfriedens‹. [...] Bis jetzt haben sich alle diese Maßnahmen, die angeblich zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung angeordnet wurden, zugunsten der Nationalsozialisten und gegen die kämpfende Arbeiterschaft ausgewirkt. Bekanntlich besteht ja auch ein Demonstrationsverbot.«[38]

Immer wieder führte Fuchs Tatsachen gegen die Zerstörung der Demokratie [68] an: »In Düsseldorf wurde eine Versammlung des Komitees gegen den imperialistischen Krieg verboten, weil Barbusse in ihr sprechen sollte. Große Schriftsteller anderer Nationen sind der deutschen Kultur gefährlich.«[39]

Wie weit der Prozess der Zerstörung der Demokratie auch durch Berufsverbote ging, machte Fuchs mit der folgenden Bemerkung deutlich: »Gegenüber der Beamtenschaft wird das System des rücksichtslosen Abbaus aller Linksstehenden fortgesetzt. Noske ist nun auch beurlaubt.

36 PdW vom 1. bis 8. Mai 1932, in: RS 1932, Nr. 20 vom 15.05.1932, S. 80.
37 PdW vom 9. bis 16. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 30 vom 24.07.1932, S. 120.
38 PdW vom 24. bis 30. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 32 vom 07.08.1932, S. 128.
39 PdW vom 9. bis 16. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 43 vom 23.10.1932, S. 172.

Man rechnet damit, daß Prinz Auwi sein Nachfolger wird.«[40]

Mit der Heranziehung von SA und SS als »Ordnungskräfte« nach dem 30. Januar 1933 war der Verfolgung von Kommunisten und Republikanern kaum noch eine Grenze gesetzt. »Zeitungsverbote der Linkspresse bis zu der des Zentrums gehen weiter. Viele von ihnen werden vom Reichsgericht wieder aufgehoben. Sie werden wieder verboten. Man will die Linkspresse finanziell ruinieren. Am Tage, an dem das Verbot der ›Roten Fahne‹ ablief, wurde das Karl-Liebknecht-Haus durchsucht, besetzt und geschlossen. – Ebenso werden Versammlungen verboten, aufgelöst, gestürmt, wobei SS und SA keinen Widerstand der Polizei finden. Überfälle Einzelner und gemeinsam Marschierender sind an der Tagesordnung.«[41] Solidarisch bilanzierte Fuchs: »Gegen die KPD ist eine rücksichtslose Verfolgung ausgebrochen. Tausende verhaftet, überall Haussuchung.«[42]

Auch gegen die Zerstörung der verfassungsrechtlich garantierten Abwehrrechte der Arbeiterschaft in den Betrieben machte Fuchs eindeutig Front. Die Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte um ein Jahr bedeute, »daß im Jahr 1932 keinerlei Betriebsrätewahlen stattfinden. Man will Ruhe haben in den Betrieben! Es wird behauptet, daß die Anregung zu dieser Maßnahme von den Gewerkschaften ausgegangen sei.«[43] Fuchs mochte sich nicht denken, »daß die Gewerkschaften sich zu dieser Suspendierung der Betriebsdemokratie hergegeben haben.«[44]

Zu einem Gesetzentwurf der SPD von 1932, der die Verstaatlichung des Bergbaus und der mit dem Metallbergbau verbundenen Metallwerke vorsah, merkte Fuchs differenziert an: »›Sozialisierung‹ im Sinne von Planwirtschaft und Karl Marx wäre das noch nicht, besonders wenn die Verstaatlichung gegen Entschädigung erfolgt.«[45] Bei richtiger Durchführung könne aber hier »das Brechen der Kapitalherrschaft beginnen«.[46]

Fuchs beklagte, daß die Gewerkschaften »praktisch von der Mitbestimmung [69] der Lohnhöhe ausgeschlossen«[47] würden. »Das ist eine Art von ›Arbeitsrecht‹, die recht große Ähnlichkeit mit dem faschistischen Arbeitsrecht Italiens hat, in dem auch staatliche Instanzen ohne Mitwirkung freier Gewerkschaften die Höhe des Lohnes bestimmen.«[48] Mit den staatlich festgesetzten Lohntarifen diene »der Staat der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft viel besser, als es die nur auf die Interessen ihres einzelnen Unternehmens bedachten Herren vom Reichsverband der Industrie tun, wenn sie ›Freiheit‹ der Lohngestaltung fordern. Denn die Tarifverträge mit ihrer ›Friedenspflicht‹ machen es den Gewerkschaften unmöglich, zu streiken; sie riskieren bei Streik gegen einen Tarif – auch wenn er durch Notverordnung eingesetzt ist und nicht durch Verhandlungen der Gewerkschaften –, daß der Unternehmer die Gewerkschaftskassen beschlagnahmen lässt, um sich den durch den Streik entstandenen Schaden vergüten zu lassen.«[49] Praktisch gebe die Notverordnung »dem Unternehmer das Recht, den Lohnabbau ohne Änderung des Arbeitsvertrages«, also durch Aufhebung der Tarifvertragsfreiheit bzw. Tarifautonomie, »durchzuführen«.[50] »Ein Aushang im Betrieb soll genügen, um den Abbau für die nächste Woche in Kraft treten zu lassen. Damit ist für den Unternehmer die Vertragstreue beseitigt. Er braucht sich nicht an den Tarif zu halten. Aber für die Gewerkschaft besteht die sogenannte

40 PdW vom 5. bis 12. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 8 vom 10.02.1933, S. 32.
41 PdW vom 18. bis 25. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 10 vom 05.03.1933, S. 40.
42 PdW vom 25. Februar bis 4. März 1933, in: RS 1933, Nr. 11 vom 12.03.1933, S. 44.
43 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931, in: RS 1933, Nr. 1 vom 03.01.1932, S. 4.
44 Ebd.
45 PdW vom 20. bis 27. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 10 vom 06.03.1932, S. 40.
46 Ebd.
47 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1932, in: RS 1932, Nr. 1 vom 03.01.1932, S. 4
48 Ebd.
49 PdW vom 12. bis 19. März 1932, in: RS 1932, Nr. 13 vom 27.03.1932, S. 52.
50 PdW vom 4. bis 11. September 1932, in: RS 1932, Nr. 38 vom 18.09.1932, S. 152.

Friedenspflicht nach wie vor. Es offenbart sich deutlich der Klassencharakter des Rechts überhaupt in der kapitalistischen Klassengesellschaft.«[51]

»Das Versagen der Justiz« aber sei die »sicherste Vorbereitung zum Bürgerkrieg«.[52] Die deutsche Rechtsprechung, so Fuchs, füge »sich in jeder Weise in die Tendenzen der heutigen Machthaber ein.«[53] »Das Reichsgericht hat ein gegen Nationalsozialisten erlassenes Uniformverbot für ungültig erklärt. Merkwürdige Dinge geschehen auch in der Polizei. Zweimal kurz hintereinander sind in Berlin Menschen verhaftet worden, die Severing, die Republik und das andere Mal Braun hochleben ließen.«[54] Allzu milde Richter hätten, so Fuchs, »die Teilnehmer der Krawalle vom Kurfürstendamm gefunden.«[55] Alle ihre Strafen seien in der Berufungsinstanz herabgesetzt, die Führer von Helldorff und Ernst vom Landfriedensbruch freigesprochen geworden. »Man stelle dem gegenüber, daß fast gleichzeitig das Essener Schwurgericht Jungkommunisten, die des Totschlags an [70] einem Nationalsozialisten angeklagt waren, zehn Jahre ins Zuchthaus schickte, das Reichsgericht kommunistische Arbeiter, die ein paar Sprengpatronen entwendet hatten, mit vier Jahren Zuchthaus bestraft. Ein Nationalsozialist, der in Charlottenburg ein Eisernes Buch stehlen und zerstören wollte, wurde vom Schnellrichter in vollem Umfange freigesprochen, obwohl der Staatsanwalt verschärfte Strafe beantragt hatte wegen der vergiftenden politischen Wirkung solcher Tat. – ›Hat dies Urteil noch irgendetwas mit Recht zu tun? Nein, es ist Justiz von heute‹, sagt dazu das ›Berliner Tageblatt‹. – Will man wirklich des Terrors Herr werden? Man wird es nur, wenn man gleiche Gerechtigkeit hat für alle, gleiche Strenge gegen jeden Terrorakt. Ein Staat, der mit Parteielle und Vorurteilen misst, wird des aufsteigenden Unheils nicht Herr werden.«[56]

Schon dürfe »ein Oberstaatsanwalt im *Angriff* offen den Grundsatz proklamieren: Nicht auf die Tat kommt es an, sondern auf die Gesinnung.«[57] Den deutschen Richtern, so der Oberstaatsanwalt, sei es nicht zum Bewusstsein gekommen, »wie schwer sie sich gegen das oberste Gesetz der Gerechtigkeit vergingen, als sie die idealen vaterländischen Forderungen der nationalsozialistischen Bewegung gegen die grobmaterialistischen, eigensüchtigen, nur einer einzigen Volksklasse angeblich dienenden Ambitionen der KPD gleichsetzten.«[58] Fuchs zog aufgrund dieser Äußerung den Schluss: »Dies ist die offene Proklamierung der faschistischen Justiz. Jeder Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft erfolgt aus ›eigensüchtigen‹ Motiven und muss deshalb schwer bestraft werden. Aber wenn die Unternehmer bewaffnete SA gegen Streik einsetzen, dann sind das ›idealistische vaterländische‹ Motive, die nichts mit Klassenkampf zu tun haben.«[59] In den verschärften Klassenauseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik ergriff Fuchs Partei für die Arbeiterbewegung und gegen das Bürgertum, nachdem ihm sehr deutlich vor Augen geführt wurde, »was ein deutsches Bürgertum sich an Dummheit, Rohheit, Gewalttat und Unsinn bieten lässt.«[60] Zu der Interessenvertretung der Monopole, der Deutschen Volkspartei (DVP), merkte Fuchs an, wie »grotesk« die Haltung dieser Partei sei. »Sie beschloß auf einer Tagung zu Hannover, ›eine selbständige Politik der Gegnerschaft gegen Brüning‹ zu führen, das heißt ›selbständig‹ im Gefolge Hitlers, wie das gesamte ›selbständige‹ Bürgertum.«[61]

---

51 Ebd.
52 PdW vom 13. bis 19. Dezember 1931, in: RS 1931, Nr. 52 vom 27.11.1931, S. 218.
53 PdW vom 29. November bis 5. Dezember 1932, in: RS 1932, Nr. 50 vom 13.12.1931, S. 210.
54 Ebd.
55 PdW vom 6. bis 13. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 8 vom 21.02.1932, S. 32.
56 Ebd.
57 PdW vom 8. bis 14. August 1932, in: RS 1932, Nr. 34 vom 21.8.1932, S. 136.
58 Ebd.
59 Ebd.
60 PdW vom 28. Februar bis 5. März 1932, in: RS 1932, Nr. 11 vom 13.3.1932, S. 44.
61 PdW vom 6. bis 13. Dezember 1931, in: RS 1931, Nr. 51 vom 20.12.1931, S. 214.

Gegenüber Hitler stehe »als Kern allen Widerstandes die deutsche Arbeiterschaft. Sie ist die politisch und wirtschaftlich geschulte Kerntruppe«, die, so hoffte Fuchs, »begreift, um was es geht. Daß sie es begriffen hat,« so Fuchs Ende 1932, [71] werde »immer deutlicher«. »Hoffentlich wird es bald deutlich, daß auch diese dumme Polemik zwischen SPD und KPD einer wirklich sachlichen Aussprache, sachlichem Austragen der nicht zu verdeckenden faktischen Meinungsverschiedenheit und einer klaren Entschlossenheit gemeinsamen Widerstandes weicht.«[62]

Die Antwort auf die selbstgestellte ironische Frage, ob Deutschland auch wirklich »erwache«, war jedoch zunehmend von der Sorge durchzogen, daß die Mehrheit der Deutschen abermals versagen könnte. »Wenn das deutsche Volk«, so klagte er, »in einem Zustand der Vernunft und ruhiger Klarheit wäre, so würde das Benehmen der Nationalsozialisten [...] dieser Partei alle Aussicht auf Erfolg genommen haben.«[63] »Erschreckend« sei jedenfalls »die völlige Zerfahrenheit, wirtschaftliche Kurzsichtigkeit, Urteilslosigkeit und Charakterlosigkeit gewaltig großer Kreise unseres Volkes«[64] Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler fragte er sich bestürzt, »ob die begeisterte Dummheit in Deutschland noch über das Maß gesteigert werden kann, was Hitler bis jetzt erreicht hat.«[65] Erschrocken nahm Fuchs »die zunehmende Nervosität Europas« und die »zunehmende Isolierung des in Europas Mitte liegenden Landes« wahr und mahnte eindringlich: »Wessen Gehirn noch fassen kann, was vor 1914 war, der mag sich warnen lassen.«[66] An das Jahr 1918 anknüpfend erinnerte Fuchs: »Es gab schon einmal eine Zeit, in der viel vom ›Freiheitskampf der Deutschen‹, vor allem vom ›Durchhalten‹, die Rede war. Aber auch damals mußte sich das Proletariat seine Freiheit selbst nehmen, ja, es mußte sie sich gerade von denen, die so viel vom ›Freiheitskampf des Volkes‹ reden, erkämpfen!«[67] »Wann«, so fragte Fuchs ungeduldig seine deutschen Mitbürger, »werden die Staatsbürger begriffen haben, daß es gilt, diese Regierung samt der kapitalistischen Ordnung, deren Hüter diese Regierung ja nur sind, hinwegzufegen? – Bedarf es wirklich eines neuen Weltkriegs, um der Menschheit diese Lehre einzubläuen? – Mit blutigen Opfern, mit Tod und Verderben!«[68]

Entgegen herrschender Auffassung in der BRD setzte die Aushöhlung der Weimarer »Reichs«-Verfassung, die Zertrümmerung von Rechtsstaat und Arbeitsrecht, nicht erst mit dem Jahre 1933 ein[69], sondern erfolgte schrittweise unter den Präsidialkabinetten ab 1930. Helmut Ridder spricht in diesem Zusammenhang [72] von der »Rutschbahn Weimars ins ›Dritte Reich‹«[70] Wie sehr Emil Fuchs die Zeit von Brüning zu Hitler als »Rutschbahn« im Einzelnen und mit großem Weitblick erlebte und beschrieb, geht aus seinen Wochenberichten unzweideutig hervor. Der Eindruck der »Rutschbahn« war so stark, daß der 30. Januar 1933 mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten von Hindenburg als qualitativer Sprung in der abschüssigen Endphase der Weimarer Republik bis März 1933 – und dies in großer Übereinstimmung mit den Einschätzungen von SPD und KPD – kaum wahrgenommen wurde. Fuchs selbst setzte sich energisch für die normative Wirkung der Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung und der darin garantierten liberalen und sozialen Grundrechte ein und protestierte gegen die Durchbrechung bzw. willkürliche Aufhebung durch Notverordnungen und richterliche Entscheidungen. Im Einzelnen machte er Front gegen die Verletzung der Republik als Staatsform (Art. 1), die Missachtung des Demokratieprinzips (Art. 1), gegen die Aufhebung der Unabhängigkeit der Justiz (Art. 102), gegen die sich steigernde Verletzung der Meinungs- und

62 PdW vom 30. Januar bis 4. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 7 vom 12.2.1933, S. 28.
63 PdW vom 20. bis 27. Februar 1932, in: RS 1932, Nr. 10 vom 06.03.1932, S. 36.
64 PdW vom 17. bis 22. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 44 vom 30.10.1932, S. 176.
65 PdW vom 30. Januar bis 4. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 7 vom 12.02.1933, S. 28.
66 PdW vom 13. bis 20. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 9 vom 26.02.1933, S. 36.
67 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932. Nr. 2 vom 10.01.1932, S. 8.
68 PdW vom 24. bis 30. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 6 vom 07.02.1932, S. 24.
69 Siehe: Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, Paderborn 1975, 9. Auflage, S. 111.
70 Helmut Ridder, Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte, a. a. O., S. 90,

Pressefreiheit (Art. 118), des Versammlungsrechts (Art. 123), der Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 135), der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Regelung der Lohn und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte und schließlich der Tarifautonomie (Art. 165).

Insofern war Fuchs ein Erbe der Französischen Revolution, die Walter Markov als »Anfangs- und Ausgangspunkt einer großen Bewegung der menschlichen Gesellschaft zu Demokratie und Humanismus«[71] bezeichnete, jener »welthistorischen Transformation, deren Paukenschlag 1789 zu vernehmen war, von da aus zum Roten Oktober vordrang und über ihn hinausführte«.[72] Für Deutschland, das Land ohne siegreiche bürgerliche Revolution, gilt, daß anstelle der Vorstellung von »Government oft, Boy and fort Theo People« die deutsche juristische Weltanschauung des »external State Above and Agonist Theo People« sich weitgehend hartnäckig am Leben hält. Für Fuchs war der Kollektivsouverän das gesamte Volk. Er sah es als seine Aufgabe an, die Rechte dieses Volkes nicht nur gegenüber der Exekutive, der Legislative und der Judikative, sondern auch gegenüber den Oberen in seiner eigenen Partei zu schützen, die immer wieder die Neigung zeigten, »nicht *für* den Souverän Volk, sondern *über* ihn zu regieren, also aus Citoyens Untertanen zu [73] machen.«[73] Emil Fuchs dagegen drückte immer wieder sein Vertrauen gegenüber der Zuverlässigkeit des Volkes aus und mahnte den Parteivorstand der SPD, das in ihn gesetzte Vertrauen nicht zu missbrauchen. Wie Eckert verstand Fuchs sich als Demokrat, der die Masse der Bevölkerung vertritt. Er glaubte »an die Bewegung der Massen, an ihre Kraft, an ihre Gerechtigkeit« und fürchtete diese Bewegung keineswegs.[74] Er kritisierte die »schwächliche Haltung« der sozialdemokratischen Stillhaltepolitik, die auf Wahlergebnisse und Entscheidungen des Reichsgerichts – auch nach dem Staatsstreich in Preußen – mehr setzte als auf die »Treue und Zuverlässigkeit ihrer Massen«.[75] »Wer klug ist, bleibt auf der Seite des Volkes. Reaktion auch als Scheindemokratie ist zukunftstötend. Nur schärfste Opposition schafft Zukunft.«[76] Blankes Entsetzen gegenüber den Führenden der SPD, die die außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der KPD wie der Teufel das Weihwasser mieden, brachte Fuchs dagegen zum Ausdruck, als er Carl Severing mit den Worten zitierte: »Ich wünschte, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Ich würde gerne mit einer solchen Partei ein Stück des Weges des Wiederaufbaues gehen. Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Überzeugung, daß wir der Mitbeteiligung der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberständen.«[77]

Andererseits war Fuchs ebenso wie Eckert »in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der Oktoberrevolution, den revolutionären Nachkriegsauseinandersetzungen, danach wieder in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, der gewaltigen Anstrengung zum *großen Sprung nach vorne* in der Sowjetunion (Industrialisierung und Kollektivierung) und nicht zuletzt der faschistischen Gefahr geprägt«[78] worden. Es war letztlich »die große geschichtliche Energie, die von der

---

71 Walter Markov, Zwiesprache mit dem Jahrhundert, Dokumentiert von Thomas Grimm, Köln 1990, S. 251.

72 Ebd. Siehe hierzu Helmut Ridder, Die Deutschen und die Volkssouveränität oder Wie der große Lümmel Volk von dem großen Monster Staat zu seiner, des Staats, Räson gebracht wurde und wird, in: Erhard Denninger u. a. (Hrsg.), Kritik und Vertrauen, Festschrift für Peter Schneider zum 70. Geburtstag, Frankfurt/Main 1990, S. 355–381.

73 Walter Markov, Zwiesprache, a. a. O., S. 254.

74 Diese Charakterisierung eines Demokraten durch Lenin aus dem Jahre 1912 ist zitiert nach: Friedrich-Martin Balzer, »Es wechseln die Zeiten ...«, Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998), Bonn 1998, S. 271.

75 PdW vom 12. bis 19. März 1932, in: RS 1932, Nr. 13 vom 27.03.1932, S. 52.

76 PdW vom 17. bis 22. Oktober 1932, in: RS 1932, Nr. 44 vom 30.10.1932, S. 176.

77 PdW vom 2. bis 9. April 1932, in: RS 1932, Nr. 16 vom 17.04.1932, S. 64.

78 Frank Deppe, Der »Klassenverrat« des Erwin Eckert, in: F. M. Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 184.

russischen Oktoberrevolution (hier nur vergleichbar mit der Großen Französischen Revolution des Jahres 1789) ausging«, die Menschen wie Emil Fuchs und Erwin Eckert »mitgerissen und schließlich befähigt hat, Entscheidungen zu treffen, die existentielle Zerreißproben (nicht allein in und mit der Kirche) bedeuten mussten.«[79] Stets stellte sich Fuchs wie Eckert schützend und solidarisch vor die Sowjetunion und gegen die kapitalistischen Länder, die sich nicht davon abhalten ließen, »ihre kriegerischen Vorbereitungen gegen Sowjetrussland auf alle Arten fortzusetzen, denn das [74] Interesse des Kapitalismus, sich den einzigen Raum wieder zu erobern, der der Ausbeutung und dem Profit entzogen ist, ist ungeheuer groß.«[80] Erst auf diesem Hintergrund gewinnt die Äußerung von Emil Fuchs an Erwin Eckert in einem Brief vom 18. November 1931 Bedeutung: »Wenn bei uns Hitler zur Herrschaft kommt, so müssen wir Füchse alle unsere Zuflucht in Russland suchen, wenn wir lebend davon kommen.«[81] Hier scheinen geschichtliche Dimensionen auf, die weder bei den Autoren des »Schwarzbuches des Kommunismus« noch in den aktuellen Debatten über die Niederlage des Frühsozialismus Berücksichtigung finden. Statt Gründe für die hoffnungsvolle Erwartungshaltung gegenüber der Sowjetunion zu suchen, werden Fuchs und andere als naive Gutgläubige und fellow travellers, als unbedarfte Intellektuelle zu Unrecht diskreditiert.

Die Präsidialkabinette

Zu Brünings vierter Notverordnung merkte Emil Fuchs am 20. Dezember 1931 an: »Sie stellt einen unerhört schweren Eingriff in das gesamte Wirtschaftsgefüge dar. Sie senkt die Löhne und Gehälter. Aber sie will gleichzeitig durch ein ausgeklügeltes System von Preissenkung und Senkung der Produktionskosten [...] den Ausgleich schaffen. Das Ziel soll sein: Schaffung deutscher Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und Ankurbelung der Wirtschaft im Innern. Da die Senkung der Löhne erst erfolgen soll, wenn die Preissenkung da ist, so ist ein Preiskommissar [der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler – FMB] ernannt, der die Absichten der Regierung verwirklichen soll.«[82] Nur wenig später kommentierte Fuchs, daß es geradezu das Ziel dieser Politik sei, »die Lasten der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.«[83] Und eine Woche später konstatierte Fuchs: »Eine endgültige Rettung wird es für die Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht geben!«[84]

Statt beim Militär und der illegalen Aufrüstung zu sparen, energische Arbeitsbeschaffung und staatliche Kontrolle der Industrie und Banken zu organisieren, scheiterte die Preissenkungspolitik und ihr Preisbeobachter Goerdeler. »Davon, daß Goerdeler mit den Hauptbeteiligten, nämlich mit den Verbrauchern, das heißt in erster Linie mit der Arbeiterschaft über Preissenkung verhandelt habe, hat noch niemand etwas gehört.«[85] Andererseits habe sich Goerdeler nicht gegen die Weigerung der pharmazeutischen Industrie, eine 10prozentige Preisreduzierung laut Notverordnung durchzuführen, durchgesetzt. »So sieht also der Preisabbau aus, [75] wenn sich einflussreiche Industriegruppen einfach weigern, ihn durchzuführen.«[86] Auch die »preiserhöhende Politik«[87] des Landwirtschaftsministers Schiele habe sich, so stellte der Wochenberichterstatter am 24. Januar 1932 fest, gegen den Kurs des Preisbeobachters durchgesetzt. Sarkastisch vermerkte Fuchs unter Bezugnahme auf Goerdeler: »Vor kurzem hat er auch die Roggenpreise ›besprochen‹, wobei er erklärte, daß der Roggen- und Roggenmehlpreis genau verfolgt werde und daß Vorsorge

79 Ebd.
80 PdW vom 2. bis 9. April 1932, in: RS 1932, Nr. 16 vom 17.04.1932, S. 64.
81 Zit. nach: Emil Fuchs, Briefe an Erwin Eckert, in: Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 353.
82 PdW vom 6. bis 13. Dezember 1931, in: RS 1931, Nr. 51 vom 20.12.1931, S. 124.
83 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931, in: RS 1932, Nr. 1 vom 03.01.1932, S. 4.
84 PdW vom 26. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.01.1932, S. 8.
85 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931, in: RS 1932, Nr. 1 vom 03.01.1932, S. 4.
86 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.01.1932, S. 8.
87 PdW vom 10. bis 16. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 4 vom 24.01.1932, S. 16.

getroffen werde und damit eine Preissteigerung, die zu einer Erhöhung der Brotpreise führen müsste, nicht einträte. Diese ›Besprechung‹ des Roggens hat Erfolg gehabt: am selben Tag stieg der Preis um 15 Pfennig.«[88] Konsequenterweise bezeichnete Fuchs das Brüning-Kabinett nach dessen Sturz als »Wohlfahrtsanstalt für die Großagrarier« sowie »für die Großbanken«[89].

Die außenpolitische Regierungstätigkeit Brünings beurteilte Fuchs rückblickend folgendermaßen: »Brüning wehrte sich noch gegen eine *völlige* Unterwerfung [unter den geeinigten englischen und französischen Imperialismus – FMB] und suchte Verständigung mit Frankreich auf dem Weg über London und New York. Aber die gelungene politische Isolierung wurde immer fühlbarer, die Kapitalisten und Generäle sahen ein, daß sie eine selbständige aktiv-imperialistische Außenpolitik nur *innerhalb* des französischen Antisowjetblocks treiben können.«[90] Fuchs sah deutlich: »Die deutsche Schwerindustrie wittert Kriegsprofit: Sie erkauft sich Aufrüstung und Reparationserleichterung für ein Militärbündnis mit dem ›Erbfeind‹. So kämpfen diese Herren, die ihre Trompeter die nationalsten Töne blasen lassen, für die nationale Freiheit. Sie zeigen damit, daß sie unfähig sind, die nationale Frage zu lösen. Hier liegt also der Grund für das verstärkte Streben nach Hitler: denn von Hitler kann man ja sicher sein, daß er diese Wünsche seiner Auftraggeber erfüllen wird. Er hat sich oft als Retter vor dem Bolschewismus angepriesen. Bei ihm braucht man nicht im Zweifel zu sein, daß er alles, was dann innenpolitisch notwendig ist, verschärfter Terror gegen die Arbeiterschaft, Militarisierung der Jugend, verschärfte Zensur, eine kleine Inflation zur Finanzierung des Feldzuges, kurz alles, was eine Verschärfung der Faschisierung bringt, durchführen wird.«[91]

Zwar möge es durch japanische Rüstungsaufträge nach Deutschland etwas mehr Arbeit geben. Das deutsche Proletariat habe jedoch kein »Interesse daran, durch die Lieferung des Kriegsmaterials, mit dem die japanischen und chinesischen Proletarier getötet werden und der Krieg gegen Sowjetrussland vorbereitet [76] wird, Arbeit zu bekommen. Niemals! Die Arbeit, die das europäische Proletariat jetzt vielleicht bekäme, würde es nur zu bald selbst in den Krieg stürzen. Deshalb ist es die Aufgabe des Proletariats, gegen die Kriegslieferungen zu kämpfen, um den Krieg zu verhindern.«[92]

Fuchs erkannte, daß die kapitalistische Weltwirtschaftskrise »alle jene Vereinbarungen und Bindungen, auf denen die scheinbare politische Beruhigung während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den Jahren 1925 bis 1928 beruhte, aufgelöst und über den Haufen geworfen«[93] habe. Die Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Gruppen seien wieder aufgebrochen.

»In verdoppelter Schärfe wird nun der Kampf um die Neuaufteilung der Welt geführt. Die Gegensätze innerhalb der imperialistischen Staaten können aber leicht so stark werden, daß sie nur in dem gemeinsamen Krieg gegen den Raum, den das Proletariat der imperialistischen Ausbeutung entzogen hat, gegen Sowjetrussland, ein Ventil finden können. Zumal da starke Kräfte in jedem Land daran arbeiten, dieses Ventil zu öffnen, und zumal da Japan schon offen zu militärischen Vorbereitungen übergegangen ist.«[94] Als »ungeheuer groß« schätzte Fuchs die Gefahr ein, »daß diese kriegerischen Aktionen des japanischen Imperialismus heute oder morgen zur offenen Intervention gegen die Sowjetunion werden.«[95] Zunächst einmal aber profitierten »alle kapita-

88 PdW vom 17. bis 23. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 5 vom 31.01.1932, S. 20.
89 PdW vom 5. bis 11. Juni 1932, in: RS 14. 1932, Nr. 25 vom 19.06.1932, S. 100.
90 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 24 vom 12.06.1932, S. 96.
91 PdW vom 22. bis 28. Mai 1932, in: RS 1932, Nr. 23 vom 05.06.1932, S. 92.
92 PdW vom 6. bis 12. März 1932, in: RS 1932, Nr. 12 vom 20.03.1932, S. 48.
93 Ebd.
94 Ebd.
95 PdW vom 31. Juli bis 7. August 1932, in: RS 1932, Nr. 33 vom 14.08.1932, S. 132.

listischen Länder von dem Raubzug Japans durch die Rüstungsaufträge, die Japan vergibt.«[96]

Nach diesem Ausflug in die Wirtschafts- und Außenpolitik aus der Sicht von Emil Fuchs soll ein kurzer Abschnitt über die Innenpolitik der Brüning-Ära folgen, in dessen Mittelpunkt der Reichswehr- und Innenminister General Groener steht. Über den nicht nur bei Kommunisten wegen seiner Rolle bei der Liquidierung der Novemberrevolution[97] und der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl [77] Liebknecht verhassten Vertreter des »Ancien régime« schrieb Fuchs am häufigsten. Kritik übte Fuchs auch an Groeners Einstufung der nationalsozialistischen »Deutschen Studentenschaft« als »unpolitischen Verein«[98], obwohl doch der »Fall Dehn«[99] noch vor Augen stehe.

Fuchs kritisierte die offene Duldung des SA-Terrors durch die Polizei und merkte zu Groeners Erklärung, wonach der »ruhige Verlauf« des Urnengangs für die Neuwahl des Staatsoberhauptes im März 1932 der »Auffassung des Reichsinnenministers Recht gegeben« habe, bitter an: »So ganz ruhig, wie das Ministerium meint, ist der Wahltag allerdings nicht verlaufen. Es sind allein am Wahltag vier Arbeiter von Nationalsozialisten ermordet worden. Ganz ›ruhig‹ sind sie ermordet worden und ›trotz‹ der SA-Konzentrationen, Herr Minister! Allerdings sind es ja nur vier – und vier Arbeiter«.[100] Es ist müßig, darüber zu streiten, ob Emil Fuchs vom Klassenkampfdenken oder von Nächstenliebe zu solchen klaren Aussagen getrieben wurde. Klassenkampfdenken und Nächstenliebe sind hier ein und dasselbe.

Anstoß nahm Fuchs auch an der Neujahrsbotschaft 1931/1932 des Innenministers Groener, der erklärt hatte: »Wenn ich für das deutsche Volk einen Wunsch habe, dann ist es der, daß es die Ausdauer besitze, den Kampf um seine Freiheit durchzuhalten, dessen Sieg auf Arbeit und Opfer beruht.« Gegen diese Sozialdemagogie wandte Fuchs ein: »Um wessen Freiheit übrigens? [...] die Verteilung der Opfer [ist nur] wieder einmal so, daß es eine Irreführung ist, zu behaupten, es handle sich um den Freiheitskampf des deutschen Volkes. Eine Irreführung der öffentlichen Meinung, die eigentlich unter Herrn Groeners Pressegesetz fallen müsste. Denn auch der Innenminister wird wohl die Arbeiterschaft zum ›Volk‹ rechnen. Für diese fällt aber bei diesem ›Freiheitskampf‹ immer nur Lohnabbau ab.«[101]

Die Präsidialregierung Papen war laut Fuchs »die Regierung der schnellsten [78] Faschisierung,

---

96 PdW vom 6. bis 12. März 1932, in: RS 1932, Nr. 12 vom 20.03.1932, S. 48.

97 Siehe Wolfgang Ruge, Friedrich Ebert am 10. November 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Berlin (DDR), 1978, H. 11, S. 955–971; Siehe auch Georg Fülberths Aufsatz »Von oben für unten«, in dem er den Pakt von Friedrich Ebert mit der Obersten Heeresleitung (Groener) zur Liquidierung der Revolution von 1918 in seiner Besprechung der dreibändigen Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik von Heinrich August Winkler kritisiert. In: konkret 5/1988, S. 70 f. Nach dem sozialdemokratischen Mitglied des Vorstandes des Bundes der religiösen Sozialisten Emil Fuchs sucht man im umfänglichen Werk von Winkler vergebens. Zur Rolle von Ebert und Noske siehe auch die Äußerung von Sebastian Haffner (1907–1998): Ebert und Noske »haben die Revolution verraten, sind schuld an der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, ohne sie wäre Hitler nicht an die Macht gekommen.« Zit. nach: Uwe Soukup, Meister der Gegensätze, Zum Tod des Berliner Publizisten Sebastian Haffner, [77] in: junge Welt, Berlin, vom 04.01.1999, Nr. 2, S. 14.

98 PdW vom 2. bis 9. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 3 vom 17.01.1932, S. 12.

99 Der ehemalige religiöse Sozialist und Theologieprofessor an der Universität Halle war von nationalistischen Studenten, die seine Amtsentlassung forderten, massiv angegriffen worden, weil dieser sich gegen Kriegerdenkmäler in Kirchen ausgesprochen hatte. Siehe Werner Prokoph, Demokratische Bestrebungen und faschistischer Ungeist an der Universität Halle-Wittenberg in den Jahren 1929–1934, 2 Bde., Halle 1967, Dissertation Halle 1968; Werner Prokoph, Die Universität Halle-Wittenberg in Hochschulpolitik und Wissenschaftsorganisationen der Weimarer Republik, 2 Bde., Halle 1980, Dissertation B Halle 1981; Hartmut Ludwig, Kirche und Völkerversöhnung: Vor 50 Jahren »Fall Dehn«, in: Standpunkt, Evangelische Monatsschrift, Berlin (DDR), [Ausgezeichnet mit der Emil-Fuchs-Plakette des Friedensrates der DDR], 9 (1981), S. 304–308; Werner Prokoph, Politische Aspekte des Halleschen »Fall Dehn«, in: Standpunkt 11 (1983), Beilage S. 8–13.

100 PdW vom 20. bis 26. März 1932, in: RS 1932, Nr. 14 vom 03.04.1932, S. 56.

101 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932, in: RS 1932, Nr. 2 vom 10.01.1932, S. 8.

sie ist eine Übergangslösung: dahinter steht Hitler und die offene faschistische Diktatur.«[102] Gegen die Pläne des Innenministers v. Gayl, die Regierung »unabhängig von Parteieinflüssen«, d. h., unabhängig vom Reichstag zu machen, was nach einem vorhergehenden Verbot der KPD durch »Verfassungsänderung« beschlossen werden sollte, argumentierte Fuchs: »Die Bourgeoisie sieht sich immer stärker von der ›Antikapitalistischen Sehnsuchtswelle‹ bedroht und fürchtet daher, im Reichstag ihren kapitalistischen ›Ausweg‹ aus der Krise nicht durchsetzen zu können, da sie nicht die Entlarvung der Nazis [...] riskieren will.«[103] In einer der nächsten Ausgaben fragte Fuchs weitsichtig: »Wenn aber erst die KPD verboten ist, wer folgt dann? Gewerkschaften? SPD? Im Programm des Faschismus liegt es.«[104] In einem Brief an Eckert vom 18. November 1931 hatte Fuchs bereits geschrieben: »Das muss doch jedem klar sein, daß eine SPD, die die KPD opferte, selbst auch bald am Kreuz wäre.«[105]

Die Papen-Regierung stütze sich »hauptsächlich auf die Nazis, deren Forderungen für eine Tolerierung (Aufhebung des SA-Verbots, Neuwahlen) sie erfüllt. Die Harzburger Front macht zunächst Arbeitsteilung: Die deutschnationalen ›Pappenheimer‹ übernehmen die Ministersessel und die Verantwortung, die Nazis stellen die Mandate, und man gibt ihnen noch einmal die Möglichkeit, durch Neuwahlen ihre parlamentarische Stellung und ihren Einfluss auf ihre Anhänger zu verstärken.«[106]

Zur Präsidialregierung von Papen vom 1. Juni 1932 schrieb Emil Fuchs als Pfarrer und Professor für Religionswissenschaft in Kiel: »Eine Präsidialregierung der ostpreußischen Junker, des IG-Farbentrusts und der Generale, mit wohlwollender Unterstützung der Nazis, führt die deutsche Politik. Als Gegengabe für die Tolerierung wird die Regierung das SA-Verbot in irgendeiner Form aufheben, und man spricht weiter davon, daß Preußen durch einen Reichskommissar den Nazis ausgeliefert werden soll.«[107] Die dann tatsächlich erfolgte Absetzung der preußischen Regierung bezeichnete Fuchs dann als »faschistischen Staatsstreich«, bei dem die Reichswehr eine »entscheidende Rolle« gespielt habe und gewillt sei, ihre Rolle bei der »Aufrichtung und Befestigung des offenen Faschismus fortzusetzen.«[108]

Fuchs ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, wie die Papen-Regierung zu-[79]stande gekommen war. Der Grund sei, »daß die deutsche Bourgeoisie, vor allem ihre drei Hauptrichtungen, die Schwerindustrie und die Großagrarier zusammen mit den Generalen, Brüning nach Hause schickte, da er diesen Herren noch nicht genug abgebaut hat.« Die Papen-Regierung »wird abbauen wie ihre Vorgänger. Aber sie wird das Tempo beschleunigen.«[109]

Über die sozialpolitischen Maßnahmen der Papen-Regierung notierte Fuchs: »Wenn ein Erwerbsloser in seiner letzten Not zur Selbsthilfe greift, so nennen ihn die Gesetze der Bourgeoisie einen Dieb. Wenn die Regierung Papen mit einem Federstrich 1,5 Milliarden Mark aus den Taschen der Werktätigen zieht, so ist das eine ›nationale Tat‹!«[110]

In einem Offenen Brief an den Herrn Reichskanzler von Papen ergänzte Fuchs: »Sie haben durch Ihre Notverordnungen die kärglichen Lebensnotwendigkeiten der Alten, Kranken, Invaliden, Kriegsverletzten, Erwerbslosen herabgedrückt – in einem Volke, in dem nur vollendete

---

102 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 24 vom 12.06.1932, S. 96.
103 PdW vom 8. bis 14. August 1932, in: RS 1932, Nr. 34 vom 21.08.1932, S. 136.
104 PdW vom 24. bis 30. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 32 vom 07.08.1932, S. 128.
105 Brief von Emil Fuchs an Erwin Eckert vom 18.11.1931, zit. nach: F.-M. Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten, Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Köln 1973, 3. Auflage, Bonn 1993, S. 202.
106 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 24 vom 12.06.1932, S. 96.
107 Ebd.
108 PdW vom 24. bis 30. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 32 vom 07.08.1932, S. 128.
109 PdW vom 5. bis 11. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 25 vom 19.06.1932, S. 100.
110 PdW vom 11. bis 18. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 26 vom 26.06.1932, S. 104.

Gewissenlosigkeit überzeugt sein kann, daß man den besitzenden Ständen keine Opfer mehr zumuten könne.«[111] Im gleichen Brief an von Papen macht Fuchs deutlich, daß dessen Politik der Aufrüstung zum Kriege führen werde. »So befangen sind Sie und ihre militärischen Ratgeber im Geiste der alten Zeit, daß Sie die ungeheure Veränderung der Welt, die keinem Volke mehr ein isoliertes Dasein gestattet, glauben missachten zu können. Wir aber sehen auch sehr deutlich, daß Sie mit dieser Politik der ›Aufrüstung‹ nichts weiter erreichen können, als unser Volk einzureihen in den Ring des Verderbens, in dem eine in ihrer Erwerbsgier zum Wahnsinn verblendete Welt ihren Untergang vorbereitet.«[112] Fuchs wusste, daß die Nazis, die sich selbst Sozialisten nannten, alles andere als Sozialisten waren. »Dieser offene Terror der Unternehmer hat aber keine Aussicht auf Erfolg, wenn er nicht von einem verschärften Terror der SA-Banden begleitet ist. Da man auf dem Brüningwege die zur Erhaltung des Kapitalismus notwendigen Forderungen nicht mehr durchsetzen konnte, hieß es: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen; man mußte *die letzte Reserve des Kapitalismus, die Nazis*, [Hervorhebung – FMB] an die Macht bringen.«[113]

Im August 1932, nachdem die NSDAP bei den Wahlen 37,4 % der Stimmen erzielt und damit gegenüber der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ihre Abgeordnetenzahl von 107 auf 230 mehr als verdoppelt hatte, verschärfte sich nach Fuchs »der faschistische Unterdrückungskurs der Papenregierung gegen die Arbeiterschaft. Im Rheinland sind sämtliche kommunistischen Zeitungen verboten. [80] Das Charakteristische an den Zeitungsverboten auch der anderen Gebiete ist, daß sie zum Teil ohne jede Begründung und für lange Zeit ausgesprochen werden.«[114]

Die »wachsende Gegenwehr der Arbeiterschaft [...] soll durch Ausnahmezustand, SA-Terror und Militärdiktatur niedergeworfen werden.«[115] Zugleich hoffe das Finanzkapital, »durch die beschleunigte Faschisierung und Militarisierung [...] den deutschen Imperialismus auch außenpolitisch zu stärken.«[116] Die »ansteigende Hetze gegen die Sowjetunion in der bürgerlichen Presse« zeige, »wozu Herr von Schleicher die Kriegsstimmung gebrauchen wird«. Die deutsche Bourgeoisie versuche, »durch Säbelrasseln« »sich in den von Frankreich geführten Interventionsblock [gegen die UdSSR – FMB] einzureihen.«[117] Unter dem Deckmantel der militärischen »Gleichberechtigung Deutschlands«, d. h. der Aufhebung der Versailler Rüstungsbeschränkungen, sollen deutsche Expansionsabsichten abgesichert werden.

Das Ergebnis der Juli-Wahlen, bei der nicht nur die NSDAP auf Kosten der nicht-katholischen, bürgerlichen Parteien, sondern auch die KPD auf Kosten der SPD Erfolge verbuchen konnte, hat nach Fuchs »im Lager der Bourgeoisie nicht nur Überraschung, sondern, man kann schon sagen, Verwirrung, hervorgerufen. Die Nazis und die Deutschnationalen fordern kategorisch das Verbot der KPD.«[118]

Die SA-Führung hatte von Hitler verlangt, die Führung in dem kommenden Präsidialkabinett einzufordern. Noch aber scheitern die Verhandlungen mit Papen. Fuchs kommentierte das Ergebnis so: »Das Ergebnis zeigt deutlich, daß die führenden Teile der deutschen Bourgeoisie, die sich im ›Herrenklub‹ ihr Stelldichein geben und die Schleicher-Papen eingesetzt haben, nicht gewillt sind, der Hitler-Partei den ganzen Staatsapparat auszuliefern [...] Sie haben Hitler finanziert, um eine Massenbasis zu gewinnen, und als *Massenbasis für ihre Herrschaft*

111 Offener Brief an den Herrn Reichskanzler von Papen, in: RS 1932, Nr. 37 vom 11. September 1932, S. 145 f.
112 A. a. O., S. 146.
113 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 24 vom 12.06.1932, S. 96.
114 PdW vom 14. bis 21. August 1932, in: RS 1932, Nr. 35 vom 28.08.1932, S. 140.
115 PdW vom 17. bis 23. Juli 1932, in: RS 1932, Nr. 31 vom 31.07.1932, S. 124.
116 Ebd.
117 PdW vom 5. bis 14. August 1932, in: RS 1932 Nr. 34 vom 21.08.1932, S. 136.
118 PdW vom 31. Juli bis 7. August 1932, in: RS 1932, Nr. 33 vom 14.08.1932, S. 132.

[Hervorhebung – FMB] [...] wollen sie die Hitlerpartei benutzen.«[119] Wie nicht anders zu erwarten war, hatte Papen bei Regierungsantritt mit seiner ersten Notverordnung das SA-Verbot aufgehoben. So konnte mit Duldung der Regierung die SA zu einem beispiellosen Terror gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen fortfahren.

Zum letzten Reichskanzler vor Hitlers Kanzlerschaft, dem General von Schleicher, beobachtete Fuchs: »Es wird behauptet, im Umkreis Schleichers würden Sozialisierungsideen vertreten. Die Arbeiterschaft wird sich vor einem solchen ›Sozialismus‹ hüten, denn sie weiß, was es auf sich hat, wenn ein General anfängt [81] zu ›sozialisieren‹. Natürlich haben Generäle ein großes Interesse an der Verstaatlichung gewisser Industrien, nämlich solcher, die für die Kriegsführung besonders wichtig sind. Eine solche Verstaatlichung wäre aber keine Sozialisierung, sondern im Gegenteil eine Stärkung des kapitalistischen Staates und zugleich ein Akt der Kriegsvorbereitung.«[120] Fuchs sah keine Lösung, »der die SPD anders als in schärfster Opposition gegenüberstehen könnte.«[121] Zu Beginn des Jahres 1933 notierte Fuchs: »Deutschland sitzt tief in der Butter [...]. Das danken wir gewiss auch dem, der die Reichswehr so organisierte und einsetzte, daß unter ihrem Schutz Hitler groß werden, die Industrie die Arbeitermassen vergewaltigen, die Großlandwirtschaft die Industrie tributpflichtig machen konnte – und nun die Verwirrung da ist, die auch das Maschinengewehr nicht bannen kann. – Wir wollen nicht vergessen, welchen Dank für das alles wir Herrn v. Schleicher schulden.«[122]

Fuchs wusste sehr wohl, »daß Hitler nicht aus prinzipiellen Gründen Gegner des Herrn von Papen war, sondern nur aus dem Grunde, daß er Reichskanzler war und nicht Hitler. So ist er heute Gegner des Herrn von Schleicher – aus demselben Grunde und Freund des Herrn von Papen, dessen politische Anschauungen kein Hindernis mehr sind, sobald er nicht mehr Hindernis auf dem Weg zur Macht ist.«[123]

Die Intrigen von Papens zur Absetzung Schleichers und Ernennung Hitlers wohl registrierend, kommentierte Fuchs diese mit den Worten, es handele sich um heimliche Intrigen, »von deren Inhalt das Volk erst erfährt, wenn es die Kosten zahlen darf.«[124]

Nicht erst am 30. Januar 1933 sah Fuchs »die deutsche Republik vor die letzte Entscheidung gestellt, ob sie diesen Prozess rücksichtslos durchführen wird und will und Hochverrat als Hochverrat bestrafen oder ob sie sich selbst die Existenzberechtigung absprechen will, indem sie eine Partei schont, die alle Not steuern will einfach durch den Mord an ihren Mitbürgern.«[125]

Am Tage der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler notierte Fuchs: »Die deutsche Tragödie dehnt sich zu einer Tragödie Europas.« Weitsichtig sah er voraus: »Die Weltkatastrophe, deren Mittelpunkt Deutschland heißt, geht weiter. Von unserem klaren Mut hängt mehr ab als nur Deutschlands Existenz. Zumindest für Europa geht es« – hier knüpfte Fuchs indirekt an Rosa Luxemburg an – »um die Frage: Rettung der Kultur oder Zurücksinken in hoffnungslose Verelendung und Barbarei«. Es sei jedoch keine Ursache zu verzweifeln, aber jeder Grund da, [82] »alle Kräfte entschlossenen Widerstandes, klaren Willens, ehrlicher, unbeugsamer Führung einzusetzen. Noch kann die Katastrophe vermieden werden, die eine Herrschaftszeit, wie Hitler sie plant und Hugenberg will, herbeiführen müsste. Keiner allerdings hilft sie vermeiden, der jetzt noch schwächlich zögert, alle seine Energie gegen diese Regierung zu gebrauchen«.[126]

---

119 PdW vom 14. bis 21. August 1932, in: RS 1932, Nr. 35 vom 28.08.1932, S. 140.
120 PdW vom 21. bis 27. August 1932, in: RS 1932, Nr. 36 vom 04.09.1932, S. 144.
121 PdW vom 13. bis 20. November 1932, in: RS 1932, Nr. 48 vom 27.11.1932, S. 192.
122 PdW vom 24. bis 31. Dezember 1932, in: RS 1933, Nr. 2 vom 08.01.1933, S. 8.
123 PdW vom 1. bis 7. Januar 1933, in: RS 1933, Nr. 3 vom 15.01.1933, S. 12.
124 PdW vom 8. bis 15. Januar 1933, in: RS 1933, Nr. 4 vom 22.01.1933, S. 16.
125 PdW vom 21. bis 28. November 1931, in: RS 1931, Nr. 49 vom 06.12.1931, S. 206.
126 PdW vom 30. Januar bis 4. Februar 1933, in: RS 1933, Nr. 7 vom 12.02.1933, S. 28.

Dabei forderte Fuchs, »daß auch diese dumme Polemik zwischen SPD und KPD einer wirklich sachlichen Aussprache, sachlichem Austragen der nicht zu verdeckenden taktischen Meinungsverschiedenheiten und einer klaren Entschlossenheit gemeinsamen Widerstandes weicht«.[127]

Für antifaschistische und antiimperialistische Einheitsfront

Durch alle Berichte zieht sich die Forderung von Fuchs nach Einheitsfront von SPD und KPD. Angesichts des barbarischen Terrors fand sein Ruf nach Einheitsfront endlich und zunehmend auch ein Echo, weil zumindest teilweise begriffen wurde, »wie unbedingt notwendig es ist, daß wir zur Einheitsfront des Proletariats kommen. Die öffentliche Diskussion wird darüber zwischen SPD und KPD geführt. Möge man bald und entschlossen der Schwierigkeiten Herr werden, die sie noch nicht zustande kommen lassen.«[128]

Beschwörend schrieb Fuchs am 3. Juli 1932 im »Religiösen Sozialisten«: »Gelingt es nicht, in kürzester Zeit die Einheitsfront der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter dem SA-Terror entgegenzustellen, dann werden die Zustände der letzten Tage in diesem Sommer [1932 – FMB] der normale Zustand werden.«[129]

Zur Jahreswende 1932/33 richtete Fuchs erneut einen dringenden Appell an die Arbeiterparteien und die sie stützenden Massen: »Entschlossener Kampf diesen Gewalten! Sammlung aller, die spüren, wie sie heute mit Hunger die Völker vernichten, für morgen den Krieg bereiten in einer Gestalt, die unfassbar furchtbar ist. Ihre eigene Selbstsucht macht sie uneinig und schwach. Seien wir einig, und wir werden die Gefahr überwinden können.«[130] [83]

Epilog

In der letzten Ausgabe des Bundesorgans vor seinem Verbot durch die Nazis schrieb Fuchs »im Glauben eines Christen, der Sozialist ist«[131] in einem programmatischen Aufsatz – außerhalb der Wochenberichte – unter dem Titel »Die Aufgabe der Religiösen Sozialisten«: »Gewaltiger – und schwerer – als wir je dachten, ist eine Aufgabe uns zugefallen.«[132] Er bekannte: »Wir gehören zu den Arbeitermassen, über die man heute als ›Sieger‹ triumphiert [...]: Nun hören wir über dem augenblicklichen Schicksal dieser Massen das Wort unseres Herrn: ›Selig sind, die da hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, *denn sie sollen satt werden*‹ [...] Wir sind gefragt«, so der Theologe Fuchs, »ob wir die Stimme Gottes und den Ruf dessen, der am Kreuze starb, hören und von ihm den Mut gewinnen, der über Menschenkraft ist, das Wort geistiger Erneuerung aus Jesu Ruf und Botschaft allem Geiste der Gewalt und der Unbrüderlichkeit entgegenzustellen.« »Selig sind«, so Fuchs in Vorahnung der kommenden Jahre der ungeheuren Opfer und des Widerstandes außerhalb und innerhalb Deutschlands, »die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, denn das Himmelreich ist ihr.«[133]

---

127 Ebd.

128 PdW vom 11. bis 18. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 26 vom 26.06.1932, S. 104.

129 PdW vom 19. bis 26. Juni 1932, in: RS 1932, Nr. 27 vom 03.07.1932, S. 108.

130 PdW vom 24. bis 31. Dezember 1932, in: RS 1933, Nr. 2 vom 08.01.1933, S. 8.

131 Siehe Emil Fuchs, Jesus von Nazareth im Glauben eines Christen, der Sozialist ist, in: Karlheinz Deschner, Jesusbilder in theologischer Sicht, o. O. o. J. zit. nach: Karlheinz Bangard, Reich Gottes und soziale Gerechtigkeit bei Emil Fuchs. Theorie und Praxis des religiösen Sozialisten im werdenden Sozialismus, Diss., Frankfurt/Main 1985, S. 199.

132 Siehe die Äußerung des Kundschafters für den Frieden, Klaus Fuchs: »Wir haben uns den Weg nicht so schwer gedacht. Wenn wir ihn aber noch einmal zu wählen hätten, würden wir ihn doch wieder wählen. Wir könnten ja nicht anders!« – Zit. nach: Emil Fuchs, Mein Leben, Zweiter Band, a. a. O., S. 236.

133 Emil Fuchs, Die Aufgabe der Religiösen Sozialisten, in: RS, 15. Jg. 1933, Nr. 11 vom 12. März 1933, S. 41.

III.

Haben die Zeitgenossen von Emil Fuchs ihn in der DDR so kennenlernen können, wie er aus diesen Wochenberichten spricht? Auch dem großen marxistischen Gelehrten und Kollegen aus den Leipziger Jahren, Walter Markov, ist der »rote Pfarrer« der Weimarer Republik, Emil Fuchs, verborgen geblieben, wenn er von dem »verdiente(n) alte(n) Theologe(n)« Emil Fuchs spricht, »ein ergreifender Prediger des Friedens schon in jenen Tagen« nach 1949.[134] Auf Fuchs trifft zu, was Peter Weiß über den großen Gegenstand der Forschungen von Walter Markov, Jacques Roux, sagt: Er gehört zur Revolution dazu. »Leider hat die Zensur sehr viel gestrichen von seinen Aussagen im Spiel, denn sie gingen in ihrem Ton zu [84] weit für die Ordnungsbewahrer in unserer Zeit.«[135] Mit seiner größtenteils während des »Dritten Reiches« bereits verfassten Autobiographie »Mein Leben«[136] hat Fuchs selbst allerdings nicht viel dazu beigetragen, um das ausschließliche Bild des »Friedenstheologen« zu korrigieren.

In der Weimarer Republik wäre Fuchs als »religiöser Sozialist« nicht auf den Gedanken gekommen, über ein »Bündnis von Christen und Marxisten« nachzudenken.[137] Er und die anderen religiösen Sozialisten stellten dieses Bündnis in Person dar. Theoretisch sind Christentum und Marxismus unvereinbar. Es führt auch »*keine breite Straße von der Bergpredigt zum Kommunistischen Manifest*. Nach dem *Kriterium der Praxis* indes schließt das ein Zusammengehen ›für die beste Sache auf dieser Erde‹ mitnichten aus«[138]. Emil Fuchs und Erwin Eckert dachten politisch und hätten sicher Fidel Castro zugestimmt, als dieser im Gespräch mit dem brasilianischen Priester Frei Betto formulierte, »daß man Marxist sein kann, ohne das Christsein aufzugeben, und daß man vereint mit den marxistischen Kommunisten für die Veränderung der Welt arbeiten kann«.[139] An ihrem Glauben hielten Fuchs und Eckert – in abgewandelter Form – bis zu ihrem Tode fest. Fuchs trat schon 1922 dem »Kreis der Freunde der Freunde (Quäker)« und 1933 der »Religiösen Gesellschaft der Freunde« bei. Eckert trat nach seiner Entlassung aus dem Pfarrdienst der badischen Landeskirche 1931 aus der Kirche aus. Der Kirche und seinen Genossen in der KPD verheimlichte er seine Glaubensbindung indessen nicht.[140] Religion stand ihnen, wie schon Walter Markov über den roten Priester Jacques Roux in der Französischen Revolution schrieb, über allen Gesetzen, »weil sie bis in die Tiefe des Herzens, die ›Brutstätte des Verbrechens‹, in Denken und Fühlen eindringt.[141] Mit der Kirche als Institution brachen sie. An ihrem Glauben aber hielten sie fest. Sie blieben davon überzeugt, daß es einen »Himmel für Revolutionäre« gebe. Insoweit blieben die Provinzpfarrer, die sie in Meersburg/Baden und Eisenach/Thüringen gewesen waren, bevor sie in den Krisenstürmen der Reichsrepublik von Weimar [85] in Zentren der Klassenauseinandersetzungen nach Mannheim und Kiel getragen wurden, bei ihrer sancta simplicitas. Diese schloss ihre rastlose Tätigkeit in Sachen Antifaschismus, Frieden, Demokratie und Sozialismus in keiner Weise aus.

Wolfgang Abendroth hat zurecht darauf hingewiesen, daß in der wirklichen Geschichte »Teile der Arbeiterklasse zunächst von Denkweisen bestimmt« seien, »die sich aus Traditionen

134 Walter Markov, Zwiesprache, a. a. O., S. 180.

135 Peter Weiß, Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspieltruppe des Hospizes zu Clarenton unter Anleitung des Herrn de Sade, Frankfurt/Main 1968, S. 16.

136 Als der 2. Band, der die Zeit nach dem 1. Weltkrieg beschrieb, 1959 in Leipzig erschien, war Fuchs inzwischen 85 Jahre alt.

137 Siehe Erwin Eckert, Sind wir Marxisten? In: Zeitschrift für Religion und Sozialismus (ZRS), Mannheim 1930, H. 3, S. 277 ff.

138 Walter Markov, Zwiesprache, a. a. O., S. 257 (Hervorhebungen – FMB).

139 Zit. nach: Walter Markov, Zwiesprache, a. a. O., S. 256.

140 Siehe auch die Wiedergabe der Mitschrift von Günther Hahne in: Friedrich-Martin Balzer/Manfred Weißbecker, Erwin Eckert, Badischer Pfarrer und revolutionärer Sozialist 1893–1972, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg, hrsg. von Gerhard Taddey und Joachim Fischer, Stuttgart 1998, S. 543–545.

141 Walter Markov, Zwiesprache, a. a. O., S. 255.

ergeben, die von den herrschenden Klassen der Gesellschaft ausgehen, wie es damals die religiös-erzogenen Arbeiter in Kleinstädten und Randgemeinden der Großstädte waren. Immer werden sie nach *Vermittlungsvorstellungen* drängen, um zu klarerem Bewusstsein über ihre eigene Lage und die Vertretung ihrer Interessen zu kommen.«[142]

Im Gegensatz zur Parteiführung und zum Parteiapparat der SPD war die marxistische Lehre für Emil Fuchs, Erwin Eckert und andere religiöse Sozialisten keine falsche Integrationsideologie bzw. jeweils instrumental zu verwendende Verhüllungsterminologie. Für die kleinen religiös-sozialistischen Gruppen war »im Gegenteil die Aneignung der Methoden der Analyse sozialer Probleme und der Ziele sozialer Bewegungen, wie sie Marx und Engels entwickelt hatten, lebendigstes Problem einer neuen Fragestellung (und also keineswegs bloße Verhüllung einer völlig anderen praktischen Politik), für die sie durch den Wegfall der »Thron- und Altar«-Ideologie frei geworden waren.«[143]

Wolfgang Abendroth, der marxistische Gesellschaftswissenschaftler und Historiker der Arbeiterbewegung, nannte immer nur Eckert und Fuchs, wenn er auf die herausragenden Repräsentanten des Bundes der Religiösen Sozialisten zu sprechen kam.[144] Die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED herausgegebene »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden« aus dem Jahre 1966 verzeichnete dagegen in Bd. 4 (Von 1924 bis Januar 1933) weder Erwin Eckert noch Emil Fuchs, obwohl beide am Internationalen Antiimperialistischen Antikriegs-Kongress 1932 in Amsterdam teilnahmen und schon durch diese Tatsache ihre hervorragende Stellung in der Arbeiterbewegung belegt wird. Noch 1983 erschien ein lexikalischer Beitrag über den »Bund der Religiösen Sozialisten« in dem von Dieter Fricke herausgegebenen »Lexikon zur Parteiengeschichte«, das den »*bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Organisationen*« gewidmet war.[145]

[86] Wolfgang Abendroth selbst wird noch in der 4. Auflage des DDR-Handbuchs »Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung« aus dem Jahre 1977 – bei aller positiven Würdigung seiner Arbeiten – zwar zu den »progressiven«, teilweise an »sozialistischen Zielvorstellungen« festhaltenden, aber eben doch letztlich zu den »*bürgerlichen*« Geschichtswissenschaftlern gerechnet.[146]

Wenn keine einzige der über 200 Veröffentlichungen von Emil Fuchs im Bundesorgan der religiösen Sozialisten in einer DDR-Bibliographie Erwähnung und – obwohl zugänglich – in den wissenschaftlichen Arbeiten über das Wirken von Emil Fuchs in der Weimarer Republik Verwendung fand, muss da nicht vermutet werden, daß »Politik« Wissenschaft und Person vereinnahmte, weil die SED-Führung aus Rücksicht auf die angestrebten, aber keineswegs sich als

142 Wolfgang Abendroth, Vorwort zu F.-M. Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, S. 11 f. (Hervorhebung – FMB)

143 Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse Köln 1978, vierte Auflage, S. 63.

144 Siehe Wolfgang Abendroth, ebd. S. 64; Wolfgang Abendroth, Der Weg der marxistischen Widerstandskämpfer zum Verständnis für den christlichen Widerstand der »Bekennenden Kirche«, in: Heinz Kloppenburg u. a. (Hrsg.), Martin Niemöller, Festschrift zum 90. Geburtstag, Köln 1982, S. 117.

145 Siehe Konrad Breitenborn, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, in: Lexikon [86] zur Parteiengeschichte, hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 1, Leipzig 1983.

146 Siehe Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch (hrsg. von Werner Berthold u. a.), Köln 1977, S. 641 f. Vgl. die Hausmitteilung der SED an Albert Norden vom 4.4.1973: »Obwohl Abendroth zweifellos eine positive politische Persönlichkeit ist, empfiehlt es sich nicht, das Gespräch allzu offenherzig zu führen«. Die Kopie befindet sich im PAB. Siehe dagegen die Einschätzung von Wolfgang Abendroth als marxistischem Wissenschaftler bei Hans Heinz Holz, Wolfgang Abendroth – Demokratie als Sozialismus, in: Topos, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Bonn, Heft 2 (Demokratie), 1993, S. 99–110. Ein Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen von Wolfgang Abendroth unter dem Titel »Wolfgang Abendroth (1906–1985) für Einsteiger und Fortgeschrittene« erschien 2001 in 1. Auflage und 2006, in wesentlich erweiterter Auflage (siehe www.friedrich-martin-balzer.de)

ehrlich und zuverlässig erweisenden Bündnispartner unter bürgerlichen Christen und Kirchen auf den Sozialisten Emil Fuchs, erst recht auf den *religiösen Sozialisten* glaubte verzichten zu müssen und ihn statt dessen auf den liberalen Theologen und Autor der links-liberalen bürgerlichen »Christlichen Welt« reduzierte? Am Ende bleiben so beide, Wissenschaft und Politik, auf der Strecke.

In der von Kurt Meier betreuten Dissertation von Detlef Döring mit dem hochgesteckten Titel »Christentum und Faschismus. Die Faschismusdeutung der religiösen Sozialisten«, 1982 mit einer Vorbemerkung von Arnold Pfeiffer in Stuttgart erschienen, werden die Wochenberichte von Emil Fuchs mit keinem Wort berücksichtigt, obwohl Döring das Bundesorgan unter den Publikationsorganen der religiösen Sozialsten aufführt, »die innerhalb dieser Arbeit ausgewertet wurden«.[147] Peter Friedrich Zimmermann hat in seiner Leipziger Dissertation »Emil Fuchs und die religiös-sozialistische Bewegung bis 1933« die Veröffentlichungen aus dem Bundesorgan der religiösen Sozialisten entweder [87] nicht gekannt oder nicht herangezogen.[148] Die Tatsache, daß das Bundesorgan in der DDR einsehbar war, belegt Michael Rudloff in seinem Aufsatz über Christliche Antifaschisten der »ersten Stunde« im Widerstand.[149]

Nichts gegen »christliche Demokraten«, wenn sie denn wirkliche Demokraten und wirkliche Christen sind, von denen es in Vergangenheit und Gegenwart nur allzu wenige in diesem Lande ohne siegreiche bürgerliche Revolution gab und gibt. Aber vielleicht ist es an der Zeit, sich von der in der DDR gängigen Sprachregelung zu verabschieden, wonach Emil Fuchs ein »mit der Arbeiterklasse verbündeter christlicher Demokrat«[150] war. Emil Fuchs sollte als der wiedererkannt werden, der er war: ein christlicher Demokrat, der sich im Laufe seines langen Abschieds vom Bürgertum vor 1933 unter den Bedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise zum revolutionären Sozialisten entwickelte und heute der Linken innerhalb und außerhalb dieses

147 Detlef Döring, Christentum und Faschismus. Die Faschismusdeutung der religiösen Sozialisten, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1982, S. 141. Der Titel der Leipziger theologischen Dissertation aus dem Jahre 1980 lautete: Faschismusinterpretation in evangelischer Theologie und Kirche, Leipzig 1980.

148 Peter Friedrich Zimmermann, Emil Fuchs und die religiös-sozialistische Bewegung bis 1933, Dissertation zur Promotion A, Karl-Marx-Universität zu Leipzig 1984.

149 Michael Rudloff, Christliche Antifaschisten der »ersten Stunde« im Widerstand, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 38 (1989), 3, S. 297–307.

150 Siehe Herbert Trebs, Die linke Richtung im »Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands« – mit der Arbeiterklasse verbündete christliche Demokraten der Weimarer Zeit, in: Zwischen Aufbruch und Beharrung, Der deutsche Protestantismus in politischen Entscheidungsprozessen, Berlin 1978, S. 90–124. Siehe hierzu auch die im Übrigen sehr verdienstvolle, weil informative und analytisch hochstehende Veröffentlichung der DDR-Geschichtswissenschaft: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945 in zwei Bänden, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Berlin 1974, in dessen erstem Band auf Seite 373 Emil Fuchs zu den »linksbürgerlichen Demokraten« mit »pazifistischer Zielsetzung« gezählt wird, die »nach 1945, die geschichtlichen Lehren beherzigend, an die Seite der Arbeiterklasse traten und in der DDR wirkten«. Nach dem Tode von Emil Fuchs drängte der CDU-Parteivorsitzende Gerald Götting die Familie Fuchs, Emil Fuchs von Bischof Moritz Mitzenheim beerdigen zu lassen. Unter Berufung auf den letzten Willen von Emil Fuchs verweigerte sich die Familie diesem Drängen und ließ Fuchs vom Schweriner Domprediger und religiös-sozialistischen Kampfgefährten Karl Kleinschmidt bestatten. Was die Familie Fuchs damals nicht wusste, ist, daß Karl Kleinschmidt zu diesem Zeitpunkt (1971) bereits in der SED in »Ungnade« gefallen war. Darauf deutet nicht nur die Rezeption des von Heinrich Fink im Jahr 1968 herausgegebenen Buches »Stärker als die Angst«, sondern auch das Nicht-Erscheinen des vom Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser in Auftrag gegebenen Buchmanuskripts »Kirchenkampf und Widerstand« [erstmals veröffentlicht in: F. M. Balzer/Chr. Stappenbeck, Sie haben das Recht zur Revolution bejaht, a. a. O., S. 20–110] und die Tatsache hin, daß Kleinschmidt in der Konfrontation mit dem Vorsitzenden des Evangelischen Pfarrerbundes, Georg Schäfer, dem eine NSDAP-Vergangenheit vorgehalten werden konnte, beim Staatssekretär für Kirchenfragen den Kürzeren zog.

Landes alle Ehre machen würde.

[88] Die Wochenberichte, von denen nur ein Bruchteil vorgestellt werden konnte, stellen eine bisher ungenutzte Schatztruhe für das ebenso lebendige wie präzise Begreifen des Endes der ersten deutschen Republik dar, weil sie sich ebenso seismographisch wie scharfsinnig und sensibel-entschieden von der Bourgeoisie abgrenzen und für die Mühseligen und Beladenen, für die Arbeiterklasse und ihre politischen Organisationen kritisch Partei ergreifen.

Die ausgiebig wiedergegebenen Original-Töne von Emil Fuchs belegen, warum Herbert Trebs recht hatte, als er Fuchs zur »linken Richtung« im Bund der Religiösen Sozialisten zählte.[151] Sie markieren seinen langen Weg von Friedrich Schleiermacher über Friedrich Naumann und Martin Rade zu Karl Marx und Wladimir Iljitsch Lenin. *Theoretisch* mag bedauert und angefochten werden, daß dabei der Marxismus-Leninismus nicht als ausschließliche und abgeschlossene Weltanschauung, sondern als Methode und Werkzeug von Fuchs begriffen wird. Ohne die Kenntnis der hier dargelegten Analysen der Endphase der Weimarer Republik bleibt jedoch unverständlich, warum sich Emil Fuchs *in der Praxis* im Alter von 75 Jahren von der SPD definitiv lossagte und 1949 in die DDR nach Leipzig übersiedelte.

Seine Parteinahme für den »werdenden Sozialismus« in der DDR war kein »Bruch« gegenüber seiner in den Wochenberichten eingenommenen Haltung. Der Leipziger Lehrstuhl für »Christliche Ethik und Religionsphilosophie« war nicht, wie die der Sozialdemokratie nahestehende *Frankfurter Rundschau* schrieb, der »Lohn« des Bolschewismus für den »Vater des Atomspions«, Klaus Fuchs.[152] Seine [89] in der DDR eingenommene Position war auch keine »Liebedienerei gegenüber den Machthabern seines Asyls«.[153] Fuchs nannte als entscheidenden Grund für seine Übersiedlung in die DDR, daß ihm dort eine Möglichkeit geboten werde, die Erkenntnis, zu der er sich im Laufe seines Lebens durchgerungen hatte, weiterzugeben. Er fühlte die Pflicht, wie es in seinem Abschiedsbrief an Kurt Schumacher hieß, »dahin zu gehen, wo man das würdigt.«[154]

Daß das Alterswerk von Emil Fuchs gewürdigt wurde, geht allein aus der Tatsache hervor, daß sich im Zeitraum zwischen 1950 und 1985 ca. 550 Veröffentlichungen in der DDR mit dem Wirken von Emil Fuchs beschäftigten. Von ihm selbst erschienen im Zeitraum von 1952 bis 1971 ca. 200 Veröffentlichungen.[155]

In der BRD erschien 1961 in einem Kleinstverlag gerade einmal ein Nachdruck seines Vortrages

---

151 Siehe Herbert Trebs, Die linke Richtung a. a. O.; Trebs kommt zu diesem Urteil ohne Auswertung der Veröffentlichungen von Emil Fuchs im Bundesorgan der religiösen Sozialisten zwischen 1926 und 1933.

152 Für die Jahresversammlung der Quäker in Deutschland ist u. a. die »Unlauterkeit« von Klaus Fuchs ein Grund, einen beantragten Druckkostenzuschuss für die Veröffentlichung der Wochenberichte von Emil Fuchs abzulehnen (Siehe den Brief von Annette Fricke vom 7.8.1999 an den Verfasser). Vgl. hierzu die gegenteilige Auffassung von Karl Kleinschmidt, die dieser in einem Brief an Emil Fuchs am 13. März 1950 zum Ausdruck brachte, in dem er sich »außerordentlich stark« »beeindruckt« zeigte von dem »Verhalten Deines Londoner Sohnes«. »Die Rücksichtslosigkeit, mit der er seine ganze Person, seine Freiheit und seine Zukunft für die Sicherung des Friedens eingesetzt hat, zeigt eine menschliche Größe und Opferbereitschaft, wie sie leider Gottes in der Welt sehr, sehr selten geworden ist. Ich weiß sehr wohl, wie schwer das Schicksal Deines Jungen auf Dir lasten wird. Aber wenn je ein Mensch Veranlassung gehabt hat, seinen Schmerz stolz erhobenen Hauptes zu tragen, so ist es der Vater eines solchen Mannes. Er hat seine ganze Existenz in einen Abgrund geworfen und wie jener alte Römer dadurch diesen Abgrund geschlossen, der sonst Abermillionen hätte verschlingen können. Sein Name wird unter den Namen derer leuchten, von denen man einmal sagen wird, daß sie die Welt vor einem dritten Weltkrieg bewahrt haben.« Ich verdanke die Kopie dieses Briefes dem Enkel von Emil Fuchs, Klaus Fuchs-Kittowski.

153 Siehe Frankfurter Rundschau vom 18. August 1950.

154 Abschiedsbrief an Kurt Schumacher vom 25. Oktober 1949, Kopie im PAB.

155 Siehe Dittmar Rostig, Bibliographie, a. a. O., S. 91–127; S. 72–90.

auf der Versammlung der Gesellschaft der Freunde (Quäker) in Bad Pyrmont aus dem Jahre 1939.[156] Wäre Fuchs in der BRD und in der SPD geblieben, so hätte das Festhalten an seinen am Ende der Weimarer Republik errungenen Positionen nicht nur – wie bei Wolfgang Abendroth – letztlich zum Ausschluss aus der SPD geführt, sondern auch zu Berufsverbot und zur Überwachung durch diverse bundesdeutsche Geheimdienste. Nach seiner Übersiedlung nach Leipzig war die Fuchs-Rezeption in Westdeutschland, wenn es überhaupt eine solche gegeben hat, sowohl politisch als auch wissenschaftlich vom Kalten Krieg geprägt. Von seinen ehemaligen religiös-sozialistischen Bundesgenossen, die sich nach 1949 in der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten e. V. unter Heinrich Schleich zirkelhaft zusammenfanden, stellten sich nur Eberhard Lempp und Daniel Jäger angesichts der antikommunistisch motivierten Angriffe halbwegs – menschlich, aber nicht politisch – vor Emil Fuchs, als dieser wegen seines Überwechselns ins Lager des »Totalitarismus« durch eine Erklärung des Bundesvorsitzenden Heinrich Schleich 1962 aus der Mitgliederliste des Bundes der Religiösen Sozialisten gestrichen wurde.[157]

Auch im fusionierenden und zugleich konkurrierenden »Weltimperialismus« (Emil Fuchs) muss immer noch *eingreifendes Denken und gemeinsames Handeln* bewirken, was die Kämpfe und Opfer von Krieg und Faschismus, Faschismus und Krieg, die noblen Schwüre, die wohlmeinenden Vorsätze und Absichtserklärungen [90] nach den Katastrophen bisher nicht dauerhaft und weltweit vermocht haben. Nicht Glorifizierung der Vergangenheit und Nostalgie, nicht selektive Wahrnehmung, nicht Verdrängung und Diffamierung, sondern kritische Aufarbeitung und Wiederbelebung einer teilweise verschollenen Erbschaft von Emil Fuchs und Erwin Eckert, die die Verteidigung der normativen Demokratie ebenso wie den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für den Sozialismus einschließt, sind angezeigt. Wie Peter Weiß den roten Priester Jacques Roux sagen lässt: »Zum letzten Mal erhebt euch. Lernt zu sehen. Lernt ein Urteil zu formen. Zeigt ihnen, daß ihr nicht die Geprellten seid.«

Dabei kann die Aussage von Franz Fühmann, wonach Wahrhaftigkeit die ganze Wahrheit will, eine Richtschnur sein: »Denn die Wahrheit ist immer das Ganze, nicht abgewogen, nicht zugemessen, nicht ausgewählt und nicht abgestuft, nicht in irgendeinem Dienste stehend, der sie nach Belieben gebraucht und von dafür Befugten verwalten lässt, nicht für Programme zugeschnitten, nicht Strategien untergeordnet, nicht modifiziert nach Erfordernissen, nicht Präzeptoren vorbehalten, die Volk als das schlechthin Unmündige ansehen, nicht wie Tranquilizer auf Rezepten verordnet, nicht zweigeteilt nach Nutzen und Schaden, ungeachtet aller Konsequenzen, nicht einteilbar nach diesen Konsequenzen, ein absoluter, kein relativer Wert.«[158]

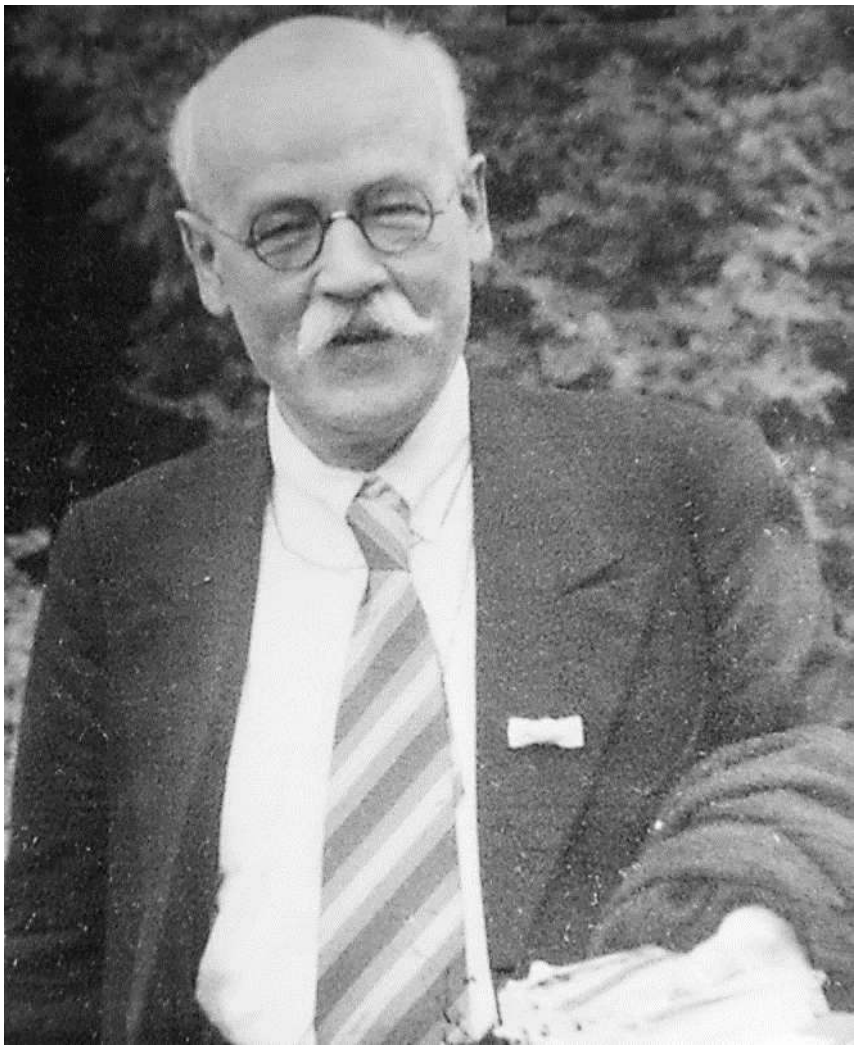
Wenn wir nicht mehr davon überzeugt sind, daß letztlich die *ganze Wahrheit*, auch wenn diese immer nur annäherungsweise erzielt werden kann, auf der Seite des Fortschritts und der Fortschrittlichen steht, können wir einpacken und Däumchen drehen. *Parteilichkeit* wird durch den Versuch, die *ganze Wahrheit* in all ihren Widersprüchen zu erforschen, nicht beeinträchtigt.

[91]

156 Emil Fuchs, Der Ruf Jesu Christi, in: Evangelische Zeitstimmen, Heft 5, Herbert Reich, Evangelischer Verlag, Hamburg-Bergstedt 1961, 53 S.

157 Die Erklärung ist abgedruckt in: Christ und Sozialist, Blätter der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Frankfurt/Main, Nr. 1/1962, S. 22 ff. Auf die diskontinuierlichen Wellenbewegungen der Religiösen Sozialisten nach 1945 in den Besatzungszonen und den beiden deutschen Staaten zwischen Aufbruch, Stagnation, Ausgrenzung, Integration und Marginalisierung kann hier nicht im Einzelnen eingegangen werden.

158 Zit. nach: Wolfgang Ruge, Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.



Emil Fuchs (1874–1971)

[92]

»Auf beiden Augen blind – immer noch!« Zur »Erklärung der Badischen Landeskirche«*

Überschriften in der regionalen und überregionalen Presse wie »Landeskirche würdigt Mannheimer Pfarrer Eckert, der als Kommunist geschasst wurde« (Mannheimer Morgen 16.04.1999), oder »Kirche rehabilitiert kommunistischen Pfarrer« (junge Welt vom 17./18. April 1999), sowie »Badische Protestanten leuchten finstere Winkel der eigenen Geschichte aus«, »Anerkennung für einst abgestrafte Pfarrer« (Frankfurter Rundschau vom 24.04.1999) konnten die Erwartung wecken, daß Erwin Eckert 68 Jahre nach seiner unehrenhaften Entlassung aus dem Pfarrdienst der Badischen Landeskirche unzweideutig Gerechtigkeit widerfahren sei. Immerhin handelt es sich bei Erwin Eckert um einen ehemaligen Pfarrer, der nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft in der SPD sich bis zu seinem Lebensende als Kommunist und Mitglied des Weltfriedensrates der Kriegsvorbereitung durch (Wieder)Aufrüstung widersetzte und dafür noch 1960 von einem bundesdeutschen Gericht zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt wurde.

Die »Erklärung« selbst bleibt jedoch hinter Wortlaut und Intentionen der an die Badische Landeskirche gerichteten Petition weit zurück. Hatte diese Eingabe Gerechtigkeit für Eckert und ein unzweideutiges Eingeständnis des Irrtums der Badischen Landeskirche gefordert, so zieht sich die »Erklärung« teilweise auf die Warnung vor »Selbstgerechtigkeit« und dem »Missbrauch« des Lebenswerkes von Eckert im aktuellen politischen Meinungsstreit zurück.

Die Kirche hat es 54 Jahre lang versäumt, die »unehrenhafte« Entfernung Pfarrer Eckerts aus dem Kirchendienst im Jahre 1931 kirchenrechtlich im Lichte der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 neu aufzurollen. Sie hat sich damit vor einer juristisch wirksamen Entschädigung für erlittenes Unrecht gedrückt, während sie gleichzeitig die zahlreichen Nazi-Pfarrer ihrer Landeskirche, auch sog. »deutsch-christliche« Pfarrer, nach 1945 anstandslos wieder in den Kirchendienst aufnahm und ihnen Pensionszahlungen gewährte. Auch nach Eckerts Tod im Jahre 1972 [93] hat die Kirche noch einmal 27 Jahre gebraucht, um sich mit dieser »Erklärung« zum sog. »Fall Eckert« amtlich und posthum zu äußern.

Auch in dieser verspäteten »Erklärung« weigert sich die Kirche zuzugeben, daß Eckert im Kern dessen, worin er von ihr abwich, *gegen* sie theologisch und politisch recht behalten hat. Stattdessen wird Eckert mit den »politischen Pfarrern« »im Lager des Nationalsozialismus« auf eine Stufe gestellt. Das ist nachgerade eine Beleidigung von Eckert und eine nachträgliche Rehabilitierung der Nazi-Pfarrer in der badischen Landeskirche, von denen bereits vor 1933 – laut eigener Aufstellung – 56 Mitglieder der NSDAP waren. Wer wie die Badische Landeskirche 68 Jahre nach der »unehrenhaften« Entfernung Eckerts aus dem Pfarrdienst eingesteht, daß sie eine »prophetische Stimme unterdrückt« und gleichzeitig »evangelische Nationalsozialisten« »geduldet« habe, die »Unverhältnismäßigkeit« des Nicht-Vorgehens bzw. Vorgehens gegen zahlreiche Nazi-Pfarrer und die wenigen Pfarrer, die der SPD oder KPD angehörten, beklagt, und immer noch meint, er sei nur »auf *einem* Auge blind« gewesen, ist heute nicht sehend geworden. Wahr ist: sie war und ist auf *beiden Augen blind*: gegenüber dem prophetischen Zeugnis von Eckert und Kappes *und* gegenüber dem »trojanischen Pferd« (Bischof Engelhardt)

* Die politische Auseinandersetzung um das Bild von Erwin Eckert in der Kirchengeschichte setzte sich in den 90er Jahren fort und erfuhr durch meine vier Buchpublikationen zum »Fall Eckert« und durch die von Reinhard Mielitz 1996 initiierte Petition ihr Ergebnis im Synodalbeschluss der Badischen Landeskirche vom 22. April 1999. Die Dokumentation zum Versuch der badischen Landeskirche, Eckert Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, findet sich auf der Website www.friedrich-martin-balzer.de unter *Aktuelle Kommentare 1999* [http://friedrich-martin-balzer.de/downl.htm#petition]. Dort ist der Wortlaut der Petition mit ca. 350 Unterschriften und der Synodalbeschluss vom 22. April 1999 nachlesbar. Meine Kritik an dem Beschluss wird hier erstmals veröffentlicht.

der Nazi-Pfarrer in der Kirche.

Die »Erklärung« ist insgesamt eine Offenbarung der Rat- und Hilflosigkeit der Kirche heute. Die »Ohnmachtsformel« »Ja *und* Nein« zu Eckert wird der kirchengeschichtlichen Auseinandersetzung und dem Auftrag der Kirche nicht gerecht. Das biblische Wort »Eure Rede sei Ja, Ja, Nein, Nein. Alles, was darüber ist, ist vom Übel« findet in der »Erklärung« keinen Widerhall.

Im Übrigen bleibt wohlmeinende Verneigung vor den Opfern der Kirchenjustiz und entschiedenen Kriegsgegnern wie Eckert und Kappes so lange unglaubwürdig, als die Kirche in der gegenwärtigen Situation nicht gleichzeitig den verfassungs- und völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg gegen Jugoslawien ohne Wenn und Aber verurteilt und alles tut, um eine sofortige Beendigung des Krieges und die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur politischen Lösung des Kosovo-Konfliktes herbeizuführen. Dazu bedarf es keineswegs eines *prophetischen Zeugnisses*, das bis an die *Grenzen der Dienstordnung* heranreicht, sondern schlicht der Zustimmung der Landeskirche zum Brief des Ökumenischen Rates der Kirche, der Konferenz Europäischer Kirchen, dem Lutherischen Weltbund, unterstützt vom Reformierten Weltbund, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (siehe FR vom 31. März 1999). Lebte Eckert noch, er würde, nachdem die Badische Kirche nicht mehr die geringsten Zweifel an Eckerts lebenslangen christlichen Überzeugungen hegt, diese Einladung zur Rückkehr ins Boot *dieser* Amtskirche – nicht nur angesichts des Schweigens der Kirche zum jetzigen Krieg – mit Entrüstung weit von sich weisen. Wer wie die Kirche nach [94] 1945 nichts anderes unternahm, als die Nazis zu rehabilitieren und sich an der Jagd auf Kommunisten zu beteiligen, und heute zum Krieg gegen Jugoslawien schweigt, macht sich erneut schuldig und hat jede Glaubwürdigkeit in Sachen Eckert verloren.

Die »Erklärung« bleibt hinter den Resultaten der geschichtlichen Forschung des Wirkens von Pfarrer Eckert weit zurück. Fast drängt sich der Eindruck auf, sie habe sie gar nicht zur Kenntnis genommen oder sich selbst nicht um die Aufarbeitung bemüht. Statt dessen dichtet sie Eckert an, daß er in besonderer Weise die »Anwendung der Nürnberger Rassegesetze auf die Pfarrerschaft« kritisiert habe. Davon kann gar keine Rede sein. Eckert saß zu diesem Zeitpunkt wegen seines antifaschistischen Widerstandes im Zuchthaus und hatte gar keine Gelegenheit, gegen die sog. »Arisierung« des Pfarrerstandes zu protestieren. Die »Erklärung« dagegen meint noch immer arglos – im Ungeist der Nürnberger Gesetze – von »judenchristlichen« Pfarrern und Gemeindegliedern sprechen zu können.

Eckert selbst hätte zu diesem Eingeständnis der Hilf- und Ratlosigkeit der Badischen Landeskirche wohl gesagt: »Eure Erklärung ist Geschwätz, und Ihr wisst es nicht.« Die auf den ersten Blick bemerkenswert erscheinende Erklärung kommt zu spät, enthält zu wenig Substanz und ist in weiten Teilen höchst anfechtbar.

Wer meint, mit dieser »Erklärung« diplomatisch einen Schlussstrich unter die Debatte um Eckerts aktive und passive Rolle in der Badischen Landeskirche ziehen zu können, wird auch weiterhin – trotz des »Darmstädter Wortes« aus dem Jahre 1947 – in die Irre gehen.

Initiatoren und Unterzeichner der Petition, Christen und Nicht-Christen, die es mit dem Auftrag der Kirche, mit Frieden und Sozialismus ernst meinen, aber werden fortfahren, Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung innerhalb und außerhalb der Kirche unzweideutig einzufordern. Die Hoffnung bleibt: Nil inultum remanebit[*].

[95]

[*] Nichts wird ungerächt bleiben.

»Es war Liebe auf den ersten Blick«. Grußwort zum 85. Geburtstag von Kurt Julius Goldstein*

Lieber Kurt, liebe Margot, es war Liebe auf den ersten Blick. Wir drei trafen uns 1985 das erste Mal in Moskau auf der für mich eindrucksvollen Sitzung des Weltfriedensrates aus Anlass der 40. Wiederkehr der Befreiung der Völker vom deutschen Faschismus, seinen Achsenmächten und Kollaborateuren. Du als Sekretär der »Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer« mit Sitz in Wien, ich als einer von wenigen Vertretern der westdeutschen Friedensbewegung und Biograph von Erwin Eckert, des ersten amtierenden deutschen Pfarrers, der 1931 in die KPD eintrat und von 1950–1962 als Vizepräsident des Weltfriedensrates einer der populärsten Arbeiterführer neben dem von Dir und Eckert so verehrten Max Reimann war. Du warst für mich ein Kommunist zum Anfassen, offen für die kritischen Fragen jüngerer Menschen und – eingedenk des Schwurs von Buchenwald – mit nicht rasten- und Ruhen wollendem Tatendrang ebenso ausgestattet wie mit revolutionärer Geduld.

Auffallend berührte mich von Anfang an das heimatliche Idiom des Ruhrgebietsdeutsch, das Du auch als DDR-Bürger niemals abgelegt hast. Ist es ein Zufall, daß ausgerechnet zwei Menschen aus dem Umkreis von 30 Kilometern, aus dem westfälischen Dreieck Dortmund-Iserlohn-Hamm, Mechtild Brand und ich, Dir und Deinem Leben in besonderer Weise nahe sein wollen und versuchen, es anderen näher zu bringen? Zwei Menschen aus Deiner Gegend, in der nach 1945 Rotzekocher – das sind Lastwagen mit Holzvergasern – vorbei an Kokereien und Bierbrauereien durch die von Klassengegensätzen zerrissene, heimatliche Landschaft fuhren?

Du hältst nichts von Personenkult, am wenigsten, wenn Wirbel um Deine eigene Person gemacht wird. Und ich will es auch gar nicht erst versuchen. In Deinem ganzen Leben wurdest Du gebraucht. Du hast Dich durch Wort und Tat zum Sprecher der Verstummten und Stummen, zum Anwalt »für die beste Sache [96] der Welt« gemacht. In den Worten von Erich Mühsam: Du bliebst Dein Leben lang »in Pflicht und Freude stark und ehrlich«. Nicht Du selbst hältst Dich für »unentbehrlich«, sondern das Werk, den Kampf für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit, an deren Ende der Sozialismus stehen soll.

Ein kurzer Blick auf das Ortsregister des demnächst erscheinenden Buches mit Deinen Reden und Schriften der letzten 25 Jahre zeigt: Du bist in Deinem Leben weite Wege gegangen und hast keine Anstrengung gescheut oder Dir einen bequemen Platz ausgesucht: Von Ahlen über Altwies nach Auschwitz und Apolda, von Beckum über Barcelona und Buchenwald nach Berlin, von Dortmund nach Drancy, von Eving über Eisenach nach Essen, von Hamm über Haifa nach Herne, von Jamara nach Jawischowitz, von Kamen nach Karl-Marx-Stadt, von Le Paradies nach Le Vernet, von Münster über Marseille nach Madrid und Moskau, von Pelkum nach Paris und Prag, von Rhynern nach Rom, von Scharnhorst nach Saint Cyprien, von Tel Aviv nach Teruel, von Weimar nach Wien.

Schon in frühester Jugend hast Du begangen, was manche »Klassenverrat« nennen. Der Weg aus bürgerlich-liberalem Milieu in die Kommunistische Partei war Dein kürzester. Unter Kameraden und Genossen, Genossen und Kameraden hast Du den »aufrechten Gang« erprobt, bewährt und

* 1985 lernte ich Kurt Goldstein auf der Sitzung des Weltfriedensrates in Moskau kennen. Als Ergebnis unserer Freundschaft finanzierte ich 1994 ein Filmporträt, das Ingrid Strobl als Dokumentarfilmerin unter dem Titel »Vorwärts und nicht vergessen. Kurt Julius Goldstein. Ein Porträt« erstellte. 1999 gab ich die Sammelschrift mit Reden, Texten und Interviews von Kurt Goldstein unter dem Titel »Wir sind die letzten – fragt uns. Kurt Goldstein. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Reden und Schriften (1974–1999) mit einer autobiographischen Einführung« heraus. 2005 erschien die 2. durchgesehene und bis 2003 erweiterte Auflage. Der folgende Text wurde 1999 auf der Feier zum 85. Geburtstag in der »Hellen Panke« vorgetragen und ist bisher unveröffentlicht.

auf Deinen nicht nur unfreiwilligen Lebenswegen gelernt, »die Welt mit Weitblick anzusehen«.

Zur lebensprägenden Erfahrung wurde Dir, »daß der deutsche Imperialismus den Hitler-Faschismus und einen Zweiten Weltkrieg brauchte, um seinen Kampf gegen die Sowjetunion und andere Länder zu führen.« Und ebenso benanntest Du Fakten und Fehler, durch die der Sache des Sozialismus und des Fortschritts Schaden zugefügt worden sind. Nicht erst nach 1990, wie einer der eindrucksvollsten Texte in Deinem Buch belegt. Insofern hast Du schon früh Beiträge zu parteilicher Kritik und Selbstkritik geleistet. Von Kapitulantentum, wie manche meinen, kann gar keine Rede sein.

Dein Interesse galt stets dem geistigen und politischen Erbe von Marx, Engels, Mehring und anderen, auch von Lenin. Du hast eine Parteihochschule besucht, um Dir notwendiges, systematisches Wissen anzueignen, das in der Lage ist zu helfen, die Welt zu begreifen und zu verändern. Sie braucht es. Aber Deine eigentlichen »Universitäten«, um mit Maxim Gorki zu sprechen, waren das Leben, das Leben mit und unter einfachen Menschen, für die Du immer da warst, um mit ihnen im offenen kritischen Dialog, freimütig zu kommunizieren, bescheiden, mit Margot und Deiner Familie lebend, ohne viel Tamtam, wie wir Westfalen sagen. Das nenne ich – fern aller Katheder und Schreibtischstuben – überzeugend gelebten Antifaschismus und anzustrebenden Sozialismus: von Menschen, durch Menschen, für Menschen, unter Menschen.

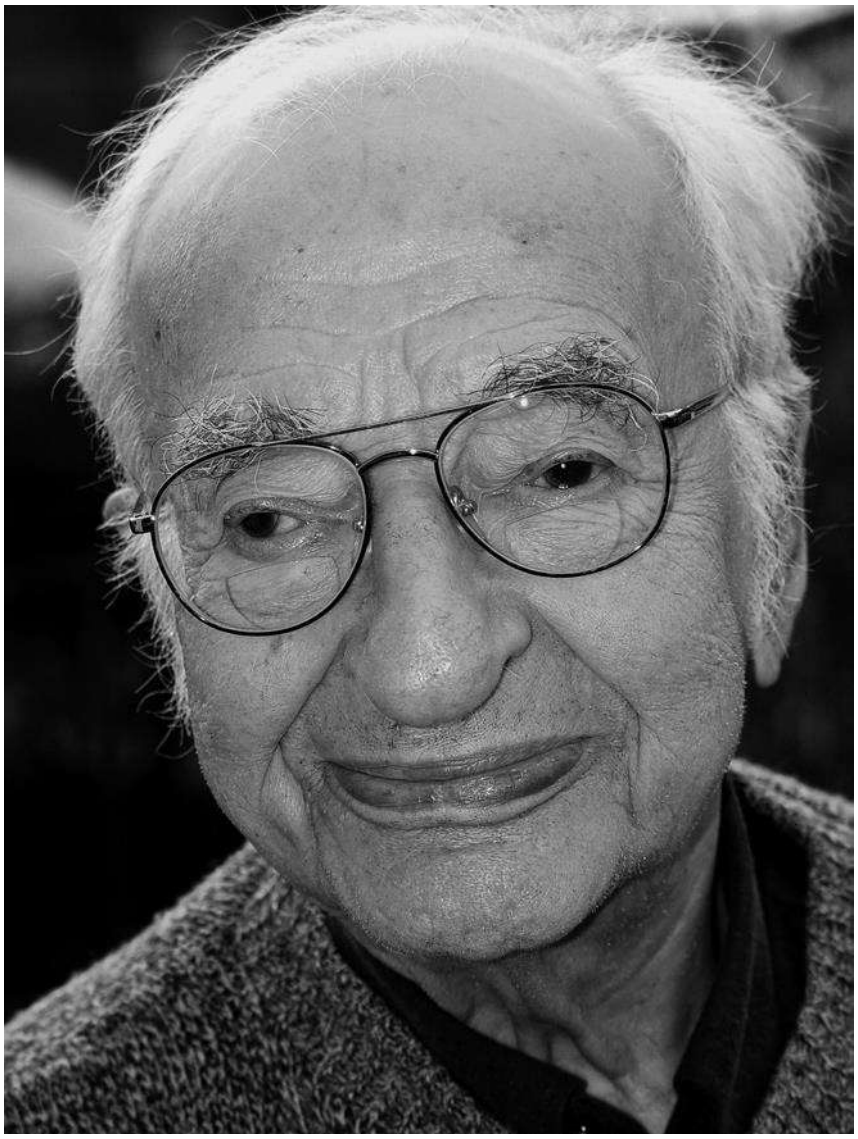
[97] Du hast Dich dafür eingesetzt, »unsere ganze Geschichte mit ihren positiven, aber auch mit ihren Schwachstellen aufzuarbeiten und Lehren daraus zu ziehen.« Die Frage, die nicht nur Dich heute umtreibt, ist, mit Deinen eigenen Worten, »wie man unter kapitalistischen Bedingungen Ende des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf neuen Wegen, auf demokratischen Wegen, Machtverhältnisse und Strukturen so ändert, daß die Menschen von Ausbeutung frei und glücklich leben können, daß sie die Freiheit haben, alle Schöpferkräfte freizulegen, daß sie mitbestimmen können, daß niemand gegen die Interessen des Volkes verstößt, daß daher Kriege unmöglich werden.«

Geboren zu Beginn der »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«, umspannt Dein Leben dieses Säkulum von der »sozialistischen Nichtrevolution« des 9. November 1918 bis zur immer noch in Gang befindlichen »bürgerlichen Gegenrevolution« des 9. November 1989. Als immerwährende Losung gibst Du allen Deinen Freunden, Kampfgefährten und Genossen zu bedenken, daß nur »lautes Denken« in aller Öffentlichkeit hilft, den richtigen Weg zu finden, um letztlich auch die Grundstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft zukunftssichernd verändern zu können.

Lieber Kurt, wer Deine Reden und Schriften liest, wird auf viele Merksätze stoßen. Ich will hier nur einen besonders hervorheben: »Keiner darf vergessen werden.« Keiner darf vergessen werden, der, von welchem Bekenntnis aus auch immer, dem Faschismus widerstanden hat und/oder sich in unserer Zeit den Versuchen zu totaler Integration in die Verhältnisse der Herrschenden widersetzt.

Heute, 14 Jahre nach unserer ersten Begegnung, bekenne ich mit nicht endenwollender Dankbarkeit meine tiefsitzende Hochachtung vor Dir und dem großartigen Werk, das für Dich Zeugnis ablegt.

[98]



Kurt Julius Goldstein (1914–2007)

[99]

Kein Einzelschicksal. Trauerrede auf Wolfgang Eckert*

Wir haben zu Beginn unserer Trauerfeier für Wolfgang Eckert den »Gefangenen-Chor« aus Giuseppe Verdis Oper »Nabucco« gehört. Inhalt, Komposition und Darbietung sind eine dreifache Hommage an den Verstorbenen: Die Oper handelt von »Knechtschaft und Befreiung«. Wolfgang Eckert hat den Komponisten Verdi besonders geschätzt. Die Aufnahme entstand an der »Deutschen Oper Berlin«.

Ich werde versuchen, einige wenige Worte zum Lebensweg von Wolfgang Eckert zu sagen. Danach hören wir den Schlusschoral »Wir setzen uns mit Tränen nieder« aus der Matthäus-Passion des Leipziger Kantors Johann Sebastian Bach in einer Aufnahme unter dem zeitlebens unbeugsam-fortschrittlichen Dirigenten Otto Klemperer.

Möge die ausgewählte Musik uns einladen, an das zu denken, was uns – jeder für sich und persönlich – mit dem Verstorbenen verbunden hat bzw. in Zukunft verbinden wird.

Ohne Berücksichtigung der politischen Geschichte dieses Landes, in der sein Vater eine so bedeutende Rolle spielte, ist das Leben von Wolfgang Eckert nicht zu verstehen. Geboren am 10. November 1921 in Mannheim, verbringt Wolfgang Eckert seine ersten fünf Jahre an dem Ort, an dem wir uns heute zusammengefunden haben, um seiner zu gedenken: In Meersburg am Bodensee. Hier ist sein Vater zwar ein von den Oberen in Gesellschaft und Kirche angefeindeter, aber unter den »Mühseligen und Beladenen«, den Lastträgern der Gesellschaft geliebter politischer und »konfessioneller« »Diaspora«-Pfarrer in Meersburg. Von hier geht 1924 die Initiative aus, eine Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten in Deutschland ins Leben zu rufen. Zwei Jahre später folgt in Meersburg die Gründung des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands, dessen erster Vorsitzender Erwin Eckert wird.[1] Ruhe und Abgeschiedenheit Meersburgs bleiben jedoch nicht lange erhalten. Bereits 1925 wird sein Vater mit einer Geldstrafe seiner Kirchenbehörde belegt, weil er gegen den Reichspräsidenten-Kandidaten von Hindenburg und [100] seine Unterstützung durch die Kirche sich wehrt. Gleichsam als Vermächtnis seiner Meersburger Zeit ist die Predigt »Friede auf Erden« anzusehen, die Eckert 1926 in Meersburg hielt. 1959 vom Düsseldorfer Landgericht angeklagt und verurteilt – von den Erben jener furchtbaren Nazijuristen[2], die mindestens 35.000 Menschen in den Tod geschickt haben[3], viele davon Kommunisten – zitiert Eckert aus dieser Predigt voller »Genugtuung«: »Die Opfer des Krieges, der hinter uns liegt, wurden von der Maschine des modernen Militarismus erzwungen, die nicht, um etwas Höheres zu erreichen, funktionierte, sondern ein Werkzeug war, durch das die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Völker noch mehr Macht,

---

* Leben und Wirken von Erwin Eckert war nicht nur Gegenstand meiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Seit 1966 verband mich eine enge Freundschaft mit Erwin Eckert und seiner Familie. 1975 wurde ich Trauzeuge bei seinem Enkel Klaus und seiner Frau Heidi. 1985 bat mich die Familie, die Trauerrede auf Elisabeth Eckert in Heidelberg zu halten. Als Wolfgang Eckert 2001 starb, wurde ich erneut gebeten, die Ansprache zu halten. Der folgende, überarbeitete Text wurde am 22. März 2001 in Meersburg am Bodensee vorgetragen und ist bisher unveröffentlicht.

1 Vom 27. April bis 1. Mai 2001 wird der 75. Wiederkehr der Meersburger Initiative Eckerts auf dem Hainstein in Eisenach, der thüringischen Wirkungsstätte des anderen großen religiösen Sozialisten, Emil Fuchs, feierlich gedacht werden.

2 Einer von ihnen war der Ministerpräsident des Bundeslandes Baden-Württemberg. Ein anderer, der Bundeskanzler der Großen Koalition, war »wissenschaftlicher Hilfsarbeiter« im Propagandaministerium von Joseph Goebbels. Der Beisitzer des Gerichts, das Erwin Eckert 1936 wegen seines Kampfes für ein antifaschistisches Deutschland zur Zuchthausstrafe verurteilte, wurde »Ehrenbürger« in der Stadt, aus der ich komme: Marburg.

3 Siehe die Besprechung von Robert Steigerwald »Befleckte Empfängnis« über das Buch von Joachim Perels: Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/New York 1999. In: Unsere Zeit vom 16. März 2001, S. 15.

noch mehr Reichtum, noch mehr Einfluss, noch mehr Herrschaft sich sichern zu können glaubten, als sie vorher schon hatten. Nicht für das Vaterland hieß es zu sterben, sondern für die Interessen derer, die das Land und ihre Bewohner ihren Interessen und Wünschen dienstbar gemacht hatten.« Eindringlich hatte Eckert appelliert, daß »alle Vernünftigen, alle wirtschaftlich Erfahrenen, alle kulturell Empfindenden, alle sittlich und religiös Bestimmten [...] eine geschlossene Front gegen einen neuen Krieg, gegen kriegerische Gesinnung bilden.« Die von Erwin Eckert klarsichtig erhobene Forderung nach einer »Großen Koalition der Vernunft« im Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit ist heute so aktuell wie vor 75 Jahren.

1927 tragen die Krisenstürme der Reichsrepublik von Weimar Wolfgangs Vater in ein Zentrum der deutschen Klassenauseinandersetzungen: nach Mannheim. Hier steigt er zu einem Kirchen- und Volkstribun auf, an dem sich die Geister scheiden. Mehrere von der Kirchenleitung angestrengte Dienststrafverfahren führen, nachdem auch seine Partei, die SPD, ihn ausgeschlossen hat, im Jahre 1931 zu seiner »unehrenhaften« Dienstentlassung. Diese und sein vorausgegangener Schritt, als erster amtierender evangelischer Pfarrer jener Partei beizutreten, die am entschiedensten den heraufziehenden Faschismus bekämpft, machen Wolfgangs Vater zu einer Jahrhundertgestalt.

Gerade 9 Jahre alt, muss Wolfgang erleben und verkraften, wie sein Vater auf Hunderten von Versammlungen in ganz Deutschland, in Österreich und der Schweiz vor Hunderttausenden gegen heraufziehenden Faschismus und drohenden Weltkrieg zu Felde zieht. Doch alle in diesen Kampf gesetzte Hoffnung, [101] Kirche und Gesellschaft zum Umdenken zu bringen, ist am Ende vergeblich. Fast auf den Tag genau vor 70 Jahren unterliegt Eckert am 18. März 1931 in dem von ihm angestrengten Kirchlichen Verwaltungsgerichtsverfahren, um seine willkürliche vorläufige Amtsenthebung durch die Kirchenleitung rückgängig zu machen. Am 30. Januar 1931 hatte die Kirche jedes Auftreten Eckerts als Redner in Versammlungen mit sofortiger Wirkung untersagt. Als Eckert sich weigerte, das Redeverbot gegen die »große Lüge des Nationalsozialismus« zu beachten, war ihm am 4. Februar 1931 die Kanzel genommen worden. Seine Reaktion: »Recht« geht vor Gerechtigkeit. »Das begrenzte Gewissen. Juristen an der Arbeit«. Wolfgang ist noch keine zehn Jahre alt, als er die berufliche Demontage seines Vaters erlebt. Als sein Vater in der Nacht des Reichstagsbrandes 1933 am 1. März 1933 zu einem Zeitpunkt ins Gefängnis geworfen wird, ist Wolfgang elf Jahre alt. Die Kirche aber schwelgt im Rausch der Begeisterung für den von Gott gesandten Führer und Reichskanzler.

Wie mag er das Wechselbad der Gefühle in der deutschen Gesellschaft verkraftet haben, die zum »Reich der niederen Dämonen« (Ernst Niekisch) herabsinkt? Gerade noch hatten die antifaschistischen Massen dem Volkstribunen Erwin Eckert in ganz Deutschland mit »Hosianna« zugejubelt. Nun brüllen irregeleitete Massen des Kleinbürgertums und alles, was sich in der bürgerlichen, kirchlichen und akademischen, »wissenschaftlichen« Welt für »anständig« hält, triumphierend ihm ihr »Kreuziget ihn!« entgegen. Im Rausche dieses Taumels können diese unterdrückten, aber ihre Unterdrücker nicht erkennenden Massen nicht sehen, daß sie in der tiefen Krise des Kapitalismus den alten Zwingherren nur zu neuer, diesmal barbarischer und scheinbar grenzenloser Herrschaft verhelfen.

Es scheint, als laste die Wiederherstellung der in den Dreck gezogenen Ehre des antifaschistischen Vaters ganz auf seinem Sohn. Die Nazi-Behörden wollen nach Erwins Entlassung aus dem Gefängnis ihn mit dem allgemein als erniedrigend bezeichneten Beruf des »Straßenkehrers« beschäftigen. Wolfgang aber soll, dem Wunsche seiner Eltern entsprechend, Arzt werden.

Nach dem Umzug seiner Eltern 1933 nach Frankfurt am Main ist auch Wolfgangs Leben von

bitterer sozialer Not geprägt.[4] Seine Eltern betreiben im Bahnhofsviertel notgedrungen eine Leihbuchhandlung, die auch Anlaufpunkt für Verfolgte des Naziregimes wird.

Vom 14. bis 18. Lebensjahr ist sein Vater erneut verhaftet und wegen Widerstandes gegen das »Dritte Reich« abermals verurteilt und ins Zuchthaus geworfen. Die liebevollen, besorgten Briefe seines Vaters an ihn und die Familie belegen eindringlich, wie sehr das Schicksal des Vaters die Familie belastet. In seinem Brief [102] vom 23. Juni 1936 schreibt Erwin Eckert: »Es ist furchtbar schwer für mich, aber am schwersten ist die Sorge um Dich und Wolfi.« Im Brief vom 17. Oktober 1936 spricht Erwin von der »quälenden Sorge um Dich und Wolfi«. Im gleichen Brief, an Wolfgang gerichtet, heißt es: »Lieber Wolfgang, mein lieber Junge, nun sehe ich Dich sehr lange nicht. Bitte sei artig, höre auf Mutti, sei ihr eine Hilfe, solange ich nicht bei ihr sein kann. Habe den festen Willen, in der Schule ein guter Schüler zu werden [...] Ich habe Dich sehr lieb, vergiss das nicht, mein Junge.« In einem Geburtstagsbrief an den 14jährigen Sohn vom 31. Oktober 1936: »Wolfi gib am 10. November einen Kuss von mir und sag ihm an seinem Geburtstag, wie glücklich ich vor 15 Jahren darüber war, als Du ihn geboren hattest, welche Hoffnungen ich auf ihn setze und wie ich ihn liebhabe.«

Am 26. Juli 1937 schreibt er: »Ich darf nicht darüber nachdenken, was diese sinnlose Verurteilung zu einer vierjährigen Trennung von Dir und Wolfgang zerstört und erschwert. Die körperlichen und seelischen Demütigungen und Erniedrigungen des täglichen Zuchthauslebens hoffe ich zu ertragen und innerlich zu überwinden. Es darf aber nicht mehr eine solch bittere Enttäuschung [Schulversagen] kommen. Sonst fürchte ich, ist auch meine Kraft am Ende. Wenn ich wenigstens bei Dir wäre, dann beständen die Schwierigkeiten mit Wolfgang nicht in diesem Maße.« In seinem Brief vom 14. November 1937 heißt es: »Es war mir sehr schwer ums Herz, daß ich an seinem 16. Geburtstage nicht bei ihm sein konnte. Erinnerungen an seine Geburt waren so lebendig in mir, daß ich weinen mußte. Diese furchtbare Trennung von Euch ist das Schlimmste, manchmal unerträglich. Die Sehnsucht nach der Freiheit und nach Dir, meine liebe Elisabeth, nach einem sinnvollen Leben, verzehrt mich ganz.«

Am 10. Januar 1938 richtet Erwin Wolfgang mit den Worten auf: »Ich glaube an Dich, mein Junge. Ich vertraue Dir und setze große Hoffnungen auf das neue Tertial. Ich denke immer an Dich und bin auch dann in Gedanken bei Dir, wenn es Dir nicht so leicht fällt durchzuhalten. Denke an mich und an unser späteres gemeinsames Leben, daran, daß Du ein tüchtiger Arzt einmal werden sollst und als nächstes Ziel ein gutes Abitur brauchst.« Im Brief vom 21. August 1938 berichtet Erwin von seiner eigenen Situation: »Ich wehre mich gegen die seelischen unvermeidbaren Depressionen, gegen die aus Umgebung und Lebensbedingungen drohenden Stagnationen der Willensenergien und gegen körperliches Versagen. [...] Die Ängste, die ich um Wolf ausgestanden habe [...], sind nun auch vorbei. Ich bin sogar ein wenig stolz auf seine sportlichen Leistungen. [...] Vor allem die Nachrichten über die Schule lassen mich hoffen, daß unser Junge ein brauchbarer junger Mann und unsere besondere Freude wird. Jetzt ja nicht nachlassen, mein lieber Junge. Du schaffst es doch, wenn Du nur willst und Ausdauer hast.« Am 16. Oktober 1938 klagt er: »Auch dieses Jahr bin ich zu Deinem und Wolfis Ge-[103]burtstag nicht bei Euch. Was haben wir alles nachzuholen, wenn ich erst wieder dem normalen Leben zurückgegeben werde«. Im Brief vom 24. November 1938 schreibt Erwin von der »unbestreitbar ästhetischen Anlage« von Wolf. Im gleichen Brief: »An wie vielem seines schweren und unsicheren Weges bin ich schuld ohne Schuld? Aber ich erwarte von ihm, daß er sich endlich zusammenreißt und etwas leistet. Hauptsache ist, daß unser Junge gesund und aufrecht bleibt. ›Unbegabt‹ und ›feige‹ ist mein Kind nicht, auch kein ›Clown‹. Die Kindlichkeit und manches Kindische an ihm mögen Fremde verblüffen und befremden. Es ist das ein Erbteil und nicht das

[4] So erhebt Erwin Eckert 1935 gegen den Zahlungsbefehl von 25 RM des badischen Amtsgerichtes Einspruch. Begründung: »Ich kann mit meiner Frau und meinem Kind nur durch die Hilfe meiner Verwandten existieren. Von der Kirche erhalte ich nichts«.

schlechteste aus unserer Familie. Wer spät altert, bleibt lange jung«. Am 17. September 1939 schreibt er: »Bald sind es vier Jahre, mit der Schutzhaft sind es über vier Jahre, daß ich entehrt, erniedrigt im Zuchthaus sitze, herausgerissen aus dem Leben, von Dir, Wolfi, der Familie, von meiner Arbeit getrennt. Sinnlos-tragisch, wenn ich nicht Nerven genug und Verstand genug und Objektivität genug hätte. [...] Aber trotzdem muss fast täglich etwas überwunden werden«. Seinem Brief zum 18. Geburtstag von Wolf ist folgender Gruß beigelegt: »Meinem lieben großen Jungen Wolfgang zu seinem 18. Geburtstag als Erinnerung an unser langes Getrenntseinmüssen. Am 5. November 1939 beim Besuch in Freiendiez nach der Absolvierung seines Arbeitsdienstes, Dein Papa – P.S. Einen kleinen Holzkasten ließ ich Dir machen trotz Verbot in der Schreinerei des Zuchthauses.«

Im Weihnachtsbrief vom 17. Dezember 1939: »Ich werde, wie ja täglich, besonders in diesen Tagen der innersten Verbundenheit, tiefster Liebe bei Euch sein mit aller Kraft der Vorstellung und der Seele, auch wenn ich in meiner öden, engen Zelle sein werde und niemand bei mir sein wird. Alle die verständlichen Depressionen, die mich hie und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr werden über mich. Immer hält mich der Trost und die Gewissheit aufrecht, daß ich keinen leichtfertigen, schlechten Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung gegangen bin«.

Aus dem Zuchthaus in Ludwigsburg entlassen, stellt Vater Eckert in einem Brief an Wolfs Großmutter am 4. August 1940 sich schützend vor seinen Sohn: »Es mag für Dich und andere den Anschein haben, daß Wolfgang ›eingebildet und hochmütig‹ ist. Das Gegenteil ist nämlich richtig. Er ist noch sehr kindlich, trotz der körperlichen Reife, und ich bin froh darüber. Er fühlt sich darum in der Welt der Erwachsenen noch sehr unsicher – innerlich – und bei den Kindern nicht mehr am richtigen Platze. Um die Unsicherheit zu verbergen, spöttelt er leicht, gibt er sich überlegen, was leicht anmaßend, eingebildet und hochmütig wirken kann auf andere. In Wirklichkeit ist er sehr nachgiebig, wenn er weiß, daß man es gut mit ihm meint und ihn nicht demütigen will. Ich will nicht davon sprechen, was er durch mein und unser besonderes Schicksal hat alles durchdenken und miterleben müssen, was anderen in einer unbeschwerten Jugendzeit erspart [104] bleibt. [...] Man muss aber daran denken, welche Wirkung das alles auf das Gemüt eines empfindsamen Kindes haben muss. [...] Auf keinen Fall soll Wolfgang auch nur ein einziges Mal das Gefühl haben können, daß ich ihn loshaben will, daß mir irgendeine Mühe für ihn zu viel sei, daß er unter fremde Menschen soll, um ›gedemütigt‹ zu werden – ich will gar nicht, daß er ›demütig‹ sei, ich will einen sauberen und stolzen Sohn. Nichts, aber auch gar nichts bleibt im späteren Leben zwischen Eltern und Kindern als das, was aus wirklicher, opferbereiter Liebe und fürsorglichem Denken stammt. Das bindet die Seelen bis über den Tod hinaus«.

Wolfgang sieht sich während der jahrelangen Zeit der Gefängnis- und Zuchthaushaft seines Vaters, die mit seiner Pubertät zusammenfällt, konfrontiert mit dem »Du musst jetzt auf Deine Mutter hören. Du musst jetzt in der Schule erfolgreich sein. Du musst Dich jetzt konzentrieren. Du musst jetzt Ausdauer beweisen«. Fast scheint es so, als sähe sich Wolfgang der unlösbaren Herausforderung ausgesetzt, die scheinbar »verlorene Ehre« seines Vaters durch alte bürgerliche Sekundär-Tugendhaftigkeit und angepasste Tüchtigkeit wiederherzustellen. Sensibilität lässt ihn an dieser Aufgabe scheitern. Trotzig entzieht er sich den wohlmeinenden, liebevollbesorgten Pressionen.

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, wenn die schulische Laufbahn durch das politische Schicksal seines Vaters immer wieder zu Schulversagen und Schulwechsel führt? Nach Schulbesuchen in Mannheim, Osnabrück, Baden-Baden, Frankfurt/M. wird sein Aufenthalt an der Odenwaldschule in Heppenheim unterbrochen von der Einziehung zum Arbeitsdienst und zur Wehrmacht, aus der er nach monatelanger Krankheit wegen »Wehrunfähigkeit« wieder entlassen wird. Schließlich fasst Wolfgang den Entschluss, seinen Traumberuf, Sänger zu werden,

in die Tat umzusetzen.

Als Neunzehnjähriger nimmt er 1940 das Gesangsstudium bei Welly Kirsamer in Frankfurt auf, wo er im Januar 1941 die Gesangsprüfung besteht. Seit 1942 zunächst Privatschüler bei Professor Liegniez, ist er ab Wintersemester 1943/44 sein Schüler an der Frankfurter Hochschule für Musik. Schauspielerische Ausbildung erhält er bei Robert Michal und Karl Ebert, zuletzt an der Opern-Schule der Hochschule für Musik.

In Wien besteht er die Abschlussprüfung im Fach Operngesang. In Frankfurt lernt er seine erste Frau kennen. Die Ehe, die der 21jährige Wolfgang 1942 in Frankfurt eingeht, geht auch auf Druck der Elternteile beider Ehepartner zurück. Nach sieben Jahren ist auch dieses Experiment gescheitert. Aus der Ehe mit Veronika Wansart gehen hervor: Der Sohn Jobst-Wolfram, geboren am 8. Dezember 1943, und die Tochter Claudia, geboren am 26. August 1946.

Noch einmal werden Baden und das Bodenseegebiet Schauplatz des geschichtsmächtigen Wirkens von Erwin Eckert und des bewegten Lebens seiner Familie. [105] Nach der unter großen Opfern erzwungenen Befreiung von Krieg und Faschismus durch die Anti-HitlerKoalition keimt unmittelbar nach 1945 noch einmal die Hoffnung auf, daß ein Neues Deutschland geschaffen werden könne: ein Deutschland der Einheit, der Freiheit, des Friedens und des Fortschritts. Wolfgangs Vater, den es nach der Entlassung aus dem Zuchthaus in Ludwigsburg bei Stuttgart nach Oberwihl verschlagen hat, wird am 1. Dezember 1945 auf einer ersten großen Versammlung in Singen, an der mehr als 5.000 Vertreter der Anti-Nazi-Komitees aus dem Bodenseegebiet teilnehmen, zum Vorsitzenden der antifaschistischen Bewegung »Das Neue Deutschland« gewählt. Nach der Zulassung der politischen Parteien wirbt sein Vater im Bodenseegebiet für eine einheitliche sozialistische Partei aus Sozialdemokraten und Kommunisten. Es gelingt, einen gemeinsamen Beschluss der Vorstände beider Parteien herbeizuführen, doch die Spaltungstendenzen und das Verbot durch die französische Besatzungsmacht verhindern diesen Versuch. Als Vorsitzender der KP wird Erwin Eckert Mitglied und Staatsrat des ersten badischen Allparteienkabinetts unter Ministerpräsident Wohleb, arbeitet an der Verfassung des Landes Baden mit, hält im badischen Landtag mitreißende Reden. Als Lizenzträger der ersten deutschen Nachkriegsillustrierten[5] kann der Exponent eines »Neuen Antifaschistisch-Demokratischen Deutschland« seinem Sohn Wolfgang Arbeit im Verlag »Die Neue Demokratie im Bild« in Baden-Baden verschaffen. Von Mai 1946 bis zum Ende der Erscheinungsweise Ende September 1949 ist Wolfgang dort angestellt.

Noch 1949 ist bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim etwas von dieser Aufbruchstimmung und der großen Popularität Eckerts zu spüren. Als Kandidat der KPD gegen den Gemeinschaftskandidaten von SPD, CDU und FDP kann er nahezu 35% der Stimmen auf sich vereinigen. Aber spätestens mit der Gründung des Separatstaates Bundesrepublik macht sich die Restauration alter Machtverhältnisse und Denkgewohnheiten im Westen wieder breit. Der Kalte Krieg der »Ära Adenauer« hält Einzug. Antikommunismus wird zur Staatsdoktrin.

Erwin Eckert fürchtet im Zusammenhang mit dem Korea-Krieg eine drohende weltweite kriegerische Auseinandersetzung zwischen den sich herausbildenden Blöcken so sehr, daß Elisabeth und Wolfgang 1950 ihren Wohnsitz zeitweise in die DDR nach Eisenach verlegen. Sohn Wolfgang bleibt in Eisenach und heiratet seine zweite Frau Jutta-Juliane Grawlik aus Weimar. Sohn Klaus wird am 2. August 1951 in Eisenach geboren. Seinem Traum, Opernsänger zu werden, kommt Wolfgang nach anfänglicher Anstellung am Nationaltheater Weimar durch ein erstes Engagement am Landestheater in Eisenach von 1951 bis 1956 einen entscheidenden Schritt näher. Eine glückliche Etappe seines Lebens beginnt.

Während 1956 in der Bundesrepublik die kommunistische Partei vom Bun-[106] desverfas-

[5] »Quick«, »Stern« und »Spiegel« erscheinen erst ab 1948.

sungsgericht verboten wird, gelingt Wolfgang der Aufstieg an die Oper in Leipzig. Mit großer Sorgfalt und hohem Berufsethos arbeitet der Sänger im Kreise seiner Kollegen und Freunde. Als erster Helden-Bariton kann er große berufliche Erfolge feiern. Doch auch hier stößt Wolfgang am Ende auf scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten. Es ergeben sich Querelen mit dem Intendanten der Leipziger Oper, Professor Karl Kaiser. Sein Verständnis vom »Ensemble«-Charakter der Kunst stößt auf taube Ohren. Fast entsteht der Eindruck, als ersetze der Intendant das schmerzlich errungene Credo »Wir wollen gemeinsam daran arbeiten« durch das papale dixi »Genosse Eckert, Sie müssen jetzt ...«. Alte, scheinbar verheilte Wunden brechen wieder auf. Schließlich sieht Wolfgang nach dem Bau der Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten keinen anderen Ausweg, als seine legale Rückkehr in den Westen zu betreiben. Dieses Mal setzt Wolfgang seinen Vater unter Druck, damit er ihn aus der für ihn schier unerträglich erlebten Situation befreie. Und Erwin erreicht beim ZK der SED, daß Wolfgang legal in den Westen ausreisen darf.[6]

1962 im Westen angekommen, findet er nach einem Jahr Gelegenheitsarbeit als Verkäufer in einem Warenhaus eine Anstellung am Stadttheater in Krefeld. Dort wird er sogleich von einer schweren Virus-Erkrankung heimgesucht und verliert nach wiederholtem Stimmverlust bei großen Rollen 1965 schließlich seinen Beruf, an dem er so intensiv hängt. Nach den großen Erfolgen in Leipzig ist dies ein Absturz aus großer Fallhöhe. Als arbeitsloser Sänger im Alter von 44 Jahren aus der Bahn geworfen, versucht er zwar an verschiedenen Bühnen wieder Fuß zu fassen. Doch es gelingt nicht. Er ist zerbrochen. Nicht nur seine Stimme versagt. Das schon während der Pubertät hervorgetretene mangelnde Selbstbewusstsein kommt wieder zum Tragen. Ein Gefühl, ausgehöhlt zu sein, bemächtigt sich seiner. Der zartbesaitete, hochsensible Wolfgang findet keinen Halt mehr. Er verliert den Boden unter den Füßen. Depressionen, gegen die sein Vater in Gefängnis und Zuchthaus ankämpfte, gewinnen die Oberhand. Unglücklich verlässt er seine Familie, seine Frau Juliane und seinen Sohn Klaus. Ohne Zorn lassen die Zurückgebliebenen ihn ziehen. Ein Abschied ohne Scheidung. Vollauf mit sich selbst beschäftigt, kümmert er sich in der Folgezeit nicht mehr um seine Eltern und seine Kinder. In den sechs Jahren von 1966 bis 1972, in denen ich wochenlang in Großsachsen bei seinen Eltern, Jowo, Juliane und Klaus weilte, ist Wolfgang mir nur einmal flüchtig begegnet. Seine Enkelkinder Sven, geboren 1976, und Marc, geboren 1979, lernen ihn nicht mehr kennen.

Als Wolfgangs Vater 1972 stirbt, ist dies ein tiefer Einschnitt in seinem Leben. Als seine Mutter 1985 beerdigt wird, hat sein neues Leben der Wanderschaft [107] bereits seit langem begonnen. Er ist unterwegs, auf der Suche nach einem neuen Leben, aber nicht mehr erreichbar für seine Familie. Kein Wanderer zwischen zwei Welten, aber einer, der die Welt von morgen verloren hat, und sich der Welt von heute nicht mehr anzupassen vermag. Unter schwierigen äußeren Bedingungen, im Ringen der inneren psychischen Instanzen zwischen Es, Über-Ich und Ich müde und zermürbt, sucht Wolfgang entnervt das Weite, die Freiheit der unsteten Wanderschaft. Seine Depressionen betäubt er mit einer Unmenge von Chemikalien, ohne den Ursachen seiner »Verstimmung« auf den Grund gehen zu können.

So zieht er sich zunehmend aus der zersplitterten Welt zurück, lebt in den letzten Jahren vereinsamt in Bodman, seinem geliebten Bodenseegebiet, nur gestützt von seiner Lebensgefährtin Anita Stosch, der er Ende der 80er Jahre begegnet.

Niederlage und Zusammenbruch des sozialistischen Lagers in den Jahren 1989 ff. treffen ihn hart. Aufbrausend wehrt er sich dagegen, wenn von Petersburg statt Leningrad gesprochen wird. Einen Platz unter den verbliebenen Kämpfern für eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit findet er nicht. Es fehlt inzwischen der Kontakt zu Gleichgesinnten. Es mangelt an theoretischem Instrumentarium, um die schwierigen politischen Prozesse selbständig

6 Erwin Eckert setzt sich bei Paul Wandel und Albert Norden erfolgreich für die Übersiedlung ein.

einordnen und verarbeiten zu können.

1999 weist er noch empört die Anfrage des Fernsehens zurück, zur wohlmeinenden, aber misslungenen »Rehabilitierung« seines 1931 aus dem Kirchendienst ausgestoßenen Vaters Stellung zu nehmen. Er will in Ruhe gelassen werden. Er kann das Unrecht, das die Kirche seinem Vater angetan hat, nicht vergessen. Erst recht nicht, da die Kirche gleichzeitig ihre Militärgeistlichen verfassungs- und völkerrechtswidrig wieder aussendet zu Kriegseinsätzen »out oft Area«. Wie hätte es seinen Vater geschmerzt, daß nun schon zum dritten Mal in den letzten 100 Jahren in seinem Lande eine Großmacht ersteht bzw. wiederersteht[7]. Wie wäre er dagegen aufgestanden, daß diese inzwischen auch militärische Mittel einsetzt, um ihren Anspruch auf Machterweiterung und zumindest geteilte Weltherrschaft im Zeichen der Globalisierung anzumelden.

Aber auch diejenigen, die sich ein Leben lang dieser dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz widersetzten, die die Widersprüche des 20. Jahrhundert gleichsam in sich trugen und verkörperten, die das Bedrückende des Jahrhunderts am eigenen Leibe ertrugen und sich nicht damit abfinden wollten, die ihr Leben kämpferisch auf die Waagschale der Geschichte für das Glück der Menschheit legten, konnten in ihrem persönlichen Umfeld Unglück nicht immer vermeiden.

[108] Letzte Woche, am 15. März 2001, ist Wolfgang Eckert in Singen gestorben. Bei ihm waren sein Sohn Klaus, der seit dem letzten Jahr aus verwurzelter Anhänglichkeit wieder in Kontakt mit ihm getreten ist, seine Schwiegertochter Heidi, seine zweite Frau Juliane und die Lebensgefährtin seiner letzten Jahre, Anita.

Ein Leben voller Höhen und Heroen, Pressionen und Depressionen, Brechungen und Brüche ist unwiederbringlich zu Ende gegangen. Wir sind sehr traurig. Wir könnten verbittern, wenn wir nicht versuchen, sein tragisches Schicksal im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte und Gesellschaft, ihren Irrwegen und Verwerfungen, ihren Opfern, ihren Tätern und Tatbeständen zu sehen. In Wolfgangs Leben spielte sein Vater als Jahrhundertgestalt eine historisch herausragende und für seinen Sohn persönlich lebensbestimmende Rolle. Angestoßen durch die großartige Lebensentscheidung seines Vaters, traumatisiert durch seine schweren Folgen suchte Wolfgang das Ensemble für die Welt von morgen. In den Ensembles seines Lebens fand er keinen dauerhaften Halt mehr.

Im Lichte dieser Geschichte gedenken wir Wolfgang Eckerts mit Ehrerbietung und Dankbarkeit. Für ihn gilt, was Brecht an die »Nachgeborenen« so ausgedrückt hat: »Wir, die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, konnten selber nicht freundlich sein. Gedenkt unserer mit Nachsicht.« Richten wir unsere möglichen Enttäuschungen über den Verstorbenen nicht gegen ihn. Richten wir sie gegen die allzeit erfolgreichen, scheinbar glücklichen, stets anpassungsfähigen, glatten und unempfindlichen Menschen, die skrupellos bzw. gedankenlos an ihrer eigenen Karriere und dem Machtstreben Deutschlands, koste es, was es wolle, orientiert sind.

Wenn wir von Wolfgang Eckert reden, müssen wir auch von finsteren Zeiten sprechen, denen er auf Dauer so wenig entronnen ist wie wir. In Kenntnis der deutschen Geschichte der letzten 75 Jahre – nichts ist vergessen und niemand – gedenken wir seiner in Trauer, mit Nachsicht, Respekt und – die zentrale Botschaft der Matthäus-Passion aufnehmend – in *Liebe*. Nur so werden wir in der politischen »Diaspora« den Kampf für ein anderes, besseres Deutschland fortsetzen können, nicht ohne *Hoffnung*, aber ohne uns von noch mehr falschen Hoffnungen, die trügen und betrügen, täuschen zu lassen. Der *Glaube*, daß die erbrachten Opfer nicht vergeblich gewesen sind, bleibt.

---

[7] Siehe das Buch des 1991 verstorbenen Kurt Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität des »alten« und »neuen« deutschen Imperialismus, Köln 1980.

[109]

Ein guter Jahrgang. Wolfgang Ruge schreibt Geschichte – Hobsbawm auch*

Er würde sich gewiss – aus Bescheidenheit – gegen diese Reihung wehren: Wolfgang Ruge. Und doch verbindet ihn viel mit seinem britischen Zunftkollegen Eric Hobsbawm. Nicht nur Äußerlichkeiten laden ein zum reizvollen Vergleich. Beide wurden im Epochenjahr 1917 geboren, als mit der Oktoberrevolution in Russland ein neues Kapitel Weltgeschichte aufgeschlagen wurde. Und auch beider Lebenswege weist Parallelen auf.

Hobsbawm wuchs in Wien, Ruge in Berlin auf. Beide waren Mitglieder des kommunistischen »Sozialistischen Schülerbundes« (SSB), Hobsbawm am Prinz-Heinrich-Gymnasium, Ruge u. a. an der Karl-Marx-Schule. Der Jude und Vollwaise Hobsbawm fand nach dem 30. Januar 1933 mit seiner zwei Jahre älteren Schwester Nancy Zuflucht in England, Wolfgang Ruge mit seinem zwei Jahre älteren Bruder Walter in der Sowjetunion, wo er jedoch, nach dem Überfall Hitlerdeutschlands, in ein Arbeitslager gesteckt wurde. Hobsbawm entkam Auschwitz. Ruge überlebte das Gulag-System. Noch im Lager, nach dem »Großen Vaterländischen Krieg«, studierte Ruge im Fernstudium Geschichte, 1947 legte er – unter Umgehung des Verbannungsregimes – seine Diplomarbeit »Zu den Handelsverbindungen Venedigs und Genuas im Schwarzen Meer (13.–15. Jahrhundert)« vor. Obwohl in der »freiheitlichen westlichen Welt« lebend, blieben Hobsbawm die Türen zu einer Professur lange verschlossen. Und obwohl er bereits 1959 mit seiner ersten größeren Schrift über die »Sozialrebellen im 19. und 20. Jahrhundert« Aufmerksamkeit erregte, wurde der akademische Beförderungsbann gegen das [110] Mitglied der Kommunistischen Partei erst 1970 gebrochen; Hobsbawm wurde nun Professor für Geschichte am Birkbeck College in London.

Nach der Entlassung der letzten »Kriegsgefangenen« aus der UdSSR, war Ruge 1956 in die DDR gegangen: voller Hoffnung, im Lande von Marx, Engels, Luxemburg und Liebknecht den Sozialismus durch Geschichtsbewusstsein zu befestigen. Seine Promotion schloss er nach anfänglichen Widerständen 1959 ab. Über drei Jahrzehnte wirkte er an der Akademie der Wissenschaften der DDR, anerkannt als ein produktiver und integrer Historiker. Sein Hauptarbeitsgebiet war die Geschichtsschreibung der Bourgeoisie, ihre Akteure und Organisationen nach 1918 sowie die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er war Mitherausgeber und Autor der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« (Hobsbawm Redakteur und Förderer der Zeitschrift »Past and Present«); über 800 Titel verzeichnet Ruges Publikationsliste. Dazu gehören neben sorgfältig edierten Quellenwerken Biographien über Gustav Stresemann (2. Auflage 1966), Paul von Hindenburg (4. Auflage 1980), Adolf Hitler (1983) sowie seine bisher nur in

* Bereits in den 70er Jahren lernte ich Wolfgang Ruge, den DDR-Historiker, persönlich kennen, nachdem er in der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« der DDR eine treffende Annotation zu meinem 1973 erschienenen Buch »Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands« geschrieben hatte. In den 80er Jahren beriet er mich durch ein ausführliches Gutachten bei der Abfassung des zweiten Buches über Erwin Eckert »Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik«, das 1987 beim Pahl-Rugenstein Verlag erschien. Ab Ende der 90er Jahren trafen wir uns bis zu seinem Tod am 26. Dezember 2006 jedes Jahr für mehrere Wochen während des Urlaubs auf der Insel Rügen und bei Besuchen in Potsdam und Marburg. Als Ergebnis unserer intensiven, freundschaftlichen Gespräche entstanden fünf Publikationen von Wolfgang Ruge (Wolfgang Ruge für Einsteiger und Fortgeschrittene. Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, CD-ROM, Bonn 2003). Anlässlich des 85. Geburtstages von Wolfgang Ruge wurde ich gebeten einen Artikel im »Neuen Deutschland« zu schreiben. Seine Memoiren »Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration« erschienen erst im darauffolgenden Jahr. In: Neues Deutschland vom 1.11.2002. Die Überschrift stammt von der Redaktion.

russischer Sprache vorliegende umfängliche Veröffentlichung über Heinrich Brünings Memoiren[**], des weiteren Bücher über die Novemberrevolution und die Weimarer Republik. Einzelne Horizont-Verengungen und Instrumentalisierung registriert er kritisch.

Sein Aufsatz »Friedenssehnsucht, Friedenskampf, Friedensdemagogie in den Novemberstürmen 1918« erschien 1983 gegen seinen erklärten Willen unter der vollmundigen Überschrift: »Die Ziele der Novemberrevolution 1918 sind in der DDR Wirklichkeit geworden.« Das Spannungsverhältnis zwischen Historikern und Ideologen – nicht nur in sozialistischen Staaten – brachte Ruge in der protokollierten Frage »Wer schreibt eigentlich Geschichte? Wir oder die Partei?« auf den Punkt. Der Zusammenbruch des sogenannten realen Sozialismus desillusionierte beide. Nach diesem tiefen Einschnitt war der Klärungsbedarf unter Linken enorm. Ruges Auseinandersetzung, 1991 unter dem Titel »Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte« erschienen, hat leider nicht die Aufmerksamkeit gefunden wie Hobsbawms »Zeitalter der Extreme«.

Fern allen Renegatentums, sich an Tatsachen und den common sense haltend, nahmen Ruge wie Hobsbawm 1998 die sich ihnen bietenden Gelegenheiten wahr, sich zur Aktualität des Kommunistischen Manifests zu äußern. Beide verbindet auch die Kunst der Sprache. Für seine Stresemann-Biographie erhielt Ruge einen Literaturpreis. Sie unterscheiden sich in ihren Hobbys: Hobsbawm liebt den Jazz, Ruge das Schachspiel. Wissenschaftliche Neugier und ihr Elan, in den öffentlichen Diskurs einzugreifen – Wolfgang Ruge u. a. als Autor im Neuen Deutschland –, sind ihnen nicht abhandengekommen.

Ende September legte Hobsbawm seine Autobiographie »Interesting Times« vor, Ruges liegt (zusammen mit einer inzwischen 16 Bände umfassenden Fami-[111]liengeschichte, unter denen sich auch ein Manuskript über seinen Urgroßonkel Arnold Ruge, Mitarbeiter von Karl Marx, befindet) noch unveröffentlicht in einer Schublade. Vielleicht scheint es ihm zu früh, seine Memoiren auf den Markt zu tragen. Denn er würde gerne 5000 Jahre alt werden – um zu erfahren, wie sich die Welt verändert. Am heutigen 1. November wird Wolfgang Ruge 85 Jahre alt.

Wolfgang Ruge (1917–2006)

[**] Das Buch erschien 2003 im Verlag Pahl-Rugenstein Nachf. Bonn unter dem Titel: „Wer war Heinrich Brüning?“

[112]

Der Sohn von Pfarrer Samuel. Interview*

Nach fast vier Jahrzehnten wird erstmals hier zu Lande die vollständige Urteilsbegründung im Auschwitz-Prozess veröffentlicht. Mit Herausgeber Friedrich-Martin Balzer sprach Karlen Vesper.

ND: Wieso ist das am 19. August 1965 gesprochene Urteil des Auschwitz-Prozesses bis dato nur in Amsterdam, für Spezialisten und in geringer Auflage, aber noch nie in der BRD publiziert worden?

Balzer: Ich habe dafür keine schlüssige Antwort. Zweifellos hat der von 1963 bis 1965 in Frankfurt (Main) verhandelte Auschwitz-Prozess große Aufmerksamkeit gefunden und wurde von zahlreichen Presse-, Rundfunk- und Fernsehberichten sowie Buchpublikationen in der Bundesrepublik begleitet. In der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit spielt er eine einschneidende Rolle. Doch erst jetzt wird neben der Veröffentlichung der Urteilsbegründung auf CD-ROM auch eine vollständige Dokumentation des Prozesses – einschließlich des transkribierten Tonbandmitschnitts – durch das Fritz-Bauer-Institut (Frankfurt) vorbereitet und Ende März im Rahmen einer Ausstellung vorgestellt.

Wie sind Sie zum Thema gestoßen?

Es war nicht nur die Erinnerung an meine Teilnahme am Auschwitz-Prozess. Idee und Ausdauer bei der Ausführung fallen nicht vom Himmel. Die Anstöße mögen bis in die Kindheit zurückreichen. Mein Vater, ein Pfarrer, trug den biblischen Namen Samuel. Das brachte ihm Beschimpfungen als Jude und öffentliche Morddrohungen der sich »Deutsche Christen« nennenden Nazis ein. Nach der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze 1935 half er Gemeindegliedern jüdischer Herkunft zur Emigration und missbilligte von der Kanzel das Pogrom des 9. No-[113]vember 1938 in theologischer Verkleidung scharf. Andererseits durchschaute er nicht, daß die Öffnung der Kirchenbücher für die Ausstellung von »Ariernachweisen« Beihilfe zur Verfolgung der Juden bedeutete.

So war der Sohn Samuels also schon früh sensibilisiert?

Ich erinnere mich noch sehr gut, wie mein Klassenlehrer, später als Funktionär der Landsmannschaft Pommern mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, die Fassung verlor, als ich die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 »vorbildlich« nannte. Er packte mich und schrie: »Das waren doch Verräter!« In solchem Schulklima bedurfte es Anstöße von außen und aus anderen Kreisen der Gesellschaft. Dazu gehörte in meinem Fall 1959 auch die Sendung von Robert Neumann »Ausflüchte unseres Gewissens. Dokumente zu Hitlers ›Endlösung der Judenfrage‹«. Im Jahr darauf lernte ich in London einen Emigranten kennen, dessen Familie in Auschwitz umgebracht worden war. Er hat Gedichte geschrieben, die mir im Gedächtnis blieben. Kaum an der Universität, lud ich Robert Neumann nach Marburg ein. Die Veranstaltung trug den Titel »Was geht uns Eichmann an?« Schließlich machte ich 1985 in Moskau Bekanntschaft mit dem »Judenkönig von Auschwitz« und heutigen Ehrenpräsidenten des Internationalen Auschwitz-Komitees Kurt Goldstein. Aus dieser Begegnung entstand ein auf Video verbreitetes Porträt

* Der Schülervater Bernd Kummer, Rechtsanwalt und Staatssekretär beim hessischen Ministerpräsidenten Manfred Börner, hatte mir noch während meiner Tätigkeit an der Steinmühle den Text des schriftlichen Urteils im Frankfurter Auschwitz-Prozess in die Hand gedrückt und nahegelegt, daß das Urteil erstmals als selbständige Veröffentlichung fast 40 Jahre danach der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Die etablierte Historikerzunft und die einschlägigen Institutionen und Institute hatten bis dahin von diesem historisch relevanten Text keine Notiz genommen. Im Vorfeld der Veröffentlichung als CD-ROM, im gleichen Jahr erschien dann auch die Buchveröffentlichung, interviewte mich Karlen Vesper vom »Neuen Deutschland«. In: Neues Deutschland vom 27.01.2004.

»Vorwärts und nicht vergessen« sowie später das Buch »Wir sind die letzten, fragt uns«.

Der Auschwitz-Prozess kam auf Initiative von Fritz Bauer zu Stande. Er hat endlich das Schweigen über die Verbrechen der NS-Zeit in der Bundesrepublik gebrochen. Aber ohne große Konsequenzen für viele der blutbefleckten Täter, die weiterhin in Amt und Würden blieben bzw. sich ihrer Pension erfreuen konnten – auch die »furchtbaren Juristen«.

Fritz Bauer, einer der wenigen antifaschistischen deutschen Juristen, hat die Eröffnung des Auschwitz-Prozesses gegen viele Widerstände ermöglicht. Der Untersuchungsrichter im Auschwitz-Prozess, Heinz Düx, nannte Bauer »eine absolut singuläre Erscheinung von historischem Rang«. Nach dem 30. Januar 1933 war Bauer zunächst im KZ; er konnte dann nach Dänemark emigrieren. Zurückgekehrt, erhob er als Generalstaatsanwalt in Braunschweig Klage gegen den Rechtsextremisten Major Ernst Otto Remer und erzielte dessen Verurteilung. Nicht die Männer des 20. Juli 1944, so Bauer, seien Verräter gewesen. Als solche hätten die zu gelten, die Hitler bis zum Ende auf seinem verbrecherischen Weg gefolgt waren. Nach dem Auschwitz-Prozess wollte Bauer Lehren der Geschichte in einem Vortrag an Schulen in Hessen und Rheinland-Pfalz verbreiten. Ein [114] Landtagsabgeordneter und Historiker aus der Pfalz befand die Jugend dafür noch nicht reif genug. Sein Name: Helmut Kohl.

Erst über 30 Jahre nach dem Auschwitz-Prozess wurde begonnen, über die »willigen Vollstrecker« zu diskutieren; Daniel Goldhagen spricht von einer Kollektivschuld. Im Auschwitz-Urteil ist von konkreter individueller Schuld die Rede?

Goldhagen hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der Kreis der Täter und Mitwisser erheblich größer war als bis dahin eingestanden. Seine Kollektivschuldthese führt dagegen in die Irre, da er die Widerstandleistenden Deutschen ignoriert. Zudem: Goldhagen weist auf die große Zahl williger Vollstrecker des verbrecherischen Faschismus hin. Wessen williger Vollstrecker aber Hitler selbst war, interessiert ihn nicht. Unglaubwürdig wurde Goldhagen, als er der BRD für die Auseinandersetzung mit dem Nazireich den großen Persilschein ausstellte.

Wolfgang Abendroth hingegen, mein akademischer Lehrer in Marburg, fragte schon während des Eichmann-Prozesses in Jerusalem: »Waren die Massenerschießungen von Juden, die sofort nach dem Überfall des Dritten Reiches auf die UdSSR begonnen haben, waren die Vergasungslager in Polen ohne das Vordringen der Armeen des Dritten Reichs denkbar? Haben deren Generale nicht gewusst, was unter dem Schutz ihrer Truppen geschah? Haben die Diplomaten, die dem Dritten Reich dienten, haben die Richter, die diese Armee gegen ›Wehrkraftzersetzung‹ schützten, haben die Ministerialbürokraten, die die Verordnungen und Gesetze gegen die Juden schufen oder kommentierten, haben die Professoren, die Verteidigungsideologien für das Dritte Reich verfassten, nicht gewusst, welchem System sie damit gedient haben? Haben die Wirtschaftsführer, die an den Gefangenen der Konzentrationslager verdienten und das Vergasungsmittel geliefert haben, keine Schuld an diesen Verbrechen?«

Die Richter im Auschwitz-Prozess konnten diese Fragen nicht beantworten, sondern nur Impulse zum Bewusstseinswandel bewirken. Das Schwurgericht hat einen riesigen Beitrag zur historischen Aufklärung geleistet, hatte sich aber an Strafrechtsbestimmungen, die zum Tatzeitpunkt galten, zu halten und unterlag der geltenden Strafprozessordnung.

Abendroths Fragen hat die DDR-Historiographie zu beantworten versucht.

Bei allen Verdiensten der DDR-Geschichtswissenschaft um den Nachweis von Entstehungsbedingungen und Funktion des Faschismus – auch sie hat sich erst mit dem Eichmann- und Auschwitz-Prozess den Verbrechen des Holocaust stärker zugewandt.

[115] *Wird die Veröffentlichung des Urteils, relevant zweifellos für die Forschung, auch Jugendliche ansprechen?*

Das Urteil enthält geprüfte Beweise für die exemplarischen Verbrechen in Auschwitz, Argumente mithin gegen alles Leugnen und Verharmlosen. Es ist für heute Heranwachsende von großer Bedeutung, weil die Gefahr besteht, daß ihnen der Faschismus so weit entrückt wird wie der 30jährige Krieg. Bleibt die Hoffnung, daß das Urteil nicht nur auf der CD, sondern auch als Buch erscheinen kann. Überlegungen dafür und die Suche nach Sponsoren sind im Gange.

Brigitte Kustosch und Friedrich-Martin Balzer 2001

[116]

Zwischen Gefängnis und Zuchthaus. Alltag des Erwin Eckert*

I. »Bevor sie Krieg und Vernichtung über die Welt bringen ...«

Es war nur eine kurze Zeit, die dem kommunistischen Christen Erwin Eckert[1] zwischen Gefängnis und Zuchthaus blieb. Am Tage der Einsetzung der Hitler-Papen-Regierung am 30. Januar 1933 stand der »politische Realist«[2] Eckert vor den Betriebstoren eines Werkes in Düsseldorf, Flugblätter zum Generalstreik[3] verteilend und innerlich bereit, not- und gegebenenfalls mit der Waffe in der Hand, die »Wende« zum Faschismus aufzuhalten und zu verhindern. Doch die sozialdemokratische Führung lehnte das Angebot der KPD, am 30. Januar mit einem Generalstreik der faschistischen Machtübertragung entgegenzutreten, ab. In der Nacht des Reichstagsbrandes am 1. März wurde Eckert zusammen mit über 10.000 Funktionären und Mitgliedern der KPD und SPD, die meisten davon Kommunisten, in Düsseldorf verhaftet und in »Schutzhaft« genommen. Aus der Zelle, die er vier Monate lang mit dem kommunistischen Schauspieler, Regisseur und späteren Intendanten des »Deutschen Theaters« in Berlin/DDR, Wolfgang Langhoff, teilte, schrieb Eckert Briefe an seine Frau, die bis heute kaum beachtet wurden.[4]

[117] Nach seiner Entlassung am 17. Oktober 1933 stand Eckert vor dem Problem, für sich und seine Familie eine völlig neue Existenz aufzubauen. Unter den politischen Bedingungen des von allen bürgerlichen Parteien legitimierten Terror-Regimes war äußerste Vorsicht geboten. Freunde wurden entlassen, Angehörige wegen der Verwandtschaft mit Eckert als »verdächtig« nicht eingestellt. Eine Rückkehr nach Baden oder Düsseldorf kam nicht in Frage. Größtmögliche Anonymität war notwendig. Am Ende zog es Eckert nach Frankfurt am Main. Dort schlug er sich zunächst als Privatlehrer des 13jährigen Sohnes der »halbarischen« Familie Meyer durch. Als ihm die Nachhilfe durch die »Schulinspektion« untersagt wird, weil nur NSDAP-Mitglieder geduldet wurden, bestand die Familie Meyer darauf, daß er den Privatunterricht fortsetzte. Aber auch dieses bescheidene Einkommen mit sechs Stunden Unterricht für 30 Mark die Woche konnte keine Basis für eine Existenz sein. Seine Absicht, sich als Heilpraktiker auszubilden – Gretel Schütterle[5] hatte ihm schon medizinische Literatur zum Selbststudium überlassen –, schlug fehl, da es eine Wartezeit von zwei Jahren gab. Schließlich entschloss er sich, eine Leihbücherei zu eröffnen. Nach langen, schwierigen Verhandlungen und der mühsamen

---

* Anlässlich des 70. Geburtstages von Manfred Weibecker bat mich Kurt Pätzold, mit dem mich seit 2002 eine Freundschaft verbindet, um einen Beitrag, der sich um das Jahr 1935, dem Geburtsjahr von Manfred Weißbecker, drehen sollte. Was lag näher, als eine bisher vernachlässigte Strecke im Leben Erwin Eckerts aufzuarbeiten. Der Beitrag erschien in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz (Hrsg.): Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935, Köln 2005, S. 216–240.

1 Friedrich-Martin Balzer/Manfred Weißbecker: Erwin Eckert. Badischer Pfarrer und revolutionärer Sozialist. 1893–1972. In: Lebensbilder aus Baden-Württemberg, hrsg. von G. Taddey und J. Fischer, 19. Band, Stuttgart 1998, S. 523–549. Daselbst auch weiterführende Literatur. Kurzbiographie (Autor: Kurt Pätzold) in: Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945. Berlin 1991, S. 119 f.

2 Helmut Ridder: Zur europäischen Dimension des Vermächtnisses von Erwin Eckert. In: F.-M. Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert. Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 370.

3 »Arbeiter und Arbeiterinnen, heraus aus den Betrieben! Generalstreik! Besetzt die Fabriken, die Gewerkschaftshäuser, die Arbeiterviertel, bevor die SA und SS uns niederschlägt und Krieg und Vernichtung über die Welt bringen«. Zit. nach: Erwin Eckert »Vorwärts zur neuen Demokratie«. Rede am 24.5.1946 auf dem Mannheimer Marktplatz. In: F.-M. Balzer, Ärgernis, a. a. O., S. 268.

4 Erwin Eckert/Wolfgang Langhoff, 1933: Briefe aus dem Gefängnis. In: F.-M. Balzer (Hrsg.): Ärgernis, a. a. O., S. 213–266.

5 Dr. med. Gretel Schütterle war eine ehemalige Konfirmandin Eckerts. Sie und ihre Familie haben bis an das Lebensende Erwin Eckerts die Familie Eckert solidarisch unterstützt, zuletzt durch die Bereitstellung eines Gartenhauses in Großsachsen, wo die Familie Eckert die letzten Jahre wohnte.

Beschaffung des Kaufpreises von 1750 M, – finanziert durch Verkauf des Esszimmers und des Tafelgeschirrs sowie durch Geld, das er von seiner Familie und seinen Mannheimer, Karlsruher und Stuttgarter Freunden bekam –, eröffnete er am 1. Dezember 1933 in der Moselstraße Nr. 30, im Bahnhofsviertel eine Leihbücherei. Seine Frau Elisabeth Eckert[6] wurde offizielle Inhaberin des Geschäfts; er fungierte als Geschäftsführer. Anfang April 1935 verlegte die Familie Eckert ihr Geschäft in die Taunusstr. 42. Sie erhoffte, sich mit diesem Umzug innerhalb des Bahnhofsviertels eine bessere Existenzgrundlage zu schaffen.

II. »Wer den deutschen Faschismus verständlich machen will, muss seinen Alltag beschreiben«.[7]

Allzu häufig ist die nachträgliche Sicht »von unten« erschwert, da es keine Erinnerungen und keine schriftlichen Zeugnisse gibt. Im Falle Erwin Eckerts ist das anders. Stets, wenn er von seiner Frau getrennt war, und dies kam in seinem [118] bewegten Leben immer wieder vor, hat er ihr in kurzen Abständen über sein Leben berichtet und seine Frau aufgerichtet. Das gilt auch für die Briefe aus dem Jahr 1935.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Briefe trivial, spiegeln sie doch überwiegend das Schicksal einer um ihre soziale Existenz ringenden Familie. Kein Einzelschicksal, sondern das Leben von Millionen Menschen, für die die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft auch nach dem 30. Januar 1933 keineswegs überwunden ist. Anfang des Jahres 1934 werden offiziell noch 4 Millionen Arbeitslose gezählt. Das Besondere an Eckerts Geschichte ist: Sie handelt von einem Intellektuellen, der Klassenverrat beging, seine bürgerliche Existenz im konsequenten Kampf für die »Mühseligen und Beladenen« verlor, der als Pfarrer von der bürgerlichen Kirche ausgestoßen wurde, und nun selbst das Leben eines »Mühseligen und Beladenen« führt. Hinzu kommt, daß nach der Gefängnishaft sein Leben und das seiner Familie überschattet ist von der Gefahr der Entdeckung des antifaschistischen Widerstandes, der Angst vor Überwachung und Verfolgung. Anders als die Gefängnis- und späteren Zuchthausbriefe ist die Sprache weitgehend umgangssprachlich. Die Briefe sind, wie Eckert selbst schreibt, »Tagebuchbriefe« (B., 31.07.35), private Kalenderblätter, in denen Alltägliches vom Aufstehen bis zum Zubettgehen berichtet wird. Von den 62 Briefen stammen 44 von Erwin Eckert.

Die »politischen Ereignisse in Österreich« und der Überfall Italiens auf Abessinien werden nur gestreift. Politische Informationen und Analysen werden Briefen nicht anvertraut, sondern bleiben dem Gespräch vorbehalten. Eckert hatte sich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis mit seiner Frau vorgenommen, sich »klug wie drei Schlangen und ohne Falsch wie ein Täubchen« (B., 19.04.1935)[8] zu verhalten.

1935 lebt die Familie Eckert ungefähr sechs Monate getrennt voneinander. Am Anfang steht ein 14tägiger Erholungsurlaub von Erwin Eckert, vermutlich der erste seit 1930, nach den schweren Kämpfen zunächst innerhalb der Kirche und ab Oktober 1931 außerhalb der Kirche.[9] Eckert verbringt die Zeit in Mittenwald im Bayerischen Hochgebirge. Er nimmt sich vor, jeden Tag zu

---

6 F.-M. Balzer, Treue, Liebe Mut. Trauerrede für Elisabeth Eckert, geb. Setzer (2.11.1898–24.7.1985). In: ders.: Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. »Gegen den Strom«. Mit einem Nachwort von Gert Wendelborn, Marburg 1990, S. 209–216.

7 Wolfgang Huber, der gegenwärtige Vorsitzende des Rates der EKD, in seinem Vorwort zu: H. Prolingheuer: Ausgetan aus dem Land der Lebendigen. Leidensgeschichten unter Kreuz und Hakenkreuz. Neukirchen-Vluyn 1983, S. 9.

8 Alle im folgenden zitierten Briefe befinden sich im PAB.

9 Nach vorsichtigen Schätzungen hat Eckert von September 1930 bis Ende Februar 1933 auf ca. 300 Versammlungen vor mindestens 200.000 Menschen gegen den Faschismus und die drohende Kriegsgefahr gesprochen.

berichten, damit seine Frau sich mit ihm freuen kann und eine Abwechslung in der »Eintönigkeit des Ladenbetriebes bzw. Nichtbetriebes hat« (B., 22.01.1935). »Gemütsmäßig geht es mir nicht so gut, lässt sich denken. Überall sind die Gedanken bei einem, Erinnerungen und Spannungen. Das ist auch hier so: mitten im sich Freuen wollen stehen vor der Sonne, dem blauen Himmel schwarze Wände« (B., 22.01.1935). Die [119] Sorgen um die Existenz und das kleine Lädchen lassen ihn auch hier nicht los. »Heute Nacht träumte ich von unserem Laden, von seiner Verlegung in einen sehr schönen, hellen, breiten Raum und von einer ständig wartenden Kundenzahl!« (B., 26.02.1935). Elisabeth, die über Albträume klagt, freut sich auf das Wiedersehen und richtet ihn auf. »Es ist schön zu spüren, wie sehr man aneinanderhängt. Die kleinlichen Dinge des Alltags verdecken oft dies Gefühl. Aber in der Trennung kommt es dafür umso stärker. Viele liebe zärtliche Gedanken sind schon zu Dir gewandert (B. von Elisabeth Eckert vom 27.01.1935).

Die zweite und dritte Trennung folgt, als Elisabeth im April/Mai für 6 Wochen und von Juli bis September bei ihren Eltern lebt, wie schon während Eckerts achtmonatiger Gefängnishaft im Düsseldorfer Gefängnis 1933, dieses Mal, um ihre erkrankte Mutter zu versorgen und zu pflegen.

Im April 1935 hängt ein Papierschild am Ladenfenster mit der Aufschrift »Judenknecht, kein Volksgenosse« (B., 10.04.1935). Eckert entfernt das Schild, das andere Leihbüchereien nicht haben, und legt »an die Stelle, wo sie ihren Femeruf angeklebt haben, ›Hitlers Kampf‹, Goebbels und [Moeller] van den Bruck» aus. »Wenn sie morgen wieder das Schild dran machen wollen, werden sie sich das wohl vorher überlegen« (B., 10.04.1935). Drei Tage später: »Die Augen ihres Führers scheinen die Herren mit dem Schild doch fernzuhalten. Ich gehe immer vor 6 Uhr schon runter und bisher war nichts mehr an der Scheibe« (B., 13.04.1935). Nach einem »miserablen Vortrag« von einem Pg. in der Fachschaft »über die Judenfrage« ist er froh, »als es herum war« (B., 11.04.1935). Am 03.05. – dem 1. Mai-Aufmarsch war er ferngeblieben – berichtet er wieder von der Aufforderung, das Schild »Deutsches Geschäft« anzubringen. »Ich will es noch hinausziehen und meine Kunden erst mal vorbereiten, wenn es nicht mehr anders geht« (B., 03.05.1935).

Im Mittelpunkt aller Briefe steht der Kampf um das Überleben der Familie und die Sorgen um seinen Sohn Wolfgang.[10] »Ich glaube, wir werden uns einzig und allein auf unsre Rechenkunst in den nächsten Monaten verlassen können. Ich errechne oft in Gedanken unsere möglichen Einnahmen; bei bester Verteilung der laufenden Unkostenausgaben bleibt kaum etwas für das tägliche Leben übrig. Meiner Weisheit letzter Schluss ist dann immer wieder: Es muss gehen, und es wird auch gehen. Wir selbst werden ungeheuer sparsam leben müssen, und irgendwoher wird doch eine kleine Hilfe kommen« (B. von Elisabeth Eckert, 14.04.1935).

Solidarische Hilfe kommt von vielen Seiten. Sie kommt vor allem von den Freunden der Familie Eckert aus Pforzheim, Meersburg[11], Mannheim, Karlsruhe, [120] Stuttgart, Ludwigshafen und Berlin. »10 M habe ich in Karlsruhe bekommen, 5 M von Frau Laura D. [...], und weitere 5 M waren bei ihr aus Pforzheim abgegeben worden« (ebd.). Zu den regelmäßigen Unterstützern aus dem Kreis der Familie gehören vor allem Erwin Eckerts sieben Geschwister, allen voran die Brüder Hellmuth und Herbert, sowie seine Mutter und die Eltern und Geschwister Elisabeths.

Helga Barth[12] knappst sich 20 M monatlich von ihrem Studiengeld ab, um die Familie Eckert

---

10 Wolfgang Eckert (1921–2001). Kein Einzelschicksal. Trauerrede von F.-M. Balzer bei der Beerdigung von Wolfgang Eckert am 22. März 2001 in Meersburg am Bodensee. Das unveröffentlichte Ms. befindet sich im PAB.

11 So z. B. das Apothekerehepaar Hedy und Karl Fuchs, inzwischen wohnhaft in Stuttgart, das die Familie Eckert mit Geld- und Sachspenden, Briefen und Besuchen unterstützt.

12 Helga Barth gehört 1932/33 der Roten Studentengruppe in Heidelberg an. Ende April 1933 besucht sie Eckert im Düsseldorfer Gefängnis. In der Behandlung der »Judenfrage« sieht sie eine »Übertretung und

zu unterstützen. Während ihres Betriebswirtschaftsstudiums in Frankfurt/M. besucht sie die Eckerts häufig, überbringt Geld- und Sachspenden. Den Sohn Wolfgang unterstützt sie bei seinen Schularbeiten. Mit Eckert spricht sie »über die brennendsten Probleme unserer Zeit«.[13] 1936 wird sie den kommunistischen Zuchthaushäftling Eckert in ihrem Antrag auf Besuchserlaubnis an den Generalstaatsanwalt in Frankfurt und an den Reichsjustizminister Dr. Gürtner »meinen Lehrer und treuesten väterlichen Freund« nennen.[14] Als sie den Faschismus einmal nicht »durch die marxistisch-kritische Brille betrachtet«, kommt es mit Eckert »zu einem schweren Konflikt, doch nicht zu einem Bruch unserer Freundschaft«[15].

Ihr Vater, Friedrich Barth, Finanzinspektor, Pazifist und religiöser Sozialist aus Karlsruhe, besucht Eckert in Frankfurt und Elisabeth in Baden-Baden, überweist 330 M und schickt Proviantpakete. Der Neuköllner Pfarrer Arthur Rackwitz[16], Sympathisant von Eckerts Weg im Bund der religiösen Sozialisten, bei dem die kommunistischen Söhne von Emil Fuchs, Klaus und Gerhard, versteckt wurden, setzt seine Spenden der vorausgegangenen 3 Jahre fort.[17] Zwiespältige Solidarität [121] erfährt Eckert, als er im April 1935 mit seinem Sohn zum Besuch seiner Mutter in Mannheim ist. Als er die Eltern von Martin Hörz[18], einem engen Vertrauten Eckerts seit 1926, besuchen will, bummelt er über die Rheinstraßen zum Jungbusch. »Du kannst Dir nicht vorstellen, wie die Leute an mir hängen, fast jeder blieb stehen, auch Leute, die ich nicht mehr so genau kannte und schüttelten mir die Hände.« Auch im Neckarauerwald »begegneten wir einigen, die sich absolut nähern mussten« (B., 24.4.1935).

---

geradezu eine Verhöhnung des Gottesgebots. [...] Was mir die kühne Sprache auch für Folgen eintragen mag, ist mir gleichgültig, es mußte gesagt werden.« (Brief vom 8.2.1934, zit. nach Hartmut Ludwig, Helga Barth (1912–1945). In: Christliche Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung, 1998, S. 9–11, hier S. 9). Ihre Solidarität mit der kommunistischen
Familie Hantel bringt sie schließlich 1942 ins KZ Ravensbrück, wo sie 1945 umkommt (H. Prolingheuer: Die Kommunistenfamilie. In: Ders.: Ausgetan aus dem Land der Lebendigen, a. a. O., S. 51–98).

13 Zit. nach der Erklärung von Helga Barth vom 3.12.1936 btr. ein politisches Justizurteil und Antrag auf Besuchserlaubnis (Eckert) im Zuchthaus. In: Hessisches Hauptstaatsarchiv Abt. Nr. 458a, 593. Kopie im PAB.

14 Ebenda. – 15 Ebenda.

16 F.-M. Balzer: Arthur Rackwitz. Ein Christ für den Sozialismus. Nachdruck in: ders. Miszellen, a. a. O. S. 163–173. Rackwitz selbst kam ebenso wie Helga Barth am Ende ins Konzentrationslager.

17 Einzahlungsbelege befinden sich im PAB. Das Spendenaufkommen betrug allein im Jahre 1935 1.660 M, die vielen kleinen Spenden, die persönlich überbracht wurden, [121] nicht eingerechnet. Aus den Briefen dieser sechs Monate ergibt sich für das Jahr 1935 ein Spendenaufkommen von weiteren 446 M. Eckert selbst schätzt die Höhe der »Darlehen« seiner Familie und von Freunden für das Jahr 1935 auf 3.000 M. (Brief aus dem Zuchthaus Freiendiez vom 07.01.1937).

18 Martin Hörz, geb. am 26.06.1909 in Mannheim war seit 1926 ein enger, junger Freund und Mitarbeiter Erwin Eckerts. Zu Beginn des Jahres 1932 war er, dem Beispiel Eckerts folgend, aus der ev. Kirche ausgetreten (Mitteilung von Hans-Joachim Hirsch vom Stadtarchiv Mannheim). Seine Schwester Marta und sein Vater besuchen die Eckerts in Frankfurt. Im Zuchthaus ist er der einzige »Politische«, über dessen Werdegang Eckert sich bei seiner Frau – verschlüsselt – erkundigt. Von 1928–1930 war Hörz Vorsitzender der Sozialistischen Studentengruppe Heidelberg, 1929–1931 Vorsitzender der süddeutschen Gebietsorganisation, 1931 Vorsitzender der Roten Studentengruppe Berlin, 1932 Politischer Leiter der Kostufra (Kommunistische Studentenfraktion) für Deutschland, ab Herbst 1932 bis zum Ausschluss aus der KPD 1933 Vorsitzender der Kommunistischen Studenten-Internationale, bis 1936 im illegalen Widerstand, emigrierte Juni 1939 nach Dänemark und im August 1940 nach Schweden, wo er – zuletzt als Bibliothekar tätig – Anfang der 70er Jahre verstarb. (Biografisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München/New York/London/Paris 1980, S. 307). Nach den Erzählungen von Max Diamant/Mannheim (Manfred Scharrer: Max Diamant – Erzählte Lebensgeschichte. In: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 9/1988, S. 805 ff., hier S. 810) war es Martin Hörz, der Eckert als Delegierten der Mannheimer linken Sozialdemokraten zur Gründungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) am 4.10.1931 »vom Bahnhof weg ins Karl-Liebknecht-Haus (Zentrale der KPD) [...] begleitet« hat.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 20.10.2021

Von Freunden in Mannheim, Ludwigshafen und Karlsruhe kommen Proviantpakete und Spenden. »Von dem alten Hertweck, weißt Du, Jungbuschstraße, der alte Flickschneider, sind für Wolfgang 5 Mark gekommen! Rührend« (B., 3.8.1935). Als kleines Zeichen der Solidarität darf auch gewertet werden, daß der inzwischen in Oberursel wohnende, linksliberale Marburger Theologieprofessor Martin Rade, der Eckert mit einem Schreiben an die Mitglieder des Kirchengerichts vom 15.10.1931 beigestanden hatte[19], sich in der Leihbücherei des [122] Kommunisten Eckert einfindet und sein Kunde wird. Kurz: »Solidarität ist nur wirklich, wenn sie konkret ist. Sie ist nur konkret, wenn sie praktisch geübt wird.«[20] In der Freizeit wandert Eckert im Taunus, er geht ins Kino, ins Theater oder zu Ringkämpfen, meist mit ergatterten Freikarten, schwimmt im Freibad, beteiligt sich an Kanufahrten, spielt mit seinem Sohn Wolfgang Schach, liest viel (Kriminalromane, Abenteurerromane), geht in die Gemälde-Ausstellung von Wilhelm Kempin, führt seine Besucher »durch die kritische und auf Samstagabend hergerichtete Mittelschicht der Kontor- und Bürobarone nebst dämlichem Anhang« (B., 8.8.1935), besucht die Römerfestspiele, tut sich aber schwer, »die geschraubten poetischen Dramatisierungen wie die der ›Jungfrau von Orleans‹ hinzunehmen« (B., 3.9.1935).

Daß nicht alle Freizeitaktivitäten in dem zurückliegenden Jahr so harmlos waren, wie es in den Privatbriefen den Anschein hat, sei an zwei überlieferten Beispielen erläutert: Gustl Kettner-Graep berichtete Barbara Mausbach-Bromberger, »wie Erwin Eckert sie auf eine Vernehmung bei der Frankfurter Gestapo vorbereitete.« Sie, die in der Leihbücherei gelegentlich als Vertretung aushalf[21], sollte vernommen werden, weil sie eine illegale Wohnung besorgt und Antifaschisten dort unter falschem Namen angemeldet hatte. »Erwin Eckert machte mit ihr am Abend vor der Vernehmung einen Spaziergang durch den Frankfurter Anlagenring. Er spielte die Rolle des Gestapokommissars und übte in Frage- und Antwortspiel die zu erwartende Vernehmung ein«.[22] Lore Wolf berichtet über »*meinen Freund Erwin Eckert*», daß dieser »des Öfteren sehr wichtige Dinge« mit dem später aufgeflogenen Spitzel in der »Roten Hilfe«, »Rudi« [Hans Neumeister], besprach, zum Beispiel, »wie man den Aufbau einer illegalen Kampftruppe nach militärischen Regeln bewerkstelligen könne. Stundenlang waren die beiden im Frankfurter Stadtwald spaziergegangen, um darüber zu beraten. Glücklicherweise hatte Eckert handschriftliche Aufzeichnungen abgelehnt.«[23]

Über die Situation der badischen Landeskirche, die ihn im Dezember 1931 frist- und mittellos hinausgeworfen hatte, wird Eckert auf dem Laufenden gehalten. Mit [123] Heinz Kappes[24], der am 1. November 1933 zwangspensioniert, mit Berufsverbot belegt und aus Baden ausgewiesen

---

19 »Was man auch gegen Eckert sagen mag, noch hat niemand die Rechtschaffenheit seiner Evangeliumsverkündung und seiner Pfarrersarbeit beanstandet. Etwaigen Ungehorsam gegen die Kirchenleitung mag man rügen, [...] aber ihn darum seines Amtes entsetzen [...], weil er Kommunist ist, darf man nicht.« Zit. nach: F.-M. Balzer: »Es wechseln die Zeiten ...«. Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998). Mit einem Geleitwort von M. Weißbecker, Bonn 1998, S. 318.

20 Wolfgang Abendroth: Solidarität ist nur wirklich, wenn sie konkret ist. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1977), H. 4, S. 233–236, hier S. 233.

21 »Gustl war seit Montag nicht mehr hier. Sie hat ihr Buch »Das Herz ist wach« für Mittwoch einem Kunden versprochen. [...] Sonst kommt sie doch alle Tage« (Brief vom 26.1.1935)

22 B. Mausbach-Bromberger: Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933–1945, Frankfurt 1976, S. 98.

23 Lore Wolf: Ein Leben ist viel zu wenig, Frankfurt/Main 1986, S. 43 f. Diese und alle weiteren Hervorhebungen von FMB. Das Gnadengesuch von 1940 wurde auch deshalb abgelehnt, weil »der Verurteilte Eckert in dringendem Verdacht steht, die Bildung von kommunistischen Terrorgruppen, sogar mit Hilfe von Heeresangehörigen (Offizieren), erwogen und angeregt zu haben.« Bundesarchiv Berlin (BAB), NJ, Nr. 9842.

24 F.-M. Balzer/Gert Wendelborn: »Wir sind keine stummen Hunde«. Heinz Kappes (1893–1988). Christ und Sozialist in der Weimarer Republik, Bonn 1994. F.-M. Balzer: Andauerndes Ringen um das Geschichtsbild. Vorwort zu F.-M. Balzer/Werner Renz: Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965). Bonn 2004, S. 18–23.

worden war, gibt es in Frankfurt bei dessen Ausreise nach Palästina eine »lebhafte Unterhaltung« (B., 25.03.1935). Der Pfarrer Kurt Lehmann, den die badische Landeskirche 1935 entläßt[25] – Hintergrund war seine jüdische Abstammung –, schreibt immer wieder an seinen »Leibburschen« aus Göttinger Zeit, ohne auf viel Einverständnis bei Eckert zu stoßen. Er, Lehmann, wolle einen Kampf gegen den Oberkirchenrat. Dabei gebe es gar nichts zu kämpfen, teilt er seiner Frau Gerda und ihrem Adoptivvater Pfarrer Löhlein, die ihn in Frankfurt besuchen, mit. »Die sogenannte Bekenntnisfront, auf die er so sehr geschworen hat und bei der angeblich eines der wichtigsten unterscheidenden Merkmale ihrer Stellung zu den deutschen Christen die Verneinung der Nichtarierverfolgung sein soll, haben ihn natürlich, wie ich ihm das vorausgesagt habe, völlig im Stich gelassen« (B., 27.07.1935). Der ehemalige Konfirmand, Hanns Löw, und ein ehemaliger Vikar begegnen ihm auf der Straße und freuen sich über das Wiedersehen. »Als ich um 1/2 11 Uhr etwa heimwärts pilgerte, begegnete mir auf der Kaiserstraße Pfarrer Schilling, früher Vikar bei uns, der auf Urlaub in der Nähe ist. Er war sehr erfreut, ehrlich, und begleitete mich in den Laden, wo wir bis 1/2 4 Uhr miteinander redeten. Ich habe ein gutes Bild von den inneren Zuständen der badischen Kirche bekommen« (B., 08.08.1935). Luise Rudolph, die angesichts der bevorstehenden definitiven Entlassung Eckerts aus dem Kirchendienst sich an die Kirchenleitung gewandt hatte[26], schickt nicht nur Geld und Proviant, sondern auch »Kirchenblätter«, aus denen sich Eckert informieren kann.

Keine Nachricht aus der badischen Landeskirche konnte Eckert bewegen, seinen Austritt aus dieser Kirche zu bereuen. Dem badischen Landesbischof Kühlewein, der als Prälat bei allen drei Kirchlichen Dienststrafverfahren gegen Eckert als Richter fungiert hatte, der 1933 als Landesbischof den sozialdemokratischen Pfarrer Heinz [124] Kappes wegen dessen Kritik an der »deutschen Freiheitsbewegung« und dessen Solidarität mit den ersten KZ-Häftlingen aus dem Pfarrdienst warf, war es »ein herzliches Bedürfnis« gewesen, zu dem »erschütternden Ereignis des 30. Juni« 1934 Stellung zu beziehen. »An diesem Tage hat der Führer unseres deutschen Volkes, unser hochverehrter Reichskanzler Adolf Hitler, mit bewundernswerter Tatkraft und unter Einsatz seiner eigenen Person hochverräterische und unsaubere Machenschaften in unserem Volk aufgedeckt und beseitigt. Und in wenigen Stunden hat er die völlige Ordnung [ohne Gerichtsverfahren und ohne Gerichtsurteil! – d. Vf.] wiederhergestellt [...]«. Auf Vorschlag Kühleweins fasste die Synode den *einstimmigen* Beschluss, folgendes Telegramm »an den Führer« zu senden: »Die zu einer Tagung versammelte Badische Evangelische Landessynode spricht Ihnen ehrfürchtigen Dank aus für die Entschlossenheit, mit der Sie am 30. Juni unser Volk vor schweren Wirren bewahrt haben, und versichert Sie rückhaltloser Gefolgschaft«.[27]

Ende 1935 hatten sich die Eckerts in ihrer neuen Situation gerade äußerst bescheiden eingerichtet. Sie mussten jetzt manches Ungewohnte tun, aber es war »immer noch besser als Ulmenstr.

---

25 Am 14.10.1940 teilen die Gesetzes- und Verordnungsblätter für die Vereinigte Evang.-prot. Landeskirche Badens mit: Pfarrer a. D. Dr. Ernst Josef Israel Lehmann in Heidelberg werde insoweit »begnadigt«, als nach seiner Entlassung aus der Landeskirche – samt Verlust von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung – seine übrigen Rechte erhalten blieben.

26 Siehe das 6seitige Schreiben von Luise Rudolph/Mannheim an den evangelischen Oberkirchenrat z. Hd. d. Herrn Präsidenten D. Wurth vom 25.11.1931. Durchschrift im PAB. In dem Schreiben protestiert L. Rudolph gegen Eckerts erneute Amtsenthebung, »nur weil Pfarrer Eckert aus seiner großen Liebe, aus seinem Glauben heraus den Mut hat, sich auf die Seite der Allerärmsten, Ausgestoßenen, Verachteten zu stellen, nur weil er Gottes Auftrag an unsere Zeit wirklich begreift und aus unbedingtem Gehorsam Gott gegenüber handelt.«

27 Zit. nach: Verhandlungen der Landessynode der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens. Ordentliche Tagung vom 4.–6.7.1934, Karlsruhe 1935, S. 3. Zum sog. Röhm-Putsch s. Kurt Gossweiler, Der Putsch, der keiner war. Die Röhm-Affäre 1934 und der Richtungskampf im deutschen Faschismus, Köln 2009.

95 (Anschrift des Düsseldorfer Gefängnisses, B., 4.12.1935).

III. »Die Gegenwehr wider die Bluthunde kann nicht aufrührerisch sein.«[28]

Mitten in den alltäglichen Kampf um die Sicherung der materiellen Existenz platzt die Festnahme Eckerts am 13.06.1936, drei Tage vor seinem 43. Geburtstag. Zehn Tage verbringt er in Haft, um sich am 23. Juni im Gerichtsgefängnis in Frankfurt wiederzufinden. Sein erster Brief aus der Haft gilt seiner Frau, die nun die Geschäfte der Leihbücherei allein übernehmen muss. Detailliert gibt er ihr Ratschläge für die laufenden Geschäfte und schließt: »Es ist furchtbar schwer für mich, aber am schwersten ist die Sorge um Dich und Wolfi. Ich denke eigentlich Tag und Nacht an Dich und Euch. Mir ist es, als spürte ich jede traurige und hoffnungsvolle Regung, die Dich durchzieht. Solch eine bittere Trennung zeigt, wie ich über alles Begreifen mit Dir und Wolfi zusammengewachsen bin bis ins Innerste« (B., 23.6.1936).

[125] Mit der Verteidigung ist Rechtsanwalt Dr. Paul Haag in Heidelberg beauftragt. Am 25.6.1936 können Erwin und Elisabeth das erste Mal nach der Festnahme miteinander sprechen. Einen Tag danach schreibt Eckert: »Ich bitte Dich, Elisabeth, sei ruhig, keine Aufregung ändert etwas an dem, was wir jetzt durchhalten müssen.« Er macht sich große Sorgen, was aus dem Geschäft und Wolfgang werden soll. »Sei zuversichtlich und denke daran, daß Du während meiner Abwesenheit die doppelte Verantwortung tragen musst. [...] Deinen lieben Brief von Sonntag habe ich schon viele Male gelesen, ich hatte ihn gestern sehr nötig. Du warst so fern und fremd zu mir gestern in Deiner Not. Am schwersten ist dieses untätige Wartenmüssen am Tage und wenn ich nachts im Halbtraume allem entrückt bin, ist es grausam, beim Aufschrecken der Wirklichkeiten dieser Haft bewusst zu werden«. Der Brief schließt: »Bitte, Elisabeth, sei stark und vernünftig, so wie damals in der Düsseldorfer Zeit. [...] sei getrost, es wird alles gut« (B., 26.6.1936).

Am 8. Juli 1936 überreicht der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Frankfurt dem Reichsanwalt beim Verwaltungsgerichtshof in Berlin die Akten und Schriftstücke in der Strafsache gegen Eckert. Zur Person heißt es im Begleitschreiben: »Der Beschuldigte war früher evangelischer Stadtpfarrer in Mannheim. Er gehörte etwa 20 Jahre der SPD an und trat im Jahre 1931 zur KPD über. Durch diesen Übertritt wurde er seines Amtes als Pfarrer enthoben. In der Folgezeit spielte er eine führende Rolle in der kommunistischen Partei. Im Jahre 1933 befand er sich nach dem Umbruch mehrere Monate in Schutzhaft, siedelte sodann nach Frankfurt/Main über und eröffnete hier eine Leih-Bücherei.«[29] Er sei nach Frankfurt gegangen, weil er angeblich seine Beziehungen mit seinen früheren Genossen lösen und in keinerlei Berührung mehr mit ihnen kommen wolle. In Bezug auf seine Beteiligung an der Flugschrift »Das proletarische Volksgericht«[30] im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre heißt es in dem Begleitschreiben: Der Angeklagte habe zugegeben, daß »die Röhmrevolte«[31] in seinem Bekanntenkreis eingehend [126]

---

28 Martin Luther: »Warnung an seine lieben Deutschen« (1531). In: Werke, Bd. 4, Hrsg. Von Otto Clemen, Berlin 1950, S. 194–228, hier: S. 203. Zit. nach: Joachim Perels: Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/New York 1999, S. 174.

29 Anklageschrift und Urteil in BAB Best. NJ, Nr. 9842.

30 Bei dem von der Anklageschrift als »Flugblatt« bezeichneten »Proletarischen Volksgericht« handelt es sich nach Mitteilung von Nikolaus Brauns (Autor des Buches »Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1918–1938), Bonn 2003) um eine Zeitung der »Roten Hilfe«, die alle 2 bis 3 Wochen in Frankfurt/Main erschien und anfänglich eine Auflage von 8.000 Stück besaß. Ob Eckert, der in seinen Briefen wiederholt davon spricht, »Zettel zu verteilen«, zu den Verteilern gehört, konnte nicht geklärt werden.

31 Siehe Kurt Gossweiler: Der »Röhm-Putsch«, der keiner war. In: Weißenseer Blätter, 2/2004, S. 32–44. Weiterführende Literatur ebd. Siehe auch Reinhard Opitz, Die »Röhm«-Affäre, Bd. 3 der nachgelassenen Schriften von Reinhard Opitz, Marburg 1999. M. Weißbecker: Enthauptungsschlag. Vor 70 Jahren:

erörtert und auch die Herausgabe eines Flugblattes[32] besprochen worden sei. »Nachgewiesenermaßen hat er an der Anfertigung dieses Flugblattes keinen Anteil gehabt.« Entlastend heißt es in dem Schreiben an den Reichsanwalt: »Soweit der inzwischen abgeurteilte Strafgefangene Friedrich (Fritz) Wagner[33] ihn des Weiteren belastet hat, sind diese Beschuldigungen durch das Zeugnis des Strafgefangenen Fritz Köhne[34] in keiner Weise bestätigt worden.«[35]

Am 8. August 1936 legt der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Kassel, an den die eingeleitete Strafverfolgung gegen Eckert vom Reichsanwalt am 11.07.1936 abgegeben worden war, die Anklageschrift vor. Sie wirft dem Angeschuldigten vor, »in den Monaten Mai bis Juli 1934 das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern, vorbereitet zu haben.« Die »gewaltsame Änderung« bestand im Einzelnen in der »Hingabe von Geld für Zwecke der verbotenen KPD«, in der »Erörterung politischer Fragen« mit Personen, die dem Angeklagtem als »Funktionäre der illegalen KPD bekannt waren«, und in der »Weitergabe einer Warnung vor einem angeblichen Spitzel in der illegalen KPD«.[36]

Im Urteil triumphieren Gesinnungs- und Willensstrafrecht. Die selbsternannten »Hüter der Verfassung« hatten sich ganz und gar nicht für die Weimarer »Reichsverfassung« eingesetzt, als diese von höchster Stelle zerstört und schließlich mit der »Notverordnung« vom 28.2.1933 zum Schutz des Staates gegen das Volk und mit dem von allen bürgerlichen Parteien akklamierten »Ermächtigungsgesetz« außer Kraft gesetzt wurde.

Als wesentliches Ergebnis der Ermittlungen hält die Anklageschrift zur Person des Angeklagten fest: »Der Angeschuldigte ist als Sohn eines Hauptlehrers und Verwalters eines Waisenhauses in Mannheim aufgewachsen und lernte von Jugend an das Elend des Industrieproletariats in den Vorkriegsjahren kennen. Als Student der Theologie glaubte er, wie er sich ausdrückt, ›an eine soziale Erneuerung unseres Volkes durch die SPD‹, der er aus diesem Grunde im Jahre 1911 beitrat. [127] Nach dem Weltkrieg, an dem er zuletzt als Leutnant d. R. im Jägerregiment 3 teilnahm, und in dessen Verlauf er mehrfach verwundet und ausgezeichnet wurde, war er als evangelischer Stadtpfarrer in Mannheim tätig. Da seiner Ansicht nach die SPD immer mehr verbürgerlichte, trat er im Jahre 1931 zur KPD über. Aus diesem Anlass verlor er sein Amt als Stadtpfarrer.

[...] Nachdem er in einer öffentlichen Versammlung des *Einheitskomitees sozialistischer und kommunistischer Arbeiter* in Mannheim am 7.10.1931 seinen Übertritt zur KPD erklärt hatte, reiste er mit einer Delegation in die Sowjet-Union, von wo er im November 1931 zurückkehrte. Bei verschiedenen Versammlungen marxistischer Organisationen, so auch in Frankfurt a. M., trat er dann im Jahre 1932 als Redner auf und hielt Vorträge über seine Erlebnisse in der Sowjet-Union. Über eine solche Versammlung berichtete die Frankfurter »Arbeiterzeitung« v. 29.01.1932: »Es war mehr als ein Vortrag und Wiedergabe von Eindrücken; es war eine

---

Staatsterrorismus in Aktion – von deutschen Juristen abgesegnet. In: Neues Deutschland (ND) vom 03./04.7.2004, S. 20.

32 Zum Text des Flugblattes heißt es bei L. Wolf: Ein Leben ... a. a. O., S. 37: »Das Flugblatt wurde im üblichen Nazijargon geschrieben: Es trug die Überschrift ›Achtung, Kameraden, herhören! Gebt Eure Waffen nicht ab! Fördert die zweite Revolution!‹ In dem Flugblatt wurde Bezug genommen auf das Versprechen Hitlers, die zweite Revolution – die soziale Revolution – durchzuführen. Anstatt dieses Versprechen einzulösen, ermorde er nun auf heimtückische Weise, durch die SS, die eigenen Kameraden. Wir riefen in dem Blatt zum Widerstand gegen die SS auf und unterzeichneten es mit ›Einige Kameraden der SA‹«.

33 Fritz Wagner, Jg. 1903, Filmvorführer, KPD, 1935 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt (B. Mausbach-Bromberger, a. a. O., S. 287).

34 Fritz Köhne, KPD, war zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. (B. Mausbach-Bromberger, a. a. O., S. 245).

35 BAB Best. NJ, Nr. 9842.

36 Ebenda.

Stellungnahme für den Bolschewismus, mit starkem Bekennerwort von einem Manne vorgetragen, der *seine angesehene bürgerliche Laufbahn als Pfarrer preisgab, um für das Proletariat und seine revolutionären Ziele sein Bestes herzugeben*«.[37]

Die Anklage stützt sich u. a. auf die Aussage des verurteilten Zeugen Wagner, wonach dieser für den illegalen pol. Leiter des Bezirks Hessen-Frankfurt »Fritz« »einen Treff mit dem Angeschuldigten in dessen Laden vermittelte«. »Der Angeschuldigte unterhielt sich mit ihm [Fritz] über den Zusammenbruch der KPD, und über deren jetzige illegale Arbeit. Er will aber nicht gewusst haben, daß es sich bei dem ›schmalen, blassen Mann‹ um den illegalen Pol. Leiter ›Fritz‹ handelte.«[38] Die Frage, ob es sich bei dem »schmalen, blassen Mann«, dem angeblichen Pol. Leiter des Bezirks Hessen Frankfurt, mit dem Decknamen »Fritz« um Wolfgang Abendroth handelt, kann nicht abschließend beantwortet werden. Immerhin treffen die Beschreibung und der Deckname auf Abendroth zu. Abendroth war, Masseneinfluss suchend, 1932 aus der KPO aus- und in die KPD wieder eingetreten, setzte sein vor 1933 begonnene Arbeit für die »Rote Hilfe« fort und war während seines Studiums in Bern, wo er 1935 promovierte, immer wieder auch im Frankfurter Raum im illegalen Widerstand tätig, bis er 1937 selbst verhaftet wurde. »Und da hatten sie durch irgendeinen Zufall meinen Decknamen, den ich für die früheren KPD-Leitungen hatte, Fritz, gesucht und gesucht und danach gefahndet und nahmen an, ich müsse den doch kennen. Dann wurde ich darüber vernommen, wochenlang, wer denn dieser Fritz sei und der müsse doch einen richtigen Namen haben. Nur auf die schlaue Idee, daß ich das war, sind sie nicht verfallen.«[39] Die [128] Tatsache, daß die Leitungen des KPD-Bezirks Frankfurt häufig wegen Verhaftung ihrer Mitglieder wechselten[40], und Abendroth als Mitglied der Widerstandsgruppe »Neubeginnen« und der KPD[41] darauf aus war, möglichst Führungspositionen in der KPD auszuüben, sprechen jedenfalls dafür, daß es sich bei dem »schmalen, blassen Mannes« um Wolfgang Abendroth handelt.[42]

Am 01.09.1936, 3 Jahre vor Beginn des Krieges, den Eckert mit der weitsichtigen KPD-Parole »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg« bekämpft hatte, ergeht die Ladung[43] zur Hauptverhandlung auf den 09.10.1936 vor den Politischen Strafsenat des Oberlandesgerichts in Kassel. In dieser Sitzung wird Eckert unter Vorsitz von OLGR Wolff[44] wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren acht Monaten und zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Verurteilte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Untersuchungshaft wird nicht angerechnet.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, bis Juli 1934 am Aufbau der illegalen KPD in Frankfurt mitgearbeitet zu haben. Schon früh habe er »das marxistische Gedankengut« in sich aufgenommen. Er habe laut Anklageschrift »den in späteren Jahren nach Gründung des ISK (Nelson-

37 Ebenda.

38 Ebenda.

39 Ein deutsches Schicksal. Wolfgang Abendroth. Ein Film von Manfred Vosz u. a., Westdeutsches Fernsehen (WDF), Sendetermin: 27. September 1987, 20.15 Uhr. [Dauer 45 Min.], Ms. 17 S. und VHS-Kopie in der »Sammlung Abendroth« im PAB. Vgl. Wolfgang [128] Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1976, S. 174.

40 »Immer wieder jedoch übernehmen andere Personen deren Aufgaben und versuchen die Organisation der illegalen KPD wieder neu aufzubauen.« Zit. nach: B. Mausbach-Bromberger, a. a. O., S. 52.

41 Ebenda, S. 203.

42 Als sicher kann dagegen gelten, daß Wolfgang Abendroth – möglicherweise auf Drängen von Martin Hörz, den er aus der gemeinsamen Arbeit in der Kostufra gekannt haben dürfte, – im Jahre 1931 5 Artikel zum sog. »Fall Eckert« als Korrespondent der »Frankfurter Zeitung« geschrieben hat. Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen. Herausgegeben von F.-M. Balzer u. M. Weißbecker, Bonn 2004, S. 572, FN. 63.

43 Die Ladung befindet sich im PAB.

44 Als beisitzender Richter fungiert u. a. Amtsgerichtsrat Dr. Frohwein, nach 1945 »Ehrenbürger« in Marburg.

Bewegung) dieser Organisation [des] revolutionären Marxismus nahestehenden Bund religiöser Sozialisten« gegründet. Nach seinem Umzug nach Frankfurt »sprach es sich bei den Frankfurter Kommunisten [allmählich] herum, daß der aus seinen Reden und Vorträgen bekannte Angeklagte in Frankfurt wohne. Sofort versuchten die Genossen, den Angeklagten für die Mitarbeit in der illegalen KPD zu gewinnen.« Die in Untersuchungshaft sitzende Zeugin Zakovski[45], die »den Angeklagten aus seinen Versammlungsreden und aus der Neuwerk-Bewegung[46] kannte,« und mit dem zu [129] fünf Jahren Zuchthaus verurteilten KPD-Funktionär Karl Fehler[47] für die KPD und insbesondere für die »Rote Hilfe« tätig gewesen sei, habe ihm wiederholt Geld in die Leihbücherei gebracht, »damit er das Geld der Frau Kettner, der Mutter des damals in Untersuchungshaft befindlichen und später vom Reichsgericht verurteilten Kommunisten[48] gebe. Der Angeklagte nahm das Geld an und gab es an Frau Kettner weiter.« Als der Angeklagte in den Unterhaltungen mit der Zeugin Zakovski erwähnte, daß er das Angebot der Quäker-Hilfe in Anspruch nehmen und für die »Rote Hilfe« nutzbar machen könne, brachte die Zeugin im April 1934 die inzwischen flüchtige ehemalige Leiterin der »Roten Hilfe« in Frankfurt Lore Wolf[49] zu dem Angeklagten. Nach mehreren Unterhaltungen mit Frau Wolf bat der Angeklagte sie, ihm eine Liste von Angehörigen Verhafteter und insbesondere der zum Tode verurteilten Genossen zu verschaffen. Sie konnte ihm diese Liste nicht mehr aushändigen, da sie flüchten mußte. Ende August 1934 sei Frau Wolf das letzte Mal bei dem Angeklagten erschienen und habe von ihm auf ihr Drängen hin 18 M erhalten.

Das Gericht schenkte den Einlassungen des Angeklagten keinen Glauben. »Einmal ist der Angeklagte – zwar vielleicht ein religiöser – aber ein eingefleischter Kommunist, der der Zugehörigkeit zur KPD sein Pfarramt zum Opfer gebracht hat, in Russland selbst seine Überzeugung von der Richtigkeit der kommunisti-[130]schen Irrlehre gepredigt hat.« Die Tatbestände ließen nicht den geringsten Zweifel »über die innere Bereitschaft des Angeklagten zur Unterstützung der KPD« zu. Bei dem Angeklagten seien »fast alle illegalen Funktionäre von irgendwelcher Bedeutung ein- und ausgegangen.«[50] Mit allen habe er »insbesondere zur Zeit der Röhm-Revolte« politische Gespräche kommunistischer Prägung geführt und sie »hierdurch wissentlich

[45] Dr. Elisabeth Zakovski, Jg. 1897, KPD, wurde 1937 zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Dr. Josef Zakovski, Jg. 1895, Chemiker, KPD, nahm sich 1936 in der U-Haft das Leben (B. Mausbach-Bromberger, a. a. O., S. 293).

[46] Antje Vollmer: Die Neuwerksbewegung 1919–1935. Ein Beitrag zur Geschichte der [129] Jugendbewegung, des Religiösen Sozialismus und der Arbeiterbildung. (Diss. theol.) Berlin 1973.

[47] Laut Mitteilung von Lore Wolf kam Karl Fehler im KZ Sachsenhausen um. Lore Wolf: Ein Leben ..., a. a. O., S. 162.

[48] Richard Kettner, Jg. 1907, Journalist, KPD, 1934 zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, anschließend KZ Dachau, Bewährungsbataillon 999 (B. Mausbach-Bromberger, a. a. O., S. 242).

[49] Lore Wolf, Jg. 1900, Sekretärin, KPD, 1941 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. B. Mausbach-Bromberger, a. a. O., S. 293. Anklageschrift (27 S.), Urteil (15 S.) in: BAB, Best. 2C, Nr. 15908, Best. WJ, Nr. 17105. Ihr Buch über den Widerstand der »Roten Hilfe« ist in Bezug auf Eckert lückenhaft und teilweise unzutreffend. So soll Eckert erst »durch das Naziregime« seine Stellung als Pfarrer verloren haben (S. 41). Von der Tatsache, daß Eckert seit 1931 Mitglied der KPD war, ist an keiner Stelle die Rede. Über den Prozess gegen Eckert, u. a. wegen der Fluchthilfe für Lore Wolf, erfährt der Leser im Gegensatz zu anderen Strafverfahren nichts. Die Leihbücherei Eckerts befand sich auch nicht in der Elbestraße. Über die Zusammenarbeit mit Eckert heißt es in ihrem Bericht »Der ehemalige Pfarrer Erwin Eckert [...] führte unter dem Namen seiner Frau [...] einen Buchverleih. Vor dem Schaufenster dieses Ladens stand Tag für Tag ein Beobachtungsposten der Gestapo. Auch ich lieh mir dort Bücher aus. Günther [Fritz Köhne – FMB] und ich entwarfen die Flugblätter, legten den Entwurf in ein Buch. Ich brachte dieses zum Umtausch. Und beim nächsten Buchumtausch lag das von Eckert ergänzte Flugblatt oder der Zeitungsartikel wieder zwischen den Seiten des abgeholten Buches. So arbeiteten wir unter den Augen der Beobachter bis zu meiner Flucht ins Saargebiet, die mir Eckert durch eine Geldgabe ermöglichte.« L. Wolf, Ein Leben ..., a. a. O., S. 41.

[50] »Wichtigster Treffpunkt und Anlaufpunkt für die Gruppe [der »Roten Hilfe« FMB] war die Leihbücherei am Hauptbahnhof, die dem evangelischen Pfarrer Erwin Eckert gehörte«. B. Mausbach-Bromberger, a. a. O., S. 98.

und willentlich in ihrem aktiven Widerstand gegen den Staat, dessen gewaltsamen Sturz er mit ihnen und durch ihre Tätigkeit selbst erstrebte«, gefestigt. Der Zeuge Köhne bemühe sich »nach seiner Verurteilung, die anderen Genossen zu entlasten« und sei nicht glaubhaft. Auch könne dem Angeklagten nicht geglaubt werden, wonach er die Unterstützung von 18 RM an die flüchtige Lore Wolf »nur aus der Gesinnung der christlichen Nächstenliebe heraus« gegeben habe, denn er habe gewusst, »daß die ‚Wolf' illegal arbeitete und flüchten mußte.« Er sei sich klar gewesen, »daß er durch seine Hilfe eine KPD-Funktionärin dem polizeilichen Zugriff entzog und sie – ebenso wie die durch seine Warnung vor dem Spitzel aufmerksam gemachten anderen Funktionäre – für die weitere Arbeit der KPD erhielt. Das wollte er auch.« Der Angeklagte sei infolge seiner Vorbildung die Stelle gewesen, »bei der sich die anderen Funktionäre ihr geistiges Rüstzeug holten.« Es könne zwar nicht nachgewiesen werden, daß er die von Wagner erwähnte, an die SA gerichtete illegale Druckschrift zur »Röhmrevolte» verfasst habe, aber seine Bemerkung gegenüber Wagner, das sei »sein Produkt«, ließen den Schluss zu, daß der oder die Verfasser der Schrift bei ihm die »geistige Grundlage«[51] dafür erhalten hätten.

Seine Tat könne in Anbetracht der Tatsache, daß er »infolge seiner geistigen Vorbildung die verbotenen Ziele der KPD erheblich gefördert und Beziehung zu allen illegalen Funktionären gehabt, die gefährlichsten Funktionäre auch durch Geldhingabe und Warnung aktiv unterstützt hat,« nicht »als minder schwerer Fall« gewertet werden. Erschwerend falle ins Gewicht, daß der Angeklagte »als Mann hoher geistiger Bildung und religiöser Gesinnung sich an dem verbrecherischen Treiben der illegalen KPD beteiligt« habe. Fürwahr: Die Angehörigen der Justiz, [131] die den Widerstandskampf der KPD aus ureigenster Überzeugung als »verbrecherisches Treiben« verfolgten, hatten sich in ihrer großen Mehrheit der »Partei des Verbrechens«[52] angeschlossen.

Mildernd müsse berücksichtigt werden, daß er »im Felde seine Pflicht« getan habe. Seine »empfindsame Geistesverfassung« habe ihm wohl nicht den richtigen Halt »gegenüber dem rücksichtslosen Werben und Draufgängertum der illegalen Funktionäre« gegeben. Außerdem habe er, was ihm nicht zu widerlegen sei, nach Juli 1934 »keinen nachweisbaren Zusammenhang mehr mit den illegalen Kreisen der KPD« gehabt. Äußerlich, insbesondere beruflich habe er sich den »Anordnungen des nationalsozialistischen Reiches nicht widersetzt, im Beruf sogar aktiv mitgemacht«. Ob Letzteres ernst gemeint sei, müsse »nach seiner in der Hauptverhandlung zutage getretenen noch durchaus marxistischen Denkweise füglich bezweifelt werden.«[53] Die Richter machten sich in der Tradition der deutschnationalen Justiz der Weimarer Republik zum Handlanger eines terroristischen Maßnahme Staates, dessen Feindbild dem ihren glich und dessen außenpolitischer Kurs auf einen imperialistischen Weltkrieg zielte. So schickten die furchtbaren Nazijuristen 35.000 Menschen in den Tod. Allein in Hessen wurden 1935 682 Antifaschisten von den politischen Senaten des OLG in Kassel und Darmstadt vor Gericht gestellt.[54]

---

[51] Zu den theoretischen Analysen Eckerts über die Konflikte zwischen unterscheidbaren Kapitalfraktionen, NS-Führungsgruppen und den politischen Eliten einerseits und der partiellen proletarischen Massenbasis der SA andererseits, die auf eine »zweite Revolution« drängte, siehe seine Briefe aus dem Düsseldorfer Gefängnis, in dem es zwischen Kommunisten und SA-Angehörigen nicht nur zu intensiven Gesprächen, sondern auch zu praktischer Zusammenarbeit kam: Erwin Eckert-Wolfgang Langhoff: 1933: Gefängnisbriefe, a. a. O. Für diese wie für alle damaligen Klassenkampfanalysen der KPD gilt, daß die eigenen Kräfte und das proletarische Widerstandspotential der SA überschätzt, die gegnerischen Kräfte unterschätzt wurden.

[52] K. Pätzold/M. Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin/DDR 1981.

[53] BAB Best. NJ, Nr. 9842. Weit kann es mit der »Zuverlässigkeit« nicht bestellt gewesen sein. Am 11.06.1934 teilt der Vorsitzende der Fachschaft Leihbücherei Paul Röder Eckert mit: »Da ich von verschiedenen Seiten Klage über Sie gehört habe [...], muss ich Ihnen das Amt als Bezirkshelfer entziehen. Heil Hitler. P. Röder«. In PAB.

[54] Mitteilung von Wolfgang Form, Forschungsstelle »Projekt NS-Justiz in Hessen«. Vgl. auch die Zahlen bei Ludwig Nestler: Mit gepanzertem Herz. Zur Rolle der deutschen Justiz in der Vorgeschichte des zweiten

Von den 1.427 Männern und Frauen, die sich in Frankfurt/M. an Widerstandsaktionen gegen das »Dritte Reich« beteiligten, steht nur bei 10 fest, daß sie von »bürgerlicher Seite« kamen.

Nach der Verhandlung am 9. Oktober schrieb Eckert seiner Frau zu ihrem 38. Geburtstag: »Sei nicht zu traurig über unser Los, daß Du den Mut verlierst. Verliere in der langen Zeit, in der ich nicht bei Dir sein kann, die Spannkraft nicht. Reiß Dich von den drückenden Gedanken los und bewahre die Stunden, in denen Du Dich freuen kannst! Du hast jetzt so viel zu arbeiten und zu tragen durch das Geschäft und durch Wolfs Erziehung, daß Du Dir wegen mir nicht noch Sorgen machen sollst. [...] Ich komme ja einmal wieder zu Dir und zu unserem Kind, dann fangen wir noch einmal an mit unserem Leben. In Gedanken halte ich oft Zwiegespräche mit Dir und Wolfgang; in dieser einsamen trostlosen Abgeschlossenheit meiner Zelle bin ich manchmal ohne jede Lebensäußerung [...] Ich hoffe, [132] daß ich bald die schlimmsten Depressionen überwunden habe. Das Bewusstsein, trotz des Milieus und der Erniedrigung meiner Lage, keine schlechte Tat begangen zu haben, hilft mir, aufrecht zu bleiben. Körperlich werde ich schon durchhalten, obwohl das Essen manchmal für mich sehr knapp ist; [...] Arbeit habe ich immer noch nicht. Turnen gilt als ›Vergünstigung‹, kann ich erst nach einem Jahr bewilligt bekommen, ebenso Selbstbeschäftigung, also Schreiben, Sprache lernen oder ähnliches. Aber sei gewiss, ich werde auch diesen Krieg gegen seelische und körperliche Gefahren überstehen. Es wird mir sein, als sei ich zu einem neuen Leben auferstanden, wenn ich nach Jahren wieder bei Dir sein werde. Halte Dich gesund, meine Liebe, und sei getrost« (B., 31.10.1936).

Zu Weihnachten 1936 werde er in Gedanken ganz bei seiner Frau und seinem Sohn sein und »davon träumen, daß [...] der Geist und die Kraft Christi das Leben der Völker und der Menschen untereinander bestimmen wird. Dieser Glaube ist auch in dieser trüben Umgebung und trotz des Geschickes, das mich, im Grunde eben wegen dieses Gläubigseins an den in Christus geoffenbarten Willen Gottes, getroffen hat, unerschütterlich in mir. In meiner engen Zelle werde ich am Weihnachtsabend an dieser Vision der in Gemeinschaft und Frieden geeinten Menschheit Kraft finden wie schon so oft. Und ich werde bei Euch sein auch an diesem Abend, wenn ich die alten Lieder vor mich hin summe im Auf- und Abgehen der vier Schritte zwischen der Eisentür und der dicken Mauer. [...] Es geht mir in der letzten Zeit schon besser, die krankhafte Überanspannung der Nerven ist vorbei und damit die Depressionen. Ich will, selbst wenn ich die 3 1/2 Jahre = 42 Monate = 183 Wochen = 1.264 Tage = 30.336 Stunden= 1.820.160 Minuten absitzen muss, von hier körperlich, geistig und seelisch gesund weggehen.[55] Das habe ich mir fest vorgenommen und was ich tun kann dafür, geschieht. Ich gymnastisiere auf den drei qm herum, dreimal am Tage, ich schrubbe den Boden, bis ich schwitze, ich mache etwa eine Stunde ›Rundlauf‹, fünf kleine Schritte vorwärts, einer quer, fünf zurück, einer quer u.s.w. Dabei denke ich, analysiere ich das, was nach den spärlichen Nachrichten des ›Leuchtturmes‹ zu uns dringt über das Leben draußen. [...] Wie oft denke und rede ich mit Wolfi – ach vielleicht merkt er, wie sehr mein Herz an ihm hängt und welche Sorge ich um ihn habe. Ich begleite ihn von morgens auf dem Schulweg, bis ich abends an sein Bett trete und ihn mit leicht geöffneten Lippen schlafen sehe. Da küsse ich ihn und streiche über sein Haar.

Lebt wohl, grüßt die Eltern lieb von mir. Mein lieber Bibi, Du musst merken, [133] daß ich Dich unerhört liebhabe. Deinen einzigen Brief habe ich unzählige Male gelesen, sein Duft hat mir Deine Nähe vorgezaubert. Manchmal überfällt mich die Sehnsucht nach Dir, daß ich stöhne und selbst erschrecke über meine Stimme und die Tränen, die mir aus den Augen stürzen, ohne

Weltkrieges. In: Ders. (Hrsg.): Der Weg deutscher Eliten in den Zweiten Weltkrieg, Berlin/DDR, 1990, S. 119–171, hier: S. 152.

55 Der selbstangefertigte Kalender seiner Haft befindet sich als Faksimile in: F.-M. Balzer/Karl Ulrich Schnell: Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Bonn 1993, S. 195. Das Foto, das am Tage seiner Entlassung aus dem Zuchthaus Ludwigsburg gemacht wurde, befindet sich auf S. 191.

daß ich es will. Leb wohl, Du, ich halte Dich fest und lieb in den Armen. Dein Erwin« (B., 20.12.1936).

IV »Nennt man die besten Namen ...«

Die vorliegenden 25 Briefe (1937–1939) bis zur Entlassung aus dem Zuchthaus Ludwigburg am 9.3.1940 können hier nicht näher ausgebreitet werden. Stellvertretend für diese und kennzeichnend für seine ungebrochene Haltung ist der Brief vom 17.12.1939 im Anhang ungekürzt abgedruckt.

Auf einen Vorgang soll an dieser Stelle noch eingegangen werden. Am 09.04.1938 hatte der Vorstand des Zuchthauses Freiendiez ein Gnadengesuch an den Generalstaatsanwalt in Kassel befürwortet. Darin wird ausgeführt, daß Eckert sich »vorbildlich« führe. Er arbeite in der Kleintierhaltung der Anstalt »mit lobenswertem Fleiß und auffallendem inneren Interesse«.[56] Er wirke insofern »günstig auf seine Mitgefangenen« ein. Bei Antritt der Haft sei er »stark niedergedrückt« gewesen, habe sich aber nach Aussprachen mit dem Anstaltsgeistlichen und dem Anstaltsleiter in seine Lage gefunden. Er habe offensichtlich begonnen, »an sich zu arbeiten« und in Briefen »in durchaus nationalem Geist und in ethisch hochstehender Weise« auf seinen Sohn einzuwirken versucht, der der Hitler-Jugend angehöre. Der Vorsitzende des Strafsenats beim OLG in Kassel mochte dieser Fürsprache keinen Glauben schenken. Er lehnte einen Gnadenerweis mit der Begründung ab: »*Bei dem Verurteilten handelt es sich um einen langjährigen überzeugten Marxisten, der wegen seiner hohen Intelligenz besonders gefährlich ist.* Seine Beteuerungen, er habe sich innerlich gewandelt und erkenne die Leistungen des Nationalsozialismus an, sind mit Vorsicht aufzunehmen.« Dr. Trautmann gab zu bedenken, daß es Eckert als ehemaligem Pfarrer nicht schwerfallen dürfte, seine angebliche Umstellung glaubhaft vorzutragen. »Die Art und der Umfang seiner legalen und illegalen Arbeit für die KPD sind derart groß gewesen, daß eine wirkliche Abkehr vom Marxismus noch nicht angenommen werden kann.« Seine »Verdienste während des Weltkrieges« und die sonstigen zu seinen Gunsten sprechenden Umstände seien bereits im Urteil gewürdigt und bei der Strafzumessung berücksichtigt worden. »Weitere Gnadengründe sind nicht ersichtlich.« Am 30.4.1940 lehnte Dr. Trautmann einen erneuten Begnadigungsantrag vom 24.4.1940 ab. »Aufgrund der mir durch den Erlass des Herrn Reichsministers der Justiz vom 6. Mai 1935 [...] erteilten Ermächtigung bescheide ich Sie hiermit im Namen des Herrn Reichsmi-[134]nisters der Justiz ablehnend.«[57] Was der nur scheinbar allmächtige Richter nicht wusste: Lt. Beschluss des Generalstaatsanwalts in Kassel vom 13.2.1940 befand sich Eckert ab dem 9.3.1940 auf freiem Fuß. Die Resthaft von 3 Monaten wurden bis 31.03.1943 »zur Probe« ausgesetzt. Ein medizinisches Gutachten des Anstaltsarztes in Ludwigsburg rettete Eckert zudem vor einer Einweisung ins KZ.

Nach der Entlassung stellte ihm die Staatsanwaltschaft beim OLG Kassel eine Kostenrechnung in Höhe von 2.381,82 M aus.[58] Nach Abzahlung von 81,82 M verpflichtete sich Eckert, die Restschuld von 2.300 M, darunter Haftkosten in Höhe von 2.032.50 M, in Monatsraten von 50 M abzuzahlen. Die Kosten für den Rechtsanwalt hatten bereits 400 M betragen.

Am 13.10.1943 teilte das Wehrkreiskommando Frankfurt/M. Eckert mit, daß er gem. § 13 des Wehrgesetzes vom 21.05.1935 »wehrunwürdig« sei. Der Verlust der »Wehrwürdigkeit« habe von Rechts wegen zur Folge: »[...] 3) den Verlust des Rechts zum Tragen einer Uniform der Wehrmacht, 4) den Verlust der Orden und Ehrenzeichen und der Fähigkeit, sie zu erwerben. [...] Sie werden hiermit aufgefordert, die in Ihrem Besitz befindlichen Orden- und Ehrenzeichen

56 Eckert berichtet von 220 Angorahasen, die er gerade geschoren habe. (B., 15.12.1938)
57 Original befindet sich im PAB.
58 Ebenda.

[...], und zwar das Eiserne Kreuz II, Kl. 1914–1918, das Ehrenkreuz für Frontkämpfer, Verwundetenabzeichen in Schwarz binnen 8 Tagen persönlich oder durch Einschreibebrief an das Wehrkreiskommando Frankfurt [...] abzuliefern.«[59]

Der zweite deutsche Griff nach der Weltmacht, gegen den Eckert seit seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg unermüdlich gekämpft hatte, war bereits, spätestens nach der Niederlage in Stalingrad[60], gescheitert. Es gereicht Eckert zur Ehre, daß die Wehrmacht in ihrem Eroberungs- und Vernichtungskrieg auf ihn verzichten wollte. Er hatte seine Lektionen aus dem Ersten Weltkrieg gelernt und tapfer an den in den Klassenkämpfen der Weimarer Republik erworbenen Erkenntnissen festgehalten, auch unter schwierigsten existentiellen Bedingungen. Er hatte die Fronten gewechselt und brauchte keine Ehrenkreuze für die Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges.

Der jüdische Sozialdemokrat Siegfried Einstein schrieb über den kommunistischen Christen Erwin Eckert zu dessen 70. Geburtstag: »In jenen Jahren der großen Finsternis ging der Name Erwin Eckerts in den Kreisen der Illegalen von Mund zu Mund. Er war ein deutscher Humanist / Den Illegalen wohlbekannt / Und nannte man die besten Namen / So hat man seinen auch genannt!«[61]

Mehr als alle Verfolgungen des »Dritten Reiches« bedrückte ihn nach 1945 die [135] Tatsache, daß er wegen seines Kampfes gegen die Wiederbewaffnung von einem bundesdeutschen Gericht 1960 erneut verurteilt wurde.[62] Die Erinnerung an den »braven Soldaten im Befreiungskrieg der Menschheit« (Heinrich Heine), »das Schwert« und die »Flamme« (Heinrich Heine)[63], die unsere Väter und Großväter »in der Dunkelheit« erleuchtet haben, kann dazu beitragen, daß ein Dritter Weltkrieg[64], vor dem Helmut Ridder 1983 warnte, verhindert wird. Oder, um mit den Worten eines anderen Eckert Nahestehenden, Heinz Kamnitzer, zu schließen: »Unser historisches Gedächtnis ist witzlos, wenn es nur speichert, was gewesen ist, und nicht erinnert, was möglich ist.«[65]

Anhang

»Zuchthaus Ludwigsburg, den 17.12.1939 Liebe Frau, lieber Junge.

Am 29.11. wurden die letzten Zuchthausgefangenen von Freiendiez hierher versetzt, darunter auch ich. Der stellvertretende Direktor, Oberinspektor Hofmann, ließ mich nach der Einkleidung in Zivil zu sich rufen und sprach mir im Namen der Verwaltung besondere Anerkennung und Dank aus für die von mir geleistete Arbeit, für den ›technischen und organisatorischen Aufbau der vorbildlichen Angorazucht, die Anlage des Bienengartens und der Imkerei‹. Er hoffe, daß Dein Gesuch, das von dort ›wärmstens‹ empfohlen sei, Erfolg habe und ich bald frei sein werde. Sollte es aber anders kommen, dann werde mir wohl die Zeit, die ich in

59 Ebenda.

60 K. Pätzold: Stalingrad und kein Zurück. Wahn und Wirklichkeit, Leipzig 2002.

61 Siegfried Einstein: Nennt man die besten Namen. Gruß an Erwin Eckert zum 70. Geburtstag. In: Die Andere Zeitung, Nr. 25 vom 20.06.1963, S. 5–6, hier S. 6.

62 Siehe F.-M. Balzer (Hrsg.), Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover, Köln 2006.

63 S. Einstein: Nennt man die besten Namen ... ebenda.

64 »Daß der Dritte Weltkrieg sehr wohl von deutschem Boden ausgehen könnte und sich an unserer fatalen ›Bedeutsamkeit‹ für alle anderen nichts ändern wird, solange die bundesdeutsche Republik sich nicht von den Obsessionen der nach wie vor unbewältigten deutschen Vergangenheit befreien kann.« Rede H. Ridders beim 3. Forum der Krefelder Initiative »Das atomare Inferno verhindern – Wehrt euch!« am 17.09.1983 in Bonn-Bad-Godesberg. In: mitteilungen (der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, 3 (September 1983), S. 14, 20–23, hier S. 23. Der Text kann jetzt nachgelesen werden bei F.-M. Balzer (Hrsg.): Helmut Ridder. Das Gesamtwerk. Werkausgabe in 6 Bänden, 3. Aufl. Von Helmut Ridder für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM, Bonn 2009.

65 Heinz Kamnitzer: Abgesang mit Herzschmerzen, Berlin 1993, S. 96.

Ludwigsburg zubringen müsse, nicht mehr allzu schwerfallen.

Wir waren 13 Tage unterwegs, 6 Tage im Polizeigefängnis Frankfurt, in richtigen Drahtkäfigen von 2 m Länge, 1,15 m Breite und 2 m Höhe eingesperrt. Am 05.12. ging es bis Mannheim, wo wir mit starken Stahlfesseln zwei und zwei geschlossen [136] im Transportwagen zum Schloss Gefängnis gebracht wurden. Dort blieben wir bis zum 8., an dem wir, in gleicher Weise zum Zug gebracht, bis Bruchsal kamen. Bis zum 11. blieben wir dort in einem kleinen, alten, kaum geheizten Gefängnis. Am 11. endlich erreichten wir Ludwigsburg.

Nach der herkömmlichen Empfangsprozedur: Personalien Aufnahme, Ausziehen, Einkleiden, Untersuchung auf Gesundheitszustand, Haar ganz kurz schneiden mit der Maschine, wurden wir am zweiten Tag dem Leiter der Anstalt, Oberdienstrat Klaus, vorgeführt. Nach der Nennung der Nummer, unter der ich in den Listen der Anstalt geführt werde, und des Namens war ich in zwei Minuten nach kurzen, völlig unpersönlichen Worten, mit der Mahnung, nicht politisch und fleißig zu sein, entlassen. Seither bin ich hier in einer Einzelzelle und klebe Tüten, soweit der Papiervorrat reicht, der wöchentlich zugestellt wird. Sonst gehe ich die Schritte des Raumes hin und her und überdenke vieles. Du musst Dich aber darum nicht besonders grämen, daß ich nach 3 1/2 Jahren Haft nun noch die letzten Monate diese empfindliche Strafverschärfung ertragen muss. Es liegt keine persönliche Ursache dazu vor, und ich glaube, daß ich in einigen Tagen, vielleicht noch vor Weihnachten, in einen anderen Bau zu gemeinschaftlicher Arbeit komme, vielleicht Gärtnerei oder Bibliothek oder Buchbinderei.

Gesundheitlich geht es mir erträglich. Die ärztliche Untersuchung ergab, soweit ich das erkennen konnte, daß ich organisch völlig gesund bin. Am unteren Rand meiner Kriegsoperationswunde haben sich die Narben geöffnet, innerlich, so daß deutlich ein Leistenbruch zu erkennen ist, der mir aber keine Beschwerden macht. Trotzdem will ich ihn, wenn ich erst draußen bin, nach ärztlicher Konsultation operieren lassen. Ich schreibe diese Einzelheiten, obwohl ich sie nicht für so besonders wichtig halte, weil ich weiß, wie sehr gerade diese besonderen Umstände Euch bewegen, unter denen ich hier sein muss.

Aus dem Vordruck des Briefes siehst Du, daß die Strafvollzugspraxis hier noch strenger ist als in Freiendiez. Du kannst zum Beispiel nicht wie bisher sonntags zu Besuch kommen. Auch hält der Anstaltsgeistliche keine Besuche ab. Ich habe gestern persönlich mit ihm sprechen können, ganz kurz. Pfarrer Groß. Er ist etwas älter als ich und, wie ich aus der heutigen Predigt gemerkt habe, bedeutend lebendiger und tiefer verankert, als es dem Kollegen in Diez gegeben war. Wenn Du also im Januar kommen willst, dann musst Du am besten sonntags dort abfahren, die Angehörigen besuchen und am Montag zu mir kommen. Etwa zehn Tage vorher musst Du um Verlängerung der Sprechzeit einkommen, geschäftsnotwendig, weil wir sonst nur 20 Minuten sprechen können. Allerdings gebe ich die Hoffnung noch nicht auf, daß das Gesuch Erfolg hat. Vielleicht ist ein Besuch im neuen Jahr nicht mehr notwendig. Es wäre sehr schön, könnten wir diese vierte (!) Weihnachten zusammen feiern und froh sein. Aber auch wenn es nicht sein sollte, dann seid [137] nicht traurig. Ich werde, wie ja täglich, besonders in diesen Tagen der innersten Verbundenheit in tiefster Liebe bei Euch sein mit aller Kraft der Vorstellung und der Seele, auch wenn ich in meiner öden, engen Zelle sein werde und niemand bei mir sein wird. Alle die verständlichen Depressionen, die mich hie und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr werden über mich. Immer hält mich der Trost und die Gewissheit aufrecht, daß ich keinen leichtfertigen Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung gegangen bin. Die Lieblingsstellen aus dem Neuen Testament – Paulus- und Johannesbriefe – tragen mich oft bis an die Grenzen menschlicher Erkenntnis und Freiheit.

Ich bin bei Euch, ich umarme Euch in Liebe und Hoffnung. Euer Papa.«

Erwin Eckert am Tage seiner Entlassung aus dem Zuchthaus 1940

[138]

Das war das Leben. Trauerrede für Juliane Eckert*

I. Vaughan Williams: St. Paul's Suite

Das war das Leben? – Dies glitzernde Ding
Das schaukelnd hoch oben am Christbaum hing
Ewig unerreichbares Schweben
Ewige Lockung – Das war das Leben.

Das war das Leben? – Die rasche Sekunde
Dir aber schien sie wie Stunde um Stunde
Endlose Zeit, zur Vergeudung gegeben
Plötzlich zu Ende – Das war das Leben.

I.

So oder so ähnlich verzweifelt fragte Juliane Eckert mit den Worten des Schauspielers Ernst Ginsberg am Ende ihres Lebens gelegentlich. Doch diese Retrospektive verkennt, was sie uns gegeben hat: Anregungen, Lebenshilfe, Kreativität und positive Lebenssicht; ein solcher Rückblick übersieht, was sie an Spuren sinnlich wahrnehmbarer, greifbarer, tastbarer und fühlbarer Werke ihrer bildhauerischen Arbeit hinterlassen hat.

Wir haben uns hier *nicht* versammelt, um von Juliane Eckert Abschied zu nehmen oder sie gar zu verabschieden. *Wir wollen verstehen, was wir betrauern und sind dabei, Fäden der Erinnerung und der Erwartung zu einem immer deutlicheren Bild zu verknüpfen, was wir, ihrer gedenkend, mitnehmen wollen.* Je mehr wir uns mit ihrem Leben beschäftigen, umso mehr entsteht vor unseren Augen das Bild einer liebevollen, kämpferischen Frau, die ihr von Schicksalsschlägen heimgesuchtes Leben tapfer gemeistert hat und uns allen viel bedeutet.

Es ist wahr: Juliane Eckert hatte seit frühester Jugend viele Träume, und sie ist jung geblieben, *weil* sie an diesen Träumen festgehalten hat. Nicht alle ihre Träume hat sie verwirklicht. Darauf kommt es auch gar nicht an. Schon Friedrich Schiller mahnte uns in seinem »Don Carlos«, die Träume unserer Jugend zu achten, wenn wir erwachsen werden. Jugend ist also nicht ein Abschnitt des Lebens, sie [139] ist ein Zustand der Seele. Sie besteht in der Bereitschaft zur Phantasie, in einer gefühlsmäßigen Kraft, im Überwiegen des Mutes über die Zaghaftigkeit und der Abenteuerlust über den Hang zur Bequemlichkeit. Juliane Eckert ist in diesem Sinne nicht alt geworden, weil sie ihr eigenes Ideal nicht aufgegeben hat. Sie bewahrte sich auch im hohen Alter die Liebe zum Wunderbaren, zur Kreativität. Sie bewahrte sich den unstillbaren Wunsch des Kindes für alles, was neu ist, und den Sinn für die angenehmen und fröhlichen Seiten des Daseins. Stets blieb sie auf der Suche nach dem Glück, der Liebe und der Treue und hat die Schwierigkeiten, die Menschen und Krankheiten ihr zufügten, mit einem unbändigen Willen zum Leben gemeistert.

II.

Geboren wurde Jutta Juliane Charlotte Eckert, geb. Hödl am 12. Juli 1925 in Weimar im Christlichen Hospiz für junge Mädchen. Ihr Vater Georg Hödl wurde 1883 als bayerischer Bauernbub geboren. Er war so arm, daß er im Winter nicht zur Schule gehen konnte, weil er keine Schuhe hatte. Hinzu kam, daß er als uneheliches Kind auf die Welt gekommen war, ein in der

* Am 14. März 2005 starb Juliane Eckert, geb. am 12. Juli 1925, zweite Ehefrau des Sohnes von Erwin Eckert. Der folgende, unveröffentlichte Text stellt die Trauerrede dar, die ich am 22. März 2005 in Oberboihingen gehalten habe.

Familiengeschichte der Eckerts sich wiederholendes Geheimnis.

Mit 15 Jahren packte Georg Hödl seine wenigen Habseligkeiten, nahm Abschied von seiner Umgebung und ging zu Fuß nach München, wo er sich Arbeit suchte. Er fand sie bei einem Bäcker. Als dieser aber sah, daß sich der Junge einem Protestmarsch durch die Landeshauptstadt angeschlossen hatte, um gegen die miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu protestieren, wurde Georg gefeuert und auf die Straße geworfen. Anstellung fand er zunächst bei einem Zahnarzt, der ihn als Page in seiner Praxis beschäftigte. Dort lernte Georg Hödl im Jahre 1899 Erika von Watzdorf-Bachof kennen: ein Schön- und Freigeist adeliger Herkunft.[1] Erika von Watzdorf entdeckte seine Begabungen und Talente und stellte ihn bei sich an. Als sie 1904 ihren Wohnsitz ins thüringische Weimar verlegte, nahm sie den Diener Georg Hödl und seine Lebensgefährtin und spätere Ehefrau Maria als Hilfskräfte für alle Fälle mit.

In ihrem Schloss in Weimar kam Georg in Berührung mit Kunst und Antiquitäten. Er las viel und bildete sich weiter. Seine Herrin ließ ihn kaufmännisch ausbilden. Als sie 1922 in der Inflationszeit einen großen Teil ihres Vermögens durch Spekulation an der Börse verlor und ihren Diener und seine Frau nicht mehr beschäftigen konnte, machte sich Georg Hödl als Briefmarken-, Kunst- und Antiquitätenhändler in Weimar selbständig. Hierdurch kam er mit vielen Menschen [140] aus der Welt der Kunst und des Theaters in Berührung. Dabei lief ihm auch die junge Balletttänzerin Lydia de Boer über den Weg, mit der er ein Kind zeugte, das am 12. Juli 1925 auf die Welt kam. Die Mutter nahm ihr Kind mit nach Berlin, wo sie es in eine Fürsorgeanstalt für Kinder steckte. Als Georg Hödl sah, wie sehr seine Tochter dort vernachlässigt wurde, stellte er die Mutter vor die Alternative, entweder die Tochter besser zu versorgen oder seine Zahlungen einzustellen und das Kind zu sich zu nehmen und zu adoptieren. So geschah es 1929. Von nun an verbrachte Juliane eine glückliche Kindheit im Hause Hödl und wurde auch von ihrer Stiefmutter Maria Hödl angenommen und fürsorglich aufgezogen. Ihre »Tante« Lydia, von der sie erst später erfuhr, daß sie ihre Mutter war, besuchte sie in Berlin, wo sie auch von der Schwester ihrer Mutter Charlotte und ihrem Bruder Harry betreut wurde.

Schon als Kind gehörten Künstler und Schauspieler zu der Luft, die sie einatmete. Als bildhübsches Mädchen betrieb sie aktiven Sport und wurde thüringische Eiskunstlaufmeisterin. Nach dem Schulbesuch auf dem Lyzeum begann sie 1942 ein Studium als Bühnenbildnerin an der Kunstakademie in Weimar. 1943 starb der von Juliane geliebte und verehrte Vater bereits im Alter von 60 Jahren.

Ihren Jugendfreund Hans-Werner Schmitt heiratete sie nach vierjähriger Freundschaft im März 1945, als sie 19 Jahre alt war. Doch vier Wochen nach ihrer Ehe wurde sie bereits Witwe – wenige Wochen vor der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Ihr Mann war als Bordingenieur der Luftwaffe am 24.4.1945 abgeschossen worden. In ihrer Verzweiflung tat sie sich mit dem Zahnarzt Dr. Karl Gawlik zusammen, der seine Ehefrau bei einem Tieffliegerangriff verloren hatte, und heiratet ihn 1946. Doch der Versuch, aus zwei Kriegsgeschädigten ein glückliches Paar zu machen, scheitert. Ihre Stiefmutter Maria stirbt 1947, als Juliane gerade 22 Jahre alt ist.

III.

1950 lernt sie den Opernsänger Wolfgang Eckert in Weimar kennen und lieben. Auf Vermittlung von Wolfgang Langhoff hatte der Weimarer Intendant Robert Bortfeld Wolfgang Eckert 1950 an das Nationaltheater in Weimar geholt. Nach ihrer beider Scheidung wurde im Juni 1951 in Weimar geheiratet. Am 2. August 1951 kam Sohn Klaus zur Welt. Bis zu ihrer Übersiedlung in die BRD verbrachte die Familie Eckert glückliche Zeiten in der DDR. Zunächst

[1] Siehe Erika von Watzdorf-Bachof: Im Wandel und in der Verwandlung der Zeit. Ein Leben von 1878 bis [1963]. Aus dem Nachlass herausgegeben von Reinhard R. Doerries, Stuttgart 1997, 438 S.

ging es nach Eisenach, wo die Familie mit Elisabeth Eckert, Wolfgangs Mutter, die aus Furcht vor den Folgen des Koreakrieges zwei Jahre lang dorthin geflüchtet war, zusammenwohnte. Von Eisenach ging es 1955 an die Oper in Leipzig, wo Wolfgang als Heldenbariton engagiert wurde und große Erfolge feiern konnte. [141] Es waren weithin glückliche Jahre für Juliane und ihre Familie. Als 1959/60 Erwin Eckert monatelang vor einem westdeutschen Gericht in Düsseldorf wegen »Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation« steht und verurteilt wird, erlebt der junge Klaus, wie sehr ihm die Hochachtung seiner Klassenkameraden und Lehrer in der DDR über seinen im Westen verfolgten Großvater entgegenschlägt.

Hier sei der Ort, um kurz auf Julianes Rolle in der von politischem Kampf und politischer Verfolgung geprägten Familie Eckert einzugehen. Mit der Heirat war Juliane Trägerin eines großen Namens in der deutschen Geschichte geworden: Erwin Eckert, Wolfgangs Vater, war der protestantische Ossietzky des 20. Jahrhunderts. Als ich 1966 erstmals nach Großsachsen fuhr, um die Arbeit an der wissenschaftlichen und publizistischen Aufarbeitung des Lebenswerkes von Erwin Eckert zu beginnen, traf ich dort auch auf Juliane und ihren Sohn Klaus. Seither kenne ich keinen Angehörigen der Familie Eckert, der sich so intensiv mit dem Leben und Wirken dieses großen Mannes verbunden fühlte wie Juliane. Im Eckert-Archiv in Marburg finden sich zahlreiche Zeugnisse ihrer Arbeit beim Abschreiben historischer Dokumente des Kampfes von Erwin Eckert für ein friedliches und demokratisches Deutschland. Als angeheiratete Frau des einzigen Sohnes von Erwin Eckert hatte sie keine Berührungsängste mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung des kommunistischen Christen. Im Gegenteil. Sie unterstützte diese Arbeit nach besten Kräften und begleitete sie mit großem Interesse. Ihr sozialer Gerechtigkeitssinn war untrüglich. Schon von ihrem Vater Georg Hödl und später von ihrem Schwiegervater Erwin Eckert hatte sie gelernt, sich um die Armen und Ausgestoßenen, die Mühseligen und Beladenen, die Menschen im Abseits zu kümmern. So lud ihr Vater die Bettler zu sich nach Hause, um ihnen eine warme Mahlzeit zu geben.

Juliane hielt den Kontakt zu mir bis an ihr Lebensende. Es war Juliane, die dafür sorgte, daß ich 1975 Trauzeuge bei der Heirat ihres Sohnes Klaus mit Heidi wurde. Es war Juliane, die mich bat, die Frau von Erwin Eckert und den von ihr 27 Jahre getrenntlebenden Mann Wolfgang zu beerdigen. Sie bewies durch diese großzügigen Entscheidungen ihre immense Integrationskraft *und* ihre politische Ader. Die frühe Erfahrung des deutschen Doppelgesichtes – das klassische Weimar u. a. mit Goethe und Schiller auf der einen Seite und das Konzentrationslager Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar auf der anderen Seite – hat sie politisch Zeit ihres Lebens begleitet. Noch auf ihrem Sterbebett hat sie dies bekräftigt.

Es gab kaum ein Gespräch in den letzten vier Jahrzehnten, in dem Juliane sich nicht ratsuchend um Orientierung in der verwirrenden, deprimierenden, aber mit kritischer Distanz wahrgenommenen politischen Lage in diesem Lande an mich wandte. Ich persönlich habe ihr viel zu verdanken.

[142] Als Erinnerung an ihre glücklichen Jahre in Leipzig und ihrer danach bis an ihr Lebensende fortgesetzten Suche nach der Liebe und der Treue hören wir nun den Tenor Josef Schmidt, mit dem von Juliane geradezu als Leitmotiv ihres Lebens geliebten Lied: Ein Lied geht um die Welt.

IV.

1962 wurde Julianes Glück jäh beendet. Nach Querelen mit dem Intendanten der Leipziger Oper und dem Aufbrechen scheinbar verheilter seelischer Wunden von Wolfgang aus der Zeit, als sein Vater landauf landab durch ganz Deutschland vor dem heraufziehenden Faschismus warnte und nach 1933 in Gefängnis und Zuchthaus unter den Nazis eingesperrt war, entschließt sich Wolfgang, mit seiner Familie legal in den anderen Teil Deutschlands überzusiedeln, was

mit Hilfe seines Vaters und höchster Stellen auch gelingt.

Im Westen angekommen, verlässt das Glück die Familie Eckert rasch. Wolfgang versucht zwar, an der Krefelder Oper in seinem Beruf wieder Fuß zu fassen, muss aber nach einer Virusinfektion, die zum Verlust seiner Stimme führt, aufgeben. Juliane schlägt sich zunächst als Verkäuferin durch, um ab 1967 – gemeinsam mit ihrem Mann in einer Stuttgarter Textilfirma – eine Anstellung zu finden. Die Wanderjahre der Familie Eckert seit der Übersiedlung 1962 finden mit der Bleibe in Musberg bei Stuttgart 1968 ein vorläufiges Ende. Es scheint, als sei eine bescheidene Ruhe eingekehrt.

Doch nach dem Tod von Erwin Eckert im Jahre 1972 machen sich die Depressionen bei Wolfgang wieder so breit, daß er seine Frau und seinen Sohn Hals über Kopf verlässt und 18 Jahre lang ohne Lebenszeichen spurlos verschwindet. Gleichsam ein Vermisster ohne Todesurkunde.

Juliane ist nun ganz auf sich gestellt. Sie muss allein für den Lebensunterhalt sorgen und arbeitet in der Textilfirma als Abteilungsleiterin für Schnittmuster.

Sie verlegt ihren Wohnsitz 1976 in den Jupiterweg in Stuttgart-Dürrlewang. Ihre Wohnung, später zeitweilig um ein Atelier erweitert, spiegelt die Atmosphäre ihres Elternhauses: Antike Möbel, wertvolle Gemälde, u. a. von ihrem Vater und dessen Freund Walter Einbeck, Bücher und Musik. Hier richtet sie sich ein, nimmt sich Zeit für Freunde, die Familie und ist auf der Suche nach neuem Glück.

Doch auch hier trifft sie das Unglück in vielfacher Weise. Ein schwerer Autounfall im Jahre 1979 und eine Nierentuberkulose im Jahre 1982 fesseln sie monatelang ans Krankenbett ohne Aussicht auf Heilung. Doch sie gibt nicht auf und kämpft mit ihrem starken Willen ums Überleben. 1986 erreicht sie die Nachricht, daß ihre Firma Konkurs angemeldet hat. Sie verliert ihren Arbeitsplatz.

[143] Wer jedoch geglaubt hatte, daß sich Juliane als Rentnerin mit 61 Jahren aufs Altenteil begeben würde, hatte sich getäuscht. Sie erfüllt sich einen Jugendtraum. Als Heranwachsende hatte sie in Weimar während ihrer Ausbildung als Bühnenbildnerin – der Vater ihrer Mutter war Operndekorationsmaler – den Bildhauer Boeß in Weimar bei seiner Arbeit aus nächster Nähe oft beobachten können. Nun wollte sie, kreativ und dem Leben und der Kunst zugewandt, diesen Beruf erlernen. Von 1987 bis 1992 studierte sie an der Freien Kunstschule in Nürtingen bei Professor K. H. Türk Bildhauerei und beendete das Studium erfolgreich mit einem Abschlussexamen. Bis zu ihrem 75. Geburtstag betätigte sie sich als freie Bildhauerin und kann zahlreiche Plastiken und Gruppen in öffentlichen Räumen aufstellen, darunter in Weissach, Wolfschlugen, Bempflingen und Beuren. Zuletzt entstand die Plastik auf dem Grabstein für ihren Mann Wolfgang Eckert in Meersburg, als dieser fast auf den Tag genau 4 Jahre vor ihr, am 15. März 2001 starb.

Ihr Lebensmuster war, trotz aller Irritationen, Verletzungen und Brüche immer wieder von vorne anfangen zu können, aus der Wandlung immer wieder die Kraft zur Verwandlung schöpfen zu können, sich immer wieder auf die Suche zu begeben, um dem Leben – auf der Suche nach Glück – einen Sinn zu geben. Ein starker Wille, die Fähigkeit, sich angesichts wegbrechender Stützen zu behaupten und Kreativität im Chaos des Lebens zu entwickeln, waren ihre großen Stärken. Zu ihrer Lebensmaxime gehören die Zeilen, die ihre Freundin, die Schauspielerin Sibylle Kuhne jetzt vorträgt:

Immer, wenn Du denkst,
es geht nicht mehr,
kommt von irgendwo
ein Lichtlein her,
Daß Du es noch einmal zwingst
und von Sonnenschein und Freude singst,

leichter trägt des Alltags Last
und wieder Kraft und Mut und Glauben hast.

V.

Als sie im März 2004 eine Krebsoperation über sich ergehen lassen muss, nimmt sie die schwere Krankheit am Ende gefasst und gelassen, dem Tod schließlich bewusst in die Augen schauend, an. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus kann sie nicht mehr allein leben und zieht zu ihrem Sohn Klaus und ihrer Schwiegertochter und Freundin Heidi nach Oberboihingen. Dort wird sie liebevoll und fürsorglich betreut, bis wenige Wochen vor ihrem Tode sie auch dort nicht mehr bleiben kann [144] und der ärztlichen Hilfe bedarf. Bis zum Schluss ohne Schmerzen und im Beisein von Klaus und Heidi stirbt sie friedlich am 14. März um 18.00 Uhr. Ihre Kräfte waren aufgebraucht. Juliane hatte ihr Leben lang gekämpft. Nun ließ sie los.

Wir denken in dieser Stunde an Juliane und die große Liebe, die sie für Menschen, an erster Stelle für ihre Familie, Klaus und Heidi, und ihre Enkelkinder Marc und Sven und ihren Patensohn Benjamin Kaehler aufbrachte.

Sie lebt im Gedächtnis und in der Erinnerung all derer fort, die sie geliebt haben und die von Juliane Eckert geliebt wurden. Die sie Liebenden sind traurig, weil Trauer ja nur die Fortsetzung von Liebe sein kann. Wir werden uns der Lebensmuster von Wandlung und Verwandlung gegenwärtig, eines Lebenswillens, der sich trotz aller Niederschläge nicht unterkriegen lässt, und sind voller Dankbarkeit.

Juliane blieb bis zum bitteren Ende eine jugendliche Frau. Von ihr lernen heißt: Wir werden so lange jung sein, wie unser Herz die Botschaft der Schönheit, der Kühnheit und des Mutes aufnehmen wird, die Botschaft der Größe und Stärke, die uns von der Welt, von einem Menschen wie Juliane oder von der Unendlichkeit geschenkt wird.

Am 12. Juli dieses Jahres wäre Juliane 80 Jahre alt geworden. Wir sind traurig, weil wir sie geliebt haben. Hören wir zum Schluss in dankbarer Erinnerung an Juliane das sanfte, fast heitere Musikstück von Vaughan Williams »Fantasia on Greensleeves«. Möge jeder und jede dabei an das denken, was bisher nicht ausgesprochen wurde. Denken wir an das je gemeinsame Leben mit Juliane, das mit diesem Tag nicht aufhört. Juliane ist ein Teil von uns, von dem wir uns nicht trennen. Wir bewahren Juliane in unseren Herzen, solange wir leben. Die Spuren, die Juliane hinterlassen hat – in uns und anderswo –, sie sterben nicht.

[146][*]

[*] Das Foto von Wolfgang Ruge 2002 befindet sich in dieser Ausgabe auf S. 286.

Wolfgang Abendroth als literarischer Ratgeber der organisierten Studentenbewegung (1961–1967)[*]

Im Rahmen Eures Bundestreffens möchte ich ein paar Stegreifbemerkungen zu Wolfgang Abendroth als literarischer Ratgeber der organisierten Studentenbewegung in der BRD machen. Als lebenslanger »marxistischer Sozialist« war er für diese Rolle bei der Unterstützung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes »SDS«, des Sozialdemokratischen, später des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und schließlich des Marxistischen Studentenbundes Spartakus (MSB) durch seinen lebenslangen Kampf in der und für die Arbeiterbewegung bestens vorbereitet.

Abendroth war mehr als nur ein »Glied in der Kette marxistischer Forschung«. Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow schrieben in ihrer Einleitung zum Nachdruck von Abendroths Alternativentwurf zum Godesberger Programm: »Abendroth war nach Rosa Luxemburg der wohl klügste und weitblickendste theoretisch-strategische Kopf der marxistischen Linken in Deutschland. Und er war wie Rosa Luxemburg ein Sozialist, für den die marxistische Analyse sich stets mit politischem Handeln verband. Seine Werke [...] sind heute genau so aktuell wie zu der Zeit, als sie geschrieben wurden.«[1]

Wolfgang Abendroth als literarischer Ratgeber der organisierten Studentenbewegung

Wolfgang Abendroth hat sich als *literarischer* Ratgeber der organisierten Studentenbewegung in den 60er, 70er und 80 Jahren – von seinem Ausschluss aus der SPD bis zu seinem Tod am 15. September 1985 – in den Verbandsorganen der organisierten Studentenbewegung wiederholt zu Wort gemeldet. Dies ist nur ein winziger Ausschnitt aus seinen 1050 Veröffentlichungen, die sein Gesamtwerk ausmachen.

Vor die Alternative gestellt, etwas *über* Abendroth zu sagen, oder ihn ausgiebig selbst zu Wort kommen zu lassen, entscheide ich mich für die letztere Lösung. [147] Dies hat einen einfachen und einen leidigen Grund: Der einfache ist: die Schriften, gerade seine publizistischen Arbeiten, die nicht in einer der vielen Sammelschriften erschienen, sind weit verstreut und schwer auffindbar, nahezu unzugänglich. Ich habe bisher ca. 700 Texte von Abendroth als elektronische Ressource erstellt. Der leidige Grund ist: Bis ein Teil seiner Schriften in der auf sechs Bände geplanten Ausgabe der »Gesammelten Schriften« im Offizin-Verlag in Hannover nachlesbar sein werden, greife ich zu der List, wenigstens durch ausführliche Zitate Abendroth schon jetzt selbst zu Wort kommen zu lassen.

Literarisch soll heißen: Natürlich hat Abendroth als Ratgeber der Studentenbewegung vor Ort eine riesige Rolle gespielt. Ich nenne nur zwei Beispiele: Am 17. Juni 1966 sprach Abendroth vor ca. 1.200 Studenten im Audi Max zum 17. Juni 1953. Der bis heute nicht veröffentlichte Vortrag löste damals nach eigenem Bekunden eine riesige Bewegung unter den Studenten aus, wie auch in seiner Autobiographie »Ein Leben in der Arbeiterbewegung«, erschienen 1976, nachzulesen

[*] Am 8. Oktober 2005 hielt ich einen Vortrag bei der »Assoziation Marxistischer Studenten« (ams) in Düsseldorf. Grundlage war die digitale Erfassung des Gesamtwerks von Wolfgang Abendroth von 1961–1985. Der ursprünglich geplante Zeitraum der Bearbeitung reichte von 1961–1983. Tatsächlich reichte die Zeit für den Vortrag nur bis 1967. Der hier vorgelegte Text ist um zahlreiche Passagen gekürzt und bisher unveröffentlicht.

[1] Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow: Einführung zum Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth. In: Partei der Arbeitnehmerklasse oder Volkspartei, Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm der SPD, Schriften aus dem Liebknecht-Haus Leipzig 6, hrsg. vom PDS-Stadtvorstand Leipzig, Leipzig 2000, S. 8.

ist. Das zweite Beispiel ist eine Rede, die Abendroth anlässlich des 100. Geburtstages von Wladimir I. Lenin am 24. April 1970 im überfüllten Marburger Audi Max gehalten hat.[2] Wie groß der Einfluss von Abendroth in dieser Zeit war, wird durch ein ausführliches Interview unterstrichen, das ausgerechnet der Volkswirt/Wirtschaftswoche eine Woche zuvor mit ihm geführt hatte.[3] Seine Rede im Audi Max ist nur in der Marburger Studentenzeitschrift »Marburger Blätter« veröffentlicht worden und taucht bisher ebenso wie sein Aufsatz zum 60. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg[4] in keiner der zahlreichen Sammelschriften auf.

Wenn Marburg sich ab Mitte der 60er Jahre zu einer Hochburg von SDS, MSB-Spartakus und SHB entwickelte, so war das nicht zuletzt Abendroths Ausstrahlung durch seine intellektuelle, wissenschaftliche, moralische, politische und persönliche Integrität zu verdanken. 30 von 82 Mitgliedern des SDS aus dem Jahre 1966 haben bei Abendroth bzw. wie Eberhard Dähne und Dieter Boris bei seinem Kollegen Heinz Maus am Soziologischen Institut promoviert. Wenigstens 11 davon wurden Professoren. Von den 74 Abendroth-Doktoranden waren folgende Doktoranden Mitglieder des SDS im Jahre 1966: Karl-Hermann Tjaden, Ursula Schmiederer, Frank Deppe, Kurt Steinhaus, Rüdiger Griepenburg, Georg [148] Fülberth, Jörg Kammler, Karl Theodor Schuon, Gert Meyer, Lothar Peter, Jutta von Freyberg, Jürgen Harrer, Friedrich-Martin Balzer, Bärbel Hebel-Kunze, Helmut Lange und Herbert Claas. Das Marburger politische Biotop dürfte einzigartig in der BRD gewesen sein.

Wolfgang Abendroth als Autor der »neuen kritik« (1961–1967)

In den 60er Jahren erschienen seine Artikel im Organ des SDS »neue kritik«.

a) Notdienstgesetz und freiheitlich-demokratische Grundordnung

Gleich der erste widmete sich einem Thema, das mich auch im SDS besonders beschäftigte: Der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung. Abendroth war von Hause Jurist. Er hatte im zeitweiligen Exil in der Schweiz mit einer völkerrechtlichen Dissertation promoviert, deren 2. Teil dann in der SBZ seine Habilitationsschrift wurde, bevor er zum Professor für Völkerrecht an der Universität Jena ernannt wurde. Abendroth betrachtete es als seine Aufgabe, zur Verteidigung des Grundgesetzes beizutragen, und sah sich verpflichtet, vor allem die Mobilisierung der öffentlichen Meinung und die Teilnahme an diesem politischen Kampf herbeizuführen. Eindringlich warnte Abendroth davor, daß die Notstandsgesetzgebung weder mit einem demokratisch-sozialen Rechtsstaat, den die BRD nach Art. 20 Abs. 1 GG sein soll, noch mit einem obrigkeitsstaatlichen Verwaltungsstaat etwas zu tun habe. Unter Verweis auf die Tatsache, daß viele der Bestimmungen der NS-Gesetzgebung Verordnungen aus den Jahre 1938 und 1939 entstammen, resümierte Abendroth: »Es ist der totalitäre Staat in voller Konsequenz, wie wir ihn vor 1945 in Deutschland erlebt haben.«[5] Wenn die Transformation der BRD »in einen autoritären Verwaltungsstaat mit starker Diktaturgewalt«[6] verhindert werden konnte, so ist dies, einem optimistischen Votum seines Mistreiters Helmut Ridder zufolge, auch der breiten

---

2 Wolfgang Abendroth, Lenin und die internationale Arbeiterbewegung [Rede gehalten am 24. April 1970 im Marburger Auditorium Maximum], in: marburger blätter, 20. Jg. (1970), H. 133, (29. Mai 1970), S. 1–6.

3 Wolfgang Abendroth, Leninismus. »Auch heute führt die Unterklasse den Klassenkampf, wenn auch mit falschem Bewusstsein« (Interview), Der Volkswirt/Wirtschaftswoche, 24. Jg., (1970), Nr. 16 vom 17. April 1970, S. 36–42.

4 Wolfgang Abendroth, Rosa Luxemburg. 60 Jahre nach der Ermordung der Revolutionärin am 15. Januar 1919, in: Deutsche Volkszeitung, Wochenzeitung für demokratischen Fortschritt, 27. Jg., (1979), Nr. 2 vom 11. Januar 1979, S. 13.

5 Wolfgang Abendroth, Notdienstgesetz und freiheitlich-demokratische Grundordnung. In: neue kritik, 2. Jg., (1961), S. 13–22, hier: S. 20.

6 Ebenda, S. 21.

Kampagne von Studenten und Gewerkschaften zu verdanken.

b) Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes

Am 8. Oktober 1961 wählte die Gründungskonferenz der Sozialistischen Förderer-Gesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des SDS Abendroth zu ihrem ersten Vorsitzenden. In der »neuen kritik« stellte Abendroth sogleich »Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes« in den [149] Vordergrund. Die Zuspitzung des Kalten Krieges auf deutschem Boden hatte die politischen Voraussetzungen des GG verschoben. Die Machtkonzentration in der Wirtschaftsgesellschaft hatte längst das Ausmaß übertroffen, das sie zur Zeit des Endes der Weimarer Republik und des Dritten Reiches erreicht hatte. Nach dieser Verschiebung der sozialen und politischen Machtgrundlagen gelte es die Normen des Grundgesetzes, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren, gegen erhebliche Unterwanderungs- und Aushöhlungstendenzen zu verteidigen. Abendroth definierte als wichtigste Aufgabe der politischen Soziologen und Verfassungsrechtler, die der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, die seit Beginn ihrer Existenz für die Demokratie eingetreten war, verbunden sind, diesen Problemkreis soziologisch und juristisch exakt zu analysieren, um den großen Organisationen der Arbeiterbewegung zu helfen, den Kampf um die Erhaltung des Normenbestandes des GG energisch zu führen. »Es ist die Funktion der Opposition, die verfassungsrechtliche Ordnung gegen ihre stete Gefährdung durch die Macht des Staatsapparates und der ökonomischen Konzentrationsgebilde zu schützen.«[7]

c) Der Kölner Parteitag der SPD

Auch nach seinem Ausschluss aus der SPD richtete sich das Augenmerk Abendroths ganz auf die Entwicklung der SPD. Zwar hatte der Godesberger Parteitag gegen den energischen Widerstand Wolfgang Abendroths, der einen eigenen Alternativentwurf zum Godesberger Programm vorgelegt hatte, »den Bruch mit der programmatischen und theoretischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie als der Partei der Arbeiterklasse«[8] vollzogen – den Strategen des Wandels durch Annäherung an das Bürgertum, Herbert Wehner, bezeichnete Abendroth als »Wanderer von der Ideologie und den Methoden Josef Stalins zu denen Gustav Noskes«[9] – aber ein Einwirken auf die SPD, die ideologisch zu einer bürgerlichen Partei geworden war, die von der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und Wähler immer noch auf die Abhängig-Arbeitenden angewiesen war (und ist), hielt Abendroth für unverzichtbar, gegebenenfalls auch durch die Konkurrenz einer neuen linkssozialistischen Partei, die die SPD »wenigstens teilweise« zu zwingen vermöge, »zur Vertretung von demokratischen Interessen zurückzukehren, wenn sie ihren Einfluss auf Arbeiterwähler behalten wollte«[10]. Die SPD wolle [150] nicht mehr die »Partei der politischen Alternative zum Status quo«, wolle nicht mehr die »Oppositionspartei« sein. »Aber eine parlamentarische Demokratie ohne Opposition als mögliche Alternative zum Regierungsblock ist zum Untergang verurteilt«[11]. Besorgt stellte Abendroth die Frage, ob das Bonner Grundgesetz an diesem Widerspruch untergehen werde, »wie einst die Weimarer Verfassung nicht zuletzt durch die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber Brüning zugrunde gegangen ist, die dem Scheine nach der NSDAP das Monopol der Opposition gegen Brünings Politik zuschob«.[12] Abendroths Hoffnung richtete sich ganz auf die »versprengten sozialistischen

7 Wolfgang Abendroth, Das Ringen um die Verteidigung des Grundgesetzes. In: neue kritik, 2. Jg., (1961), (November), S. 16–18, hier: S. 18.
8 Wolfgang Abendroth, Der Kölner Parteitag der SPD. In: neue kritik, 3. Jg., (1962), (August), S. 15–18, hier: S. 15.
9 Ebenda, S. 17.
10 Ebenda.
11 Ebenda.
12 Ebenda, S. 17 f.

Arbeiter und Intellektuellen«[13]. Die deutsche Demokratie, »die stets nur durch die Arbeiterklasse verteidigt wurde«, könne, so die Quintessenz nach dem Kölner Parteitag 1961, »ohne die Hilfe eines solchen sozialistischen Zentrums«[14] auf Dauer nicht erhalten werden.

d) »Alte« und »neue« Linke

Die (marxistische) Linke sei – »ganz besonders in der deutschen Geschichte – immer wieder geschlagen und bestenfalls auf die Rolle des Propheten beschränkt« worden, »der zwar das Unheil kommen sieht und voraussagt, aber nicht die Macht gewinnt, es abzuwenden«[15]. Für Abendroth war es kein Wunder, daß die zahllosen Gruppierungen der *wirklichen* Linken »immer dazu neigten, zu Sekten zu verkümmern, die den jeweiligen Ausgangspunkt ihrer Opposition absolut setzten und darüber die Untersuchung der übrigen Welt vergaßen.«[16] Die seit Godesberg »offene und unverhüllte passive Anpassung« der SPD »an die Machtverhältnisse« mache eine »wissenschaftliche *Methode* zur Analyse der kapitalistischen Klassengesellschaft«[17] dringend notwendig. »Intellektuelle Kritik, *die an die Realität nicht genau anknüpft*« und glaubt, »ohne kritische Nachprüfung der Fakten und Überprüfung ihres theoretischen Gehalts« auskommen zu können, könne zur Ideologie werden und dazu führen, daß »vor lauter Zweifel der kritischen Kritik an sich selbst zuletzt kein Weg zum Zweifel an der ewigen Realität der bestehenden Gesellschaft, der Ideologie ihrer herrschenden Klassen und *kein Weg zur Praxis* mehr bleibt.«[18] An seinem Credo der Einheit von Theorie [151] und Praxis festhaltend, plädiert Abendroth für das sich Einlassen auf die Praxis, ohne dabei die ständige theoretische Reflexion zu vernachlässigen. Die sich selbst propagierende und absolut setzende »Neue Linke« könne »die besten wirklichen Linken aus der ›alten Linken‹« nicht grundsätzlich »zum alten Eisen werfen.«[19] Das ende »unvermeidlich durch Dogmatisierung der ›Kritik‹ in der Preisgabe jeder *konkreten* Kritik.«[20] »Es gibt keine von der Bewegung der Sozialgeschichte und ihrer Analyse *getrennte* Sozialtheorie, die nicht (contra voluntatem) zur bloßen Apologie der jeweils bestehenden Zustände führen müsste. Deshalb sollte gerade die sozialistische studentische Jugend sich hüten, einen – nicht nur sinnlosen, sondern gefährlichen – Graben zwischen den Linken der alten Arbeiterbewegung und sich selbst künstlich zu schaffen, sondern besser auch das systematische Studium der Geschichte der sozialistischen Bewegung in ihren Aufgabenkreis einbeziehen.«[21] Keine Gruppe dürfe sich »für den unfehlbaren Repräsentanten kritischen Denkens und die andere für die Inkarnation des dogmatischen Teufels halten, wenn nicht die Sache, der Kampf für eine klassenlose und freie Gesellschaft des Sozialismus, in den Gefahren der spätkapitalistischen Gegenwart und das Ringen um die Verteidigung der Demokratie und des Friedens, unabsehbaren Schaden leiden soll.«[22]

e) Die Aufgaben der jungen Intelligenz im Klassenkampf

Hatte sich Abendroth im letzten Artikel vor allem kritisch mit Tendenzen innerhalb der jungen Intelligenz auseinandergesetzt, so erfolgt im nächsten Aufsatz in der »neuen kritik« eine positive Bestimmung der Aufgabenstellung der jungen Intelligenz. Die künftige Arbeit des SDS lasse sich »nicht lediglich *abstrakt* wissenschaftlich oder *nur* hochschulpolitisch bestimmen, sondern nur dann, wenn dieser sozialistische Studentenverband weiß, wo er steht und worum es konkret in den Klassenauseinandersetzungen der Bundesrepublik Deutschland, in der er ja

13 Wolfgang Abendroth, Der Kölner Parteitag der SPD. In: neue kritik, 3. Jg., (1962), 12/1962, (August), S. 15–18, hier: S. 18.
14 Ebenda.
15 Wolfgang Abendroth, »Alte« und »neue« Linke. In: neue kritik, 4. Jg., 15/1963 (März), S. 8–11, hier: S. 9.
16 Ebenda.
17 Ebenda, S. 10.
18 Ebenda.
19 Ebenda, S. 11. 20 Ebenda 21 Ebenda 22 Ebenda

nun einmal operieren muss, geht.«[23]

Auch dann und auch solange, »als die Unterklasse dieser Gesellschaft kein eigenes Sozialbewusstsein besitzt«, sei diese Gesellschaft eine Klassengesellschaft. »Die gesamte offiziöse Universitätswissenschaft – mit wenigen Ausnahmen – behauptet in dieser oder jener Modifikation, daß diese bundesrepublikanische Gesellschaft nicht mehr Klassengesellschaft, sondern irgendetwas anderes, eine [152] nivellierte Mittelstandsgesellschaft oder eine pluralistische Gesellschaft sei, die Klassenauseinandersetzungen nicht mehr kenne.«[24]

Das erste Argument der Leugner des Klassencharakters unserer Gesellschaft sei, daß die Klassengesellschaft »nicht mehr durch das Eigentum, sondern durch das Management bestimmt und dirigiert werde«[25]. Unter Verweis auf die Untersuchung von C. W. Mills »The Power Elite« ändert das Auftreten des Managements nichts daran, so Abendroth, »daß die Gesamtstruktur dieser Gesellschaft unverändert geblieben ist, weil das Profitmotiv das Grundprinzip dieser Gesellschaft bleibt.«[26]

Das zweite Argument bezieht sich darauf, daß es zum normalen Dogma der bürgerlichen Wissenschaft gehöre, dem bundesrepublikanischen Publikum zu erzählen, daß es keine Klassen gebe, weil es kein Klassenbewusstsein gebe. Zwar gibt es heute keine klassenbewusste politische Arbeiterbewegung mehr, aber die Behauptung, Klassenbewusstsein entstehe sozusagen automatisch aus der Klassenlage, sei schon immer falsch gewesen. »Dieser Schluss und die Grundlage der Argumentation, daß Klassenlage automatisch Klassenbewusstsein erzeuge, ist falsch und hat, wie ein kurzer Blick auf die Geschichte zeigt, nichts mit der historischen Realität und auch nicht das Geringste mit den Überlegungen des Marxismus zu tun. Es gehört vielmehr gerade zur wissenschaftlichen Methode, die von der Klassenanalyse der Gesellschaft ausgeht, zu wissen, daß normalerweise in Ruhelagen das Bewusstsein, sei es der herrschenden Klasse, sei es der im Interesse der herrschenden Klasse denkenden Intellektuellen, das Gesamtbewusstsein der Gesellschaft im Großen und Ganzen bestimmt und daß also die Produktion eines rationalen Eigenbewusstseins von oppositionellen Unterklassen, die die Umformung der Gesellschaft betreiben, nur unter besonderen Bedingungen, mit besonderen Methoden möglich ist. Wir wissen aus der Geschichte, daß sich spontane Ansätze zum realen Klassenbewusstsein des Proletariats [...] fast nur in unmittelbar akuten revolutionären Situationen bei schweren Krisen der Gesellschaft ergeben haben, wenn sie nicht aus einer besonderen Kombination von theoretischen Überlegungen mit systematischer Führung in steten eigenen Tageskämpfen sehr überlegt und langsam erzeugt wurden, wie etwa in der Aufschwungsperiode der modernen Arbeiterbewegung nach den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts.«[27]

»Rationale Analyse der Klassenlage«, so Abendroth, »ist für Unterklassen nur mit Hilfe theoretisch denkender Menschen, also von Intellektuellen, möglich, von Intellektuellen, die das Instrument kritischer Gesellschaftstheorie zu handhaben [153] und die Konsequenzen aus der kritischen Gesellschaftstheorie in aktuelle politische und gesellschaftspolitische Tätigkeit mit Hilfe von Teilen der Unterklasse umzusetzen wissen. Deshalb hat sich auch der Aufstieg etwa der modernen Sozialdemokratie zur Massenpartei bis zum Sozialistengesetz außerordentlich langsam vollzogen und konnte erst nach 1890 energischer fortgesetzt werden. Allerdings nur durch das bewusste Zusammenwirken von Intellektuellen mit den durch sie theoretisch

23 Wolfgang Abendroth, Die Aufgaben der jungen Intelligenz im Klassenkampf. In: neue kritik, 18, (November), 1963, S. 9–12, hier: S. 9.
24 Ebenda.
25 Ebenda.
26 Ebenda.
27 Ebenda, S. 10.

geschulten Kadern der Unterklassen. Nicht anders.«[28]

Im Wachsen der Unbehagensstimmung der bundesrepublikanischen Intelligenzschicht sieht Abendroth zwar ein »progressives Element«. Man müsse sich aber dabei klar sein, daß dies Unbehagen der Intellektuellen »meist nicht von einer kritischen Gesellschaftstheorie, sondern von dem traditionellen gesellschaftlichen Bewusstsein ihrer eigenen Sozialschicht ausgeht. Sie nehmen die herrschende Ideologie noch ernst und sind deshalb in der Lage, Einzelheiten einer faschistoiden Durchsetzung des Staatsapparates der Bundesrepublik und ihrer antidemokratischen obrigkeitsstaatlichen Tendenzen aufzudecken.«[29] Die Verteidigung der demokratischen Rechtsordnung gegen den Angriff des Staatsapparates könne »vom Standpunkt liberal-bürgerlichen Denkens aus nicht konsequent betrieben werden, weil diese bürgerlichen Intellektuellen, so lange sie *bürgerliche* Intellektuelle bleiben, die Vergangenheit der bundesrepublikanischen Gesellschaft nur partiell aufdecken und auch diese Konsequenzen der gegenwärtigen Lage nur partiell überdenken können.«[30] Eine konsequente Verteidigung der demokratischen Rechtsordnung gegen den sich verselbständigenden Staatsapparat sei »ohne kritische Gesellschaftstheorie nicht möglich«[31]. Die Verteidigung könne nur dann erfolgreich sein, wenn eine reale gesellschaftliche Kraft und nicht nur das diskutierende Gelärme weniger Intellektueller, die noch so wohlmeinend seien, für die demokratische Rechtsordnung auftrete. Derartige diskutierende Intellektuelle könnten zwar in solchen Ruhelagen der Gesellschaft Randeinflüsse ausüben. »An den Grundstrukturen können sie jedoch nichts ändern«.[32]

Gegen eine Politik der Reformen sei prinzipiell nichts einzuwenden. »An sich ist der Kampf um Reformen ein Mittel zur Entwicklung des Unterschichtenbewusstseins. Er wird nur dann zum Mittel *gegen* das Unterschichtenbewusstsein, wenn die Tatsache, daß die gewährten Reformen Konzessionen an die Unterklassen sind, den Arbeitnehmern aus dem Bewusstsein weggezaubert werden kann.«[33]

[154] Bei Abendroth dreht sich alles um die Frage des realen Sozialbewusstseins der abhängig Arbeitenden. Gleichzeitig weist Abendroth der Intelligenz, insbesondere erzieherisch der jungen Intelligenz, die Rolle zu, dazu beizutragen, daß ein adäquates gesellschaftliches Bewusstsein als Voraussetzung für Aktionen erzeugt wird. Die These Karl Kautskys bleibe nach wie vor richtig, »daß es eine Gruppe von Intellektuellen, von wissenschaftlich geschulten Menschen geben kann und geben muss, die sich durch Entwicklung kritischer Gesellschaftstheorien darauf orientiert, zu entdecken, welche realen gesellschaftlichen Machtgruppen man zu ihrem Bewusstsein führen und dadurch wirksam machen kann, um die demokratische Transformation dieser Gesellschaft als Möglichkeit zu erhalten. Derartiges Denken von Intellektuellen kann nur dann wirksam werden, wenn es in die Organisationswelt und in das reale Leben jener gesellschaftlichen Untergruppen, also der Arbeitnehmer, ausstrahlt und dort zum Katalysator potentieller Aktionen wird.«[34] Die Arbeitnehmer seien schließlich »die einzige Kraft, die einen Machtfaktor gegenüber den übrigen Machtfaktoren dieser Gesellschaft darstellen kann.«[35]

Aufgabe sozialistischer Studentengruppen müsse es deshalb sein, darauf zu achten, »daß sie nicht ihre kritischen Diskussionen untereinander und die an sich sehr notwendige Diskussion um die Reform ihrer Ausbildungsstätten, der Universitäten, für den Nabel der Welt halten.«[36] Es

28 Ebenda.
29 Ebenda.
30 Ebenda, S. 11.
31 Ebenda.
32 Ebenda.
33 Ebenda.
34 Ebenda.
35 Ebenda.
36 Ebenda, S. 12.

komme darauf an, »die Kommunikationen zwischen diesen kritischen Intellektuellen und der Masse der Bevölkerung, die allein für Demokratie und soziale Umgestaltung kämpfen kann, zu erhalten«.[37] Es genüge nicht, »Hochschulpolitik zu machen – so notwendig diese ist. Hochschulpolitische Aktivität muss ständig mit theoretischer gesellschaftskritischer Analyse verbunden werden. Dazu gehört der ständige Kontakt zu der einzigen Sozialschicht, die man in dieser gesellschaftlichen Situation noch mobilisieren kann, Kommunikation mit Ansätzen der bestehenden und ständig (in allen ihren Widersprüchen und Unklarheiten) neu entstehenden Arbeiterbewegung. Eine sozialistische Studentenbewegung, die darauf verzichten würde, sich auch als politischer Faktor, und zwar als politischer Faktor in Bezug auf die potentielle Entwicklung von Sozialbewusstsein der Arbeitnehmer, zu betrachten, würde der Sache nach darauf verzichten, sich als sozialistisch zu verstehen. Sie würde im Ergebnis darauf verzichten, die zentrale strategische Aufgabe, die vor uns steht, in Angriff zu nehmen, nämlich demokratische Rechtsstaatlichkeit gegen Ansprüche autoritärer Staatsgewalt und friedliche Entwicklungsmöglichkeiten [155] gegen Ansprüche der Aufrüstung zu schützen.«[38] Ihr habt hier im Kern das, was später die »gewerkschaftliche Orientierung« der sozialistischen Studentenorganisationen genannt wurde.

f) Rede zum 8. Mai 1965

Zwei Jahre nach dieser programmatischen Bestimmung der sozialistischen Studentenorganisationen hält Abendroth eine Rede zum 8. Mai 1965, die der so viel gelobten und singulären Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker 20 Jahre später haushoch überlegen ist. Inzwischen ist aus dem erstmals von höchster staatlicher Stelle ausgesprochenen Begriff der Befreiung, eine verwerfliche Unterscheidung gemacht worden: Im Westen befreit, im Osten besetzt.

Abendroths Rede unterstreicht den dritten großen Schwerpunkt in seinem Denken, neben den Schwerpunkten Demokratie und Sozialismus den Antifaschismus, wie Abendroth ihn persönlich und analytisch verfochten hat. Ausgangspunkt seiner Rede ist die Feststellung, daß das deutsche Volk vom Dritten Reich objektiv befreit wurde, aber »es befreite sich nicht selbst«[39]. Wie konnte das geschehen?

Abendroths analytische Antwort, die man vergeblich in Weizsäckers Rede zum 8. Mai 1985 sucht: »Ist einmal eine Nation in der modernen hochindustriellen Gesellschaft von einer faschistischen Diktatur einer völligen Kontrolle aller ihrer Lebensäußerungen unterworfen, dann ist die Zerschlagung dieser Diktatur aus der eigenen Nation heraus nur noch möglich, wenn sich auch große Teile des Staatsapparates und der sozial herrschenden Klassen gegen diese Diktatur wenden. Die italienische Oberschicht – einschließlich der Majorität des faschistischen Großrates – hatte 1943 verstanden, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. So stürzte sie Mussolini, um sich zu retten. In Deutschland aber blieben die Verschwörer des 20. Juli in ihren eigenen Sozialschichten isoliert.«[40]

Die Ursachen dieses Unterschiedes lägen, so Abendroth, darin, daß der Angriffskrieg des Dritten Reiches gegen die Westmächte und der imperialistische Krieg Italiens sich völlig von dem deutschen Vernichtungskrieg im Osten unterschied. »Vergessen Sie nie, daß am Ende dieses Krieges die Sowjetunion 20 Millionen Tote, das kleine Polen 6 Millionen und das Dritte Reich selbst nur 4,4 Millionen Tote beklagte.«[41] Während der Krieg gegen die Westmächte *im Allgemeinen* noch in den Formen des Kriegsvölkerrechtes geführt worden sei, sei der Krieg [156] im

37 Ebenda.
38 Ebenda.
39 Wolfgang Abendroth, Rede zum 8. Mai 1965. In: neue kritik, 5. Jg., (1965), 50/1965, (Juni), S. 3–5, hier: S.3.
40 Ebenda.
41 Ebenda.

Osten vom ersten Tage an ein »reiner Ausrottungsfeldzug«[42] gewesen. Und das sei den deutschen Oberschichten durchaus bekannt gewesen, »noch bevor sie sich dazu entschieden, ihn vorzubereiten und zu führen.«[43] Abendroth erinnert in diesem Zusammenhang an »die Konferenz von über 200 deutschen Generälen mit Adolf Hitler am 17. März 1941, auf der er sie über seine verbrecherischen Pläne im Osten genau informierte. Gleichwohl arbeiteten sie an der militärischen Planung des Feldzuges gegen Russland weiter mit. Sie wussten, daß im Rücken der vormarschierenden deutschen Armeen Millionen ermordet werden sollten und dann auch ermordet wurden. So ist es kein Wunder, daß diese deutschen Oberklassen – anders als in Italien – sich von dem faschistischen Regime auch dann nicht trennten, als sie erkennen mussten, daß der Krieg verloren war; denn sie fürchteten, für diese Schuld bezahlen zu müssen. Und so ist es gekommen, daß am 20. Juli 1944 in Deutschland das scheiterte, was am 25. Juli 1943 in Italien erfolgreich war. Italien konnte deshalb seine nationale und staatliche Einheit erhalten; das deutsche Volk, das der völligen Okkupation und der völligen Verfügungsmacht der Sieger anheimfiel, nicht.«[44]

In der BRD und in der DDR stünde die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht zum Besten. In der BRD wurde die KPD verboten und strafrechtlich verfolgt, eine Partei, »die immerhin – man mag vieles von dem, was sie getan hat, verurteilen, und ich tue es auch – als einzige der großen Massenorganisationen vom ersten Tage an das deutsche Volk ohne jeden Versuch einer Anpassung und Schwenkung vor dem Weg warnte, der dann betreten wurde, und deren Anhänger in den ersten Jahren des illegalen Kampfes gegen Hitler im Widerstand die Mehrheit bildeten. Es gehört ebenso in diesen Zusammenhang, daß die Bundesregierung vor einigen Jahren das Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes vom Bundesverwaltungsgericht verlangte.«[45]

Auf der anderen Seite habe die DDR jahrelang in jener Periode, in der die stalinistischen Verbrechen das Bild der kommunistischen Welt mitbestimmten, das Andenken aller Kräfte des Widerstandes verdrängt, die nicht stalinistische Kommunisten waren, und die Geschichte zahlreicher Widerstandsgruppen verfälscht, um jeden Widerspruch zur stalinistischen Ideologie zu verbergen. Diese beiden Formen des Verhältnisses zur Tradition des deutschen Widerstandes gegen das »Dritte Reich« seien nur zwei verschiedene Seiten einer Medaille.

»Zwar hatte zweifellos vieles von dem, was zwischen den Drei Großen erst in Jalta und dann in Potsdam vereinbart wurde, mit politischer Klugheit oder mit einer ethisch begründbaren Politik nichts zu tun. Die Umsiedlung der deutschen [157] Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße und aus dem Sudetenland, die damals vereinbart und zugelassen wurde, geschah durchaus im Geiste jener Periode des Imperialismus, war durch die Übernahme von Verhaltensweisen der Vergangenheit belastet und moralisch, wenn man die Dinge heute ruhigen Blickes betrachtet, nicht vertretbar. Aber können wir der Roten Armee, die ihren Weg durch die zerstörten russischen und polnischen Gebiete nehmen mußte, die auf Schritt und Tritt die Spuren der Massenverbrechen des Dritten Reiches vorfand, einen Vorwurf daraus machen, daß ihre Gefühle und ihr Verhalten durch diese Situation bestimmt wurden? Haben wir heute noch ein Recht, davon zu reden, daß diese Grenzen, die – sicherlich durch sehr zweifelhafte Akte – zu Volksgrenzen geworden sind, keine endgültigen Grenzen sind?«[46]

Entschieden wehrte sich Abendroth dagegen, daß die Wirklichkeit der beiden deutschen Staaten

42 Ebenda.
43 Ebenda.
44 Ebenda.
45 Ebenda, S. 4.
46 Ebenda.

»mit scheinjuristischen Theorien und Phantasiegebilden«[47] in der BRD angegangen werde. Abendroth bezieht sich vor allem auf die Behauptung der »Identität des Deutschen Reiches vor 1945 mit der Bundesrepublik«[48], so als habe das Deutsche Reich nicht mit der »bedingungslosen Kapitulation« aufgehört zu existieren.

Zum Abschluss seiner Rede zum 8. Mai 1965 wendet sich Abendroth an die junge Generation in der BRD und fordert sie auf, die demokratische Verfassung des GG mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen, »nicht nur als Selbstzweck, sondern auch als Mittel, um durch ihren Gebrauch Deutschland zu weiterer demokratischer und sozialer Entwicklung des Rechtsstaates zu führen. Diese Verteidigung schließt ein, das Grundgesetz gegen Versuche zu verteidigen, durch Änderungen dieser Verfassung die Möglichkeit einer neuen Diktatur zu begründen.«[49]

An diesem Tag bleiben die Hoffnung und der Auftrag: »Schützen Sie die rechtliche Möglichkeit, sich zu informieren, zu analysieren, zu denken und dies Denken in Handeln zu verwandeln«[50].

g) Heinrich Brandler

Der letzte Beitrag von Abendroth in der »neuen kritik« ist seinem Lehrer und Vorbild Heinrich Brandler gewidmet, der am 26. September 1967 in Hamburg gestorben war. Erneut betont Abendroth in seinem Nachruf auf einen seiner Lehrer, zu denen auch August Thalheimer und Otto Bauer gehörten, wie sehr die [158] Gewerkschaften die notwendige gemeinsame Organisation aller Arbeitnehmer und daher die große Schule ihres Klassenbewusstseins sei. Mit Brandler war Abendroth der Überzeugung, daß »alle Entartungen des stalinistischen Terrorregimes und Dogmatismus den 7. November 1917 so wenig auslöschen konnten, wie über ein Jahrhundert vorher die Unmenschlichkeiten Robespierres gegen die anderen Fraktionen der Jakobiner den 14. Juli 1789 zunichte gemacht haben.«[51]

Was Abendroth über Brandler schrieb, gilt auch für Abendroth selbst: Vorbild für Brandler sei die Weigerung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gewesen, »die Kapitulation der Mehrheit der Sozialdemokratie vor der Politik des deutschen Imperialismus mitzumachen.«[52] Bei all ihrer leidenschaftlichen Kritik am Stalinismus sind Brandler und Abendroth »der sozialistischen Oktoberrevolution, ihrem Staat und der Gedankenwelt Lenins stets treu geblieben.«[53]

* * *

Damit endet mein Bericht über Abendroth als *literarischer* Ratgeber der *organisierten* Studentenbewegung. Am 1. Dezember 1967 verließ ich nach dem Lehrerexamen die Universität und trat als Junglehrer zum 1. Februar 1968 in den Schuldienst ein. U. a. als Abonnent der Verbandsorgane »frontal« des SHB und der »roten blätter« des MSB-Spartakus verfolgte ich als Lehrer natürlich Abendroths Veröffentlichungen weiterhin. Über die weiteren 18 Veröffentlichungen muss aus Zeitgründen an anderer Stelle gesprochen werden.

Als Vorausschau auf diese Artikel möchte ich einige Merksätze herausgreifen, die Wolfgang Abendroth im Zeitraum von 1972 bis 1983 an die Mitglieder der organisierten Studentenbewegung weitergegeben hat: Eignet Euch selbst marxistische Kenntnisse und Methoden an. –

47 Ebenda.
48 Ebenda.
49 Ebenda.
50 Ebenda, S. 5.
51 Wolfgang Abendroth, Ein Leben im Dienste der Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler ist gestorben. In: neue kritik, 44/1967, S. 3–6, hier: S. 5.
52 Ebenda.
53 Ebenda.

Vertretet sie in den Seminaren vorsichtig. – Setzt Euch mit der bürgerlichen Wissenschaft auseinander. – Eignet Euch genügendes theoretisches Wissen an. – Der Marxismus ist kein geschlossenes Weltanschauungssystem, sondern eine dialektische Methode, die die Widersprüche meistern kann. – Haltet Kontakt zu den Organisationen der Arbeiterbewegung. – Verteidigt den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Schützt die Normen des Verfassungsrechts. – Schließt Bündnisse mit allen, die mit den gegenwärtigen politischen und sozialen Verhältnisse unzufrieden sind. – Seid kritisch gegenüber allem, was Euch als feststehende Wahrheit angepriesen wird. – Baut sprachliche Barriere zwischen den Studenten und den Gewerkschaften ab. – Setzt der Parole »Freiheit statt Sozialismus« die Losung »Freiheit durch Sozialismus« entgegen. – [159] Vermeidet illusionäres Kraftbewusstsein. »Illusionäres Kraftbewusstsein ist immer ein Hindernis dafür, Kraft zu gewinnen.« Überschätzt Euch nicht. – Es gibt keine fertigen »Rezepte« und keine fertigen »Modelle«, wohl aber eine Methode: den Marxismus. – Historische und aktuelle Fehler können nur durch offene Diskussion überwunden werden. – Nur im Bündnis mit den Resten der Arbeiterbewegung könnt Ihr Erfolge erzielen. – Schafft Kerne nicht nur gewerkschaftlichen, sondern auch politischen Klassenbewusstseins. – Kümmert Euch um eine Politik der strategischen Einheit der gesamten Linken. – Seid kritisch und solidarisch mit allen nationalen und internationalen sozialen Bewegungen. – Vermeidet die undifferenzierte und kritiklose Vollidentifikation mit allen sozialistischen Tendenzen. – Analysiert genau, an welche Stimmungen jeweils angeknüpft werden kann. – Bedenkt, daß es unmöglich ist, ohne jeden Irrtum zu bestehen. – Die untergegangenen sozialistischen Länder, so muss heute gesagt werden, können nicht schablonenhaft als »Vorbilder« nachkonstruiert werden. Jede Ausgangslage erfordert eigenes Nachdenken. – Erarbeitet materielle und strukturelle Übergangsforderungen an Universität und Staat. – Kalkuliert sozialpsychologische Faktoren mit ein. – Lernt, mit noch größerer pädagogischer Geduld, Schritt für Schritt durch eigene Erfahrungen in eigenen Kämpfen zu höherer Einsicht in Eure eigenen Interessen zu kommen. – Lasst ab von gegenseitiger Verteufelung. – Lernt, in gemeinsamer Aktion zu kooperieren und den Partner als gleichberechtigt anzuerkennen. – Toleranz in steter Diskussion ist Voraussetzung gemeinsamer Aktion, wie gemeinsame Aktion zu sachlicher Diskussion in Richtung auf richtiges marxistisches Denken befähigt.

Nach so vielen Ratschlägen an die junge Intelligenz zum Schluss ein einziger Satz des Intellektuellen und »marxistischen Sozialisten« Abendroth nach einem Leben in der und für die Arbeiterbewegung. Im Gespräch mit Tübinger DKP-Genossen im Jahre 1976 sagte Abendroth: »Auf den normalen jungen Arbeiter kommt es mir viel mehr an als auf den normalen Jungintellektuellen.«[54]

[160]

[54] Wolfgang Abendroth: Interview mit Prof. Wolfgang Abendroth [geführt von drei Mitgliedern der DKP-Ortsgruppe Tübingen am 12. August 1976 in Stuttgart. Das »Gläserne Rathaus« sprach mit Prof. Abendroth u. a. darüber: Warum er aufruft, DKP zu wählen. Kommunisten und Sozialdemokraten in Westeuropa. Warum er nicht und wann er wieder Mitglied der Kommunistischen Partei ist etc.] In: Aktion Gläsernes Rathaus, 2. Jg., (1976), Nr. 6, (August/September), S. 3–4.

Persönliches und Politisches: Erinnerungen an Robert Neumann (1961–1975)*

Robert Neumann war schon lange tot, als mir ein Theologieprofessor aus Ostberlin schrieb: »Lieber Martin, Du bist kein Wissenschaftler, Du bist kein Enthüllungsjournalist, Du bist ein Fan.«

Auch wenn diese Aussage nicht gerade schmeichelhaft erscheint, denn welcher Fan gerät nicht in Gefahr, unkritisch zu sein: Hanfried Müller hatte recht. Ich bin ein Fan. Erwarten Sie also im Folgenden keinen wissenschaftlichen Vortrag, keine Enthüllungen, sondern persönliche Erinnerungen eines Menschen, der 1959 ein Fan von Robert Neumann wurde und bis heute geblieben ist.

Die Tatsache, daß ich 31 Jahre nach dem Tod von Robert Neumann, gestützt auf gesammelte Unterlagen, Erinnerungen vortragen kann, hängt damit zusammen, daß ich, als ich sein Fan wurde, noch sehr jung war. Ich war gerade 18 Jahre alt. Ich bin, glaube ich, unter den Beiträgern dieses Bandes über Robert Neumann der einzige Vitalzeuge, der ihn über eine längere Strecke persönlich kennenlernen konnte.

Es waren die letzten 14 Jahre von Robert Neumann. Eine kurze Zeit in dessen nicht leichtem Leben. Doch auch die Weimarer Republik dauerte nicht länger. Politisch umfasst unsere Freundschaft die Zeit vom Mauerbau 1961 bis zur Schlussakte der KSZE-Konferenz im Jahre 1975.

Persönliche Begegnungen zwischen Robert Neumann und mir hielten sich in Grenzen. Dreimal, 1961, 1962 und 1964 trafen wir uns in Marburg. Zweimal, 1968 und 1973 besuchte ich Robert Neumann in Locarno. Die Anzahl der telefonischen Kontakte und Briefe war zweistellig. 20 Briefe und 17 Briefkarten von Robert Neumann liegen im Zeitraum von 1961–1969 vor. Hinzu kommen weitere acht Kurzbriefe seiner Frau Helga, die nach 1969 die Korrespondenz über seinen Tod im Jahre 1975 hinaus fortführte. Mein letzter Brief zu seinem 77. Geburtstag trägt das Datum vom 20. Mai 1974, mein letzter Telefonanruf erfolgte am 30. Dezember 1974. Vier Tage später nahm Robert Neumann sich das Leben. Der letzte Brief seiner Frau ist datiert vom 4. Januar 1976, bevor sie am 18. Mai 1976 an einer »unheilbaren Krankheit« im Alter von 41 Jahren verstarb. [161]

Ausflüchte unseres Gewissens

Ich war 18 Jahre alt, als meine Mutter mich an das Radio holte, um eine, wie sich dann herausstellte, fünfteilige Sendereihe des NDR mit Robert Neumann anzuhören. Titel: »*Ausflüchte unseres Gewissens*«[1]. Es ist eine Erinnerung an seine ernsthafte, zornige und sensible Aufarbeitung der Barbarei des »Dritten Reichs«, die im Lande der »Konspiration des Schweigens« kaum, und wenn, dann meistens mit Widerwillen und einer typischen Abwehrhaltung der westdeutschen Restaurationsgesellschaft wahrgenommen wurde.

Bereits seine Stimme verriet, daß Robert Neumann kein bloßer Parodist war – zum Teufel mit

---

* Das nachhaltige Schlüsselerlebnis meiner Begegnung und Freundschaft mit Robert Neumann blieb in Marburg nicht verborgen. Anne Maximiliane Jäger, die sich in Marburg über Robert Neumann im Fach Germanistik habilitiert, stieß bei der Vorbereitung eines Symposiums über Robert Neumann an der Universität Siegen und auf der Suche nach einem noch lebenden Zeitzeugen von Robert Neumann auf mich und lud mich ein. Der vorliegende Text entspricht nicht ganz dem Manuskript, das ich für die Buchveröffentlichung einreichte. In: Anne Maximiliane Jäger (Hrsg.): Einmal Emigrant – immer Emigrant? Der Schriftsteller und Publizist Robert Neumann (1897–1975), edition text & kritik, München 2006, S. 15–39.

1 Robert Neumann: Ausflüchte unseres Gewissens. Dokumente zu Hitlers »Endlösung der Judenfrage« mit Kommentar und Bilanz der politischen Situation, Hefte zum Zeitgeschehen, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, Hannover 1960.

dem Zerrbild des bloßen Parodisten Robert Neumann –, sondern ein sensibler, von Krankheit und Kränkungen heimgesuchter, kritischer und politisch-ernsthaft-wacher und aufrechter Zeitgenosse des 20. Jahrhunderts. Für einen Angehörigen der 68er Generation waren die Rundfunksendungen geradezu eine Befreiung in jenem erstickenden Land, in dem, noch bevor man sich mit den Verbrechen des Faschismus ernsthaft auseinandergesetzt hatte, Antisemitismus offiziell durch Antikommunismus ersetzt wurde. Der folgende Ausschnitt zeigt, wie Neumann gleichermaßen an die Herzen wie an die politische Vernunft appellierte:

»Wenn ich Ihnen diese entsetzlichen Dokumente vorgeführt habe – und es sind nicht die entsetzlichsten auf meinem Tisch, nein, bei weitem nicht –, so tat ich es nicht um der Vergangenheit wegen. Was soll mir unser kumulatives schlechtes Gewissen? Die Toten, Mann, Weib und Kind, und ganz besonders diese aufs Grässlichste massakrierten Kinder, deren Schrei mich in meinen Schlaf verfolgt – die Toten sind tot. Aber sie sind nicht umsonst gestorben, wenn dieser Faktor X in unserer Bilanz, wenn Ihr menschliches Herz noch schlägt – Ihr Herz, meine Hörerinnen und Hörer, in Stellvertretung für jene Millionen zerfetzter Herzen. Wenn Sie die Trägheit Ihres Gewissens, die Feigheit des Es-nicht-wissen-Wollens, Es-nicht-gewesen-Seins überwinden und etwas tun.

Was tun? Die paar kleinen Schufte oder Teenager oder Strichjungen zusammenschlagen, die Hakenkreuze an die Mauern schmieren? Nein, damit wäre nichts getan. Aber wenn all das hier Sie aufrütteln sollte, es Ihren Kindern zu sagen, und den Lehrer zu zwingen, daß er es Ihren Kindern sagt, und die Behörde zu zwingen, daß sie den Lehrer zwingt – und wenn dazu noch das hier Gehörte Sie aufwühlt, so daß sie damit zu Ihrer Gewerkschaft gehen oder zu Ihrem Priester – das wäre eine große Tat.«[2] [162]

»Operation Mauerdurchlöcherung«

Mit der »Operation Mauerdurchlöcherung«[3], wie die ZEIT[4] die Tonbanddialoge zwischen West- und Ost-Deutschland irreführend nannte, wurde tatsächlich eine Mauer durchbrochen. Eine Mauer des Verschweigens, die die Aufarbeitung des Faschismus in Ost und West behinderte. Anklagen und Kritik aus dem Osten gegen Westdeutschland wurden erstmals »maßstablos oder begründet, von einem westdeutschen Sender mit den originalen Stimmen«[5] gesendet, unter ihnen Äußerungen von Heinz Kamnitzer, Wilhelm Girnus, Johannes Dieckmann und Wieland Herzfelde.

Sie war zustande gekommen in einer Zeit, in der »auch für die Brandts und Bahrs die DDR noch ›rechtlich nicht existent‹ und eine Ausgeburt des Teufels war.«[6] Nach der ersten

---

2 Ebenda, S. 50 f.

3 Zu den Tonbandgesprächen und ihrer Rolle bei der Aufarbeitung des Faschismus in West und Ost siehe: Reinhard Hübsch/Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): »Operation Mauerdurchlöcherung«, Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog. Bonn 1994. Der Band enthält u. a. Beiträge von Wolfgang Abendroth, Johannes Dieckmann, Wilhelm Girnus, Johannes Gross, Wieland Herzfelde, Reinhard Hübsch, Heinz Kamnitzer, Reinhard Kühnl, Robert Neumann und Manfred Weißbecker. Der irreführende Titel geht zurück auf die Überschrift eines Aufsatzes von Robert Neumann, in dem er über die Tonbandgespräche im Zeitraum von 1961 bis 1964 berichtete. Siehe DIE ZEIT vom 29. Mai 1964. Siehe neuerdings: Peter Paul Schwarz: »Operation Mauerdurchlöcherung«. Robert Neumann und dessen Marburg-Ostberlin-Projekt 1961 bis 1964. Möglichkeiten und Grenzen des Austauschs über die jüngste deutsche Vergangenheit. Magisterarbeit in Literaturwissenschaft, Potsdam 2004.

4 Robert Neumann: »Operation Mauerdurchlöcherung«. In: DIE ZEIT vom 29.5.1964. Siehe auch Robert Neumann: »Auf den Spuren Wolfgang Harichs«, in: DIE ZEIT vom 1.3.1963.

5 Robert Neumann: Vielleicht das Heitere, Tagebuch aus einem anderen Jahr, München/Wien /Basel 1968, S. 266.

6 Wolfgang Abendroth: »Robert Neumann (22.5.1897–3.1.1975). Ein Nachruf«. In: konkret 2/1975, S. 43.

Marburger Veranstaltung führte Robert Neumann das Marburger Band Studenten und Wissenschaftlern der DDR vor und diskutierte mit ihnen über die Marburger Veranstaltung und Probleme der Faschismus-Analyse, kam mit den Ostberliner Tonbändern zurück nach Marburg und diskutierte sie in Wolfgang Abendroths Oberseminar, bevor sie 1964 nach vielen Hemmnissen und Blockaden in West und Ost und nach zähem Ringen Robert Neumanns von einem ausgesuchten Kreis von Vertretern aus allen Lagern, darunter auch Abendroth, beim WDR und anschließend erneut im Marburger Audi Max diskutiert wurden.

Durch diesen großen deutschen Schriftsteller, der die britische Staatsbürgerschaft besaß und weit weg vom Zugriffsbereich von BND und Verfassungsschutz[7] [163] in Locarno lebte, kam, so Wolfgang Abendroth, als so etwas noch von allen großen Parteien, auch der SPD, »illegal« und »würdelos« genannt wurde, eine erste Zusammenarbeit über die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten hinweg zustande[8].

Um zu begreifen, um welch ein kühnes Projekt es sich bei diesem West-Ost-West-Gespräch – zwar nicht unter Umgehung der Politik, wohl aber unter Umgehung der Politiker – handelte, sei daran erinnert, daß noch fünf Jahre nach dem Beginn der Tonbandgespräche diesseits und jenseits der Mauer der von der SPD zunächst vorgeschlagene »Redneraustausch« im Jahre 1966 am sogenannten »Handschellengesetz« scheiterte. Mit dem am 23. Juni 1966 beschlossenen »Gesetz über die befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit« wurden de facto alle DDR-Repräsentanten unter dem Banner des KPD-Verbotes zu Straftätern erklärt.[9] Ihnen wurde die verfassungswidrige bundesdeutsche Jurisdiktion vor dem Hintergrund des angemaßten und völkerrechtswidrigen »Alleinvertretungsanspruchs« übergestülpt. Der »Redneraustausch« kam nicht zustande, weil die DDR diese »befristete Freistellung von der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit« nicht akzeptieren konnte.

Briefwechsel mit Robert Neumann

Mein erster Brief an Robert Neumann trägt das Datum vom 22. März 1961. Ich war gerade 20 Jahre alt. Neumann war zu diesem Zeitpunkt 63 Jahre alt, jünger, als ich es heute bin. Die Anreden meinerseits entwickelten sich von »Hochverehrter Herr Neumann« über »Hochverehrter, lieber Herr Neumann« und »Lieber Herr Neumann« zu »Lieber Robert Neumann«. Die seinigen pendelten von »Lieber Herr Balzer« über »Lieber Friedrich-Martin Balzer«, »Lieber Balzer«, »Mein lieber Balzer«, »Lieber Martin Balzer« bevor seine Frau Helga ihre Korrespondenz mit »Mein lieber Martin« fortsetzte.

[164] Die Organisierung der Veranstaltungen an der Philipps-Universität in Marburg und an der Humboldt-Universität in Ostberlin im Zeitraum von 1961 bis 1964 bildet den Schwerpunkt des Briefwechsels. Dreißig Jahre nach dem Ende dieser »Tonbandgespräche« zwischen Marburg und Ostberlin sind sie 1993 dank des großen Einsatzes des Rundfunkjournalisten Reinhard

---

7 Ganz so unbehelligt vom Verfassungsschutz blieb RN allerdings nicht, wie er in seinem Tagebuchroman aus dem Jahre 1964 mit dem ernstgemeinten Titel »Vielleicht das Hei-[163]tere« festgehalten hat: »Vom Hotelchen in Marburg hatten wir nach allen Richtungen hin telefoniert und auch mit ein paar Besuchern in der Lobby gesprochen – alles zum Thema Ostdeutschland. Als wir dann von Abendroths Institut ins Hotel zurückkamen, war keines der Ostberliner Dokumente, kein Blatt der Korrespondenz zu finden. Wir durchsuchten das Zimmer. Nichts. Auch der Portier wusste von nichts. – Vierzehn Tage später, schon in Locarno, bekamen wir ein Päckchen aus Köln, von einem Herrn mit unleserlicher Unterschrift. Er habe unlängst eine Nacht in einem Hotel in Marburg verbracht und diese Briefschaften da im Papierkorb gefunden, vielleicht brauchten wir die, er schicke sie hier zurück. – Man sage nichts gegen die Kölner.« (S. 264). Köln ist der Sitz des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), in: Operation Mauerdurchlöcherung.

8 Wolfgang Abendroth: »Robert Neumann. Ein Nachruf«, a. a. O., S. 43.

9 Siehe inzwischen Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover, Köln 2006.

Hübsch an sechs Abenden (26.-31. Dezember 1993) als Rundfunksendung in S 2 Kultur des SDR/SWF ausgestrahlt und 1994 als Buch veröffentlicht worden.[10]

Der Ton der Briefe von Robert Neumann war sachlich, herzlich und persönlich. Er gratulierte zum Examen, setzte seine Hebel in Bewegung, um mein erstes Buch verbreiten zu helfen, sandte herzliche Glückwünsche zu meiner Hochzeit, zur Geburt unserer Tochter, korrespondierte mit meiner Mutter, zeigte sich als ebenso gütiger wie scharfzüngiger Briefschreiber und nahm am Tod meines Vaters liebevollen Anteil.[11] Der Reigen der in unserem Briefwechsel zur Sprache kommenden Personen reicht von Charles David Abbott bis Arnold Zweig und umfasst 84 Personen aus der literarischen, politischen und persönlichen Welt. Seine wie allen Schriftstellern mehr oder weniger angeborene Eitelkeit, sein, wie er es nannte, »Größenwahn«[12] hielt sich in Grenzen. Er war mehr an der Sache und der »Diskussion mit [...] Freunden und Feinden«[13] interessiert als sich als alleinseligmachenden Missionar zu präsentieren. Wenn überhaupt Mission, so war es »Mittlertum als die historische, moralische und metaphysische Position des Juden in der Diaspora, ein Mittlertum, auf dem jeder von uns irgendwo zwischen dem Hausierer und dem Messias wohnt«.[14]

Ihn als »rauflustigen Debattierer«[15] zu bezeichnen, trifft nicht den Kern. Nur wer, wie er, nicht allein zu Freunden ging – von dem bequemen »convert the converted« hielt er nichts –, sondern mit der Fahne in der Hand mitten unter seine Feinde springt, macht wirklich Geschichte. Es war nicht nur seine Denkkraft und seine Urteilsfähigkeit, sondern vor allem sein kämpferischer Mut, den ich bewunderte.

[165] Von chaotischen Diskussionen hielt er, so erfahren und weise wie er war, wenig. Er empfahl, Diskussionsreden »nicht wahllos jedermann im Saale freizustellen, sondern eine Auswahl von ein oder zwei Dutzend verantwortungsbewussten Leuten *aus allen Lagern* zu treffen und diese in die ersten Reihen zu setzen.«[16]

Ich selbst erfuhr vielfache Ermutigung durch ihn, so am 17. Juli 1962, als die Fortsetzung der Tonbandgespräche »in West- und Ostberlin« auf der Tagesordnung stand. »Das ist ja ein hocherfreulicher Bericht über ein ungemein aktives Leben. Lassen Sie nicht locker.«[17] Nach der Veranstaltung 1964 im Marburger Audi Max schrieb er:

»Bevor Sie in Ihrer Bundesrepublik Kanzler werden, werden Sie noch lernen, daß bei einer öffentlichen Veranstaltung nicht dieses oder jenes sofort wieder vergessene Detail gilt und schwer zu nehmen ist, sondern die Quersumme der Nachwirkung – und diese ist, für Ihre Marburger Veranstaltung, so positiv, daß darunter gar nicht erst noch zu reden ist. Das Ganze war für Sie und Ihre Organisation ein großer Erfolg«.[18]

Seine eigene Beteiligung in dieser Sache wertet Robert Neumann als »Über-Investition«[19], womit wohl gesagt werden sollte, daß sie ihn übermäßig strapaziert hat. Das Stöhnen über seine

---

10 Reinhard Hübsch/Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) »Operation Mauerdurchlöcherung«, Bonn 1994.

11 Siehe den Brief von Robert Neumann vom 2.10.1969: »Ich war sehr ergriffen von der Nachricht vom Ableben Ihres Vaters. Empfangen Sie mein herzliches Beileid und bestellen Sie bitte auch Ihrer Frau Mutter den Ausdruck meiner wärmsten Anteilnahme. Ich weiß, wie wichtig und lebendig Ihr Kontakt mit Ihrem Vater gewesen ist – und einen wie tiefen Einschnitt es im Leben eines Mannes bedeutet, wenn sein Vater stirbt.« In: »Sammlung Robert Neumann« in: Privatarchiv Balzer (PAB).

12 »Größenwahn ist bei Schriftstellern wie die Plattfüße bei Kellnern«. Zit. nach Konkret 8/1984.

13 Brief vom 25.3.1961. In: PAB.

14 Eingangsstatement von RN bei der Rundfunksendung des WDR am 20. Mai 1964, in: PAB.

15 Hans Albert Walter: »Ein Mann im Tessin«, In: Frankfurter Hefte, 24. Jg., Heft 4 (April) 1969, S. 285.

16 Brief vom 3.6.1961. In: PAB.

17 Brief vom 17.7.1962. In: PAB.

18 Brief vom 19.7.1964. In: PAB.

19 Robert Neumann: Vielleicht das Heitere, a. a. O., S. 266.

Unart, Zusagen zu geben, Aufträge anzunehmen, sich unüberlegt zu Arbeit überreden zu lassen, kommentiert er so: »Es sitzt mir in den Nerven, Armut, das ewige Trauma des Exils«. Und der Exilforscher Hans Albert Walter fügt hinzu: »Nicht mehr, und mehr ist auch nicht nötig, um das Essentielle der Exiljahre einzufangen«.[20] Wer nun aber glaubt, Geld habe Robert Neumann angetrieben, sich auf das mühsame und hartnäckig verfolgte Abenteuer der »Mauerdurchlöcherung« einzulassen, liegt schief. Er machte von dem bescheidenen Honorar, das ihm die studentischen Veranstalter anbieten konnten, nur zu einem Bruchteil oder gar keinen Gebrauch.[21] Hier gilt, was Hans Albert Walter über ihn schrieb: »es gibt Gründe, ihn umstritten, mehr Gründe allerdings noch, ihn verkannt zu nennen«.[22] [166]

Kontroverse mit Robert Neumann

Naturgemäß waren meine Briefe in der Regel ausführlicher als die von Robert Neumann. In ihnen schrieb ich über meine Sorgen und Albträume, über Erfahrungen, Aktivitäten und Pläne. Nach der Lektüre von Guenter Lewys Buch »*The Catholic Church and Nazi Germany*«[23] war ich mit meinem Vater über die Rolle der evangelischen Kirchen im »Dritten Reich« ins Gespräch gekommen. Ich sagte ihm, »daß er praktisch den mörderischen Unfug mit dem Ariernachweis und der jüdischen Großmutter mitgemacht habe, als er den von seiner Verbindung, dem Clausthaler Wingolf, erwünschten Ariernachweis stillschweigend und ohne Murren erbrachte, ganz im Gegensatz zu Rudolf Schneider, der diesen Verrat an den christlichen Bundesbrüdern [...] ablehnte und aus dem Wingolf austrat.

Mein Vater nach einer Weile: Ja, aber er habe doch als BK-Pfarrer eindeutig in der Öffentlichkeit zu den Judenchristen[24] seiner Gemeinde gestanden, er sei auf der Straße bei ihnen stehengeblieben, habe sich mit ihnen unterhalten, obgleich seine Gesprächspartner ihn gebeten hätten, doch weiterzugehen, er ziehe sich nur Ärger zu.[25] Ich antwortete, daß er aber andererseits dazu

---

20 Hans Albert Walter: »Ein Mann im Tessin«, a. a. O., S. 286.

21 Siehe den Brief von RN vom 14.4.1961 »ein Honorar will ich nicht von Euch« und den Brief von RN vom 15. Mai 1964: »danke für diese DM 219.50 – aber ich weiß jedoch, daß Sie diesmal ganz ungewöhnliche Spesen für publicity usw. gehabt haben. Ich nehme mir darum aus dieser Summe nur das ›Honorar‹ von DM 50,- und gebe Ihnen den Rest zurück – bitte verwenden Sie ihn zur Abdeckung Ihres Defizits, aber ganz intern, ohne daß auch nur Ihren Kollegen gegenüber an die große Glocke zu hängen. Das ist mein ausdrücklicher Wunsch.«

22 Hans Albert Walter: »Ein Mann im Tessin«, a. a. O., S. 285.

23 Guenter Lewy: The Catholic Church and Nazi Germany, London 1964. In der entschärften Übersetzung, erschienen unter dem Titel »Die katholische Kirche und das Dritte Reich«, München 1965 heißt es auf S. 308 f.: »Da vor 1874/76 die Geburten nur von den Kirchen registriert worden waren, wurde die Kirche gebeten, festzustellen, wer Vollarier war und wer nicht. Nach dem nationalsozialistischen Gesetz hing dies von der Rassenzugehörigkeit (das heißt Religionszugehörigkeit (!)) der Eltern und Großeltern ab. Die Kirche erklärte sich wie selbstverständlich zur Mitarbeit bereit. [...] Die Frage, ob die Kirche dem nationalsozialistischen Staat helfen solle, Menschen jüdischer Herkunft auszusortieren, wurde nie diskutiert. Im Gegenteil. [...] Die Kirche verrichtete diese Dienstleistung auch noch in den Kriegsjahren, als man für die jüdische Herkunft nicht mehr mit der Entlassung aus dem Staatsdienst und dem Verlust des Lebensunterhaltes bezahlen mußte, sondern mit der Deportation und dem Leben [Original: outright physical destruction]«.

24 Inzwischen habe ich mich von diesem, ursprünglich von Heinrich Heine verwendeten, aber spätestens seit den Nürnberger Gesetzen höchst anfechtbaren Begriff »Judenchristen« getrennt. Seine Weiterverwendung etwa durch die Badische Landeskirche zeigt, daß der Lernprozess seit den Nürnberger Gesetzen nur schleppend vorankommt. Siehe meinen Brief an den Bischof der Badischen Landeskirche vom 5.12.2002: »Es gibt nur Christen und Juden. Oder haben Sie schon einmal von ›Katholoprotestanten‹ oder ›Zuluchristen‹ gehört?«

25 Mein Vater war Ziel wüster Beschimpfungen und Morddrohungen, bloß weil er den biblischen Vornamen Samuel trug. Kurz nach seinem Dienstantritt 1934 im westfälischen Iserlohn konnte man in einem Schaufenster ein Schild mit der Aufschrift lesen: »Samuel raus! Wir brauchen keine jüdischen Pfarrer! Dieser Pfarrer ist ein Jude! Man sollte ihn im Seilersee ertränken, da, wo es am tiefsten ist«. Siehe auch:

beigetragen habe, daß die [167] Judenchristen seiner Gemeinde deportiert wurden und erbärmlich umgekommen sind. Das wollte mein Vater nun gar nicht verstehen.

Ich sagte ihm, er und die evangelische Kirche hätten die Durchführung der Nürnberger Gesetze überhaupt erst möglich gemacht. Der Staat besaß überhaupt keine Unterlagen zur Feststellung der jüdischen Großmutter. Erst durch das Offenlegen der Kirchenbücher hätten die Nürnberger Gesetze verwirklicht werden können, soweit es die Verfolgung bis ins zweite Glied betraf. Diese für meinen Vater neue Erkenntnis traf ihn schwer. Es fiel ihm wie Schuppen von den Augen. Ja, man habe damals im Presbyterium unter seiner Leitung darüber diskutiert, ob es sich bei den 30.000 Seelen – so heißt es in der Fachsprache – lohne, ein Sonderbüro für die Ausstellung der Ariernachweise einzurichten. Man habe die Kosten dieser Neuerung überschlagen und ausgerechnet, daß bei 30.000 Ariernachweisen – pro Ariernachweis erhielt die Kirchenkasse 1 RM und bei etwa 23.000 RM zu erwartenden Unkosten die Sache sich schon lohnen würde. Die ›Peinlichkeit‹ war komplett, als ich hinzufügte, auch Judas habe seine 30 Silberlinge bekommen.

Die sonst eilfertig vorgebrachte Gegenfrage, was man denn hätte tun sollen, als Einzelner, allein und mit Verantwortung für eine Familie, unterblieb, mußte unterbleiben, weil es zu einer Konfliktsituation, was denn zu tun sei, gar nicht gekommen ist.«[26]

Ich müsste diese Geschichte, so mein Vater, unbedingt veröffentlichen, weil sich so gut wie niemand hierüber damals und auch nach dem Kriege klar geworden sei. Und da hatte mein Vater leider völlig recht. Nicht einmal in den besten Publikationen zu diesem Thema findet sich ein Hinweis auf diesen Tatbestand.[27]

Die Antwort Robert Neumanns kam postwendend.

»Hauptzweck dieses Briefes ist, Ihnen zu sagen, daß Sie in dieser Auseinandersetzung mit Ihrem Vater *zu hundert Prozent Unrecht* haben. Wollte man jeden Menschen, der sich einen ›Ariernachweis‹ beschaffte, zu den Mitschuldigen rechnen, so wäre Deutschland entvölkert (und Sie nicht auf der Welt). Die Menschen konnten damals die Konsequenzen dieses scheinbar harmlosen Dokuments nicht ermessen – und als Konsequenzen sichtbar wurden, hat Ihr Vater ja offenbar richtig gehandelt. Er ist ebenso wenig ›mitschuldig‹ am Judenmord wie einer, der auf der Straße einen zufälligen Mitfahrer ins Auto nimmt, dann schuldig wird, wenn jener nachher ein Verbrechen begeht. *Begraben Sie also Ihre Ödipus-Komplexe,* tun Sie Ihrem Vater Abbitte (Väter haben es auch so schon schwer mit ihren Söhnen) und lassen Sie sich von ihm weiter beraten – er ist der einzige Mensch, der Sie wirklich beraten kann.«[28]

[168] In *Vielleicht das Heitere,* dem »Tagebuch aus einem anderen Jahr« (1964), erschienen 1968, liest sich der Tagebucheintrag vom 11. Dezember 1964 dann so:

»Der junge Balzer aus Marburg schreibt einen ausgezeichneten Brief. Er hat es nicht leicht mit sich, er arbeitet an einer Analyse der Mitschuld der protestantischen Kirche im Dritten Reich, und sein eigener Vater, ein protestantischer Pastor, mitschuldig auch er, so sieht er es, denn seine Kirche habe sich damals nicht dagegen gewehrt, den Nazis ihre Register zu zeigen – ›hätten er und alle das damals verweigert, so hätten die Nazis niemandem die jüdische Abstammung nachweisen können‹. Womit die besten unter diesen jungen Menschen sich quälen. Wie hätten sie selbst sich bewährt? Wie werden sie sich bewähren, wenn es wieder so weit ist? (Nur die Schuldlosen quälen sich, nicht einer der Schuldigen).«[29]

Friedrich-Martin Balzer/Werner Renz (Hrsg.): Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess, Bonn 2004, S. 13 ff.

26 FMB an RN vom 9.12.1964. In: PAB.

27 Siehe inzwischen das erhellende von Manfred Gailus herausgegebene Buch: »Kirchliche Amtshilfe«. Die Kirche und die Judenverfolgung im »Dritten Reich«, Göttingen 2008.

28 Robert Neuman an FMB vom 15.12.1964. Hervorhebung von FMB.

29 Robert Neumann: Vielleicht das Heitere, a. a. O., S. 565.

Widerborstig und rechthaberisch antwortete ich, noch einmal Bezug nehmend auf Neumanns Brief vom 25.12.1964:

»So wichtig die moralische Frage für jeden Einzelnen ist, und die Väter haben ein Recht darauf, schuldig gesprochen zu werden, weil nur dann ihnen vergeben werden kann, [...] so kommt es doch darauf an, die Bedingungen zu untersuchen, die Einzelne, Gruppen, Klassen schuldig werden ließen. Nichts von Ödipus hier.«[30]

Ich schrieb dies nicht, um mich gegen Robert Neumanns Darstellung in *Vielleicht das Heitere* zu wehren.[31] Es ist völlig legitim, daß ein Schriftsteller das Material, das ihm auf den Tisch kommt, so verwertet, wie es ankommt und in sein Konzept passt. In meinem Brief vom 15.9.1968 schloss ich mit einem Zitat von Charles David Abbott (1900–1961), Professor an der Buffalo Universität im Staate New York: »His [Robert Neumann's] irony is heavy. His historical veracity can hardly be commended, but as a racy revivifying of legend it is excellent.«[32]

In der Sache mit der objektiven Kollaboration der deutschen Kirchen mit den Nazi-Gesetzen und Behörden sollte ich tatsächlich Recht behalten. 30 Jahre nach meiner Kontroverse mit Robert Neumann kommt diese Kollaboration nun auch endlich in [169] der Öffentlichkeit schleppend in Gang. Die Komplizenschaft der beiden Großkirchen bei der Vorbereitung der Shoah, ihre Beihilfe zur »millionenfachen Selektionspraxis«[33] ist zumindest in kleinen Zirkeln ruchbar geworden. Es war der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann, der 1993 unter der Überschrift »Holocaust mit kirchlicher Hilfe« überzeugend belegte, »daß die evangelische Kirche mittels ihrer Kirchenbücher dem Nazi-Regime aktiv geholfen hat, die ›Abstammung jüdischer Bürger zweifelsfrei zu klären, um sie dann in den Konzentrationslagern umzubringen‹«.[34] Neuerdings kommt das Versagen der beiden Großkirchen sogar in staatsoffiziellen Veranstaltungen, wenn auch nur andeutungsweise, zur Sprache.[35]

Zu Besuch in Locarno-Monti

Anfang April 1968 kam ich nach vielen Einladungen endlich dazu, die Neumanns in Locarno zu besuchen. Auch wenn Robert Neumann die Region ein »vergoldetes Altersheim« nannte, sein gemietetes Appartement im zweiten Stock am Berghang von Locarno-Monti mit Terrassenblick auf den Lago Maggiore nahm sich eher bescheiden aus. Ich wurde dort auf das herzlichste aufgenommen.

Voller Stolz zeigte Neumann mir, dem Englischlehrer, das speziell für ihn eingerichtete Gerät zum Empfang der BBC. Wir sprachen viel miteinander. Neumann war neugierig und konnte immer wieder staunen über das, was er erfuhr. Seine Menschlichkeit war beeindruckend.

---

30 Brief von FMB an RN vom 15.9.1968, In: PAB.

31 Siehe hierzu die Buchbesprechung von Gerhard Zwerenz »Ein Mann schildert sein Hier und Jetzt« in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 1968, S. 3046–3048, zu der RN an Zwerenz schrieb: »Das ist eine sehr freundschaftliche Kritik – freundschaftlich vor allem dadurch, daß Sie tiefer in mich hineinschauen als auch wohlwollende Kritiker das sonst tun. Seien Sie von Herzen bedankt!« (Brief von RN an Gerhard Zwerenz vom 23.12.1969 in: PAB).

32 Brief vom 16.10.1965, a. a. O. Die Quelle des Zitats konnte inzwischen ermittelt werden: Charles Abbott, »Review of Robert Neumann's ›Robin Hood‹«. In: Saturday Review of Literature, Band 18, Nr. 21, vom 17. September 1938, S. 6. Im Ms. der Buchbesprechung heißt es noch: »It is all rather like a Hollywood concoction from the days of Douglas Fairbanks, and would have much the same effect if it were not for the intrusions of the author's heavy-handed irony attempting constantly to point social morals.«

33 Hartwig Hohnsbein: »Der Stolz der Kirchenbücher«. In: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft, 4. Jg., Heft 8 vom 21. April 2001, S. 262–265, hier: S. 265.

34 Ebenda. Siehe inzwischen Manfred Gailus (Hrsg.), Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im »Dritten Reich«, Göttingen 2008.

35 Siehe die Rede von Ernst Kramer am 27.1.2006 im Deutschen Bundestag.

Wolfram Schütte beschrieb ihn wie folgt: »Bei aller Bitterkeit und Grellheit mancher seiner Urteile ist der Unterton nicht Misanthropie oder Ekel. Eher eine heitere, wenn auch abgemilderte Skepsis«.[36] Kurz: Young at heart mit einem Schuss Altersschwermut.

Die Arbeit an Neumanns Buch *Vielleicht das Heitere* stand gerade vor dem Abschluss. Wir sprachen über mein Promotionsprojekt und über Möglichkeiten, die Sache im Rundfunk zu präsentieren.[37] Nach der Lektüre schrieb Robert [170] Neumann, er habe sich die, wie er sie nannte, »ausgezeichnete Arbeit« genau angeschaut.

»Sie interessiert mich persönlich in hohem Maß, aber für jemanden, der nicht ein enthusiastischer Doktorand und dazu noch in Ihrem Sinn politisch engagiert ist, steckt – vom bundesdeutsch-kapitalistischen Massenmedien-Standpunkt gesehen – keinerlei ›story‹ in der Tatsache, daß ein kommunistisch gesinnter Geistlicher im Jahre 1931 gegen die Nazis auftritt, von seiner Kirche abgesägt wird und weiterhin die Leiden aber auch die Erfüllungen eines treuen Kommunisten erfährt.«[38]

Auf den Fotos, die von dieser Gelegenheit erhalten geblieben sind, sieht man am häufigsten den 70jährigen Neumann und seine 34jährige junge Frau, wie sich beide rührend um den 12jährigen Michael kümmern. Eine entspannte, fröhliche, ja ausgelassene Atmosphäre. Robert Neumann – ein family man. »Familiensinn« ist das Einzige, was er in seinem ironischen Verriss auf sein Leben positiv gelten lässt.[39]

Am Tage meiner Abreise wurde das Attentat auf Rudi Dutschke verübt. Da ich längere Zeit nichts von mir hören ließ, machte sich Neumann Sorgen, weil ich »am Morgen jenes dramatischen Tages weggefahren« sei. »Wir dachten uns schon, daß Sie mitten in die wildeste Bewegung hineingeraten würden.«[40] Und in dem Brief an meine Mutter vom gleichen Tag hieß es am Ende: »Grüßen Sie auch diesen ingrimmigen jungen Mann, dessen Besuch hier uns ein wirkliches Vergnügen gewesen ist«.[41] [171]

Freundschaft mit Lisa und Wolfgang Abendroth

Zu den Früchten dieser sich über vier Jahre hinziehenden Dialogbemühungen nach dem Bau der »Mauer« gehört nicht nur meine Freundschaft mit Robert Neumann, sondern auch meine

---

36 Wolfram Schütte: »Verzweifelte Erlustigungen. ›Vielleicht das Heitere‹. Robert Neumanns Tagebuch aus einem andern Jahr«. In: Frankfurter Rundschau, ohne Datum, September 1968.

37 Aus der Rundfunksendung wurde tatsächlich nichts. Ansgar Skriver vom WDR, den RN angeschrieben hatte, konnte mit der Sache im Rundfunk nichts anfangen. Wütend schrieb ich ihm zurück, Erwin Eckert habe über das von Ernst Bloch hochgehaltene Bibelzitat gepredigt »Ich bin gekommen ein Feuer anzuzünden, was wollte ich lieber, als es brennete schon«. Er, Skriver, möge seinen »linkssozialdemokratischen Hagebuttentee auf seinem Talglichtstövchen nur ja nicht anbrennen lassen.« RN, dem ich eine [170] Kopie meines Briefes geschickt hatte, schrieb am 6.3.1969 zurück: »Anbei Durchschlag des Briefes an Skriver zurück. Es ist ein trefflicher aber naiver Brief – glauben Sie wirklich einer bleibt ein ›linker‹ Sozialdemokrat, wenn er [...] beim WDR eintritt und dort konformieren muss«. In: PAB. Skriver selbst tröstete mich, indem er zwei lobende von insgesamt über 40 Rezensionen der »Klassengegensätze in der Kirche« schrieb, eine im »Vorwärts« und eine in den »Evangelischen Kommentaren«.

38 RN an FMB vom 17.4.1968. Literatur von und über die Jahrhundertgestalt Erwin Eckert findet sich auf der Homepage www.friedrich-martin-balzer.de

39 Robert Neumann: »Gedenkblatt für Robert Neumann«. In: R. H. Kramberg (Hrsg.): Vorletzte Worte. Schriftsteller schreiben ihren eigenen Nachruf, Frankfurt/Main 1970, S. 215 (»sein Familiensinn ist ein schöner Zug«).

40 RN an FMB vom 25.5.1968. Das Flugblatt, das ich zum Attentat auf Dutschke schrieb und verbreitete sowie meine Rede zum Attentat auf Dutschke sind nachzulesen in: Friedrich-Martin Balzer: »Es wechseln die Zeiten ...«. Reden, Aufsätze, Vorträge und Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998), Bonn 1998, S. 59–62.

41 RN an Margarete Balzer vom 25.5.1968.

Entdeckung des in Marburg lehrenden wissenschaftlichen Politikers[42], des Marxisten Wolfgang Abendroth. Abendroth war uneingeladen bei der ersten Marburger Veranstaltung 1961 mit seiner Frau, der Historikerin Dr. Lisa Abendroth, in mein Blickfeld getreten und wurde in der Folgezeit – nach Wechsel des Studienfaches Germanistik zu wissenschaftlicher Politik – mein akademischer Lehrer.[43]

Auch das freundschaftliche Bündnis, das Robert Neumann und Wolfgang Abendroth in der Folgezeit eingingen[44], bestärkte mich in meiner Orientierung. Voraussetzung für den großen Erfolg, den Robert Neumann mit seinen Vorträgen in Marburg hatte, und für die Freundschaft mit Wolfgang Abendroth war die Tatsache, daß er 1961 bereits deutlich machte, »daß die Brutalität des Dritten Reiches nicht nur den Juden galt, sondern auch der deutschen Arbeiterbewegung, den deutschen Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und vielen anderen Nationalitäten«.[45]

Einig waren sie sich beide auch in der Ablehnung des in Westdeutschland [172] grassierenden Philosemitismus[46]. In der »*Tribüne*, Zeitschrift zum besseren Verständnis des Judentums«[47], stieß Neumann bei seinen Lesern durch eine Besprechung von George Taboris Theaterstück *Die Kannibalen* auf viel Widerspruch.

---

42 Siehe Friedrich-Martin Balzer/Hans Manfred Bock/Uli Schöler (Hrsg.): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge, Opladen 2001.

43 Von Georg Fülberth stammt der Satz: »Für einen neugierigen, keineswegs durchgehend linken, in manchem vielleicht sogar eher konservativen, aber aufgeweckten und rebellischen jungen Mann war es in den sechziger Jahren unmöglich, in Marburg zu studieren, ohne irgendwann in den Bannkreis von Wolfgang Abendroth zu geraten«.

44 Siehe Brief von Lisa Abendroth an den Verfasser vom 8.3.2006: »Wir haben RN durch Dich [...] kennen gelernt. 1966 waren wir zum ersten Mal im Tessin und von da an fast jedes Jahr. 1972 sahen wir ihn in Locarno das letzte Mal, aber regelmäßig auf der Buchmesse in Ffm. Robert hatte Wolf in sein Herz geschlossen. Politisch lagen sie auch auf der gleichen Linie; persönlich waren sie sehr verschieden. R. war maßlos eitel, Wolf überhaupt nicht.«

45 Wolfgang Abendroth: »Robert Neumann«, a. a. O., S. 43. Schlüsselerlebnis für meine Hinwendung zu Abendroth war der Vortrag, den er am Abend nach der Habilitation von Jürgen Habermas am 13. Dezember 1961 beim Clausthaler Wingolf hielt: »Zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den Weltkriegen. Korporationen in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des ‚Wingolf'«. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, Bonn 2006. Meinen Austritt aus dem Wingolf und meinen Eintritt in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) im Jahre 1966 kommentierte RN am 19.3.1966 so: »Ich glaube, daß Sie besser in den Sozialistischen Studentenbund passen als in den Wingolf – obwohl man gerade bei den Leuten dieser Grundstimmung die Anwesenheit von Sozialisten sich wünschte.« In: PAB.

46 Siehe Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991. Vgl. auch den Brief von RN an FMB vom 20.10.1967: »Auch bei den besten und philosemitischsten Ihrer ›Volksgenossen‹ hat ein Jude es leichter, wenn er wie Buschs Schmulchen Schievelbeiner aussieht. Man kann ihm judenfreundlicherweise auf die Schulter klopfen. Mir klopft man nicht.« In: PAB.

47 RN hatte bereits 1963 dem »outcast« Wolfgang Abendroth eine Plattform für seine Ansichten verschafft. Siehe Wolfgang Abendroth: »Politische Vorurteile in der jungen studentischen Generation?« In: Tribüne, 2. Jg., (1963), H. 7 (Juli), S. 704–705. Für Abendroth war die »antisemitische Reaktion von der Oberfläche zweifellos verschwunden. [...] Aber sie ist durch eine andere Freund-Feind-Haltung ersetzt worden, die der Entschuldigung der antisemitischen Reaktion der vorigen Generation dient. Diese Haltung wird dadurch unterstützt, daß sie an den objektiven politischen Widersprüchen der Gegenwart Nahrung findet und daß die Problematik des von der Arbeiterbewegung (und also auch von Kommunisten) getragenen Widerstandes gegen die Inhumanität des Dritten Reiches in Literatur und Wissenschaft der Bundesrepublik kaum erörtert wird. Der Widerstand wird meist nur an Hand später kirchlicher Reaktionen und des 20. Juli 1944 zur Debatte gestellt, der Terror und Zynismus des Dritten Reiches nur auf Grund seiner antisemitischen Maßnahmen diskutiert, während die Behandlung der demokratischen Linken und der Kommunisten vor 1939, der Überfall auf die Sowjetunion und die Versklavung und Ausrottung anderer Volksgruppen im Osten Deutschlands nur in geringem Maße behandelt werden.«

Er wehrte sich dagegen, daß er, vom Standpunkt der Philosemiten gesehen, zusammen mit George Tabori, Peter Weiß, Erich Fried und vielen anderen jüdischen Intellektuellen ein besonders »gefährlicher Antisemit« und »Beschmutzer des eigenen Nestes« sei.[48] Gemeinsam zeichnete sie jedoch aus, was Jürgen Habermas als Merkmal des Intellektuellen bestimmte: »Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen«.[49]

[173] Robert Neumann bestand darauf: »Wir wollen eine Katze eine Katze nennen und einen, der dekretiert, daß der Sohn eines jüdischen Vaters und einer ›arischen‹ Mutter kein Jude ist, einen rassistischen Nachbeter der Nazi-Rassegesetze von Nürnberg.«[50] Als verfolgter Jude, dessen Familie in den Vernichtungslagern des Faschismus ermordet worden war – Neumann spricht an anderer Stelle von »19 Verwandten, die in den Vernichtungslagern Auschwitz, Theresienstadt und Gott, wer weiß wo« umgebracht wurden – wollte Neumann keine Sonderstellung.

»Auch In-Watte-Packen ist eine ›Sonderbehandlung‹: Wir wollen die Himmlersche nicht – wir wollen auch diese nicht, *wir wollen ein Leben von Gleich zu Gleich*. Erst wenn der falsche neurotische Philosemitismus der Deutschen samt der falschen neurotischen Forderung einiger Juden nach dieser Spielart einer Sonderbehandlung zu Ende geht, wird zum ersten Mal eine Chance bestehen, daß auch der echte, höchst un-neurotische Antisemitismus unter den Deutschen ein Ende hat.«[51]

Auch Abendroth kam in der heftigen Diskussion, die Neumanns Besprechung hervorrief, wieder zu Wort. Seine Stellungnahme enthält so manche Antwort auf die Frage, warum Robert Neumann im Nachkriegsdeutschland so wenig anerkannt und vergessen wurde. Sie soll deshalb hier ausführlicher wiedergegeben werden.

In der Bundesrepublik Deutschland sei »unvermeidlich das Verhältnis zwischen der deutschen Bevölkerung, soweit sie das Dritte Reich akklamierend unterstützt oder doch widerstandslos hingenommen hatte, und den wenigen überlebenden oder eingewanderten Juden außerordentlich belastet.«[52] Das gelte erst recht im Verhältnis zu Israel. Gerade nach der eindeutigen Wendung zur Restauration derjenigen sozioökonomischen und sozialen Machtverhältnisse, die die deutsche Gesellschaft sowohl vor wie nach 1933 charakterisiert hatten, müsse, so Abendroth, »die Mentalität insbesondere jener oberen Mittelschichten, die im öffentlichen Bildungsapparat und in den Massenkommunikationsmitteln den Ton angeben, aber auch der Träger des Managements und der hohen Bürokratie in einen eigenartigen Widerspruch mit sich selbst geraten. Die Wiederherstellung der eigenen sozialen Position war nur dadurch möglich, daß man die frühere Option für den Antisemitismus vergessen machte und möglichst selbst vergaß.

---

48 Robert Neumann: »George Taboris Die Kannibalen«. In: Tribüne. 9. Jg., Heft 33, 1970, S. 3602–3606, hier: S. 3606.

49 Jürgen Habermas: »Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen. Was den Intellektuellen auszeichnet«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2006, S. 551–557. Im Einzelnen definiert Habermas die erforderlichen Fähigkeiten des Intellektuellen so: »Er [der Intellektuelle] muss sich zu einem Zeitpunkt über kritische Entwicklungen aufregen können, wenn andere noch [oder schon? – FMB] beim business as usual sind. Das erfordert ganz unheroische Tugenden: eine argwöhnische Sensibilität für Versehrungen der normativen Infrastruktur des Gemeinwesens; die ängstliche Antizipation von Gefahren, die der mentalen Ausstattung der gemeinsamen politischen Lebensform drohen; den Sinn für das, was fehlt und ›anders sein könnte‹; ein bisschen Phantasie für den Entwurf von Alternativen und ein wenig Mut zur Polarisierung, zur anstößigen Äußerung, zum Pamphlet.« (S. 555) An Mut zur Polarisierung, zur anstößigen Äußerung, zum Pamphlet hat es RN gewiss nicht fehlen lassen. Was ihm fehlte, war »eine [173] resonanzfähige, wache und informierte Öffentlichkeit«, »ein mehr oder weniger liberal gesinntes Publikum«, »eine Kultur des Widerspruchs« (Ebenda).

50 Ebd. RN spielt hier auf die Gesetze zur Feststellung der jüdischen Identität in Israel und orthodoxe Ansichten über jüdische Identität an.

51 Ebenda.

52 Wolfgang Abendroth: „Diskussion über die deutsch-jüdische Situation“ (Eine Umfrage), in: Tribüne, Frankfurt/M., 9. Jg., (1970), H. 34, (April-Mai-Juni), S. 3643–3644.

[174] Die Massenverbrechen des Dritten Reiches gegen die jüdische Bevölkerung Deutschlands und der eroberten Gebiete, die im Schutze der deutschen Wehrmacht begangen worden waren, versuchte man verständlicherweise [...] allein auf wenige Spitzenfiguren des Dritten Reiches abzuwälzen. Als Überbau zu dieser Umstellung wurde und wird eine überbetont philosemitische Haltung zur Schau getragen, an die man oberflächlich zweifellos selbst glaubt.«[53]

Der Philosemitismus nötige ihre Träger, »alles, was mit Juden oder dem jüdischen Staat zu tun haben könnte, offiziell kritiklos zu glorifizieren.«[54] Möglicherweise sei gerade die »philosemitische Überkompensation dieser Grundstimmung ein Zeichen dafür, daß eine rationale Überwindung des Grundlagenkomplexes nicht erfolgt ist, und daß eine ernstliche Krise das alte Resultat wieder hervorbringen könnte, falls nicht die reale Einsicht in außenpolitische Machtverhältnisse einen derartigen Ausbruch behindert und auf die Verstärkung des permanenten Antikommunismus und Antimarxismus beschränkt [bleibe]«.[55]

Als Robert Neumann im darauffolgenden Jahr im »*stern*« (20/1971) vor Juden warnte, »die Nazis geworden wären, wenn sie gedurft hätten« – er hatte wohl u. a. an William S. Schlamm und den Fernsehjournalisten Gerhard Löwenthal gedacht – löste dies eine Leserbriefdiskussion aus, in der sich auch sein Freund Wolfgang Abendroth zu Wort meldete.

Antisemitismus und Philosemitismus seien beide, so Abendroth, »Erscheinungsformen der westdeutschen Ideologie« und im Grunde »zwei Seiten der gleichen Medaille«.[56] Die Restaurationsgesellschaft [...] beruhe darauf, daß die Macht und die Positionen der Gesellschaftsgruppen, die »im Endergebnis das Dritte Reich und damit die Krisenüberwindung durch Hochaufrüstung, imperialistische Außenpolitik, innenpolitischen Terror und Raubkrieg getragen haben«, wiederhergestellt worden seien.

»Das einzige Lösegeld, das die herrschende Klasse und die hohe Bürokratie zahlen mussten, war die formelle Preisgabe der antisemitischen Zwangsvorstellungen und also die Bekundung formellen Bedauerns für die Mordaktionen, denen einst alle diese Schichten ihren Segen erteilt hatten.

Das hieß in der Praxis, daß von nun an jeder überlebende Jude, der im Bereich der Bundesrepublik existierte, in philosemitische Watte gepackt wurde.«[57]

Abendroth hoffte, daß eine junge Generation dieses Trauma überwinden würde. Die studentische Rebellion von damals ließ diese Hoffnung als begründet [175] erscheinen, »wenn sie auch nur im *Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Mentalität* verwirklicht werden kann.«[58] Wie wir heute wissen, trog diese Hoffnung wie andere Hoffnungen auch.

Der Grad der Übereinstimmung zwischen Neumann und Abendroth in der Frage des Philosemitismus war groß und nicht erst, als sie sich in Marburg kennen lernten. Man denke an Neumanns Roman *An den Wassern von Babylon*, der von jeglichem Philosemitismus frei ist.

Ist es auf dem Hintergrund der von Abendroth analysierten Situation verwunderlich, daß Robert Neumann nach seiner späten Rückkehr ins Tessin in den späten 50er Jahre isoliert, ignoriert, angefeindet wurde wie Abendroth selbst? Vor die Alternative gestellt, zwischen »isolation« und »adjustment«, zwischen Widerstand und Anpassung durch Aufgabe erworbener Positionen zu wählen, haben sich beide, Neumann und Abendroth, für die Isolation und den Widerstand entschieden und ihren Preis bezahlt. Über Wolfgang Abendroth schrieb Neumann, er sei ein

53 Ebenda.
54 Ebenda.
55 Ebenda.
56 Wolfgang Abendroth: »Packt die Juden nicht in Watte«. In: stern, 24. Jg., (1971), H. 23/1971, (25.-31. Mai 1971), S. 5.
57 Ebenda.
58 Ebenda. [Hervorhebung – FMB].

»großartiger Mann, von wahrer Unbekümmertheit, ganz genau das sagend, was er sagen will, oft mit brillanten Formulierungen, das Ideal eines Professors der Wahrheit. [...] Nichts typischer, als daß die SPD den ausgeschlossen hat; die Brüder schließen immer ihre Linken und Intellektuellen und Fähigsten aus, um desto ungestörter der konservativen Konkurrenzpartei möglichst viele Kleinbürger abwerben zu können.«[59]

Und am 14. Mai 1964 schrieb er in sein Tagebuch: »nachmittags in Marburg bei Abendroths, die uns immer mehr ans Herz wachsen. Das ist ein offenbar nicht übermäßig mit irdischen Gütern gesegneter Gelehrtenhaushalt, aus dem diese Menschen so viel an Wärme und herzlicher Leistung holen, wie sich nur immer holen lässt. Sie sind ›embattled‹, wie das im Englischen heißt – vom Feind umlauert, zu Wachsamkeit und Abwehr gerüstet. Dieser zivilcouragierte Mann hat hier in Marburg fanatisch anhängliche Schüler – zumitten einer Welt von Feinden. Er heißt ›der letzte Marxist‹, und für die Bürger dieser akademischen Kleinstadt ist das gleichbedeutend mit ›Kommunist‹. [...] Diesem ständigen Überfordertsein zu begegnen, bemüht sich zäh und vergebens die sehr sympathische Frau. Die drei Kinder – ›Kommunistenkinder‹ – werden in ihren Schulen benachteiligt, boykottiert, von gemeinsamen Unternehmungen ausgeschlossen, als wären sie Judenkinder in den ersten Jahren des Dritten Reichs.«[60]

Die öffentliche Solidarität und Freundschaft mit den Abendroths, die auch durch zahlreiche Besuche in Locarno gepflegt wurden, trug gewiss auch zur Abwehrhaltung in der deutschen Öffentlichkeit gegen Robert Neumann bei. Der Preis für Neumanns Festhalten an den eigenen im Exil erworbenen Erkenntnissen [176] und Einsichten war hoch. Während beispielsweise Hermann Kesten mit Preisen und Ehrungen überhäuft wurde, unter anderem mit zwei Ehrendoktortiteln, dem Georg-Büchner- und dem Nelly-Sachs-Preis, wurde Neumann in Deutschland niemals geehrt.

Vergebliche Versuche, Robert Neumann zu ehren

1972 startete der enge Vertraute und Freund Robert Neumanns, Gerhard Zwerenz, einen ersten, öffentlichen Versuch, Robert Neumann durch eine Ehrung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Rückkehr aus England hatte sein Exil nicht beendet. Auch war er zunächst keinesfalls um Rückkehr gebeten worden. Vielmehr hatte er sich erst Ende 1958, auch auf Bitten seines deutschen Verlegers, Kurt Desch, und nach dem plötzlichen Tod seiner jungen Frau entschlossen, mit seinem dreijährigen Sohn in den deutschen Sprachraum zurückzukehren. Die Phase, in der ein Arnold Zweig in die SBZ zurückging und Lion Feuchtwanger und Heinrich Mann sich mit ähnlichen Gedanken herumtrugen, war längst verstrichen.

Um die Restauration in Westdeutschland wissend, war ihm auch die Rückkehr dorthin versperrt. So ging er in die italienische Schweiz nach Locarno. Die Anerkennung in der Bundesrepublik, um die er stets geworben hatte, blieb ihm jedoch versagt. Er blieb in den »kalten Zeiten« (Christian Geissler) der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre »den Deutschen unheimlich, wie Heinrich Heine und Heinrich Mann ihnen unheimlich geblieben sind«.[61]

Als »ein humanistischer, streitbarer Sozialist« habe sich Neumann »nie in die Dienste großer Herren oder Parteien nehmen lassen und doch stets kämpfen müssen und zu wirken gewusst«.[62] In seiner typisch selbstironischen Weise habe Robert Neumann den Wunsch des DDR-Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann, er möge »der Lessing unserer Zeit werden«, mit den Worten kommentiert: »Ein Lessing – mich freut die hohe Meinung, aber da habe ich eher etwas gemein mit Klopstock; man ›liest‹ mich nicht. Nicht gemein habe ich mit Klopstock: ihn ›lobte‹

[59] Robert Neumann: Vielleicht das Heitere, a. a. O., S. 265 f.
[60] Ebenda, S. 267.
[61] Gerhard Zwerenz: »Ein unmöglicher Deutscher«. In: Konkret, 5/1972, S. 52.
[62] Ebenda.

man wenigstens.«[63]

Obwohl er nie ein Kalter Krieger[64] war, schonte er seine Freunde, die Kommunisten[65], so wenig wie sich selbst. »Aber warum wollen auch sie ausgerechnet [177] in Watte gepackt sein? Sie haben ein Recht darauf, ernst genommen zu werden wie alle anderen.«[66] »Robert Neumann litt«, so schreibt Gerhard Zwerenz, »unter dieser Nicht-Kenntnis und Nicht-Achtung, und wenn daran jeder Schriftsteller schwer zu tragen hat, so trifft es Neumann besonders hart, weil er ins hohe Alter gekommen ist und mit dem drohenden Ende um die Wette schreibt und dem Tod Tag um Tag, Seite um Seite abzuringen sucht.«[67]

Dieser Neumann passe »so gar nicht in das Bild des Parodisten und Spötters, das man sich gemeinhin von ihm macht«.[68] Unter der Zwischenüberschrift »Eros, Lebenslust und leise Melancholie« fuhr Zwerenz fort: »Robert Neumann ist der Chronist seines eigenen Lebens, aber es ist nicht das Leben eines in sich gekehrten Privatmannes, vielmehr das eines Mannes von geistiger Offenheit, ja Größe.« »Ich kenne«, so Zwerenz, »keinen lebenden deutschen Autor, dem der Ehrenname ›homme de lettres‹ so anstünde, was heißen will: hier hat einer die Kämpfe seiner Epoche selbst in sich mit ausgefochten: denkend, schreibend, fühlend, also auch erleidend. Das ist es, was die Charakterzwerge ihm am meisten neiden.«[69] Die literarische Öffentlichkeit, »soweit es sie im Land bourgeoiser Bewusstlosigkeit überhaupt noch geben kann«, kennt Robert Neumann »als einen Schriftsteller, der bekannt ist, obwohl man ihn kaum kennt, der fleißig schreibt, aber nur von wenigen gelesen wird, und der sich ziemlich oft publizistisch und politisch oppositionell zu Wort meldet.«[70]

Anlässlich seines 75. Geburtstages gelte es, Robert Neumann, den emanzipatorischen Schriftsteller, zu feiern. Daß er unter jungen Autoren keine Nachfolger zu finden schien, nennt Zwerenz einen späten Sieg des Dritten Reiches. Robert Neumann sei nicht wie Heine Lyriker, »aber er ist wie Heine ein Mann, der zu denken und zu schreiben versteht, der den Nationalen nicht nach dem Munde redet und deshalb als ›zersetzender Intellektueller‹ gilt.«[71] »Mehr ›Zersetzung‹ von Nationalismus und Faschismus hätte den Völkern den II. Weltkrieg erspart.«[72] Robert [178] Neumann, »einer der größten deutschsprachigen Schriftsteller«, so Zwerenz, dürfe »nicht den Beschimpfungen der nationalen Rechten und der andauernden Ignoranz germanistischer Lehrstuhlverwalter überantwortet bleiben.«[73] Es sei an der Zeit, ihn endlich zu ehren. »Welche

63 Robert Neumann, Vielleicht das Heitere, a. a. O, S. 306.

64 »Daß die Kalten Krieger auf beiden Seiten sich über das von mir Geschriebene aufregen, versteht sich von selbst. Glücklicherweise gibt es ja noch andere Leute hüben wie drüben.« RN an Gerhard Zwerenz vom 2.4.1963, Kopie in PAB.

65 Siehe Robert Neumann: »Meine Freunde die Kommunisten«. In: Helga Heller-Neumann (Hrsg.): Typisch Robert Neumann. Eine Auswahl. Mit einem Vorwort von Rudolf Walter Leonhardt, München 1975, S. 166–192.

66 Gerhard Zwerenz, »Ein unmöglicher Deutscher«, a. a. O., S. 52.

67 Gerhard Zwerenz, »Ein unmöglicher Deutscher«, a. a. O., S. 54. Schon als 23jähriger hatte ich mich in die Situation Robert Neumanns hineinversetzt, als ich ihm von Ernest Hemingways Ausspruch in »Moveable Feast« schrieb: »It is the death-loneliness that comes at the end of every day that is wasted in your life.« Brief vom 19.5.1964. In: PAB.

68 Gerhard Zwerenz: »Ein unmöglicher Deutscher«, Ebenda.

69 Ebenda. Siehe Sabine Eigen: Auf den Spuren eines vergessenen Schriftstellers. Robert Neumanns Autobiographien. Magisterarbeit in Sprach- und Literaturwissenschaften, München 2006.

70 Ebenda.

71 Ebenda, S. 55.

72 Ebenda. Siehe den Brief von FMB an RN vom 15.5.1964: »Man kann doch nur eines, ehrlich sein: Wer wirklich besorgt ist, kann sich nicht dadurch trösten, daß im Ganzen schon alles recht ist. Die Rechtfertigung ist nicht das Geschäft des Intellektuellen. Sie sollen zersetzen, immer und alles zersetzen, das, was sich verfestigt, versteinert, was als Block [178] im Wege liegt.« In: PAB.

73 Ebenda.

Jämmerlichkeit hat hierzulande schon Preise einsammeln dürfen, man weiß gar nicht wofür.«[74]

Dabei stand die »Literatur des Unbehagens«, wie sie sich im Umfeld der »Gruppe 47« in der Bundesrepublik präsentierte und sich im westdeutschen Kulturbetrieb gegenseitig Preise zuschanzte, »in jeder Beziehung auf noch weit tieferem Niveau, als die Parallelliteratur der liberalen Linksintelligenz in der Stabilisierungsperiode der Weimarer Republik. Tucholsky, Ossietzky, Walter Benjamin usw., und auch die Romanautoren dieser Periode, Heinrich Mann, Arnold Zweig und selbst Robert Neumann verhielten sich zu ihren Nachfahren von heute wie Riesen zu Zwergen. Das hatte, so Abendroth, doppelte Gründe: Erstens leben wir in einer nachfaschistischen Gesellschaft, in der mangels Drucks der Arbeiterklasse noch nicht einmal die eigenen herrschenden Klassen vor der Totalniederlage im Krieg die Kraft gefunden haben, ein vertragsfähiges Übergangsregime zu schaffen oder auch nur ernstlich zu konzipieren. Der 20. Juli 1944 war gegenüber jener Großratssitzung der faschistischen Partei Italiens, die Mussolini absetzte, eine lächerliche Farce. Unsere Görderlers und Becks hatten noch nicht einmal ernstlichen Rückhalt in ihrer eigenen Sozialschicht; von Konspiration verstanden sie überhaupt nichts und ihre politischen Kon-[179]zeptionen liefen jeweils um ein Jahr hinter den Ereignissen und den realen Möglichkeiten für den deutschen Kapitalismus her, so daß sie selbst zur Zeit ihres Putsch-Versuches längst antiquiert war. Zweitens haben diese bürgerlichen Intellektuellen, die heute gelegentlich etwas unschön finden und denen hin und wieder aufgeht, daß sich die Konjunkturperiode ihrem Ende nähert, keinerlei Rückhalt an irgendwelchen noch so verfehlt geleiteten größeren selbständigen Regungen der Arbeiterklasse, die Dank des Widerspruchs zwischen den Lebenshaltungsbedingungen in der DDR und der Bundesrepublik und des Traumas der antibolschewistischen Ideologien vorläufig in Konjunkturillusionen schwimmt.«[75]

Geradezu stümperhaft war dagegen mein eigener Versuch, Robert Neumann Anerkennung zu verschaffen. Ich kannte den Aufsatz von Zwerenz und wusste, daß nichts daraus geworden war. Nachdem ich erneut in drei Schulklassen Robert Neumanns »Ausflüchte unseres Gewissens« vorgespielt hatte, plagte mich der Gedanke, wie ich dem Autor der Sendung, die für mich so entscheidend sensibilisierend gewirkt hatte, Dankbarkeit zeigen könnte.

Am 29. Dezember 1973 schrieb ich an Robert Neumann:

»Ich habe mir in jener schlaflosen Nacht überlegt, ob man nicht in Marburg einmal den Versuch machen sollte, Robert [...] den Ehrendoktor zu verleihen. Man setzte Dir damit nicht nur ein ›Denkmal‹ und würdigte Deine antifaschistische Haltung, sondern setzte sich selbst eine Tradition, die es fortzusetzen gilt. [...] Bitter käme es mich an, wenn man eines Tages ›zu spät‹

---

74 Ebenda. Siehe auch einen weiteren Artikel von Gerhard Zwerenz: »Es gab in der deutschen Literatur und Publizistik einmal das Ferment weltoffener, welterfahrener, humanistisch hochgebildeter und emanzipatorischer Juden. Sie waren meist von liberaler oder sozialistischer Grundhaltung und irgendwie der Arbeiterbewegung verbunden. Das Dritte Reich mit seiner Massenvernichtung und Austreibung der Juden brachte Deutschland um die Mitwirkung solcher Freunde. [...] Neumann zu lesen macht Spaß, auch wenn es einen melancholisch stimmt. Er belehrt, ohne oberlehrerhaft zu werden, er erhebt, ohne in den luftigen siebten Himmel hinauszukatapultieren. Ein ungemein kluger, kenntnisreicher, witziger, frecher und äußerst humaner Autor, dieser Neumann. Ein richtiger alter und ewig junger Jude vom Schlage der Heinrich Heine oder Kurt Tucholsky. Respektlos und liebenswert, schnoddrig und bedächtig, aggressiv und behutsam. [...] Sein Sinn für Gerechtigkeit, sein Misstrauen denen gegenüber, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, ist immer wach.« Die Lage des Literaturbetriebs gegenüber RN beschreibt Zwerenz so: »Neumann, einer der größten und wirkungsvollsten deutschsprachigen Schriftsteller, hat noch nie einen deutschen Literaturpreis bekommen. Der Friedenspreis des deutschen Buchhandels, für den es jedes Jahr schwerer wird, einen passenden Kandidaten zu finden, er wurde Neumann noch nicht angetragen, obwohl dieser ›homme de lettres‹ nun wirklich der passende Mann dafür wäre: ein Schriftsteller von Rang, ein scharfsinniger, wacher Publizist, ein Moralist und Humorist wie kaum einer unter den Lebenden.« In: Kölner Stadtanzeiger, Pfingsten 1972, S. 23.

75 Wolfgang Abendroth an Heinrich Brandler, einen seiner politischen Lehrer, in einem Brief vom 19.3.1963. Kopie in: PAB.

sagen müsste.«[76]

Helga Neumann antwortete: »Ich denke, es gäbe überhaupt nichts, womit man R. N. eine größere Freude machen könnte, als mit einem Dr. h. c. in Marburg. [...] R. N. hat noch nie in seinem Leben irgendeinen Preis oder so was in Deutschland gekriegt.«[77] Die Skepsis, ob ich beim Fachbereich Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften »offene Ohren« finden würde, überwog.

»Aber wenn Sie etwas versuchen wollen – ich freue mich jedenfalls und danke Ihnen für die gute Gesinnung, die dahintersteckt. [...] Ich würde Worten wie ›Vielleicht irgendwann zu spät‹ ebenso sachlich gegenüberstehen wie Sie, hätte ich nicht allzu lange Erfahrung auf dem Gebiet. Dieses ›Zu spät‹ sieht sich am Ende eines Lebens viel merkwürdiger an als am Anfang. Und so habe ich den Brief auch aus egoistischen Gründen ›unterschlagen‹. [Die handschriftliche Ergänzung sagt warum: ›Kampf mit Depressionen‹]. Sie sind so herrlich jung und werden derlei vielleicht blöd finden. (Das gibt sich, leider).«[78]

[180] Am 8. März 1974 fragte Helga nach, ob ich beleidigt sei »wegen jener Rücksendung Ihres so schönen Briefes« und wollte wissen, ob ich die »Sache mit dem h. c.« weiterverfolgen wolle. »Das wäre – also es wäre einfach wunderschön, wenn was draus würde.«[79] Sie bot an, ernstzunehmendes Material zur Unterstützung zu schicken und bat darum, mich durch das eben erschienene Buch von Robert Neumann nicht irritieren zu lassen.

»Es ist ein unernstes Ding, das ein Mann nur schreibt, um seine eigenen Depressionen zu überlärmen. [...] Sie selbst sind viel zu ernst dazu – aber auch zu jung, um diese Verdrehungen, dieses Überlärmen einer ständig größer werdenden Angst zu verstehen. [...] In dreißig Jahren treffen wir einander wieder und reden darüber.«[80]

Wir trafen uns nicht mehr, aber sie hat Recht behalten mit dem Gefühl der Einsamkeit, das einen im letzten Lebensabschnitt bisweilen überkommen kann. Aus meiner Idee, über die sich Helga so gefreut hatte, wurde nichts – trotz Helgas Unterstützung mit Materialien, die sie auch an Abendroth, der jedoch schon seit zwei Jahren emeritiert war und in Frankfurt lebte, und an den Verleger und Freund Ernst Klett schickte, um »immerhin ein links-rechtes Unterstützungsteam«[81] zu mobilisieren. Es blieb bei der von Zwerenz bereits befürchteten »Ignoranz germanistischer Lehrstuhlverwalter«.

Als Klaus Rainer Röhl im Januar 1975 seine Besprechung von Neumanns *Die Kinder von Wien* mit dem Satz beendete: »Wie lange will der deutsche Literaturbetrieb eigentlich noch zögern, dem 77jährigen [Robert Neumann, Anm. d. Verf.] den verdienten Friedenspreis des deutschen Buchhandels zu verleihen oder ihn (warum ihn nicht?) für den nächsten Nobelpreis zu nominieren?«[82], war Robert Neumann bereits tot.

Abendroth, den ich gleich nach der Nachricht von Neumanns Tod anrief, um ihn zu bitten, einen Nachruf in *Konkret* zu schreiben, erinnerte darin zunächst an Robert Neumanns jüdischen Vater, der »einst die österreichische Sozialdemokratie mitgegründet und zu dem Kreis von Victor Adler gehört hatte«.[83] Zugleich wies er darauf hin, daß sich Robert Neumann »nie zum Propagandisten

---

76 Brief von FMB an RN vom 29.12.1973. In: PAB.

77 Helga Neumann an FMB vom 23.1.1974. In: PAB.

78 Ebenda.

79 Helga Neumann an FMB vom 8.3.1974. In: PAB.

80 Ebenda.

81 Helga Neumann an FMB vom 14.3.1974. In: PAB.

82 Klaus Rainer Röhl: Nobelpreis für Robert Neumann. In: das da, 1/1975, S. 52.

83 Wolfgang Abendroth: »Robert Neumann«, a. a. O., S. 43. Siehe Robert Neumann: »Bericht über mich selbst«. In: Typisch Robert Neumann, a. a. O., S. 13: »Am Tage, da das Allgemeine Wahlrecht gewonnen ist (damals war ich zehn Jahre alt), in der Druckerei Vorwärts, dem sozialdemokratischen Hauptquartier, stürzt der Gründer und Vorsitzende der Partei, Victor Adler, in das Hinterzimmer, in dem ich mit meinem

des Kalten [181] Krieges«[84] habe erniedrigen lassen. Abendroth wusste aus den zahlreichen Besuchen in Locarno, daß Neumann immer um Anerkennung in der Bundesrepublik geworben hatte.

»Die Eitelkeit, der ›Größenwahn‹ (wie er das selbst nannte) der Literaten, den er teilte, zwang ihn immer wieder, darauf zu hoffen. Vergeblich, denn im Büchermarkt der Bundesrepublik war (und ist) kein Raum für die große Literatur der Weimarer Republik. Die neue westdeutsche Literatur nach 1945 (oder besser: nach der Entscheidung der USA für die Restauration und die Spaltung Deutschlands 1947) wollte von Anknüpfung an die Tradition humanistisch-demokratischer Schriftsteller nach 1918 nichts wissen.

So wurden zahllose Literaturpreise gestiftet und vergeben. Viele Tagesgrößen, die – aus gutem Grund – schon heute keiner mehr kennt, haben sie bekommen. Niemals Robert Neumann. Das hat ihn tief verletzt, obwohl er die Logik sah: Denn was in der Bundesrepublik geschah, von der Restauration monopolkapitalistischer Machtverhältnisse bis zur Wiedereinsetzung aller ›entnazifizierten‹ Mitträger des Nationalsozialismus in Staatsapparat, Justiz, Bildungswesen und publizistischem Apparat, wusste er nur zu gut. In vielen seiner Publikationen, nicht nur in seinen Kolumnen in *Konkret*, auch in einem seiner letzten Romane, im ›Tatbestand‹, kommt es klar zum Ausdruck.

Das deutsche ›gebildete Publikum‹ hat ihn so behandelt, wie es einst Heinrich Heine behandelt hat. Ist es ein Wunder, daß er, dem dies geschah, Meister der bitteren Ironie blieb (und also auch ihrer besten Kunstform, der Parodie)? Versöhnlichen Humor kannte er kaum, und auch darin glich er Heinrich Heine, der ihm übrigens an Rang so überlegen blieb, wie es die große Literatur des Aufstiegs des bürgerlichen Zeitalters gegenüber der seines geistigen Abstiegs nun einmal generell ist.

Nur eins ist dabei qualitativ wirklich gleichgeblieben: Die besondere Verächtlichkeit des Verhaltens der deutschen Klassen von ›Bildung und Besitz‹ gegenüber ihren eigenen besten, humanistisch-demokratischen Schriftstellern, und die Sucht dieser Schichten, apologetische Eintagsfliegen, die jede jeweils aktuelle Feigheit als Tugend feiern, zu protegieren.«[85]

Fazit

Ca. 15.000 Briefe mit herausragenden Personen der Zeitgeschichte befinden sich im Nachlass Robert Neumanns in Wien und an vielen anderen Orten. Auf *namedropping* wird hier verzichtet. Dagegen nehmen sich die 20 Briefe von Robert [182] Neumann an den »ingrimmigen jungen Mann« aus Marburg sehr bescheiden und unwichtig aus. Ich gehörte zu der Gruppe der jungen, politisch engagierten Leute, zumeist Linker verschiedener Prägung, Leser von *konkret*. Sie kannten den Politiker Neumann, der immer wieder von sich reden machte und durch seine Artikel in profilierten Zeitschriften aufhorchen ließ.[86] Seine beiden Autobiographien hatte ich verschlungen. Von seinem literarischen Gesamtwerk besaß ich nur wenig Ahnung.

»Die sogenannte literarische Linke, also die Leute, die ihre Malaise gegenüber der Restauration an sich schon für eine Gesinnung halten und ihre Jugend für ein literarisches Prärogativ«[87] – gemeint ist die sogenannte Gruppe 47 – konnte und wollte jedoch mit dem Heimkehrer aus der Emigration nichts anfangen. Robert Neumann betrachtete sie als einen »narzisstischen Knabenverein, der oft kaum mehr ist als eine wechselseitige Hagelschadenversicherung«.[88] Statt der

---

Vater bin. ›Ich brauche ein Kind!‹ sagt er und zerrt mich auf den Balkon hinaus; neben ihm stehend winke ich hinunter auf den Fackelzug und Triumph des Wiener Proletariats.«

84 Wolfgang Abendroth: »Robert Neumann«, a. a. O., S. 43.

85 Wolfgang Abendroth, »Robert Neumann«, ebenda.

86 Helga Heller-Neumann (Hrsg.) Typisch Robert Neumann. a. a. O. (Umschlagtext)

87 Robert Neumann in: Hermann Kesten (Hrsg.): »Ich lebe nicht in der Bundesrepublik«, München, 1964, S. 127.

88 Ebenda.

Gruppe 47 und den »unsäglich reaktionären deutschen Schriftstellerverbänden«[89] nachzulaufen, sah Neumann seine Aufgabe darin, junge Leute – »gerade, weil sie vielleicht schon wieder in der Minorität sind« – mit »Rat, Führung, Organisation, Militanz und Zivilcourage«[90] zu unterstützen. Als einer von diesen jungen Leuten kann ich bezeugen: Der jüdische Antifaschist Robert Neumann hat nachhaltig gewirkt. Er hat geholfen, unseren Weg zu finden und – an unseren Grundüberzeugungen festhaltend – weiterzugehen, auch nachdem er für uns Junge viel zu früh gestorben ist. Er hat Spuren hinterlassen bei den Fremden im eigenen Land.[91] Robert Neumann hat nicht vergeblich gelebt, geliebt, gelitten und gelacht.

Aber wie so oft wird ausgewählten toten Märtyrern des antifaschistischen Widerstandes mehr öffentliche Aufmerksamkeit zuteil als den überlebenden widerständigen, demokratisch-humanistischen Schriftstellern, die wie Robert [183] Neumann vertrieben wurden und nach ihrer Rückkehr wegen ihrer kritischen Haltung »unerwünscht«[92] blieben. In Abwandlung der Zeile aus Franz Schuberts »Winterreise« kann über den Antifaschisten Robert Neumann gesagt werden: Fremd zog er 1934 aus, fremd kehrte er 1958 zurück. Nach seinen eigenen Worten war diese Rückkehr »eine schwerere Emigration, da es eine Emigration nach Hause war.«[93] In seinem selbstgeschriebenen Nachruf heißt es ironisch in der dritten Person (Merke: Ironie basiert auf dem Widerspruch zwischen Gesagtem und Gemeintem): Er, Robert Neumann, gab sich nach 1945 in Österreich und Deutschland »bloß zu dem Zwecke als heimgekehrter Emigrant aus, um sich besonders beliebt zu machen.«[94]

Vielleicht war das Internationale Kolloquium im Februar 2006 und ist der vorliegende Tagungsband ein Anstoß, um dem Exilanten Robert Neumann Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. [184]

---

89 Brief von RN an Gerhard Zwerenz, der mir freundlicherweise Einblick in seine Korrespondenz mit RN gewährte, vom 16.8.1968. Kopie in: PAB.

90 Ebenda.

91 So verdanke ich Robert Neumann den Kontakt zum Nebenkläger im Auschwitz-Prozess, Henry Ormond. Am 17. Juli 1964 fuhr ich mit einer Gruppe von 16 Marburger Studenten nach Frankfurt, um einen Tag lang am Auschwitz-Prozess teilzunehmen. In den Verhandlungspausen führten wir Gespräche mit Henry Ormond, dem Staatsanwalt Joachim Kügler und erlebten Friedrich Karl Kaul als Nebenkläger in Aktion. 40 Jahre danach – kein Historiker, kein Verlag hatte sich bisher gefunden, um das schriftliche Urteil im Auschwitz-Prozess vom Oktober 1966 zu veröffentlichen – erschien das schriftliche Urteil. Friedrich-Martin Balzer/Werner Renz (Hrsg.): Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess. Erste selbständige Veröffentlichung, Bonn 2004; Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Der Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965), CD-ROM, Bonn 2005.

92 Siehe Jörg Wollenberg: »Vergebliche Heimkehr – Emigranten unerwünscht.« In: Eckart Spoo (Hrsg.): Tabus der bundesdeutschen Geschichte. Hannover 2006 S. 97 ff.

93 Robert Neumann: »Bericht über mich selbst«. In: Helga Heller-Neumann (Hrsg.): Typisch Robert Neumann, a. a. O., S. 18.

94 Robert Neumann: »Gedenkblatt für Robert Neumann«, a. a. O. S. 213. Über die Querelen und die Anfeindungen gegenüber dem »Emigranten« RN siehe Klaus Briegleb: Missachtung und Tabu. Eine Streitschrift zur Frage »Wie antisemitisch war die Gruppe 47?«, Berlin/Wien 2003. Unglaublich und erschreckend ist die im Buch auf S. 87 zitierte Aussage von Richard Hey in einem Brief an Hans Werner Richter: »Neumann [...] schreibt, wie Streicher behauptet, daß Juden schreiben, nämlich wie Streicher.« [Gemeint ist der Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes »Der Stürmer«, Julius Streicher, der von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition in Nürnberg zum Tode verurteilt wurde].

Robert Neumann und Friedrich-Martin Balzer 1968

[185]

»Die Heldenrolle liegt mir nun wirklich nicht«. Wolfgang Abendroth im griechischen Widerstand*

Der Jurist, der marxistische Sozialist und Antifaschist Wolfgang Abendroth (1906–1985), dessen 100. Geburtstag sich am 2. Mai 2006 jährt, hat sich wiederholt zu seiner Rolle im griechischen Widerstand geäußert.[1] In einem bisher unveröffentlichten Exposé über seine »wissenschaftliche Entwicklung« hat er dies ausführlich getan. Titel und Inhalt des Manuskripts sind von Bedeutung, weil er seine Widerstandstätigkeit als Angehöriger des Bewährungsbataillons 999 als Teil seiner »wissenschaftlichen Entwicklung« verstand. Zur gleichen Zeit machten seine späteren Kollegen in Justiz und Wissenschaft, Bürokratie und Politik ihre Karriere im »Dritten Reich«. Abendroth pflegte bei der Verteidigung der Normen des Grundgesetzes immer wieder auf den Gelehrtenkalender Kürschner, Auflage 1941, zu erinnern, in dem die Publikationen seiner späteren Kollegen aufgeführt sind.

»Die ›herrschende Meinung‹ zur ›*Interpretation*‹, in Wirklichkeit zur Umdeutung des normativen Sinnes der wichtigsten Generalklauseln der bundesrepublikanischen Verfassung wurde von einer Professorenschar geprägt, die ihre Sporen im Verfassungssystem vor 1945 erwarb; ihre damaligen juristischen Leistungen findet man im ›Gelehrtenkürschner‹ von 1940/41 verzeichnet, man möge sie an Hand dessen und der juristischen Zeitschriften dieser Jahre nachprüfen (z. B. Ernst Forsthoff, F. A. Freiherr von der Heydte, Ernst Rudolf Huber, Hans Peter Ipsen, Hans Carl Nipperdey, die Schule Carl Schmitts usw.). Nach Wiederherstellung der alten Eigentumsstrukturen und der sonstigen Restauration im CDU-Staat fühlten diese Professoren sich mit Erfolg berufen, als frühere [186] Verfechter des ›Führerstaates‹ oder aller möglichen ›Ordnungs‹-Lehren oder Theorien vom ›totalen Staat‹ nunmehr die ›freiheitlich-demokratische Grundordnung‹ zu definieren.«[2]

Aufgewachsen in einer sozialistischen Lehrerfamilie gelangte Abendroth schon früh in den revolutionären Flügel der deutschen Arbeiterbewegung. Dadurch allein wird – auch nach eigenem Bekunden – »seine wissenschaftliche Entwicklung verständlich«[3] Abendroths Universitäten zur Zeit des Faschismus, abgesehen von seinem zeitwilligen Promotionsstudium über Völkerrecht in der Schweiz, waren die Bedingungen des illegalen, konspirativen Widerstandes, im Zuchthaus, im Strafbataillon 999, unter den griechischen Widerstandskämpfern, in britischen Kriegsgefangenenlagern in Ägypten und in Wilton Park. Ohne Geringschätzung des Beitrages, den Intellektuelle für die Arbeiterbewegung leisten können, lernte und lehrte Abendroth ganz nach seiner Maxime: »Auf den normalen jungen Arbeiter kommt es mir viel mehr an als auf

---

* Anlässlich des 100. Geburtstages von Wolfgang Abendroth am 2. Mai 2006 lud mich die antifaschistische Zeitschrift »Informationen« zu einem Beitrag über Wolfgang Abendroths Rolle im griechischen Widerstand ein. In: informationen. Herausgegeben vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945, Nr. 63, 2006, S. 4–11.

1 Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, (Suhrkamp Verlag), Frankfurt/M. ¹1976, ²1977, ³1981 288 S. [Gesamtauflage 17.000], hier S. 183–189; Wolfgang Abendroth: Der gemeinsame Kampf mit den Griechen. In: Information der Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern (IEDW), 3/1978, (September), S. 11–12. Unter dem Titel »999er kämpfen mit den griechischen Partisanen« nachgedruckt in: DGB-Bildungswerk Hessen und Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Deutschen Widerstandes 1933–1945 (Hrsg.), Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933–1945, Gießen 1983, [2. unveränderte Auflage 1984], S. 294–297; Wolfgang Abendroth: Deutsche Ausweise für griechischen Widerstand. In: die tat, 30. Jg., (1979), Nr. 2 vom 12. Januar 1979, S. 14.

2 Wolfgang Abendroth: SPD auf Kommunistenjagd, in: Neues Forum 4/1972, S. 15–18, hier: S. 17.

3 Wolfgang Abendroth: Meine wissenschaftliche Entwicklung vor dem Dritten Reich und während der Illegalität, [Ms. im IISG], 1983, 12 S. Abschrift in PAB.

den normalen Jungintellektuellen«.[4] Sein »bester Schüler« unter den Politischen war ein junger Berliner Kommunist, Werner Illmer, den Abendroth bereits im Zuchthaus Luckau schätzen gelernt hatte.[5] Er ging mit Abendroth während des Krieges in Griechenland auf dem Peloponnes zur ELAS über. Gemeinsam mit anderen deutschen Antifaschisten schufen sie ab Juli 1943 eine illegale Organisation, die ihre Vertrauensleute in vielen faschistischen Stellungen auf dem Peloponnes hatte. Sie organisierten das systematische Abhören der antifaschistischen Sender und die Aufklärungsarbeit unter den Soldaten der Hitlerwehrmacht. Sie nahmen mit griechischen Partisanen Kontakt auf, versorgten sie mit Arzneimitteln, manchmal auch mit Waffen und warnten sie vor geplanten Terror- und Vernichtungsaktionen der faschistischen Besatzungsbehörden gegen die griechische Bevölkerung. Ihre Tätigkeit stand von Anfang an unter der realen Gefahr, dabei Leib und Leben zu riskieren. Werner Illmer selbst wurde bei einer Propaganda-Aktion unter den deutschen Soldaten gefangen genommen und erschossen.

Unter der Überschrift »*Deutsche Antifaschisten in Griechenland«* berichtete Abendroth in dem erwähnten Exposé über seine »wissenschaftliche Entwicklung vor [187] dem Dritten Reich und in der Illegalität« zunächst über die Hintergründe seines Wirkens im antifaschistischen Widerstand in Griechenland und beantwortet die Frage, wie er, ein deutscher Intellektueller und Strafgefangener des »Bewährungsbataillons 999«, zu den Partisanen in Griechenland stieß.

»Seit 1942 hatte das Dritte Reich damit begonnen, seine ›Zuchthäuser‹ für seine Wehrmacht zu mobilisieren. Vorher war, wer mit Zuchthaus ›bestraft‹ war, ›wehrunwürdig‹ (wie er die ›bürgerlichen Ehrenrechte‹ – Wahlrecht, die Befugnis, als Trauzeuge bei der Eheschließung mitzuwirken, etc. – verloren hatte). Die Zahl der mit Zuchthaus Bestraften war jedoch so stark angewachsen, daß ihre militärische Verwertung erforderlich gewesen war. Sie wurden nun ›bedingt wehrwürdig‹ und zu besonderen Kampfeinheiten, den ›Bewährungsbataillonen 999‹, deren es viele (ca. 30) gab, zusammengefasst. Das bedeutete erstens, daß ihre Soldaten viele Rechte des ›normalen‹ Soldaten (Möglichkeit, Urlaub zu bekommen oder ›befördert‹ zu werden – also einen höheren Dienstgrad als den des einfachen Soldaten zu erhalten) nicht erhielten. Es bedeutete zweitens, daß in den Kompanien dieser ›Bewährungsbataillone‹, die grundsätzlich von (vom Standpunkt der Nationalsozialisten gesehen) besonders zuverlässigen Offizieren und Unteroffizieren kommandiert wurden, zwei divergente Schichten nebeneinander standen: ›gewöhnliche‹ Kriminelle und politische Zuchthäusler, also Antifaschisten. Das Dritte Reich hoffte, durch Privilegien für die ›Kriminellen‹ die ›Politischen‹ unter Kontrolle halten [...] und eben deshalb deren militärischen Einsatz riskieren zu können.«

Seine eigene Aktivität im griechischen Widerstand schildert Abendroth so: »Ich selbst – von Beruf Jurist und der Gestapo Anfang 1937 in die Hände gefallen – wurde Anfang Februar 1943 in Berlin eingezogen, mit vielen anderen (die ich z. T. aus meiner Strafanstalt kannte) zum ›Ausbildungslager‹ Heuberg, einem früheren Konzentrationslager, in Württemberg transportiert und dort einer Kompanie des V. Btl. 999 zugeteilt. Bei der Aufstellung der einzelnen Kompanien wurde darauf geachtet, daß möglichst keine ›Politischen‹ in die gleiche ›Einheit‹ kommen sollten, die sich aus ihrer früheren politischen Arbeit im gleichen Teil des Deutschen Reiches oder aus dem gleichen Zuchthaus kennen konnten. Trotzdem war es schon in dieser Zeit im Ausbildungslager möglich, herauszubekommen, wer ›Politischer‹ war. Denn, die ›Politischen‹ entstammten (wenn man von wenigen Angehörigen einer christlichen Sekte, der ›Zeugen Jehovas‹, absieht) ausnahmslos den verschiedenen Richtungen der illegalisierten

[4] Interview mit Prof. Wolfgang Abendroth [geführt von 3 Mitgliedern der DKP-Ortsgruppe Tübingen am 12. August 1976 in Stuttgart]. in: Aktion Gläsernes Rathaus, 2. Jg., (1976), Nr. 6, (August/September), S. 3–4.

[5] Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 182. Zur Person Werner Illmer (1914–1944) siehe: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.): Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe, Band 1, Berlin/DDR, 1970, S. 448–450.

Arbeiterbewegung, die Mehrheit der KPD, eine kleinere Zahl der ›rechten‹ KPD-Opposition, der SAP[6] oder dem aktivistischen ›linken‹ Flügel der SPD, und konnten sich an den Verhaltensweisen [188] und nach vorsichtigem geistigen ›Abtasten‹ in Unterhaltungen bald erkennen. Aber wir waren in meiner Kompanie die Minderheit (und so war es seit diesem zweiten Einberufungs-Schub zu ›999‹ – der erste lag ein halbes Jahr vorher – in allen Bataillonen). Die frühere Zerstrittenheit der einzelnen Richtungen der Arbeiterbewegung untereinander war aber für uns alle längst überwunden und durch das selbstverständliche Bekenntnis zur antifaschistischen Einheitsfront, zum unbedingten Kampf gegen das Dritte Reich und zum ›Defaitismus‹, also zum Willen, alles zu tun, um seine Niederlage in diesem Krieg herbeizuführen, ersetzt worden.

Wir hatten vorerst damit gerechnet, in Nordafrika eingesetzt zu werden. Nach der Veränderung der Kriegslage in den ersten Monaten 1943 wurden wir jedoch Anfang Juli 1943 zum Balkan transportiert und erfuhren, daß wir nach Griechenland kommen würden. Unsere Versuche, bei einem kurzen Zwischenaufenthalt im jugoslawischen Mazedonien mit der Bevölkerung (und dadurch mit den dortigen Partisanen) Kontakt zu bekommen, schlugen wegen der sprachlichen Schwierigkeiten fehl. Auch bei einer abermals auf wenige Tage beschränkten Stationierung in Saloniki und bei einem kurzfristigen Einsatz im Olymp-Bereich gelang uns das nicht.

Das konnte nur bei längerem Aufenthalt an einem Ort besser werden, wie wir bald wussten, zumal von uns niemand neugriechisch konnte und nur ein einziger ein SAP-Kamerad aus Hamburg, Arthur Riel (1903–1945) – altgriechisch.

Als wir bald darauf nach Lemnos weitergebracht und dort in Kastron stationiert wurden, änderte sich das Bild bald. Zwei Dinge kamen uns zu Hilfe: die (wenn man die Studenten, die wegen der Kriegslage zu Hause bleiben und nicht weiterstudieren konnten, und die Lehrer des Gymnasiums, die Mediziner und Anwälte mitzählt) relative Intelligenzschicht sprach Französisch, aber manche Seeleute, die nun ›zu Hause‹ saßen, auch ein Englisch, das zwar nicht dem sogenannten Oxford-Englisch entsprach, wie es unsere zwei Intelligenzler unter dem Politischen Riel (ein Volkswirt) und ich gelernt hatten, das wir aber doch langsam verstehen konnten. So konnten wir zwischen unseren ›Politischen‹ (und denen einer weiteren Kompanie des XXII. Bataillons ›999‹, die bald in der Nähe auf Lemnos stationiert wurde) erste Berührungen vermitteln. Die illegale Organisation der ›Politischen‹ in beiden Kompanien war sehr eng und funktionierte – von einem Komitee mit einem Leipziger KPD-Genossen, Werner Schmiedgen, dem gleichfalls Leipziger SAP-Kameraden Kurt Sonntag und einem Leipziger KPD-Opposition-Genossen Emil Kirsten gut kombiniert – ausgezeichnet.

Allerdings waren noch einige Schwierigkeiten zu überwinden. Die politische Situation in Griechenland (und zwar auch auf Lemnos) kannten wir zunächst nur unzureichend; und deshalb bedurfte es anfänglich großer Vorsicht. Wir wussten [189] wohl, daß die Mehrheit der Bevölkerung schon wegen der bitteren Erfahrungen, die sie zur Zeit der Hungersnot zu Beginn der deutschen Okkupation hatte machen müssen, von ihren nationalsozialistischen Besetzern nichts wissen wollte, obwohl sie sich uns ›999‹-ern gegenüber freundlich verhielt, weil sie wusste, daß wir keine ›durchschnittlichen‹ deutschen Soldaten waren. Aber wir wussten auch, daß es – besonders in der ökonomischen Oberschicht – Gruppierungen gab, die – schon, weil sie Geschäfte mit der Besatzung machen wollten – durchaus anders dachten und jederzeit bereit gewesen wären, uns bei der ›Geheimen Feldpolizei‹, wenn man so will, der Wehrmachts-Gestapo, zu denunzieren, wenn sie von unserer Aktivität erfahren hätten. Wir wussten auch, was die

[6] SAP, die im Oktober 1931 nach dem Parteiausschluss u. a. der linken Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld aus der SPD gegründete »Sozialistische Arbeiterpartei«.

Metaxas[7]-Diktatur vor dem italienischen (und dann auch deutschen) Angriff auf sie zu bedeuten hatte und daß man also der Polizei und den Verwaltungsbeamten, die sie hinterlassen hatte, nicht trauen dürfe (und hatten also sehr unsere Zweifel, wenn sie – oder auch ein Teil der Ärzte und der Rechtsanwälte – sich bei uns durch anti-nationalsozialistische Äußerungen gleichsam anbiedern wollten, wenn sie mit uns ins Gespräch kamen). Wir erfuhren auch bald von den Gegensätzen zwischen EDES[8] und ELAS[9] auf dem Kontinent und lernten langsam, sie zu durchschauen. So wurde uns auch die EAM zum Begriff und auch die Rolle, die die KKE[10] in ihr spielte. Von den Kombinationen der Exil-Regierungspolitik in Ägypten erfuhren wir dadurch, daß wir den britischen Sender Jerusalem systematisch abhörten. Deshalb setzten wir uns bald zum Ziel, feste Verbindungen zu KKE und EAM zu bekommen; denn zu dieser Zeit gab es in unserem Inselbereich noch keine ELAS-Einheiten.

Dabei kam uns bald die Dummheit unserer Armee-Führung zu Hilfe. Die Kommandantur zur Insel-Verwaltung, die von der militärischen Inselkommandantur errichtet war, war neu zu besetzen, weil ihr bisheriger Chef (wahrscheinlich wegen irgendeiner der in solchen Dienststellen üblichen Korruptionsaffären) abberufen und durch einen österreichischen Freiherrn (und Oberleutnant der [190] Hitler-Armee) ersetzt worden. Er suchte sich einen neuen ›Stab‹ von Schreibern, weil die bisherigen ihm mit dem, was vor seiner Dienstzeit lag, zu sehr verfilzt zu sein schienen. Und so wollte er ›politische‹ 999-er haben, die die sachliche Voraussetzung, Fremdsprachen (Englisch und Französisch) zu verstehen und mindestens ein wenig zu sprechen und ein wenig von Verwaltung zu begreifen, erfüllten. Denn bei politischen Zuchthäuslern glaubte er – mit Recht – sicher zu sein, daß sie mit Korruption nichts zu tun haben wollten. Also holte er den SAP-Kameraden Arthur Riel und mich als ›Schreiber‹ (ohne Dienstgrad natürlich) in seine Kommandantur. Dadurch konnten wir bald an alle ›Verwaltungsakten‹ herankommen; vor allem aber lernten wir nun die griechische Administration (einschließlich des Chefs ihrer Polizei) und die Oberschicht genauer kennen, weil wir uns mit allen ohne Dolmetscher unterhalten konnten. Nur – Neugriechisch konnten wir nicht. Weil wir bei ›dienstlich‹ erforderlichen Gesprächen mit den Bürgermeistern der Dörfer oder ›Dienstverpflichteten‹ Bauern, Fischern und Seeleuten oder auch Geistlichen auf ihn angewiesen blieben, ihm aber natürlich überhaupt nicht trauen konnten, half uns das zunächst auch nur begrenzt weiter. So blieben wir auf die Zufallskontakte mit griechischen Studenten auf den Straßen und Cafés auch weiter angewiesen (und auf alle Vorsicht, die dabei erforderlich war). Doch die konnten wir nun auch intensiver pflegen, weil unsere Stellung in der Inselkommandantur uns aus der Kaserne herausgeführt und uns ebenso das Rundfunk-Abhören wesentlich erleichtert hatte.

Bald kam uns jedoch ein weiterer Zufall zu Hilfe. Das von Metaxas errichtete Konzentrationslager auf Aghios Efstratios war von den Engländern befreit worden, die aber diese winzige Insel ebenso wenig okkupiert hatten wie die Deutschen. Administrativ gehörte sie aber zu ›unserer‹ Inselkommandantur. Also wurde ich (zusammen mit dem Mann, dem mit der Inselkommandantur betrauten Offizier) mit einem ›Kaiki‹ dorthin beordert, um die ›Tatbestände‹ festzu-

---

7 Ioannis Metaxas, (1871–1941), faschistischer General, der den Monarcho-Faschismus in Griechenland von 1936 bis 1941 anführte. Siehe neuerdings: Hannibal Velliadis: Metaxas-Hitler. Griechisch-deutsche Beziehungen während der Metaxas-Diktatur 1936–1941, übersetzt von Gerhard Blümlein, Berlin 2006.

8 EDES = national-republikanische, bürgerliche Widerstandsgruppe unter Führung des ehemaligen Obersts der griechischen Armee Napoleonas Zervas.

9 ELAS = die aus der linksgerichteten Widerstandsgruppe EAM im Frühjahr 1942 hervorgegangene paramilitärische Organisation unter Führung des Kommunisten Aris Velouchiotis. Nach dessen Absetzung übernahm Stephanos Seraphis das Kommando über die kommunistische ELAS. Im Sommer 1943 verfügte die ELAS über ca. 16.000 Kämpfer, die EDES über ca. 7.000. Ein Jahr später hatte sich die Anzahl bei der ELAS verdreifacht, bei der EDES verdoppelt. Insgesamt wurden etwa 70.000 bis 80.000 Griechen im Partisanenkrieg oder bei Vergeltungsaktionen von deutschen, italienischen und bulgarischen Truppen, getötet, rund 1.700 griechische Dörfer zerstört.

10 KKE = Kommunistische Partei Griechenlands.

stellen und das, was die von den Engländern befreiten Häftlinge hinterlassen haben mochten, nach Kastron auf Lemnos zu bringen.

Mein ›neuer‹ Inselkommandant war übrigens – anders als sein österreichischer Vorgänger, der ein korrekter, anständiger, wenn auch relativ reaktionärer, aber nicht nazistischer Mann gewesen war – typische Durchschnittsware dessen, was im Dritten Reich in der Armee aufstieg. Auch das war mein – und unser – Glück. Denn deshalb ›soff‹ er sich mit dem Bischof dieser kleinen Klosterinsel fest, brauchte dabei den Dolmetscher, damit sie gemeinsam trinken konnten, und beauftragte mich, die Verladung der paar Betten aus dem KZ mit ein paar griechischen Inselbewohnern, die er dazu ›dienstverpflichtet‹ hatte, weiter durchzuführen.

Dabei sprach mich ein griechischer Mann auf Französisch an, offensichtlich ein Intellektueller. Er wusste über die ›999‹-Situation Bescheid und begann lange [191] Diskussionen über die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Er examinierte mich gleichsam über die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Kommunistischen Internationale, um dann – als ich sie offensichtlich sehr genau kannte – politisch offen zu reden. Er ließ sich über die Lage in der 999-Kompanien auf Lemnos orientieren und gab mir als ›Anlaufstelle‹ für uns bzw. für sich den Zahnarzt Noullas in Kastron an.

Von nun an bestand also ein steter systematischer Kontakt mit KKE und EAM auf der Insel. Die gegenseitige Information (und Teilnahme an der Willensbildung) hat voll funktioniert und bestanden, bis der Rückzugsbefehl der Wehrmacht für die deutsche Inselbesatzung im August 1944 eintraf. Von unserer Position in der deutschen ›Inselkommandantur‹ aus konnte durch den kommunistischen Zahnarzt Noullas manche Unterdrückungsaktion in Form von ›Dienstverpflichtung‹ der Bevölkerung für die deutschen militärischen Belange der EAM auf der Insel gleichsam vorangekündigt werden. Und auch als unser Kamerad Riel wegkommandiert und durch einen Kriminellen ersetzt wurde, änderte sich daran nichts, weil er nur halb willens, aber jedenfalls nicht fähig war, mich zu kontrollieren; übrigens der leitende Offizier auch nicht. Als unser Kamerad Emil Kirsten, der ebenso im Zentrum unserer konspirativen Arbeit gestanden hatte, – übrigens als einziger von uns allen – wegen eines schweren Bombenschadens für seine Familie in Leipzig Heimaturlaub erhalten hatte, aber dort – wie wir rasch erfuhren – im Zusammenhang mit der dortigen illegalen Organisationswelt der Gestapo in die Hände gefallen war, fürchteten wir zwar sehr um unsere Situation auf der Insel. Aber er hat nichts preisgegeben.

In dieser Zeit hat übrigens ein eigenes Erlebnis mir deutlich gezeigt, wie stark die antifaschistische Solidarität auch über den Kreis der an der konkreten Zusammenarbeit mit der lokalen KKE und EAM konspirativ unmittelbar Beteiligten hinaus in der griechischen Bevölkerung wirkte. Ich war mit einem Maschinengewehr im Arm bei einem Besuch auf einem militärischen Stützpunkt meiner Kompanie mehrere Meter tief gestürzt und war erst Stunden, dann Tage lang ohne Bewusstsein. Das Lazarett der Insel hatte nur einen deutschen Arzt als Leiter, der im Privatberuf Kinderarzt war und glaubte, ich habe Rippenbrüche und Gehirnerschütterung. Trotz seiner Behandlungsversuche wurde mein Zustand ständig schlechter. Die griechischen Kameraden, die bald merkten, daß ich nicht mehr zu konspirativen Zusammenkünften kam und Aufträge (wie Beschaffung von deutschen Ausweisen für sie) nicht mehr erledigen konnte, weil ich nicht mehr auf der Kommandantur arbeitete, haben einen griechischen Arzt zu dem deutschen Chef des Lazaretts gleichsam heran vermittelt, der (mit dessen Zustimmung) mich diagnostizierte und trotz meiner ständigen Bewusstlosigkeit richtig erkannte, daß ich einen Darmverschluss hatte und mich operierte, so daß mein Leben gerettet wurde. Ich verdanke es also griechischer Solidarität.

[192] So blieb die Lage, bis ich im August von dem Rückzugsbefehl für die Besatzung der Insel erfuhr. Gleichzeitig wurde die Truppe angewiesen, große Sprengungen auf der Insel vorzunehmen. Einer unserer Kameraden, der österreichische Genosse Willi Wehofer, war, früher

Sozialdemokrat, als Mitglied der KP Österreichs zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilt gewesen – als deutscher Aufsichtsmann im Elektrizitätswerk der Insel eingesetzt gewesen und sollte die Sprengung der elektrischen Versorgungsanlagen organisieren. Stattdessen verschwand er mit allen Unterlagen über das Elektrizitätswerk und wurde zunächst in Kastron illegal untergebracht. Wenige Tage später mußte ich ihm folgen. Nach wenigen Tagen, die wir in einer Höhle in den Bergen an der Küste lebten, wurden wir, weil der Abzug der deutschen Truppen sich verzögert hatte und sie uns systematisch suchten, von den griechischen Genossen nachts durch ein Boot nach Lesbos gebracht. Um Lemnos wurde noch einige Tage gekämpft.

Lesbos war inzwischen von einer Einheit der ELAS befreit, die noch dem britischen Oberkommando für den Mittleren Osten unterstand. Die englische Armee verlangte unsere Auslieferung als Kriegsgefangene, obwohl wir in der Insel-Verwaltung tätig waren. Die ELAS stellte uns frei, nach Bulgarien zu gehen. Wir haben das nicht getan, weil ich wegen meiner früheren Konflikte mit der Stalinschen Führung und den bitteren Erfahrungen seit der Periode der Prozesse gegen die Opposition 1936/37 nicht in die Gefahr neuer Gegensätze hineingezogen werden wollte. So gelangten wir über das britisch okkupierte Chios nach Ägypten in ein Kriegsgefangenen-Lager. Die britische Armee versuchte, uns über die ELAS in ihrem Lager in Mahdi zu vernehmen. Aber Wehofer und ich haben ihr natürlich keine Auskünfte gegeben.«[11]

In der BRD hielt es Abendroth stets für notwendig, an die Situation in Griechenland, wie sie seit dessen Befreiung von der Herrschaft des Dritten Reiches durch die Partisanen der ELAS und dann seiner Okkupation durch die Flotte und die Armee Churchills und die Armee der königlichen Regierung in Kairo entstanden war, ins Gedächtnis zu rufen.

Fast die gesamte Presse der drei westlichen Besatzungszonen und der BRD hatte »allen Köpfen seit vierzig Jahren ein völlig verzerrtes Bild der damaligen griechischen Ereignisse eingehämmert.«[12] Gleichzeitig erinnerte Abendroth daran, daß es »keinen Krieg (und erst recht keinen Bürgerkrieg) ohne tragische Folgen für die Bevölkerung«[13] gibt.

»Zahlreiche ehemalige politische Gefangene Hitlers, die mit den ›Bewährungsbataillonen‹ 999 in Griechenland eingesetzt waren und dort Verbindung zum [193] EAM und ELAS aufgenommen hatten – auch ich –, haben diesen ganzen Prozess (oft mit bitteren Folgen für sich selbst) miterleben müssen und waren nach ihrer Rückkehr nach Deutschland über das vorurteilsbestimmte falsche Bild entsetzt, das die durch die Propaganda des Kalten Krieges getäuschte westliche Bevölkerung über sie hatte.«[14]

Umso mehr betrachtete Wolfgang Abendroth es als seine Aufgabe, immer wieder an den »gemeinsamen Kampf mit den Griechen«[15] zu erinnern.

Obwohl Abendroth nur etwa 375 Tage vom 20. September 1943 bis etwa zum 20. Oktober 1944, bis zu seiner britischen Kriegsgefangenschaft, am griechischen Widerstand aktiv beteiligt war, davon ca. die letzten 30 Tage als Mitglied der EAM mit militärischem Dienstrang in der ELAS: Es waren diese Erfahrungen im griechischen antifaschistischen Widerstand, die Abendroth befähigten und bereit machten, gleich zur Stelle zu sein, als am 21. April 1967 die Obristen in Griechenland mit Unterstützung der CIA gegen die demokratisch gewählte Regierung putschten und nach vorübergehendem Scheitern im November 1973 unter Papadopoulos erneut die Macht an sich rissen.

---

11 Wolfgang Abendroth: Meine wissenschaftliche Entwicklung a. a. O.

12 Wolfgang Abendroth: Leserbrief. In: Frankfurter Rundschau, 40. Jg., (1984), vom 19. Dezember 1984, S. 4.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

15 Siehe Fußnote 1.

Im Zeichen der internationalen Solidarität erinnerte Abendroth daran, daß das »Dritte Reich« während des Zweiten Weltkriegs »das griechische Volk schamlos unterdrückt«[16] habe. Das griechische Volk sei dann am Ende des Zweiten Weltkrieges »durch den britischen Imperialismus, vereint mit den griechischen herrschenden Klassen und unter Wiedereinsetzung auch der korruptesten Elemente der griechischen herrschenden Klassen, die noch kurz vorher Hitler unterstützt hatten, niedergewalzt« worden. »Es konnte dann gleichwohl noch eine formale Demokratie unter Ausnutzung des Gleichgewichtsspieles der Großmächte bewahren, aber diese nur noch formale Demokratie konnte jetzt [durch den Putsch vom 21. April 1967] mit einem Federstrich durch die griechischen Generäle beiseite gefegt werden. Das war nur möglich, weil die griechische Arbeiterklasse 1944 und wieder 1946/47 geschlagen worden war. Wir hoffen, daß diese griechische Arbeiterklasse und daß die griechischen Intellektuellen, die mit ihnen gemeinsam kämpfen, bald die Chance erhalten, die Freiheit Griechenlands wieder herzustellen. Aber das werden die demokratischen Kräfte Griechenlands nicht können ohne die Solidarität der Arbeiterklasse und der Intellektuellen in den Ländern Westeuropas, die es den herrschenden Klassen ihrer Länder unmöglich machen müssen, die Diktatur [194] der faschistischen Offiziere in Griechenland zu unterstützen.«[17] Es sei für uns auch »eine nationale Pflicht, die Ehre des deutschen Volkes dadurch wiederherzustellen, daß wir unsere Regierung zwingen, die ebenso schamlose Unterstützung der griechischen Diktatur durch Belieferung von Waffen einzustellen. Das Schicksal der griechischen Arbeiter und Intellektuellen, die heute dieser Wiederholung des alten Metaxas-Regimes ausgeliefert sind, ist kein Einzelfall der Staatenwelt der spätkapitalistischen Gesellschaft.«[18]

Als Papadopoulos im November 1973 nach seiner zwischenzeitlichen Vertreibung erneut die Macht an sich riss, erklärte Abendroth in seiner Rede am 20. November 1973 in Frankfurt[19] – in Solidarität mit den griechischen Arbeitern und Studenten:

»Das Regime des Putsches vom 21. April 1967 ist sich gleichgeblieben, trotz aller Schönheitsoperationen, die im Interesse seiner besseren Verkäuflichkeit in den bürgerlichen Demokratien Westeuropas an ihm vorgenommen worden sind. Papadopoulos[20], seine Obristen und seine Geheimpolizei bleiben, was sie immer waren, ob sie mit oder ohne Markezinis[21], mit oder ohne angekündigte Scheinwahlen zu einem Scheinparlament auftreten. Die Demonstrationen und Massenaktionen der griechischen Studenten und Arbeiter haben den Schleier der Anpassungsideologien zerrissen, mit dem CIA, amerikanischer Imperialismus, die Interessen des internationalen Monopolkapitals und der Regierungen der westeuropäischen NATO-Partner Griechenlands die Öffentlichkeit betrügen wollten. Die nackte Gewalt, mit der die Mörderbande, die Griechenland regiert, das Volk noch einmal niederwerfen konnte, lässt sich nun nicht mehr vertuschen. Deshalb sind die Opfer, die die tapferen Studenten und Arbeiter von Athen in diesen Tagen bringen mussten, nicht umsonst gewesen. Sie sind für die Freiheit Griechenlands,

16 Wolfgang Abendroth: Sozialistisches Zentrum – notwendige politische Gegenmacht. Referat über die gesellschaftlichen Bedingungen der Gründung eines sozialistischen Zentrums und dessen Aufgaben. In: Sozialistische Hefte, 7. Jg., (1968), 3/1968, (März), S. 157–166, hier: S. 157.

17 Ebenda.

18 Ebenda.

19 In: Informationsdienst, hrsg. vom Ausschuss »Griechenland-Solidarität Bundesrepublik Deutschland« vom 21. November 1973, verantwortlich für den Inhalt Josef Weber, Düsseldorf, S. 2–4.

20 Georgios Papadopoulos (1919–1999), griechischer Politiker, errichtete am 21. April 1967 mit Unterstützung einer Militärjunta ein diktatorisches Regime mit Ausnahmezustand, Gleichschaltung der Presse, Massenverhaftungen und -Deportationen sowie Konzentrationslagern auf den Inseln Jaros und Leros. Nach einem gescheiterten Gegenputsch des Königs Konstantin II. im Dezember 1967 mußte Papadopoulos ins Exil gehen. Am 1. Juni 1973 rief Papadopulos die Republik aus und wurde selbst Staatspräsident. Nach einem unblutigen Putsch gegen ihn im November 1973 übernahm General Phaidon Dimitriou Gizikis die Präsidentschaft. Papadopulos wurde verhaftet und schließlich zu lebenslanger Haft verurteilt, in der er 1999 verstarb.

21 Spyros Markezinis, griechischer Politiker, vom 1.10.1973 bis 25.11.1973 griechischer Premierminister.

für die Demokratie und auch für die Verteidigung demokratischer Rechte gegen die Gewaltherrschaft [195] des amerikanischen Imperialismus und seiner Lakaien in den anderen Ländern Europas gebracht worden. Wir dürfen und werden sie niemals vergessen. [...]

Die griechische Demokratie wurde am 21. April 1967 durch die Militärdiktatur zerstört, weil jeder wusste, daß die bevorstehenden Wahlen eine Linksmehrheit ergeben hätten. Der Vorwand war der Antikommunismus, der in allen Ländern der Vorwand ist für jede Gewalttat, für die Zerstörung demokratischer Rechte und für die Errichtung der reaktionären und faschistischen Diktaturen, wenn das Monopolkapital fürchten muss, daß das Volk gelernt hat, seine demokratischen Rechte gegen seine Ausbeuter und gegen die Politik der amerikanischen Militärstützpunkte zu gebrauchen. Das galt damals für Griechenland, es galt vor kurzem in Chile, es gilt jetzt wieder in Athen. Es gilt für uns – wenn auch in gemäßigten Formen – hier in der Bundesrepublik Deutschland. Wer hier nach dem Berufsverbot für Kommunisten schreit, wird morgen, wenn es nottut, die Demokratie vollends zerstören, wenn das Volk nicht aufpasst.

Nur die geschlossene Front des Volkes kann hier, wo es noch nicht so weit ist, die Aushöhlung der demokratischen Rechte hindern. Kommunisten, Sozialisten, Demokraten müssen gemeinsam kämpfen, um die Demokratie in Griechenland, in Chile, in Spanien, in Portugal wiederherzustellen, um in solchen Ländern wie der Bundesrepublik die Demokratie zu schützen. Das ist die Lehre, für die wir den Arbeitern und Studenten von Athen zu danken haben. Und deshalb gilt ihnen unsere Solidarität!«[22]

1980 beklagte Abendroth, daß es den westdeutschen Kommunikationsmitteln möglich sei, »solche wichtigen Diskussionen und Demonstrationen wie den Krefelder Kongress gegen die Atomwaffen und die Frankfurter Tagung der FIR (des internationalen Zusammenschlusses der Widerstandskämpfer gegen das Dritte Reich, von den französischen, italienischen und griechischen Partisanen, gleichgültig ob Kommunisten, Sozialisten, Christen oder der Gaullisten, bis zur deutschen VVN) einfach totzuschweigen«[23]. Es müsse »das strategische Ziel« verfolgt werden, »die gegenseitige Toleranz, die sich in diesen Kämpfen notwendig ergibt, zu einer [196] einheitlichen Konzeption weiter zu entwickeln, durch die die abhängig arbeitende Klasse auch wieder zu einer parlamentarischen Repräsentanz gelangen kann.«[24]

In seinem letzten Lebensjahr, im Oktober 1984, besuchte Wolfgang Abendroth mit seiner Frau, der Historikerin Dr. Lisa Abendroth, noch einmal Griechenland als Teilnehmer des Kongresses der »Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen« in Athen. Seine Hoffnung, dort noch viele alte Bekannte zu treffen, erfüllte sich nicht. Viele seiner ehemaligen Mitstreiter waren inzwischen gestorben.[25] In seinem Hotel zeigte er den Angestellten seinen alten Ausweis der Widerstandsorganisation und wurde geradezu ehrfürchtig behandelt. Für den Teilnehmer Martin

---

22 Ebenda. Eine Analyse der griechischen Arbeiterbewegung in den 60er Jahren liefert Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 13. Aufl. [83. Tausend], Frankfurt am Main 1981, S. 204–206. Zum zentralen Begriff der Solidarität im Denken von Wolfgang Abendroth siehe Abendroths letzte Veröffentlichung »Warum Solidarität?« [letzte politische Äußerung von Wolfgang Abendroth, siehe Vorbemerkung von Lisa Abendroth], in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 8. Jg., (1985), H. 29, (Oktober), S. 402–403, und »Solidarität ist nur wirklich, wenn sie konkret ist«. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 28. Jg., (1977), H. 4, (April), S. 233–236.

23 Ganz im Sinne der Feststellung von William Blum »The media's most effective tool – silence«. Zit. nach Richard Albrecht: Karl Liebknecht und Genossen. Die »Ausrottung der Armenier« während des Ersten Weltkrieges und die deutsche politische Linke 1914/18. (unveröffentlicht)

24 Wolfgang Abendroth: Die abermals verpasste Chance. In: express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Offenbach, Nr. 12 vom 22. Dezember 1980, S. 6.

25 Im Privatarchiv Lisa Abendroth befinden sich Briefe der griechischen Antifaschisten Christos Cargopulos vom 26. November 1983 und Panayiotis Kemerlis vom 28. März 1984, die beide ihre lebhafte Erinnerung und Dankbarkeit an Wolfgang Abendroth bezeugen.

Kutscha[26] war Abendroths offene Art beeindruckend, frei von jedem bei Professoren weit verbreiteten Standesdünkel die aktuellen politischen Probleme anzusprechen. Dabei ging es ihm immer um die »gemeinsame Sache«, nie um die Selbstdarstellung seiner Person. Über seine Aktivitäten im griechischen Widerstand sprach er nicht. »Wahrscheinlich war er dafür zu bescheiden«.[27]

Anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 2. Mai 2006 lohnt es sich, nicht nur an den wissenschaftlichen Politiker Wolfgang Abendroth[28] zu erinnern, sondern sich bewusst zu werden, was zu tun ist. Der griechische Musiker Mikis Theodorakis, selbst KZ-Opfer griechischer (Folter-)Zustände hat in seinem Protest[29] gegen den EU-Beschluss wider den »Kommunismus«[30] einen Weg [197] dafür gewiesen. Die Zukunft der demokratischen Bewegung in allen Ländern hängt auch davon ab, wie sehr wir uns der Vergangenheit erinnern und uns in die gegenwärtigen herrschenden Verhältnisse, so gut es eben geht, einmischen, getreu der Aufgabe, der sich Abendroth ein Leben lang verpflichtet fühlte: Jenes Begreifen zu fördern, das rationales Eingreifen im Interesse von Demokratie, Frieden, Antifaschismus und Sozialismus ermöglicht. Abendroths revolutionärer Mut zur Einheit der Arbeiterbewegung wird dabei – trotz aller unvermeidlichen Differenzen und Widersprüche – ein großes Vorbild bleiben.

Nach der Ermordung des linkssozialistischen Arbeiterführers Grigoris Lambris im Jahre 1963 malten abermals unterlegene griechischen Arbeiter und Intellektuelle den Buchstaben Z auf Häuser und Straßen, was im Altgriechischen so viel bedeutet wie: Er lebt.[31]

Die Reihe der von Abendroth hinterlassenen selbständigen Veröffentlichungen ist relativ gering. Es sind insgesamt nur 5 zumeist schmale Bändchen, dazu zwei Interview-Bände. Hinzu kommen 6 Sammelschriften mit einzelnen Aufsätzen. Das Gros seiner weit über 1.000 Veröffentlichungen ist verstreut und bis heute weithin unbekannt geblieben. Als einer, der sein Gesamtwerk wie kaum ein anderer überblickt, kann ich sagen: Abendroth war gewiss mehr als nur ein »Glied in der Kette der marxistischen Forschung«[32]. Es mag müßig sein, über das Votum zu streiten, das nach der »Wende« von DDR-Marxisten abgegeben wurde, die ihn neu und umfassend neu entdeckten, wonach Abendroth »nach Rosa Luxemburg der wohl klügste und weitblickendste theoretisch-strategische Kopf der marxistischen Linken in Deutschland« war. Sicher ist, daß er »wie Rosa Luxemburg ein Sozialist« war, »für den die marxistische Analyse sich stets mit politischem Handeln verband. Seine Werke [...] sind heute genau so aktuell wie

---

26 Siehe den Brief von Martin Kutscha an Andreas Diers vom 18.11.2005. Diers hat u. a. Abendroths Tätigkeit im griechischen Widerstand in seiner Dissertation detailliert und wissenschaftlich untersucht: Andreas Diers: Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906–1948, Hamburg 2006.

27 Ebenda.

28 Neben der gerade erschienenen höchst aufschlussreichen Arbeit von Andreas Diers über Abendroths erste Lebenshälfte (1906–1948) wird auf den Band Friedrich-Martin Balzer/Hans Manfred Bock/Uli Schöler (Hrsg.): Wolfgang Abendroth 1906–1985. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-Bibliographische Beiträge, Opladen 2001 und an die zum 100. Geburtstag erschienene 2. Auflage der CD-ROM »Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, Bonn 2006« verwiesen.

29 »Im Namen meiner gefallenen Genossen«. Eine Erklärung von Mikis Theodorakis. In: junge Welt vom 3.1.2006, S. 6. Die Erklärung des 80jährigen Komponisten, Schriftstellers und Politikers richtet sich gegen einen Beschluss des EU-Parlaments »Über die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regimes«.

30 Wolfgang Abendroth: Zur Rolle des Antikommunismus heute, [Verbesserte Fassung des in den Marxistischen Blättern 5/1973, S. 24–32 zuerst erschienenen Aufsatzes] in: Das Argument, 16. Jg., (1974), Nr. 87, (November), H. 7–9, S. 634–645.

31 Siehe den Filmklassiker von Constantin Costa-Gavras und Jorge Semprun: »Z« nach dem gleichnamigen Roman von Vassilis Vassilikos. Während meiner 30jährigen Tätigkeit als Lehrer habe ich diesen Film wiederholt meinen Schulklassen im Unterricht vorgeführt.

32 Siehe Wolfgang Abendroth: Ein Glied in der Kette marxistischer Forschung, [Gespräch der Redaktion der marburger blätter mit Wolfgang Abendroth anlässlich seiner Emeritierung], in: marburger blätter, 23. Jg., (1972), 4/1972, Ausgabe 148 vom Juli 1972, S. 8–15.

zu der Zeit, als sie geschrieben wurden.«[33]

Zwanzig Jahre nach dem Tode von Wolfgang Abendroth am 15. September 1985 lebt Abendroth zwar nicht bei allen, die das Glück hatten, bei ihm – vor dem [198] Epochenwechsel der Jahre 1989 ff. – in die Schule der wissenschaftlich begründeten Solidarität zu gehen, wohl aber bei den wenigen, die an seinen Grundüberzeugungen festhalten, in ihren Köpfen und Herzen und in ihrem Bestreben nach einer anderen, besseren Welt, fort. Alle anderen sind eingeladen, sich bei ihm Rat und Hilfe zu holen. Es ist an der Zeit, Klassenbewusstsein durch ihn neu zu entdecken und in den Tageskämpfen stets neu zu entwickeln.

33 Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow: Einführung zum Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth. In: Partei der Arbeitnehmerklasse oder Volkspartei, Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm der SPD, Schriften aus dem Liebknecht-Haus Leipzig 6, hrsg. vom PDS-Stadtvorstand Leipzig, Leipzig 2000, S. 8.

Erwin Eckert 1931

[199]

Der »revolutionäre Kommunist« Wolfgang Abendroth und der »kommunistische Christ« Erwin Eckert. Eine Parallel-Biographie*

Der Begriff »revolutionärer Kommunist« stammt vom Marburger Oberbürgermeister Hanno Drechsler, einem Lieblingsschüler von Abendroth, bevor er sich mit Abendroths Erzfeind Walter Wallmann ins große Koalitionsbett legte. Wer diese Charakterisierung Abendroths empört zurückweist und ihn nur als freischwebenden, aber antikommunistischen Linkssozialisten gelten lassen will, wird durch das erst jüngst bekanntgewordene Kondolenzschreiben Abendroths anlässlich des Todes von Walter Ulbricht eines Besseren belehrt.[1] Die Bezeichnung »kommunistischer Christ« stammt für Erwin Eckert vom Gießener Radikaldemokraten Helmut Ridder, von dem die FAZ in ihrem Nachruf schrieb, mit ihm, habe »die deutsche Linke einen ihrer bedeutendsten Köpfe verloren«[2].

Ich versuche das Thema in einer Art Parallel-Biographie zu präsentieren und zwei Jahrhundertgestalten jeweils gleichzeitig zu beleuchten. Grundsätzliche Äußerungen von *Abendroth*[3] und *Eckert*[4] zu »Religion und Sozialismus« kommen [200] dabei besonders zur Sprache.

1911

Eckert tritt im Alter von 18 Jahren mit dem Beginn seines Studiums der Theologie und Philosophie in die Mannheimer SPD ein. *Abendroths* Eltern ziehen von Elberfeld nach Frankfurt, wo *Abendroth* die längste Zeit seines Lebens verbringen wird.

1920

1920 tritt *Abendroth* als 14jähriger in den kommunistischen Jugendverband ein. (KJV). Der 27jährige *Eckert* macht sich als Vikar in Pforzheim an einen ersten Versuch zur Organisierung und programmatischen Ausrichtung des von ihm initiierten »Bundes evangelischer Proletarier«.

1926

---

* Der folgende Text ist ein Vortrag, den ich am 2. Mai 2006 aus Anlass des 100. Geburtstages von Wolfgang Abendroth in der Universität Marburg und in aktualisierter Form am 21. Februar 2010 auf einer Veranstaltung des Business Crime Control (BCC) gehalten habe.

1 Siehe Abendroths Kondolenzschreiben anlässlich des Todes von Walter Ulbricht, in dem es u. a. heißt: »Einer der Größten aus der Tradition der Arbeiterbewegung ist [mit Walter Ulbricht] von uns gegangen, und gleichzeitig einer der Größten der Geschichte des deutschen Volkes. Mochte ich oft Probleme anders gewertet haben, als er es tat (und in vielen entscheidenden Fragen hat sich gezeigt, daß er im Recht war, wenn auch, wie mir immer noch scheint, in manchen nicht), so ändert das nichts an seiner ungeheuren historischen Leistung, der die DDR so viel verdankt, aber auf lange Sicht auch die westdeutsche Arbeiterbewegung und der internationale Sozialismus.« Ulbricht sei »stets ein Vorbild an Treue zu Humanität und Sozialismus und an wissenschaftlicher Konsequenz in der Anwendung des Marxismus gewesen«. »Mein alter Lehrer und Freund Heinrich Brandler, [...] hat mir noch wenige Tage vor seinem Tode versichert, daß er ihn genauso schätzte, wie ich es tue.« Brief vom 2. August 1973. In: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO). Signatur: DY 30/IV B 2/2.028/22

2 In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.4.2007, Nr. 92, S. 37. Die Gesamtbibliographie und das Gesamtwerk von Helmut Ridder befinden sich auf der CD-ROM Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Helmut Ridder. Das Gesamtwerk. Werkausgabe in 6 Bänden, 4. Auflage von Helmut Ridder für Einsteiger und Fortgeschrittene, Bonn 2019.

3 Die Gesamtbibliographie der 1070 Veröffentlichungen von Wolfgang Abendroth befinden sich auf der CD-ROM Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, 2. Auflage, Bonn 2006.

4 Literatur von und über Erwin Eckert (1897–1972) findet sich auf der Homepage www. friedrich-martin-balzer.de

Eckert steht an der Spitze des Kampfes des deutschen Minderheitenprotestantismus für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Er begreift, daß 1918/19 keine Revolution in Deutschland stattgefunden hat und setzt sich für eine antikapitalistische Strukturreform ein. *Abendroth* tritt wegen der Haltung des deutschen Mehrheitsprotestantismus, der die größte Einheitsaktion der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik zu Fall bringt, als getaufter Christ aus der Kirche aus und wird aktives Mitglied des Deutschen Freidenkerverbandes in Frankfurt.

1927

Abendroths Vorstellungen über die Stellung der marxistischen Sozialisten zu Religion und Sozialismus weichen von der »herrschenden Lehre« deutlich ab. Ihn interessiert nicht die theologische Wahrheitsfrage, ob es einen Gott gibt, sondern ihn interessiert, wie ein möglichst breites Bündnis unter Einschluss der klassenkämpferischen Christen, welcher Konfession auch immer, praktisch geschmiedet werden kann. *Abendroth* geht von der These aus, daß, solange die Bourgeoisie die christlichen Arbeiter gegen ihre eigene Klasse gebrauchen könne, der Sieg der Arbeiterklasse unmöglich sei. Auch in den Reihen von KPD und SPD »beginnen Pfaffen des Atheismus zu erstehen, die ihr Anathema gegen alle Ungläubigen des Unglaubens schleudern und dadurch diese Jugend auf die andere Seite der Barrikade zurückdrängen.«[5] Lenin habe die Binsenweisheit übersehen: »daß [201] zwischen Unterbau und Überbau, Produktionsverhältnissen und durch die Produktionsverhältnisse erzeugten Ideologien, nicht lediglich ein Kausalverhältnis besteht, sondern lebendige, dialektische, Wechselwirkung.«[6]

Auch gegenwärtig sei die Religion keinesfalls nur »Opium des Volkes«, ein Mittel, die unterdrückte Klasse an die Herrenschicht zu binden. »*Die Religion in den Händen der Herrenschicht ist ein Machtmittel der Reaktion, aber in den Händen der unterdrückten Klasse wird sie zum Hebel der Revolution.* Im deutschen Bauernaufstand, in den niederländischen Freiheitskriegen, im Hussitenkrieg, in der englischen Revolution – überall kämpften die Revolutionäre unter dem Banner einer religiösen Ideologie.«[7]

Als hätte *Abendroth* schon den Satz im Kopf gehabt: »Von Lenin lernen, ohne ihn zu kritisieren, ist Verrat« setzt er sich mit einigen von Lenins Gelegenheitssentenzen kritisch und historisch-dialektisch auseinander. Seine, Lenins Betrachtungsweise entspringe »einer metaphysischen, nicht einer wissenschaftlichen, einer idealistisch-formallogischen, nicht einer materialistischen dialektischen Betrachtungsweise.«[8] Lenin setze »an Stelle der marxistischen Betrachtung der Religion als Produkt und Faktor eines soziologischen Prozesses den Hass gegen diesen Faktor, die Metaphysik der Antireligion, des Antitheismus. Und nur unter diesem Gesichtspunkt erklärt es sich, wenn er vom ›Gottkonstruieren‹ als geistiger Nekrophilie, als übelster Art der Selbstbespeiung spricht«.[9]

Christus sei, so Abendroth, »nicht ein biederer Gandhist, ein ›süßes Philantröpchen, Fasel-

---

5 Wolfgang Abendroth: Religion und Sozialismus. In: FSJ, 3. Jg., (1927), Heft 12, (Dezember), S. 177–184. Zit. nach: Wolfgang Abendroth. Gesammelte Schriften, Band 1, 1926–1948, herausgegeben und eingeleitet von M. Buckmiller, J. Perels und U. Schöler, Hannover 2006, S. 70.

6 A. a. O., S. 68. Daß Abendroth trotz dieser Einzelkritik an Lenin kein Antileninist war, belegt der Schlusssatz seines Vortrages über Lenin aus Anlass seines 100. Geburtstages im Marburger Audi Max: »Ohne die Aneignung der Denkmethode Lenins wird die sozialistische Bewegung in einer Welt, die durch das Denken Lenins längst begonnen hat, sich umzuformen, keine sinnvolle Politik mehr führen können«. In: Wolfgang Abendroth: Lenin und die internationale Arbeiterbewegung [Rede gehalten am 24. April 1970 im Marburger Auditorium Maximum], in: marburger blätter, 20. Jg. (1970), H. 133, (29. Mai 1970), S. 1–6. Siehe auch das Interview von Abendroth: Leninismus. »Auch heute führt die Unterklasse den Klassenkampf, wenn auch mit falschem Bewusstsein« (Interview), In: Der Volkswirt/Wirtschaftswoche, 24. Jg., (1970), Nr. 16 vom 17. April 1970, S. 36–42.

7 A. a. O., S. 70. – Hervorhebung FMB.

8 A. a. O., S. 70.

9 A. a. O., S. 70.

hänschen‹« gewesen, wie Heinrich Heine es ausgedrückt habe. »Eine revolutionäre Theologie kann anknüpfen, nicht nur an Thomas Münzers revolutionär-chiliastische Predigt und Tat, nicht nur an die gewaltige Tradition der Taboriten, sondern ebenso an den Jesus der Tempelreinigung.«[10]

Es sei nicht seine, *Abendroths*, Aufgabe, der als studentische Hilfskraft von Karl Vorländer in Münster übrigens auch Vorlesungen von Karl Barth hörte, eine revolutionäre Theologie in allen Einzelheiten auszuführen. Es kommt ihm nur [202] darauf an, ihre Möglichkeit und sogar Notwendigkeit zu beweisen, und er schloss seinen Artikel mit drei Thesen:

»1. Der Atheismus ist dem proletarischen Sozialismus nicht notwendig immanent, atheistische Propaganda nicht Aufgabe sozialistischer Organisationen.

2. Um die christlichen Arbeiter und proletaroiden Mittelschichten von der Bourgeoisie zu lösen und in die Klassenkampffront des Proletariats einzureihen, ist eine religiös und christlich motivierte sozial-revolutionäre Propaganda erforderlich.

3. Jede religiöse Gruppe, gleichgültig, ob in oder außerhalb der Kirchen, die aus ihrem Glauben heraus den proletarischen Klassenkampf in allen seinen Formen unterstützt und das sozialistische Endziel betont, ist deshalb vom sozialistischen Standpunkt aus zu begrüßen.«[11]

Selbstkritisch fügte Abendroth an: »Wir deutschen Sozialisten haben es auch ohne religiöse Ideologie fertiggebracht, geschlagen zu werden und [...] auf die Vertragstreue der herrschenden Klasse ebenso zu vertrauen, wie manche Bauernführer – nicht aber Thomas Münzer – 1525. Die Niederlande haben ihre Befreiung jedoch trotz aller sie beherrschenden christlichen Gedanken durchgeführt und Oliver Cromwell sogar mit dem Gesangbuch gesiegt. Wer im Bürgerkrieg siegt, ob Revolution oder Konterrevolution, hängt halt nicht von der Vorstellung über den Himmel ab, die beide Parteien haben, sondern von ihrem Kampf auf Erden.«[12]

Abendroths Fazit: »Solange [...] breite Massen der Arbeiterklasse noch in religiösen Formen denken, haben wir keinen Grund, ihnen deshalb zu verbieten, Sozialisten zu werden. Wir haben also allen Anlass, Gruppen, die unsre Gedanken in den christlichen Proleten gemäße Formen übersetzen, zu fördern.«[13] Niemand wolle die Atheisten ausschließen. »Nur sollen sie nicht die Arbeiterbewegung für einen Freidenkerverein halten.«[14]

Eckert erarbeitet ein Programm für den Bund der Religiösen Sozialisten »Was wollen die Religiösen Sozialisten«. In dem von Abendroths Lehrer Carl Grünberg und Hendryk Grossmann herausgegebenem Lexikon »Wörterbuch der Volkswirtschaft«, 4. Auflage Jena 1931–1933 heißt es dazu auf S. 127: »Trotz der geistigen Differenzierung seiner Bestandteile will der ›Bund‹ eine praktisch-proletarische, geschlossene Kampforganisation sein. Das von ihm herausgegebene Programm (Pfarrer E. Eckert, Was wollen die religiösen Sozialisten? Karlsruhe 1927) erhebt gegen die Kirchen schwere Anklagen. Die Kirchen dienen nicht, sie wollen herrschen. Sie vergeistigen alle klaren Gebote Christi, projizieren das Reich Gottes in das Übersinnliche und vertrösten die leidenden Massen auf das Jenseits. Als Träger überwundener Formen religiösen Lebens werden sie immer reaktionärer.« [203] Es sei die »Aufgabe des Proletariats, das diesen Kampf innerhalb der Kirchen durchführen und sie revolutionieren muss.«[15]

---

10 A. a. O., S. 73.
11 A. a. O., S. 73.
12 A. a. O., S. 86.
13 A. a. O., S. 86 f.
14 Ebenda.
15 Siehe Carl Grünberg/Hendryk Grossmann: Christlicher und religiöser Sozialismus. In: Wörterbuch der Volkswirtschaft, 4. Auflage Jena 1931–1933, Nachdruck in: Grossmann/Grünberg: Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus, Aufsätze aus dem »Wörterbuch für Volkswirtschaft«. Herausgegeben von

1928

Eckert kämpft als Bundesvorsitzender des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands dafür, daß der Klassenkampf integrierter Bestandteil des Programms der Religiösen Sozialisten wird. In den auf dem Mannheimer Kongress beschlossenen Richtlinien, heißt es unter Punkt 2: »Das Proletariat führt diesen Klassenkampf gemäß den Erkenntnissen, die es Karl Marx verdankt. Jede Propaganda gegen diesen Kampf der Arbeiterschaft um die Neugestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft ist vom Bund der religiösen Sozialisten aus unmöglich.« Die religiösen Sozialisten »führen darum einen entschlossenen Kampf gegen die antisozialistische Grundhaltung und Agitation der bestehenden Kirchen, der sich christlich nennenden Verbände und Zeitschriften«.[16] *Abendroth*, dem Linksopportunismus widerstehend, wird aus der KPD wegen Positionen, die sich für die sozialistische Einheit stark machen, ausgeschlossen und schließt sich der KPO an.

1930

Die von *Eckert* als geschäftsführender Vorsitzender des Bundes der Religiösen Sozialisten vorgelegte und beschlossene Kundgebung auf dem Stuttgarter Kongress beginnt mit den Worten: »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit drängt der Entscheidung entgegen. Die feudalistischen und bürgerlichen Schichten ballen sich unter nationalistischen und faschistischen Parolen zusammen zum Angriff auf die werdende sozialistische Gesellschaft«.[17] *Eckert*, als Sprecher der Linksopposition in Süddeutschland der »Klassenkampfgruppe« um Rosenfeld und Seydewitz angehörend, tritt nach den verheerenden Reichstagswahlen im September 1930 dafür ein, daß die SPD Oppositions-, nicht Koalitionspolitik betreiben soll.[18] *Abendroth* tritt nach dem Jura-Studium in den Referendardienst ein und kann nicht mehr unter seinem Namen in sozialistischen und kommunistischen Organen publizieren. Seine Arbeit für die »Rote Hilfe« setzt er fort. [204]

1931

Eckert wird aus Solidarität mit der Klassenkampfgruppe aus der SPD ausgeschlossen und tritt noch am gleichen Tag – durch Vermittlung seines jungen Freundes und Vorsitzenden der Kommunistischen Studenten-Fraktion (Kostufra) Martin Hörz[19] – in die KPD ein. Der Übertritt erfolgt u. a. auf einer Kundgebung, veranstaltet von »Einheitskomitee sozialdemokratischer und

---

Claudio Pozzoli, Frankfurt/Main 1971, S. 94–142. Grossmann (*1881) übernahm 1949 den Lehrstuhl für politische Ökonomie an der Universität Leipzig, wo er 1950 starb.

16 Siehe In: SAV 1928, 10. Jg. Nr. 33, S. 171.

17 In SAV, 1930, 12. Jg., Nr. 22, S. 257.

18 Erwin Eckert: Opposition, nicht Koalition, in: Klassenkampf, Oktober 1930, Heft, S. 622-626. Gekürzter Nachdruck in: Unsere Zeit vom 18.11.2005.

19 Martin Hörz, geb. am 26.6.1909 in Mannheim war seit 1926 ein enger, junger Freund und Mitarbeiter Erwin Eckerts. Zu Beginn des Jahres 1932 war er, dem Beispiel Eckerts folgend, aus der ev. Kirche ausgetreten (Mitteilung von Hans-Joachim Hirsch vom Stadtarchiv Mannheim). Seine Schwester Marta und sein Vater besuchen die Eckerts in Frankfurt. Im Zuchthaus ist er der einzige »Politische«, über dessen Werdegang Eckert sich bei seiner Frau – verschlüsselt – erkundigt. Von 1928–1930 war Hörz Vorsitzender der Sozialistischen Studentengruppe Heidelberg, 1929–1931 Vorsitzender der süddeutschen Gebietsorganisation, 1931 Vorsitzender der Roten Studentengruppe Berlin, 1932 Politischer Leiter der Kostufra (Kommunistische Studentenfraktion) für Deutschland, ab Herbst 1932 bis zum Ausschluss aus der KPD 1933 Vorsitzender der Kommunistischen Studenten-Internationale, bis 1936 im illegalen Widerstand, emigrierte Juni 1939 nach Dänemark und im August 1940 nach Schweden, wo er – zuletzt als Bibliothekar tätig – Anfang der 70er Jahre verstarb. (Biografisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München/New York/London/Paris 1980, S. 307). Nach den Erzählungen von Max Diamant/Mannheim (Manfred Scharrer: Max Diamant – Erzählte Lebensgeschichte. In: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 9/1988, S. 805 ff., hier S. 810) war es Martin Hörz, der Eckert als Delegierten der Mannheimer linken Sozialdemokraten zur Gründungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) am 4.10.1931 »vom Bahnhof weg ins Karl-Liebknecht-Haus (Zentrale der KPD) [...] begleitet« hat.

kommunistischer Arbeiter in Mannheim«. *Abendroth*, inzwischen Justizreferendar in Hechingen, schreibt als Korrespondent der Frankfurter Zeitung und der Kölnischen Zeitung anonym insgesamt sechs Artikel gegen die Disziplinarmaßnahmen der Kirche gegen *Eckert*, die schließlich mit dessen fristloser und unehrenhafter Entfernung aus dem Kirchendienst enden[20].

1932

Eckert agitiert auf Hunderten von Massenversammlungen gegen Faschismus und Kriegsgefahr. *Abendroth* wird auf seinen Antrag hin wieder in die KPD aufgenommen, um den Kontakt zu den abwehrbereiten Massen nicht zu verlieren und um als Mitglied der Gruppe Neubeginnen für die sozialistische Einheit der beiden großen Arbeiterparteien arbeiten zu können.

1933

Eckert wird in der Nacht nach dem Reichstagsbrand verhaftet und sitzt fast 8 Monate im Gefängnis in Düsseldorf. *Abendroth* wird aus dem Justizdienst entlassen [205] und flieht in die Schweiz, wo er 1935 seine juristische, völkerrechtliche Promotion abschließt.

1936

Eckert wird erneut verhaftet und zu 3 Jahren acht Monaten Zuchthaus verurteilt. In den Verhandlungen taucht ein »blasser, junger Mann« mit dem Decknamen »Fritz« auf, der mit *Eckert* Kontakt im Frankfurter Widerstand hatte. Es ist vermutlich *Abendroth*. Ein Jahr später wird Abendroth ebenso wie Eckert der Prozess wegen »Hochverrat« gemacht. Er wird zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren verurteilt. Für *Eckert* und *Abendroth* gilt, was in der Urteilsbegründung bei Eckert nachzulesen ist: die Angeklagten sind infolge ihrer Vorbildung die Stelle gewesen, »bei der sich die anderen Funktionäre ihr geistiges Rüstzeug holten.« Über Abendroth heißt im Urteil vom 31.12.1937: *Abendroth* »ist auch als Intellektueller besonders gefährlich; das beweist seine Erkenntnis der Tatsache, daß nur von einem geschlossenen Zusammengehen aller marxistischen Gruppen ein Erfolg zu erwarten sei, bereits zu einer Zeit, in der sich diese Erkenntnis nur erst bei wenigen Bahn gebrochen hatte«.[21] Beide Prozesse finden vor der Sonderstrafkammer beim OLG Kassel statt. Bis 1941 sitzt *Abendroth* im Zuchthaus Luckau ein. Zuvor war er eine Zeit lang im gleichen Gefängnis in Untersuchungshaft, in der Eckert 1933 eingesessen hatte: auf der »Ulm« in Düsseldorf-Derendorf.

1940

Eckert wird auf Grund der Fürsprache des Gefängnisarztes in Ludwigsburg nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus nicht ins KZ eingeliefert. Dank der Fürsprache von Abendroths Mutter kann *Abendroth* sich nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus 1941 für zwei Jahre über Wasser halten. *Eckert*, bis 1945 unter Gestapoaufsicht, kann schließlich nach der Bombardierung Frankfurts als leitender Angestellter in einem süddeutschen Metallbetrieb unterkommen.

1943

Abendroth wird zum Strafbataillon 999 eingezogen, nach kurzer militärischer Ausbildung auf dem Heuberg nach Griechenland als »Bewährungssoldat« verschickt, wo er mit den Genossen aus allen politischen Richtungen (KPD, SPD, SAP, KPO) und griechischen Partisanen sich am Widerstand beteiligt, bevor er 1944 zu den griechischen Partisanen überläuft und Mitglied der

[20] Die Artikel sind nachzulesen auf der CD-ROM Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, 2. Auflage, Bonn 2006.

[21] Zit. nach: Andreas Diers, Arbeiterbewegung-Demokratie-Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1926–1948, Hamburg 2006, S. 356.

ELAS wird.[22]

[206] *Eckert* wird vom Wehrkreiskommando Frankfurt/M. mitgeteilt, daß er gem. § 13 des Wehrgesetzes vom 21.5.1935 »wehrunwürdig« sei. Er setzt nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus 1940 den konspirativen Widerstand im südbadischen Oberwihl (Hotzenwald) fort, wo er gegen den Willen der Gestapo, die ihn als Straßenfeger zu beschäftigen sucht, in einem Metall-Betrieb in leitende Funktionen aufrückt. Hier kämpft er darum, soviel Humanität als möglich unter den barbarischen Bedingungen von Faschismus und Krieg zu retten. Er kümmert sich von 1943 bis zum Kriegsende – unter den Augen des Betriebsführers und Mitglieds der NSDAP – intensiv um die anfänglich 170 Zwangsarbeiter, die sich 1944 auf ca. 75 reduzieren (Ukrainer, Belgier, Polen, Tschechen und Holländer, die meisten davon Frauen), die in dem Betrieb arbeiten. Seine Sorge gilt insbesondere der Kleidung, Nahrung, der sanitären und ärztlichen Versorgung, der Befreiung von Gefängnishaft nach Diebstahlsdelikten, der Beurlaubung, Besuchserlaubnissen und Familienzusammenführungen, Regelung der Kosten für Schwangerschaftsunterbrechungen und Entbindungskosten und dem Schutz vor unmenschlichen Arbeitszeiten (54 Wochenstunden). An Sonn- und Feiertagen verbringt Eckert 1–2 Stunden mit den Zwangsarbeitern. Mit seinem im Betrieb beschäftigten Sohn Wolfgang[23] hört er zusammen mit ausgewählten Personen, vor allem Holländern und Tschechen, ausländische Nachrichtensender und weigert sich 1945, den Aufruf des Vorsitzenden des »Komitees zur Befreiung der Völker Russland« (A. Wlassow) zu verteilen.[24]

1945

Eckert wird nach der Befreiung mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden der Antifa-Bewegung in Baden (französische Zone) gewählt. Sein Stellvertreter ist Carlo Schmid (SPD). Der Antifaschist *Abendroth* sitzt nach seiner Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft im Umerziehungslager im Wilton Park Training Centre (schöne Reeducation!) in England.

1946

Eckert setzt sich als Vorsitzender der KPD-Südbadens für eine »Einheitliche Sozialistische Partei« in Baden ein, die am Widerstand der SPD-Zentrale in Hannover unter Kurt Schumacher und dem Einspruch der französischen Besatzungsmacht scheitert. Auf einer nach der am Tage zuvor abgehaltenen Kundgebung Kurt Schumachers in Heidelberg organisierten Gegenkundgebung wehrt sich Eckert vehement gegen die antikommunistischen Tiraden Kurt Schumachers, der die Kommunisten als »rot-lackierte Nazis« diffamiert hatte. *Abendroth* wird Ende des [207] Jahres an den Wohnort seiner Eltern in Potsdam entlassen, holt die fehlenden, weil durch Berufsverbot im Jahre 1933 abgebrochenen juristischen Qualifikationen nach und habilitiert sich in Völkerrecht. Er schließt sich als Mitglied der SPD, das er 1946 wird, nicht der SED in der SBZ an, weil er an dem Konzept einer der Sache und dem Willen vieler Sozialdemokraten und Kommunisten gewollten Sozialistischen Einheitspartei unter vierzonalen Bedingungen[25], festhält, ein Konzept, für das Eckert sich in der französischen Zone – vergeblich – eingesetzt hatte.

---

22 Siehe Friedrich-Martin Balzer: Wolfgang Abendroth im griechischen Widerstand. In: Informationen, hrsg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945, Heft Nr. 63, 2006, S. 4–11.

23 Siehe die unveröffentlichte Traueransprache des Verfassers anlässlich des Todes von Wolfgang Eckert: »Kein Einzelschicksal« in diesem Band.

24 Die Belege finden sich im Privatarchiv Balzer (PAB) Marburg. Dort finden sich auch Dankesschreiben der ehemaligen Zwangsarbeiter.

25 Zur Kritik an der Art und Weise, wie die SED unter Berücksichtigung außenpolitischer Interessen der Sowjetunion in der SBZ zustande kommt, siehe Wolfgang Abendroths Rede zum 17. Juni 1953 am 17. Juni 1966 im Marburger Audi Max. Der Tonbandmitschnitt befindet sich in der »Sammlung Abendroth« im PAB.

1947

Während *Abendroth* an der Universität Halle-Wittenberg Völkerrecht lehrt, sich am Aufbau der Justiz im Land Brandenburg beteiligt und im Verfassungsausschuss des Landes Brandenburg mitarbeitet, beteiligt sich Eckert als Vizepräsident des badischen Parlaments und Minister der ersten Allparteienregierung in Baden an der Abfassung der badischen Verfassung.

Auf einer Veranstaltung zum Verhältnis von Christen und Marxisten vermeidet *Eckert* jedes undifferenziert-einlinige Verständnis der Bekennenden Kirche. Wie Karl Barth sieht er in deren Geschichte weder ein Ruhmes- noch ein Heiligenblatt, doch könne von *einem ganz dünnen roten Faden von Tapferkeit und Treue* gesprochen werden. Als antifaschistische Theologen benennt Eckert namentlich Emil Fuchs, den zu dieser Zeit noch in Frankfurt/Main lebenden und der Sozialdemokratie angehörenden Theologen, der 1949 einem Ruf an die Leipziger Fakultät folgte und in einem Aufsehen erregenden Brief an Kurt Schumacher sich von der SPD lossagen wird, ferner Karl Kleinschmidt, den bei christlichen Kreisen angefeindeten Dompredigers von Schwerin, der zugleich Mitglied der SED ist, sowie Dietrich Bonhoeffer. Eckert stellt so zwei religiöse Sozialisten bewusst neben den großen Theologen, der seinen antifaschistischen Kampf noch knapp einen Monat vor dem Ende der Naziherrschaft mit dem Tod im KZ bezahlte.

1949

Eckert kandidiert in seiner Heimatstadt Mannheim als Oberbürgermeisterkandidat der KPD gegen die Allianz aus SPD, CDU und FDP und gewinnt knapp 35% der Stimmen, letztes Symptom der sozialistischen Aufschwungsperiode nach 1945 in den Westzonen. Eckert war immerhin nach 1945 als Vorsitzender der Kommunistischen Partei (Land Baden, französische Zone) Mitglied des ersten Allparteienkabinetts gewesen. *Abendroth* bezeichnet *Eckert* als den »nach Max Reimann populärsten Arbeiterführer der damaligen Zeit [208] in Westdeutschland«.[26] *Abendroth* hatte im Dezember 1948 die SBZ fluchtartig verlassen und ist ab Januar 1949 Professor für wissenschaftliche Politik in Wilhelmshaven.

1951

Abendroth wird Professor für wissenschaftliche Politik in Marburg und wird während seiner gesamten Tätigkeit von V-Leuten der bundesdeutschen Geheimdienste bespitzelt. Auch Akademiker, die in der Öffentlichkeit als »links« galten und sich in Kommunistenprozessen einen Namen gemacht hatten, waren sich als »Maulwürfe« für den Verfassungsschutz nicht zu schade, wie der Wuppertaler RA Dr. Hermann Rebensburg, der zum »inner circle« des Initiativausschusses für Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen gehörte.[27]

Eckert fällt als Vorsitzender des Westdeutschen Friedenskomitees (WFK) unter das Blitzgesetz von 1951. Aus Angst vor erneuter Verfolgung im Zeichen der Hysterie des Korea-Krieges verlegt die Familie Eckert nach einem mysteriösen Autounfall, den sie als Anschlag auf das Leben von Eckert deuten, zeitweilig ihren Wohnsitz in die DDR. Das von Eckert geleitete Westdeutsche Friedenskomitee wird von Geheimdiensten bespitzelt. Erste Ermittlungen zur Vorbereitung des Verbots beginnen.

---

26 Siehe Friedrich-Martin Balzer: Vom Pfarrer zum Arbeiterführer. In: Die Andere Zeitung, 1968, Nr., S. Bei dem Aufsatz handelt es sich tatsächlich um einen Artikel, der von Wolfgang Abendroth geschrieben wurde und in der KPD/DKP heftige Widersprüche auslöste.

27 Siehe Erich Schmidt-Eenboom: Geheimdienst. Politik und Medien. Meinungsmache UNDERCOVER, Berlin 2004, S. 256–258. Zu dem Initiativausschuss gehörten so prominente Strafverteidiger und Rechtsprofessoren wie Walther Ammann, Diether Posser, Gustav Heinemann, Heinrich Hannover, Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Werner Maihofer.

1953

In diesem Jahr kommt die erste bei *Abendroth* angefertigte Dissertation zum Abschluss und kann nur unter großen Widerständen in der Fakultät durchgesetzt werden. Autor ist Ernst-August Suck, der später Assistent bei dem inzwischen in Leipzig lehrenden Professor Emil Fuchs wird. Thema: Der religiöse Sozialismus in der Weimarer Republik.[28] [209]

1956

Die KPD wird vom Bundesverfassungsgericht verboten. *Abendroth* protestiert in mehreren Aufsätzen gegen die verfassungswidrige Kommunistenhatz und wird selbst Gegenstand eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens wegen Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Organisationen (»Staatsgefährdung«) in der Bundesrepublik.

1959

Abendroth scheitert mit seinem Versuch, die Verabschiedung des Godesberger Programms zu verhindern. In Düsseldorf wird der Prozess gegen *Eckert* als »Rädelsführer« der Friedensbewegung eröffnet. Vier von sieben Angeklagten sind Christen.

1960

Eckert wird im Düsseldorfer Prozess wegen Staatsgefährdung zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Die seit 1960 schwelenden innerparteilichen Konflikte um die Stellung des – an marxistische Denktraditionen wieder anknüpfenden – SDS innerhalb der SPD enden nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit dem SDS 1961 mit dem Ausschluss von *Abendroth* aus der SPD, der an der Solidarität mit dem SDS festhält.

1962

Abendroth erinnert zum ersten Mal in der wissenschaftlichen Literatur der BRD an *Eckert* und an vor 1933 existierende »Gruppierungen, denen der Graben zwischen sozialistischer Arbeiterbewegung und christlichem Glauben als ungelöstes Problem erschien«, an dessen Bewältigung gearbeitet werden müsse: »Es gab wenige protestantische Theologen, die ohne Preisgabe ihres Glaubens den Weg zu den Arbeiterparteien (im Falle des Pfarrers Eckert sogar zur KPD) gefunden hatten, und es existierten auch kleine Kreise katholischer Sozialisten um das (Kölner) Rote Blatt der katholischen Sozialisten und den Zirkel um Vitus Heller.«[29]

1964

In *Abendroths* Buch »Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie« finden [210] die religiösen Sozialisten, namentlich Erwin Eckert und Emil Fuchs, anerkennende Erwähnung. »Die entschiedensten Repräsentanten der religiösen Sozialisten, wie der Mannheimer Pfarrer *Erwin Eckert* (die wohl die der Wirkung auf die Arbeiterschaft nach stärkste Persönlichkeit dieser Kreise) und der vor allem pazifistisch denkende Pfarrer *Emil Fuchs*, standen politisch

---

[28] Diss. Marburg 1953. Abendroth bemerkt dazu: »Die erste Dissertation, die ich durchsetzen wollte und welche die Geschichte des Bundes religiöser Sozialisten behandelte, sollte auf Antrag eines Neuhistorikers abgelehnt werden. Der Doktorand kam von Fritz Fischer, dem Hamburger Neuhistoriker, der ihn zu mir geschickt hatte, weil er befürchtete, daß er die Arbeit schon wegen des Themas in seiner Fakultät nicht durchsetzen könnte. Mit Hilfe eines Gutachtens von Fritz Fischer habe ich die Angriffe gegen die Arbeit abwehren und sie schließlich mit knapper Mehrheit in meiner [209] Fakultät durchbringen können. Daß dies gelungen ist, lag daran, daß damals auch die Naturwissenschaftler in der philosophischen Fakultät saßen, die in mancherlei Hinsicht weniger vorurteilsbestimmt und rationalen Argumenten eher zugänglich waren als die Geisteswissenschaftler.« In: Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung«, Frankfurt/Main 1976, S. 215.

[29] Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans Werner Richter (Hrsg.), Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962, (Verlag Kurt Desch), München 1962, S. 233–263, hier S. 245.

der marxistischen Linken der Partei viel näher als der Passivitätspolitik und Staatstreue-Ideologie des Parteivorstandes. Das war schon deshalb leicht verständlich, weil diese Pfarrer ja gerade dadurch zu Sozialisten geworden waren, daß sie erkannt hatten, daß die unkritische Identifizierung von Kirche und (jeweiligem) Staat sich nicht durch den Christusglauben rechtfertigen lässt und daß der Christ durch seinen Glauben nicht zur Anpassung an die Welt, sondern zur kritischen Auseinandersetzung mit ihr berufen ist. Eckert schied später wegen seines Widerstandes gegen die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber dem Kabinett Brüning und dessen sozialreaktionäre und verfassungswidrige Maßnahmen aus der SPD aus. Nach kurzer Zeit wurde er Mitglied der KPD, ohne aber seinen Glauben aufzugeben. Allerdings verlor er sein Pfarramt.«[30]

1965

Abendroth setzt mich auf die Spur der Erforschung Erwin *Eckerts*. Auf der Arbeitstagung der Kirchlichen Bruderschaften hält *Abendroth* einen vielbeachteten Vortrag über den demokratischen und sozialen Rechtsstaat als politischer Auftrag,[31] und verstärkt seine Opposition gegen die geplanten Notstandsgesetze. *Eckert* reicht eine Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Düsseldorfer Landgerichtes und das Revisionsurteil des BGH ein. Sie wird 1966 vom BVerfG wegen Fristversäumnis nicht zugelassen.

1968

Eckert und *Abendroth* setzen sich für die Aufhebung des KPD-Verbots, d. h. für [211] die Wiederzulassung der verbotenen KPD ein. Heraus kommt die Gründung der DKP. Der Mitstreiter für die Wiederzulassung der KPD, Helmut Ridder, beklagt das Ergebnis, weil die DKP damit nur halblegal wird.

1970

Abendroth und *Eckert* sehen sich in Marburg wieder. In einem Brief aus dem gleichen Jahr schreibt *Abendroth* an *Eckert*: »Die Phase der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, für die Ihre Arbeit entscheidende Antriebe geliefert hat und für die Ihr Denken einen neuen Weg einleitete, darf nicht aus der wissenschaftlichen Analyse und damit aus dem Gedächtnis verdrängt werden – auch um der künftigen Praxis willen nicht.«[32] Im Gegensatz zur KPD/DKP, die sich für Eckerts christliche Grundüberzeugungen nicht sonderlich interessierten,[33] hat

30 Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, (Stimme Verlag), Frankfurt/M. 1964, 144 S. Die 4. aktualisierte und erweiterte Aufl. von 1978 enthält den Nachtrag: Fünfzehn Jahre danach: Von der Anpassungs-»Opposition« zur Regierungspartei, (Pahl-Rugenstein Verlag), Köln 1978, S. 78–92. [Im Anhang sind die programmatischen Erklärungen der deutschen Sozialdemokratie von 1864–1959 abgedruckt: S. 103–157]. Nachzulesen jetzt auf der CD-ROM Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, Bonn 2006.

31 Wolfgang Abendroth, Der demokratische und soziale Rechtsstaat als politischer Auftrag. In: ders. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Stimme-Verlag, Frankfurt/M. 1965, S. 7–30.

32 Brief an Erwin Eckert vom 13. April 1970. In: Privatarchiv Eckert. Zit. nach: Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Eckert, Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik. Mit einem Geleitwort von Hans Prolingheuer, Köln 1987, 2. unveränderte Aufl. Bonn 1993, S. 192.

33 Siehe Max Schäfer: Geburtstagsrede für Erwin Eckert am 16.6.1968. MS in PAB. Herbert Mies gestand als ehemaliger DKP-Vorsitzender anlässlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages ein: »Erwin Eckert wurde auf den Schild gehoben, hat das Vertrauen der Partei für hohe Funktionen und Ämter gehabt. Aber einen ernsthaften Dialog mit ihm hat es kaum gegeben – beispielsweise darüber, was der religiöse Sozialismus an Positivem auch in unsere Sozialismusvorstellungen einzubringen hat.« (Herbert Mies: Legende und Botschaft des Erwin Eckert. In: Pfarrer und Kommunist. a. a. O., S. 140.)

Abendroth in all seinen Veröffentlichungen stets betont, daß er an seinem christlichen Glauben bis ans Lebensende festgehalten hat.

1972

Meine Dissertation bei *Abendroth* über »Klassengegensätze in der Kirche. Erwin *Eckert* und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands« wird abgeschlossen. Im Vorwort von Abendroth heißt es: »Die deutsche Kirchen- und Religionsgeschichtsschreibung hat meist die demokratischen und revolutionären Tendenzen, die sich in der wirklichen Geschichte der christlichen Bewegungen und Kirchen gezeigt haben, entweder verschwiegen oder verfälscht und aus ihrem Bewusstsein verdrängt. [...] Umso wichtiger ist es, das Denken und die Praxis derjenigen protestantisch-kirchlichen Kräfte und ihre Entwicklung in die wissenschaftlichen Erörterungen einzubeziehen, die sich – wie der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands [...] unmittelbar an das Kirchenvolk, an noch durch christliche Vorstellungsformen gebundene Arbeiter und Kleinbürger wandten, um sie für demokratisches und klassenkämpferisches Denken zu gewinnen. Die Probleme, die sich bei der Überprüfung dieser Gruppierung immer wieder aufdrängen, stellen sich in veränderter Form auch in der Gegenwart immer neu. Stets werden [212] erhebliche Teile der Arbeiterklasse zunächst von Denkweisen bestimmt sein, die sich aus Traditionen ergeben, die von den herrschenden Klassen der Gesellschaft ausgehen, wie es damals die religiös erzogenen Arbeiter in Kleinstädten und Randgemeinden der Großstädte waren.

Immer werden sie nach *Vermittlungsvorstellungen* drängen, um zu klarerem Bewusstsein über ihre eigene Lage und die Vertretung ihrer Interessen zu kommen. Auch die Frage, wie es gelingt, diejenigen Schichten, denen sich das Problem der Verbindung demokratischer und sozialistischer Aktivität mit christlichem Glauben stellt, von ihren eigenen Vorstellungen aus zum Kampf für Demokratie und Frieden zu gewinnen, zeigt sich in der Gegenwart ähnlich wie damals.«[34]

Abendroth wird emeritiert. *Eckert* stirbt in Mannheim.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Beide, *Eckert* und *Abendroth,* hielten den Marxismus nicht für ein »fertig Ding« oder für eine geschlossene Weltanschauung, sondern für eine Methode der Analyse, aus der die Anleitung zur Praxis erwächst und sich in der Praxis bewähren muss.[35] Während Eckert sich auf die Aussage N. Bucharins[36] bezog, wonach der Marxismus »eine gewisse Methode zur Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaft und der Gesellschaft überhaupt«[37] sei, berief sich Abendroth auf Franz Mehring: »Marxisten in dem Sinne, in dem Marx selbst kein Marxist war, es nicht sein wollte, gibt es [...] nicht und kann es nicht geben; das Schwören auf die Worte der Meister ist das Schicksal jeder Schule, die eine endgültige Wahrheit letzter Instanz kennt. Irgendeine Wahrheit dieser Art kennt der Marxismus aber nicht. Er ist kein unfehlbares Dogma, sondern

---

34 Wolfgang Abendroth in: Friedrich-Martin Balzer: Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten, Köln 1973, 3. Auflage Bonn 1993, S. 11 f. (Hervorhebung vom Verfasser) Dieser Artikel von Abendroth wurde dem Verfasser der Dissertation zwischen Tür und Angel, in der Bahnhofsgaststätte Marburg vor der Abreise nach Frankfurt 1972 im Beisein seiner Frau Lisa im Handumdrehen diktiert.

35 Siehe Eric Hobsbawm, »Wir müssen den Marxismus erneut als wissenschaftliche Methode entdecken«. In: Eric Hobsbawm, Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Georg Fülberth, Köln 2009, S. 10–22.

36 Nicolai Bucharin, russischer Politiker, marxistischer Theoretiker und Philosoph (1888–1938), im dritten Moskauer Schauprozess gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« am 13. März 1938 verurteilt und hingerichtet.

37 Zit. nach Erwin Eckert: Sind wir Marxisten? In: Zeitschrift für Religion und Sozialismus, 1930, 2. Jg., (1930), H. 1, S. 163–168. hier S. 164.

eine wissenschaftliche Methode. Er ist nicht die Theorie eines Individuums, der ein anderes Individuum eine andere und höhere Theorie entgegenstellen könnte; er ist vielmehr der proletarische Klassenkampf, in Gedanken gefasst; er ist aus den Dingen [213] selbst, aus der historischen Entwicklung emporgewachsen und wandelt sich mit ihr; deshalb ist er so wenig ein leerer Trug wie eine ewige Wahrheit. Dem entspricht es durchaus, daß es gerade die ›orthodoxen‹ Marxisten gewesen sind, welche die wissenschaftlichen Resultate, die einst von Marx und Engels gewonnen worden sind, nach der wissenschaftlichen Methode dieser Männer zu revidieren verstanden haben.«[38] Eckerts und Abendroths Methoden der praktischen und theoretischen Herangehensweise an das Problem von Religion und Sozialismus sind auch heute noch aktuell, wenn auch nicht gerade in diesem Lande, wo es nur noch wenige Christen und wenige Klassenkämpfer von unten gibt. Wenn es nicht mehr so viele klassenkämpferische Christen gibt, so liegt das in erster Linie an dem gegenwärtigen Niveau des Klassenkampfbewusstseins in diesem Lande. Klassengegensätze innerhalb der beiden Großkirchen bestehen objektiv durchaus fort.

»Der politische Kampf für Frieden und Demokratie erfordert das politische Zusammengehen von Materialisten und Glaubenden«[39], so eine der sieben Thesen von Klaus von Raussendorff im »Freidenker«. Man stelle sich einmal vor, was es bedeutet hätte, wenn die Bewegung für Frieden und Demokratie in der BRD, der Kampf zur Verhinderung des Atomkrieges, auf Christen wie Helmut Ridder und viele andere verzichtet hätte.

Togliatti, der ein besonders sensibles Gespür für diese Problematik im katholischen Italien entwickelte, erklärte kurz vor seinem Tode 1964 zu der Aufgabe, die große Masse der Gläubigen zur aktiven Kraft im antiimperialistischen Kampf und bei tiefgreifenden sozialen Umgestaltungen zu machen: »Zu diesem Zweck dient uns die alte atheistische Propaganda überhaupt nicht.«

Wie wäre es, wenn die Friedens- und Fortschrittskräfte auf das Widerstandspotential der Muslime in der ganzen Welt verzichten würden, bloß weil auch religiöse Motivation bei ihrem Widerstand gegen den Imperialismus eine Rolle spielt? Sollen wir auf den Christen Hugo Chavez verzichten, bloß weil er kürzlich in geradezu klassischer Weise, zum Entsetzen der Puristen auf allen Seiten, die Vermittlungsvorstellung vortrug: »Außer, daß ich Christ bin, bin ich auch Revolutionär, und ich bin auch Marxist.«[40] Sollen wir auf Juden und israelische Staatsbürger wie Uri Avnery, die zwar keine Zionisten sind, aber an ihrem jüdischen Glauben festhalten und in der Friedensbewegung innerhalb und außerhalb Israels sich betätigen, verzichten, bloß weil sie nicht Materialisten sind? Wollen wir beispielsweise auf Rolf Verleger, den Vorsitzenden der jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, verzichten? Dabei stellt der »Krieg gegen den (islamischen) Terror« und die Hetze gegen den [214] Islam heute eine besondere Herausforderung für die Friedenskräfte dar. Ohne marxistische Religionssoziologie, die auch am Anfang meiner Untersuchungen zu den »religiösen Sozialisten« stand, werden wir trotz fortschreitender Säkularisierung im Dschungel der Glaubenskriege und im Rahmen der politisch-sozialen Gegensätze *innerhalb der Religionen* in diesem Jahrhundert keine Orientierung finden und an den Positiva der »Befreiungstheologie« in Südamerika verantwortungslos vorbeigehen. Und schließlich: Wollen wir auf Persönlichkeiten wie den Frankfurter Pfarrer Stoodt verzichten, der sich couragiert der Neuen und alten Rechten in den Weg stellt? Wollen wir auf die drei Pfarrer verzichten, die sich kürzlich in einem Leserbrief an die »junge Welt« wohlbegründet mit den drei Frauen der Linksfraktion im Bundestag solidarisierten, als diese sich den standing ovations für die Kriegsrede von Simon Peres im Bundestag verweigerten?

---

38 Zit. nach Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise, a. a. O., S. 45.

39 Klaus von Raussendorff, Unsere Religionskritik ist Gesellschaftskritik, These 7. In: Freidenker 2/2009.

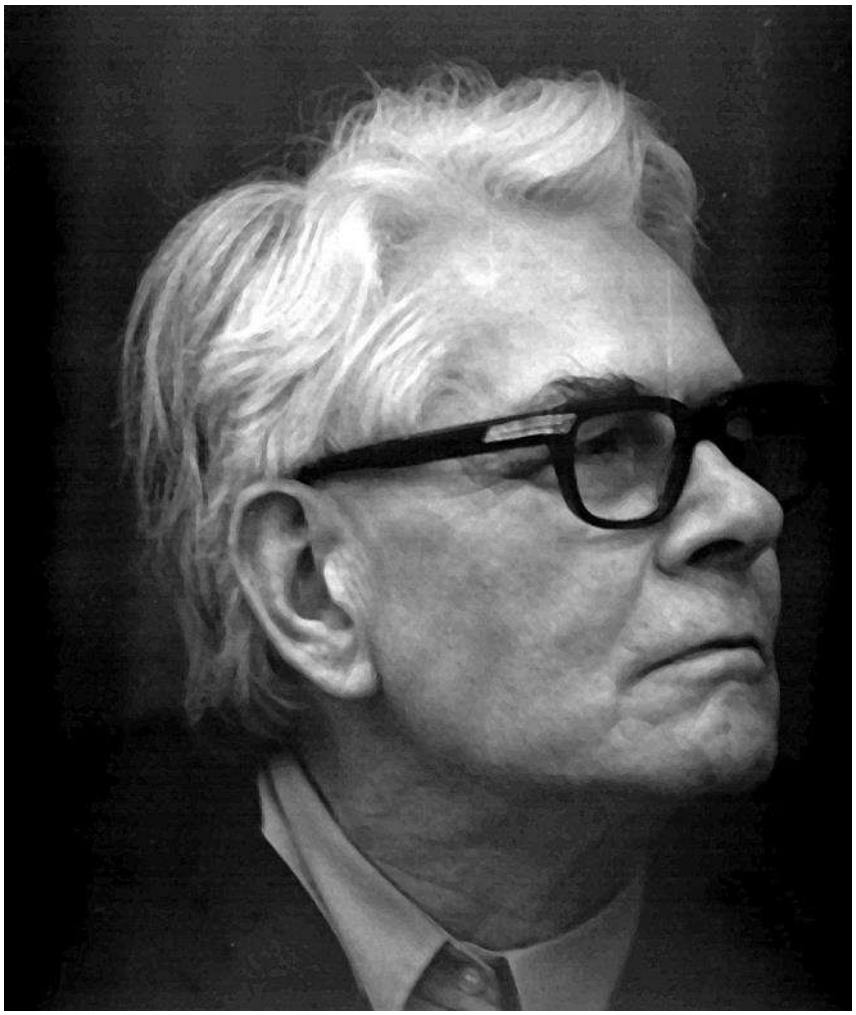
40 Zit. nach: André Scheer, Mit Marx und Christus. In Venezuela spitzt sich der Klassenkampf wieder zu. In: Unsere Zeit vom 19. Februar 2010, S. 9.

Nein, nicht der an religiöse Vorstellungen gebundene Bundesgenosse ist per se der Feind. Es reicht aber nicht aus, die gläubigen Freunde und Bundesgenossen zu loben, wenn sie dasselbe oder doch das gleiche wie die Marxisten sagen und tun. Es hilft nicht weiter, das Sachgespräch mit den Bundesgenossen zu meiden und bestenfalls zur Tagesordnung überzugehen, wenn Christen etwas äußern, was den Marxisten nicht in den Kram passt, wie Gert Wendelborn, Christ und Sozialist in der DDR und einer von 21 Mitarbeitern des MfS in der 50köpfigen CDU-Fraktion in seiner Autobiographie nicht ohne Enttäuschung anmerkte.[41] Es ist peinlich, wenn in der Rede zum 75. Geburtstag von Erwin Eckert 1968 im Mannheimer Rosengarten von der Tatsache, daß Eckert »als Pfarrer« zur KPD gekommen und »als Christ« in ihr geblieben ist, in der offiziellen Laudatio kein einziges Wort fällt. Es ist peinlich, wie Robert Steigerwald und Herbert Mies in ihren »Lebenserinnerungen« mit Eckert umgehen. Es ist an der Zeit, alte und neue Irrtümer bei der Strategie gegen den Hauptfeind in unserem Zeitalter abzulegen, und zwar nicht nur aus taktischen Gründen.

Was Abendroth 1979 mit »Hauptfeind« meinte, hat er als »zorniger alter Mann« so formuliert: Es ist »der Monopolkapitalismus, der erst die Schande des Kolonialismus und seiner zynischen Verbrechen, dann die Barbarei zweier Weltkriege und in der Verzweiflungssituation der großen Krise nach 1929 die auch in ihrer Zielsetzung totale Inhumanität des deutschen Faschismus geschaffen hat.« Wenn wir den Hauptfeind schlagen wollen, und wir müssen es, »bevor er in schlimmeren inneren Widersprüchen noch furchtbarere Katastrophen für die Menschheit bewirken kann«[42], dann müssen wir allem Sektierertum eine Absage erteilen, und religiös gebundene Menschen, wenn sie den Klassenkampf von unten [215] mit dem Ziel der Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte mitkämpfen und sich gegen Krieg und Kriegsgefahren stellen, als das ansehen, was sie sind: nicht bestenfalls nützliche Idioten, sondern gleichberechtigte Partner im Kampf für die beste Sache der Welt.

41 Gert Wendelborn, Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, Bonn 2010.

42 Wolfgang Abendroth: Haben wir »Alten« noch etwas zu sagen? Sind wir »zornig«? In: Die zornigen alten Männer. Hrsg. von Axel Eggebrecht, Reinbek 1979, S. 143–164, hier S. 164.



Wolfgang Abendroth (1906–1985)

[216]

Wolfgang Abendroth
Ein Marxist des 20. Jahrhunderts auch für das 21.*

1920 als 14jähriger Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes KJV geworden, schloss Abendroth sich mit Beginn des Studiums 1924 der *Freien Sozialistischen Jugend* an und wurde einer der führenden Theoretiker der Jugend- und Arbeiterbewegung. Der Student befasste sich intensiv mit vielen Themen: dem Ethischen Sozialismus, Religion und Sozialismus, Paneuropa-Illusionen, Austromarxismus, Kapitalismus und Sozialismus in der Sowjetunion, Fragen der nationalen und internationalen Zusammenarbeit der Jugendbewegung, Einigungs- und Einheitsfragen, marxistischer Theorie, der Wehrdebatte in der SPD, Abrüstungsfragen, Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus, Nationalbolschewismus, Imperialismus. Sein daraus erwachsendes theoretisches Denken, das ihn als einen der großen Theoretiker der Arbeiterbewegung ausweist, und sein praktisch-politisches Wissen lohnen die Wiederentdeckung für die Gegenwart. Die zu seinem 100. Geburtstag realisierten Veranstaltungen in Marburg (2. Mai), Frankfurt/M. (6. Mai) und Leipzig (13. Mai) werden dies (hoffentlich) zeigen. Der erste Band der Herausgabe von sechs Auswahlbänden mit seinen Frühschriften (1926–1948) wird den meisten der auch nur halbwegs mit dem Gesamtwerk Abendroths Vertrauten als große Entdeckung vorkommen.[1]

Früh, mit 20 Jahren, legt er den Finger in eine Wunde des organisierten Sozialismus: »Die Verwechslung von (proletarischer) Demokratie und (bürgerlichem) Parlamentarismus ist so allgemein geworden im sozialistischen Lager, daß es wenig Wert hätte, diese verfehlte Terminologie zu bekämpfen, wenn sie nicht zu falschen Marxinterpretationen führte. So sei noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das ›Kommunistische Manifest‹ ›Demokratie‹ und ›Diktatur des Proletariats‹ ausdrücklich identifiziert, während Marx den Klasseninhalt der (rein [217] legislativen) Parlamente mit bürokratischem Exekutiv- und juristischem Apparat mehrmals richtig analysiert hat.« Von der bürgerlich-parlamentarischen Republik zur faschistischen Diktatur sei »nur der kleine Schritt der Entfernung der parlamentarischen Attrappe«.[2] Nicht zuletzt nimmt er wahr, was in der sozialistischen Revolution in Russland vor sich geht. Im Schlusssatz eines Zeitschriftenbeitrags bemerkt er: »Noch ist der Weg der russischen Revolution von der Bastille zum 9. Thermidor, vom Februar zur Junischlacht nicht beendet. Aber er ist betreten. Nur der Sieg der westeuropäischen Revolution wird die Umkehr ermöglichen. Ob er noch zur rechten Zeit kommt? Wir wissen es nicht. Das aber wissen wir: es ist die ungeheure Schuld des westeuropäischen und vor allem des deutschen Proletariats, die russische Revolution verlassen und damit ihr den Weg zum Thermidor aufgezwungen zu haben.«[3]

Seine praktische Tätigkeit bringt ihn auch mit kritischen evangelischen und katholischen Jugendlichen in Berührung. Um deren Gewinnung für klassenkämpferisches Denken willen rät

---

* Als Gründungsmitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) und Abendroth-Schüler wurde ich anlässlich des 100. Geburtstages von Abendroth gebeten, einen Beitrag im Organ des BdWi zu schreiben. Seit 1998 hatte ich die Bibliographie des Gesamtwerkes von Wolfgang Abendroth mit Unterstützung von Uli Schöler, Hans Manfred Bock, Andreas Diers und Brigitte Kustosch erarbeitet und mehr als 700 seiner Veröffentlichungen als elektronische Ressource erstellt. Die Bibliographie erschien erstmals in: Friedrich-Martin Balzer/Hans Manfred Bock/Uli Schöler (Hrsg.), Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge, Opladen 2001, 505 S. Der Aufsatz zu Abendroths 100. Geburtstag erschien als leicht gekürzte Fassung in: FORUM WISSENSCHAFT, 2006, Heft 2, S. 48–51.

1 Wolfgang Abendroth: Gesammelte Schriften, Band 1, 1926–1948. Herausgegeben und eingeleitet von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler, Hannover 2006, 600 S.

2 Wolfgang Abendroth: Das Programm der Austromarxisten. In: Freie Sozialistische Jugend (FSJ), 2. Jg., 1926, H. 11 (November), S. 177–190.

3 Wolfgang Abendroth: Sozialismus und Kapitalismus in der Sowjet-Union. In: FSJ, 3. Jg., (1927), H. 5 (Mai), S. 69–75, hier S. 75.

das Mitglied des Freidenkerverbandes, sich »um des Sozialismus willen vor freidenkerischer Engherzigkeit [zu] hüten«. Große Teile der katholischen und evangelischen Bünde hatten sich nach Abendroth als »bessere Sozialisten als mancher Monist und Atheist« erwiesen. »Gottesglaube und revolutionäre Praxis (sind) keineswegs unvereinbar.«.[4]

Gegen »Marx-Überwinder«

Seine Marx-Aneignung und Auseinandersetzung mit »Marx-Überwindern« begann Abendroth früh. So schrieb der 19jährige: »Es ist ein altes Lied: Ständig, in tausend Formen, in tausend Schriften wird der Marxismus getötet. Von Jahr zu Jahr, von Universität zu Universität ziehen die Gralsritter der bürgerlichen Wissenschaft, die Feldhüter der ›ruhigen Entwicklung‹, die Sonntagsjäger der formalen Logik aus, die Welt vom Drachen der Theorie der Revolution, der Lehre der materialistischen Dialektik zu befreien. Und oft genug sind es ehemalige ›Marxisten‹, die verbrennen, was sie angebetet, um anzubeten, was sie verbrannt haben, die glauben, nun endlich sei das große Werk vollbracht und Marx endgültig widerlegt.

So alt wie der Marxismus selbst ist dies Lied. Doch trotz des tollen Reigens seiner ›Widerleger‹ lebt er immer noch. Er ist nicht totzukriegen, trotzdem er [218] stündlich ›getötet‹ wird. Und so haben sich die Marxisten gewöhnt, die Widerleger des Marxismus widerlegen zu lassen und auf unfruchtbare zeitverzehrende Antikritik zu verzichten. Obwohl es ab und zu ganz gut sein mag, sich am holden Spiel der ›Marxisten‹ a. D. und Marx-Überwinder von heute zu erfreuen und der Betrachtung ihres Treibens einige Zeit zu widmen.« »Von Eduard Bernstein [...] zu MacDonald, [...] von Bernard Shaw bis zu Steinberg, sie singen all' das gleiche Lied: Der Marxismus predige eine ›Notwendigkeitslehre‹. Er vernachlässige, ja er verneine damit geradezu die Notwendigkeit der Erziehung revolutionären Willens. Insofern sei er die Theorie des Opportunismus. Andererseits erzähle er etwas vom notwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft, von der Anarchie kapitalistischer Wirtschaft, von im Prozess kapitalistischer Produktion unumgänglich entstehenden Krisen, von der Unüberbrückbarkeit der Gegensätze, die die Gesellschaft ständig in Kriege und Klassenkämpfe zwingen. Insofern sei er für zarte Gemüter schrecklich und abstoßend, brutal, einfach asozial. Dabei sei doch der Sozialismus eine so schöne und nette Angelegenheit des rührenden, herzbewegenden ›Gemeinschaftsempfindens‹. Und endlich liege der Marxismus der Arbeiterbewegung dauernd mit der Behauptung in den Ohren, sie habe ein Ziel und müsse das in ihrer Tagestätigkeit im Auge halten: Das habe mit Wissenschaft nichts zu tun, sei empirisch nicht zu beweisen und störe außerdem die Koalitionspolitik. Auf ein paar Widersprüche mehr oder weniger kommt es dabei nicht an.« Er schließt: »So lange wir nicht im Bewusstsein der Massen die marxistische Denkmethode, den dialektischen Materialismus, verankert haben, werden Quacksalber aller Art [...] die besten Elemente des Proletariats gewinnen können.«[5]

Ein isolierter Marxist

Hatte der jugendliche Abendroth 1926 noch erklärt, er sei »›unsachlich‹ genug, es nicht für sehr sachlich zu halten, nach der Methode eines bürgerlichen Professors sein Urteil und seine Kampfmethode nach der Zahl der ›Autoritäten‹, die hinter einer Sache stehen, einzurichten«[6], so belegte er als Professor in der bürgerlichen Restaurationsgesellschaft – so z. B. in den

---

4 Wolfgang Abendroth: Die Freusburgtagung und ihre Lehren. In: FSJ, 3. Jg., (1927), H. 9, (September), S. 130–131, hier: S. 131.

5 Wolfgang Abendroth: Hendrik de Man widerlegt den Marxismus. In: Freie Sozialistische Jugend«, 2. Jg., 1926, H. 4 (April), S. 57–59.

6 Wolfgang Abendroth: Wo bleibt die Antwort? In: Freie Sozialistische Jugend, 2. Jg., 1926, H. 8 (August), S. 135–136.

Disputen mit seinen bürgerlichen Widersachern Ernst Forsthoff, Thomas Ellwein, Peter Scheibert und Ernst Otto Czempiel – seine marxistischen Überzeugungen solide und streitbar zugleich. In den 50er Jahren sah er sich teilweise noch genötigt, sie auch mit Hilfe defensiver [219] Taktiken in diesen »kalten Zeiten« zu verbreiten[7]. Vorsicht war unerlässlich. Immerhin wurde der ordentliche Professor, Mitglied der SPD, das zugleich Mitglied des bremischen und hessischen Staatsgerichtshofs war, in den fünfziger Jahren mit einem zweijährigen staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren wegen »Staatsgefährdung« verfolgt. Erst Mitte der 60er Jahre konnte Abendroth sich aus seiner Isolation halbwegs befreien.

Aus Anlass des 150. Geburtstages von Karl Marx im Jahre 1968 und des 100. Todestages von Karl Marx im Jahre 1982 trat er unerschrocken für das Erbe von Karl Marx und seiner großen und produktiven Schüler Wladimir I. Lenin *und* Rosa Luxemburg ein. Marx war für Abendroth weder eine »Inkarnation des Teufels« noch ein »längst antiquierter Gegenstand der Vorgeschichte«. Zwar hatte die Geschichte Karl Marx widerlegt, als dieser noch annahm, die proletarische Revolution werde zuerst in den Bereichen industriell und technisch hochentwickelter kapitalistisch produzierender Staaten siegen. Zwar hatte Lenins Hoffnung, der nächste Schritt der sozialistischen Weltrevolution werde in Deutschland Wirklichkeit werden, getrogen. Doch die von Marx dargestellte Tendenz zur Konzentration des Kapitals ist, so Abendroth, »längst in die des monopolkapitalistischen Kapitalismus umgeschlagen, der sich des Staats und seiner öffentlich-rechtlichen und privaten Instrumente bedient.«[8] Aber seine »Religion ist noch immer der Profit, für dessen Erhaltung und Steigerung er im Falle seiner (unvermeidlichen) Krisen bereit ist, auch die riskantesten Mittel der physischen Gewalt einzusetzen. Die mögliche Gegenkraft, die den Fortbestand des Fortschritts der Humanität gewährleisten kann, ist noch immer die Klasse derer, die vom Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft in seinen Bereichen leben.« »Wer die Profitwirtschaft erhalten will, muss vor allem Marx bekämpfen.« Marxismus ist, »(schon weil er dialektisch verfährt), Methode und nicht Dogma«. Und ohne diese Methode, ohne die Theorie des Marxismus, kann man in unserer gesellschaftlichen Realität von heute keinen Kompass (und keine notwendigen Kompromisse) finden. Abendroth plädierte abschließend dafür, eine Welt zu schaffen, »in der keine Klassengegensätze und Staatenwidersprüche mehr verhindern, daß der Wohlstand eines jeden anderen für jedermann erkennbar die Bedingung für das eigene Wohlergehen geworden ist.«

Wissenschaft, auf der Grundlage der Methode der marxistischen Dialektik abgeleitet, war ohne praktische Tätigkeit für ihn wie »Atmen, ohne Luft zu holen«(Brecht). Und da Solidarität für ihn nur wirklich war, wenn sie konkret war, [220] nahm er Partei für die Verfolgten und Geschlagenen in Geschichte und Gegenwart, seien es nun Angela Davis, Jupp Angenfort, Viktor Agartz, Rudolf Bahro, Silvia Gingold, Horst Holzer und Volker Götz, um nur einige wenige zu nennen. Dem Widerstand in Griechenland, Portugal, Chile, Israel und der BRD zeigte er öffentlich seine unmittelbare Solidarität. Immer war sie gespeist von umfassenden und detaillierten historischen Kenntnissen. Im Kampf für die Überwindung von Geschichtslegenden (»Man muss die Fakten kennen«) übernahm er seit frühester Jugend die Kategorien des von Sigmund Freud entdeckten Un- und Unterbewussten in sein strategisches und analytisches Denken. Sein Weltbild war alles andere als eurozentristisch. Wie sein Lehrer Heinrich Brandler behielt Abendroth, der Internationalist, den ganzen »Emanzipationsprozess in den Ländern der sogenannten Dritten

7 Wolfgang Abendroth: »Ist der Marxismus überholt?« in: Junge Kirche, Protestantische Monatshefte, Leer/Ostfriesland, 19. Jg., (1958), H. 3/4 vom 10. Februar 1958, S. 65–74.

8 Wolfgang Abendroth: Was bedeuten für Sie Karl Marx und sein Werk heute?« In: »... einen großen Hebel der Geschichte«. Zum 100. Todestag von Karl Marx. Aktualität und Wirkung seines Werks. Frankfurt/M. 1982, S. 352–354. Alle in diesem Abschnitt folgenden Zitate ebenda.

Welt, also der früheren Kolonial- und Halbkolonialwelt«,[9] bis an sein Lebensende fest im Blick.

Seine Marburger Hochschullehrerzeit ab 1951 nutzte er zum einen bei vielen Gelegenheiten für öffentliche geschichtlich-politische Aufklärung, z. B. bei seinen Audi-Max-Reden von 1966 zum 17. Juni 1953 über Vorgeschichte und Hintergründe und Zusammenhänge des Generalstreiks der Arbeiter in der DDR, die ihre Abneigung gegen die damalige Führung der SED, gegen die damalige Führung des Staates demonstrierten[10], bzw. von 1970 anlässlich des 100. Geburtstages Lenins über den historischen Stellenwert der Oktoberrevolution[11], aber auch zur Heranbildung einer neuen Generation von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen, die linke Theorie und Praxis aus der Isolation in der damaligen versteinerten Adenauer- und Post-Adenauer-Gesellschaft herauszuführen halfen.

Als Geburtshelfer des 1968 gegründeten Bundes demokratischer Wissenschaftler förderte und moderierte er die Einheit und Handlungsfähigkeit des BdWi, ohne dem Antikommunismus irgendwelche Konzessionen zu machen. Als Kommentator des Grundgesetzes hat Abendroth in unzähligen Veröffentlichungen die Normen des Grundgesetzes unter strenger Einhaltung der historisch-genetischen, grammatischen, systematischen und teleologischen Verfassungsinterpretationsmethoden gegen ihre ideologische Unterwanderung verteidigt und beispielsweise [221] Berufsverbote – in Übereinstimmung mit Helmut Ridder[12] – schlicht als verfassungswidrige Demokratieverbote bezeichnet.

In und mit der Realität

Wohlgemerkt: Abendroth war kein Marxologe. Theorie war für ihn keine »Spezialprofession«. Er wandte die marxistische Methode praktisch und theoretisch an. Theorie mußte für ihn aus der Verallgemeinerung vieler und verschiedenartiger Praxiserfahrungen hervorgehen und sich als Handlungsorientierung wieder in der Praxis bewähren. Er strebte nach Organisierung, ohne sich Führungsriegen kritiklos zu unterwerfen. Nach seinem Ausschluss aus der SPD im Jahre 1961 blieb er »parteilich ohne Partei« (Theo Pinkus). Als Vermittler der unterschiedlichen Richtungen in der Arbeiterbewegung sagte er immer, was ist und was zu tun ist. Einheitsfrontdenken ohne Einbeziehung der Kommunisten war für ihn undenkbar. Im Aussprechen der Wahrheit war er nicht nur ungeheuer tapfer vor dem Klassengegner, sondern auch vor den Genossinnen und Genossen. Er wusste, wer historisches Subjekt der Veränderung sei. Er fand sich nie mit den gegebenen Zuständen ab und versuchte sie durch kritisches und solidarisches Denken zu überwinden. Sektiererisches Verhalten war ihm fremd. Er plädierte für Toleranz unter den Linken, aus der erst Bündnisse und der gemeinsame Widerstand erwachsen. Warte- und Reservestellung waren ihm fremd. Lieber machte Abendroth mit seinem unaufhörlichen Handeln und Schreiben einen (unvermeidlichen) Fehler, als sich passiv zu verhalten. Für Abendroth existierte marxistisches Bewusstsein nie rein, weil es in einer konkreten historischen Totalität entsteht, immer beeinflusst durch die Umgebung und als Element in dieser realen sozialen Umgebung. Insofern reflektierte er noch sein eigenes Tun unter historisch-materialistischem Blickwinkel. Anders als Lukács war Abendroth wirklich ein Historiker und ein real-soziologischer Ökonom. Er war kein Intellektueller, der am Rande der Bewegung steht.

---

9 In: Gegen den Strom – KPD-Opposition. Ein Kolloquium zur Politik der KPO (1928–1945). Herausgegeben von Jürgen Kestner, Frankfurt/Main 1984, S. 99. Siehe auch Abendroths 15 Thèses sur le problème du socialisme et les pays en voie de développement. In: Socialism in The World, International Journal of Marxist und Socialist Thought, Beograd, 3. Jg., (1979), Number 15, S. 59–69.

10 Vortrag auf Einladung des Allgemeinen Studentenausschusses am 17. Juni 1966 im Auditorium Maximum der Philipps-Universität Marburg. Abschrift in der »Sammlung Abendroth«, 37 S.

11 In: marburger blätter, 21. Jg., Nr. 133, 2/II. Qu. 1970, Ausg. 29.05.1970, S. 1–6.

12 Siehe inzwischen Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Helmut Ridder für Einsteiger und Fortgeschrittene, 4. erheblich erweiterte Auflage, CD-ROM, Bonn 2019

Er war von einheitlichen Grundgedanken durchdrungen und lässt sich keineswegs für das gegenwärtige Niveau von Theorie und Praxis der Linkspartei apologetisch vereinnahmen. Als aktiver Gewerkschafter rang er seit 1951 unablässig um Theorie und Praxis der Gewerkschaften, die sie befähigt, sich nicht als »Ordnungsfaktor« der kapitalistischen Gesellschaft zu integrieren, sondern im Interesse der Klasse der abhängig Arbeitenden »Gegenmacht« gegen das große Kapital und seine Helfershelfer zu schaffen.

[222] Von »Marxismus als Legitimationswissenschaft« (Oskar Negt) hielt sich Abendroth zeit seines Lebens fern. In der SBZ/DDR hätte Abendroth es womöglich noch schwerer gehabt als in der BRD. In der BRD war er als marxistischer Hochschullehrer zwar lange Zeit auf ein enges Bündnis mit Horkheimer und Adorno als fast einzigen möglichen Bundesgenossen angewiesen. Andererseits kannte er die »Grenzen ihrer nur ideologiekritischen Methode« sehr genau. Ihre Analysen beschränkten sich stets auf ideologische Probleme und schrieben in der materialistischen Dialektik »den Materialismus bestenfalls klein, um sie in der Praxis weitgehend zu entpolitisieren«[13]. Abendroth rechnete sich nicht zu den Intellektuellen der »Frankfurter Schule«, »die sich total zurückgezogen haben und von der Realität permanent abstrahieren, die also einen Scheinmarxismus als Selbstbefriedigung betreiben.«[14] Den Adornismus bezeichnete er geradezu als »Rückzugsbrücke«[15].

Eric Hobsbawm hat die materialistische Geschichtswissenschaft als den Kern des Marxschen Denkens bezeichnet.[16] Sie ist auch der Kern des Abendrothschen Denkens. Auch wenn Abendroth nur eine Handvoll selbständiger Schriften als Historiker publizierte, hat er doch stets historisch und klassentheoretisch geschrieben. Die meisten Veröffentlichungen von Abendroth beschäftigten sich mit zeitgenössischer Geschichte, geschrieben als Reaktion auf aktuelle Ereignisse, Vorgänge und Anlässe. Sie sind eindrucksvolle Zeugnisse seines eingreifenden Denkens. Sein besonderes Interesse galt den Jungen, die erst noch an die Arbeiterbewegung herangeführt werden sollten, und der Erinnerung und Würdigung der Weg- und Kampfgefährten in der demokratischen Bewegung, wie zum Beispiel Max Adler, Lelio Basso, Otto Bauer, August Bebel, Willi Bleicher, Ernst Bloch, Heinrich Brandler, Emil Carlebach, Erwin Eckert, Friedrich Engels, Walter Fabian, Emil Fuchs, Antonio Gramsci, Hermann Heller, Werner Hofmann, Johanna Kirchner, Wladimir I. Lenin, Wilhelm Liebknecht, Georg Lukács, Rosa Luxemburg, Karl Marx, Robert Neumann, Helmut Ridder, Josef Schleifstein, Hugo Sinzheimer, August Thalheimer, Palmiro Togliatti, Lore Wolf und Clara Zetkin.

Wie Marx lehnte er es ab, die verschiedenen akademischen Fächer zu separieren. Er hielt im Hegelschen Sinne an der dialektischen Einheit von Welt und [223] Wissenschaft fest. Es ist daher unzulässig, willkürlich zwischen unterschiedlichen Abendroths – dem Historiker, dem Ökonomen, dem politischen Soziologen, und dem Juristen – zu unterscheiden, so herausragend seine Leistungen auf all diesen Gebieten auch waren.

Hobsbawm hat zwar recht, wenn er sagt, daß ein großer Denker der Vergangenheit nur weiterlebt, sofern seine Schüler und Nachfolger nicht bloß seine Schriften zitieren und kommentieren, sondern seine Methode anwenden. Um seine Methode kennen zu lernen, ist es jedoch notwendig, seine zahlreichen, verstreuten Schriften wieder gebündelt zugänglich und damit bekannt

---

13 Wolfgang Abendroth: Studentenbewegung und wissenschaftlicher Sozialismus, in: Studentenbewegung heute, Sozialistische Reihe, (SHB) Bonn 1975, S. 23–32.

14 Gemeinsam mit Jörg Kammler, Raphael de la Vega und Georg Ahrweiler, Die Bedeutung Lukács' für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Ein Gespräch, in: Georg Ahrweiler (Hrsg.), Betr.: Lukács. Dialektik zwischen Idealismus und Proletariat, Köln 1978, S. 15–50, hier S. 37.

15 A. a. O., S. 43.

16 Eric Hobsbawm: Karl Marx und die Geschichtswissenschaft. In: Sonderkonferenz 1983, Marxismus und Geschichtswissenschaft, ITH-Tagungsberichte 19, Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 1–5, hier S. 1.

zu machen.

Ohne Siege mit Hoffnung

Aber auch dann gilt, was der illusionslose, orthodoxe, kreative wie undogmatische wissenschaftliche Sozialist Abendroth bereits vor dem einschneidenden Rückfall 1989 ff. im Epochenwechsel schrieb: »Von Sicherheit des künftigen Sieges kann man niemals reden, und rede ich auch nicht. Aber [...] das Prinzip Hoffnung ist – wenn man diese Hoffnung eben nicht als eine sich selbst verwirklichende Hoffnung nimmt, sondern als Aufgabe – nicht nur die Conditio sine qua non des Sieges der Arbeiterklasse und des Sozialismus, sondern auch die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der Existenz der Menschheit. Und deshalb muss man für diese Hoffnung kämpfen, solange noch der Schatten der Möglichkeit eines Erfolges verbleibt.«[17] Zu Beginn der faschistischen Herrschaft im Deutschen Reich schien keinerlei Hoffnung mehr zu bestehen. »Und trotzdem haben wir dieses Prinzip Hoffnung aufbewahrt und aufbewahren müssen und für die 0,05 Prozent potentiellen Erfolges kämpfen müssen.«

Die Sowjetunion war ihm »trotz aller Fehler, die es in der Entwicklung der UdSSR zweifellos gegeben hat«,[18] ein »Faktor möglicher Hoffnung« in den (Un-) Gleichgewichtsbedingungen des internationalen Klassenkampfes seit 1917. Auch wenn diese in den antagonistischen Klassengesellschaften und in den internationalen Kräfteverhältnissen seit der Niederlage und dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers sich einschneidend zum Schlechteren verändert haben, es bleibt, so würde Abendroth heute sagen, trotz alledem die Hoffnung und die Pflicht zum eingreifenden Denken. »So geschlagen die sozialistische Bewegung, so schwach die Friedensbewegung in vielen der kapitalistischen Staaten erscheint« – Abendroth, der selbst gerne Biologie studiert hätte, pflegte ab 1980 in der Regel auch die in [224] seinem Sinne verstandene Ökologiebewegung miteinzubeziehen –, gibt es auch im 21. Jahrhundert immer wieder Ansatzmöglichkeiten, um diese fortschrittlichen Bewegungen voranzutreiben und mit ihnen zu Erfolgen zu kommen. Gewiss ist die Chance der Hoffnung heute viel größer, als sie es für Abendroth unmittelbar in der Periode des beginnenden Faschismus war. »Gleichwohl hat auch unsere damalige Hoffnung wesentliches bewirken können.«[19]

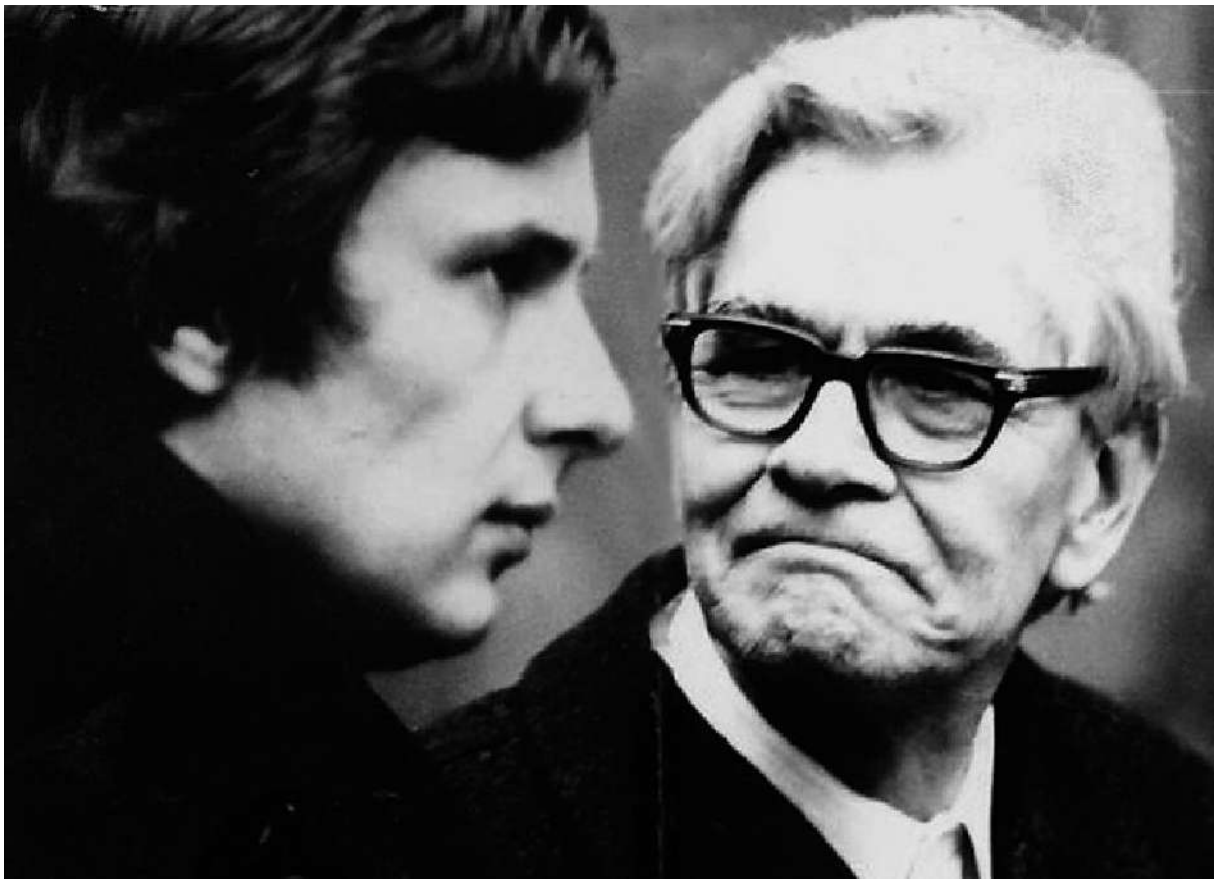
Abendroth selbst lebte illusionslos und völlig frei von Eitelkeit. Er rechnete bei allem, was er tat, was er schrieb und dachte, mit der Möglichkeit, daß es *à fond perdu* getan und geschrieben war. Die Hoffnung, die er nähren durfte, war die, daß künftige Generationen sich wieder einmal dessen, was er getan, gedacht und geschrieben hat, erinnern werden. Eine Renaissance seines Denkens und seiner Taten wird es jedoch erst geben, wenn sein Werk wieder nachlesbar geworden ist und die »Niveaugeschichte des Klassenbewusstseins« – Klassenbewusstsein ist der am häufigsten verwendete Begriff im Denken von Wolfgang Abendroth – unter den Bedingungen andauernder Widersprüche und der Gefahr des totalen Rückfalls in die Barbarei – quantitativ und qualitativ eine höhere Stufe erreicht hat.

---

17 In: Friedensbewegung und Arbeiterbewegung. Wolfgang Abendroth im Gespräch. Marburg 1982, S. 132 ff. Zit. auch bei Frank Deppe: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. In: Friedrich-Martin Balzer/Hans Manfred Bock/Uli Schöler (Hrsg.): Wolfgang Abendroth, Wissenschaftlicher Politiker. Bio-Bibliographische Beiträge, Opladen 2001, S. 194.

18 Ebenda, S. 133.

19 Ebenda.



Wolfgang Abendroth und Friedrich-Martin Balzer 1972

[225]

Dossier: Ehrendoktorwürde für Helmut Schmidt. Was würden Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder dazu sagen?*

Am 19. Juli 2006 beschloß der Fachbereichsrat Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Universität Marburg auf Vorschlag des Philosophieprofessors Peter Janich mehrheitlich (7:2), dem Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Der Fachbereich setzt sich aus den Fächern Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft, Philosophie, Politikwissenschaft, Soziologie, Religionswissenschaft, Völkerkunde sowie Friedens- und Konfliktforschung zu-[226]sammen. In der vorab veröffentlichten Laudatio für die Verleihung heißt es, das der Aufklärung verpflichtete Fach Philosophie erkenne in Helmut Schmidt »den Philosophen im Politiker«. Sein Handeln zeige »eine sichere Orientierung an den Prinzipien unabhängigen Vernunftgebrauchs, moralischer Selbstverpflichtung, kritisch rationaler Situationsbeurteilung und pragmatischer Ausrichtung an der Reichweite menschlicher Vernunft und politischen Handelns«. Schmidts »unermüdliches Plädoyer für Vernunft und Verantwortung im Handeln lasse, wo die akademische Philosophie theoretisch bleibe, Philosophie für die Menschen praktisch werden«, heißt es im Bericht der »Oberhessischen Presse« vom 22.8.2006.[1]

Der einzige Marburger Professor, der sich in der Öffentlichkeit (u. a. in *junge Welt* vom 28.6.2006) gegen die Verleihung einer Ehrendoktorwürde für den Altbundeskanzler Helmut Schmidt in Marburg empört zur Wehr setzte, war Frank Deppe. Lothar Peter kritisierte die Absichten des Fachbereichs in einer Stellungnahme für den BdWi und in *Konkret* (9/2006). Die

---

* Nur wenige Monate nach dem 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth beschloß der Fachbereichsrat Gesellschaftswissenschaften und Philosophie an der Universität Marburg, ausgerechnet den Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) zum Ehrendoktor zu ernennen. Als ehemaliger Sprecher der Friedensbewegung in Marburg meldete ich auf einer Protestversammlung in der Universität am 26. Februar 2007 meinen Widerspruch gegen diese Ehrung an und trug ein Protestschreiben von Hans Heinz Holz vor. Es hat folgenden, leicht gekürzten Wortlaut: »Der Name Kant verpflichtet. Besonders in Marburg, wo von Friedrich Albert Lange bis zu Julius Ebbinghaus und Klaus Reich hundert Jahre lang eine Tradition des Neukantianismus wirksam war, die in der Philosophiegeschichte den Namen ›Marburger Schule‹ trug. Was von den sich mit dem Label ›Kant‹ schmückenden, philosophische Prinzipien vortäuschenden Auffassungen Helmut Schmidts zu halten ist, hat Professor Manfred Baum, der langjährige Vorsitzende der Kant-Gesellschaft kompetent ausgesprochen. Dem ist nichts hinzuzufügen, es ist vernichtend genug. ... Heute, an diesem Tag des Protests (der zufällig der Tag meines 80. Geburtstages ist), erinnere ich mich an eine andere Protestkundgebung vor 50 Jahren. Wir führten damals, mit Unterstützung der bedeutendsten Wissenschaftler der Bundesrepublik, die Kampagne ›Kampf dem Atomtod‹ gegen die nukleare Aufrüstungspolitik der Regierung Adenauer. Bei einer Massenveranstaltung in München sprach der junge Bundestagsabgeordnete der SPD-Opposition Helmut Schmidt, der damals wegen seiner polemisch-frechen Aggressivität mit dem Spitznamen ›Schmidt-Schnauze‹ bedacht wurde. Seine Ablehnung der Adenauerschen Pläne war scharf und vorbehaltlos. Kurze Zeit darauf stimmte derselbe Abgeordnete Helmut Schmidt im Bundestag dem Regierungsvorhaben zu. Kants kategorischer Imperativ besagt: ›Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.‹ Wer Schmidt mit Berufung auf Kant ehrt, ist also bereit, die Maxime opportunistischen Verhaltens zum allgemeinen Gesetz zu machen. Wahrlich: Dieser Doktor honoris causa ist keine Ehre für Schmidt und eine Schande für die Universität. Als Hochschullehrer, der hier in Marburg acht Jahre Philosophie gelehrt hat, fühle ich mich gekränkt; als Mitstreiter einer Hochschulpolitik, die mit dem Namen Wolfgang Abendroth verknüpft ist, fühle ich mich provoziert. Es ist gut, daß der Protest den Ruf der Universität verteidigt.« Ein Dossier zur Ehrendoktorwürde für Helmut Schmidt erschien in: Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Z 68, Dezember 2006, S. 139–150. Der leicht überarbeitete Beitrag ist Matin Baraki zu seinem 60. Geburtstag gewidmet. Fußnoten sind gegenüber der ersten Drucklegung hinzugefügt.

1 Siehe zu dieser herrschenden Wertung des Fachbereichs den Brief von Prof. Dr. Manfred Baum an Frank Deppe »Zur geplanten Ehrenpromotion von Helmut Schmidt«. In: Topos, Heft 26, W. Abendroth, Napoli 2006, S. 143–148. Mit der Emeritierung von Frank Deppe sind seit 2006 auch die letzten Spuren der Abendroth-Schule beseitigt.

Entscheidung ist in der Tat skandalös. Mit Wissenschaft hat diese Auszeichnung, mit der man sich »selbst ehren will«, nichts zu tun. Im Gegenteil. Sie spricht Hohn auf die wissenschaftliche Arbeit, die in der Bundesrepublik von wissenschaftlichen Politikern wie Wolfgang Abendroth (Marburg) und Helmut Ridder (Gießen) geleistet wurde. Sie ist symptomatisch für die auf breiter Front erfolgte Niederlage im Ringen um Frieden, Demokratie und Sozialstaat in Deutschland.

Schauen wir uns doch einmal an, was Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder, um nur diese beiden herauszugreifen, über Helmut Schmidts Aufstieg zum sozialdemokratischen Bundeskanzler der BRD und zur herausragenden Person der Zeitgeschichte – im Interesse der Herrschenden – geschrieben haben.

Um dem Vorwurf des ziellosen Pragmatismus, der nicht nur bei der SPD unvermeidlich zur vollen Anpassung an die Wünsche der herrschenden Klasse führt, zu entgehen, hatte die SPD-Führung zu Beginn der 70er Jahre den Entwurf eines »Langzeit-Programms« versprochen. Die Kommission stand unter dem Vorsitz des extrem »partnerschaftlichen« damaligen Finanzministers (und zweiten Parteivorsitzenden) Helmut Schmidt. »Der Entwurf«, so Abendroth, enthalte »praktisch nur noch Fortschreibungsdaten zur Prognose der Weiterentwicklung auf der Basis der existenten sozioökonomischen Machtverhältnisse – also weder eine Strategie noch ein Programm.«[2] [227]

Ist Helmut Schmidt ein Linker?

Zu Beginn des Jahres 1974, mit der Übernahme der Kanzlerschaft Helmut Schmidts, entwickelte sich eine Diskussion darüber, ob Helmut Schmidt ein Linker ist. Und wenn nein, wie sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen müsse. „konkret“ fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hatte, unter ihnen Wolfgang Abendroth.

Die ersten Wahlen nach Schmidts Amtsantritt als Bundeskanzler im Mai 1974 endeten mit einem Sieg von CSU und CDU in Bayern und Hessen, »mit einem Erfolg ihres reaktionärsten Flügels, mit einem Triumph für Strauß und Dregger.«[3] Der Geschlagene, so Abendroth, heiße Helmut Schmidt. »Tausende Industriearbeiter sind – enttäuscht von einer Regierung und einer sozialdemokratischen Parteiführung, von der sie die Vertretung ihrer Interessen erwartet hatten – der Wahlurne ferngeblieben. Hunderttausende Angestellte, Beamte und Hausfrauen, die einst in den Bundestagswahlen 1972 begriffen hatten, daß CDU und CSU die Machtinteressen des Monopolkapitals gegen sie vertreten, haben – durch Stagnation und Rezession verschreckt – die Front gewechselt. Sie ließen sich einreden, die Gefährdung ihrer Einkünfte durch die Inflation, die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze durch die Krise sei die Schuld derer, die in Bonn regieren. Denn Helmut Schmidt, seine Regierungsmannen und sein Parteivorstand hatten entschieden, es sei ›wortradikal‹ und die ›Krise der Hirne‹, ihnen zu sagen, daß dies alles die Konsequenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse sei. Helmut Schmidt hatte alles darangesetzt, die Gewerkschaften zum ›Maßhalten‹ bei der Verteidigung des Realeinkommens der breiten Massen durch den Inflationsprozess voll ausgleichende Lohnforderungen zu zwingen. Noch am Tage nach den Wahlen mußte auf seinen Wink die IG Metall vor dem zweifelhaften ›Angebot‹ der Gewinne scheffelnden Unternehmer der Stahl-Erzeugung kapitulieren.«[4]

Alles das, so Abendroth, wiederhole genau, was einst in den Jahren 1929 und 1930 unter

---

2 Wolfgang Abendroth, Die Chancen der SPD-Linken. Sozialdemokratie zwischen den Fronten des Klassenkampfes. In: Neues Forum, 20. Jg., (1973), 232/1973, (April), S. 23.

3 Wolfgang Abendroth, Wer hat Angst vor Helmut Schmidt. In: Konkret, 18. Jg., (1974), Nr. 3 (Dezember), S. 2.

4 Ebenda.

Hermann Müller in der Weimarer Republik geschehen sei. »Helmut Schmidt bleibt das ›Verdienst‹, aus der Geschichte nichts gelernt zu haben. Werden die Landtagswahlen in Hessen und in Bayern ihn endlich daran erinnern, wohin die Reise geht? Kaum, wenn nicht der allzu schmale Kern klassenbewusster Arbeiter und demokratischer Intellektueller ihn zwingt zu lernen.

Helmut Schmidt und Willy Brandt bleiben das kleinere Übel gegenüber den Kohl und Stoltenberg, den Strauß und Dregger. Also gilt es, das kleinere Übel [228] gegen das größere Übel zu schützen. Der Unfug der ›Sozialfaschismus‹-Theorie darf sich nicht wiederholen. Aber man kann Helmut Schmidt nur schützen, indem man ihn eindeutig zur Ordnung ruft. Ohne energische Kritik an Helmut Schmidt – innerhalb der SPD und der Gewerkschaften, aber von klaren marxistischen Positionen aus auch außerhalb der SPD –, ohne eine Strategie der Verteidigung aller Lebensinteressen der abhängig arbeitenden Klasse, wird Helmut Schmidt bald vor den Strauß und Dregger kapitulieren müssen.«[5]

Abendroth hoffte jedoch, auch im eigenen Interesse von Helmut Schmidt, daß er den Weg seines akademischen Lehrers Karl Schiller nicht zu Ende gehen wolle. »Vorbeiregieren an der Partei, Versuche, die Theorie-Diskussion in der Partei einzuengen, Versuche, die Politik der SPD am konservativen Trend zu orientieren, stärken die Politik der Konservativen: Denn konservative Politik macht immer noch die CDU/CSU am besten.«[6]

Zur innen- und außenpolitischen Rolle von Helmut Schmidt

In den siebziger Jahren registriert Abendroth als Analytiker und strategischer Kopf der Arbeiterbewegung einen Tendenzumschlag in der Politik der Regierung (und damit eines erheblichen Teils der Führung der SPD). Dieser habe sich nach Einsetzen der neuen ökonomischen Krise (1975) und ihrem Übergang in eine längere Stagnation mit einer erheblichen permanenten strukturellen Arbeitslosigkeit von über 4 Prozent (!) des Beschäftigungspotentials, die vor allem die junge Generation bedroht, wesentlich verstärkt. »Die durch den sozialdemokratischen Bundeskanzler geführte Regierung [unter Helmut Schmidt] hat im Gegensatz zu allen ihren früheren Versicherungen begonnen, extrem antidemokratisch organisierte Staaten (wie den Iran) mit Kriegsschiffen und Waffen zu beliefern oder (wie Brasilien) mit Atomkraftwerken auszustatten. Sie nimmt im Falle Brasiliens wegen derartiger ›exportfördernder‹ und ›konjunkturanregender‹ Maßnahmen sogar Konflikte mit der früheren Schutzmacht der westdeutschen Restauration, den USA, in Kauf. Sie unterstützt die imperialistischen Interventionen Frankreichs und der NATO in Afrika. Sie hat zum Problem der Neutronenbombe – einem der gefährlichsten und inhumansten Steigerungsmittel in Richtung auf eine neue Phase des Rüstungswettbewerbs – eine extrem zweideutige Politik gewählt, die zu den ersten Erklärungen Egon Bahrs, des zentralen Sekretärs des Parteivorstandes der SPD, in vollem Widerspruch steht. Zur ›Sanierung‹ der Sozialversicherung der abhängig Beschäftigten hat sie Reduktionen der Altersrenten gegenüber der vorher bestehenden Anspruchslage vorgeschlagen, die auch die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften nicht mehr hinnehmen [229] wollen, und dadurch gleichzeitig der Partei des Monopolkapitals, der CDU/CSU, billige demagogische Agitationsgrundlagen geliefert, die sich als Scheinverteidiger der früheren Rentensätze aufwirft.«[7]

Helmut Schmidt habe sich »innen- und außenpolitisch zum Repräsentanten des Versuchs der

5 Ebenda.

6 Ebenda.

7 Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, 4. und erweiterte Auflage 1978. In: Friedrich-Martin Balzer, Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, 2. Auflage 2006, S. 83.

Integration der Millionen abhängig arbeitender Wähler in die Interessenpolitik und die Ziele des Monopolkapitalismus machen lassen.«[8]

In der Periode des konjunkturellen Aufschwungs habe die SPD-Führung dabei zweifellos »(aber mehr dank des gewerkschaftlichen Druckes und vor allem auch dank des Druckes spontaner Massenbewegungen wie derjenigen der Jungintellektuellen und Studenten und der Antinotstandsdemonstrationen seit der Mitte der sechziger Jahre als dank ihrer eigenen Politik) die eigene Partei stärken und auch objektiv einige demokratisierende Erfolge erzielen«[9] können.

Alternativen zu Helmut Schmidts Politik

Abendroth forderte eine gründliche Änderung der SPD-Politik ein. Aber »nur durch Wiederbelebung der innerparteilichen Diskussion und Demokratie« könne sie zu einem »anderen Kurs« genötigt werden.[10] Ihre eigenen Erfolge (und ihr Weg in die Regierung und an deren Spitze) an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren seien in Wirklichkeit »nicht dem eigenen Kurs dieser Führung der SPD, sondern vor allem dem Druck der Arbeiter und Studenten von außen zu danken. Zwingt ein derartiger Druck von außen nicht rechtzeitig erneut die Partei erstens zur Belebung der innerparteilichen Demokratie und Diskussion und zweitens zur realen Vertretung der Interessen von Demokratie und Abrüstung (und damit zu einer Politik der erheblichen Minderung des Militär-Etats zugunsten der Sozialausgaben und der kulturpolitischen Ausgaben), aber auch zur Wiederbelebung des Ziels geplanter Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik zuungunsten des Kapitals, jedoch zugunsten der abhängig arbeitenden Klassen, also zur Zeit vor allem in Richtung auf Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich, um die strukturelle Arbeitslosigkeit aufzuheben, so hat die SPD kaum eine Chance, Regierungspartei zu bleiben, weil der Masseneinfluss der CDU/CSU dann ständig wächst und derjenige der SPD absinkt. Dieser Druck von [230] außen, der die gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung durch ihren Vorsitzenden Willy Brandt repräsentierte, aber in der Praxis durch ihren Bundeskanzler Helmut Schmidt, dessen Minister und durch ihre Länderminister geführte Partei wieder aus einer Partei des (in Krisenlagen völlig hilflosen) integrationistischen Reformismus, der Stück um Stück seine eigenen Grundlagen zerstört, in eine Partei des sozialistischen Reformismus transformiert, kann sich nur durch Mobilisierung der Gewerkschaften und – in zweiter Linie – durch Wiederbelebung der (zur Zeit geschlagenen) Jungintellektuellenbewegung entwickeln.«[11]

Helmut Schmidts Defizite als Theoretiker und Historiker

Abendroth konzedierte zwar, daß Schmidt noch 1957/58 lautstark gegen die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden eingetreten war. Subjektiv sei dies womöglich ebenso ehrlich gewesen wie seine spätere Kapitulationspolitik vor den neuen US-amerikanischen Stationierungsplänen, weil er zu prinzipiellen Differenzierungen dieser Art mangels theoretischer Grundlage gar nicht imstande sei. Das zur Rechtfertigung der Stationierung betriebene Spiel des Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit dem Versuch eines amerikanischen Politikwissenschaftlers, die Situation des Juli 1914 mit der gegenwärtigen in Bezug auf quasi-zufälliges, unkontrolliertes »Hineinschliddern« in einen großen Krieg zu parallelisieren, sei – »wie bei den meisten Vergleichen solcher Art – halb richtig, halb falsch. Denn erstens hat 1914 Österreich-Ungarn den Krieg gegen Serbien wirklich konkret gewollt (und das Deutsche Reich diesen

8 Aufstieg und Krise, a. a. O., S. 81.
9 Aufstieg und Krise, a. a. O., S. 83 f.
10 Aufstieg und Krise, a. a. O., S. 84.
11 Ebenda.

Wunsch bei Inkaufnahme des Krieges mit Russland voll gebilligt), wie wir seit Fritz Fischers Forschungen sehr genau wissen; beide hatten nur dabei die stille Hoffnung, England neutral halten zu können. Zweitens war generell der Ausbruch des 1. Weltkrieges fast unvermeidlich; nur Auslösungsanlass und Auslösungs-Zeitpunkt hingen von Zufällen (und also in Wirklichkeit von der durch die Großmächte gewünschten Ausschaltung aller Kontrollmechanismen) ab.

Dagegen ist gegenwärtig die Mobilisierbarkeit aktivierbarer Kontrollmechanismen gegen den Ausbruch eines 3. Weltkrieges wesentlich größer. Eine der beiden Weltmächte der Gegenwart ist kein imperialistischer Staat im alten Sinne des Wortes. Die Sowjet-Union ist, welche Mängel sie auch noch hat und wieweit sie auch unvermeidlich in Machtpolitik (und also ebenfalls in eventuelle Fehler der Machtkalkulation) einbezogen ist, ohne deren partielle Übernahme sie längst zerschlagen worden wäre, *doch kein imperialistischer Staat, dessen Ziel Machtexpansion zu Ausbeutungszwecken wäre* (Hervorhebung – FMB). Und alle größeren Staaten – auch die Weltmächte selbst – wissen, daß der Übergang von der militärischen Machtdemonstration zum wirklichen Weltkrieg wahrscheinlich den Untergang [231] jeder Hochzivilisation, auch der eigenen, herbeiführen würde, also dem Selbstmord gleichkommen könnte. Hätte Helmut Schmidt diese Veränderung der damaligen Grundsituation in seine Überlegungen einbezogen, so wäre ihm eine erheblich exaktere Bestimmung der politischen Gefahren und Notwendigkeiten von heute möglich geworden.«[12]

Helmut Schmidt: das kleinere Übel

Innenpolitisch bezeichnete Abendroth die Politik der Regierung unter Helmut Schmidt 1980 als »objektiv die rationalste Form der Politik im Interesse des westdeutschen Monopolkapitals.«[13] »Die Politik von Strauß ist die weniger rationale, aber dafür rabiatere Variante der Politik der gleichen Klasse.«[14] Abendroth hegte die Hoffnung, daß sich *in der Sozialdemokratie* gegenüber der Politik der Bundesregierung gleichwohl immer wieder Widersprüche zeigen würden. Gegenüber einer Machtübernahme (oder Machtbeteiligung) der CDU/CSU, die auch diejenige des irrationalen Flügels des Monopolkapitals in sich enthält, und die innenpolitisch und außenpolitisch zu einer Politik der Abenteuer und hohen Risiken überleiten könne, bleibe »Helmut Schmidt mit seiner Politik im Interesse des rationalen Flügels des Monopolkapitals das ›kleinere Übel‹«[15].

Helmut Schmidts integrationistischer Revisionismus

Abendroth bezeichnete die Politik der sozialdemokratischen Führung als »integrationistischen Revisionismus«[16]. Dieser stehe »immer auf dem Boden der Auffassungen des Klassengegners der abhängig arbeitenden Klasse, also heute des Monopolkapitals, und versucht diese abhängig arbeitende Klasse daran zu hindern, ihre Klasseninteressen zu erkennen, (obwohl er ihr in günstigen Konjunkturperioden kleine materielle Konzessionen zu machen bereit ist). Er ist und bleibt also Instrument der herrschenden Klasse gegen die beherrschte (bei in der [232] Führung variierendem – häufig keineswegs vorhandenem – Bewusstseinsgrad über diese seine eigene

12 Wolfgang Abendroth/Josef Schleifstein/Emil Carlebach, Internationale Spannungen. Ein Gespräch. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 3. Jg., (1980), (September), S. 12–16, hier: S. 12.

13 Wolfgang Abendroth, Alle Kräfte für die Entspannung und gegen Rechtsentwicklung mobilisieren. In: Marxistische Blätter, 18. Jg. (1980), 2/1980, (März/April), S. 39–47, hier: S. 43.

14 Ebenda.

15 Wolfgang Abendroth, Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktion der westdeutschen Sozialdemokratie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/1979, S. 403–417, hier: S. 417.

16 Europa-Wahlen, a. a. O., S. 415.

Funktion und Rolle).«[17]

»Solange die gegenwärtige Alleinherrschaft der integrationistisch-reformistischen Führung in dieser Partei, innerhalb derer Helmut Schmidt und Willy Brandt nur leicht (vor allem durch ihre Arbeitsaufgabe) verschieden nuancierte Varianten bilden, fortbesteht, kann und wird sich an diesem Tatbestand (und vor allem an seinen angesichts der heutigen Machtstellung des bundesrepublikanischen Kapitals weltpolitisch so bitteren Konsequenzen) nichts ändern. Er konnte nur dadurch gemildert werden, daß kraft des innenpolitischen Drucks des zur Zeit wachsenden Klassenbewusstseins in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, durch eine neue Welle der Jungintellektuellen- und Studentenbewegung oder durch eine stärkere, nicht mehr ihrer Größe nach beschränkte marxistische Konkurrenzpartei, wie es zur Zeit die DKP ist, in der SPD sich wieder sozialistisch-reformistische Gruppierungen innerparteiliche Bedeutung verschaffen.«[18] Auf dem Kölner Parteitag der SPD seien zwar »führende Gewerkschaftler« als Kandidaten für das Europa-Parlament gewählt und zentrale gewerkschaftliche Forderungen, vor allem die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden, ein Verbot der Aussperrung als Kampfmittel des Kapitals und (mit der sogenannten sozialen Marktwirtschaft dem Dogma der Restauration des Monopolkapitalismus in der BRD unvereinbare) geplante wirtschaftspolitische Maßnahmen als Wahlziele für Europa beschlossen worden.«[19] »Umso grotesker war es, daß der gleiche Parteitag es abgelehnt hat, die gleichen Ziele zu Richtlinien der sozialdemokratischen Politik in der Bundesrepublik selbst zu machen. Diese negative Funktion der SPD könnte nur ernstlich verändert werden, wenn der sozialistische Reformismus wieder die Führung der Partei übernimmt und die volle Diskussionsfreiheit in ihr wieder herstellt, also die stets wiederholten Ausschlussverfahren gegen fortschrittliche Kritiker in der Partei wieder aufgehoben wurden, wie das nach dem Nürnberger Parteitag von 1968 schon einmal (aber damals nur sehr kurzfristig) geschehen war (was übrigens damals den Wahlsieg von 1969 erst möglich gemacht hat).«[20]

Zur internationalen Rolle von Helmut Schmidt

Die weltpolitische Hauptfunktion der »Arbeitsteilung zwischen dem neuen sozialdemokratischen Kanzler Helmut Schmidt und dem Parteivorsitzenden (und dann auch Vorsitzenden der Internationale) Willy Brandt seit 1974, die natürlich in dieser Weise nur unter den gegenwärtigen innerparteilichen Machtverhältnissen in [233] der SPD funktioniert und sich bei erheblichen Verschärfungen der Klassenkämpfe in der BRD in ähnlicher Weise verändern könnte, wie sich die politische Rolle der französischen Sozialistischen Partei einst seit 1965/66 verändert hat«[21], werde besonders deutlich, wenn man die »Einwirkungen dieser Partei auf die anderen europäischen Länder in die Überlegungen einbezieht. Die SPD (als finanziell kräftigste Partei der Sozialistischen Internationale) hat, als sich seit Mitte der 60er Jahre abzeichnete, daß die faschistischen Regime in Portugal, Spanien und Griechenland sich nicht mehr lange halten könnten, begonnen, für diese Länder sozialistische Parteien kadermäßig vorzubereiten und sie dabei gleichzeitig unter ihren Einfluss zu bringen. Die illegalen antifaschistischen Kader in diesen Ländern, die während der ganzen Existenzzeit dieser Diktaturen zunächst relativ allein dort den antifaschistischen Widerstand geleistet hatten, standen unter Führung der kommunistischen Parteien.

Die SPD gab jeweils den von ihr erzogenen jüngeren Gruppierungen, die erst in den Krisenperioden dieser faschistischen Systeme entstanden waren, soweit als möglich die Richtung, jede anti-faschistische Einheitsfront (sogar die Tendenz zur Bildung von Einheitsgewerkschaften)

17 Ebenda.
18 Ebenda.
19 Europa-Wahlen, a. a. O., S. 415.
20 Ebenda.
21 Europa-Wahlen, a. a. O., S. 413.

nach dem Sturz der faschistischen Systeme zu verhindern und dafür die Gefahr der Bewahrung der traditionellen ökonomischen und sozialen Herrschaftsformen und der alten herrschenden Klassen (und damit – nach einer sehr kurzen Übergangsperiode – auch der Rechtsentwicklung innerhalb neugeschaffener bürgerlicher Demokratien in Richtung auf künftig autoritäre politische Formen) in Kauf zu nehmen. Die SPD übertrug (und überträgt noch immer) diese Einwirkungen auch auf die (leider z. Zt. abklingenden) demokratischen Einheitsfronttendenzen in Frankreich und Italien. Das führte in Portugal so weit, daß die gleichsam regierungsoffiziöse Einwirkung der bundesrepublikanischen Botschaft auch noch während der Ära Brandt zugunsten des salazaristischen Regimes in dessen Endphase ungestört weiterlaufen konnte. Nicht anders haben sich Regierung und Spitze der SPD übrigens gegenüber dem Iran und dessen Schah-Regime verhalten, solange es noch irgend denkbar erschien, es samt der extrem barbarischen Herrschaftsmethoden der Savak zu erhalten. Denn das bundesrepublikanische Monopolkapital (und zwar in allen seinen Fraktionen) hatte seine Export- und Investitionsvorhaben mit dem Schah eng verbunden. Auch gegenüber Südafrika wurde die faktische (nicht die propagandistisch-theoretische) sozialdemokratische Politik nach früherer voller Kritiklosigkeit gegenüber der Apartheid-Regierung erst gleichsam doppelzüngig, als die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse in den Vereinten Nationen und in Afrika keinen anderen Ausweg mehr ließen. Aber sie ist – wie jede genaue Analyse eindeutig erkennen lässt – nach wie vor [234] lediglich Doppelzüngigkeit, also verbale Ablehnung der Apartheid bei Verweigerung praktischer Konsequenzen. Denn die (wenn auch nunmehr sorgfältig verhüllte) Belieferung der südafrikanischen Staatsmaschinerie und Wirtschaft und die Kapitalinvestitionen in ihrem Machtbereich werden seitens der BRD noch immer fortgesetzt, und auch die SPD als Partei unternimmt dagegen in der Praxis gar nichts.«[22]

Insgesamt beklagte Abendroth, daß die SPD »objektiv die Interessen des relativ rationalsten Flügels des deutschen Monopolkapitals« vertrete, »wie sich am deutlichsten an der Politik der von Helmut Schmidt geleiteten Kabinette der BRD nachweisen lässt«, und »der arbeitenden Bevölkerung der BRD, aber auch den demokratischen Bewegungen der anderen monopolkapitalistischen Staaten systematisch die Illusion« vermittele, »sie brauche sich politisch und gewerkschaftlich nicht selbst zu aktivieren, weil ihre Interessen durch die SPD schon wahrgenommen würden, so daß sie sich ruhig der Regierungspolitik der BRD gegenüber als bloßer Konsument verhalten könne«.[23]

Über die Rolle Brandts im Tandem der SPD-Führung schrieb Abendroth: »Brandt hat im Ergebnis dadurch eine doppelte Hilfsfunktion zugunsten der späteren bundesrepublikanischen Regierungspolitik übernommen: Erstens ist er als Parteivorsitzender der SPD nun in der Lage, oppositionelle Stimmungen gegenüber der Regierung gleichwohl (gleichsam in Arbeitsteilung) in die Partei zu ›integrieren‹ (also zu neutralisieren), zweitens kann er weltpolitisch – in noch stärkerem Maße, seit er auch Vorsitzender der Sozialistischen Internationale geworden ist – sein Ansehen als Antifaschist, das er während des Dritten Reiches erwarb (und über das der damalige Offizier der Armee Hitlers Helmut Schmidt natürlich nicht verfügt), in vielen Verhüllungen zugunsten der bundesrepublikanischen Außenpolitik zum Einsatz bringen.«[24]

Helmut Ridder, Gießener Kollege von Abendroth und ebenso wie dieser einer der großen Leitfiguren der demokratischen Bewegung in der BRD, unterschied sich zwar in der theoretischen und methodischen Ausgangsposition von Abendroth, war Radikaldemokrat und kein Marxist, hielt sich aber in der scharfen Kritik an Helmut Schmidt keineswegs zurück. Im Gegenteil. Er

22 Europa-Wahlen, a. a. O., S. 414.
23 Europa-Wahlen, a. a. O., S. 412.
24 Europa-Wahlen, a. a. O., S. 404.

übertraf sie bei weitem. Der von einem Bundesverfassungsrichter als »Heinrich Heine der deutschen Verfassungsrechtswissenschaft« bezeichnete Ridder verfügte nicht nur über eine besonders brillante Sprache als Analytiker und Essayist. Er, der seit 1998, von Krankheiten heimgesucht, zurückgezogen lebt, ist immer noch einer der Großintellektuellen in diesem Land, der die Gabe eines »avantgardistischen Spürsinns für Relevanzen« besitzt. In der Verbindung von Verfassungsrechtsdogmatik und [235] politikwissenschaftlicher Analyse war Ridder ein von Abendroth hoch geschätzter Kopf und »der beste Stilist« unter den Juristen seit 1945.[25]

Zur Rolle Helmut Schmidts in der Notstandsdebatte

Zum ersten Mal fiel Ridder der frisch aus Hamburg eingerückte SPD-Abgeordnete auf, weil er seine »schätzenswerten Energien so sehr auf die ›Schaffung‹ einer Notstandsverfassung konzentriert.«[26] Wie solle wohl, so fragt Ridder, »das mit weiteren Regierungsvollmachten verbundene Notstandsverfassungsgesetz ›rechtsstaatlich und politisch einwandfreie‹ Verhältnisse herstellen können, wo schon das bisher gesetzte Notstandsrecht mit dem Geist und weitgehend auch mit den Buchstaben des Grundgesetzes nicht in Einklang gebracht werden kann?«[27] »Da legt der nach Bonn eingerückte Bundestagsabgeordnete der SPD Helmut Schmidt schon mehr als regierungsfrommen Eifer an den Tag.«[28] Auch Helmut Schmidt halte nämlich »die Schaffung einer rechtsstaatlich und politisch einwandfreien Notstandsverfassung« für »eine der allerdringlichsten Aufgaben«[29] der neuen Legislaturperiode.

Helmut Schmidt und die Verfassung

Nach dem Beginn der zweiten Restaurationswelle in der BRD mit dem Ministerpräsidentenbeschluss vom 28. Januar 1972 – die erste hatte mit dem »Adenauer-Erlass« (1950), dem »Blitzgesetz« (1951) und dem KPD-Verbot (1956) eingesetzt – erinnerte Ridder im Zusammenhang mit den »Berufsverboten« an Helmut Schmidt: Schon vor zehn Jahren habe der damalige Senator a. D. Helmut Schmidt, MdB, sich diesen »gefährlichen Nonsens und blanken Affront gegen die verfassungsmäßige Rechtsordnung in ›lebensphilosophischer‹ Diktion von einem fachlich kompetenten Ghostwriter in die Feder blasen lassen.« Zitat Schmidt: »So wie die Verfassung selbst lebt und die auf ihrer Grundlage betriebene Staatspolitik sich wandelt, so muss auch der Verfassungsschutz mit seinen konkreten Objekten der Zeit folgen und sich ihr anpassen. Das Grundgesetz sagt deshalb auch nichts Näheres darüber, womit sich die Verfassungsschutzbehörden im Einzelnen zu beschäftigen haben, sondern spricht schlechthin nur von Verfassungsschutz«.[30] Kommentar von Ridder zu dieser Äuße-[236]rung von Schmidt: »Brutaler lässt sich die Identifikation der Verfassung mit der jeweils ›betriebenen Staatspolitik‹ kaum in Worte fassen als durch diese Anpassungsmaximen eines avancierfreudigen Westentaschen-Machiavellismus«.[31] In seinem Alternativ-Kommentar zum Grundgesetz (1984) kam Ridder noch einmal auf die Äußerungen des Senators a. D. Helmut Schmidt zurück, wonach eine »dauerhafte innere Sicherheit des Staates nicht erreichbar« sei, »wenn der Staat jede Gelegenheit der

25 Peter Derleder/Dieter Deiseroth, Der Erste nach dem Krieg. Zum 80. Geburtstag von Helmut Ridder. In: Kritische Justiz, 1999, S. 254–262, hier: S. 262.
26 Helmut Ridder, Notstand 66. In: »Stimmen zur Zeit«, Nr. 7, Köln 1966, S. 39.
27 Ebenda.
28 Ebenda, S. 6.
29 Ebenda.
30 Zit. nach Helmut Ridder, »Berufsverbot«? Nein, Demokratieverbot. In: Das Argument, [236] 92, 17. Jg., Oktober 1975, Heft 7/8, S. 576–594, hier: S. 582.
31 Ebenda.

Konfrontation mit staatsfeindlichen Gedanken, insbesondere des Kommunismus, verwehrt«.[32]

Abendroth widersprach aus verfassungsrechtlicher Sicht 1976 in einem Leserbrief an den SPIEGEL der öffentlichen Kritik von Helmut Schmidt an Italien.

Er, Abendroth, wisse zwar nicht, ob sich die Leser des SPIEGEL noch »für die Meinung eines alten Mannes interessieren, der seine wissenschaftliche Herkunft aus dem Völkerrecht und aus dem Verfassungsrecht herleitet.«[33] Aber zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts (Art. 25 GG) gehörten nun einmal »der grundsätzliche Respekt vor der Souveränität anderer Staaten, also das Interventionsverbot, so häufig auch immer früher Großmächte (und heute die ›Weltmächte‹) beides in den Wind geschlagen haben, um dann immer wieder im Zeichen neuer Gleichgewichtslagen und neuer ›Koexistenz-Politik‹ reumütig zu ihnen zurückzukehren.«[34] Der Sache nach habe Schmidt im SPIEGEL unverhüllt bestätigt, was die »Washington Post« berichtet hatte: »Er pfeift, ›nicht immer hinter vorgehaltener Hand‹, auf beides, auf die Souveränität Italiens und auf Nichtintervention.«[35] Abendroth gestand: »Als ich – zuerst im Rundfunk – von Schmidts neuer Italien-Weisheit hörte, habe ich mich geschämt, Bürger dieses Staates zu sein, fast so wie ich mich vor vierzig Jahren (gelegentlich in ›Freiheit‹, meist im Zuchthaus), schämen mußte.«[36]

Helmut Schmidt und die sogenannten »Ostverträge«

Als Verfassungsrechtswissenschaftler und zugleich Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD war Ridder naturgemäß an den sogenannten »Ostverträgen« besonders interessiert und blieb dem Bundeskanzler Helmut Schmidt auch in dieser Sache auf den Fersen, als dieser in Polen über die Zustim-[237]mungsgesetze des Deutschen Bundestages vom Mai 1972 zu den beiden Verträgen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen referierte.

»Nicht hingewiesen hat Herr Helmut Schmidt bei der genannten Gelegenheit darauf, daß jene Zustimmungen des Deutschen Bundestages nicht den Verträgen allein, sondern einem Etwas gegolten haben, das im Politikjargon als ›Paket‹ bezeichnet wird. In diese Pakete hineingeschnürt waren damals der sogenannte Brief zur deutschen Einheit an das sowjetische Außenministerium, die polnischen Informationen über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme und die respektiven bundesdeutschen Notenwechsel mit den drei westlichen ehemaligen Besatzungsmächten Deutschlands, die auch die Taufpaten der Bundesrepublik Deutschland und an ihrer Vaterschaft maßgeblich beteiligt sind. Und nicht erwähnt wurde hier [...] vor allem jene erst ein auch bei der Opposition wirklich durchschlagendes positives Klima schaffende Gemeinsame Entschließung aller Bundestagsfraktionen, mit der gewissermaßen eine zweite Interpretationsspur zu den Verträgen und allen folgenden bilateralen Akten ermöglicht wurde. Diese zweite Interpretationsspur steht mit der Ratio der Verträge selbst offensichtlich in Widerspruch. Natürlich können solche bundesrepublikanisch-internen Vorgänge keine völkerrechtlichen Bindungen erzeugen.«[37] Den Vertragspartnern der Bundesrepublik Deutschland sei jedoch nicht verborgen geblieben, »daß die Bundesregierung mit diesen Koppelgeschäften einen

---

32 Helmut Ridder, Alternativ-Kommentar zu Art. 21, Absatz 2 GG. In: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Reihe Alternativ Kommentare, Gesamtherausgeber: Rudolf Wassermann, Neuwied und Darmstadt, 2. Auflage 1989, 2 Bände, Band 1, S. 1579.

33 Wolfgang Abendroth, Ich schäme mich. Leserbrief. In: Der Spiegel, 30. Jg., (1976), Nr. 32 vom 2. August 1976, S. 10.

34 Ebenda.

35 Ebenda.

36 Ebenda.

37 Helmut Ridder, Über Widersprüche im Normalisierungsprozess. Vortrag im Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau am 2. Oktober 1978. Sonderdruck der »mitteilungen« (der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik e.V.), S. 5.

ziemlich hohen Preis nicht nur an die Opposition, sondern auch an die Ideologeme eines Großteils ihrer eigenen Anhänger gezahlt hat.«[38] Letztlich führten diese Zugeständnisse der Bundesregierung zu den bekannten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 in Sachen des Grundlagenvertrags mit der DDR und vom 7. Juli 1975 anlässlich der Verfassungsbeschwerden einiger Bundesbürger gegen die Ratifikationsgesetze.

Helmut Schmidt: Erfinder der »Raketenlücke« und Promoter des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses

Im Zusammenhang mit dem Stationierungsbeschluss US-amerikanischer Mittelstreckenraketen auf westdeutschem Boden war Ridder davon überzeugt und wies bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder darauf hin, daß die Zustimmung zur sogenannten »Nachrüstung« kein Kotau gegenüber der US-amerikanischen Politik war, sondern vom ehemaligen Oberleutnant und [238] Bundeskanzler Helmut Schmidt selbst initiiert worden sei. Ridder bezeichnete Schmidt schlicht als den Erfinder einer »der deutschen Raketenlosigkeit abhelfenden ›Raketenlücke‹«.[39] Nachdem Helmut Schmidt das Zepter ergriffen hatte, sei dieser »Nato-Doppelbeschluss« »auf Schmidts Druck überhaupt erst zustande gekommen.«[40] Als Mitinitiator des Krefelder Appells bekannte Ridder 1987 gleichwohl, daß 5 Millionen Unterschriften der massenhaft entstehenden Friedensbewegung gegen die »Nachrüstung« mehr waren, als er sich in seinen kühnsten Träumen erhofft hatte.

Nachdem schon in den 50er Jahren die BRD wegen der Vorenthaltung atomarer Bundeswehrbewaffnung dem großen atlantischen Bruder mit dem Austritt aus der NATO gedroht hatte, entdeckte 1977 der damalige SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt »die zum sog. NATO-Doppelbeschluss von 1979 führende ›Raketenlücke‹«[41] und machte sie den amerikanischen »Freunden« schmackhaft. Ridder analysierte, warum die Raketenpartei in der BRD »der Stationierung als einem ersten Schritt entgegengiert und ihr als zweiten Schritt die ›Mitbestimmung‹ über den Einsatz folgen lassen will, um sich drittens die Alleinbestimmung zu ergaunern.«[42] Die Bürde der »souveränitätsverkürzenden Atomwaffenlosigkeit ist süß, verglichen mit dem, was uns nach einer Stationierung – deren Verhinderung immer noch primäres Ziel bleiben muss – die deutsche Raketenpartei sogar an der NATO vorbei an Senkung der Kriegsschwelle bescheren könnte.«[43]

Als Beleg für Urheberschaft des »Nato-Doppelbeschlusses« durch Helmut Schmidt führt Ridder den Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium an, der im »Europa-Archiv« erklärt hatte: »Schmidt strebte danach, die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa dazu zu nutzen, die Vereinigten Staaten enger an Europa zu ›koppeln‹«[44] Und Ridder kommentiert: »... mit welchem näheren Ziel für ein natürlich von der BRD geführtes Europa, lässt des Schreibers Höflichkeit unausgeführt.«[45] 1989 fügte [239] Ridder über Schmidt bissig

---

38 Ebenda.

39 Helmut Ridder, Nach dem Nichtbesuch oder der Name des Andreotti. In: Düsseldorfer Debatte, 1/1985, S. 54–62, hier: S. 62.

40 Ridder, Interview mit der Redaktion der »basis news« am 10.11.1987 aus Anlass der Emeritierung. In: basis news extra, Februar 1988, S. 4–13, hier: S. 9.

41 Helmut Ridder, Der dritte Weltkrieg kann sehr wohl vom deutschen Boden verhindert werden. Wortlaut des Manuskripts der Rede am 17. September 1983 beim 3. Krefelder Forum in Bonn-Bad-Godesberg. In: »mitteilungen« (der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik e.V.) 3/1983, S. 21.

42 A. a. O., S. 21 f.

43 A. a. O., S. 22.

44 Zit. nach Helmut Ridder, Frontstaatsdämmerung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1987, S. 1283.

45 Ebenda.

hinzu: »Noch tiefer im deutschnationalen Sumpf steckt ein Helmut Schmidt, der immer noch Mitglied der SPD ist und mit dem schon unter Adenauer sauer gewordenen EVG-Wein in neuen Schläuchen auf Kundenfang geht.«[46] Die sog. Raketenlücke habe er, Helmut Schmidt, »seinem Freund Kissinger mit der Vorstellung untergejubelt [...], kommen die Dinger erst mal her, wird die nächste Etappe sein, daß wir mitverfügen können. Wenn nachher die Amerikaner, was wir hoffen, hinaus sind, – nur in der *Europäischen Wehrkunde* konnte man lesen, daß die Amerikaner gefälligst abzuziehen und die Dinger hier zu lassen haben – dann haben wir allein den Druckknopf in der Hand. Dann können wir die Politik machen, die zur ›Wiedergutmachung des Unrechts von 1945‹ führt.«[47]

* * *

Der Marburger Fachbereich Gesellschaftswissenschaften hat mit den Stimmen aus dem Institut für politische Wissenschaft, das Abendroth einst als Institut für »wissenschaftliche Politik« 1951 begründet hatte, beschlossen, ausgerechnet Helmut Schmidt die Würde eines Ehrendoktors zu verleihen, nachdem dieser fast zwei Dutzend Ehrendoktortitel (23) bei den Gönnern und Nutznießern seiner Politik eingesammelt hat. Es mag sein, daß nicht alle gegenwärtigen Professoren Denkungsart und Inhalte von Abendroth teilen. Nun aber beteiligen sie sich daran, alle Denktraditionen der Abendroth-Schule als Ballast über Bord zu werfen, um nicht sich, sondern der bürgerlichen Universität in diesen Zeiten Ehre zu erweisen.

Die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Helmut Schmidt versetzt auch der Friedensbewegung der 80er Jahre einen Schlag ins Gesicht. Die Marburger Friedensbewegung, die seinerzeit allein vor Ort mehr als 20.000 Unterschriften unter den »Krefelder Appell« sammelte, wird, wenn es zu der Verleihung der Ehrenpromotion für Helmut Schmidt kommt, nicht schweigen. [240]

---

46 Helmut Ridder, Weit ist der Weg. In: Konkret 10/1989, S. 20–24, hier S. 24.

47 Helmut Ridder, Das stand nicht in der Zeitung. Stegreifbemerkungen am 25. Januar 1990 im Kulturladen KFZ in Marburg. Erstveröffentlichung in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) Helmut Ridder für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM 1. Auflage, Bonn 1999.

Wolfgang Abendroth 1972

[241]

Hans Heinz Holz als Publizist. Ein Zwischenbericht*

»In wem viel ist, den treibt's viel um. Denn das Inwendige will am Äußeren werden, sich mit seiner Hilfe verwirklichen. Erfahrung gehört zum Schöpferischen, und nur der macht sie, der für sie schon ›in Möglichkeit‹ bereit ist.« (Hans Heinz Holz zu Ernst Bloch am 3. Februar 1960. In: Die Tat, Zürich)

Die Tatsache, daß der Wissenschaftler Hans Heinz Holz auch eine umfangreiche journalistische Publikationstätigkeit entfaltet hat, ist vielen bekannt. Zumeist verbindet sich damit im Bewusstsein der kulturellen Öffentlichkeit die Vorstellung von seinen Theater-, Kunst- und Kulturkritiken. Daß aber die Hälfte seiner fast 1.400 Zeitungsaufsätze grundsätzlichen Problemen und aktuellen Ereignissen der Tagespolitik gewidmet ist, bleibt meist unbemerkt.

So werden sicher manche überrascht gewesen sein, daß Holz auf dem 17. Parteitag der DKP 2005 sich als »alten Genossen« bezeichnete, »der 60 Jahre lang der Partei die Treue gehalten hat.« Allerdings erklärt dieses politische Engagement auch den Widerstand, auf den Holz in bürgerlichen Kreisen stieß – bei allem auch widerwillig gezolltem Respekt vor dem Niveau und der Sachlichkeit seiner Argumentation –, und die Schwierigkeiten, die ihm auf seinem Lebensweg immer wieder bereitet wurden.

Holz war wohl durch sein »eingreifendes Denken« (Bert Brecht), spätestens seit er unter der Losung der gewerkschaftlich-orientierten Studierenden »Marx an [242] die Uni« 1971 Professor für Philosophie in Marburg geworden war, in der Öffentlichkeit als einer der bedeutendsten Philosophen der Gegenwart hervorgetreten. Dies trifft auch dann zu, wenn das Echo in der herrschenden Fachwelt auf sein teilweise in 13 Sprachen übersetztes philosophisches Werk, insbesondere das der Jahre ab 1990, der Ignoranz, Feindseligkeit und Verachtung entspricht, die diese nun einmal für ihre »worthy opponents« übrighat.

Die eindrucksvolle Bibliographie, die anlässlich seines 70. Geburtstages erschien, weist zwar 458 Titel seiner wissenschaftlichen und essayistischen Veröffentlichungen (einschließlich der Nachdrucke und Übersetzungen) auf.[1] Sein im frühen Alter von 19 Jahren begonnenes philosophisches *Gesamtwerk* ist jedoch den meisten seiner Zeitgenossen nur bruchstückhaft bekannt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen besteht das Gesamtwerk aus nahezu 2.400

---

* Schon als Verbindungsstudent in der ersten Hälfte der 60er Jahre plante ich eine Podiumsdiskussion über den Marxismus mit Wolfgang Abendroth, Leo Kofler und Hans Heinz Holz. Ich kannte von Holz u. a. die 1963 erschienene Veröffentlichung »Die verschleierte Klassengesellschaft« in der Sammelschrift »Was ist heute links?«. 1967 verwendete ich seinen Aufsatz in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« über Theodor Litt in meiner pädagogischen Examensarbeit, die zunächst als nicht zensierbar galt, weil ich die Selbstbezeichnung des anderen deutschen Staates nicht in Anführungsstriche gesetzt hatte. Von 1970 bis 1979 wohnte Hans Heinz Holz mit zweitem Wohnsitz in der Straße, in der ich immer noch wohne. Durch viele Gespräche und Begegnungen, auch nach seinem Weggang aus Marburg im Jahre 1979, entstand eine nachhaltige Freundschaft, die u. a. ihren Niederschlag fand in der gemeinsam mit Helge Speith herausgegebenen Dokumentation »Deutsche Misere. Die Auseinandersetzungen um den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz (1970–1974)«, die 2006 in Marburg als Privatdruck erschien. Zu dieser Zeit war ich schon damit beschäftigt, eine Gesamtbibliographie von Hans Heinz Holz auf CD-ROM zu erstellen, die ca. 500 Veröffentlichungen seines Frühwerks im Volltext und inzwischen mehr als 2.200 bibliographische Titel enthalten. Der nachfolgende Text erschien in: Christoph Hubig/Jörg Zimmer (Hrsg.) Unterschied und Widerspruch. Perspektiven auf das Werk von Hans Heinz Holz, Dinter Verlag, Köln 2007, S. 119–245.

1 Bibliographie: Hans Heinz Holz. In: Hermann Klenner, Domenico Losurdo, Jos Lensink und Jeroen Bartels (Hrsg.): Repraesentatio Mundi. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans Heinz Holz, Köln 1997, S. 467–599.

Titeln, darunter mehr als 2.100 Erstveröffentlichungen.[2] Diese Erweiterung um mehr als das Fünffache war nur möglich, weil die Veröffentlichungen a) seit 1996 um weitere 185 Titel angereichert und b) die Bibliographie um die bis dahin ausgesparte Publizistik, d. h. 1.380 Publikationen in Tages- und Wochenzeitungen und 146 Beiträge für Rundfunk und Fernsehen ergänzt werden konnten.

Was den meisten seiner Zeitgenossen unbekannt blieb, ist der hohe Rang, den Kunst und Literatur in der Publizistik einnehmen. Er wird allein durch ca. 450 Veröffentlichungen belegt. Hinzukommen mehr als 300 Beiträge zur politischen Publizistik im engeren Sinne, 250 Publikationen zum Theater und mehr als 200 publizistische Veröffentlichungen zur Philosophie.

Die Universalität des außergewöhnlich schöpferischen Lebens von Hans Heinz Holz mußte für Außenstehende solange verborgen bleiben, bis anlässlich seines 80. Geburtstages nun eine erste Gesamtbibliographie vorgelegt werden kann.[3] Erst jetzt wird sichtbar, daß Holz nicht nur der große Philosoph ist, der sich mit der Systematik der Dialektik, mit Leibniz, Nietzsche, Hegel, Kleist, Benjamin, Lukács, [243] Gramsci, Marx, Engels, Lenin, Mao Tse-tung und last but not at least mit Ernst Bloch beschäftigte, sondern sich als Kunst- und Theaterkritiker, als Analytiker und Kommentator des politischen Zeitgeschehens auf hohem analytischen und literarischen Niveau schreibender Publizist einen Namen gemacht hat.

Das Urerlebnis des Philosophen Hans Heinz Holz

Der am 26. Februar 1927 in Frankfurt am Main in einer großbürgerlichen Familie geborene Hans Heinz Holz gehört zu den ganz wenigen seiner Generation, die bereits als Jugendliche zum antifaschistischen Widerstand stießen.[4]

Während sich andere freiwillig in die Waffen-SS einschrieben und sich dann Jahrzehnte lang als »Gewissen der Nation« gerierten, auch als es darum ging, Deutschland ein »gutes Gewissen« bei seinem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien zu bescheinigen, und sich auch dann noch über ihre eigene Vergangenheit ausschwiegen, als das Bundesverfassungsgericht sein schändliches Urteil über die Legalität des Slogans »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« verkündete, wurde Hans Heinz Holz wegen seines jugendlichen antifaschistischen Widerstandes verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

Hier, im Erlebnis des barbarischen Faschismus und des befreienden Antifaschismus, liegen die Wurzeln für seine spätere Vita. »Ein durch Unrecht und Gewalt aufgerührtes ethisches Engagement, ein die frühe Beschäftigung mit philosophischen Texten auslösendes Begreifenwollen und die durch Krankheit geförderte Gewöhnung an diszipliniertes Verhalten sind sozusagen die persönlichen Koordinaten, die den Ort definieren, den ich als Individuum in der Zeitgeschichte eingenommen habe. Und wie verschlungen mein Lebensweg dann auch gewesen ist, für mich stellt er sich als eine konsequente Linie dar, die von diesen anfänglichen Bestimmungsmomenten ausgeht.«[5]

»Meine Urerfahrung war das unauslöschliche Erlebnis der Unrechtstaten des Nazisystems in

---

2 Vollständigkeit konnte auch jetzt noch nicht hergestellt werden, da u. a. seine Beiträge als Korrespondent der KPD-Presse bei der Zwei-Zonen-Behörde nicht aufgetrieben werden konnten. Im Deutschen Rundfunk-Archiv (DRA) konnten auch nur jene Beiträge nachgewiesen werden, die archiviert wurden. Die Zahl der Rundfunkbeiträge dürfte die Zahl der bisher ermittelten 146 Beiträge erheblich übersteigen. Aus der Zeit seiner Tätigkeit als Leiter des Abendstudios beim Hessischen Rundfunk von 1962–1964 sind nur ganze fünf Beiträge dokumentiert.

3 Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Hans Heinz Holz für Einsteiger und Fortgeschrittene (enthält erste Gesamtbibliografie und 600 Veröffentlichungen seines publizistischen Schaffens zum Nachlesen), CD-ROM, Bonn 2006.

4 Lebenslauf von Hans Heinz Holz. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) *Hans Heinz Holz für Einsteiger und Fortgeschrittene*, a. a. O.

5 Ebenda.

Deutschland, die Verfolgung und physische Vernichtung von Andersdenkenden, von Juden, sogar von Kriegsgefangenen. Diese Erfahrung brachte mich damals zu einem spontanen, jugendlichen Widerstand, der mich dann selbst zum Opfer einer Verfolgung werden ließ. Daß ich, der sechzehnjährige, wohlbehütete Sohn aus bürgerlichem Hause, diese Zeit überlebte, verdanke ich älteren sozialistischen und kommunistischen Mitgefangenen.

[...] So waren es zwar moralische Antriebe, die mich am Bestehenden zweifeln ließen, aber systemtheoretische Erwägungen gaben den philosophischen Grund für die Idee einer gesellschaftspolitischen Alternative. [...] vielmehr soll, nach [244] einem Worte Brechts, das Bestehende für veränderbar, das Neue für herstellbar gehalten werden. Das heißt, ein Wissenschaftler, der über Politik nachdenkt, muss nach den Bedingungen fragen, denen gemäß etwas so ist, wie es ist, und denen gemäß es anders werden könnte, als es ist. Indem dieses Postulat für mich die Gültigkeit eines Normenaxioms hat, bin ich Rationalist.«[6]

Die Anfänge 1946–1955

Schon der 19jährige Student der Philosophie, Kunstwissenschaften und Literatur formuliert als Ziel und Aufgabe des Journalismus, Mittler zu sein, Mittler, der dem Leser »universal die Einheit der Welt in seiner Existenz« nahebringt. Der Zeitungsmann habe wirklich eine andere Bedeutung, »als ein mehr oder minder schlechter Vermittler des Tagesgeschehens zu sein, die Neugierde des Publikums zu befriedigen und dabei im Unwesentlichen zu versinken«[7]. Der gute Journalist sei immer zugleich »Reporter und Redakteur«. Er korrigiere nachträglich sein vorbehaltlos empfangenes »Erlebnis«. Erfahrenes will, muss bearbeitet werden. Wie Hans Heinz Holz in der Einleitung zu Silvia Markuns »Streifzüge im Unbekannten« später schrieb: »Den Abstraktionen, die nötig sind, aber blass bleiben, hat der Journalist die Sinnlichkeit voraus. Das Firmenschild seines Geschäftes müsste der Satz Kants zieren: Anschauungen ohne Begriffe sind blind, aber Begriffe ohne Anschauungen sind leer.«[8]

Noch nicht dreißig Jahre alt, reflektiert der Publizist Holz auf hohem theoretischem Niveau über »Sprache als Aufklärung und Verschleierung«[9]. Eminent aufklärend wirken könne die Sprache, wenn sie die Fähigkeit besitze, vom sinnlich Wahrnehmbaren zu abstrahieren und auf das Wesentliche reduzieren zu können. Nur in immerwährender Anstrengung und Selbstbesinnung des Schreibenden sei die erhellende Leistung der Sprache zu bewahren. Rückblickend definiert Holz den auch von ihm praktizierten Journalismus »als Widerstand«. Er bezeichnet es als Aufgabe des Journalisten, »das Wesentliche vom Unwesentlichen, das länger Wichtige vom kurzfristigen Tagesereignis zu trennen, durch Gliederung des Stoffs, durch seine kommentierende Erläuterung, durch Reflexion des Verhältnisses von Wesen und Erscheinung«.[10]

[245] »Die Wahrheit ist nicht die Wiedergabe des Einzelnen für sich, sondern im Zusammenhang. [...] Der Journalist, will er mehr sein als ein Krümelsucher, kommt ohne Dialektik nicht aus«.[11]

Mit produktiver Neugierde und der »Anstrengung des Begriffs« (Hegel) widmet schon der

---

6 Hans Heinz Holz: Demokratie, Sozialismus, Humanismus. Hans Heinz Holz in eigener Sache. In: National-Zeitung (Basel) vom 8. Dezember 1970.

7 Hans Heinz Holz, Journalismus – heute. In: Echo der Woche, 1/1947.

8 Hans Heinz Holz, Einleitung zu Silvia Markun, Streifzüge im Unbekannten, Halle 2009, S. 8.

9 Hans Heinz Holz, Sprache als Aufklärung und Verschleierung. In: Ernst Niekisch (Hrsg.): Der Gesichtskreis. Joseph Drexel zum 60. Geburtstag, München 1956, S. 186–212.

10 Hans Heinz Holz, Journalismus als Widerstand. In: Hermann L. Gremliza zum 50. Geburtstag, o. O., Verlag 20. November 1990, S. 140–147. hier S. 142.

11 Ebenda. Was Wolfgang Abendroth über Lokaluntersuchungen schrieb, gilt auch für journalistische Arbeiten: Sie seien »nur einen Schuss Pulver wert«, wenn sie nicht den Gesamtüberblick besitzen und in der Analyse dann verwerten.

junge Holz sich der von ihm selbst gestellten Aufgabe des Journalisten. Die Stichpunkte der weit gespannten Neigungen und Interessen, der Arbeitsschwerpunkte im Leben des Hans Heinz Holz sind bereits früh als Spurenelemente und Samenkörner angelegt: *Die Aussaat*, so der Titel eines der ersten Organe, in denen Holz publizierte, enthält bereits Themen wie Theater, Kunst, philosophische Ästhetik, Philosophie (Sartre, Bloch, Lukács, Hegel, Leibniz, Nietzsche, Dilthey, Schelling), Orientalistik, Ägyptologie, Religionsforschung, Sprache als Spiegel der Welt, Literatur (Goethe, Thomas Mann), Religionsforschung und politische Publizistik, Materialismus und Dialektik, Logik und Dialektik. In der Publizistik des zweiten Jahrzehnts im Leben von Hans Heinz Holz sind die Ingredienzien, die Komponenten seines Denkens, Vielfalt und Universalität seiner Weltsicht bereits embryonal vorhanden. Schon früh beginnt das, was Heraklit als das philosophische »Hinhorchen auf die Dinge« bezeichnet hat.

Sein Leben entwickelt sich in den Widersprüchen der Zeit. Es ist ein aufregendes Kapitel, in dem Wandlungen und verschlungene Pfade nicht ausbleiben.[12] Gleichwohl ist die Einheit, der Zusammenhang von frühester Jugend und Alterswerk, unverkennbar.

Schon früh macht er durch seine Beiträge auf sich aufmerksam und findet Eingang in die etablierten Organe der Philosophie und der überregionalen Presse. Und er ist erfolgreich. Mit 25 Jahren schreibt er seinen ersten von 80 Artikeln für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.

Er ist rastlos unterwegs, scheut keine Anstrengungen, auch die weitesten Wege nicht. Er nimmt an ungezählten Kongressen und Tagungen teil, die u. a. Philosophen, Mediävisten, Orientalisten, Archäologen, Religionswissenschaftler, Theologen, Rechts- und Sozialphilosophen, Kunstwissenschaftler, Schriftsteller, Dramaturgen, Kybernetiker, Raketenforscher, Psychologen, Zeitgeschichtsforscher, Germanisten und Ingenieure veranstalten. Als In- und zugleich Outsider im bürgerlichen Kulturbetrieb ist er stets auf der Suche nach der Wahrheit.

[246] Von seinen Reisen, die Holz im Laufe seines Lebens in ganz Deutschland, der Schweiz und Österreich unternimmt und die ihn u. a. in die Sowjetunion, nach Indien, Frankreich, Italien, Bulgarien, Belgien, Tansania, in die Niederlande und die Türkei führen, bringt er stets neue Erfahrungen und Erkenntnisse mit. Immer ist er vor Ort, will die Diskussionsprozesse aus eigener Anschauung selbst erleben, ist zur Stelle, wenn Theaterpremieren und Kunstausstellungen – nicht nur vor der Haustüre – auf der Tagesordnung stehen. Daß ein solches sich selbst viel zumutendes und bis zur Erschöpfung gehendes Arbeitspensum nur mit einem hohen Maß an Disziplin geleistet werden kann, liegt auf der Hand.

Die unterschiedenen Gattungen seiner Publizistik

Holz hat sich stets gegen die Vermischung der Gattungen ausgesprochen und sich daran gehalten. Er schreibt Berichte, Reportagen, Essays, unter den Bedingungen der Tagespresse auch Serienartikel, Rezensionen, Offene Briefe, Theaterkritiken, kritische und grundsätzliche Artikel zur Malerei, Architektur und Bildhauerkunst, Betrachtungen, Meditationen, Geburtstagsartikel, Nachrufe, Hörspiele für den Rundfunk, greift in Debatten ein, führt Interviews, macht Zwischenrufe, gibt Kommentare und Kurzkommentare. Im Kampf um die Notstandsgesetzgebung[13] entfaltet Holz an der Seite von Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder eine umfangreiche Aufklärungskampagne, die auch in Tages- und Wochenzeitungen (u. a. in der

12 Vgl. Hans Heinz Holz, Metaphysik, Dialektik, Widerspiegelung. Mein philosophischer Weg im Kontext der Philosophie nach 1945. Gastvorlesungen am Lehrstuhl Ferrater Mora für zeitgenössische Philosophie der Universität Girona, Juni 2001, 209 Seiten, Privatdruck.

13 Siehe den Beitrag von Alfred J. Noll »Macht und Politik konkret. Hans Heinz Holz' Kritik der Notstandsgesetzgebung 1964–1967« in: Unterschied und Widerspruch. Perspektiven auf das Werk von Hans Heinz Holz, Köln o. J. (2007), S. 95–114.

Gewerkschaftspresse) ihren Niederschlag findet.

Als Journalist, der für die Jetztzeit schreibt, nimmt er Anlässe wahr, um Gegenwärtiges, Aktuelles zu pointieren, Vergangenes in das Gedächtnis zurückzuholen und lebendig zu machen für Zukünftiges.

So schreibt Holz insgesamt 60 Beiträge, die an Geburts- und Todestage anknüpfen. Beispielhaft seien die folgenden aus diesem Anlass geschriebenen Artikel genannt: Sie reihen sich von Bultmann und Bollnow bis Abendroth und Marcuse, von Heidegger bis Mao Tse-Tung, von Husserl bis Castro.[14]

[247] Ist es ein Wunder, daß Holz angesichts der Fülle unterschiedlichster Lebensläufe, die er in seinem Leben bearbeitet hat, Ehrengeneraldirektor des »International Biographical Centre in Cambridge«/Großbritannien ist?

Auch Jahrestage werden zum Anlass genommen, um kritisch reflektiert zu werden. »Ein halbes Jahrhundert moderner Kunst« (1955), »50 Jahre Internationale Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie« (1959), »100 Jahre Darwinismus« (1959), »250 Jahre Theodizee« (1960), »5000 Jahre ägyptische Kunst« (1961), »900 Jahre Münster zu Schaffhausen« (1964), »300 Jahre italienische Stillebenmalerei« (1965), »60 Jahre Picasso-Graphik« (1965), »50 Jahre nach Dada« (1966), »Fünfzig Jahre Kulturrevolution« (1969), »40 Jahre Theater an der Winkelwiese« (2004). Bereits an diesen Beispielen wird deutlich, wie universal und geschichtsträchtig das Denken und Schreiben von Holz war und blieb.

Als Analytiker der Sprache weiß Holz um die »Macht und Ohnmacht der Sprache«[15], ihre Funktion als Instrument der Verschleierung oder Aufklärung. Seine Publizistik muss den cartesianischen Kriterien der Evidenz und der Rationalität Genüge tun: sie muss klar und deutlich (clare et distincte) sein. Sprache ist ihm Mittel der Verständigung. Sauberer Gebrauch der Sprache, Richtigkeit der Information, vernünftige Begründung, Argumente statt Schlagworte, Offenheit im Meinungsstreit sind ihm unerlässlich. Von schwerfälligen Germanismen, denen lateinische Rationalität und gallischer Esprit nur allzu oft abgehen, hält er sich fern. Nie verirrt er sich im Dickicht der Syntax. Grammatisch weiß er analytisch zu unterscheiden zwischen dem relationalen Dativ und dem Genitivus subjectivus, zwischen dem Genitiv subjectivus und dem Genitiv objectivus. Sein Wortschatz ist riesengroß. Allein die bisher ausgewählten Texte seiner Publizistik der ersten 25 Jahre bis 1970 weisen einen Wortschatz von 59.000 unterschiedlichen Wörtern auf. Variabilität der Aspekte und Geschlossenheit der Form sind kennzeichnend. Meist ist es schon die Überschrift oder der erste Satz, der den Leser auf eine »Entdeckungsreise« (Hegel) mitnimmt und mit dem letzten Satz den Leser zum eigenständigen Nachdenken einlädt.

Sein besonderes Augenmerk gilt der Kunst in ihren vielfältigsten Erscheinungen. Von der Höhlenmalerei in der Sahara bis zur Eskimo-Kunst, von der prähistorischen Kunst der Hethiter bis zur Pop Art, von der Ikonenmalerei bis zum Konstruktivismus, von der ägyptischen über die griechische Kunst und die englische Malerei des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwartskunst, von der Kirchen-Architektur des Mittelalters bis zur modernen Architektur: Holz lässt keine

---

14 Weitere Artikel aus solchem Anlass liegen vor für: Theodor W. Adorno, Walter Benjamin, Ernst Bloch, Bertolt Brecht, André Breton, Elias Canetti, Friedrich Engels, Konrad Farner, Sigmund Freud, Alberto Giacometti, Ernst Ginsberg, Camille Gräser, Peter Hacks, Johann Gottfried Herder, Kurt Hirschfeld, Johannes Itten, Carl Gustav Jung, Zoltan Kemeny, Heinrich von Kleist, Werner Krauss, Gottfried Wilhelm Leibniz, Gotthold Ephraim Lessing, Georg Lukács, Karl Mannheim, Max Ernst, Hans Mayer, Hanfried Müller, Otto Nuschke, Serge Poliakoff, Tilman Riemenschneider, Rainer Maria Rilke, Bertrand Russell, Jean Paul Sartre, Arthur Schopenhauer, Max Stirner, Jacques Villon und Mathias Wiemann.

15 Siehe Hans Heinz Holz, Macht und Ohnmacht der Sprache. Untersuchungen zum Sprachverständnis und Stil Heinrich von Kleists. Frankfurt am Main und Bonn 1962.

Gelegenheit aus, um in der Kunststadt Zürich[16] mit ihrem reichhaltigen [248] Angebot sich der Existenzweise der Menschheit in der Kunst begrifflich zu nähern.

In der Theaterstadt Zürich ist er nicht nur als Premieren-Kritiker beim Züricher Schauspielhaus akkreditiert. Er lässt keine Gelegenheit aus, um die großen Bühnen der Welt und ihre Gastspiele der Sonde seiner Kritik auszusetzen: Vom Piccolo Teatro in Mailand über das TNP in Paris, von der Prager Laterna Magica bis hin zum Londoner Living Theatre.

Seine Theaterkritiken von den 50er bis in die 70er Jahre lesen sich wie eine Geschichte des Theaters. Von der griechischen Tragödie über das bürgerliche Drama der Klassik bis zum Experimentiertheater, von der Pantomime bis zum Boulevard-Stück. Italienisches, französisches, englisches, russisches, japanisches, US-amerikanisches, brasilianisches, irisches und deutsches Theater finden in Holz in mehr als 250 Arbeiten in den Tages- und Wochenzeitungen einen scharfsinnigen Kritiker, der weder mit jeweils begründetem Lob noch begründeter scharfer Kritik spart.[17]

Vielfalt und Differenz in einer als einheitlich gedachten Welt zeichnen ihn aus. Sein selbständiges und couragiert vorgetragenes Denken kennt keine Angst vor großen Namen oder Königsthronen. In der Frontstellung gegen Lauheit und Kompromisslertum ist Holz unbeugsam. Seine publizistischen Werke zeichnen sich durch Scharfsinnigkeit und Stringenz aus, die Situationen ansprechen und aussprechen.

Umfang und Entwicklung seiner Publizistik

Wenn im Folgenden von Publizistik die Rede ist, soll *ausschließlich* von seinen 1.380 Veröffentlichungen in Tages- und Wochenzeitungen die Rede sein. Dabei [249] sind die Orte seiner Publizistik vielfältig und wechselhaft. Holz ist einer der wenigen, die im Kalten Krieg sowohl in linken als auch in bürgerlichen Organen schreiben, sowohl in westdeutschen als auch in Publikationsorganen der DDR. Gleichzeitig publiziert er in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und in der DDR-Tageszeitung »Neue Zeit«, in der »Frankfurter Rundschau« und in der »Leipziger Volkszeitung«, in der »Deutschen Woche« und in der DDR-Wochenzeitung »Sonntag«.

Während seiner 10 Jahre als Mitarbeiter und Redakteur der »Deutschen Woche« sind es von Juli 1952 bis März 1962 allein 354 Beiträge. Hier sind es vor allem kritische Beiträge zu innen- und außenpolitischen »Brennpunkten des Zeitgeschehens«, zum »Geistesleben« und zur »Technik«. Einige Überschriften mögen den Widerstandsgeist des Journalisten Holz signalisieren: »Der atomare Größenwahn«, »Strauß plant Mammutaufrüstung«, »Ausverkauf der Demokratie«, »Aushöhlung der rechtsstaatlichen Ordnung«, »Verfassungsfeinde am Werk«, »Polizei

---

16 Holz lebt als Publizist seit 1960 in der Schweiz. Er wohnte, bei seiner Übersiedelung unterstützt von Max Rychner, einem der »Altmeister der Schweizer Literatur« zunächst [248] in Männedorf bei Zürich, seit 1964 mit zweitem, zehn Jahre später mit erstem Wohnsitz am Lago Maggiore. Viele Jahre lang waren die Zürcher Junifestwochen ein Spiegel europäischen Theaterlebens. Nirgends war für sein Selbstverständnis und seine Welterfahrung die wichtige Kunst seiner Zeit so universell repräsentiert wie in der Schweiz. Hans Heinz Holz, Schatten über der Schweiz. In: Schweizer Illustrierte. Nr. 51 vom 15. Dezember 1986, S. 35–36.

17 Für den Verfasser, der in der zweiten Hälfte der 50er Jahre im fernen Iserlohn Marcel Marceau, das Mailänder Piccolo Teatro, das Zürcher Schauspielhaus, das Wiener Burgschauspiel und viele große deutsche Bühnen (Düsseldorf, Hamburg, Bochum, Göttingen und Berlin) auf Gastspieltournee erleben durfte – vor und hinter den Kulissen –, ist die Begegnung mit den großen Schauspielerinnen und Schauspielern der damaligen Zeit (Heidemarie Hatheyer, Maria Becker, Joana Maria Gorvin, Roma Bahn, Mathias Wiemann, Ernst Schröder, Helmut Lohner, Siegfried Wischnewski, Peter Esser, Hans-Dieter Zeidler u. a.) in den Theaterkritiken von Hans Heinz Holz eine großartige Wiederentdeckung. Siehe Friedrich-Martin Balzer: Hinter den Kulissen. In: Ders. »Es wechseln die Zeiten ...« Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998), Bonn 1998, S. 19–21.

knüppelt Presse nieder«, »Kriegspropaganda gegen Sowjetunion«, »Politisierung der Verfassungsgerichtsbarkeit«, »Friedenspropaganda unerwünscht«, »Das gefährliche Spiel mit dem Heimatrecht«, »Goebbels' Mannschaft kehrt wieder«. Sachliche Analyse und rational begründete Agitation sind für ihn keine Gegensätze. Propaganda überließ er anderen. Mit Maurice Merleau-Ponty war er der Überzeugung: »Man muss der Propaganda etwas anderes entgegensetzen als Propaganda«.

Nach seinem Umzug in die Schweiz im Jahre 1960 wird die Baseler »National-Zeitung« von 1961 bis 1972 mit 476 Beiträgen sein Hausorgan. Gleichzeitig erscheinen von 1960 bis 1966 43 Beiträge in den »Düsseldorfer Nachrichten«, von 1959 bis 1967 39 Beiträge in der »Süddeutschen Zeitung« und von 1963 bis 1971 218 Beiträge in der »Frankfurter Rundschau«, darunter 28 Kurzkommentare zu ausgewählten Abbildungen der Kunstgeschichte.

Von seiner Qualifikation hätte Holz gewiss auch alle Voraussetzungen für einen Lehrstuhl in wissenschaftlicher Politik, in Literatur- und Medienwissenschaft oder in der Kunstwissenschaft mitgebracht. Aber die Philosophie war immer das Zentrum, aus dem sich sein Denken entfaltet.

Nach einer Dozentur an der FU in Berlin und einer in politischen und turbulenten Auseinandersetzungen gescheiterten Habilitation in Bern und der einjährigen Vertretung einer Professur für wissenschaftliche Politik in Marburg, wurde er dort nach heftigen bundesdeutschen Auseinandersetzungen auf einen Lehrstuhl für Philosophie berufen.

Nach dem Antritt seiner Marburger Professur verringert sich die Publizistik in Tages- und Wochenzeitungen deutlich. Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsbedingungen haben sich verändert. Bis zu diesem Zeitpunkt war seine Publizistik ein [250] Mittel des Lebensunterhaltes und diente gleichzeitig der Unterhaltung im Sinne Brechts: Durch Aufklärung den Leser zu veranlassen, selbst nachzudenken und daraus seine Schlüsse zum eigenen Handeln zu ziehen.

In den 70er Jahren schreibt er noch relativ häufig für die »Deutsche Volkszeitung«, bevor 1981 sein erster Artikel in der DKP-Zeitung »Unsere Zeit« erscheint. Mit dem Beginn seiner Lehrtätigkeit an der niederländischen Universität Groningen, erscheinen nur noch vereinzelt Beiträge in der »Deutschen Volkszeitung« und in »Unsere Zeit«. Doch durch die Heirat mit der Journalistin Silvia Markun blieb er jedoch auch dann im intensiven Meinungsaustausch und in der Rezeption der Erfahrungen dem Metier verbunden.

Von Anbeginn an ist Holz auch in der Tagespublizistik an theoretischer Vertiefung interessiert. Er leitet den Begriff Theorie aus dem Griechischen ab, wo es so viel bedeutet wie »Schau«. »Das, was wir Theorie nennen, ist die zu Ende gedachte Einsicht, die aus dem Sehen der Dinge entspringt. Einsicht als Hineinsehen in das Wesen der Dinge, das durch die Oberfläche hindurch scheint und in der Erscheinung manifest wird. Theorie hat also aufs engste mit dem Sehen zu tun«.[18]

Als Theoretiker der Arbeiterbewegung hält er daran fest, daß ein »wesentlicher Teil des Klassenkampfs« »in der Ausarbeitung richtiger theoretischer Positionen« besteht. »Dabei ist die Bekämpfung der apologetischen Ideologien des Bürgertums nur die eine Seite der kritischen Polemik; auf der anderen Seite erweist sich als ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, die Zerstörung irriger Auffassungen und Taktiken bei den Freunden und Bundesgenossen, bei den kritischen Theoretikern und Rebellen. [...] Mangelnde oder falsche Theorie macht revolutionäre Unruhe im Effekt konterrevolutionär.«[19]

Nach der Niederlage des Sozialismus bzw. dem gewaltigen Rückschlage in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus fühlt sich Holz in besonderer Weise

---

18 Hans Heinz Holz, Serene Werke von Johannes Itten. In: National-Zeitung (Basel) vom August 1966.

19 Hans Heinz Holz, Warum die linke Opposition der Studenten wenig erreichte. In: National-Zeitung (Basel) vom 25.7.1970, S. 3.

verpflichtet, der Resignation und Anpassung zu widerstehen und energisch an der Zukunft des Sozialismus als der anderen Eigentums- und Gesellschaftsordnung festzuhalten. Mit Hegel teilte er die Hoffnung, daß wenn das Reich der Vorstellung erst revolutioniert ist, die Wirklichkeit dies nicht aushält.

Enttäuschungen und Kontroversen bleiben nicht aus. Manche seiner Schüler und Kampfgefährten wenden sich von dem zuvor als richtig Erkannten ab. Auf den »doktrinären Zeigefinger« verzichtend, hatte er diese Wendung schon zwanzig Jahre vorher kommentiert: »Wer indessen diese seine Rolle im Kampf der Klassen nicht durchschaut und, sei es aus Idealismus oder Opportunismus, [251] den Widerspruch in Wohlgefallen auflösen will, kommt unter die Räder. Er wird zum Ideologen, der eine schlechte Gesellschaftsordnung verschleiert und, statt Geschichtserkenntnis zu lehren, Moral predigt.«[20]

Der Preis für diese seine Exponierung bleibt nicht aus. Bürgerliche Tages- und Wochenzeitungen versperren ihm nun den Zugang. Seit 1990 beschränkte sich seine Publizistik hauptsächlich auf die Zeitung der DKP »Unsere Zeit« und seit 1996 auf die Tageszeitung »junge Welt«. Nichts deutet in seiner Alterspublizistik darauf hin, daß er sich im Alter der Abgeklärtheit, Verinnerlichung und Beruhigung hingibt. Im Gegenteil: Die politische Situation fordert eine radikale Artikulation seines Denkens heraus, wenn auch bei geringer werdendem Leserpublikum.

Spiegelungen

Was Holz über seine Forschungsgegenstände schreibt, lässt sich vielfach auch auf ihn selbst übertragen. Seine Aussagen über Sartre, Bloch, Benjamin, Leibniz etc. sind gleichsam ein Spiegelbild seiner eigenen Identität.

Ebenso wie Sartre, vom Boden einer intellektuellen Linksbürgerlichkeit herkommend, hat Holz den Sozialismus als die Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche erkannt. Sein früher Anschluss an die Weltfriedensbewegung, sein Kampf gegen die Remilitarisierung und die Atombewaffnung in Westdeutschland, seine Teilnahme an Kongressen des Weltfriedensrates, seine Reisen in die Sowjetunion bezeichnen diesen Weg.

In einem schon früh einsetzenden Prozess werden die Grundmaximen des Marxismus erarbeitet und angeeignet: Der Vorrang des historisch Allgemeinen, die Bedingtheit des Geschehens durch die Produktionsverhältnisse, die Abhängigkeit des Individuums von der gesellschaftlichen Situation.

Als Philosoph arrangiert er sich ebenso wenig wie Sartre – oder um ein Lieblingswort von Holz zu benutzen – er »akkommodiert« sich nicht in der Welt, in der lebt, zieht sich nicht zurück in eine »machtgeschützte Innerlichkeit«. Er verzichtet nicht auf ein tätiges, ja umtriebig engagiertes Leben, in dem Erfahrungen gesammelt und verarbeitet werden. Bei aller Sympathie und Parteinahme für die Alternative des »realen Sozialismus« zum Kapitalismus, bleibt sein Urteilsvermögen unabhängig. So billigt er sowjetischen Dramen nur das Niveau von »Lore-Romanen« zu, kritisiert die »Spießbürgerlichkeit« tschechoslowakischer Kunst, widersetzt sich öffentlich und wiederholt der Behandlung seines Lehrers Ernst Bloch durch DDR-Organe, u. a. durch einen offenen Brief an Jürgen Kuczynski.

[252] Mit Sartre teilt er die Auffassung, daß »Hoffnung als Antizipation« ein Ausgreifen in die Zukunft sei. »Vergangenheit wird als Erbe angeeignet, insoweit sie zukunftsträchtig ist, Gegenwart erweist sich als Front, an der Mögliches sich umsetzt in Wirklichkeit«[21]. Wie Bloch nimmt

---

20 Hans Heinz Holz, Brechts »Turandot« in Zürich uraufgeführt. In: National-Zeitung (Basel) vom 30.1.1969.

21 Hans Heinz Holz, Überwindung des Existentialismus. In: Deutsche Woche (München) vom 4.1.1956, S. 12.

Holz »die Einheit von Form und Inhalt des Denkens ernst«[22].

Seine ganze Kraft ist, wie bei Bloch, unermüdlich darauf gerichtet, »die Träume vom Jenseits im Diesseits wirklich werden zu sehen«.[23] Utopie wird für den Bloch-Schüler Holz »nicht länger mehr bloße Träumerei (auch wenn der Traum nie ganz aus ihr eliminiert werden kann)«, sondern wird »zur Wissenschaft«.[24]

In der Dialektik geschult durch Platon, Kant und Hegel, nimmt er den dialektischen Materialismus als die fortgeschrittenste Stufe einer philosophischen Entwicklung auf, von deren Inhalten er aufs reichste erfüllt ist. Der Marxismus tritt Bloch wie Holz entgegen als die »zur geschichtlichen Realität gewordene Philosophie«.[25] Für ein auf die innerweltliche Zukunft gerichtetes Denken gibt es keine andere Heimat als diese.

Die »welthistorische Wende der Oktoberrevolution«, für Bloch ein »mit einem Donnerschlag ins Bewusstsein der Zeitgenossen« eintretendes Erlebnis, wurde auch für Holz zum bestimmenden Einschnitt in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die »Absage an jede bloß spirituelle Jenseitsideologie, konkrete Zukunftserwartungen hic et nunc, das Bewusstsein, an einem welthistorischen Einschnitt zu stehen«, führten beide »auf den Boden der Realität, auf dem sich philosophische Antizipation und politische Entscheidung zu einer untrennbaren Einheit verbanden.«[26]

Die politische Basis, auf die sich das Denken von Holz und Bloch bezog, war damit bestimmt: zunächst an der Seite der 1968 gegründeten DKP, wenn auch vom Ausland her. Doch ein Philosoph wie Holz bleibt nicht stehen. Nach der Niederlage und dem Zusammenbruch der Sowjetunion wird Holz Mitglied der DKP und ihrer Programmkommission.

Was Holz über Sartre schreibt, gilt auch für Holz selbst: »Die Vielfalt seines Werks, seine ungeheure Produktivität« entspringt »einem unbändigen Impetus zur Aussage, einem unerschütterlichen Vertrauen in die weltbewegende Kraft des Wortes«[27]. Wie Sartre wurde Holz ein politischer Denker, der die Philosophie [253] nicht nur in der Stille der Studierstube oder in der Sterilität der Universitätslehre betreibt, sondern die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit sucht.

Entsprechend der Funktion eines Hochschullehrers verlagerte sich seine Öffentlichkeitswirkung zwar nun in großem Maße auf Veranstaltungen in Universitäten und Bildungseinrichtungen, bei wissenschaftlichen Tagungen und politischen Anlässen. Eine Liste seiner Vorträge würde die Tausenderzahl weit überschreiten.

Seine bis dahin sichtbare Präsenz in der durch bürgerliche Medien geschaffenen Öffentlichkeit nimmt in dem Maße ab, in dem er aktiver Teil der Bestrebungen wird, die offen die bürgerliche Gesellschaft in Frage stellt und zu überwinden trachtet. Seine letzte Veröffentlichung in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« datiert aus dem Jahre 1961, der letzte unter Pseudonym veröffentlichte Artikel in der »Süddeutschen Zeitung« erscheint 1967, der letzte in der »Frankfurter Rundschau« erschienene Aufsatz aus dem Jahre 1971 trägt den die bürgerliche Presse kennzeichnenden Titel »Was heißt Freiheit der Wissenschaft?« Dieser paradigmatische Wandel, dieser endgültige Abschied vom Bürgertum geht einher mit der Erscheinung, daß nicht alles, was er denkt und öffentlich vorträgt, auch nachlesbar wird. Für seine Zeit vor der

22 Hans Heinz Holz, Der marxistische Eschatologe. Ernst Bloch zum 80. Geburtstag. In: Der Allgäuer vom 7. Juli 1965.
23 Ebenda.
24 Ebenda.
25 Ebenda.
26 Ebenda.
27 Hans Heinz Holz, Die Wahrheit im Widerspruch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.10.1964, S. 10.

Berufung nach Marburg und nach der Emeritierung in Groningen aber gilt der Satz: »Der Maulwurf der Dialektik gräbt seine Stollen intra und extra muros«.[28]

Was Holz an seinem akademischen Lehrer Guido Kaschnitz bewunderte, nämlich den »universalistischen Zug seines Denkens« und seinen »philosophischen Erkenntnisanspruch« trifft auch auf ihn selbst zu. Kaschnitz-Weinberg war für Holz »im besten Sinne des Wortes ein universalistischer Gelehrter, für den Archäologie Kultur- und Geistesgeschichte einschloss, für den sie sich nach rückwärts erweiterte in die Prähistorie, nach vorn in die allgemeine Kunstwissenschaft«[29].

Nie vergriff Holz sich, dem Beispiel Walter Benjamins folgend, in seiner Polemik gegenüber dem Rang seines Gegners, nie aber auch ließ er sich nur ein Jota von [254] seiner kritischen Ablehnung rauben, mochte diese nun gegen Marcuse, Adorno, Horkheimer, Jung oder Freud oder wen sonst gerichtet sein. Nur gelegentlich kommt die Distanzierung von den Kritisierten durch die Anrede »Herr« zum Ausdruck (Beispiele: Fritz von Unruh, Ernst Jünger, William S. Schlamm, Rolf Hochhuth).

Viele seiner publizistischen Aufsätze werden – wie bei Benjamin – »zur glasklaren magischen Kugel, in der sich die Welt spiegelt«[30]. Dabei ist die Perspektivenfülle seiner Gegenstände schier unerschöpflich.

Dabei würde man Holz nur halb (und das heißt gar nicht) verstehen, wenn man seine ästhetische Theorie nicht beachtet. Auch in der Zeit, in der er ab 1981 in der Parteizeitung der DKP »Unsere Zeit« schreibt, hält er an diesem integralen Bestandteil seines philosophischen Gesamtwerkes fest.[31]

Von Bert Brecht lernt Holz, daß Kunst nicht als unverbindliches Dekor zum Leben hinzukommt, sondern Kunst zu Selbstverständnis und Selbstbekundung hinführen muss. Theater und das Kunstwerk überhaupt müssen »zum Appell werden«, nicht etwa zu einem bloß moralischen Appell, sondern zum Appell an die Vernunft im wissenschaftlichen Zeitalter.

Diese Wirkung kann der Künstler nur erreichen, wenn seine Darstellung streng sachlich bleibt. »Sachlichkeit als die Haltung des wissenschaftlichen Bewusstseins erfordert Distanz«.[32] Seine Publizistik richtet sich nicht gegen Personen, sondern will ausschließlich der Sache dienen. Argumente werden nicht durch Diffamierungen ersetzt.

Eine dialektisch-materialistische Theorie der Ästhetik »kann und darf nicht rein intuitiv bleiben,

---

28 Hans Heinz Holz, Liberal. In: National-Zeitung (Basel) vom 30.1.1969, S. 11.

29 Hans Heinz Holz, Zusammenschau der antiken Kunst. In: Frankfurter Rundschau vom 16.4.1966, S. 4 f. In seinem Lebenslauf heißt es dazu: »Von meinen akademischen Lehrern waren es Karl Schlechta und der Archäologe Guido von Kaschnitz-Weinberg, denen ich am meisten verdanke. Hinzu kam seit 1962 die Freundschaft und Zusammenarbeit mit Joachim Schickel, dem Redakteur des III. Programms des Norddeutschen Rundfunks, mit dem ich mich im Interesse und in der Arbeit an gleichen philosophischen Problemen und in der Sinologie zusammenfand.« Siehe Lebenslauf, a. a. O. Außerdem hatten prägende Bedeutung für Holz der Kontakt mit Persönlichkeiten, die ihm zu »kulturellen und politischen Leitbildern« wurden: »seit 1945 Werner Krauss, seit 1948 Georg Lukács und seit 1949 Ernst Bloch und Bert Brecht, um nur die nächststehenden zu nennen.« Siehe Lebenslauf, a. a. O.

30 Hans Heinz Holz, Walter Benjamin zum Gedächtnis. In: Deutsche Woche (München) vom 23. Mai 1956, S. 12.

31 Daß Holz sich stark auf die Philosophie der bildenden Künste konzentrierte, hängt nach seinem eigenen Bekunden mit seiner Biographie zusammen: »Durch meine Mutter, die sich selbst als Malerin und Fotografin betätigte, wurde ich schon als Kind mit Werken der bildenden Kunst vertraut gemacht. Seit meinem zehnten Lebensjahr gehörte ein Museumsbesuch am Wochenende zu den fixen Terminen; dort lernte ich das Sehen von Formen, die den Inhalten bestimmte Bedeutung geben; dort erfuhr ich, daß dasselbe Bild in verschiedener Beleuchtung oder bei verschiedener eigener Stimmung seine Aussage verändert.« In: Hans Heinz Holz: Metaphysik, Dialektik, Widerspiegelung, a. a. O., S. 168.

32 Hans Heinz Holz, Theater des wissenschaftlichen Zeitalters. In: Deutsche Woche (München) vom 29. August 1956.

sie muss sich vielmehr um wissenschaftliche Durchdringung ihres Gegenstandes und ihrer Methoden bemühen«.[33] In der Kunstwissenschaft entwickelt Holz eine Methode, die über das subjektive Moment der bloßen Meinung, der Einfühlung, der assoziativen Empfindung hinausführt.

[255] Was Holz über Hans Mayer – mit dem er lange zusammenarbeitete – schreibt, gilt auch für ihn selbst: »Der artistische Genuss der Darbietung, den man dem Autor anmerkt, vereinigt sich hier mit der genussreichen Rezeption des Lesers zu einer Atmosphäre des Einverständnisses, in der das Gesagte seine Evidenz zugleich aus der Richtigkeit der Sache und der Vollendung der Präsentation empfängt.«[34]

Wie bei Sartre bilden Literatur, Philosophie und Politik bei Holz als einem universalen Privatgelehrten und homme de lettres eine »provozierende Einheit«. Es ist wahr, Holz hat nicht wie Sartre Dramen und Romane geschrieben, aber seine Veröffentlichungen, einschließlich seiner Publizistik, haben in weiten Teilen literarischen Rang.

Kunst ist keine Publizistik. Aber Publizistik kann durchaus kunstvoll sein, wie seine zahlreichen Betrachtungen, Essays und Meditationen belegen. »Kleinkunst ist nicht kleine Kunst« (Holz). Auch für Holz gilt: Keine »littérature engagée« ohne ein »vie engagée«.

Wie Walter Benjamin besaß Holz »einen höchsten Grad intellektueller Wachheit und Reaktionsbereitschaft, woraus ihm jene rasche und treffsichere Urteilsfähigkeit zuströmte, die ihn philosophisch, literarisch, kunstkritisch auszeichnet«.[35] Mit Walter Benjamin teilt er bis zu seiner späten und umkämpften Berufung an die Universität Marburg[36] den Lebensweg eines von der akademischen Welt Ausgegrenzten[37], dem Journalismus zunächst notgedrungen zum Metier und zur Herausforderung wird. Trotz der jahrzehntelangen Ausgrenzung aus dem akademischen Karriere-Karussell blieb ihm wissenschaftliche Anerkennung jedoch nicht versagt. So war Holz von 1951 bis 1954 Sekretär der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, 1956 Vorstandsmitglied der Hegel-Gesellschaft, seit 1960 Mitglied des Philosophieausschusses des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI). Ohne Rückgratverkrümmung war es ihm auch außerhalb der Universitäten möglich, sich in der Öffentlichkeit einen Platz zu erkämpfen und Gehör zu verschaffen, gestaltend auf die Realitäten einzuwirken.

[256] Mit Benjamin sah er im Kommunismus »die jetztzeitige Summe des kulturellen Erbes«, »aus dem Europa seine lebendige Kraft schöpft.«[38] Mit Ernst Bloch wusste er aber auch aus Theorie und Erfahrung, »daß der Widerspruch in der Welt umgeht, und daß auch auf dem rechten Wege Steine und Schlaglöcher, ja sogar umgestürzte Bäume und quergelegte Balken als Hindernisse fortbestehen.«[39]

---

33 Ebenda.

34 Hans Heinz Holz, Die hohe Kunst des Essays. In: Deutsche Woche (München) vom Dezember 1956.

35 Hans Heinz Holz, Reflexe einer zersplitterten Welt. In: Frankfurter Rundschau vom 23. 10.1965, S. 4.

36 Siehe Friedrich-Martin Balzer/Helge Speith (Hrsg.): Deutsche Misere. Die Auseinandersetzungen um den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz (1970–1974), erweiterte und verbesserte Auflage, Privatdruck, Marburg 2006.

37 Im Konflikt mit dem westdeutschen akademischen Establishment – Holz hatte prominente Lehrstuhlinhaber wegen ihrer fortdauernden faschistischen Tendenzen angegriffen – verfügte der Präsident der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie, Theodor Litt, in einem Rundschreiben eine Art »Schreibverbot«, indem er formulierte: »Herr Holz soll künftig im Aufbau schreiben«. Das war die Zeitschrift des ostdeutschen Kulturbundes. Siehe Lebenslauf a. a. O.

38 In: Hessischer Rundfunk, II. Programm, Das Buch der Woche, am 8. Januar 1967.

39 Hans Heinz Holz, Wider die Geduld des Kreuzes. In: National-Zeitung (Basel) vom 17.10.1967. Warum Holz bis 1971 auf die Lebensform eines Privatgelehrten und freien Publizisten wider Willen eingrenzt wurde, schildert er so: »Seit 1953 hatte Ernst Bloch versucht, mich an die Universität Leipzig zu holen. Er leitete unter Überwindung großer bürokratischer Schwierigkeiten mein Promotionsverfahren ein und erwirkte 1956 einen Lehrauftrag. Die Krise des Herbstes 1956 (Konterrevolution in Ungarn und ihre Auswirkungen in der DDR) brachten diese Pläne zum Scheitern, die DDR-Instanzen brachen die

Die vorstehenden Äußerungen von Holz über die von ihm bearbeiteten Philosophen sollen keineswegs den Eindruck suggerieren, als sei das Leben und Werk von Holz nicht das Leben und Werk eines Philosophen sui generis geworden. Dies entspräche nicht der Einsicht von der wesensmäßigen Einmaligkeit des Individuums in einer von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten geprägten Welt. Die Aussagen von Holz über andere lassen gleichwohl Rückschlüsse auf sein eigenes Leben, sein Denken und seine Leistungen zu. Die Augen, mit denen Gegenstände betrachtet werden, haben mit dem situativen Sehvermögen des Betrachters zu tun. Andererseits: Von anderen zu lernen, heißt nicht, in toto ihnen gleich zu sein. Aus Erfahrung und mannigfaltiger Aneignung entsteht ein neues, eigenes, produktives Denken, eine Einheit in der Vielfalt, eine komplexe Identität des Nicht-Identischen.

Summa

Die Publizistik von Hans Heinz Holz ist nicht von seinem philosophischen und politischen Gesamtwerk zu trennen. Auch wenn sie für ihn teilweise nur Fingerübungen für später systematisch ausgebreitete Schriften[40] waren: sie sind ein integraler Bestandteil seines philosophischen und theoretischen Schaffens, das erst jetzt in das Blickfeld tritt.

Holz war zunächst biographisch genötigt, sich durch eingreifend-verständliches Schreiben seinen Unterhalt zu verschaffen. Die sich daraus entwickeln-[257]den Fertigkeiten in puncto Verständlichkeit, Adressatenspezifik, Ökonomie der Sprache etc. ermöglichten es ihm dann, als wissenschaftlicher Schriftsteller komplexe Zusammenhänge und Argumentationslinien in einer für alle Interessierten verständlichen Weise auszubreiten. So hat die Entwicklung seines dialektischen Denkwerkzeuges und die Ausarbeitung seines begrifflichen Instrumentariums ihn in die Lage versetzt, den Zugriff auf die Phänomene der Welt gedanklich-publizistisch zu bewältigen.

Holz blieb sein Leben lang, auch im Wandel seiner Auffassungen, erfüllt von dem Impuls seiner Jugendzeit, einem Impuls, der zur Aktivierung der Theorie drängte, der wahre Wissenschaft und Kunst – fern aller Verwertungsinteressen als Ware – als Mittel der Weltveränderung verstand und sie in politische Tat umsetzen wollte.

Hans Heinz Holz ist – gemessen an den meisten anderen Philosophen Deutschlands nach 1945 – dem »konkreten Leben« wohl am nächsten.

Noch in der kleinsten Glosse bewahrt er seine philosophisch-denkerischen Qualitäten und bringt im größten wissenschaftlich-philosophischen Werk sein handwerkliches Können zur verständnisbegründenden Anwendung.

Die Entdeckung der Publizistik von Hans Heinz Holz hat keineswegs bloß antiquarischen Charakter, sondern ist darauf gerichtet, die Einheit seines Lebens und Werkes herzustellen: im Sinne des rationalen und aktiven Einwirkens auf gegenwärtige Verhältnisse, die als aufhebbar zu begreifen sind. Wer jedoch in seiner Publizistik bisweilen Radikalismus vermisst, sei daran erinnert, daß Holz mit Leibniz die Überzeugung teilt, daß in einer nicht-revolutionären historischen Lage gar nichts anderes als eine Politik der kleinen Schritte möglich ist. Radikal ist sein Festhalten am historischen Subjekt des Geschichtsprozesses. »Revolutionen brauchen ein historisches Subjekt, das sie vorantreibt. Wo die Erwartungen zu nah oder zu hoch gespannt sind,

Beziehungen mit mir als einem Bloch-Vertrauten ab; erst 1969 wurde die 1956 abgeschlossene Promotion von der Universität Leipzig offiziell vollzogen.« Siehe Lebenslauf a. a. O.

40 Siehe die dreibändige »Philosophische Theorie der bildenden Künste«, Band I Der ästhetische Gegenstand Bielefeld 1996, Bd. II Strukturen der Darstellung, Bielefeld 1997, Band III Der Zerfall der Bedeutungen, Bielefeld 1997.

wohnt dicht dabei die Verzweiflung. Oder der Trotz: aber Märtyrertum ist keine Alternative zur Resignation. [...] Resignation gegenüber der Arbeiterklasse führt notwendig in diese Sackgasse, die nach der Euphorie demonstrativer Selbst*bestätigung* bei der Selbstbeschränkung auf bloße Theorie und die ihr entsprechenden anarchischen Aktionen endet.«[41]258

[] Mit Leibniz teilt Holz den Optimismus als Haltung des Wissenschaftlers, der in die Welt verliebt ist, die seinem Forscher- und Aktionsdrang offen liegt.

Holz übte sich über 60 Jahre lang mit wechselnder Intensität in der Kunst der Publizistik, dem »Bereich der ›petites perceptions‹, die nach Leibniz die Grundlage all unserer Wahrnehmungen und die Mikrostruktur unserer Welt bilden.«[42]

Auf seine über sechs Jahrzehnte betriebene Publizistik dürfen insbesondere die Einsteiger gespannt sein, an die sich seine Publizistik in den Tages- und Wochenzeitungen ursprünglich richtete. Die Nachlesbarkeit von 600 Texten seiner publizistischen Tätigkeit kommt der Hebung eines Schatzes gleich, der bisher weithin vergessen oder verborgen blieb.

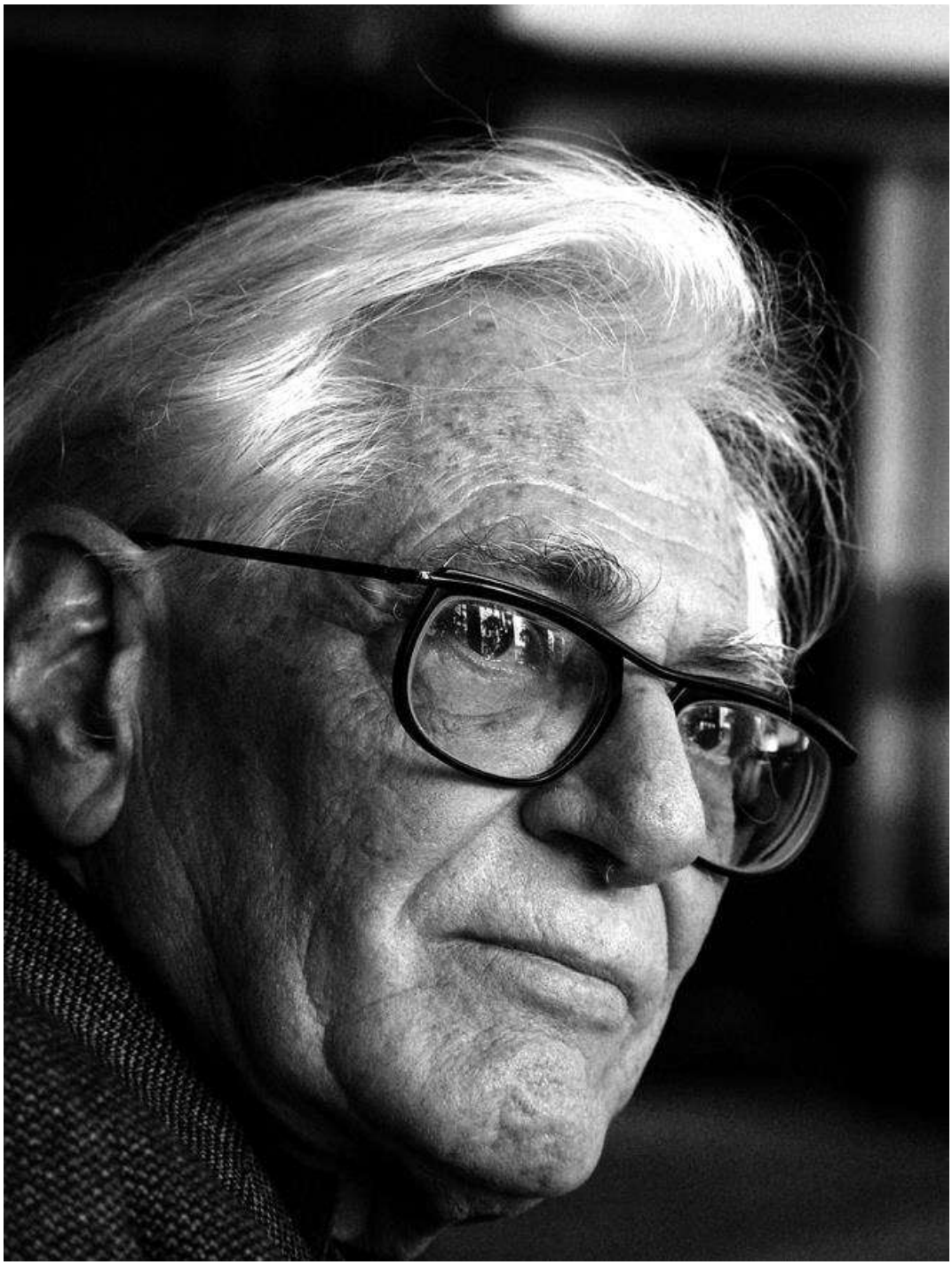
Die Fortgeschrittenen aber werden mit Vergnügen feststellen, wie scheinbar nicht zusammenhängende Wirklichkeitselemente und nur auf den ersten Blick disparate Teile des Schaffens sich im philosophischen Gesamtwerk von Hans Heinz Holz zusammenfügen.

Hans Heinz Holz beim Marburger Kunstverein 2005

[259]

41 Hans Heinz Holz, Namentlich Herbert Marcuse. In: Sender Freies Berlin (SFB) vom 30.03.1968. Als vorläufige Antwort auf die Frage nach dem revolutionären Subjekt kann dienen, was Brecht in seinem Film »Kuhle Wampe« einen Kleinbürger fragen lässt: »Und wer wird die Welt ändern?«, woraufhin ihm ein Proletarier antwortet »Die, denen sie nicht gefällt!« Objektive Gründe für berechtigte Unzufriedenheit gibt es at home and abroad zuhauf, Illusionen über die Stabilität, die Friedfertigkeit und Friedensfähigkeit des Kapitalismus, Ohnmachtsgefühle und Apathie in der Klasse der abhängig Beschäftigten aber auch. Dort, wo sich Widerstand regt, fehlt oft ein zielgerichtetes, theoretisches Bewusstsein, wohin die Reise des Widerstandes geht, gehen muss.

42 Hans Heinz Holz, Wols stellt uns Rätsel. In: Frankfurter Rundschau vom 23.9.1967.



Hans Heinz Holz in Marburg 2003

Foto von Friedrich-Martin Balzer

[260]

Wolfgang Ruge – Historiker in extremen Zeiten*

Der Titel erinnert nicht zufällig an Eric Hobsbawm und seine vielbeachtete Geschichte des »kurzen« 20. Jahrhunderts. Beide – Ruge und Hobsbawm – wurden im Epochenjahr 1917 geboren; beide protestierten am 25. Januar 1933 als Jungkommunisten vor dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus gegen die drohende Machtübertragung an den Faschismus. Beide wurden noch im gleichen Jahr genötigt, Deutschland zu verlassen. Der eine, Eric Hobsbawm, ging nach England; der andere, Wolfgang Ruge, folgte seinen Eltern in die Sowjetunion.

Beide gehören zu den großen Historikern des 20. Jahrhunderts, die ihre Methode der Rezeption von Marx und Engels verdanken. Beide analysieren die Geschichte des 20. Jahrhunderts, das Zeitalter der Revolutionen, Katastrophen und Kriege. Beide werden in ihrer Hoffnung auf den sowjetischen Sozialismus enttäuscht und desillusioniert. Nach seiner Freilassung aus der Verbannung im Nord Ural 1956 geht Ruge auf eigenen Wunsch in die DDR, wo er größere Chancen sah, im Land von Marx, Engels, August Bebel und Rosa Luxemburg zu helfen, den Sozialismus aufzubauen.

Als anerkannter Historiker an der Akademie der Wissenschaften der DDR wählte Ruge seinen Forschungsschwerpunkt in der Geschichte der deutschen Bourgeoisie des 20. Jahrhundert. Dabei konzentrierte er sich auf die bürgerlichen Parteien und die Rolle der SPD und entließ sie nicht aus ihrer Verantwortung für das Entstehen des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges. In erster Linie richtete sich Ruges Kritik gegen industrielle Potentaten, bürgerliche Politiker [261] und Diplomaten. So sehr Ruge die Rolle der Persönlichkeiten in der Geschichte immer wieder beschäftigt hat, wie seine Monographien u. a. über Stresemann, Rathenau, Erzberger, Ossietzky und Hitler belegen, so sehr er einen Vergleich zwischen Stalinismus und Faschismus für legitim hielt, er hat bei seinem Vergleich zwischen Hitler und Stalin auf der Erscheinungsebene sich stets von jener Totalitarismus'theorie' ferngehalten, die beide Diktaturen *gleichsetzt*.

Es lag in der Natur der Sache, daß sich Ruge nach dem Ende des Sozialismus in der DDR und in der Sowjetunion als Experte der Geschichte der Sowjetunion, der 23 Jahre freiwillig-unfreiwillig in der Sowjetunion gelebt hatte, den Gründen des Scheiterns des sozialistischen Aufbaus mit verstärkter Kraft und gewonnenem Freiraum widmete. Auch für Eric Hobsbawm galt, daß ein Urteil über eine Geschichtsetappe erst vom Historiker gefällt werden könne, wenn diese abgeschlossen sei.[1]

---

* Lange vor der einsetzenden Krankheit und dem Tod von Wolfgang Ruge am 26. Dezember 2006 war mit Wolfgang Ruge eine Sammelschrift mit Veröffentlichungen seines Spätwerks nach 1989 verabredet. Die Sammlung enthält unter Weglassung seiner zahlreichen gleichzeitig geschriebenen Rezensionen *alle* publizierten Beiträge von Wolfgang Ruge im Zeitraum von 1989 bis 1999 sowie seinen Rundfunkbeitrag über Paul Levi. (Weitere 14 Rundfunksendungen aus Radio DDR II u. a. über Hindenburg, Hitler, Hugenberg, Zetkin, Ossietzky, Stresemann und Lenin sowie Ruges Stresemann-Biographie, seine Fragmente über Arnold Ruge, seine Gesamtbibliographie mit 849 Titeln, 16 Aufsätze aus der Zeit von 1983–1998 sowie die zweite Auflage seines rasch vergriffenen Buches »Stalinismus. Sackgasse im Labyrinth der Geschichte« aus dem Jahre 1991 finden sich auf der CD-ROM: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Ruge für Einsteiger und Fortgeschrittene, Bonn 2003.) In Absprache mit Wolfgang Ruge wurden lediglich zwei Aufsätze in das bereits 2001 begonnene Projekt dieser Edition nicht aufgenommen. Dabei handelt es sich um den Beitrag in »Blick in den Abgrund« (2002) und seinen letzten für das *Neue Deutschland* geschriebenen Beitrag zum 85. Jahrestag der Oktoberrevolution (2002). In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Ruge. Beharren, kapitulieren oder umdenken? Gesammelte Schriften 1989–1999, S. 9–40. Der geringfügig überarbeitete Beitrag ist mit zusätzlichen Quellennachweisen versehen worden.

1 »Wir können einen historischen Prozess nur beurteilen, wenn er zu Ende [...], oder wenigstens, wenn ein klar erkennbarer Wendepunkt erreicht ist. Die Wende von 1989 und der darauffolgende Zusammenbruch des Sozialismus hat es uns erlaubt, die Geschichte der Oktoberrevolution und ihrer Folgen als Ganzes zu

Am Anfang von Ruges Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte stand seine bereits 1991 erschienene, aber unter den Bedingungen des Umbruchs wenig Beachtung findende Studie über den »Stalinismus – Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte«[2], am Ende seine vielbeachteten Erinnerungen aus sowjetischer Zeit »Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration«[3]. Aber anzunehmen, Ruge habe sich ab 1989 *ausschließlich* mit der »Gesellschaft sui generis« in der Sowjetunion beschäftigt und dabei Kapitalismus und Imperialismus aus den Augen verloren, ist abwegig. Mehr als ein Drittel der hier versammelten Schriften aus den Jahren 1989 bis 1999 widmet sich anderen Themen.

Es macht den Reiz der Lektüre der hier vorgelegten »Gesammelten Schriften« aus, daß dabei auch unterschiedliche, ja widersprüchliche Aussagen und Wertungen über den gleichen Gegenstand zum Vorschein kommen. Wie aber können Ruges unzweifelhafte Entwicklung und Wandlung sichtbar werden, wenn dessen Anfänge im Dunkeln bleiben? Ernst genommen werden muss jedoch seine Aussage gegenüber Karlen Vesper anlässlich seines 80. Geburtstages: »Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß ich nur das schreibe und sage, wovon ich überzeugt bin«.[4] [262]

Die Veröffentlichungen vom 1. Januar bis zum 9. November 1989

Auch im Jahre 1989 hielt Ruge es mit der Charakterisierung von Karl Liebknecht, wonach der Erste Weltkrieg »nicht für die Wohlfahrt des deutschen Volkes entbrannt«[5] sei. »Er ist kein deutscher Verteidigungskrieg und kein deutscher Freiheitskrieg, sondern ein kapitalistischer Angriffs- und Eroberungskrieg«.[6] Er trat ein für »eine grundstürzende Erneuerung der Gesellschaft«.[7] Er kritisierte mit Rosa Luxemburg die SPD, »das ureigenste Geschöpf der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes, das sich in das wichtigste Instrument der bürgerlichen Gegenrevolution verwandelt hat(te)«.[8] Er bekämpfte die »Lüge von der Bedrohung durch Sowjetrussland«[9] und sah in diesem Geschrei nur die »Rettung des kapitalistischen Eigentums und die Verstümmelung der Demokratie«.[10] Die Novemberrevolution sei, so Ruge im Jahre 1989, eine »auf halben Wege stehengebliebene Umwälzung, die zwar den Kaiser davongejagt und ein parlamentarisches System herbeigeführt«, aber »die ökonomische Allmacht des Großkapitals und der Junker nicht angetastet«[11] hatte. Nach Ruge stellte die Große Sozialistische Oktoberrevolution eine »epochale Alternative zum Imperialismus« dar, die »den antiimperialistischen Revolutionen in Mittel- und Südosteuropa gewaltigen Auftrieb«[12] verlieh. Nach Ruge waren »der Antikommunismus und der Anti Sowjetismus zum Hauptmotiv aller imperialistischen Po-

---

beurteilen.« Eric Hobsbawm am 20. September 1996 in Marburg. Eric Hobsbawm, Rückblick auf ein kurzes Jahrhundert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1996, S. 1375–1385.

2 Wolfgang Ruge, Stalinismus – Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.

3 Wolfgang Ruge, Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Bonn 2003.

4 Wolfgang Ruge, Wir müssen völlig neue Sichten auf die Geschichte gewinnen. ND-Gespräch mit Karlen Vesper anlässlich des 80. Geburtstages von Wolfgang Ruge. In: [262] Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Ruge. Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989–1999. Berlin 2007, S. 492–497, hier: S. 492. Ruges Überzeugungstreue wird auch von Kurt Gossweiler in seinem Brief an den Verfasser vom 11. Juli 2003 bestätigt.

5 Zit. nach: Wolfgang Ruge, Die Deutsche Novemberrevolution. Klassenantagonismus und Friedensalternative. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 95–104, hier: S. 96.

6 Ebenda.

7 Ebenda, S. 99.

8 Zit. nach: Ebenda, S. 100.

9 Ebenda, S. 103.

10 Wolfgang Ruge, Die Deutsche Novemberrevolution, a. a. O., S. 95–104, hier: S. 103.

11 Wolfgang Ruge, Das Vertragssystem von Versailles. Friedloser Friede. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 105–116, hier: S. 107.

12 Ebenda, S. 109.

litik«[13] geworden.

Mit großem Einfühlungsvermögen und Sachkenntnis porträtierte er den Außenminister Walter Rathenau, der, obwohl der »Ideenwelt des lebensphilosophischen historischen Irrationalismus«[14] eines Wilhelm Dilthey anhängend, als [263] Realpolitiker sich um Verständigung mit der Sowjetunion eingesetzt hatte. Ganz im Sinne Rudolf Hilferdings und Lenins interpretierte Rathenau den Imperialismus als eine »Verschmelzung von Bank- und Industriekapital«[15] und das Bestreben »monopolkapitalistischer Verbände« nach Aufteilung der Welt, nach Expansion, nach dem Griff nach der Weltmacht, das »deutsche Weltherrschaftsstreben« als »todeswürdigstes Verbrechen«.[16] Er kritisierte die Monopolverbände Siemens, Krupp, Stinnes, IG-Farben und ihre kühl kalkulierenden imperialistischen Politiker. Im Mord an Walter Rathenau offenbarte sich für Ruge »das inhumane Wesen der faschistischen Konterrevolution – ihre abgrundtiefe Amoralität, ihre Bestialität im Kampf gegen jedwede progressive Regung, ihren animalischen Antisemitismus, ihre Friedensfeindschaft und ihren Hass gegen die Sowjetunion«.[17] In Hindenburg sah er einen der »Hauptverlierer und -verbrecher des Weltkrieges«[18].

Stresemann war als einer der »Konkursverwalter des Hohenzollernregimes« »eng mit der aggressiven und expansionistischen Oberschicht der herrschenden Klasse verbunden«; Ruges Kritik richtete sich »gegen die Junker und Magnaten, zumeist Parteigänger der militanten Deutschnationalen«[19]. Ruge demaskierte die »Bedrohungslüge zur Rechtfertigung imperialistischer Aufrüstungsbeschlüsse« und analysierte die Wiederaufrüstung, die mit dem Tarnwort der »Gleichberechtigung« beschönigt wurde. Locarno, das war für Ruge in den Worten von Ernst Thälmann »der Versuch der Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Konzentration unter Führung Englands gegen die Sowjetunion«.[20] Ruge zitierte hierzu Thälmanns Rede, wonach die deutschen Arbeiter Acht geben müssten, »daß die Versuche der deutschen Bourgeoisie zur Rückeroberung der verlorengegangenen Ostprovinzen nicht die Einleitung zum nächsten Krieg bedeuten«.[21] Die Republik von Weimar hatte mit Locarno das Ende der Nachkriegszeit eingeläutet und die Vorkriegszeit eröffnet: »eine Periode, die angefüllt war mit chauvinistischer Massenverhetzung, mit diplomatischen Bemühungen zur [264] Kanalisierung der Aggression nach Osten, mit immer neuen Aufrüstungsprogrammen und mit einer hemmungslosen Verteufelung des Sowjetstaates, die Jahre später in das Münchener Abkommen und den Überfall Nazideutschlands auf Polen mündete«[22].

Ausführlich würdigte Ruge das Verdienst von Carl von Ossietzky, der vergeblich forderte, daß die Weimarer Reichsrepublik[23] »einen Strich [...] unters Vergangene« machte, stattdessen

---

13 Wolfgang Ruge, Das Vertragssystem von Versailles. Friedloser Friede. In. Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 105–116, hier: S. 109.

14 Wolfgang Ruge, Rathenau und Rapallo. Großbürgerlicher Wegbereiter der Koexistenzpolitik. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 117–132, hier: S. 119.

15 Ebenda, S. 120.

16 Zit. nach ebenda, S. 123.

17 Wolfgang Ruge, Rathenau und Rapallo, a. a. O., S. 117–132, hier: S. 129 f.

18 Wolfgang Ruge, Der Locarno-Pakt. Passstraße zwischen zwei Weltkriegen. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 133–147, hier: S. 135.

19 Ruges Beiträge über die Rolle der DNVP und der DVP sind immer noch eine ergiebige Fundgrube für die Geschichtsschreibung der Weimarer Reichsrepublik. Siehe Deutschnationale Volkspartei (1918–1933). In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). In vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke, Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Band 2, Köln 1984, S. 476–528. Deutsche Volkspartei (DVP) 1918–1933, ebenda, S. 413–446.

20 Wolfgang Ruge, Der Locarno-Pakt, a. a. O., hier: S. 146.

21 Ebenda, S. 145.

22 Wolfgang Ruge, Der Locarno-Pakt. S. 146.

23 Wolfgang Ruge mochte in Gesprächen mit dem Verfasser diese von Helmut Ridder eingeführte Bezeichnung für die Weimarer Republik mit ‚Reichs'verfassung, ‚Reichs'tag, ‚Reichs'präsidenten, der ab 1925

jedoch »einen dicken, weithin sichtbaren Bindestrich« zog. Noch sei der weiter bestehende deutsche Imperialismus unter den Weimarer Bedingungen politisch, ideologisch und militärisch nicht in der Lage gewesen, einen Krieg zu entfesseln. Deutlich unterscheidend zwischen dem Hauptfeind und den versagenden potentiellen Verbündeten, die diesen Feind objektiv begünstigten, sah Ruge, wie die sogenannte bürgerliche Mitte, vor allem aber die sozialdemokratischen Führer, die Willen und Kraft der hinter ihnen stehenden Massen durch verantwortungsloses Stillhalten lähmten, zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschmolzen waren. Mit Ossietzky, dessen Weltbühne in der DDR wieder zu erscheinen begann, sah Ruge das »klassenmäßige Wesen des Faschismus«. Mit Ossietzky blieb auch Ruge das »Spannungsverhältnis zwischen den auf pseudosozialistische Demagogie angewiesenen Führern und ihren kapitalistischen Hintermännern«[24] nicht verborgen.

Zustimmend zitierte Ruge Clara Zetkins Rede als Alterspräsidentin des Reichstages 1932: »Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen, um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisation zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten«. Gegenüber der Stillhaltepolitik und den Illusionen der sozialdemokratischen Führung, die sich dem Angebot der Kommunisten zum Generalstreik nach dem Staatsstreich Papens vom 20. Juli 1932 und der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 verweigerten, berief sich Ruge auf Ossietzky: »Es gibt auch ein Notrecht des Volkes gegenüber abenteuerlich [265] experimentierenden Obrigkeiten«[25]. Gleichzeitig kritisierte Ruge – revolutionäre Umbruchsperioden ausgenommen – das »mehr oder weniger ausgeprägte Unvermögen des Gros der Menschen, ihre eigenen Interessen zu erkennen«[26].

Kritisch hinterfragte Ruge mit »Hilfe des Instrumentariums des historischen Materialismus« das Wesen »historischer Gesetzmäßigkeiten«. Zwar seien mit der Oktoberrevolution »Voraussetzungen für die Niederwerfung des menschheitsfeindlichen Faschismus geschaffen« und der »Grundstein« gelegt (worden) »für die sozialistische Staatengemeinschaft«, die, so Ruge 1989, »der wichtigste Faktor im alles überragenden Kampf für die Ausmerzung des Krieges« sei. Aber der Fortschrittsprozess sei »komplizierter als erwartet«. »Das Wort vom sterbenden Kapitalismus sollte, will man Trugschlüsse vermeiden, nicht auf sein Kräftereservoir bezogen werden.«[27]

Zwar habe der Rote Oktober »den Anstoß zur Weltrevolution gegeben«. Zwar seien die »klassenmäßigen Wurzeln« des Faschismus erkannt, seine »massenpolitischen Potenzen« seien jedoch unterschätzt worden. Die »Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte« sei als Faktor des Geschichtsprozesses bisher zu wenig berücksichtigt worden. Objektiv gerieten die revolutionären Kräfte in eine »Abwehrposition«, bekräftigten aber, vom VI. Weltkongress der Komintern (1928) nachdrücklich dazu ermutigt, die Offensivstrategie. Dabei sei die auch interessensmäßig

---

zunehmend die Rolle eines »Ersatzkaisers« einnahm, das Kontinuierliche zwischen Kaiserreich und »Drittem Reich« trotz aller Brüche nicht akzeptieren. Carl von Ossietzkys Bindestrichmetapher und Helmut Ridders Essay »Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte« sprechen jedoch für diese Bezeichnung.

24 Wolfgang Ruge, Carl von Ossietzky. Klang und Echo eines Mahnrufs. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 148–159, hier: S. 152.

25 Carl v. Ossietzky 1933: »Wird nicht sofort und bedingungslos der Weg zur Verfassung wieder angetreten, so wird die außerparlamentarische Regierungsweise von oben mit außerparlamentarischen Abwehrmaßnahmen von unten beantwortet werden. Denn es gibt auch ein Notrecht des Volkes gegen abenteuerlich experimentierende Obrigkeiten.« Zit. nach der Rede von Helmut Ridder anlässlich der Abschlusskundgebung des Sternmarsches gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai 1968 in Bonn. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/1968, S. 656–658.

26 Wolfgang Ruge, Carl von Ossietzky. Klang und Echo eines Mahnrufs, a. a. O., S. 156.

27 Wolfgang Ruge, Fragen an das Jahrhundert. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 160–165, hier: S. 162.

begründete Sammlung von Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlich-demokratischen und pazifistischen Kräften auf ein und derselben Barrikade »nur schleppend in Gang gekommen« und letztlich erfolglos geblieben, was nicht nur den Kommunisten anzulasten sei. Am Ende verkeilten sich die »Offensivstrategien der revolutionären Vorhut und die Führungskräfte der imperialistischen Bourgeoisie in beispielloser Weise ineinander«[28].

Ganz im Sinne dieser kritischen Untersuchung der Geschichte der Kommunisten war Ruges im April 1989 gesendeter Rundfunkbeitrag über das Schicksal von Paul Levi, den er gegen die Anhänger einer abenteuerlichen Offensivtheorie verteidigte. Während die sozialdemokratische Geschichtsschreibung Levi nur am Rande als »unbequemen Querkopf« behandelte, hätten die Kommunisten Levi [266] als »Wortführer des Luxemburgismus« angeprangert, den sie für eine besonders gefährliche Abart des »Sozialfaschismus« erklärten. Ruge kritisierte, daß die kommunistische Geschichtsschreibung ihn »als Renegaten« und »Parteischädling« abtat. Ruge dagegen nutzte die erste sich ihm bietende Möglichkeit, Levis »humanistische Grundhaltung, dessen theoretischen Weitblick, dessen Bekenntnismut die Arbeiterparteien bei der Überwindung von Verkrustungs- und Erstarrungserscheinungen dringend gebraucht hätten«, zu würdigen.[29] Auf die Frage, mit welcher Persönlichkeit der Geschichte Ruge selbst gern in Briefwechsel treten würde, antwortete er im Jahre 2000: Rosa Luxemburg, die Freundin Paul Levis.

In einer Betrachtung über das »Phänomen der Weltkriege« vom Juli 1989 erinnerte Ruge an Rosa Luxemburgs Aussage aus dem Jahr 1915, »die Erde könne sich, wenn die nun begonnene *Periode der Weltkriege* ihren Fortgang nähme, in einen großen Friedhof verwandeln«[30]. »Die Weltkriege«, so Ruge, »in denen erst die chemischen, dann die atomaren Waffen, also neue Vernichtungsqualitäten, entwickelt wurden, haben nicht nur klargemacht, daß der Mensch technisch imstande ist, den im All einmaligen blauen Planeten zu verseuchen, zu veröden, zu verbrennen. Diese Kriege haben auch bewiesen, daß imperialen Zielen nachjagende Ultras [...] nicht vor Abenteuern zurückschrecken, an deren furchtbarem Ende sie selbst – voraussehbar und unweigerlich – auf der Strecke bleiben müssen«.[31]

Der Friedensbewegung erwachsen nach Ruge vorrangig zwei Aufgaben: » [...] die restlose Vernichtung der gehorteten Waffen und die Verdrängung all jener von den Schalthebeln der Macht (man könnte auch sagen: von den Startknöpfen an den Raketenrampen), die auf Krieg setzen oder auch nur mit dem Gedanken an Gewaltdrohung oder Gewaltanwendung spielen«[32]. Nationale Konflikte ließen sich »nicht mehr mit Gewalt bereinigen«; die Austragung des Klassenkampfes mit militärischen Mitteln würde dazu führen, was bereits Marx und Engels im Kommunistischen Manifest als Möglichkeit vorausgesehen haben: »[...] dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen«.

Obwohl erst 1990 erschienen, gehört sein glänzender Beitrag über die deutsche Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, da vor 1990 redaktionell abgeschlossen, noch zum Zyklus der Schriften des Jahres 1989. In ihm analysierte Ruge das Auswärtige Amt (AA), das zu den »konservativsten zentralen Institutionen der Republik« gehörte und die »Verquickungen der interimperialistischen Widersprü-[267]che mit dem weltweiten Gegensatz Sozialismus-Kapitalismus« widerspiegelte[33]. Ruge schilderte das AA als »Hort einer offensiven Mentalität, die einst infolge des

---

28 Ebenda.

29 Wolfgang Ruge, Das Schicksal von Paul Levi. Bericht über sein Leben und Wirken. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 166–172, hier: S. 172.

30 Wolfgang Ruge, Das Phänomen der Weltkriege. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 173–176, hier: S. 174. Hervorhebung FMB.

31 Ebenda, S. 175.

32 Ebenda.

33 Siehe hierzu inzwischen Hans Jürgen Döscher, Seilschaften. Die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amts, Berlin 2005 und das Forschungsprojekt von Professor Eckart Conze, Sprecher der

deutschen Zuspätkommens auf dem Weltmarkt und in der Kolonialsphäre gereift war« und zum »Leitzentrum von Körperschaften« wurde, die sich mit der »strategischen Expansionsplanung« befassten. So wurden in einer Denkschrift aus dem Jahre 1927 »die Etappen des zehn Jahre später eingeschlagenen Weges in den Zweiten Weltkrieg bis in Einzelheiten hinein« vorgezeichnet: »Die wirtschaftliche Unterwerfung Südosteuropas, die Annexion Österreichs, die ›Eingliederung‹ des Sudentengebietes, die Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei und der Überfall auf Polen«[34]. Verschleiernde Formulierungen gehörten dabei gewissermaßen zum Handwerkszeug der Beamten des AA.

Kritisch beleuchtete Ruge auch die Rolle der SPD in der Weimarer Republik. Ihre Außenpolitik erschöpfte sich in Absegnungen fremder Vorstöße. Die Sozialdemokratie, »die einzige Kraft, die aufgrund ihrer Zusammensetzung und Stärke Rückgrat einer solchen (antiimperialistischen) von links bis weit in die bürgerliche Mitte hineinreichenden Sammlung hätte werden können«, hätte allerdings »selbstkritisch mit der Politik des 4. August 1914 abrechnen und antisowjetische Positionen aufgeben müssen«. »Da sie das versäumte und um Vertrauen für die beamteten konservativen Politiker warb, deren Parteifreunde nationalistische Strömungen schürten, begünstigte sie Illusionen über die Friedfertigkeit der deutschen Außenpolitik, die in Wirklichkeit langfristig auf einen neuen Gewalteinsatz zusteuerte.«[35]

Daß die anfangs nicht als salonfähig betrachteten Nazis zu ernst zu nehmenden Anwärtern auf Ministersessel aufgerückt seien, sei spätestens auf dem Harzburger Treffen (Oktober 1931) deutlich geworden, »als sie – wenn auch nicht ohne Gerangel – von etablierten Rechtspolitikern, Exgeneralen, Mitgliedern einstiger Herrscherhäuser und Wirtschaftskapitänen als die Führungskraft (oder zumindest als eine der Führungskräfte) der ›nationalen Erneuerung‹ anerkannt wurden.«[36] Hitlers diesbezügliche Auslassung in »Mein Kampf« lasse erkennen, »daß er in den Grundzügen an das aggressive Weltgeltungsdenken der Kaiserzeit, also an Traditionen anknüpfte, deren Wiederaufnahme in dieser oder jener Form auch [268] den meisten Berufsdiplomaten vorschwebte.«[37] Insgesamt bedurfte es, wie die gesamte Forschung einhellig bestätige, »keines Bruches, um das AA aus der Endphase der Weimarer Republik in die braune Diktatur zu überführen«. Da die Angehörigen des AA »nicht Opfer, sondern Komplizen der mit Friedensbeteuerungen operierenden Betrüger« waren, ist es, so Ruge, »unhaltbar, ihr Verhalten als ›Anpassung‹ an das Regime zu verharmlosen.«[38]

Fazit des eingehenden und detailliierten Studiums der Akten des AA im Koblenzer Bundesarchiv: Das deutsche diplomatische Korps hat sich »in seiner Gesamtheit schwerstens an den nationalen Interessen anderer Völker vergangen, indem es sich, von Anfang an auf eine gegebenenfalls mit Gewalt zu betreibende Revision orientiert, später der faschistischen Führung zuarbeitend und ihren Weisungen folgend, an der Konzipierung und tatkräftigen Vorbereitung von Eroberungskriegen beteiligte.«[39] Die Vorbereitung und Führung von Kriegen, die auf die Auflösung anderer Staaten abzielen, sei mit realpolitischen Maximen unvereinbar. Indem sie sich gegen das Prinzip der friedlichen Koexistenz und des Völkerrechts sperrten – Helmut Ridder sprach in Bezug auf die deutsche Außenpolitik nach 1945 ironisch vom »deutschen Völkerrecht« –, trugen auch die deutschen Diplomaten, »obwohl durch die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs gewarnt, zur Behinderung des historisch notwendigen Umdenkungsprozesses bei,

Unabhängigen Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes in der Zeit des Nationalsozialismus und in der frühen Bundesrepublik an der Universität Marburg.

34 Wolfgang Ruge, Der Weg der deutschen Diplomatie durch Nachkriegsrepublik und Vorkriegsdiktatur. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 177–223, hier: S. 183.

35 Ebenda, S. 194.

36 Ebenda, S. 199.

37 Ebenda, S. 200.

38 Ebenda, S. 205.

39 Ebenda, S. 217.

an dessen Ende die Erkenntnis von der Untauglichkeit des Krieges als Mittel zur Lösung politischer Konflikte stehen muss.«[40]

Wolfgang Ruges Veröffentlichungen nach dem 9. November 1989

Am 9. November 1989 war Wolfgang Ruge 72 Jahre alt. Er war ein in der DDR hochgeehrter, weit über die Grenzen der DDR anerkannter Historiker. Er hatte bis zu diesem Zeitpunkt 12 Bücher geschrieben. Er war Ehrenmitglied der Historiker-Gesellschaft der DDR[41]. Für sein Gesamtwerk verlieh ihm die [269] Friedrich-Schiller-Universität in Jena anlässlich seines 70. Geburtstages 1987 die Ehrendoktorwürde. Seit seiner ersten Veröffentlichung im Jahre 1959 hatte er bis Ende 1989 654 Veröffentlichungen zu verzeichnen. Für den Zeitraum von 1959 bis 2002 finden sich allein nahezu 400 Rezensionen und Annotationen in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, die das nationale und internationale Schrifttum der DDR-Wissenschaft und Öffentlichkeit zugänglich machten[42]. Seine Bücher wurden in vielen Auflagen verbreitet und gelesen. Als Demokrat bemühte er sich stets darum, sich auch publizistisch – ähnlich Eric Hobsbawm – in verständlicher Sprache in der Tagespresse und im Rundfunk (98 Beiträge) zu äußern, um einen Umdenkungsprozess im Geschichtsbewusstsein der DDR-Bürger, worauf es ihm vor allem ankam, zu erreichen. Sein Verdienst lag besonders darin, ein breites Leserpublikum anzusprechen, nicht nur das Fachpublikum, sondern möglichst viele Menschen zu erreichen und mit Argumenten und Tatsachen zu überzeugen.

Wie sein großer Vorfahre, sein Urgroßonkel Arnold Ruge, herausragende Gestalt der linkshegelianischen Demokraten des 19. Jahrhunderts, war Wolfgang Ruge »unstreitig eines der größten stilistischen und journalistischen Talente«[43]. Was über Arnold Ruge geschrieben wurde, gilt auch für Wolfgang Ruge: Seine journalistische Begabung sei allerersten Ranges. »Unzwei-

---

40 Ebenda, S. 218.

41 Die Wahl erfolgte in Anerkennung der »außerordentlichen Verdienste«, die Ruge »in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft« erworben habe. Seine Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik, ihrer Innen- und Außenpolitik, sein Beitrag zum Lehrbuch der deutschen Geschichte »Deutschland von 1917–1933« und viele weitere Publikationen aus seiner Feder gehörten zu den niveau-bestimmenden Leistungen der DDR-Geschichtswissenschaft. Ruge habe »vorbildlich für die Ausarbeitung einer massenwirksamen Geschichtsliteratur in der DDR gewirkt.« Siehe Schreiben des Präsidenten der Historiker-Gesellschaft Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Scheel »an den Genossen Professor Dr. Wolfgang Ruge« vom 8. Dezember 1982.

42 Es wäre ein lohnendes wissenschaftliches Projekt, sich mit der Rezeption der Geschichtswissenschaft des Westens in der DDR-Zeitschrift für Geschichtswissenschaft durch Wolfgang Ruge zu beschäftigen. Dabei tauchen u. a. so bekannte Namen wie Karl-Dietrich Bracher, Allan Bullock, Francis L. Carsten, Werner Conze, Gordon A. Craig, Karl-Dietrich Erdmann, Theodor Eschenburg, François Furet, Hans Herzfeld, Andreas Hillgruber, Walter Hubatsch, Ernst Rudolf Huber, Ian Kershaw, Gabriel Kolko, Walter Laqueur, Erich Matthias, Susanne Miller, Wolfgang J. Mommsen, Rudolf Morsey, Ernst Nolte, Gerhard Schulz, Fritz Stern, Henry A. Turner, John W. Wheeler-Bennett und Heinrich August Winkler auf. Schon jetzt lässt sich mit Bestimmtheit konstatieren, daß die Offenheit der DDR-Wissenschaft für Publikationen außerhalb des eigenen Landes größer war als die umgekehrte Kenntnisnahme der BRD gegenüber der DDR-Wissenschaft. Kein Wunder, daß die »Evaluation« der DDR-Geschichtswissenschaft nicht nur vom Eroberungswunsch nach freiwerdenden Posten, sondern auch von Ignoranz getragen war. In erster Linie ging es den neuen Herren um Herrschaftssicherung durch Kaltstellung der sozialistischen Intelligenz. Zum Umgang der herrschenden Geschichtsschreibung mit den Historikern der DDR siehe Werner Röhr, Die falsche Obrigkeit und die falsche Ideologie, Rezension von Lothar Mertens: Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der DDR, München 2006, in: junge Welt vom 6.3.2007, S. 10–11. Zur britischen Anerkennung der Forschungsergebnisse der DDR-Wissenschaft siehe Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007 und die Besprechung der verspäteten Rezeption durch westdeutsche Historiker siehe Otto Köhler, Der Wechsel-Wehler. In: junge Welt vom 3.8.2007, S. 10–11.

43 Zit. nach Wolfgang Ruge, Arnold Ruge 1802–1890. Fragmente eines Lebensbildes. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, Bonn 2004, S. 72.

felhaft« sei er »einer der [270] glänzendsten, beweglichsten und wandelbarsten, aber doch charaktervollsten Publizisten, die Deutschland je besessen hat. Er hatte die Fähigkeit, die Wahrheiten und Entdeckungen, die tiefe Denker und große Forscher in mühevoller einsamer Arbeit gefunden und gemacht hatten, auf zündende schlagwortartige Formeln zu bringen«.[44] Seine »Fähigkeit, komplizierte Erkenntnisse auf einfache Formeln zu bringen und plakathaft zu popularisieren, steht fast einzig da.«[45] Über die Beliebtheit von Wolfgang Ruge als Autor schreibt Werner Röhr in seinem Artikel zum 85. Geburtstag: »Ruge vereinte die Fähigkeit zur gründlichen, kritischen, vorurteilsfreien Analyse mit dem Talent eines Geschichtsschreibers, der seine Leser zu fesseln und zu begeistern vermag.«[46]

Diese seine erfolgreichen Arbeiten wurden staatlicherseits vom Ministerium für Kultur und Volksbildung und der Urania zur Förderung der populärwissenschaftlichen Literatur zwei Mal ausgezeichnet und belegten jeweils den ersten Rang der vergebenen Preise: zum einen für seine Stresemann-Biographie aus dem Jahr 1965 und zum anderen für seine Monographie »Weimar – Republik auf Zeit« von 1969.

Sein internationaler Ruf als Historiker des 20. Jahrhunderts war unübersehbar. Seine Werke wurden nicht nur in den Redaktionsstuben etablierter Organe in Wiesbaden, München, Berlin-West, Frankfurt/Main, Hannover, Göttingen und Stuttgart aufmerksam registriert und teilweise vom Pahl-Rogenstein Verlag und dem Röderberg Verlag in der BRD nachgedruckt. Rezensionen seiner Werke erschienen in renommierten Zeitungen und Zeitschriften der Historikerzunft in Amsterdam, Richmond/Virginia, London, Paris, Malmö, Moskau, Strasbourg, Prag, Stockholm und Chicago.

Übersetzungen seiner Schriften lagen in zehn Sprachen vor (russisch, englisch, japanisch, griechisch, dänisch, flämisch, tschechisch, bulgarisch, ungarisch und slowenisch).

Am 9. November 1989 war nun der Anfang vom Ende der DDR, des anderen Deutschland, dem er seine ganze Kraft gewidmet hatte, gekommen. Was sollte er tun? Seine Antwort: Der 72jährige setzte seine Arbeit der Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts fort, was sich in weiteren 178 Veröffentlichungen niederschlug. Ruge ließ die Frage nicht los, woran »der Aufbruch in eine vernünftig konzipierte Zukunft gescheitert ist«[47]. Bei der Alternative »Beharren, kapitulieren oder umdenken« entschied sich Ruge in Bezug auf die Geschichte [271] der Sowjetunion überwiegend für Letzteres[48]. Es war naheliegend, daß er dabei als »Querdenker und Schablonenzerstörer« sein besonderes Augenmerk nach dem Ende der Sowjetunion im Jahre 1991 als jemand, der diese »Gesellschaft sui generis« 23 Jahre von innen erlebt und erlitten hatte und der die Sprache des Landes wie seine Muttersprache beherrschte, der Geschichte der Sowjetunion und den Folgen des Roten Oktober widmete.

Für Ruge galt: »Vernunft gebietet, aus Fehlern zu lernen«. »Nur wer den Tatsachen ins Auge sieht, nicht aber Wunschbilder zum Ausgangspunkt nimmt, kann brauchbare Strategien entwerfen und der Wiederholung von Fehlern vorbeugen«[49]. Mit dem »moralischen Imperativ« sei in praxi wenig zu bewirken. Und so sehr er davon überzeugt war, daß die in der Sowjetunion angewandten Mittel des Machterhalts den Zweck entheiligten (Hobsbawm: »Unmöglich ist es,

---

44 Ebenda, S. 92 f.

45 Ebenda, S. 72.

46 Werner Röhr, Nicht predigen. Für materialistische Geschichtswissenschaft. In: junge Welt vom 1. November 2002, S. 12.

47 Wolfgang Ruge, Das Versagen des Systems. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 271–274, hier: S. 271.

48 Der einzige seiner ehemaligen Kollegen, der ihm auf wissenschaftliche Weise widersprach, war Kurt Gossweiler, Von der Astronomie zur Astrologie? Zu Wolfgang Ruges Absage an den wissenschaftlichen Sozialismus. In: Weltbühne 38/1992 vom 15. September 1992.

49 Wolfgang Ruge, Weiße Flecken auf dunklem Grund. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 229–232, hier: S. 229.

den Stalinschen Terror nicht absolut zu verdammen. Kein Zweck heiligt solche Mittel«), so sehr hätte er auch dem Satz von Hans Heinz Holz zustimmen können: »Aus der Erkenntnis historischer Umstände, nicht aus *moralischen Appellen* erwächst die politische Fähigkeit, in der Zukunft Fehlentwicklungen vermeiden zu können.«[50] Ob allerdings die von Holz geforderte und von Ruge angestrebte Anwendung historisch-materialistischer Methoden »auf die eigene Geschichte« als völlig gelungen angesehen werden kann, müssen Historiker entscheiden. Das Manko des Geschichtsschreibers Ruge, kein Sozial- und Wirtschaftshistoriker im engeren Sinne zu sein, trifft aber nicht nur ihn, sondern Philosophen und manch andere Historiker.

Nach der Öffnung der Staatsgrenze am 9. November äußerte sich Ruge in einem Aufsatz der *Weltbühne* vom 5. Dezember 1989 unter dem Titel »Gewaltenteilung im Sozialismus« erstmals zur eingetretenen Situation in der DDR. Der Artikel macht deutlich, daß Ruge zu diesem Zeitpunkt noch nicht voraussah, daß mit dem 9. November ein Prozess in Gang gekommen war, an deren Ende der Anschluss der DDR an die BRD und damit die Umwälzung der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse in der DDR stand. Noch ging er davon aus, daß die DDR reformiert werden könne und weiter existieren würde. Mit dieser naiven Illusion war er nicht allein. Auch sein früherer Kollege in der Akademie der Wissenschaften, Jürgen Kuczynski, hielt eine »konservative Revolution«, d. h. Reformierung der DDR unter Aufrechterhaltung der Eigentumsverhältnisse, für möglich. 1991 revidierte [272] Kuczynski seine ursprüngliche Überzeugung und nannte als Hauptursachen des Untergangs der DDR »die illusionäre Unvernunft des Volkes in der EX-DDR und die Profit-Vernunft des Kapitals in der alten BRD«[51]. Die staatliche Weiterexistenz einer durch »Erneuerung« konsolidierten DDR konnte ohne Rechtsbruch nur nach dem Willen der eigenen Bevölkerung beendet werden. Also unternahm die BRD alles, um u. a. durch die Einführung der D-Mark in der DDR die Bevölkerung der DDR auf ihre Seite zu ziehen. »Obhutspflichten« gegenüber Staatsbürgern auswärtiger Staaten – die DDR war Mitglied der Vereinten Nationen – kennt das Völkerrecht nicht.

Resultat des am 9. November 1989 in Gang gekommenen und gegenrevolutionäre Maße annehmenden Prozesses war es, daß trotz aller Defizite an effektiver Demokratie und Rechtschutz für die Bürger – und wer wollte im Westen den ersten Stein werfen? – das Maß an Partizipation und sozialer und politischer Kontrolle am Arbeitsplatz, in den Wohngebieten und auf lokaler Ebene, das in der DDR, wenn auch inkonsequent, erreicht worden war, auf das Niveau zurückfiel, das für die BRD typisch war. Auch später wollte Ruge weder den ihm vertrauten Begriff der »Konterrevolution« noch den vom Westen propagierten Begriff der »Revolution« übernehmen. Er hielt sich 1993 – ebenso wie Hobsbawm – an den klassenindifferenten und semantisch den demokratischen Aufbruch in der DDR verleugnenden Begriff der »Wende«[52].

In einem Aufsatz in der *Weltbühne* vom 12. Dezember 1989 befasste sich Ruge mit Fragen der Geschichtsmethodologie. Schmerzhaft habe seine Generation, »die Generation des Aufeinanderpralls zweier Gesellschaftssysteme« Abstand von dem »Glauben an die Determiniertheit der Entwicklung« genommen. »Nirgends« (am allerwenigsten in einem so kompliziert strukturierten Gebilde, wie es die Gesellschaft ist) gebe es »*monokausale* Entwicklungen«. »Nichts ist *einzig und allein* auf die vom Stand der Produktivkräfte abhängigen Produktionsverhältnisse, auf Klassenantagonismen, Interessendivergenzen innerhalb einer Klasse, auf außerökonomisch gewachsene Machtmechanismen oder auf Eigenheiten (Fähigkeiten) exponierter Persönlich-

50 Hans Heinz Holz. Verkörperung der Widersprüche. J. W. Stalin (1879–1953). In: Unsere Zeit vom 17. Dezember 1999, S. 15. Hervorhebung – FMB.

51 Jürgen Kuczynski, Die Katastrophe in der EX-DDR und ihre Ursachen. In: Manfred Bobke-von Camen u. a., Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm. Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation, Marburg 1991, S. 101–102, hier S. 102.

52 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft in der DDR. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 332–349, hier: S. 333.

keiten zurückzuführen«[53]. »Das Bewusstsein, daß die Geschichte offen ist, kann (und muss) die vielen Einzelnen, die hier und heute leben, dazu anspornen, sich mit all ihrer Kraft für eine bessere Welt, für einen dieses Namens wirklich würdigen Sozialismus einzusetzen.«[54]

[273] Für Ruge galt der Spruch des Cheruskerführers nach der Niederlage gegenüber den Römern: Ich verbrenne nicht, was ich angebetet habe, und ich bete nicht an, was ich verbrannt habe. Unzutreffend ist die Unterstellung, Ruge habe sich von seinen Positionen als marxistischer Historiker in toto losgesagt. Allein die beiden Beiträge zum 150. Jahrestag des Kommunistischen Manifests in der von Eric Hobsbawm herausgegebenen Aufsatzsammlung und sein letzter großer wissenschaftlicher Beitrag in der Zeitschrift »Utopie *kreativ*« zum Thema »Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung« aus den Jahren 1998 und 1999 sprechen eine andere Sprache. Mit Argumenten wehrte er sich dagegen, die ehemaligen DDR-Staatsbürger »zu diffamieren und zu degradieren«. Er erinnerte die »Demokratiemanager am Rhein« daran, daß sich schon die Parteien der sogenannten Weimarer Koalition außerstande erwiesen, ihre Schöpfung – die Republik – vor dem Ansturm Hitlers und seiner Mannen zu retten. »Die Zentrumsführer hatten sich – wiewohl erfolglos – als Koalitionspartner der Hakenkreuzpartei angeboten und nicht anders als die Liberalen Hitlers Ermächtigungsgesetz im Reichstag zugestimmt«[55].

Wolfgang Ruge und die DDR-Geschichtswissenschaft

Aktuell bedeutsam und hilfreich war sein Nachdenken über die Geschichtswissenschaft der DDR. Es gab all denen eine Orientierung, die in Gefahr geraten waren, angesichts des »Anschlusses« der DDR an die BRD ihr Selbstbewusstsein zu verlieren. Couragiert und differenziert nahm er die Geschichtswissenschaft der DDR angesichts des Rausches der »Abwicklung«, der er nur aus Altersgründen entging, in Schutz, eine Ausschaltung nicht nur der ostdeutschen Historiker, die nichts anderes war als die verfassungswidrige und massive Übertragung der »Berufsverbotspolitik« der BRD auf die DDR. Grundlage der »kolonialistischen Vereinnahmung«[56] der DDR war der Einigungsvertrag, in dem das Völkerrechtssubjekt DDR angeblich auf Grund des Art. 23 des GG, also der Verfassung eines anderen Völkerrechtssubjekts, »beigetreten« war, jener BRD, »die sich (völkerrechtswidriger Weise! – FMB) als Rechtsnachfolger des deutschen Nationalstaates verstand, sich der Aufarbeitung der NS-Zeit entzog, Nazi-Blutrichter und Massenmörder schonte, vielfach die Entfaltung antidemokratischer Strömungen begünstigte und sich der Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges widersetzte«[57].

[274] Nein, der Antifaschismus »als Staatsräson der DDR« brauchte nicht »verordnet« zu werden; »den Verfolgten des Hitlerregimes sowie den Aktivisten des Neuaufbaus schon gar nicht; den übrigen, die Mehrheit ausmachenden Teilen der Bevölkerung deshalb nicht, weil er das Bekenntnis gegen den nun allenthalben verabscheuten Krieg einschloss«. Ruge verwies auf die beachtlichen Erfolge der DDR-Geschichtswissenschaft. Die Auswahl von Untersuchungsfeldern (und damit *die Inkaufnahme ›weißer Flecken‹*) sowie die Selektion von Tatsachen sei »*keineswegs nur für die marxistische Forschung«* charakteristisch[58]. Daß »unliebsame oder vermeintliche Randerscheinungen« vernachlässigt worden seien, sei kein ausschließliches Charakteristikum für die Geschichtswissenschaft in der DDR. Ruge erinnerte daran, daß die gesamte Arbeiterbewegung für Generationen bürgerlicher Wissenschaftler »ein einziger weißer

53 Wolfgang Ruge, Weiße Flecken auf dunklem Grund, a. a. O., S. 230.
54 Ebenda, S. 232.
55 Wolfgang Ruge, Vom hohen Ross. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 254–256, hier: S. 256.
56 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft in der DDR, a. a. O., S. 334.
57 Wolfgang Ruge, Zur Geschichtsschreibung in der DDR. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 318–331, hier: S. 321.
58 Ebenda.

Fleck«[59] war. So habe es 500 Jahre gedauert, bis das Tabu, mit dem die Geschichte der Ausrottung der amerikanischen Urbevölkerung belegt war, ins Wanken gebracht werden konnte.

In der BRD seien »die Männer des 20. Juli als Wegbereiter einer Ordnung à la Bundesrepublik, die sie in Wirklichkeit nicht waren«, gewürdigt worden. Man habe »so getan, als hätte es neben ihnen keinen Widerstand gegeben«[60]. Unbestreitbare Tatsache sei jedoch, daß die KPD, deren Führung allerdings nicht oder nur begrenzt kritisiert werden durfte, die »größten Opfer im Kampf gegen den Nationalsozialismus«[61] erbracht hat. Die Pflege der antifaschistischen Traditionen habe dazu geführt, daß »in der DDR intensiv über den faschistischen Terror, die Konzentrationslager, auch über Raub-, Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik in den okkupierten Ländern geforscht«[62] wurde. Da die deutschen Juden, sofern sie Widerstand leisteten, »nicht als Juden, sondern als *politisch* engagierte Hitler-[275]gegner – als Kommunisten, Sozialdemokraten und Pazifisten usw. – angetreten waren, hielt man es für angezeigt, sie auch *als solche* zu würdigen«[63].

Viele Forschungsergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft »können der Kritik standhalten«[64]. Historiker der DDR hätten im Zusammenhang mit der Forschung über die Novemberrevolution z. B. »anspruchsvolle Arbeiten über das Heranreifen der antimilitaristischen Erhebung, über Streiks und Kämpfe, über die Räte, den Rat der Volksbeauftragten und die Rolle Friedrich Eberts, über die konterrevolutionären Militärs, die Freikorps, die Taktik der in Bedrängnis geratenen Industriellenverbände, über die USPD, die revolutionären Obleute und den Spartakusbund, über Luxemburg und Liebknecht vorgelegt«[65]. Es sei jedoch ein Fehler gewesen, zu glauben, die Sieger, zumindest die Sieger von morgen, zu sein[66]. »So erschienen Faschismus und Zweiter Weltkrieg nur als ein zwar weiter und opferreicher, aber doch nur als ein ›Umweg‹, den der Fortschritt genommen habe.« Umso schmerzlicher sei die Tatsache, so Ruge 1993, daß der Faschismus kein »Betriebsunfall« (Emil Carlebach) der deutschen Geschichte, auch »kein

---

59 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft in der DDR, a. a. O., S. 342. Erinnert sei nur daran, daß der untadelige Antifaschist vor und nach 1933 und 1945, einer der ganz wenigen sozialistischen Marxisten als angefeindeter und vom Verfassungsschutz überwachter Hochschulprofessor in der BRD, Wolfgang Abendroth, erst 1954 im Oberseminar, persönliche Einladung erforderlich, wagen konnte, den »Widerstand im Dritten Reich« zu thematisieren. Nachdem er 1959 seine erste Vorlesung über »Die Widerstandsbewegungen gegen das Dritte Reich« hielt, fand 1964 ein entsprechendes Hauptseminar zum gleichen Thema statt. Erst kurz vor seiner Emeritierung im Jahre 1972 machte er »Die deutsche Arbeiterbewegung im Widerstand gegen das Dritte Reich« zum Thema seiner Vorlesung. Siehe Lehrveranstaltungen von Wolfgang Abendroth (1945 bis 1981). In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM, 2. durchgesehene und stark erweiterte Auflage, Bonn 2006.

60 Wolfgang Ruge, Zur Geschichtsschreibung in der DDR, a. a. O., S. 327.

61 Ebenda, S. 328.

62 Ebenda.

63 Ebenda, S. 329. Hervorhebung – FMB. Zur aktuell entfachten Diskussion über Antisemitismus und DDR siehe Heinz Kersten, Verordnete Bilder? Wie antisemitisch war die DDR? In: Freitag, vom 3. August 2007, S. 6. Kersten formuliert das Resümee seiner filmischen Spurensuche mit den Worten des israelischen Geschichtsprofessors Frank Stern, der konstatiert, »daß einige der hervorragendsten deutschsprachigen Filme, die jüdische Charaktere, die deutsch-jüdische Erfahrung und die Shoa repräsentieren, in Babelsberg produziert worden sind [...] Die gewagte These, daß die Kultur der DDR sich nicht mit jüdischen Themen oder Antisemitismus befasst hat, gehört zur apologetischen Publizistik des Kalten Krieges oder zur Wiederholung antikommunistischer Illusionen in der bundesdeutschen Nach-Vereinigungs-Kampf-Literatur.« Zur BRD siehe auch Frank Stern, Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991.

64 Wolfgang Ruge, Zur Geschichtsschreibung in der DDR, a. a. O., S. 331.

65 Wolfgang Ruge, Russischer und deutscher November. Überlegungen zum Revolutionsvergleich. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 533–550, hier: S. 534.

66 Helmut Ridder bezeichnete diese Attitüde als die Borniertheit »des Hurra und ›Es ist erreicht‹-Sozialismus«. Siehe Ridder, Siegesrausch und Unterwerfungsjammer. Rede bei der Beerdigung von Gerhard Riege am 6. März 1992 in Jena. In: Trauer ist ja die Fortsetzung der Liebe. Abschiede und Erinnerungen, Berlin 2001, S. 61.

Umweg der deutschen Geschichte war, sondern ein Abschnitt auf ihrer Hauptstraße.«[67]

Zu den Essentials der DDR-Geschichtswissenschaft rechnete Ruge 1993 – und sie bildeten zugleich auch das Credo der traditionalistischen alten und jungen Linken im Westen – folgende Fakten: »... daß die Oktoberrevolution unser Jahrhundert nachhaltig geprägt hat, daß die Sowjetunion mit ihren unbestreitbaren Erfolgen (Alphabetisierung, Industrialisierung, jahrzehntelanges Wachstum ihres [276] wirtschaftlichen und politischen Gewichts) Argumente für die Lebensfähigkeit, ja angesichts ihrer Entwicklungstempi für die Überlegenheit des Sozialismus lieferte, daß die Niederwerfung des Faschismus, an dem die UdSSR maßgeblich beteiligt war, als epochaler Sieg über den Antihumanismus gewertet werden mußte, schließlich, daß die Umwälzung im Osten Deutschlands nach 1945 eine weitaus gründlichere Abkehr von der dunklen Vergangenheit darstellte als der Neubeginn im Westen und folglich großartige Hoffnungen weckte«.[68]

So wie »die DDR nur als Reaktion auf imperialistische Jahrhundertverbrechen«[69] zu begreifen sei, müsse auch ihre zugespitzt antiimperialistische Geschichtsschreibung als Bemühen gewertet werden, die Wurzeln zurückliegender Katastrophen bloßzulegen und damit einen Beitrag zur Verhütung künftiger verheerender Entwicklungen zu leisten. Ihrer antikapitalistischen Grundhaltung müssten sich die DDR-Geschichtswissenschaftler »nicht schämen«[70].

Er selbst sah deshalb auch keine Veranlassung, sich von den Grundthesen seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu distanzieren, und bezog sich dabei insbesondere auf seine Studien zur Novemberrevolution und die Rätebewegung, über die Außenpolitik nach Versailles und die Hintergründe deutscher Aggressionsplanungen, über die monopolkapitalistischen Wurzeln des Hitlerfaschismus und die nazistische Okkupationspolitik. Zwar sei in der DDR die Geschichte der SED zu einer »unaufhaltsamen Erfolgsstory zurechtgebogen« worden. Aber Geschichtswissenschaft, deren Gegenstand Gesellschaft und gesellschaftliche Führung sind, sei von ihrer Natur her eine »eminent politische Wissenschaft« – auch dort, wo ihre Vertreter vorgeben, jeder Politik fern zu stehen. Gesellschaftlichen Themen wenden sich eben nur diejenigen zu, die – direkt oder indirekt – etwas in den aktuellen Auseinandersetzungen bewirken wollen. Wäre dem nicht so, würden sich die Historiker »mit dem Halsband von Stresemanns Hündchen oder mit Stalins Pfeifenkollektion« beschäftigen. Bei dem »pseudojuristischen Terminus ›Unrechtsstaat‹« handele es sich um ein »Instrument zur Verordnung des jetzt hoch im Kurs stehenden Antikommunismus, d. h. einer keine Diskussion über Einzelfragen [...] zulassenden Totalverurteilung sozialistischen Denkens und ›realsozialistischen‹ Handelns«[71]. Amüsant sei dabei, daß der Marxist Dietrich Eichholtz die Leninsche Theorie etwa zur gleichen Zeit einer partiellen Kritik unterzog, als Christoph Türcke in der »ZEIT« anerkannte, daß »Lenin dem Imperialis-[277]mus eine der gründlichsten Diagnosen gestellt habe, ohne deren Kenntnis die Gegenwart nicht zu begreifen«[72] sei.

»Das Bleibende an Marx«, so Ruge 1993, »ist meiner Überzeugung nach seine historisch-dialektische *Methode*, die von der Einheitlichkeit der materiell existierenden Welt ausgeht und die Produktion als die Grundlage, die Produktionsverhältnisse als den wichtigsten Gestaltungsfaktor der menschlichen Gesellschaft betrachtet«[73]. In seiner letzten hier abgedruckten Veröffentlichung aus dem Jahre 1999 heißt es: »Dieses materialistische Verständnis der Dialektik (der dialektische Materialismus) und seine Anwendung auf die Gesellschaft (der historische

67 Wolfgang Ruge, Zur Geschichtsschreibung in der DDR, a. a. O., S. 331.
68 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft in der DDR, a. a. O., S. 335.
69 Ebenda, S. 336.
70 »Ist es nicht schlimmer, sich einer guten Tat zu schämen, als eine schlimme Tat zu begehen?« Helmut Ridder, Siegesrausch und Unterwerfungsjammer, a. a. O., S. 63.
71 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft in der DDR, a. a. O., S. 341.
72 Zit. nach ebenda, S. 345.
73 Ebenda, S. 347 f. Hervorhebung – FMB.

Materialismus) werden, so meine ich, unumstößlicher Bestandteil jeder die menschliche Praxis bereichernden und folglich weiterführenden Wissenschaft bleiben und sichern Marx einen festen Platz in der Wissenschaftsgeschichte zu«.[74]

Hitler und Stalin kommen als den Schlüsselfiguren des 20. Jahrhunderts eine besondere Bedeutung zu. Die Kompliziertheit des Geschichtsprozesses – Ruge erinnerte dabei an den von Lenin verwendeten deutschen Ausdruck »Vertracktheit« – sei größer, als man es sich vorgestellt habe. »Alle am Zustandekommen der Geschichte Beteiligten sind, sich ununterbrochen verändernd, durch unzählige Bande miteinander verklammert: Die sogenannten großen, höchst unterschiedlich motivierten Persönlichkeiten, die gegensätzliche Interessen zur Geltung bringenden Gruppen und Cliquen, die sich bald duckenden, bald indoktrinierten oder in Radikaleruptionen und Montagsdemonstrationen aufbegehrenden Massen«. Ausdrücklich bezog sich Ruge dabei auf Engels, »dem wir das anschauliche Bild vom geschichtlichen Ereignis als der Resultante einer unendlichen Gruppe von Kräfteparallelogrammen verdanken«, und räumte ebenso wie Hobsbawm der »Zufälligkeit« den »Rang einer *Ergänzung und Erscheinungsform der Notwendigkeit*«[75] ein. »Historische Umbrüche bestätigten, daß deren Abläufe und Resultate sowohl ›gesetzmäßig‹ als auch zufällig, sowohl prädeterminiert als auch indeterminiert waren«[76].

[278] Phänomene und Probleme der Gegenwart erwachsen nach Ruge nicht einfach aus der Verlängerung früherer Trends: »... von frappierenden technischen Neuerungen (Fernsehen, Atomkraft, Computer, um nur einige zu nennen), von gewendeten ökonomischen Sachverhalten (Beschäftigungsmangel im Know-How-Zeitalter, Loslösung des Finanzwesens von der Produktion, Neugewichtung des Dienstleistungszweiges), von sich selbst pervertierenden Entwicklungen im politischen Bereich (Mafiosierung der Staaten, fundamentalisierte Verkehrung von Befreiungsbewegungen), von menschheitsgefährdenden neuen Dimensionen individueller Habgier (Naturzerstörung, Müllkollaps, weltweit organisierter Kriminalität)«[77].

Der Kapitalismus habe sich als überaus »anpassungs- und lebensfähig«[78] erwiesen. Möglicherweise verlieh die Herausforderung des Roten Oktober und die Herausbildung des sozialistischen Lagers nach dem Zweiten Weltkrieg dem Kapitalismus, der sich (zu Recht oder zu Unrecht) tödlich bedroht sah, erst die »Reformfähigkeit, die ihm zu seiner heutigen Überlegenheit verhalf«[79]. Mit dem Ende des Sozialismus als weltbestimmendes Staatensystem kann der Kapitalismus auf diese Herausforderung und diesen Anpassungszwang verzichten. Die DDR sitzt nicht mehr am Verhandlungstisch der sozialen Gegenspieler in der BRD. Die Übel aber wuchern nicht nur weiter, sie nehmen zu. »Um die Grundwidersprüche der Ausbeuterordnung auszurotten, werden und müssen auch künftig sozialistische Gesellschaftsentwürfe entstehen«. Ruge blieb so als ein »Streiter für eine auf Vernunft gegründete Zukunft mit Mut und Zuversicht erfüllt«. Die »Kenntnis der Grenzen des Menschenmöglichen« könne es erleichtern, Fehlent-

---

74 Nach dem vorläufigen Ende des Sozialismus drängte sich für Ruge die Frage auf, »ob für die historischen Gesetzmäßigkeiten – wenn sie überhaupt existieren – nicht dasselbe zutrifft, was die moderne Forschung für die Naturgesetze feststellt, nämlich daß sie nur in begrenzten (durch das wachsende Wissen präzisierten und damit schrumpfenden) Bereichen Gültigkeit besitzt.« (Wolfgang Ruge, Russischer und deutscher November. Überlegungen zum Revolutionsvergleich, a. a. O., S. 536) Sich zur Selbstkritik bekennend, berief sich Ruge auf Brecht »Nur wer sich ändert, bleibt sich treu«.

75 Wolfgang Ruge, Dem Menschenmöglichen sind Grenzen gesetzt. Die Ebenbürtigkeit von Kausalität und Zufall in der Geschichte. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 382–387, hier: S. 383. Hervorhebung – FMB.

76 Wolfgang Ruge, Dem Menschenmöglichen sind Grenzen gesetzt, a. a. O., S. 384.

77 Ebenda, S. 384 f.

78 Ebenda, S. 386.

79 Wolfgang Ruge, Russischer und deutscher November. Überlegungen zum Revolutionsvergleich. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 533–550, hier: S. 539.

scheidungen in Vergangenheit und Gegenwart zu korrigieren[80]. Die Lektion, die der Sozialismus der Menschheit erteilt habe, könne nur aufgearbeitet werden, »wenn sich daran auch diejenigen beteiligen, die ihn erlebt und gelebt haben, die für ihn eingetreten sind«[81]. An Zivilcourage, sich dieser Herausforderung zu stellen, mangelte es Ruge nicht.

Unter Sozialismus verstand Ruge, daß »der Mensch seine individuellen Neigungen und Möglichkeiten entfalten kann«. Aktuell bedeute dies, daß »jeder Arbeit hat und für diese gerecht entlohnt wird – mag der Begriff ›gerecht‹ auch relativ sein: Daß alle Menschen Essen, Kleidung, ein Dach überm Kopf haben, daß ihnen menschenunwürdige Verhältnisse, Erniedrigungen und Entwürdigungen erspart bleiben«[82].

[279] An Engels' Erkenntnis von der »notwendigen Überwindung des Kapitalismus«[83] hielt Ruge fest. Wendehälsig oder schweigend wollte er nicht vor dem die Fortexistenz der Menschheit bedrohenden Kapitalismus kapitulieren. Anlässlich seines 80. Geburtstages im Jahre 1997 erklärte er im *Neuen Deutschland*: »Der Kapitalismus ist nicht die Antwort auf die Geschichte – im Gegenteil. Mit seinem ungezügelten Profitstreben steuert er militärisch oder ökologisch auf den Untergang der Menschheit zu«[84]. Noch 2003 schloss Ruge sein Buch über Heinrich Brüning mit den letzten drei Sätzen aus Hobsbawms »schloss Times«: »Still, let us not disarm, even in unsatisfactory times. Social justice still needs to be denounced and fought. The world will not get better on its own«[85].

Wolfgang Ruges Memoiren »Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration«

Wie mancher andere bedeutende Historiker, zum Beispiel Peter Gay, Wilma und Georg G. Iggers, Eric Hobsbawm, George L. Mosse, Gerhard Fuchs und Fritz Klein, legte auch Wolfgang Ruge seine lange begonnene Autobiographie vor. Der Titel »Berlin-Moskau-Sosswa. Stationen einer Emigration« weist bereits auf die Tatsache hin, daß es sich nur um eine Teilautobiographie handelt, denn sie beschäftigt sich ausschließlich mit dem Zeitraum von seiner im Jahre 1933 erfolgten Flucht in die Sowjetunion bis zu seiner späten Entlassung aus der Verbannung im Jahre 1956 in die DDR.

Ruge selbst schreibt in seiner Vorbemerkung »Dies ist eine *schlichte Niederschrift* der Geschichte *eines im kommunistischen Elternhaus erzogenen Jünglings, der, kaum sechzehnjährig, in die Sowjetunion ausreiste.* [...] Der nachfolgende Tatsachenbericht ist aber weit mehr als eine Auseinandersetzung mit seinen Erfahrungen in der Sowjetunion, sondern bietet zugleich einen *Blick in den Abgrund menschlicher Verhaltensweisen und Widersprüche – überall auf der Welt.*«[86]

[280] Seine Memoiren sind also mehr ein Stück Literatur als eine wissenschaftliche Auseinan-

---

80 Ebenda, S. 550.

81 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft in der DDR, a. a. O., S. 349.

82 Wolfgang Ruge, Wir müssen völlig neue Sichten auf die Geschichte gewinnen. a. a. O., S. 497.

83 Wolfgang Ruge; Von der Wissenschaft zur Utopie. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 303–306, hier: S. 305.

84 Diese Äußerung fand umgehend Eingang in die Wochenzeitung DIE ZEIT Nr. 46 vom 7. November 1997 als Äußerung eines Mitglieds der Akademie der Wissenschaften der DDR.

85 Zit. nach: Wolfgang Ruge, Wer war Heinrich Brüning, Bonn 2003, S. 97.

86 Wolfgang Ruge, Berlin – Moskau – Sosswa, a. a. O., S. 7. Hervorhebung – FMB. Gerhard Feldbauer, der schärfste Kritiker von Ruges Memoiren, übersieht diese meisterhaft durchgehaltene Erzählperspektive völlig und macht aus den Wahrnehmungen des Jünglings die Niederschrift eines alten, erfahrenen antikommunistischen Mannes. Die Schilderung der jungen Jahre der Persönlichkeitsentwicklung zeigen stattdessen eine ungemein subtile Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft. Auch die Angst vor den Klassikern im Original und sein damaliges Unverständnis ihnen gegenüber gehören letztlich dazu (S. 353). Kaum eine Autobiographie eines mit den Klassikern u. a. Marx, Engels und Lenin [280] bestens vertrauten Wissenschaftlers, sondern der Bericht eines Heranwachsenden.

dersetzung mit dem Stalinismus, so sehr auch die eindringlichen Schilderungen des Elends unter Stalin die Bewunderer der Sowjetunion treffen. Vorausgegangen war Ruges wissenschaftliches Buch aus dem Jahre 1991 »Stalinismus – Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte«[87] und die vorliegenden publizistischen Beiträge in diesem Sammelband, die Geschichte der Sowjetunion betreffend.

Das Echo von Lesern und Rezensenten war groß. Allein 23 Rezensionen erschienen, davon die allermeisten mit deutlicher Anerkennung. Aus den umfangreichen Rezensionen ließe sich mühelos ein Buch mit 125 Seiten erstellen. DIE ZEIT schrieb: »Wie Menschen sich behaupteten in dieser Welt der Willkür, Gewalt und Korruption – oder an ihr scheiterten –, das zeigt Ruge an vielen Beispielen. Ein bei allem Elend farbiges Panorama eines Lebens am Abgrund.«[88]

Die FAZ rechnete Ruge zu den »profiliertesten und produktivsten Geschichtswissenschaftlern der DDR« und bezeichnete »die ständige Reflexion seiner kommunistischen Überzeugungen« als »den Kern seiner Memoiren«.[89] »Das Verdienst des Buches ist es, zahlreiche Einzelschicksale dem Vergessen und der scheinbaren Bedeutungslosigkeit zu entreißen.« Mit den Augen des Historikers habe Ruge »die Mechanismen, Funktionsweisen und Hierarchien der Lager« analysiert und dargestellt. Ruge sei »ein guter Beobachter mit Liebe zum Detail«. »Mit seinem Buch werden nicht nur bedeutende Ereignisse der sowjetischen Geschichte *aus der Sicht des einzelnen* erklärt. Vielmehr erfährt eine weitere, mitunter ausgeblendete und in sich inhomogene Opfergruppe des Zweiten Weltkriegs ihre besondere Würdigung.« Abschließend resümiert Babette Heusterberg: »Der 86 Jahre alte Wolfgang Ruge hat ein sehr persönliches, ehrliches und aufklärendes Buch geschrieben.«[90]

Auch für Peter Stachel von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften handelt es sich »um ein glänzend geschriebenes, auch in literarischer Sicht [281] ansprechendes Buch« »von hohem historischem Wert.«[91] Den deutschen Titel von Hobsbawms Autobiographie bemühend, bezeichnete Stachel Ruges Memoiren »als Geschichte einer Desillusionierung, als exemplarische Darstellung eines Lebens in den ›gefährlichen Zeiten‹«[92] Dieter Winkler glaubt, daß, wenn Ruge seinen Band in der 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts veröffentlicht hätte, er »sicher ein Welterfolg« geworden wäre. »Aber auch so ist er auf Grund seiner Materialfülle und der präzisen Beschreibungen von Charakteren der Stalinzeit für jeden Sowjetunionforscher und Interessierten immer noch ein unbedingtes Muss«.[93]

Auch unter den Linken beschäftigten sich zahlreiche namhafte Autoren mit dem Buch in klugen, differenzierten, kritischen und großenteils eingehenden Überlegungen. Beteiligt waren u. a. Werner Röhr in der *jungen Welt*, Kurt Pätzold im *Neuen Deutschland* und in *Ossietzky*, Georg Fülberth im *Freitag* und in *Konkret*, Manfred Weißbecker in der *Zeitschrift für marxistische Erneuerung* (Z), Günter Judick in den *Marxistischen Blättern*, Helmut Bock in *Utopie kreativ*, Erwin Könnemann in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* und im *Tagesspiegel*, Wladislaw Hedeler in der *Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz* (IWK), Paul Heider im

---

87 Dieses längst vergriffene Buch ist zusammen mit seiner Stresemann-Biographie, zahlreichen Aufsätzen aus der Zeit vor 1989 und einer Gesamtbibliographie wieder nachlesbar. Siehe Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Ruge für Einsteiger und Fortgeschrittene, Bonn 2003. Als Hörbuch enthält die CD außerdem 4 Stunden mit 15 Beiträgen von Wolfgang Ruge in Radio DDR. Siehe www.friedrich-martin-balzer.de.

88 Fritz Klein, Nahe am Abgrund. Wolfgang Ruge erinnert sich an seine Exiljahre in Russland. In: DIE ZEIT vom 25. September 2003, Literaturbeilage S. 29.

89 Babette Heusterberg, Der Historiker Wolfgang Ruge blickt auf seine Leidenszeit als Emigrant und Arbeitsarmist zurück. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Oktober 2003, S. 46.

90 Ebenda.

91 Peter Stachel in: Historische Literatur, 2. Band, 2004, Heft 2, S. 233–235, hier S. 235.

92 Ebenda.

93 Dieter Winkler in: Forum Politikunterricht/FPU), 1/2004, S. 61–62, hier S. 62.

JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Karl Heinz Roth in *Sozial-Geschichte*. Keiner der Rezensenten bestreitet die Verpflichtung, die Sowjetunion nicht am Imperialismus, sondern an ihren einstigen eigenen Vorstellungen zu messen. Viele heben hervor, wie sehr sich der »russische Nationalismus« über den »proletarischen Internationalismus« erhoben habe. Nicht alle teilen sämtliche Schlussfolgerungen und Wertungen, aber jeder empfahl das Buch als ernstzunehmende Lektüre. Viele lobten die literarischen Qualitäten des Buches, weil es eindringlich den unmenschlichen Alltag im Stalinismus und immer wieder auch Zeichen wahrhaft menschlichen Handelns schildert. Ruges Memoiren seien »große Literatur«. »Diese Autobiographie ist das vielleicht schrecklichste und zugleich eines der besten Selbstzeugnisse eines Deutschen im 20. Jahrhundert«.[94]

Eine Ausnahme macht lediglich Gerhard Feldbauer, der an drei Publikationsorten versuchte, Ruge als Renegaten, als Karrieristen und Opportunisten zu diskriminieren. Geradezu zynisch war Feldbauers Frage, ob denn Ruge »völlig schuldlos in die Verbannung geriet«, ob der 19jährige nicht selbst auch den Anlass lieferte, ihm zu misstrauen. Grund für seine Verbannung könne ja immerhin sein Ausreiseantrag nach Palästina gewesen sein. Durch die von Feldbauer aufgeworfene Frage entsteht der Eindruck der Rechtfertigung der Deportation *aller* sowjetischen Staatsbürger »deutscher Nationalität« *ohne Ansehen der Person*, einschließlich z. B. Heinrich [282] Vogeler, der, nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion von Moskau nach Kasachstan evakuiert wurde, wo er auf einer Baustelle an einem Staudamm arbeiten mußte, bis ihn seine Kräfte verließen.

Den Bewusstseinsstand von Ruge verkehrend, unterstellt Feldbauer Ruge das Motiv, sich als »Sieger der Geschichte«[95] präsentieren zu wollen. Ruge habe »die *meisten seiner in der DDR bezogenen marxistisch-leninistischen Positionen widerrufen*«.[96] Ruge sei »*in Form und Inhalt dem antikommunistischen Stil bürgerlicher Schreiberlinge*«[97] verfallen. Ruge sei in das Fahrwasser »antisowjetischer Geschichtsfälscher« geraten. Sich nicht nur auf Ruges Memoiren konzentrierend, sondern auch den Werdegang nach 1989 einbeziehend, kritisiert Feldbauer Ruges »*revisionistisches, bürgerliches Denken, seine defätistische und durchweg ahistorische Betrachtungsweise*«. Es sei »erschütternd, wie der einst hochqualifizierte Wissenschaftler Ruge, der sich sowohl durch Klarheit der Analyse als auch geschliffenes Wort auszeichnete, zu einem *Dutzend-Schreiber bürgerlichen Formats* abgesunken und *auf die andere Seite der Barrikade gewechselt*«[98] sei. Wer Wolfgang Ruge in seinen letzten Jahren als bescheidenen, völlig uneitlen Menschen kennengelernt hat und seine Beiträge aus den Jahren 1998/99, kann über solche Anwürfe, die Ruge selbst gelassen hinnahm, nur den Kopf schütteln.

Bei der Beurteilung von Ruges publizistischem Wirken vor und nach 1989 ist dessen persönlicher Lebensstil mit in Betracht zu ziehen. Bereits während seiner Zeit an der Akademie der

---

94 Mario Keßler, Erlittener Stalinismus. Ein deutscher Historiker im russischen Lager. In: Sozialismus 9/2004, S. 56–58, hier 58.

95 Gerhard Feldbauer, Wolfgang Ruge bleibt auf antikommunistischem Kurs. In: Roter Brandenburger, März 2004, S. 11. Noch bis in die letzten Veröffentlichungen im Jahr 2002 lässt sich belegen, daß Ruge sich den Versuchen widersetzte, den Kommunismus zu verteufeln. Er hielt den von Heinrich August Winkler propagierten und bei der »Abwicklung« marxistischer Kollegen an der Berliner Humboldt-Universität praktizierten Antikommunismus für »völlig ungeeignet« (Hohelied auf die SPD und das »kleinere Übel«. In: ND vom 7. Januar 1994, S. 13). Der Erkenntniswert des Supplements zum »Schwarzbuch des Kommunismus« halte sich in Grenzen, da die »Intention, den Kommunismus zu delegitimieren« so stark sei, daß die »wissenschaftliche Unvoreingenommenheit auf der Strecke« bleibe (Gleiches Strickmuster, in: ND vom 14. Juni 2002, S. 11.

96 Gerhard Feldbauer, Eine Betrachtung zum Sosswa-Buch Wolfgang Ruges und seinem politischen Werdegang. In: Offensiv, 1/2004, S. 35–45, Hervorhebung – FMB.

97 Ebenda, Hervorhebung – FMB.

98 Ebenda – Hervorhebung FMB.

Wissenschaften bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1982 war unter Zeitzeugen bekannt, daß Ruge ein »Einzelgänger«, ein sensibler Solitär mit phänomenalem Gedächtnis war, der seine Veröffentlichungen freimütig seinen Kollegen zur Diskussion vorlegte, aber nach Anhören geäußerter Kritik im Wesentlichen bei seinen argumentativen Positionen blieb. »Er sprach nachdenklich – ein Stil, den er auch in Sitzungen beibehielt, wie kontrovers sie inhaltlich verlaufen mochten.«[99]

[283] Zu seiner isolierten Lebenssituation gehört auch die Tatsache, daß Ruge, der sich selbst als »lebenslangen Außenseiter« sah, nach 1982 den Kontakt zu den meisten seiner ehemaligen Kollegen nicht pflegte und – wie gewohnt – seine zahlreichen Veröffentlichungen in »splendid isolation« schrieb, nicht auf Beifall oder Kritik abstellend oder angewiesen.

Der Streit um das Erbe von Wolfgang Ruge

Bereits in den Rezensionen zu seinen Erinnerungen, aber auch in den Nachrufen deutete sich ein Streit um das Erbe von Wolfgang Ruge an. Wollten ihn die einen nur als Historiker des Imperialismus gelten lassen, der aber nach dem »Sündenfall« seiner Kritik an der Geschichte der Sowjetunion nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen sei, wollten die anderen ihn nur noch als Kritiker des Stalinismus vereinnahmen und dabei sein Gesamtwerk und sein Festhalten an bestimmten marxistischen Erkenntnissen und Forschungsergebnissen ignorieren. Übersehen wurde dabei das Motto, das Wolfgang Ruge seinem Band über den »Stalinismus« vorangestellt hatte.

»Wahrhaftigkeit will [...] die ganze Wahrheit, denn die Wahrheit ist immer das Ganze, nicht abgewogen, nicht zugemessen, nicht ausgewählt und nicht abgestuft, nicht in irgendeinem Dienste stehend, der sie nach Belieben gebraucht und von dafür Befugten verwalten lässt, nicht für Programme zugeschnitten, nicht Strategien untergeordnet, nicht modifiziert nach Erfordernissen, nicht Präzeptoren vorbehalten, die das Volk als das schlechthin Unmündige ansehen, nicht wie Tranquilizer auf Rezepten verordnet, nicht zweigeteilt nach Nutzen und Schaden, ungeachtet aller Konsequenzen, nicht einteilbar nach diesen Konsequenzen, ein absoluter, kein relativer Wert.«[100]

Die vorliegende Sammlung von Schriften Wolfgang Ruges im Zeitraum von 1989 bis 1999 kann keinesfalls den Anspruch erheben, das 1956 in der DDR begonnene wissenschaftliche Gesamtwerk von Wolfgang Ruges zu würdigen.[101] Sie konzentriert sich ausschließlich auf seine Entwicklung im Zeitraum 1989–1999. Insgesamt ergibt sich dabei folgendes Bild: Nach 1989 hielt Ruge an bestimmten Positionen des Marxismus als Methode fest und unterzog sich dem schmerzhaften [284] Prozess des Nach- und Umdenkens. Die Fragen, die er aufwarf, bleiben aktuell, auch wenn seine Antworten nicht unumstritten bleiben und allein deshalb nicht bleiben können, weil sie am Beginn eines wissenschaftlichen Riesenwerkes stehen, das noch in den Anfängen steckt. Ein Beispiel wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Ruges Schriften zur Sowjetunion liefert Joachim A. Hösler in seiner kritisch-differenzierenden Untersuchung.[102]

Es ist Sache der Leser, zwischen Kapitulation und Altersresignation, zwischen sturem Beharren und Festhalten an bestimmten marxistischen Methoden, zwischen Umdenken und

---

99 Kurt Pätzold, Ein Pionier. Den Dingen auf den Grund gehen. Zum Tode des Historikers [283] Wolfgang Ruge. In: junge Welt, Nr. 6 vom 8. Januar 2007, S. 12.

100 Franz Fühmann in: Sinn und Form, 1983, H. 3, S. 512.

101 Mit Ruge »stand an der Spitze des Weimar-Kollektivs (an der Akademie der Wissenschaften – FMB) einer, der in allen Belangen wirklich der Spitzenmann war – als Wissenschaftler wie als Leiter«, zu dessen Eigenschaften »eine seltene Großzügigkeit und eine Fairness« gehörten, »auf die man sich [...] verlassen konnte«. Seine vor 1989 veröffentlichten Arbeiten gehören, nach Gossweiler, »zum Besten, was die Geschichtsschreibung der DDR hervorbrachte.« Kurt Gossweiler in einem fünfseitigen Brief an den Verfasser vom 11.7.2003.

102 Joachim A. Hösler, Lernen aus der Geschichte. Wolfgang Ruges Beitrag zur Geschichtsschreibung der Sowjetunion. In: Beharren, kapitulieren oder umdenken, a. a. O., S. 41–78.

leichtfertigem Verwerfen gewonnener Einsichten zu unterscheiden. Dabei wird in dem Streit zwischen Historikern einerseits und wissenschaftlichen Politikern, auf den wissenschaftlichen Sozialismus sich berufenden Theoretikern und Philosophen andererseits auch der Satz von Lenin[103] nicht ohne Bedeutung sein: »Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, sagt ein englisches Sprichwort, und man muss ihnen wohl oder übel Rechnung tragen.«[104]

Die über das Debattenziel hinausschießenden Kritiker Ruges sollten zu *dialogischen Formen ideologischen Streitens* zurückkehren, Ruges ausgereifte, nachdenkliche, nicht-plakative Schriften aus den Jahren 1998/99 aufmerksam studieren und sich darauf einstellen, daß »mangels eines gesamteuropäischen Roten Oktobers« und angesichts des Hinübergleitens der Bestandteile der Sowjetunion »in einen mafios-glitzernden Manchesterkapitalismus« und der Herausbildung Chinas als [285] »marktwirtschaftlich imperiale Supermacht«[105] »die versteinerten Verhältnisse wiederum und immer noch durch das Vorsingen ihrer eigenen Melodie zum Tanzen zu bringen« sind.[106]

Was dialogisch bedeutet, lässt sich an einem kleinen Beispiel illustrieren: Walter Ruge, dem zwei Jahre älteren Bruder von Wolfgang Ruge, ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er Michael Brie[107] wegen dessen Geschichtsklitterung widerspricht.[108] Andererseits muss seinen trotz seiner sowjetischen Haft unter schwersten Bedingungen glorifizierenden, unkritisch-romantischen Verklärungen der Sowjetunion nicht gefolgt werden.[109] Wolfgang Ruges entmythologisierenden Analysen über die Sowjetunion kann widersprochen werden, ohne ihn gleich in die Ecke des »antikommunistischen Geschichtsfälschers« zu stellen. Seine aus geschichtswissenschaftlicher Sicht getroffenen Überlegungen verdienen Aufmerksamkeit, nicht Häme.

Wie jeder andere wissenschaftliche Text stehen Ruges Beiträge zur Geschichte der Sowjetunion zur Diskussion, dies umso mehr, als sie am Anfang eines langen Weges geschrieben wurden,

---

103 Wladimir I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: LW, Bd. 22, 3. Auflage, Berlin/DDR 1960, S. 204.

104 Dieses Lenin-Zitat diente Kurt Julius Goldstein als Titel seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des millionenfachen Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1985. Siehe: Wir sind die letzten – fragt uns. Kurt Julius Goldstein. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Reden und Schriften (1974–2004) mit einer autobiographischen Einführung. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, 2. stark erweiterte Auflage, Bonn 2005, S. 102–110. Siehe auch den Brief von Wolfgang Ruge an den Verfasser vom 14.12.2001, in dem er die neuaufgelegte Schrift von Wolfgang Abendroth »Der theoretische Weltkommunismus«, Essen 2002, und die darin enthaltenen apodiktischen Behauptungen mit den »Tatsachen« der Oktoberrevolution kritisch konfrontiert. »Daß ich Abendroth als einen sehr klugen Mann schätze, versteht sich von selbst. Auch bin ich ganz Deiner Meinung, daß seine Stimme nicht ungehört verhallen sollte.« Ruge betrachtete Abendroth allerdings in diesem Zusammenhang »eher als überzeugende historiographische Illustration zum Thema, daß alle (sowohl die Befürworter der Oktoberrevolution als auch Skeptiker und Ablehnende) kaum Informationen – und natürlich nur sehr, sehr entfernt Ahnungen – über die tatsächlichen Entwicklungen in Russland hatten. Zu den Wohlwollenden gehörte lange Zeit auch ich – kann also mitreden.«

105 Wolfgang Ruge, Russischer und deutscher November, a. a. O., S. 534.

106 Siehe Helmut Ridder, Wer darf des Grales Hüter sein? In: Das Argument, Nr. 143, 26. Jg., 1984 (Januar/Februar), S. 3–9.

107 Die Annahme, das ehemalige SED-Mitglied Ruge habe sich auf das theoretische Niveau der PDS begeben, ist anfechtbar, und zwar nicht nur deshalb, weil er kein Mitglied der PDS wurde, während einige seiner Widersacher vehement darum kämpften, unbedingt in der PDS zu bleiben.

108 Walter Ruge, Michael Brie über den Wert der Luftbrücke. »Dank Euch, Ihr Ami-Soldaten«. In: RotFuchs Nr. 115 (August 2007), S. 6. Siehe auch Walter Ruge: Treibeis am Jenissei. Ungewöhnliche Geschichten aus Deutschland, Russland und sibirischen Lagern (1928–1998), Schkeuditz 2006. 2008 erschien ein Sammelband des trotz massiver Kritik an der Politik Stalins ungebrochenen Altkommunisten Walter Ruge, mit dem mich ebenso wie mit Wolfgang Ruge eine späte Freundschaft verbindet, unter dem Titel »Wider das Vergessen«, Schkeuditz 2008.

109 Siehe Walter Ruge, Bruderzwist im Hause der Edelkommunisten [Überschrift von der FAZ]. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 257 vom 5. November 2003, S. 8.

dessen Ende nicht absehbar ist[110].Vor allem ist auf diesem Wege eine lange Strecke des Quellenstudiums zurückzulegen. Ruge war in diesem Sinne – wie schon vorher auf anderen Gebieten – ein Pionier. Sein Verdienst besteht in der Annahme der Herausforderung, sich vor keiner Frage, und möge sie den Linken aller Couleur noch so unangenehm sein, zu drücken. Seine Überzeugung war: Nach der Niederlage und dem Zusammenbruch des Sozialismus gehört *alles auf den Prüfstand*.

Seit Thukydides, so Eric Hobsbawm, »schreiben Verlierer am besten Geschichte, weil sie gezwungen sind, darüber nachzudenken, warum es anders gekommen [286] ist, als sie es sich vorgestellt haben«.[111] Nichts schärft nach Hobsbawm das Bewusstsein eines Historikers mehr als die Niederlage. (»There is nothing that can sharpen an historian's mind like defeat«) Oder wie Ruge, an ein russisches Sprichwort erinnernd, sagte: »Ein Geschlagener vermag mehr auszurichten als drei Nichtgeschlagene«.[112]

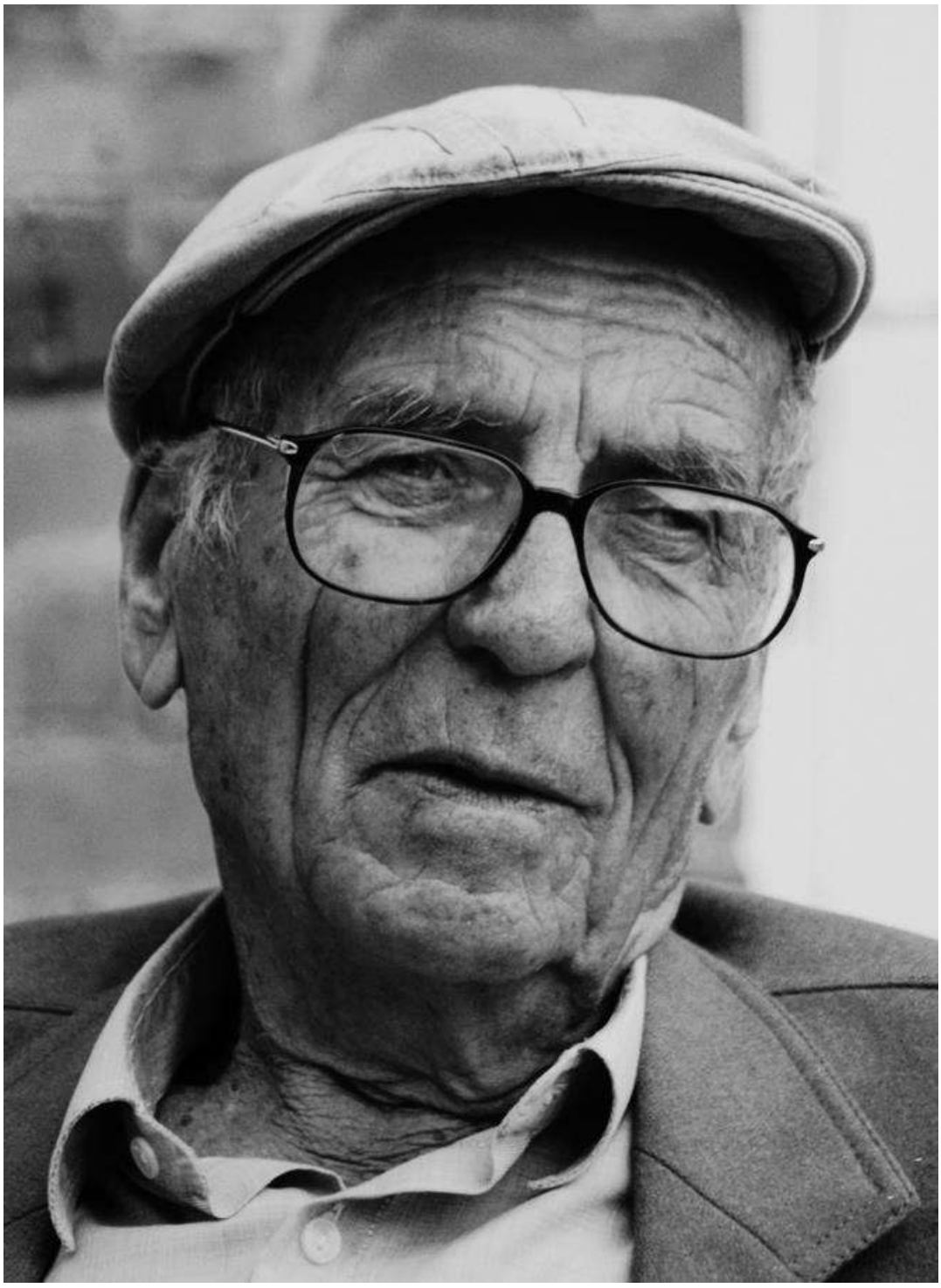
Möge die Lektüre von Wolfgang Ruges »Gesammelten Schriften 1989–1999« zur Nachdenklichkeit *und* Handlungsbereitschaft zur Eindämmung und letztlich zur Überwindung des Kapitalismus anregen. Sich des Vergangenen zu vergewissern, ist notwendig. »Ohne zu wissen, woher wir kommen, können wir auch nicht wissen, wohin wir gehen; sonst liefen wir wohl im Kreis. Wissend, was war und was gedacht wurde, erfahren wir auch, was nicht zu sein braucht und was sein kann. ›Philosophieren‹ – definiert Diderot in der Enzyklopädie – ›heißt den Grund der Dinge angeben oder ihn wenigstens suchen‹. Der Grund, aus dem wir sind, ist die Geschichte, aus der wir geworden sind«[113] Wolfgang Ruge ist nach der vorläufigen Niederlage des Sozialismus den Dingen auf den Grund gegangen. Wissen aber allein genügt nicht. Erst wenn wir unserem Wissen gemäß handeln, sind wir eine Macht, die die Welt verändern kann.

110 Vgl. Die Erklärung von 17 namhaften russischen Wissenschaftlern und Autoren zum Roten Oktober: »Russlands Größe«. In: junge Welt vom 23. August 2007, S. 10–11.

111 Eric Hobsbawm, Jenseits des Goldenen Zeitalters, a. a. O., S. 1380.

112 Wolfgang Ruge, Nachdenken über die Geschichtswissenschaft in der DDR, a. a. O., S. 349.

113 Hans Heinz Holz, Sprache. Tradition, Umschlag in Praxis. In: Frankfurter Rundschau. Nr. 220 vom 21. September 1068, S. 3, hier zitiert nach Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Hans Heinz Holz für Einsteiger und Fortgeschrittene. Gesamtbibliographie mit 2400 Veröffentlichungen sowie 500 publizistischen Beiträgen im Volltext, Band: Philosophie und Geschichte. Ausgewählte Publizistik (1947–1978), S. 369.



Wolfgang Ruge 2002

Foto Friedrich-Martin Balzer

[287]

Ein Leben für Wissenschaft, Recht und Frieden. Helmut Ridder (1919–2007)*

Inter revolutionem et restaurationem nihil medium.

Wissen Sie was Grottenolme sind? Das Internet belehrt uns, daß diese aufgrund ihres Äußeren für Drachenjungen gehalten werden. Der Grottenolm lebt ausschließlich in der Dunkelheit in unterirdischen Fluss-Systemen innerhalb von Karsthöhlen. Bei plötzlichem starkem Lichteinfall tauchen Olme zum Gewässergrund und verbergen sich zwischen Gesteinsspalten.

Der Jurist Helmut Ridder, der »Heinrich Heine der deutschen Verfassungsrechtswissenschaft«, analysierte die allgemeine mentale Disposition der Geschichtsblindheit in diesem unserem Land, in dem er sich deren Träger als Grottenolme vorstellte, die in der Höhle des Obskurantismus gegen den Einfall von Licht kämpfen.

In der Tradition der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und der klassischen Demokratietheorie stehend, gehörte Helmut Ridder, der Mitbegründer des Bundes demokratischer Wissenschaftler, zu den wenigen herausragenden Persönlichkeiten in der nachfaschistischen Gesellschaft der BRD, die sich durch Aufklärung allem Obskurantismus entgegenstellten.

* * *

Seine wissenschaftliche Laufbahn ist geradezu *kometenhaft*. Geboren am 18. Juli 1919 in Bocholt/Westfalen legt er *mit 17 Jahren* das Abitur an einem humanistischen Gymnasium ab. Nach dem Arbeitsdienst Studium der Rechtswissenschaften in Münster, Freiburg/Br., Jena und Köln. Nach 6 Semestern Ablegung des 1. Staatsexamens mit 20 Jahren am 9. April 1940 in Köln. Im gleichen Monat Einberufung zur [288] Wehrmacht und Funkerausbildung. Nach kurzer Zeit zur Heeressprachenschule auf Burg Giebichenstein und von dort aus zum Oberkommando der Wehrmacht in Berlin abkommandiert. Am 20. Juli 1944 zu einem Nachrichtenaufklärungszug in Ebringen bei Freiburg/Br. strafversetzt. Das Kriegsende erlebte Ridder als Fahnenflüchtiger am 1. Mai 1945 in Liechtenstein. Nach der Befreiung vom Faschismus findet er gleich im ersten Semester eine Anstellung als Assistent der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Münster und reicht *mit 27 Jahren* seine völkerrechtliche Dissertation über »Wesen und Friedensaufgabe des Waffenstillstandes« ein. Mit 29 Jahren ist er ein Jahr lang Gastdozent über deutsches Verwaltungsrecht an der Universität Cambridge, was ihn im Jahre 1950 zu seiner völkerrechtlichen, rechtsvergleichenden Habilitation »Verfassungsrecht und Verwaltungsemanzipation in England« führt. Als Ridder seine Antrittsvorlesung in Münster hält, ist er *30 Jahre alt*, ein erstaunliches Alter, wenn man bedenkt, daß Ridder mehr als 5 Jahre zu Arbeits- und Kriegsdienst verpflichtet war, die nun nicht unbedingt als akademische Lehrjahre anzusehen sind, es sei denn, die Technik des Dechiffrierens und Übersetzens beim OKW in Berlin und – nach Strafversetzung wegen sympathisierender Äußerungen zum 20. Juli 1944 – in Freiburg/Br. würde als eine hilfreiche Vorbereitung für die Decodierung verschlüsselter Texte der deutschen Staatsrechtswissenschaft angesehen. Von 1950 bis 1952 vertritt Ridder an der Universität Frankfurt/Main – und gleichzeitig für die Dauer eines Jahres auch an der Freien

* Ich habe Helmut Ridder persönlich erlebt: in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren (Kongress *Notstand der Demokratie* 1966 in Frankfurt/Main, *Sternmarsch nach Bonn* 1968), in der Bewegung gegen die Berufsverbote (Ridder: Demokratieverbote!) in den 70er Jahren und in der Friedensbewegung der 80er Jahre (*Initiativkreis Krefelder Appell*), in denen Ridder 1983 auch Gastredner des Marburger Forums war. Von 1987 bis zu Ridders Tod am 15. April 2007 stand ich im persönlichen Kontakt mit Ridder und bin seit 1999 damit beschäftigt, das Gesamtwerk Helmut Ridders zu erfassen. 99% des Gesamtwerkes liegen inzwischen in 6 Bänden in Form der CD-ROM »Helmut Ridder. Das Gesamtwerk. Werkausgabe in 6 Bänden«, Bonn 2019, inzwischen vor. Alle Zitate sind auf der CD zu finden. Der vorliegende Text entspricht der am 21. Januar 2008 gehaltenen Ringvorlesung in der Marburger Universität, organisiert vom Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung.

Universität in Berlin – Ordinariate für Öffentliches Recht. 1952 ernannt zum Ordinarius an der Universität Frankfurt, weilt er 1954 als Gastprofessor an der Georgetown University in Washington DC. 1959 folgt er einem Ruf an die Universität Bonn. 1965 erhält er eine Berufung nach Gießen auf einen Lehrstuhl für »Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik«, wo er die folgenden 23 Jahre seine Universitätstätigkeit bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1988 lehrt und forscht.

Während er in den fünfziger Jahren mühelos in der Ordinarienuniversität aufstieg und zu den führenden Verfassungsrechtlern in diesem Lande gezählt wurde, geriet er in gleichem Tempo in Gegensatz zur herrschenden Politik. Die Linke hatte fortan in Helmut Ridder zunehmend einen zuverlässigen und kritischen Partner, der sich als *wissenschaftlicher Politiker* unbeugsam und konsequent gegen die Umdeutung demokratischer Verfassungsbestimmungen engagierte und Widerstand leistete gegen jede theoretische, legislatorische und juridische Entdemokratisierung von Gesetzen, Recht und Verfassung.

Sein anfängliches Vertrauen in den Neuaufbau einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland, in der die Prinzipien »rule of law«, Volkssouveränität, Suprematie des Parlaments und Unabhängigkeit der Richter unangetastet sind, wich rasch einer Ernüchterung. Kaum war er als Lehrstuhlvertreter in Frankfurt, ging der von Ridder als »Vordemokrat« charakterisierte Dauerkanzler Adenauer [289] rechts- und verfassungswidriger Weise gegen seine Widersacher auf der Linken vor. Auf den sog. Adenauer-Erlass 1950 folgten 1951 im Zeichen des Korea-Schocks das 1. Strafrechtsänderungsgesetz und der Antrag auf Verbot der KPD.

* * *

In das Jahr 1951 fällt auch die Verabschiedung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, das in § 31 bestimmt, daß »Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts [...] die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden« (binden).

Da diese nach Ridder grundgesetzwidrige Bestimmung ein steter Anstoß war, erlauben Sie mir bitte hierzu ein paar erläuternde Anmerkungen. Nach § 31 kann der im Gegensatz zum BVerfG demokratisch legitimierte Gesetzgeber die »gesetzkräftige« Entscheidung des BVerfG nicht wieder beseitigen. Die Entscheidungen des BVerfG sollen »Supergesetzeskraft« haben. Durch diese Selbsterhöhung des BVerfG wird dieses zum »Präzeptor auch des parlamentarischen Gesetzgebers«. Das BVerfG wird auf diese Weise zum irdischen Stellvertreter des Gottes des »monarchischen Prinzips«. Ridder hält dies für einen offensichtlichen Verstoß gegen die (primäre) Verfassung, steht doch im GG unmissverständlich der aus der »bürgerlichen« Revolution in Westeuropa gewonnene Satz, daß die Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen sind. Im BVerfG sieht Ridder die wichtigste Institutionalisierung des ihre vordemokratische Qualität konstituierenden monarchischen Legitimationsprinzips, worin sich die gesamte Staatsgewalt im »Oberhaupt des Staates« vereinigt. Aus den – teilweise nach grundgesetzwidrigen Bestimmungen gewählten – Hütern der Verfassung werden im Zeichen der latent permanenten Großen Koalition Hüter des sozialen und ökonomischen Status quo.

* * *

In seinem wissenschaftlichen Selbstporträt anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Łódź im Jahre 1983, 1988 folgte die Ehrenpromotion an der Jenenser Friedrich-Schiller-Universität in der DDR, hat Ridder Fundament und Zielsetzung seiner Arbeit und die daraus folgende methodische Orientierung skizziert.

Es ist nach Ridder vorrangige Aufgabe der Rechtswissenschaft, die notwendig dialektische »*Einheit von Theorie und Praxis*« herzustellen. Dieses Postulat müsse nicht nur als ein berufsethisches verinnerlicht, sondern gleichzeitig auch als objektiv und historisch notwendig, d. h. als wissenschaftlich geboten, begriffen werden. Ohne diese Einheit sei die Theorie zum Tode

verurteilt.

[290] Theorie und Praxis sind jedoch nicht als identisch anzusehen. Theorie und Praxis dürften nicht voneinander getrennt werden, sind aber umso strenger voneinander zu unterscheiden. Ridder warnte die Rechtswissenschaft vor einer sich selbst und andere betrügenden oder bewusstlosen wissenschaftsfeindlichen Instrumentalisierung gerade durch die Praxis.

Die erste Stufe der Realisierung der Einheit von Theorie und Praxis findet nach Ridder an der Universität selbst statt, in der sensiblen Trias von Forschen, Lehren und Lernen aller Mitglieder der Institution. Ridder wehrte sich gegen einen Universitätsbegriff, der zu Zulieferbetrieben für unreflektierte Tagespraxis herabsinke, der zu bloßen Präparandenanstalten für eine gesellschaftlich angepasste berufliche Tätigkeit degeneriere.

Für Helmut Ridder war Wissenschaft eine politische *Emanzipativkraft*. Sie bedarf der Autonomie und muss sich gegen alle staatlichen Eingriffe zur Wehr setzen. Die Ordinarienuniversität habe ihr Leben nicht wegen der Talare, sondern wegen des Muffs unter den Talaren ausgehaucht.

Die Einheit von Forschung und Lehre konstituiert zusammen mit der Einheit von Theorie und Praxis, der Einheit von Wissenschaft und Politik und der Einheit der Wissenschaften die grundgesetzlich normierte Freiheit der Wissenschaft.

Mit Vehemenz bekämpfte er den fatalen Spruch des Bundesverfassungsgerichts im KPD-Verbotsurteil, wonach »die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischer Praxis dort liege, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse zu Bestimmungsgründen politischen Handelns gemacht werden«.

Triebkraft des gemeinsamen Erbes europäischer Zivilisation, so Ridder, war und ist das Fortschrittsmotiv und müsse es bei Strafe des Untergangs auch bleiben. Das Fortschrittsmotiv als tief in die jüdisch-christlichen Ursprünge zurückreichende und als das gemeinsame Erbe der europäischen Zivilisation zusammenhaltende Triebkraft hat das ihr spezifische geschichtliche Bewusstsein hervorgebracht. Es bestimmt, ja diktiert den Begriff der Wissenschaft als »per se revolutionär«.

Die Rechtswissenschaft tue sich jedoch mit der Entfaltung des daraus folgenden zivilisatorischen Konzepts von Forschung in historischer und revolutionärer Dimension besonders schwer.

In Anlehnung an Johann Gottlieb Fichtes Satz »Der Gelehrte ist vorzüglich für die Gesellschaft da« konstatierte Ridder: »Die Gesellschaft, die ihn (den Gelehrten) hervorgebracht hat, ist die von gestern und heute, die Gesellschaft, für die er da zu sein hat, ist die von heute und morgen; und diese bleibt inbegriffen und kann sich selbst nicht begreifen, wenn sie nicht aus der Gesellschaft von gestern erklärt wird«.

[291] Keine Gesellschaft, kein Individuum darf gegen seine wissenschaftliche Infragestellung immun sein. Die Erforschung der erkenntnisleitenden Interessen und der Motive der wissenschaftlichen Themenwahl und die Absicherung gegen das Erstarken ideologischer Glaubensbekenntnisse zu wissenschaftlichen Axiomen sind, wie für jede ideologiekritische Wissenschaft, so auch für eine *ideologiekritische Rechtswissenschaft* unverzichtbar.

Die »Zerstörung der Vernunft« (Georg Lukács) habe eine lange Tradition in Deutschland. Daher sei eine erhöhte Wachsamkeit gegen das *Credo quia absurdum est* von Wissenschaftlern am Platze.

In seinen Publikationen wandte sich Ridder u. a. gegen solche unwissenschaftlichen Glaubenssätze der ideologischen Jurisprudenz, wie die Behauptung der Existenz des handgreiflich nicht existenten »dritten« deutschen (Gesamt)Staats, das gleichzeitige Erlaubt- und Verboten-

sein politischer Parteien, die innere Widersprüchlichkeit der These, daß ein Gericht wie das Bundesverfassungsgericht zugleich Verfassungsorgan sein könne.

Ridder bestritt der Rechtswissenschaft das Recht, Realitäten in ihr Gegenteil zu verkehren und, statt sich mit Rechtsfindungen zu beschäftigen, mit Rechts*erfindungen* zu operieren, Fiktionen, die er bisweilen polemisch als Law-Fiction bezeichnete.

Wissenschaft war für ihn Erkenntnis, gewonnen durch das vor allem kausale, dann folgernde und ordnende, zu objektiv geltenden, intersubjektiv verbindlichen Sätzen führende Denken. »Konkludentes« Denken heißt das bei Ridder.

Nach der Ablösung des monarchischen Prinzips sei Recht sub specie der Demokratie die irreversibel zu haltende *Emanzipation des Rechts von der Moral*. Dies müsse auch für marxistische Theorie und Praxis gelten. Sich auf Hermann Klenner berufend, zitierte Ridder Lenin, wonach »im Marxismus von vorn bis hinten auch nicht ein Gran Ethik enthalten« sei.

Der Sozialismus proklamiere kein anderes Ziel als die bürgerliche Revolution, nämlich Volksherrschaft. Diese beiden Welten rivalisieren und koexistieren mit- und nebeneinander. Sie unterscheiden sich real und theoretisch in ihrem Umgang mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln.

Das schon von Montesquieu anvisierte Ergebnis in Sachen Recht ist die Freiheit, alles tun zu dürfen, was die allgemeinverbindlichen Gesetze erlauben, und nichts tun zu müssen, was die Legalordnung verbietet.

Die Forderung nach tatbestandlicher Präzision der Gesetze reiche jedoch nicht aus, wenn der Rechtsinhalt von außerrechtlichen und sehr allgemeinen mehrdeutigen *Moralinhalten* her bestimmt werde.

Wenn die Interpretation der Verfassung und der Gesetze von »Werten« bestimmt und die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sog. Verfassungswirklichkeit, gar zur [292] Rechtsquelle gemacht werden, ja die Verfassungswirklichkeit, die jeweils bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse mit der Verfassung *gleichgesetzt* werden, werden Gesetz und Verfassung von den wechselnden Billigkeitsvorstellungen politischer und sozialer Mächte bestimmt und lösen seinen Norminhalt auf.

Ridder bestand auf nichts anderem als auf der Beachtung der Gesetzlichkeit und dem Normeninhalt der Verfassung und beharrte hartnäckig auf der *Abkoppelung des Rechts von der Moral*. Insofern bezeichnete sich Ridder als »aufgeklärten Positivisten«. Als solcher kämpfte Ridder gegen die Erosion des Rechts, gegen den um sich greifenden Rechtsnihilismus. Den gesellschaftskritischen Juristen gab Ridder die Empfehlung, es mit der Norm als einer möglichen Waffe gegen demokratieverkürzende gesetz- und verfassungswidrige Wirklichkeiten ernst zu nehmen.

Der hohe Zivilisationswert des Rechts könne nur erhalten werden, wenn das Recht nicht von »*Werten*« pervertiert werde. Europa müsse auf seiner gemeinsamen zivilisatorischen Grundlage seinen inneren Frieden finden und aufhören, der Ausbeuter und der unbelehrbare Lehrmeister der übrigen Menschheit zu sein.

Ridder beharrte stets auf der Einheit der Wissenschaft. Die Trennung der Wissenschaften sei ein Irrtum ohne jede Fruchtbarkeit und gehöre zu den stärksten »Mauern des Gefängnisses der Wissenschaft«.

Für den Katholiken Ridder ist der Gott der Wissenschaft die Wahrheit. Einen anderen Gott kann es für die Wissenschaft nicht geben. Das ist zwar oft ein deus absconditus. Aufgabe der Wissenschaft aber ist es, diesen Gott mehr und mehr zu entschleiern.

Der so oft bequemere Teil der Wissenschaft, nämlich das Schweigen, das Verschweigen der

antidemokratischen, antirevolutionären Tradition seit dem Scheitern des Vormärz in Deutschland, kam für ihn nicht in Frage. Gegenüber dem Vorhandenen gibt es nach seiner festen Überzeugung keine Neutralität. Wer schweigt, bejaht das Beschwiegene.

Ebenso wie sein Vorbild, der herausragende Jurist der Bismarckzeit Rudolf von Gneist (1816–1895) war Ridder ein vollblütiger Politiker, der sich mit den Mitteln der Wissenschaft für den Fortschritt der Menschheit engagierte. Bekannt ist seine, Ridders Aussage gegenüber einem seiner Schüler – Ridder hatte annähernd 80 Promovenden –: »Sie sind ein politisch interessierter Wissenschaftler, während ich ein wissenschaftlich interessierter Politiker bin«.

Von dem Windkanal des Sogs herrschender Verhältnisse und politischer Stimmungen hielt er sich fern. Unabhängig, radikaldemokratisch, sich keiner politischen Partei unterwerfend, legte er immer wieder seinen analytischen Finger auf die Verspätungen und verpassten Gelegenheiten, auf die Irrwege deutscher Politik und Jurisprudenz.

[293] Eingedenk des Wortes von Bert Brecht, daß der Schoß noch fruchtbar sei, aus dem der Faschismus kroch, betrieb Ridder, je mehr er sich mit der deutschen Staatsrechtslehre auseinandersetzte, »*Schoßforschung*«. Der Schoß des Faschismus aber war nicht der Faschismus, sondern die seit dem Scheitern der deutschen Revolution von 1848 kontinuierliche antidemokratische und antirevolutionäre Tradition in Deutschland, die im Faschismus zwar ihren barbarischen Gipfelpunkt, aber keineswegs ihr Ende gefunden habe.

* * *

Weil auch für Ridder die Wahrheit immer konkret ist, soll im Folgenden illustriert werden, was Ridder zu der jüngsten Dokumentation der CDU im hessischen Wahlkampf über angeblich grundgesetzwidriges Treiben der Partei »Die Linke« zu sagen gehabt hätte.

Zu den Selbstverständlichkeiten für ein vernünftig verstandenes demokratisches Gemeinwesen zählt nach Ridder der Grundsatz, daß »auch Meinungen und wissenschaftliche Theorien, die der *Kritik* an der marktwirtschaftlichen Ordnung verpflichtet sind, gegebenenfalls auch das System dieser Ordnung grundlegend verändernde Alternativen vortragen, dem Auftrag des Grundgesetzes aktiv entsprechen«. Sie ist Ausdruck der auch vom BVerfG besonders geschützten Meinungsäußerungsfreiheit in Art. 5 GG. In der tendenziellen Gleichsetzung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse mit der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« hätte Ridder eine Fortsetzung der Durchbrechung der Verfassungsnormen gesehen, wie sie seit den frühen 50er Jahren nicht nur von der CDU betrieben wurde. Hinter ihr steht die Drohung, wie schon die frühen repressiven Maßnahmen der Adenauer-Regierung und die Berufsverbote der sozial-liberalen Ära, die er schlicht partielle Demokratieverbote nannte, erneut Kritiker der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung aus dem Verfassungsbogen auszugrenzen und zu diskriminieren.

Bei den Aktivitäten der Partei »Die Linke« handele es sich um die »Ausübung legaler, grundrechtlich geschützter, staatsbürgerlicher Aktivitäten«. Auch das angestrebte Ziel »Sozialismus« ist verfassungskonform, so sein Aufsatz in der »Wirtschaftswoche« von 1974 mit dem Titel: »Sozialismus ist möglich«. Es ist für Ridder eine unumstößliche Tatsache, daß »das Grundgesetz für den gesamten industriellen Sektor ein auf Gemeineigentum basierendes sozialistisches System ermöglicht«. Wie in allen westeuropäischen Verfassungen werden auch nach dem GG gemäß Art. 14, Abs. 1, Satz 2 »Inhalt und Schranken (des Privateigentums an den Produktionsmitteln) durch das Gesetz bestimmt«. Auch wenn die Realisierung des Sozialismus in weiter Ferne liege, sei ein Übergang von der [294] »Mitbestimmung« zur »Alleinbestimmung« in den nach Art. 15 GG sozialisierungsfähigen Sektoren der Wirtschaft kraft unmissverständlicher Aussage der Verfassung möglich.

Schließlich hätte Ridder die heutige hessische CDU an ihren eigenen Entwurf für die hessische Verfassung, den »Königsteiner Entwurf«, erinnert, wonach das Wirtschaftsleben von einem

»würdelosen Gewinnstreben« zu einer sinngemäßen »Bedarfsdeckung des Volkes« gelangen muss. Ein Satz dieses CDU-Entwurfes aus dem Jahre 1946 lautete: »Die Vorherrschaft des Groß-Kapitals, der privaten Monopole und Konzerne hat ihr Ende gefunden«.

Ridder hätte sich den Versuchen, »Die Linke« als angeblich verfassungswidrige, weil den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Status quo überwindenwollende Partei, zu diskriminieren, entschieden widersetzt und den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit seinerseits gegen die CDU erhoben, nicht nur was die Erhebung der Studiengebühren betrifft, die im eklatanten Widerspruch zur hessischen Verfassung steht. Auch die Nichtanwendung der von der CDU *gemeinsam mit der KPD* mitbeschlossenen Sozialisierungsartikel in der Hessischen Verfassung und im Grundgesetz ändere nichts daran, daß nach dem Verfassungskonsens eine Rückkehr zu »kapitalistischen« Wirtschaftsformen der Vergangenheit »ausgeschlossen« sein soll. Er »verbietet« die »Reprivatisierung« von Bereichen der Daseinsvorsorge, die »beim Inkrafttreten des Grundgesetzes bereits geordnet waren«.

Lebte Ridder noch, er würde vor den moralischen, politischen, justiziellen und disziplinären Verleumdungs- und Verfolgungswellen der frühen 50er Jahre und der 2. – von der sozialliberalen Regierung 1972 initiierten – Restaurationswelle gegen wirklich oder angeblich »kommunistisch« gesonnene Bürger warnen, von der nicht zuletzt zahlreiche Sozialdemokraten betroffen gewesen sind und durch die alle gesellschaftskritischen Bürger eingeschüchtert wurden. Der Einzug der »Linken« in das hessische Parlament würde nach Ridder nicht, wie die CDU insinuiert, das Ende der demokratischen Grundordnung bedeuten, sondern eine demokratische Erweiterung des durch die 5%-Klausel ohnehin verkürzten Spielraums der politischen Kräfte in der legitimen Debatte um die Reform der Gesellschaft darstellen.

Für das Recht von Kommunisten, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, hat Ridder sich als Motor gegen das KPD-Verbot maßgeblich beteiligt. Der Vorwurf der CDU gegenüber Willi van Ooyen, er habe sich für die DFU betätigt, hätte Ridder kalt gelassen. Er selbst war vielfach Referent bei der DFU, u. a. mit einer 15seitigen »Glückwunschadresse« anlässlich des 25. Bestehens der DFU im Rahmen ihrer Veranstaltung am 7. Dezember 1985: »Für friedliche Koexistenz, Demokratie und Völkerverständigung«. [295]

* * *

»Frieden hat Vorrang vor allen anderen Problemen«, so lautete auch die Überschrift eines Interviews, das Helmut Ridder am 28. August 1978 der DKP-Zeitung »Unsere Zeit« gab. Als maßgeblicher Mitinitiator des »Krefelder Appells« und leidenschaftlicher Redner auf zahlreichen Massenkundgebungen der Friedensbewegung hat Ridder sich wiederholt in die öffentliche Debatte eingegriffen. Ihm ging es darum, die nach außen und innen aggressive deutsche Vergangenheit mit der Auslösung von zwei Weltkriegen nicht zu verdrängen, sondern tatsächlich und konsequent aufzuarbeiten. Für den Vorsitzenden der deutsch-polnischen Gesellschaft (1977–1998) war der nazistische Überfall auf Polen am 1. September 1939 der Beginn des zweifellos »gewilltesten« Angriffskrieges der neuen europäischen Geschichte. Die deutsch-polnischen Verträge von 1970 und 1990 dürften nicht zu einem bloßen modus vivendi heruntergeredet werden.

Gegen »unverbindlich-abstrakte Beschwörungen« einer »Friedens«-Idee hielt er kritische Distanz und war von dem »Ungenügen *bloß karitativen Mühens* gegen Unfrieden und Not in der Welt« überzeugt. Die Beschwörung von »*Menschenrechten« außerhalb des eigenen Landes* könne »eine eingesetzte Giftwaffe im Kalten Krieg« sein. Allgemeines »Friedensgeschwafel« und »abstraktes Lamentieren über das Wettrüsten« führe in die Irre. Sich gegen die Phrasen von Sonntagsrednern zur Wehr setzend, insistierte er darauf, daß die Menschheit sich längst zu Tode gerüstet habe. »Denn wären die der Rüstung dienenden Investitionen, Forschungen und Leistungen für die Bekämpfung des Hungers und Elends der Dritten Welt nutzbar gemacht worden,

so müssten die Menschen nicht zu Millionen verhungern. Wer diese Phrase benutzt, bringt damit zum Ausdruck, daß ›die Menschheit‹ für ihn erst hinter der eigenen nationalen Wohnungstür beginnt.«

Empörung über verlogene Begründungen einer Hochrüstungspolitik entbinde jedoch nicht von der »Pflicht zu geduldiger Widerlegung«. Kriege würden »um der ökonomischen Expansion oder der ökonomischen Systemsicherung willen auch auf Kosten des eigenen Volkes geführt«. Die Anbeter des Fetischs »Gleichgewicht« in Sachen Rüstung arbeiten – willentlich oder unwillentlich – nicht für eine Senkung, sondern für die ständige Steigerung der Rüstung. Die sog. »Nachrüstung«, so hielt er es dem Erfinder der Raketenlücke, Helmut Schmidt, entgegen, sei in Wirklichkeit Neurüstung zum Zwecke der Erhöhung bzw. des Erhaltes der Erstschlagskapazität. »Wir sind nicht so pro-kommunistisch, daß wir den Kommunisten das Denkmonopol einräumen und selbst zu Schrumpfdenkern werden, die nichts mehr erkennen und nachvollziehen können, was – seit dem Bombenabwurf auf Hiroshima – im atomaren Rüstungswettlauf jeweils Ursache und – sei es kluge, sei es auch unkluge, jedenfalls aber Reaktion gewesen ist, wer begonnen hat und wer nachgezogen hat.«

[296] Die Friedensbewegung sei ebenso »parteilich« wie Gustav Heinemanns Rückzug aus der Regierung Adenauer nach dessen »hinterrücks betriebener Wiederbewaffnung«. In der Friedensbewegung der 80er Jahre, der größten außerparlamentarischen Bewegung der BRD, sah der Mitinitiator des Krefelder Appells, unter den immerhin fünf Millionen Unterschriften gesammelt werden konnten, ein Stück »demokratischer Erneuerung«. Der Kampf für den Frieden müsse unbeschadet der unterschiedlichen religiösen, ethischen und ideologischen Motivation seiner Teilnehmer jedoch ein durch und durch politischer sein. Eine Friedensbewegung sei solange keine Friedensbewegung, wie sie »keine politische, der konkreten Situation angemessene Anti-Kriegsbewegung« ist. Die Friedensbewegung, so mahnte Ridder auf ihrem Höhepunkt 1984, müsse *mehr* politisch denken und *mehr* politisch arbeiten. »Sie muss realitätsnäher sein, d. h. sie darf sich nicht von dem, was konkret zu tun ist, auf allgemeine pazifistische Postulate ablenken lassen«. Sie betriebe damit – unwillentlich – die Geschäfte anderer. Die Friedensbewegung sei sowohl »Ablenkungsmanövern« als auch »Diversionsstrategien« ausgesetzt. Als Beispiele nannte er die erhobene Forderung nach »Auflösung der Blöcke« und den Austritt aus der Nato sowie den Antiamerikanismus. Gleichwohl habe die Friedensbewegung der 80er Jahre als Massenphänomen endlich erfolgreich *an den Schlaf der deutschen Friedensbewegung gerührt*. Nun schläft sie wieder, müssen wir leider heute konstatieren.

Die Erkenntnis des gesellschaftlichen Charakters von »Frieden« und »Gerechtigkeit« ermöglichten Ridder die Verbindung beider Begriffe und die Verbindung von innen und außen. »Frieden« ist nur haltbar auf der Grundlage der »Gerechtigkeit«, und »Gerechtigkeit« im internationalen wie im nationalen Maßstab ist zuvörderst die Gerechtigkeit der sozial-ökonomischen Verhältnisse, die als eben dieselben die Basis der nationalen Verhältnisse wie der internationalen Beziehungen abgeben. Das zentrale Problem für Ridder ist, wie sich diese Gerechtigkeit, die nicht automatisch aus dem Frieden zwischen Staaten entspringt und über deren konkrete Gestalt Meinungsverschiedenheiten bestehen unter Wahrung des Grundprinzips des zwischenstaatlichen Friedens, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, verwirklichen lässt.

Ridders völkerrechtliche Verwurzelung half ihm dabei, die bestehenden Verhältnisse besser zu durchschauen und Auswege aus dem kalten Krieg und den Irrwegen eines »deutschen Völkerrechts«, wie er spöttisch befand, zu finden. Zu den von Ridder hochgehaltenen völkerrechtlichen Normen gehörten das allgemeine Gewaltverbot und die Illegalität der Androhung der Gewalt, das Mitglieder wie Nichtmitglieder der Vereinten Nationen bindet, die Gleichheit der Staaten und das Einmischungsverbot, das Gebot der Vertragseinhaltung (pacta sunt servan-[297]da), die

selbstverständliche Anerkennung eines Staatsbürgerrechtes für jeden Staat, der völkerrechtliche Untergang des Deutschen Reiches mit der bedingungslosen Kapitulation (»unconditional surrender«) sowie der daraus folgende völkerrechtliche Charakter der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Daß die DDR-Volkskammer aufgrund eines in ihrem Hoheitsgebiet nicht geltenden Art. 23 GG nicht der BRD, sondern dem »Geltungsbereich des Grundgesetzes« beitrat, Ridder verglich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten schlicht mit dem »Anschluss« Österreichs an das »Dritte Reich«, war ihm völkerrechtlich Grund für Spott und Hohn und Ausfluss des schon im Grundlagenvertragsurteil des BVerfG von 1973 bekräftigten hypostasierten Alleinvertretungsanspruchs der BRD gegenüber der DDR, die laut BVerfG trotz des Grundlagenvertrages zwischen zwei souveränen Staaten nur als Protektorat der BRD angesehen werden durfte. Kurz: Ridder engagierte sich ein Leben lang für die *Stärke des Rechts und gegen das Recht des Stärkeren*.

* * *

Nach 1990 waren ihm der »fatale und trügerische Siegesrausch der einen im Westen« und der »fatale und trügerische Unterwerfungsjammer der anderen im Osten« zutiefst zuwider. Sein letzter großer Essay »Über Deutschlands immerwährende Flucht vor der Geschichte und ihre juristischen Vehikel« erschien 10 Jahre vor seinem Tod 1997. Seine letzte öffentliche Äußerung vor Beginn seiner langwierigen Erkrankung war seine Unterschrift unter eine Protesterklärung von Völkerrechtswissenschaftlern und Verfassungsrechtlern (unter ihnen der Marburger Peter Becker, der bundesdeutsche Vorsitzende der IALANA, Dieter Deiseroth und Norman Paech) gegen den Einsatz der NATO ohne UN-Mandat im Jugoslawien-Krieg.

»Aufarbeitung« der DDR-Geschichte war für ihn nur denkbar »als integrierender Teil der dialogischen Aufarbeitung der schlimmen gesamtdeutschen Geschichte des ganzen Jahrhunderts.«

Stets betonte Ridder »die Notwendigkeit *dialogischer* Formen ideologischen Streitens« und stellte sich darauf ein, »daß mangels eines« – wie man sagen muss ausgebliebenen und langfristig nicht bevorstehenden – »gesamteuropäischen Roten Oktobers die versteinerten Verhältnisse wiederum und immer noch durch das Vorsingen ihrer eigenen Melodie zum Tanzen zu bringen sind«. Seine, Ridders Melodie aber waren die verbindlichen Norminhalte der Verfassung und des Völkerrechts. Anpassung war ihm zuwider. Gegen den Strom zu schwimmen, wenn nötig, auch gegen Strömungen innerhalb der Linken, war ihm unerlässlich.

[298] In einem Nachruf der von Ridder wenig geschätzten, aber oft als Leserbriefforum genutzten FAZ hieß es, mit Helmut Ridder habe die »deutsche Linke« »einen ihrer bedeutendsten Köpfe verloren«.

Helmut Ridder selbst hielt nichts von Nekrologen – Gedächtnisartikeln, »die den Gewürdigten zu einem Säulenheiligen erheben und ihn dadurch entindividualisieren, verwechselbar, austausch- und ausleihefähig und posthum, wie schon zu Lebzeiten, noch einmal ›unschädlich‹ machen würden.«

Leben und Wirken eines wissenschaftlich interessierten Politikers ist, so Ridder, nach seinem Tod eine »Vergangenheit, über deren zukunftsweisende *Gegenwartsmächtigkeit* wir (das sind auch die heute und hier Versammelten) durch unseren Umgang mit ihr mitentscheiden.«

Helmut Ridder wünschte Wolfgang Abendroth anlässlich der Trauerfeier für Abendroth im hiesigen Audi Max wie wohl auch sich selbst »daß er nach seinem Tode nicht zu einem zweiten Tod im Museum verurteilt wird, den einen zur Verehrung, den anderen zur Abschreckung. Möge er unter uns bleiben und mögen durch die Arbeit seiner Freunde auch seine Gegner immer wieder mit ihm zu tun bekommen«.

Wer sich die Mühe macht, und es macht Mühe, sich in die inzwischen erfassten sechs Bände seines Gesamtwerkes mit mittlerweile ca. 3400 Seiten einzulesen, wird sich von der

Gegenwartsmächtigkeit Helmut Ridders im Interesse einer demokratischen Perspektive dieses Landes überzeugen können, in der Wissenschaft, Politik, Recht und Frieden eine unzerstörbare Einheit bilden.

[298]

Helmut Ridder beim 3. Marburger Forum 1983

[300]

Christliche Quereinsteiger haben es in der DKP schwer*

In den *Marxistischen Blättern* wurden kürzlich die Bücher von Robert Steigerwald »Das Haus am Sandweg. Eine sozialistische Familienchronik«, und Herbert Mies »Mit einem Ziel vor Augen. Erinnerungen, Berlin 2009« von Thomas Metscher (02/09) bzw. Nina Hager (04/09) besprochen. In beiden Büchern kommt der »kommunistische Christ« (Helmut Ridder) Erwin Eckert zur Sprache. Als Nachlassverwalter von Erwin Eckert äußere ich mich, die positiven Seiten dieser Literatur außer Acht lassend, ausschließlich zu dem Aspekt der Spiegelung von Eckert in diesen beiden Büchern.

Bei Steigerwald heißt es: »Der Figur Hans Wernleins habe ich *Ereignisse* (Hervorhebung – FMB) aus dem Leben Erwin Eckerts, des langjährigen Vorsitzenden des Bundes religiöser Sozialisten in Deutschland, zugeschrieben; er wurde allerdings nicht hingerichtet.« Mit diesem Einfall wird die Tätigkeit Eckerts nach 1945 abgeschnitten. Dabei gilt Eckert nach Max Reimann als der populärste kommunistische Arbeiterführer zwischen 1945 und 1949.

Bei Steigerwald wird der Eindruck erweckt, daß mit Ausnahme der Hinrichtung die übrigen Ereignisse durchaus dem Leben Eckerts entstammen. Tatsächlich werden nicht nur reale und erfundene Ereignisse, sondern Aussagen Eckerts in die fiktive Person Wernleins montiert. Dieser steht für die »kleinbürgerlich-bürgerliche Linie« (Metscher), während Steigerwald sich selbst und seine Familie in die »plebejisch-proletarische Linie« (Metscher) einordnet. Der reale Eckert entstammt einer Familie der Vorkriegssozialdemokratie und vertritt konsequent die proletarische Linie im ansonsten überwiegend kleinbürgerlich-bürgerlichen Bund der Religiösen Sozialisten. Mit ca. einem Dutzend ausführlicher Zitate von Eckert hantiert Steigerwald mit der erfundenen Person des Hans Wernlein. Die Verpflanzung von Eckert-Zitaten in das Lebensbild Hans Wernleins geht auf Kosten der historischen Einmaligkeit Eckerts. Nicht Eckert tritt der KPD bei, sondern der Pfarrer Hans Wernlein.

Daß sich beide, Wernlein, der in die KPD eintritt, und Eckert, der als erfundener Mentor von Wernlein bereits in den 20er Jahren ausgeblendet wird, auch noch persönlich im Roman begegnen, ist eine Dramaturgie, die nicht überzeugen kann. Sie stehen im Briefverkehr, treffen sich auf einem fiktiven Kirchentag 1928, der mit Eckert-Zitaten aus dem tatsächlichen Kirchentag 1930 in Nürnberg unterlegt wird. Damit wird Eckerts Rede gegen die antisowjetische Kriegshetze, die des einzigen [301] gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten, unhistorisch eingeordnet und zudem dem Kleinbürger Hans Wernlein statt der proletarischen Linie Eckerts zugeschrieben. Literarische Freiheit hin oder her, als literarische Erinnerung an Erwin Eckert ist der im Übrigen lesenswerte Roman ungeeignet.

Wie in jedem vergleichbaren Land gibt es auch in der deutschen Geschichte kleinbürgerlich-bürgerliche, großbürgerliche und proletarische Linien, wobei sich der Sonderweg der deutschen Geschichte durchaus von dem anderer Länder mit deutlich größerer demokratischer Tradition unterscheidet. Nur wer Klassengegensätze in der Kirche zu allen Zeiten verkennt, kann Eckert, den Begründer des »Bundes evangelischer Proletarier« (1920), nicht zur proletarischen Linie zählen. In dem von ihm mitbegründeten »Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands« (1926) hat Eckert stets die proletarische Linie vertreten, wobei die kleinbürgerlich-bürgerlichen Strömungen im Bund in der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1931 ff. letztlich die Oberhand gewannen und Eckerts proletarischer Linie nicht mehr folgten. (Übrigens ist auch die *Internationale proletarischer Freidenker* zu dieser Zeit auseinandergebrochen.) Wer wie Eckert

* Die im Jahre 2009 erschienenen Erinnerungen von Robert Steigerwald in Romanform und Autobiographie von Herbert Mies lösten, was die darin Erwin Eckert zuteilgewordene Behandlung betrifft, meine Kritik aus. Die Glosse erscheint hier erstmals im Druck.

nach einem Gespräch u. a. mit Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck in die KPD aufgenommen wurde, ohne daß ihm Auflagen hinsichtlich seines Pfarramtes gemacht wurden, wer wie Eckert Auftaktkundgebungen für Ernst Thälmann gemäß der Tageslosung »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg« bestritt, wer mit Albert Norden von der »Roten Fahne« am 22. Januar 1932 auf einer überfüllten LLL-Versammlung in Oberschöneweide von proletarischen Massen umjubelt auftrat, der kann unmöglich zur kleinbürgerlich-bürgerlichen Linie gezählt werden. Der historisch einmalige Weg des Pfarrers Erwin Eckert »Von der Kanzel zur KPD« sollte nicht – wie bei Steigerwald geschehen – der erfundenen kleinbürgerlich-bürgerlichen Figur eines Hans Wernlein angedichtet werden. Auf Hunderten von Massenkundgebungen hat Eckert seit 1931 vor Hunderttausenden sein Bekenntnis zum Proletariat und seinen Widerstand gegen den heraufziehenden Faschismus unter Beweis gestellt.

1933 war er bereit, Deutschland – notfalls auch mit der Waffe in der Hand – vor dem Faschismus zu retten. Mit dem Kommunisten Wolfgang Langhoff, dem Verfasser des »Moorsoldatenliedes«, teilte er die Zelle in Düsseldorf. In Frankfurt gehörte er nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Oktober 1933 zusammen mit Lore Wolf, Johanna Kirchner, Wolfgang Abendroth und vielen anderen zum Arbeiterwiderstand in Frankfurt. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus 1940 gehörte er zu den wenigen Deutschen, die sich unter Einsatz ihres Lebens um das Los der Zwangsarbeiter kümmerten. Bei der Oberbürgermeisterwahl 1949 schenkten fast 35% der Mannheimer dem proletarischen Kandidaten der KPD – gegen den Gemeinschaftskandidaten von SPD, CDU und FDP – ihr Vertrauen. In [302] den proletarischen Wahlbezirken 88 und 89 auf der Schönau waren es allein 59,8 bzw. 63,8 Prozent. (Mies, Mit einem Ziel vor Augen, S. 77) Nach der Verurteilung Eckerts 1960 wegen »Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation«, gemeint war das Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland, lebte Eckert höchst bescheiden in Großsachsen. Seine Wohnung, die unter dem Standard so mancher plebejisch-proletarischer Wohnverhältnisse lag, enthielt ein Porträt Lenins und die gerettete Madonna eines in den Schützengräben von Verdun umgebrachten Soldaten.

Es ist eine Verzeichnung des Weges von Erwin Eckert, ihn der kleinbürgerlich-bürgerlichen Linie zuzurechnen, es sei denn, sein Festhalten am »christlichen Glauben« sei als Begründung hinreichend. Es gibt unter den wissenschaftlichen Atheisten und vor allem unter den Allerweltsatheisten eine Vielzahl von Menschen, die ihm das Wasser, was proletarische Konsequenz betrifft, nicht reichen können. Es gibt kommunistische Parteien, die bei allem wissenschaftlichen Atheismus auch nicht gefeit sind gegen Fehler. Und es gibt Wegscheiden in der Geschichte der Arbeiterbewegung, an denen Eckert gegenüber den herrschenden Auffassungen in der KPD rechtbehielt (siehe die Rede, die Eckert bei seinem Übertritt in die KPD am 9. Oktober 1931 in Karlsruhe hielt. In: »Ihr Kleingläubigen, warum seid Ihr so furchtsam«, Bonn 1993).

Fazit: Die von Steigerwald gewählte Mixtur von Roman, Autobiographie, Chronik und Sachbuch geht nicht auf. Entweder wird reale Geschichte oder ein Roman geschrieben, und wenn es ein Roman sein soll, dann soll es auch bei allen Anklängen an historische Realien bei einer Fiktion bleiben und nicht zu einem Mix kommen, der die angesprochene Figur dann doch beschädigt. In diesem Fall beschädigt die Unterfütterung des kleinbürgerlich-bürgerlichen Hans Wernlein mit Eckert-Zitaten die proletarische Linie Erwin Eckerts. Die ständige Mischung von Erfindung und Wirklichkeit geht folglich zu Lasten der historischen Realität und der Identität Erwin Eckerts in dem ansonsten lesenswerten Beitrag Steigerwalds zur »Deutschen Ideologie des 20. Jahrhunderts«.

In der Autobiographie von Herbert Mies wird Eckert, der nach 20 Jahren Mitgliedschaft in der SPD (auf dem linken Flügel, der »Klassenkampfgruppe«, stehend) am 3. Oktober 1931 als erster amtierender Pfarrer zur KPD übertrat, sein Pfarramt verlor und aus der Kirche austrat, zwar im Gegensatz zu manchen anderen führenden Kommunisten erwähnt und mit einer Kurzbiographie vorgestellt, allerdings mit dem unrichtigen Todesjahr 1968 statt 1972. Das Bild, das

Mies von Eckert zeichnet, ist in seiner Bewertung letztlich ein Zerrbild. Zunächst wird Eckert von Mies in einem Atemzug mit Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller genannt, weil er als kommunistischer Pfarrer – wie die beiden Vorgenannten »auch« – ihm die Augen öffnete (S. 33). Die Reihung, die Mies wählt, mag aus seiner [303] Sicht eine ehrende sein. Tatsache ist: Zwischen den bürgerlichen Persönlichkeiten wie Dietrich Bonhoeffer und dem Autor des Buches »Vom U-Boot zur Kanzel« (1934) und Lenin-Friedenspreisträger (1967) Martin Niemöller, der nun wahrlich kein Antifaschist gewesen ist und auch noch nach 1945 seine freiwillige Meldung aus dem Konzentrationslager Dachau zur Kriegsmarine (1939) mit dem »peinlich-fatalen Satz« (Hanfried Müller) »right or wrong, my country!« rechtfertigte, weil es – auch im Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion – darum gegangen sei, »das Vaterland zu verteidigen«, einerseits und dem antifaschistischen und revolutionär-sozialistischen Eckert andererseits liegen Welten. Nicht alle, die in bürgerlichen oder kommunistischen Kreisen zeitweise hoch im Kurs standen, gehörten der proletarischen Linie an. Mies beruft sich an anderer Stelle (S. 79) auf eine Mahnung Eckerts aus dem Jahre 1920 »Die evangelische Kirche darf nie mehr den Krieg predigen. Sie soll künden von den Kanzeln und bei allen Gelegenheiten – Völkerversöhnung und Völkerfrieden«. Wird hier nicht das Bild eines bloß fortschrittlichen Friedenspfarrers und Bündnispartners gezeichnet?

Ein anderer Mannheimer wusste es besser. DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann schreibt in seinen Memoiren »Mannheim, Madrid, Moskau« (Berlin 1981), in denen er sich auf 10 Seiten (S. 152–161) an Pfarrer Eckert erinnert, Eckert habe 1929 als linker Sozialdemokrat die Militärfrage »konsequent vom Standpunkt des Proletariats aus« zu beantworten gesucht. Das Recht zur Verteidigung habe nur die proletarische Klasse selbst. Deshalb sei die proletarische Selbstverteidigung des Sowjetstaates auch zu bejahen, die Militärpolitik der bürgerlichen Weimarer Republik aber konsequent abzulehnen und zu bekämpfen.

Hoffmann schließt seine Erinnerungen an Eckert mit den Sätzen: »Meine Bekanntschaft mit Pfarrer Eckert, vor allem unser Gespräch über Lenins Auffassungen zum Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Religion, war für mich noch in anderer Hinsicht bedeutungsvoll. Mir wurde bewusst, *daß man im politischen Kampf ohne gründliche theoretische Kenntnisse nicht bestehen kann*.« (S. 162, Hervorhebung – FMB)

Sicher, durch das Festhalten an seinem christlichen Glauben hat Eckert den Marxismus-Leninismus »ergänzt«. Aber ist er deshalb zum »Revisionisten« geworden, zum kleinbürgerlichen Revolutionär und »Friedenspfarrer«? Schon 1931 hielt Eckert dem jungen Heinz Hoffmann entgegen, was Lenin in »Sozialismus und Religion« geschrieben hatte: »Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel. Das ist der Grund, warum wir in unserem Programm von unserem Atheismus nicht sprechen dürfen; das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Überreste der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere [304] Partei nicht verwehren und nicht verwehren dürfen. Die wissenschaftliche Weltanschauung werden wir immer propagieren, und die Inkonsequenz irgendwelcher ›Christen‹ müssen wir bekämpfen; das bedeutet aber durchaus nicht, daß man die religiöse Frage an die erste Stelle rücken soll, die ihr keineswegs zukommt ...« (In: Werke, Band 10, Berlin 1964, S. 74) Hans Heinz Holz zog in der Festschrift zum 100. Geburtstag von Erwin Eckert den Schluss, daß Erwin Eckert »ein guter Kommunist, aber im Grunde mehr noch ein besserer Christ« gewesen ist. (»Achtung für eine Aporie«, In: »Ärgernis und Zeichen. Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben«, Bonn 1993).

Erwin Eckert gehört zur kommunistischen Weltbewegung so wie Jacques Roux zur Französischen Revolution. Zeugnisse für sein Wirken in Wort und Tat liegen hinreichend vor (siehe www.friedrich-martin-balzer.de, dort u. a. auch das Quiz zu Eckert, das alle Legenden, Missverständnisse und Verzerrungen, wonach Eckert nicht in der Tradition der marxistischen

Arbeiterbewegung gestanden hätte, widerlegt). Nach Kurt Gossweiler war die Position des Noch-Sozialdemokraten Eckert im Jahre 1930 (»Opposition, nicht Koalition«, siehe Nachdruck in der UZ vom 18. 11. 2005) »klarsichtiger und konsequenter als alles, was sonst von linken Sozialdemokraten aus dieser Zeit, seine Freunde Rosenfeld und Seydewitz eingeschlossen, bekannt ist.«

Den Lesern der Marxistischen Blätter sei nach der Lektüre der beiden genannten Bücher in Erinnerung gerufen, woran die DKP 1972 in ihrer Todesanzeige zu Eckert festzuhalten suchte: »Erwin Eckert, sein kämpferischer Geist, seine Hingabe zur Sache der Arbeiterklasse und sein unbeugsames Eintreten für die Ideen von Marx, Engels und Lenin werden uns immer Vorbild sein.«

[305]

Rückblicke und Einblicke in die 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Ein Fragebogen*

W*arst Du während des Abiturs verliebt, unglücklich verliebt oder gar nicht*?

1960 war die Zeit der ersten Liebe längst vorbei, in der ich mit klopfendem Herzen im Dunkeln des Kinos meine Hand auf die Hand meiner angebeteten Nachbarin zu legen riskierte. Erst nach dem Abitur meine »Unschuld« verlierend, gehörte ich zu denen, die seit der Tanzstunde mit wechselnden Partnerinnen auf Partys und anderswo viel geknutscht haben. Mehr war nicht. Petting und »Kleiderverkehr« kamen erst nach der Schule. Vor der »Antibabypille« Mitte der 60er Jahre war Sex in hohem Maße angstbesetzt.

Was war damals Deine Lieblingsmusik?

Mit einem Klassenkameraden entdeckte ich den Swing und liebe ihn bis heute. Wir hörten Benny Goodmans Carnegie Hall Concert, aber wenn es zu laut wurde, kam seine Mutter herein und schimpfte, wir sollten endlich die »Negermusik« abstellen. Zuhause hörte ich auch Sidney Bechet (Petite Fleur), Louis Armstrong, Nat King Cole, Frank Sinatra und seine »Songs for young lovers« auf dem winzig kleinen Dual-Schallplattengerät. AFN und BFN waren unsere Musiksender. Jazz hatte in den muffigen 50er Jahren eine befreiende Wirkung und diente als Protest gegen die nur oberflächlich entbräunte Nachkriegsgesellschaft. Insofern waren wir verspätete »Swing Kids«. Aus den zahllosen Evergreens der Jazz-Musik greife ich nur Fats Wallers »Ain't misbehavin'« heraus. In den 80er Jahren war ich dann begeisterter Zuschauer des Broadway-Musicals »Ain't Misbehavin'« im Londoner Westend, das ich kürzlich auch auf DVD als absolut hinreißend in Sachen Musikalität, Körperlichkeit, Rhythmus, Spontaneität, Sinnes- und Lebensfreude wiedersah. Live-Konzerte von Jazz-Music waren selten. Ich erinnere mich einzig an Chris Barber in der Berliner »Eierschale«. Örtlich am nächsten war in Iserlohn der Jazzkeller im «Haus der Heimat«, heute das »Stadtmuseum«, wo ich in der oberen Etage half, eine A. Paul-Weber-Ausstellung aufzubauen. Am liebsten hätte ich step-dancing gelernt. Übriggeblieben ist nur das gekonnte Schnipsen mit den Fingern, wie es Sammy Davis Junior so meisterhaft beherrschte. In der U-Musik [306] erinnere ich mich an »The Four Aces« mit »Love is a many splendored thing«, Pat Boones »Love letters in the Sand«, The Platters mit »Only You«, bevor Bill Haleys »Rock around the clock« und Elvis Presley's »Jailhouse Rock« zur Partymusik wurden. Deutsche Ohrwürmer waren u. a. »Marina« und »Liebeskummer lohnt sich nicht, mein Darling«.

Daneben war ich als Pfarrerssohn früh geeicht für klassische Musik: Bach, Beethoven, Schubert, Vivaldi, Händel, Rameau. Im Anglo-German Club hielt ich mit 17 Jahren einen Vortrag über Barockmusik im europäischen Vergleich. An meinem 65. Geburtstag spielte die Junge Kölner Philharmonie Werke von Vivaldi, Mozart und Pachelbel. Die Swingband »How high the moon«, die schon während meiner Verabschiedung von der Schule für Stimmung gesorgt hatte, spielte am Ende meiner 65. Geburtstagsfeier zum geliebten Tanz auf. An deren Ende versammelten wir uns im Kreis und sangen »We shall overcome«.

Dein Lieblingsgericht von heute? Und war es das auch schon damals?

Noch heute esse ich gerne warme gehackte Fleischbällchen, die es zuhause in Iserlohn gab. Feinschmecklerisch wurde es erst später. Bei meinem ersten Austauschaufenthalt in Frankreich 1956 lernte ich in der französischen Gastfamilie, daß Essen nicht nur eine pure Notwendigkeit ist, sondern ein großer Genuss sein kann. Italienische, französische, russische, chinesische und

* Am 20. März 2010 jährte sich zum 50. Male mein Abitur am Märkischen Gymnasium in Iserlohn/Westfalen, das 2009 sein 400. Jubiläum beging. Zum 50. Jahrestag des Abiturs erhielt ich wie meine Klassenkameraden einen Fragebogen, den ich wie folgt beantwortete. Der Text ist Rolf Becker zum 75. Geburtstag am 31. März 2010 gewidmet.

englische Küche, ja die gab und die gibt es, wenn man das nötige Kleingeld auszugeben in der Lage ist. Speis und Trank sind überall auf der Welt auch eine Klassenfrage beim Auswärtsessen. Sie sind sinnliche Genüsse, auf die ich auf Dauer ungern verzichte. Beim Selbstzubereiten der Speisen und dem Auswählen der Getränke ist der Genuss auch daheim machbar.

Welcher Lehrer hat dich am meisten aufgeregt oder geärgert? Warum? Oder gefördert? Wie?

Am meisten provoziert, und darin lag letztlich etwas Gutes, hat mich der zynische Geschichtslehrer, der mich noch Jahre später albtraumartig im Schlaf verfolgte, und der tölpelhaft-dumme Heimatvertriebenenfunktionär und Deutschlehrer, der mir nach einem mit der Note »mangelhaft« versehenen »Besinnungsaufsatz« erregt vorhielt, daß die Männer des 20. Juli doch »Verräter« gewesen seien, und mir vor lauter Erregung an die Wäsche ging und das Hemd zerriss. Einige Lehrer auf dem Abiturzeugnis waren Napola-Lehrer »zur Wiederverwendung« nach Art. 139 des Grundgesetzes, die uns, wenn wir widersprachen, oder Klassenkameraden, die demonstrativ Allan Bullocks Hitler-Biographie im Unterricht auf den Tisch [307] legten, als »dreckige Nestbeschmutzer« beschimpften. Als ob das Nest, in dem wir heranwuchsen, nicht zutiefst beschmutzt gewesen wäre durch die überall eingezimmerten Trümmer des Nazi-Regimes!

Menschlich in Ordnung war der Französischlehrer, wie überhaupt die Lehrer katholischer Konfession angenehmer und nicht so mit dem Naziungeist kontaminiert waren. Anregend war auch der katholische Lateinlehrer, der uns im Latein-Unterricht aus Brechts Julius-Cäsar-Roman vorlas. Gefördert hat mich besonders der Deutschlehrer in der Obersekunda mit seinem Unterricht und vor allem mit seinem inspirierenden Engagement für das Theaterspielen. Ich glaube, ich habe dreimal während der Schulzeit auf der Bühne gestanden, einmal mit einem Sketch auf dem Abiturball, in dem ich als Obersekundaner Lebensläufe von ein und derselben Person in den Jahren 1914, 1919, 1933 und 1949 vortrug, einmal als junger Liebhaber Leander in Gotthold Ephraim Lessings Einakter »Der Schatz« und als Höhepunkt in einer Haupt- und mehreren Nebenrollen als Anthrax der Eseltreiber in Friedrich Dürrenmatts Komödie »Der Prozess um des Esels Schatten«. Dabei verliebte ich mich in meine Bühnenfrau Krobyle, die Berufsschauspielerin wurde und später die Hauptrolle in der Verfilmung von Oscar Wildes »Picture of Dorian Gray« spielte.

Während in den 70er und 80er Jahren Studienfahrten nach Amsterdam, London, Prag, Paris (wo ich im »Olympia« Georges Moustaki live hörte), Rom und Wien angesagt waren, fuhren wir 1959 auf eine »Zonengrenzlandfahrt« von Hersfeld nach Berlin. Vorbereitet waren wir durch jahrelange Paketverschickungsaktionen an die »Brüder und Schwestern im Osten«. Das Komitee »Unteilbares Deutschland« verkaufte zu Weihnachten rote Kerzen mit weißem Aufkleber »Ich leuchte für Dich«, die in die Fenster zu stellen seien. In Göttingen und Berlin in Verbindungshäusern unseres »Alten Herren« übernachtend, haben wir in Göttingen nach einer fröhlichen Zecherei uns am Wasser der Gänseliesel wieder abgekühlt. Über die »Zonengrenzlandfahrt« schrieb ich 1959 auf Drängen unseres Klassenlehrers einen ganzseitigen Bericht in der Lokalpresse, in dem ich vom »Wissen um *unsere Schuld* an der Teilung Deutschlands *durch einen wahnsinnigen Krieg*« schrieb. 25 Jahre später bestritt ich in Göttingen, dem Ort unserer Studienfahrt im Jahre 1959, mit Franz-Josef Degenhardt eine Wahlkampfveranstaltung für die »Friedensliste«. Degenhardt sang, ich redete.

Weiß der Himmel, wieso die Schule davon Wind bekommen hatte – oder waren wir noch so naiv, daß wir unseren Lehrern die Abiturzeitung zur »Genehmigung« vorlegten? –, jedenfalls wurde der vierköpfigen Redaktion die Aberkennung der Reifeprüfung, des Abiturs, wegen »sittlicher Unreife« angedroht, falls wir die Abiturzeitung mit zahlreichen kritischen Anmerkungen über unsere Lehrer (»Hab nichts gewusst und andere Narkotika, täglich drei bis vier Tropfen«) nicht [308] verbrennen sollten. Wir taten es, angepasst, wie wir noch waren, in einem feierlichen Verbrennungsritual am Hohler Weg.

Wohin ging die erste Reise nach dem Abitur? In welcher Form und warum?

Die erste Reise nach dem Abitur ging, wie schon die drei vorausgegangenen in den Jahren 1957, 1958 und 1959, als Pasing Güst nach London, wo ich in Golders Green Freunde fürs Leben fand: Tod ja Tartschoff-Newman, dessen Schwester in Auschwitz ermordet worden war, Pamela Case und Howard Peter Raingold. Besonders in Erinnerung geblieben sind die Auftritte des christlichen Sozialisten Lord Soper an der Speaker's Corner im Hyde Park, in mancher Beziehung ein Vorgriff auf die spätere Begegnung mit Erwin Eckert. Bevorzugte Lektüre waren »The Guardian«, »The Observer«, »New Statesman«, die linkssozialistische Wochenzeitung »Tribune«, »The New Left Review« und »Private Eye«. In England erschien übrigens meine erste wissenschaftliche Veröffentlichung, in der ich mit dem im Englischunterricht dargebotenen Drama von T. S. Eliot »Murder in the Cathedral« abrechnete. Motto: »Never commit yourself to a cheese before having first examined it«. Die Nähe zu England spiegelt sich auch in der Tatsache wider, daß einige meiner Essays unter dem Titel »And the cock crowed again« inzwischen in (holpriger) englischer Übersetzung vorliegen.

Wusstest Du nach dem Abitur, was Du studieren wolltest? und wo?

Mein Traum war das Studium der Theaterwissenschaften. Aber dann wurde es doch eine bread-and-butter-Entscheidung in den Fußstapfen meiner Mutter, die Germanistik und Anglistik (u. a. bei Max Deutschbein) in Marburg studiert hatte, ohne daß der Lehrerberuf für mich damit schon angepeilt war. Nach dem Pflichtprogramm in Gotisch, Althochdeutsch, Mittelhochdeutsch und den langweiligen Literaturvorlesungen (u. a. bei Benno von Wiese in Bonn, mit dem wir schon im Deutschunterricht traktiert worden waren) zog es mich nach meiner Begegnung mit Wolfgang Abendroth im Jahre 1961 zur wissenschaftlichen Politik. Ob ich von Anfang an Lehrer werden wollte, ist fraglich. Am Ende des Studiums ergab es sich so. Ich war bald werdender Vater und verheiratet; promovieren wollte ich auch. Da mußte schon eine materielle Grundlage geschaffen werden. So wurde ich dreißig Jahre lang ein engagierter Lehrer. Als Junglehrer und Referendar war mein erster Urlaubsantrag an die Schulleitung im Februar 1968 wegen Teilnahme am Vietnam-Kongress in Berlin. Im Mai 1968 bot ich dem von RCDS-nahen Schülern eingeladenen CDU-Stadtverordneten und späteren Bundestagsabgeordneten Hans Wissebach (ehemaliger SS-Untersturmführer in der 1. SS-Panzer-Division [309] Leibstandarte Adolf Hitler und Schriftführer der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS HIAG) auf einer Schulvollversammlung in der Turnhalle zum Thema Notstandsgesetze Paroli, nachdem ich als Mitglied des SDS ab 1966 in der Arbeitsgemeinschaft Notstandsgesetze aktiv gewesen war. Ergebnis der Auseinandersetzung an der Schule war die Teilnahme einer Handvoll linker sozialdemokratischer Kollegen und einer Beteiligung von ca. 60 Schülern am Sternmarsch nach Bonn am 11. Mai 1968 – zusammen mit ca. 700 Marburgern, die sich daran beteiligten. Als Mitglied der »Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition« (ASO) trugen wir die Notstandsopposition unter der von Wolfgang Abendroth ausgegebenen Parole »Lasst den Notstand nicht nach Marburg rein« und unter Federführung von Eberhard Dähne in den Kommunalwahlkampf im Oktober 1968. Als Junglehrer kritisierte ich den damaligen stellvertretenden Schulleiter auf der Gesamtkonferenz wegen seiner gegenüber Schülern gemachten Äußerungen »Benehmt Euch nicht wie die Russen« und »Wir sind hier nicht in der Judenschule.« Großes Geschrei löste mein Antrag auf der Gesamtkonferenz aus, als ich nach wiederholten Manövern der Bundeswehr auf dem Schulgelände beantragte, die Schulleitung möge sich an das Kultusministerium wenden, um diese Praxis zu überprüfen. In meinen Funktionen als Leiter der Politik-AG, Verbindungslehrer und Mitglied der Schulleitung lud ich u. a. Rainer Eckert, Frank Deppe, Georg Fülberth, Horst Stuckmann, Kurt Julius Goldstein, Lorenz Knorr, Reinhard Kühnl, Karl-Heinz Braun, Wolfgang Jantzen, Kurt Pätzold, Peter Gingold, Hermann Kant, Günter Gaus und Dieter Lattmann ein. Das Landschulheim Steinmühle ist dadurch nicht zu einer »*Moulin Rouge*« geworden, sondern zu einer liberalen Schule, die sich für Andersdenkende öffnete.

Bist Du gerne immer wieder mal nach Hause gefahren?

Das ergab sich schon durch den Besuch der Eltern – mein Vater starb schon 1969 – und die Geburt der Tochter im gleichen Jahr, die immer mal wieder nach Iserlohn zur Großmutter gebracht wurde. Als Werkstudent habe ich in den Ferien auch häufiger in Iserlohn gearbeitet, um mir Geld dazuzuverdienen, u. a. in einer Nadelfabrik, einer Papierfabrik, im Gartenbau und bei Dickmanns Negerkussfirma. Kontakt suchte ich in Iserlohn vor allem zu Dieter Wernig, Werner Beile und Ernst Tzschachmann, die ich fast jedes Mal kontaktierte und, falls vor Ort, besuchte. Auch die Mutter von Rolf Müller und Jürgen Konrad Zabel besuchte ich wiederholt. Werner Beile und seine Frau Alice blieben auf dem Weg zu meinem 65. Geburtstag im Schnee stecken; Dieter Wernig kam 1961 als LSD-Mann von Bonn nach Marburg, um an der Veranstaltung mit der bundesweit heiß umkämpften Veranstaltung mit dem DDR-Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann teilzunehmen: [310] »Dieckmann raus, hängt ihn auf«. Ein politisches Schlüsselerlebnis, ähnlich stark in der Wirkung wie während der Schulzeit 1958 die Lesung von Brecht-Texten im Feuerwehrgerätehaus am Totensonntag in der Nähe des Iserlohner Schillerplatzes durch die Berliner Vagantenbühne und die Rundfunksendung von Robert Neumann über »Ausflüchte unseres Gewissens« im NDR 1959.

Es gab in Iserlohn in unserer Zeit verschiedene Treffpunkte: Eisdielen, Kneipen, Kinos u. a. Wo waren Deine?

Alle genannten Orte waren Treffpunkte bzw. Orte, an denen auch ich viel Zeit verbrachte. An Kneipen erinnere ich mich besonders an die »Quelle« und an die Kneipe in der Nähe der Reformierten Kirche. Dazu kamen aber auch in den frühen wilden (anfänglich mit englischer Pilotenlederjacke) und den späten Jahren als Schüler Besuche in Off-Limits-Kneipen und Nachtlokalen, in denen eine kleine Band u. a. das Lied von Dalida »Am Tag, als der Regen kam« intonierte.

Kinos besuchte ich sehr häufig. Dreimal in der Woche kam schon mal vor, manchmal zwei Vorstellungen am gleichen Tage. Was gab's in der noch fernsehlosen Zeit zu sehen? Am Anfang standen Western, »Ivanhoe. Der schwarze Ritter (1952 mit Robert Taylor und Elizabeth Taylor) und »Die Ritter der Tafelrunde« (1953). Es folgten Filme mit Marlon Brando (»On the waterfront«, 1954), Bill Haley und »Blackboard Jungle«(1955), Filme mit Marina Vlady (»Schuld und Sühne« mit Robert Hossein, 1956), Kim Novak (»Der Mann mit dem goldenen Arm«, »Picknick«, beide 1955), Jean Simmons (»Desiree« mit Marlon Brando, 1954), Leslie Caron in »Gigi«(1958), Grace Kelley in den Hitchcock-Klassikern »Rear Window«, 1954, und »Über den Dächern von Nizza«, 1955, die Schauspielerin, die in ganz früher Zeit auch als Pin-Up über meinem Bett hing. Gregory Peck in »The Man in the Gray Flannel Suit« (1956) und Montgomery Clift »Verdammt in alle Ewigkeit« (1953) und »Plötzlich im letzten Sommer« (1959) sowie »Ariane. Liebe am Nachmittag« (1957) mit Audrey Hepburn, Maurice Chevalier und Gary Cooper sind unvergessen. Haften blieb der Film der Nouvelle Vague »Hiroshima mon amour« (1959) von Alain Resnais und »Jenseits von Eden« (1955) mit Julie Harris und James Dean. Wahrscheinlich befanden sich unter den unzähligen Filmen auch »La Strada« (1954) mit Giulietta Masina von Federico Fellini, Marcel Carnés »Kinder des Olymp« mit Jean-Louis Barrault und François Truffauts »Außer Atem« (1960) mit Jean-Paul Belmondo. Nicht zu vergessen ist der Film »Zeugin der Anklage« (1957) mit Marlene Dietrich und Charles Laughton, den ich zusammen mit seiner Frau in den frühen 60er Jahren – Laughton starb Ende 1962 – auf der Bühne im Londoner Westend live in dem Musical »Oliver« mit Begeisterung erlebte. Nachhaltigen Eindruck hinterließ Otto Premingers »Carmen Jones« (1959) [311] mit Dorothy Dandridge und Harry Belafonte. Ich erlebte Belafonte – ebenso wie Joan Baez und Pete Seeger – in den 80er Jahren live bei Ostermärschen und bei Veranstaltungen der Friedensbewegung (»Künstler für den Frieden«). Zu den unvergessenen Musikfilmen gehören die »Glenn-Miller-

Story« (1953) mit James Stewart, die Benny Goodman Story (1955), »Ein Amerikaner in Paris«(1951) mit Gene Kelly und »Daddy Langbein« (1955) mit Fred Astaire. Aber auch NS-Propagandafilme und kitschige Heimatfilme, typisch für die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, blieben nicht ausgespart: Von »Reitet für Deutschland« mit Willy Birgel (1941), über »Meines Vaters Pferde« (1953) bis zum »Weißen Rössl« (1960). Eine Ikone des Kinos wurde Humphrey Bogart (am schönsten mit seiner Ehefrau Lauren Bacall an seiner Seite) mit den in den 50er Jahren zu sehenden Filmen »Der Schatz der Sierra Madre« (1948), »Die Caine war ihr Schicksal« (1954), »Die barfüßige Gräfin« (1954), »An einem Tag wie jeder andere« (1955) und »Schmutziger Lorbeer« (1956).

Die westdeutsche Traumfabrik der 50er Jahre fiel im internationalen Vergleich völlig aus dem Rahmen. Filme wie die des italienischen Neorealismus und der französischen Nouvelle Vague sucht man in der bundesrepublikanischen Filmproduktion der 50er Jahre vergeblich. Die British New Wave setzte erst in den frühen 60er Jahren mit der Verfilmung von Alan Sillitoes »The Loneliness of the Long-Distance Runner«, später auch Unterrichtsgegenstand im Fach Englisch, und »A Kind of Loving« ein. Der deutsche Film, noch gespickt mit Filmen aus der NS-Zeit und ansonsten erdrückend vielen Schnulzen und Heimatfilmen war dem ausländischen Film, sei es aus Frankreich, Italien, Großbritannien, USA, Polen (»Asche und Diamant«, 1958) und Schweden (»Das Lächeln einer Sommernacht«, 1955) nicht nur haushoch unterlegen, er stellt eine grundsätzlich andere Qualität dar. Der Spielfilm war ein Spiegelbild der postfaschistischen Nachkriegsgesellschaft in Westdeutschland, während er im Ausland als Chance des künstlerischen Neuanfangs erfolgreich genutzt wurde.

Filme, die in der SBZ und in der DDR in den 50er Jahren gedreht wurden und internationale Anerkennung fanden, blieben dem westdeutschen Kinopublikum weitgehend vorenthalten. Ein Kinobesitzer oder ein Filmklub, der gewagt hätte, Filme der SBZ oder der DDR öffentlich vorzuführen, hätte mit einem Ermittlungsverfahren nach § 90a des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951 (»Blitzgesetz«) wegen »Staatsgefährdung« rechnen müssen. Der 1946 in der SBZ entstandene Film »Die Mörder sind unter uns« mit Hildegard Knef und Wolfgang Staudte als Regisseur war erst im Dezember 1971 in der Bundesrepublik zu sehen. Wolfgang Staudtes 1951 in der DDR gedrehter Film »Der Untertan« wurde erst 1956 in der BRD in einer um 11 Minuten gekürzten Fassung freigegeben. Erst etwa dreißig Jahre später wurde er in der Bundesrepublik ungekürzt gezeigt. Auch der Film [312] »Sterne« konnte nach Ankauf durch eine westdeutsche Verleihfirma nur politisch zensiert in der Bundesrepublik gezeigt werden. Eine Ausnahme machte lediglich der 1957 in einer Koproduktion mit Frankreich gedrehte DDR-Film »Die Hexen von Salem« mit Simone Signoret, Yves Montand und Mylène Demongeot nach dem Bühnenstück »Hexenjagd« von Arthur Miller und dem Drehbuch von Jean-Paul Sartre. Daß dieser Film als Reaktion auf den McCarthyismus der USA und auf das KPD-Verbot in Westdeutschland nicht in der BRD zustande kam, ist kein Zufall. In Italien war die KPI die größte politische Partei nach 1947. Sie stellte in vielen Städten über viele Jahre die Bürgermeister und erhielt 1947 bei der ersten Wahl 18,9% der Stimmen. Die FKP erreichte noch 1958 18,9% der Stimmen. In Großbritannien setzte die Labour Party auf nationaler Ebene das und noch mehr durch, was in den westdeutschen Landesverfassungen quasi-revolutionär zwischen 1946 und 1950 normiert und programmiert worden war. Zum Vergleich: der Spitzenwert der KPD bei nationalen Wahlen betrug 1949 5,6 % und 1953 nur ganze 2,2%. Und da sage noch jemand, die Bundesrepublik habe aus der Vergangenheit des Faschismus gelernt, gegen den die Kommunisten den größten Blutzoll im Widerstand gegen den Faschismus, auch in Deutschland, gezahlt haben!

Verbot und Zensur galten aber nicht nur Produktionen der SBZ und DDR. Der 1942 gedrehte Kultfilm »Casablanca« kam zwar 1952 in die bundesdeutschen Kinos, war aber um 25 Minuten gekürzt und zensiert. Sämtliche politischen Inhalte des Films gegen den deutschen Faschismus und das Vichy-Regime waren dem westdeutschen Publikum vorenthalten worden. Erst 1975

kam die ungekürzte Version erstmals ins westdeutsche Fernsehen. (Siehe meine autorisierte Übersetzung des Essays von Eric Hobsbawm »War of Ideas« (»Guardian«), in Deutsch erschienen unter dem Titel »Krieg der Ideen. Der Spanische Bürgerkrieg und die internationale Linke«.) Roberto Rosselinis 1945 gedrehter Film »Rom – offene Stadt« erhielt 1950 in der Bundesrepublik Aufführungsverbot, da der Film »die historische Wahrheit überdreht« habe. Er war erst 1961 in diesem unserem vor Freiheitlichkeit strotzendem Lande in einer abermals zensierten Version zu sehen. Auch Clouzots Film »Lohn der Angst« aus dem Jahre 1953 mit Yves Montand, Folco Lulli, Peter van Eyck und Charles Vanel wurde in Bezug auf Synchronisation und Filmlänge einer westdeutschen Zensur unterzogen. »Vor Beginn der Synchronisation« sei »zu berücksichtigen, daß in den Texten und Dialogen im Zusammenhang mit den Amerikanern keine antiamerikanische Tendenz zum Ausdruck kommt.« Kritik an US-Amerikanern wurde gleichgesetzt mit Antiamerikanismus. Das Vorurteil hielt sich. Der französische Dokumentarfilm aus dem Jahre 1955 »Nacht und Nebel« (»Nuit et bruillard«) von Alain Resnais mit der Übersetzung von Paul Celan und der Musik von Hanns Eisler wurde 1956 als französischer Beitrag für die Filmfestspiele von Cannes nominiert. In einem Brief des deutschen Botschafters an den französischen Außenminister verlangte die [313] Bundesregierung die Absetzung der Kandidatur. Begründung: Der Film würde die Atmosphäre zwischen Franzosen und Deutschen vergiften und dem Ansehen der Bundesrepublik schaden. Zwar strich das französische Auswahlkomitee den Film zunächst von seiner Vorschlagliste. Nach Protesten im In- und Ausland wurde der Film jedoch am 29.4.1956 in Cannes außerhalb des Programms vorgeführt. (Zur Aufführungsgeschichte siehe Wikipedia: Nacht und Nebel).

Die für die westdeutsche Gesellschaft negative Bilanz bezieht sich aber auch auf die Literatur, die im Vergleich zu den Nachbarländern (einschließlich der DDR mit Bert Brecht, Anna Seghers, Arnold Zweig, Hermann Kant und vielen anderen) und zum Niveau der Literatur der Weimarer Republik eklatant zurücklag. Daß Bert Brecht wie viele andere bedeutende Kulturschaffende, Historiker und Philosophen wie Ernst Bloch ihren Wohnsitz in der DDR gesucht hatten, milderte natürlich auch meinen anerzogenen Antikommunismus. Als junges SDS-Mitglied nahm ich 1966 gleich die erste Gelegenheit wahr, die DDR mit einer Delegation zu besuchen. Die Fahrt ging nach Weimar und Buchenwald. Hier traf ich auf eine antifaschistische Erinnerungskultur, die mir im eigenen Land völlig unbekannt war. Wir standen nicht nur vor der Todeszelle von Paul Schneider, sondern auch vor der heimtückisch-teuflischen Genickschussanlage für sowjetische Kriegsgefangene. Die verschiedenen DDR-Filmversionen, die uns auf Delegationsreisen über Ernst Thälmann in Buchenwald vorgeführt wurden, ließen erkennen, daß die dogmatische Enge in der DDR allmählich abgebaut wurde. Auf späteren Delegationsreisen mit dem DGB und der DFU kam es auch schon mal zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen mir und den uns gegenübersitzenden DDR-Vertretern, was einige meiner Delegationsmitglieder höchstnotpeinlich berührte. Inzwischen ist aus manchen der 150prozentigen ein kläglicher Rest von postmarxistischen Renegaten geworden.

Am Beispiel der Philosophie der 50er Jahre lässt sich zeigen, wie sehr die Bundesrepublik gegenüber dem Existentialismus eines Jean-Paul Sartre und der Philosophie eines Maurice Merleau-Ponty, gegenüber dem Existentialismus in literarischer Form eines Ernest Hemingway eine unrühmliche Ausnahme darstellt und stattdessen nur den Nazi-Philosophen Martin Heidegger vorzuweisen hatte.

Als übrigens Metro-Goldwyn-Mayer (MGM) Laienschauspieler für die Rolle des Peter in der Verfilmung von Anne Franks Tagebuch suchte, bewarb ich mich als 15jähriger, natürlich ohne Erfolg. Als ich dann 1963 mit einer Gruppe des »Clausthaler Wingolf« für einen Tag dem Auschwitz-Prozess in Frankfurt beiwohnte, interviewte mich Daniel Shore von CBS, der einen Film über Anne Frank produzierte. Nur meine Mutter sah mich später im Film englisch redend. Ich selbst kenne den Film nicht.

[314] Eine besondere Attraktion stellte das englische Kino in Iserlohn dar, wo die Mutter eines Freundes bei der NAAFI angestellt war. Eine nachhaltige Erfahrung. Viele der obengenannten Filme sah ich dort, auch »Valley of the Kings« (1954) mit Robert Taylor, wie ich überhaupt von vielen Filmen noch weiß, in welchem Kino ich sie gesehen habe. Im englischen Kino war es noch üblich, daß alle Besucher sich vor der Vorführung des Films von den Plätzen erhoben, um die englische Nationalhymne anzuhören und mitzusingen. Bei den Filmvorführungen selbst feixten dann die englischen Soldaten mit lauten Zurufen wie »Come on, get on bed now«.

Kurz: Ich muss in den sieben Jahren von 1954 bis zu meinem Weggang aus Iserlohn Hunderte von Filmen im Kino, von den im Internet aufgelisteten besten Filmen der 50er Jahre sicher mehr als 90%, gesehen haben. Es muss Gründe gegeben haben, warum ich in andere, zumeist Scheinwelten, entfloh auf der Suche, mich vom Alltagsleben in der Familie abzulenken, unliebsame Erlebnisse der frühen Jahre zu übertünchen und letztlich erfolgreich zu verdrängen.

Wer sich fragt, woher ich das Geld hatte, um so häufig ins Kino zu gehen, findet die Antwort in der Tatsache, daß ich schon in früher Jugend mir zusätzlich zum sicherlich spärlichen Taschengeld etwas dazu verdiente, indem ich u. a. wöchentlich »Kirchenzeitungen« austrug. Mein Weg führte mich durch Arbeiterwohngegenden, Villenalleen und in die Holzbarackensiedlung am Ackenbrock, sozusagen einem frühen tic-tac-toe-Milieu. Monatlich betrat ich auch einmal das Wohnungsinnere der Zeitungsbezieher, wenn ich die Abos abkassieren mußte. Durch diese Erfahrungen hat sich – der Kirche sei Dank – bei mir schon früh das Bild einer Gesellschaft eingeprägt, die von sozialen Gegensätzen bestimmt ist, und einer Kirche, die von den sozialen Gegensätzen nicht ausgenommen ist. Meine Dissertation bei Wolfgang Abendroth trug den Titel »Klassengegensätze in der Kirche« und erschien seither als Buch in drei Auflagen. Die Verschränkung von Kirche und Klassenantagonismus wurde in der Folgezeit zu einem beherrschenden Gegenstand meiner wissenschaftlichen Publikationen. Von einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«, wie Schelsky uns weismachen wollte, keine Spur. Selbst wenn ich Tomaten auf den Augen gehabt hätte, ich konnte die gegensätzlichen sozialen Milieus auch riechen. Welch ein Ereignis war es, als der Chefredakteur des »Spiegel«, Günter Gaus, 1970 eine in der Bundesrepublik weithin unterdrückte Wahrheit, die anderswo im Westen keineswegs tabuisiert war, offen aussprach: »Dies ist eine Klassengesellschaft. Außer dem Bewusstsein davon fehlt ihr keines der einschlägigen Kriterien«.

Unter den öden und repressiven Bedingungen der postfaschistischen Nachkriegsgesellschaft wurde ich zunächst zu einem »angry young man« und »lonely wolf«, der erst nach der Schulzeit peu à peu auf die anregende persönliche Bekanntschaft mit zornigen alten Männern stieß: Robert Neumann Jg. 1897, Wolfgang [315] Abendroth Jg. 1906, Erwin Eckert Jg. 1893, Heinz Kappes Jg. 1893, Hans Heinz Holz Jg. 1927, Hanfried Müller Jg. 1925, Helmut Ridder Jg. 1919, Kurt Goldstein Jg. 1914, Wolfgang Ruge Jg. 1917, Kurt Pätzold Jg. 1930, Eric Hobsbawm Jg. 1917 und Walter Ruge Jg. 1915.

In meinem selbstverantworteten Englischunterricht war das Bühnenstück von John Osborne eines der häufigsten Themen, die ich mir im Laufe der Jahre mit den Schülern erarbeitete und dabei aus der Analyse der DDR-Anglistik (Robert Weimann) und den Anleihen bei C. Wright Mills (»The complacent young men«), der die Generation der Jimmy Porters für »angry, but helpless« hielt (»rebels without a cause«), erhellenden Nutzen zog. Der Zorn blieb; die Hilflosigkeit konnte durch Beteiligung an politischen Aktivitäten und publizistische Tätigkeit abgebaut werden. Entgegen der Verabschiedung von »good brave causes« bei John Osborne, Jimmy Porters Vater hatte sich noch auf Seiten der Republikaner am Spanischen Bürgerkrieg beteiligt, gab es immer noch gute Gründe, sich politisch zu engagieren. Aus individuellem Protest wurde die Beteiligung an kollektiven politischen Aktionen, ein Lernprozess, den Bücher allein nicht vermitteln können. Träume blieben, aber hinzu kam die gewissenhafte Beobachtung gesellschaftlicher Bedingungen, die auf Tatsachen beruhende Rekonstruktion geschichtlicher Vorgänge und die Erfahrung im

politischen Kampf. So wurde aus dem »rebel without a cause« schließlich »a rebel with a cause«. Mögen andere an die Mär glauben, inzwischen sei die »Zivilgesellschaft« angebrochen, ja durch die 68er Bewegung gar erstritten worden, in der die großen Probleme bereits gelöst seien und die menschlichen, allzu menschlichen kleinen Probleme mit Hilfe von »civil religion« und »political correctness« im Rahmen der bestehenden Eigentumsstrukturen behoben werden können; ich tue es nicht.

Zu den prägenden Eindrücken meiner Kindheit gehörten auch die zahlreichen Zirkusbesuche am Schillerplatz, die in mir den Berufswunsch weckten, Teppichaufroller im Zirkus zu werden. Nach meinem Selbstverständnis bin ich das auch geworden und stehe dazu. Eine meiner zahlreichen Teppichaufrolleraktivitären in meinem Leben war die 1992 erfolgte Einladung meiner Schule an Günter Gaus, Hermann Kant und Dieter Lattmann zu einem Podiumsgespräch über »Vereinigung deutscher Widersprüche« in den Fürstensaal des Marburger Schlosses.

Wenn nach Orten gefragt wird, wo ich viel Zeit zugebracht habe, muss unbedingt die Evangelische Akademie in Iserlohn genannt werden. Dieter Wernig und ich waren mit Ernst Tzschachmann befreundet, dessen Mutter Pfarrwitwe und als »Hausmutter« in der Akademie beschäftigt war und dort wohnte. Ernst Tzschachmann hatte nach der Mittleren Reife sich als Bergknappe ausbilden lassen, um 1960 umzusatteln und sein Einkommen als Straßenbauer und Vermessungstechniker zu [316] verdienen. Er war ein Jahr älter als wir und hatte uns an Lebenserfahrung, Vitalität und Abenteuerlust einiges voraus. In der Akademie herrschte im Vergleich zu den muffig-engen 50er Jahren ein relativ frischer Wind und intellektueller Freigeist. Immerhin war es die Marxismus-Kommission der Evangelischen Akademien, die mit teilweise erfreulich ertragreichen Publikationen am öffentlichen Tabu der Beschäftigung mit dem Marxismus rüttelte. Ich nahm als Schüler an Tagungen und Veranstaltungen teil und konnte ein wenig von dieser Brise in mich aufsaugen. An Wochenenden hielten wir uns viel im Keller der Akademie auf und vergnügten uns. Berühmt waren auch die Partys, die wir in verlassenen Türmen und in Höhlen des Felsenmeeres verbrachten. Dieser Kontakt hielt auch nach dem Weggang von Iserlohn noch an. Wenn ich mich richtig erinnere, zimmerten wir im Bundestagswahlkampf 1961 Plakatwände für die DFU mit Albert Schweitzer und Renate Riemeck als Konterfei und machten, gesponsert von dem fortschrittlichen Unternehmer Bruno Gantenbrink, Wahlkampf für »Die Freunde Ulbrichts«. Mit Lautsprecherwagen zogen wir durch die Wohnviertel Iserlohns und bekannten uns so zu der in der Öffentlichkeit verachteten DFU. Als die DFU 1985 ihr 25jähriges Jubiläum in Stuttgart beging, war ich dabei, um die Festansprache des von mir verehrten Helmut Ridder anzuhören und auf Video aufzunehmen.

Ohne meine 50er Jahre allzu sehr zu romantisieren (»N'éxagerons rien, rien, rien, rien«), sie hatten einen Hauch vom Geist der Edelweißpiraten, einem Gemisch aus Unangepasstheit, Widerständigkeit und Abenteurerlust. Immerhin wurde mir und anderen Schülern die Aberkennung der »sittlichen Reife«, sprich des Abiturs, angedroht. Widerständig war z. B., als wir unserem Geschichtslehrer die Tour vermasselten, als dieser als Krönung seiner Maskierung als Leiter eines VHS-Kurses nach Israel einzureisen gedachte. Das war uns dann doch Zuviel, nachdem wir seinen von Antisemitismus durchzogenen Unterricht »genossen« hatten.

Zu den Besonderheiten meiner Jugend gehören auch die Wohnverhältnisse, in denen ich lebte. Abgesehen von den Kriegsjahren, in denen wir viel Zeit im Luftschutzkeller und, wenn es zu arg wurde, in Luftschutzbunkern verbrachten – draußen die Hilfeschreie der Zerbombten hörend, die mich später noch in Albträumen im gleichen Tonfall nach »Hilfe« rufen ließen –, hatte ich nach dem Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der es auch in Pfarrhäusern wegen der Flüchtlingsströme enger wurde, sowohl in der Inselstraße bis 1956 und in der Schüttestraße bis 1960 – jetzt als Einzelkind, da meine Geschwister das Elternhaus wegen Studiums bereits verlassen hatten – ein eigenes separates Zimmer im Dachgeschoß: außerhalb der Etagenwohnung

meiner Eltern, die sich im Parterre bzw. im 1. Stock befand. Ich konnte »mein Reich« betreten und verlassen, ohne mit meinen Eltern in Berührung zu kommen. Eine Freiheit, die ich sehr schätzte.

[317] *An welche Autoren, die Dich damals besonders beschäftigt haben, erinnerst Du Dich? Klassische und/oder zeitgenössische?*

Besonders haften geblieben ist die Lektüre von Albert Camus' »Die Pest«, Wolfgang Borcherts »Draußen vor der Tür« und viele Stücke, Lieder und Gedichte von Bert Brecht. Auch Günter Eichs »Träume« wurden verschlungen und in meiner Abiturentlassungsrede eifrig zitiert. Inzwischen hat diese Rede Eingang gefunden in Konrad Jarauschs Buch »Die Umkehr. Deutsche Wandlungen. 1945–1995«. 1998 war in einer Rezension meines Buches »Es wechseln die Zeiten... Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefes eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998)« im »Neuen Deutschland« zu lesen: »Wie gut, daß Friedrich-Martin Balzer seine Abiturrede nicht in den Papierkorb geworfen hat«.

Insgesamt muss ich sagen, ich war keine Leseratte, die dicke Bücher am laufenden Band im stillen Kämmerlein verschlang, sondern es überwog das Bedürfnis nach »Nix wie raus« – auf Abenteuerspielplätze auf dem Gelände des weiträumigen Kirchhofs oder mit meinen Spielkameraden, beide Arbeiterkinder, in die unterirdische Kanalwelt des Barbachs, ins Dachgestühl, wo es einen Brieftaubenschlag gab, ins Kino oder unter Menschen. Neben Alfred Anderschs 1957 erschienenem Buch »Sansibar oder der letzte Grund« und Romanen und Gedichten von Albrecht Goes wurde von mir jedoch auch Dostojewskis »Schuld und Sühne« und Theodore Dreisers »Eine amerikanische Tragödie«, beide werden in der Literaturgeschichte in einem Atemzug genannt, intensiv gelesen. Während sich nur wenige unschuldige junge Menschen mit den Verbrechen des Faschismus herumplagten, wurde die öffentliche Szene beherrscht von der »Unfähigkeit zu trauern« (Alexander und Margarete Mitscherlich). Oder wie Robert Neumann, den ich 1961 zu einem Vortrag (»Was geht uns Eichmann an?«) nach Marburg einlud, schrieb: »Nur die Schuldlosen quälen sich, nicht einer der Schuldigen«. Eine persönlich bewegende Leseerfahrung war Graham Greenes »Die Kraft und die Herrlichkeit«. Der 1940 erschienene Roman erinnerte mich an meinen Vater, der 1947 im Alter von 40 Jahren wegen Alkoholabhängigkeit von seiner Kirche zwangspensioniert worden war. Dieser Vorgang und ein früher kindlicher Blick hinter die Kulissen der »Brüder und Schwestern« verliehen meinen späteren Kirchengeschichtsaufarbeitungen einen zusätzlichen Impetus.

Nachhaltige Wirkung hatte meine Lektüre der frühen Zeitschriften nach 1945, »Aufbau«, »Neubau«, »Umbau« und »Frankfurter Hefte«, die sich in meinem Elternhaus befanden. Sie atmeten etwas von dem Geist des »Neuanfangs«, bevor auch dieser allzu bald wieder im »Wirtschaftswunderland« verschüttet wurde. In einer Ausgabe des »Aufbau« stand das Gedicht von Ilse Langner, in dem es u. a. hieß: »Einstiger Schuld sind wir ewig zu Wächtern bestellt! [...] Uns ward [318] das Leben gerettet, auf daß wir's erobern. [...] Reißt euch heraus, der inn'ren Vermauerung entflieht: Schafft euch die Welt neu für euer neues Gesetz«.

Zuhause wurde viel gelesen und vorgelesen. Meine Mutter las mir vor dem Schlafengehen die von mir geliebten Balladen vor. Meine Lieblingsballade war »Der Reiter über den Bodensee«. 40 Jahre später, 1994, fragte sich Ernst Nolte in seiner Besprechung der von mir angezettelten und von Robert Neumann auf sich genommenen »Operation Mauerdurchlöcherung«, die im gleichen Jahr als Buch erschien, in der FAZ, »wie eigentlich ein Staat und eine Gesellschaft, die mit so geballter Energie sowohl von außen wie von innen angegriffen wurden, überleben und am Ende sogar einen vollständigen Sieg erringen konnten – mindestens dem Anschein nach. In Augenblicken der Besinnung könnten die führenden Politiker der Bundesrepublik wohl ein Empfinden haben, das demjenigen des ›Reiters über den Bodensee‹ nahekäme.« So gegensätzlich können die Erfahrungen sein, die gleichzeitig diesseits und jenseits der Barrikaden gemacht werden.

Daß sich unter den vielen Büchern meiner Eltern erstaunlicherweise auch das Buch von Simone de Beauvoir »Das andere Geschlecht« befand, merkte ich erst später. Als ich es Ende der 60er Jahre im Englischunterricht der Oberstufe mit dem Text von C. Wright Mills »Women: The darling little slaves« vorstellte, setzte ich mich dem Vorwurf der Verbreitung von Promiskuität aus.

Zuhause wurde aber nicht nur viel gelesen – Fernsehen gab es bei uns noch nicht –, sondern viel gehört. Bundestagsdebatten im Original, Nachrichten, Features, Kommentare, »Gedanken zur Zeit« und die Sonntagsgottesdienste, die anschließend im Familienkreis einer strengen Predigtkritik kontrovers unterzogen wurden.

Neben der geschriebenen Literatur spielte aber vor allem das Sprech- und Tanztheater mit den großen Gastspielen auf Iserlohner Bühnen, wo ich hinter den Kulissen arbeitete, eine prägende Rolle. »Hinter den Kulissen« war denn auch meine erste Veröffentlichung (in der Schulzeitung des »Merkwürdigen Gymnasiums«). Ich war keiner, der nach der Vorstellung die Schauspieler am Bühnenausgang um ein Autogramm bedrängte, sondern arbeitete als Hilfskraft hinter der Bühne in der Garderobe. Auf diese Weise schnupperte ich intensiv Theaterluft und erlebte so bedeutende Schauspieler wie Ernst Wiemann, Elisabeth Bergner (»Eines langen Tages Reise in die Nacht«), Heidemarie Hatheyer, Maria Becker, Will Quadflieg, Ernst Schröder, Helmut Lohner, Heinz Drache und den Pantomimen Marcel Marceau aus nächster Nähe.

[319] *Die Bundeswehr war gerade etabliert. Wurdest Du eingezogen? Wurdest Du gerne Soldat? Oder hast Du verweigert?*

Da mein Abiturfoto mit schwarzem Konfirmandenanzug bereits ein Ostermarschabzeichen zeigt – 1961 war meine erste Teilnahme am Ostermarsch, bei dem ich das erste Mal auf leibhaftige Kommunisten an meiner Seite stieß –, hätte ich sicher verweigert, wenn ich denn vor die Wahl gestellt worden wäre. Wolfgang Borcherts »Sagt NEIN« war noch nicht vergessen. Aber es kam nicht dazu, weil man mich bei der Musterung zunächst vergaß und mich, als es zur nachgeholten Tauglichkeitsprüfung kam, angesichts des Studiums zurückstellte. Und dabei blieb es. In den 80er Jahren saß ich bei großen Friedensmanifestationen mit dem Nato-General Nino Pasti (Italien) und dem Nato-Admiral Antonio Sanguinetti (Frankreich) auf dem Podium, um gemeinsam für die Verhinderung der Raketenstationierung zu argumentieren.

Findest Du, daß unsere Generation, also wir, etwas vorangetrieben, entwickelt oder verursacht haben?

Vom Jahrgang 1940 her zur 68er Generation gehörend, hat diese sicherlich viel bewegt und verändert. Ob das ausgereicht hat und für alle Angehörigen dieser Generation gilt, muss bezweifelt werden. Es sind wohl immer Minderheiten einer Generation, die sich für grundlegende Veränderung der Gesellschaft einsetzen, und ich bin froh, bis heute dazu zu gehören.

Hat sich bei Dir während der fünfzig Jahre seit dem Abitur einmal oder mehrere Male etwas wesentlich geändert?

1980 trennte ich mich von meiner ersten Frau, allerdings ohne Krach und Krieg. Seit 1989 lebe ich mit meiner zweiten Frau, Brigitte Kustosch, die ich 1993 am Kap der guten Hoffnung in Kapstadt heiratete, ein glückliches Leben. Mit meiner ersten Frau und ihrem zweiten Mann verstehe ich mich prächtig. Die inzwischen 41jährige Tochter, die ihren eigenen Weg erfolgreich geht, mußte wenig leiden. Inzwischen ist sie Mutter einer dreijährigen Tochter, die uns allen Freude macht.

Brüche durch Orts- und Wohnungswechsel hat es kaum gegeben. Von einer einsemestrigen Unterbrechung in Bonn abgesehen, lebe ich seit 50 Jahren in Marburg, dort nur dreimal die Anschrift wechselnd. Seit 42 Jahren wohne ich zur Miete in einem denkmalgeschützten Jugendstilhaus aus dem Jahre 1898, das ich nur noch »mit den Füßen zuerst« verlassen möchte.

[320] Der politische Einschnitt 1989 ff. war allerdings ein Umstand, der mir schwer zu schaffen machte. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß ich von 1989 bis 1994 alljährlich im Krankenhaus behandelt wurde und mich drei Operationen unterziehen mußte. Aber ich habe – entsprechend dem Motto von Shakespeare »To Thine own self be true« – versucht, mir treu zu bleiben und weiter *gegen den Strom* des Zeitgeistes anzuschwimmen. Ein altes chinesisches Sprichwort besagt: »Lernen bedeutet Rudern gegen den Strom. Wer aufhört zu rudern, fällt zurück«. Vom Aufhören kann keine Rede sein. Nur der Strom ist breiter geworden. Geblieben sind die Wahlsprüche »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt« *und* »Wer nicht genießt, ist ungenießbar«.

Wolltest Du das werden, was Du geworden bist? Beruflich? Privat?

Ich bin höchst zufrieden mit meinem beruflichen und privaten Lebensweg, wie er sich im Ganzen entwickelt hat. Wer hätte gedacht, daß ich mit 36 Jahren trotz starker und bleibender Linksabweichung Studiendirektor im Privatschuldienst werden würde (ohne ambitionierte Klimmzüge und ohne den üblichen Bewerbungszirkus) und daß ich demnächst 40 Bücher produziert haben werde, von denen bereits 18 im Mekka des weltweiten Bibliothekswesens in der »Library of Congress« in Washington D. C. registriert sind? Wie hieß es so schön im englischen Wikipedia über den «German educationalist, faction-writer and editor«: «Since his early retirement Dr Friedrich-Martin Balzer started his ›second career‹ as an editor and writer, publishing a lot of (both print and electronic) books on German political history within the 20th century«.

Ist das Altern langweilig?

Mitnichten. Seit meiner Frühpensionierung mit 56 Jahren genieße ich die selbstbestimmte Arbeit und habe als »Privatgelehrter« sehr viel dazu gelernt. Was ist Glück (auch im Alter): Alltagstauglichkeit in der Erledigung von Arbeiten im Haushalt (Kochen, Abwaschen etc.; schließlich war ich von 1980 bis 1989 sog. »Alleinerzieher«), eine erfüllte Beziehung, eine hinreichende finanzielle Ausstattung und eine Intellektualität, die befähigt, die Dinge nicht nach dem bloßen Augenschein, sondern nach ihrer wirklichen Entstehung und Bedeutung zu erarbeiten und zu durchschauen, Geschichte analytisch aufzuarbeiten, was in meinem Fall insbesondere bedeutete, intellektuelle Leitfiguren der demokratischen Bewegung dem Vergessen zu entreißen. Life begins every day, even when you are old. Es ist eine Lust zu leben. Juvat vivere – trotz alledem und alledem. Arbeit, Ärger und Frust gehören dazu. Wie sollte es auch anders sein.

[321]

Nach 50 Jahren: Der Düsseldorfer Prozess. Die Friedensbewegung auf der Anklagebank des Kalten Krieges*

Der Düsseldorfer Prozess[1], der vor 50 Jahren endete, war, so der linksprotestantische Anwalt im Kalten Krieg, Diether Posser, der »*bedeutungsvollste politische Strafprozess seit Bestehen der Bundesrepublik*«. »Der Spiegel« schrieb 1961 von dem »bislang ungewöhnlichsten politischen Strafprozess«, der »*das Elend der politischen Justiz im liberalen Rechtsstaat*« erhelle. Allein die Tatsache, daß sich unter den sieben Angeklagten des Düsseldorfer Prozesses Nichtkommunisten und vier Christen befanden, beweist, daß die politische Strafjustiz sich *nicht nur gegen Kommunisten* richtete. Gleichwohl beharrte von Brünneck noch 1998 auf dem Irrglauben, daß sich die politische Strafjustiz »*ausschließlich gegen Kommunisten*«[2] gerichtet habe. Der Düsseldorfer Prozess gegen das Friedenskomitee der Bundesrepublik ist nur auf dem Hintergrund der Restauration in Westdeutschland zu verstehen, der Wiederherstellung alter Machteliten in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Justiz (einschließlich der Nazis an führender Stelle), des kalten Krieges mit seiner – auch militärischen – Konfrontation gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten, seiner demokratiewidrigen Berufsverbote seit 1950, dem 1961 als verfassungswidrig aufgehobenen Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 und dem rechtswidrigen KPD-Verbot von 1956[3]. Die Urteile im Düsseldorfer Prozess sind Teil [322] einer politischen Justiz, die der niedersächsische Justizminister, Professor Pfeiffer, 2003, schlicht als verfassungswidriges »Gesinnungsstrafrecht« brandmarkte. Der spätere Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP, 1974–1978) sprach bereits 1963 von bis dahin 250.000 durchgeführten Ermittlungsverfahren und 6.000 Verurteilungen, Zahlen, »die einem Polizeistaat alle Ehre machen«.

Der Prozess fand vom 10. November 1959 bis 8. April 1960 vor der Sonderstrafkammer des Düsseldorfer Landgerichts statt.

Vorausgegangen war das staatspolitisch Übliche: Jahrelange Ermittlungen, Vernehmungen und Hausdurchsuchungen durch Staatsanwaltschaft und politische Polizei. Begonnen hatten die Voruntersuchungen mit dem Verfassungsschutz, der das Friedenskomitee 1952 »als *kommunistische Tarnorganisation*« einstufte.

Am 29.12.1958 hatte schließlich der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Max Güde (CDU), nach anfänglichem Zögern die Eröffnung des Hauptverfahrens auf Weisung der Bundesregierung beantragt. Erst am 2. März 1959 wurde das Friedenskomitee der Bundesrepublik

---

* Am 8. April 2010 jährte sich zum 50. Mal das Urteil im Düsseldorfer Prozess gegen die westdeutsche Friedensbewegung. Aus diesem Anlass hielt ich am 19. April im Frankfurter Club Voltaire und am 11. Mai im Bahnhof Langendreer auf Einladung des Bochumer Friedensplenums und der DFG-VK den anschließenden Vortrag. Er beruht auf der überarbeiteten Ringvorlesung, die ich am 22. Mai 2006 an der Philipps-Universität Marburg unter dem Titel »Kalter Krieg und die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60« gehalten habe.

1 Siehe Heinz Kraschutzki (Hrsg.), Staatsgefährdung. Ein dokumentarischer Prozessbericht, Hannover 1961, 278 S.; Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover und Beiträgen von Walther Ammann, Friedrich-Martin Balzer, Walter Diehl, Heinrich Hannover, Rudolf Hirsch, Friedrich Karl Kaul, Diether Posser und Denis Nowell Pritt, Köln 2006, 380 S.

2 Alexander von Brünneck, Strafgesetzgebung der fünfziger und sechziger Jahre. In: Politische Strafjustiz 1951–1968, Düsseldorf 1998, S. 50.

3 Siehe Hans Heinz Holz, Der frühe Tod des Grundgesetzes. Das KPD-Verbot – der Präzedenzfall für die Aushöhlung der Demokratie in der BRD. In: Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie. Herausgegeben von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo, Heft 32, Grundgesetz, Napoli 2009, S. 83–100.

im Bundesland Nordrhein-Westfalen verboten.

Wer waren die Angeklagten?

Der Vorwurf der »Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung« gemäß den §§ 88, 90a, 94, 98, 128, 129 des Strafgesetzbuches (StGB alte Fassung) richtete sich gegen sieben Mitglieder des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland: gegen den Pastor Johannes Oberhof, den früheren KPD-Funktionär und ehemaligen Pfarrer Erwin Eckert, den Dolmetscher und Theologen Walter Diehl, den Verlagsleiter Gerhard Wohlrath, den Arbeiter Gustav Tiefes, den Versicherungsangestellten Erich Kompalla und die ehemalige SPD-Stadträtin Edith Hoereth-Menge, die der von Bertha von Suttner gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft angehörte. Das Verfahren gegen Hoereth-Menge wurde wegen Krankheit ausgesetzt.

In diesem Prozess saßen also nicht nur Kommunisten, sondern auch parteilose Mitglieder des Friedenskomitees und Christen auf der Anklagebank.

Der ehemalige Pfarrer Erwin Eckert war nach 20jähriger Mitgliedschaft 1931 aus der SPD (wegen Kritik an der Tolerierungs- und Stillhaltepolitik der SPD) ausgeschlossen worden und als erster amtierender Pfarrer in die KPD eingetreten. Dies führte unmittelbar dazu, daß die deutschnational orientierte Kirchenleitung ihn fristlos und unehrenhaft aus dem Dienst entfernte. Während der Jahre 1933–1945 verbrachte Eckert mehrere Jahre wegen Widerstandes gegen den Faschismus in Gefängnis- und Zuchthaushaft. Nach 1945 war Eckert Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung in Baden, von 1947–1956 KPD-Landtagsabgeordneter [323] zunächst in Baden, ab 1952 in Baden-Württemberg und Staatsrat im ersten südbadischen Kabinett nach dem Krieg gewesen. Für alle Angeklagten gilt: Ihr eigenes Erleben hat sie den Krieg hassen gelehrt. Wen wundert es, »daß diese Menschen die Behauptung, ihr Eintreten für den Frieden sei nur ›Tarnung‹ oder ›befohlen‹ gewesen, als eine ausgesprochen persönliche Beleidigung empfinden?«[4]

In keinem anderen westlichen Land – außer Franco-Spanien – wurde die Weltfriedensbewegung strafrechtlich verfolgt.

Wer verteidigte die Angeklagten und was waren ihre Argumente?

In diesem bis dahin größten und langwierigsten politischen Strafprozess in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren traten die Rechtsanwälte Diether Posser, Walther Ammann und Heinrich Hannover, Friedrich Karl Kaul sowie der britische Kronanwalt Denis Nowell Pritt auf. Also die Crème de la Crème. Mit vereinten juristischen Kräften sorgten sie dafür, daß ein großer Teil der Anklagepunkte bei der Urteilsfindung nicht mehr berücksichtigt wurde. Aus dem Arsenal der Verteidigung, die Verfahren und Urteil als »verfassungswidrig« analysierten, seien hier nur wenige Argumente aus der Verfassungsbeschwerde vom 10. Juni 1963[5] herausgegriffen:

– Der Verteidigung und den Angeklagten wurde das in Art. 103 Abs. 1 des Grundgesetzes garantierte *rechtliche Gehör* in weitem Umfang versagt. 476 der von der Verteidigung eingereichten Dokumente wurden nicht zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemacht. Gleichzeitig lag in der weitgehenden Verweigerung des rechtlichen Gehörs ein Verstoß gegen Art. 6 Abs. 3 Ziff. d) der Menschenrechtskonvention vor, wonach es international zu den Grundrechten eines Angeklagten gehört, »Fragen an die Belastungszeugen zu stellen oder stellen zu lassen und die

[4] In: Heinz Kraschutzki, a. a. O., S. 43. Inzwischen zusammen mit seiner „Verborgenen Geschichte des Koreakrieges“ im Internet unter http://www.max-stirner-archiv-leipzig.de/philosophie.html

[5] Walther Ammann, Begründung der Verfassungsbeschwerde vom 10. Juni 1963. In. Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) Justizunrecht, a. a. O., S. 148–169.

Ladung und Vernehmung der Entlastungszeugen zu erwirken.« Der von der Verteidigung präsent gestellte Zeuge Flintzer wurde nicht vernommen, obwohl die StPO eine solche Vernehmung zwingend vorschreibt. Stattdessen wurde das Protokoll einer früheren Aussage des Zeugen verlesen. Der Zeuge konnte sich nicht zu seiner früheren Vernehmung äußern, und der Verteidigung und den Beschuldigten war so die Möglichkeit abgeschnitten, Fragen an den Zeugen zu stellen. Nachdem das Gericht in Serie das Vorbringen von Anträgen und Dokumenten im Düsseldorfer Prozess ablehnte, platzte dem Essener Strafverteidiger und Sozius von Gustav Heinemann der Kragen: »Wenn Sie alle unsere Beweisanträge zurückweisen, würde ich es ehrlicher finden, unsere Mandanten durch Verwaltungsakt ins KZ einzuweisen, statt uns Anwälte als rechtstaatlichen Dekor zu missbrauchen«. [324]

– Die auf § 90a des Strafgesetzbuches (StGB, alte Fassung) beruhende Verurteilung steht in Widerspruch zu den Art. 1 (Würde des Menschen), 3 (Gleichheitsgrundsatz), 4 (Glaubens- und Gewissensfreiheit), 5 (Meinungsäußerungsfreiheit) und 9 (Vereinigungsfreiheit). Die Strafvorschrift ist *verfassungswidrig* und damit nichtig. Erst am 21. März 1961, also *nach dem Düsseldorfer Prozess*, wurde sie vom Bundesverfassungsgericht am 21. März 1961 als »verfassungswidrig« aufgehoben.

– Der »judicial restraint« (»Pflicht zur Beschränkung«) wurde bei der gesetzlichen Androhung von Freiheitsstrafen verletzt. »Wenn über die Bundesrepublik hinaus bekannte und geachtete Persönlichkeiten aus dem christlichen, liberalen wie kommunistischen Bereich, die, wie die Angeklagten, sich ihrem Gewissen verpflichtet für eine *Politik der Koexistenz und die Erhaltung des Friedens* untereinander einsetzen, daraus (und dafür) mit Gefängnis bestraft werden, dann ist das ein unvertretbarer und nicht mehr zu verantwortender *Eingriff in die Ehre, Freiheit und Menschenwürde*.«

– Das vom Bundesverfassungsgericht bejahte *Prinzip der Verhältnismäßigkeit* wurde missachtet. Der Gesetzgeber »kann nicht einfach jedes ihm missliebige oder auch nur unsympathische Verhalten einzelner Bürger und von deren Zusammenschlüssen oder gar bestimmten Richtlinien seiner Politik zuwiderlaufende Meinungen und politische Tendenzen pönalisieren, (d. h. unter Strafe stellen), sondern er ist vielmehr selbst gemäß Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes *an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden*.«

– Bei Vereinigungen, die mit nicht zu beanstandenden, d. h. erlaubten Mitteln tätig sind, kann nur die politische Tendenz das eigentliche Motiv der Pönalisierung sein. »Dies reicht für eine *Strafbedürftigkeit* als unabdingbare Grundlage einer Strafvorschrift nicht aus. § 90a Abs. 1 StGB verstößt somit *gegen die Grundrechte der Vereinigungs- und Meinungsfreiheit* und ist daher unzulässig.« Die Beschwerdeführer sahen darin eine Verletzung der in Art. 5 und Art 9 des Grundgesetzes garantierten Grundrechte. Niemand könne wegen der Tätigkeit für eine Vereinigung bestraft werden, bevor diese Vereinigung rechtskräftig verboten ist.

– »Betrachtet man Datum und Inhalt der Anklage, so liegen die darin aufgezählten und somit dem Eröffnungsbeschluss und dem Urteil zugrunde gelegten Umstände und Vorgänge *alle zeitlich vor* den ersten verwaltungsmäßigen Verbotsverfügungen.« Das Landgericht selbst konnte nach dem Verbot des Friedenskomitees in NRW im Jahre 1959 keine strafbaren Handlungen im Sinne der Anklageschrift nachweisen.

– Die Angeklagten haben sich lediglich *gegen bestimmte Maßnahmen der Regierungspolitik* auf außen- oder wehrpolitischem Gebiet geäußert, so z. B. Unterschriftensammlung zum Stockholmer Appell (Verbot der Atomwaffen und Mas-[325]senvernichtungsmittel – heute immer noch so aktuell wie damals!), Mitwirkung bei der Volksbefragungsaktion (gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung), für den Volkskammerappell vom 15. August 1951 (Aufnahme gesamtdeutscher Beratungen), gegen das erste Strafrechtsänderungsgesetz, gegen den Generalvertrag, die Pariser Verträge und die NATO und in Unterstützung der Aktion gegen Atomtod

und Atomaufrüstung. Ein Verfassungsgrundsatz im Sinne des § 88 StGB (alte Fassung) ist damit weder in Gefahr noch angegriffen oder auch nur tangiert. Das Urteil von Düsseldorf geht an keiner Stelle darauf ein, welcher oder welche Verfassungsgrundsätze des § 88 durch welche Tätigkeit des Friedenskomitees bzw. der Angeklagten verletzt wurden. Außerparlamentarische Aktionen sind eine »legitime Einwirkung auf das Parlament« und dienen und gehören »geradezu zur politischen Willensbildung des Volkes«, von dem laut Art. 20, Abs. 2, Satz 1 alle Staatsgewalt auszugehen hat.

Wer stellte sich als Zeuge der Verteidigung zur Verfügung?

Zur Widerlegung des den Angeklagten gemachten Schuldvorwurfes oder als sachverständige Zeugen stellten sich u. a. folgende Personen zur Verfügung, die auf Antrag der Verteidigung in der Hauptverhandlung als Zeugen vernommen wurden: Ingeborg *Küster*, Christa *Thomas*, ehemalige Mitbegründerin der CSU; Oberbürgermeister a. D. Wilhelm *Elfes*, Mitbegründer der CDU, Vorsitzender des Bundes der Deutschen (BdD); Isabelle *Blume* (Brüssel), ehem. sozialdemokratische Abgeordnete, Professor John Desmond *Bernal*, Vorsitzender des Präsidiums des Weltfriedensrates; Professor Joshitaro *Hirano* (Tokio), Präsident der juristischen Sektion der Akademie der Wissenschaften Japans und Generalsekretär des Japanischen Friedensrates.

In dem Verfahren hatte sich neben anderen bekannten kirchlichen Persönlichkeiten wie dem Karl-Barth-Schüler Professor D. Hans Joachim Iwand und Dr. Dr. Gustav Heinemann auch der Kirchenpräsident Martin Niemöller als Zeuge der Verteidigung zur Verfügung gestellt. Er schrieb dem »kommunistischen Christen« Erwin Eckert: »Ich bin mit Ihnen und den mit Ihnen verurteilten Freunden der Meinung, daß wir in einem *Staat des Unrechts* leben, in dem kein Mensch mehr vom Staat Wahrheit und Ehrlichkeit erwarten kann. Für Sie und die mit Ihnen verurteilten Freunde wie für unser ganzes Volk warte ich auf den Tag [...], an dem unser Volk [...] von den Menschen befreit wird, die unter dem Schutz dieser Verfassung ihre alten nazistischen und militaristischen Sonderziele zum Verderben unseres Volkes ungehindert verfolgen können. Darum bin ich froh, daß jetzt vor der ganzen Welt offenbar wird, wie unsere Polizei und auch unsere Justiz nazistisch verseucht und beherrscht werden.«[6] [326]

Wer übte Solidarität mit den Angeklagten?

Solidarität erfuhren die Angeklagten im Düsseldorfer Prozess durch die ca. 50 in- und ausländischen Zeugen der Verteidigung und durch zahlreiche Besucher, die als Prozess Beobachter, teilweise von weither angereist (u. a. Richard Crossmann von der britischen Labour-Partei), im Gerichtssaal anwesend waren.

Nachdem Eckert Martin Niemöller den Text der Verfassungsbeschwerde beim BVerfG vorgelegt hatte, antwortete dieser: »Es geht [...] darum, daß bei uns mit dem Wort ›Demokratie‹ nicht Schindluder getrieben wird, sondern daß in einer Demokratie tatsächlich der Wille des Volkes irgendwie zum Tragen kommt und nicht nur alle paar Jahre einmal durch die Abgabe eines Stimmzettels, die dadurch beeinflusst wird, daß ganz bestimmte Fragen, und nicht gerade die entscheidenden Fragen, vor der Masse ausgebreitet werden.«[7]

Ein ganz besonderes Zeugnis anteilnehmender Solidarität ist der Brief eines Zeitgenossen, der zu den wenigen Juristen zählt, die aus dem »Dritten Reich« unbeschadet hervorgingen und aufrecht in der BRD wirkten: der Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Paul Haag, der Eckert bereits 1936

6 Brief von Martin Niemöller an Erwin Eckert vom 19. Juli 1962. In: PAB.
7 Brief von Martin Niemöller an Erwin Eckert vom 31.1.1963. In: PAB.

vor der Sonderstrafkammer des OLG Kassel wegen »Hochverrat« verteidigt hatte. In diesem Brief vom 16. Juli 1963 heißt es:

»Sehr geehrter Herr Eckert! Die von Ihnen und Ihren Leidensgenossen verfasste Beschwerde gegen die Missachtung Ihrer Grundrechte anlässlich eines gegen Friedensfreunde geführten Strafprozesses greift Missstände unseres Justizwesens an, die sich von jenen, deren Opfer Sie in Kassel vor fast 30 Jahren geworden sind, nur der milderen Form, nicht aber der Sache nach unterscheiden. Hier wie dort hat man unter dem Schein eines rechtsförmigen Verfahrens und mit Auslegungskünsten, die jeden Freund des Rechts mit Empörung erfüllen, eine Gesinnung verfolgt, die den ewigen Machthabern dieses unglücklichen Landes nicht genehm war: die Stimme des Friedens, der Versöhnung, des Ausgleichs und damit letztlich der menschlichen Vernunft. Es gehört wahrhaftig die ganze Perversion neuwestdeutschen Rechtsdenkens dazu, Menschen als Staatsfeinde einer angeblich rechtsstaatlich fundierten Demokratie zu verfolgen, die sich mit allem Ernst und in lauterster Absicht darum bemühen, durch Arbeit für den Frieden die Erhaltung eben dieses Staatsgebildes und seiner Bürger zu fördern, dieses Staatsgebildes, dessen Richter sich dazu hergeben, die Freunde des Friedens und der Bewahrung des Staats, der diese Richter amtieren lässt, zu verfolgen. Dies alles ist noch trostloser als in jener schauerlichen Epoche, da Sie vor den Heloten des Braunauers standen; eben von jenen wusste man ja, dank der Brutalität ihrer Sprache und ihrer Taten, wessen man sich zu versehen hatte. Aber die verschleiernde Phrase, [327] die den heutigen ›Demokraten‹ (nach glücklicher Entnazifizierung) routinemäßig von den scheinheiligen Lippen quillt, ist es, die die moralische Atmosphäre dieses Landes so unerträglich macht. Ich wünsche Ihnen und Ihren Freunden allen Mut, den Sie im Kampf mit den Bundesverfassungsrichtern brauchen. Mit freundlicher Begrüßung Ihr Haag«[8].

Das Urteil im Düsseldorfer Prozess

Nach 56 Verhandlungstagen verurteilte die IV. Große Sonderstrafkammer beim Landgericht Düsseldorf am 8. April 1960 alle Angeklagten wegen »Staatsgefährdung«. Die Angeklagten wurden des »Vergehens der Rädelsführerschaft einer ›verfassungsfeindlichen‹ (sic) Vereinigung nach § 90a StGB« für schuldig befunden und letztlich zu Gefängnisstrafen auf Bewährung verurteilt.

Die »Staatsgefährdung« sollte nach dem Urteil darin bestanden haben, »*die breite Masse des Volkes mit der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik unzufrieden zu machen*.«[9] Auf Seite 156 des Urteils wird als strafwürdig angesehen, daß der Zweck des Friedenskomitees darin bestanden habe, sich in »irreführender Weise auf das Grundgesetz, insbesondere die Grundrechte«, berufend, »die *Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik einseitig und ausschließlich herabzuwürdigen*«[10]. (Hervorhebung – FMB) Diese abenteuerliche Gleichsetzung von Verfassungswirklichkeit und Verfassungsrecht konnte nur das Produkt einer besonderen »deutschen juristischen Weltanschauung« (Ridder) sein. Dieses »Rechtsdenken« kann ggf. schließlich gegen alle mit der Verfassungswirklichkeit unzufriedenen Kräfte zum Zuge kommen.

Der italienische Rechtsanwalt Dr. Lucio Luzzatto, Mitglied des ZK der Sozialistischen Partei Italiens und stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses des italienischen Parlaments, stellte als sachverständiger Prozess Beobachter und Zeuge der Verteidigung zusammenfassend fest: »Man kann auch nicht sagen, daß es sich (beim Düsseldorfer Prozess) um einen politischen Prozess handelt; es handelt sich vielmehr um eine *politische Operation, die man unter Inanspruchnahme juristischer Formen durchführt* [...] Man will einfach Unterdrückungs-

8 Original in PAB.
9 Urteil im Düsseldorfer Prozess, AZ. IV-1044/59, (KLs 10/59, S. 149 f.
10 Ebenda, S. 156.

maßnahmen im Bereich der Politik ergreifen«[11] oder mit den Worten des legendären politischen Strafverteidigers Heinrich Hannover: Die politische Strafjustiz *»verdient nicht den Namen Rechtsprechung; sie war Durchsetzung der Adenauerschen Politik mit justiziellen Mitteln*«. [328]

Revisionsverfahren beim Bundesgerichtshof und Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht

Wer geglaubt hatte, die Angeklagten und ihre Verteidiger ließen den Schuldspruch auf sich sitzen, täuschte sich. Nach dem Urteil vom 8. April 1960 legten die Verteidiger in einem 223 Seiten umfassenden Schriftsatz Revision ein. Am 7. Februar 1961 erfolgte die Gegenerklärung der Düsseldorfer Sonderstrafkammer mit 143 Seiten. Vor der Verhandlung beim BGH schloss der BGH Friedrich Karl Kaul als Verteidiger von Eckert am 7. Juni 1962 aus. Umgehend legten Walther Ammann (10.6.1962) und Erwin Eckert (22.6.1962) gegen diesen Beschluss eine Verfassungsbeschwerde ein. Bekanntlich war der Strafverteidiger Kaul bei allen Gerichten der BRD zugelassen und der Ausschluss von Dr. Kaul verletzte das Grundrecht auf freie Verteidigerwahl. Der Bundesgerichtshof als Letztinstanz blieb beim Ausschluss von Karl Friedrich Kaul, lehnte am 3. Juli 1962 die Revision ab und verwies lediglich die Gefängnisstrafe von Walter Diehl an das Düsseldorfer Landgericht zurück, was schließlich dazu führte, daß die 12monatige Gefängnisstrafe in eine Bewährungsstrafe von 9 Monaten verwandelt wurde. Im Übrigen wurden alle Verurteilungen unter seinem Vorsitzenden Heinrich Jagusch vom 3., dem für Staatsschutzsachen zuständigen Senat, bestätigt. Am 13. Mai 1963 legte Eckert im Namen der Verurteilten eine Verfassungsbeschwerde ein. Am 10. Juni 1962 folgte die Verfassungsbeschwerde von Walther Ammann[12]. Aber es half alles nichts. Das Bundesverfassungsgericht lehnte die Zulassung der Verfassungsbeschwerden *wegen Fristversäumnis* ab.

Der Düsseldorfer Prozess – ein Tabu der bundesdeutschen Geschichte[13]

»Es gibt kein Standardwerk zur Geschichte der BRD, in dem [...] auf den Düsseldorfer Prozess eingegangen worden ist.«[14] Während die Archive der SED und des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit offengelegt wurden, bleiben die des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) verschlossen.

[329] In der DDR, in der der Düsseldorfer Prozess politisch und rechtswissenschaftlich in den Medien aufmerksam verfolgt wurde und eigens eine Gerichtsreportage zum Düsseldorfer Prozess von Rudolf Hirsch als Buch erschien, das jetzt in der Sammelschrift »Justizunrecht« nach 50 Jahren wieder zugänglich gemacht wird, wurde das Urteil im Düsseldorfer Prozess als »Ausweitung des Justizterrors auf die gesamte ernsthafte Opposition in Westdeutschland« kommentiert. In der DDR wurde die Urteilsbegründung als Beleg gewertet, »daß die bundesdeutsche

---

11 Zit. nach: J. Henker/J. Noack: Der Frieden stand vor Gericht. Zum Düsseldorfer Urteil gegen die Friedensbewegung in Westdeutschland. In: Neue Justiz. Zeitschrift für Recht und Rechtswissenschaft, Berlin/DDR, 14. Jg., Nr. 11, 5. Juni 1960, S. 453.

12 Alle diesbezüglichen Dokumente finden sich in dem Ordner »FKdBD Verbot Revisionsanträge etc.« im Essener Archiv der Initiative für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges.

13 Siehe Friedrich-Martin Balzer, Der Düsseldorfer Prozess und die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung 1959/60. In: Eckart Spoo (Hrsg.), Tabus der bundesdeutschen Geschichte, 2. Auflage, Hannover 2007, S. 189–197.

14 M. Weißbecker: Auf der Anklagebank des Kalten Krieges, In: F.-M. Balzer (Hrsg.) Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert. Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 311.

Strafjustiz Gesinnungsverfolgung praktizierte«.[15]

Das Düsseldorfer Urteil löste solche Irritation im Ausland aus, daß das Auswärtige Amt allen bundesdeutschen Vertretungen eine »Handreichung« zur Erläuterung schickte. Die westdeutsche Bevölkerung hat von diesem fünf Monate dauerndem Großverfahren so gut wie nichts erfahren. Das Schweigen der Medien – the most effective tool of the media is silence – funktionierte nach den Worten von Heinrich Hannover auch ohne Anweisung aus einem Propagandaministerium. Der von Heinz Kraschutzki herausgegebene und im Verlag Fritz Küster erschienene, höchst verdienstvolle dokumentarische Prozess Bericht unter dem Titel »Staatsgefährdung« von 269 Seiten wurde wenige Tage nach seinem Erscheinen 1961 beschlagnahmt und verboten.

Es ist an der Zeit, sich nicht nur der vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges in der bundesdeutschen Geschichte zu erinnern, sondern sie zum Gegenstand auch der Gesetzgebung zu machen, wie das die »Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges« in den letzten 20 Jahren mehrfach angestoßen hat. Es kommt darauf an, sich an die Schande des Düsseldorfer Prozesses in jenem »Staat des Unrechts« (Niemöller) zu erinnern, in der *die Falschen in Amt und Würden blieben* und *die Falschen verurteilt und verfolgt wurden*.[16]

Nach Heinrich Hannover hat »die Angst der Herrschenden vor der Revolutionierung der Köpfe eine spezifisch deutsche Justiztradition hervorgebracht.« Wir sind verpflichtet, so Heinrich Hannover, »diesen Männern zu danken, daß sie es auf sich genommen haben, gegen die Politik der Bundesrepublik zu kämpfen [und] hier gewissermaßen für uns alle auf der Anklagebank zu sitzen.«

In einer Presseerklärung der Linkspartei, immerhin der einzigen Partei, die sich zum Jahrestag der Kriminalisierung der Friedensbewegung im Düsseldorfer [330] Prozess äußerte, wurde anlässlich des 50. Jahrestages des Urteils in diesem historischen Großverfahren verlautbart, daß die Geschichte des Kalten Krieges in der BRD endlich aufgearbeitet werden müsse.

Wie sagte Ernst Bloch: Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich erinnert, was noch zu tun ist. In Max Güde (CDU) haben wir nach dessen Selbstkritik an seiner eigenen Beteiligung am Justizunrecht einen späten, argumentativen Bundesgenossen gefunden. Nach Güde steckt in der deutschen »Linksfürchtigkeit« das »Contra gegen rund drei Jahrhunderte europäischer Geschichte: gegen Aufklärung, gegen den ›Fortschritt‹, gegen Liberalismus und im Grunde auch gegen Demokratie, zumindest in ihrer westlichen Form«[17]. Güde schloss sich damit, spät aber nicht zu spät, der Erkenntnis von Helmut Ridder an, dem schon seit den 50er Jahren konsequenten Kritiker des bundesdeutschen politischen Strafrechts und des KPD-Verbots, wonach man in Deutschland nie bereit gewesen sei, »den geschichtlichen Preis« für die Emanzipation der kontinentaleuropäischen Revolution »zu zahlen«, »d. h. die seit 1789 notwendig mit dem Begriff von Demokratie verbundene Freiheit der Manifestation von Regime-Kritik und ›Fundamentalopposition‹ [...] oder das Gebrauchmachen von einer solchen Freiheit sanktionslos

15 Annette Rosskopf: Friedrich Karl Kaul. Anwalt im Kalten Krieg, Berlin 2002, S. 128–138. Siehe H. H. Holz, Der frühe Tod des Grundgesetzes. Das KPD-Verbot – der Präzedenzfall für die Aushöhlung der Demokratie in der BRD, Teil 1. In: junge Welt vom 5.12.2009, S. 10–11. Teil 2. In: junge Welt vom 7.12.2009, S. 10–11.

16 Siehe das Begleitheft zur Ausstellung »Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges«. Hrsg. von ver.di, Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Berlin-Brandenburg, Berlin 2005 und die von der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges (IROKK) herausgegebene »Nachdenkschrift«: Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik, 2. erweiterte Auflage, Juni 2009.

17 Max Güde u. a., Zur Verfassung unserer Demokratie. Vier republikanische Reden, Reinbek 1978, S. 7–46, hier S. 22.

hinzunehmen«[18].

Die Geschichte der Ostermarschbewegung, die trotz des massiven Einschüchterungsversuchs im Düsseldorfer Prozess im gleichen Jahr 1960 in Westdeutschland begann, ist ein klares Indiz: Wir lassen uns nicht einschüchtern und unterkriegen. Im Essener Arbeitszimmer von Karl Stiffel (DKP), der für die »Initiative für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges« verantwortlich ist, fand ich gestern die folgende Losung: »Verträumen wir nicht unser Leben. Leben wir unseren Traum«. Kämpfen wir weiter für die beste Sache der Welt: für Frieden, Demokratie und sozialen und rechtlichen Fortschritt.

Nachtrag: Wie der FAZ vom 28. August 2010, S. 33 zu entnehmen ist, erwägt das Bundesverfassungsgericht, abweichend vom Bundesarchivgesetz, das eine Sperrfrist von 30 Jahren für die Forschung vorsieht, eine Verlängerung der Sperrfrist auf 90 (!) Jahre. Eine Einsicht in die Verfahrensakten bei der Beratung über die Verfassungsbeschwerden im Zusammenhang mit dem Düsseldorfer Prozess wäre demnach erst im Jahre 2055 möglich. Was mag wohl in den Verfahrensakten des Bundesverfassungsgerichts zu lesen sein, das das Licht der Forschung und Öffentlichkeit scheut? Soll die Verteufelung der DDR einhergehen mit dem retuschierten Bild der Alt-BRD, in der alles angeblich »rechtsstaatlich« zugegangen ist? [331]

[18] Helmut Ridder, Land der unbegrenzten Widersprüche, Auszüge aus einer Rede bei einem Pressegespräch aus Anlass des 30. Jahrestages des KPD-Verbotsurteils. In: Deutsche Volkszeitung/die tat, Nr. 34 vom 22. August 1986, S. 10.

Erwin Eckert (1893–1972)

[332]

Wider die falschen Götter im Himmel und auf Erden. Erinnerung an den deutschen Befreiungstheologen Erwin Eckert*

Provoziert durch die theoretischen Überlegungen von Franz Hinkelammert[1] und den Kongress »Falsche Götter. Religionskritik als Kapitalismuskritik« möchte ich, den Thesen von Professor Hinkelammert zustimmend, ein konkretes, seltenes Beispiel aus der deutschen Geschichte präsentieren, das für den religiös motivierten Kampf gegen die falschen himmlischen und die falschen irdischen Götter steht. Es handelt sich um Erwin Eckert, den badischen Pfarrer und revolutionären Sozialisten, der nach 20 Jahren Mitgliedschaft in der SPD den Weg in die Kommunistische Partei Deutschlands fand. Geboren 1893, lernte er schon früh, als Freiwilliger im Ersten Weltkrieg, den falschen Kriegsgott des deutschen imperialistischen Krieges, den insbesondere die deutschen evangelischen Landeskirchen mit einem Rausch der Begeisterung begrüßt hatten, kennen und ablehnen. Die Erlebnisse in den Schlachten des Ersten Weltkrieges führten ihn dazu, den »Gott, der Eisen wachsen lässt«, zu durchschauen, wie ja überhaupt die Kriegspredigten in allen christlichen Völkern während des Ersten und Zweiten Weltkrieges das falsche Verständnis des angebeteten, instrumentalisierten Gottes ebenso entlarven wie die Berufung auf Gottes Willen bei Ronald Reagan und George W. Bush bei ihren Feldzügen und imperialistischen Abenteuern.

In seiner Predigt am Buß- und Bettag am 23. November 1919 stellte Eckert den Gottesbegriff aller europäischen Völker in Frage, weil sie alle zu demselben Gott gebetet hatten als einem Gott, der ihnen und nur ihnen den Sieg verleihen solle, weil sie ja angeblich sein Volk seien. Die Deutschen hätten an den »Gott ihres Volkes« geglaubt, gebetet »um ein großes, starkes Weltreich Deutschlands, um Sicherungen des Reiches durch Besitz und Rechte in den Ländern unserer Feinde, um Anteil und Einfluss an der Bestimmung der Erdengeschicke aller Völker«. Gott habe aber als Ziel »*die Menschwerdung aller*«, die Selbstverwirklichung des Menschen, das heißt »ein Reich der Liebe, der Gerechtigkeit, der Freude und des Friedens. Das Reich, in dem jeder ein Mensch ist, ein Kind Gottes, [...] ein [333] Reich, in dem alle Menschen gleich sind, an Recht und Existenz, nicht nur vor Gott, sondern untereinander, ein Reich, in dem nicht mehr das Geld herrscht«. Tatsächlich regiere der »Kains-Sinn die Welt [...], der Totschlag um des Gewinnes willen, des Genusses willen und der Macht über die anderen« willen, »wenn das letzte und höchste Gebot hieße ›Liebe Dich selbst und vernichte Deinen Nächsten‹ und nicht ›Liebe deinen Nächsten wie Dich selbst‹«. Eckert aber wollte »das Reich der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, der Menschlichkeit und der Liebe heraufführen«: »Wir haben keinen Grund, gegen den Bolschewismus als Weltanschauung auf der Kanzel zu eifern; ein rechter Christ ist seinen Lebens- und Weltanschauungen nach, seinen Sehnsüchten und Hoffnungen nach nicht weit von ihm entfernt.« Eckert fragte jene, die »die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus Nützlichkeits- und Vorurteilsgründen als unumgänglich notwendig« verteidigten, ob sie es verantworten könnten, daß sie »die Gesamtheit des Volkes nicht an seiner eigenen Verwaltung und Regierung teilnehmen lassen«. Der Bußprediger erinnerte an das Wort Jesu Christi: »Ich bin nicht gekommen, daß ich mir dienen lasse, sondern daß ich diene und gebe mein Leben für eine Erlösung für viele«.[2] Die »christlichen Völker Europas« seien alles andere als christliche Völker, denn aus

---

* Ausgelöst durch die in den Marxistischen Blättern veröffentlichten Thesen von Franz Hinkelammert und der auf ihnen fußenden Tagung der Marx-Engels-Stiftung am 14. Mai 2010 in Münster meldete ich mich erneut über den Anwalt der Mühseligen und Beladenen, Erwin Eckert, zu Wort. Fazit: Was hülfe es der Welt, wenn sie nur noch aus Allerweltsatheisten und wissenschaftlich begründeten Atheisten bestünde und diese sich im Kampf gegen die falschen irdischen Götter nicht-atheistischer Kämpfer entsagten.

1 Franz Hinkelammert, Kritik der politischen Ökonomie, Religionskritik und Humanismus der Praxis. In: Marxistische Blätter 2/2010, S. 71–79.

2 Alle vorangegangenen Zitate aus Erwin Eckerts Predigt am Buß- und Bettag am 23. November 1919 (Text: Offenbarung Johannes 21, 3, 4 und 7). In: Privatarchiv Friedrich-Martin Balzer (PAB). Literatur

christlichem Bewusstsein müssten »im Wirtschaftsleben ganz andere Gesetze und Maßstäbe Geltung haben«.[3]

Im Jahre 1924 bestritt Eckert den »Vertretern der bürgerlichen Parteien, hinter denen die Wirtschaftsmächte der Hochfinanz und des Großkapitals stehen«, das Recht, zu einer Gedächtnisfeier für die Opfer des Krieges aufzurufen, »der hauptsächlich durch die internationale Konkurrenz und die schrankenlose Profitgier des Kapitalismus verursacht wurde«[4].

Zwei Jahre später engagierte sich Eckert, nunmehr als Vorsitzender des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands, an vorderster Front für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gemäß Art. 153 der Weimarer Reichsverfassung[5]. Im »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes«, dessen Chefredakteur er seit [334] 1926 war, erklärte Eckert: »Mit dem, was die Fürsten für sich in Anspruch nehmen, kann den Ärmsten der Armen unseres Volkes, den Opfern des Krieges und den Kleinrentnern etwas geholfen werden, den Arbeitslosen, die wirklich hungern und nichts haben, wo sie sicher wohnen und arbeiten können. Wir rufen alle entschlossenen Christen auf, lasst Euch nicht betören mit christlich klingenden Worten, die den Fürsten Schutz und Hilfe bringen sollen. Auch wenn Kirchenfürsten und Prälaten Euch davon abhalten wollen, traut ihnen nicht, sie haben mehr als einmal geirrt und das Volk nicht verstanden.«[6]

Sein sich vom herrschenden Theologieverständnis unterscheidendes, ja entgegengesetztes Selbstverständnis als Christ legt er in der 1927 von ihm vorgelegten Programmschrift »Was wollen die Religiösen Sozialisten« vor. Nach ihm sind die religiösen Sozialisten – sie nannten sich »religiöse Sozialisten« nicht im Sinne der Bindestrich-Theologie des deutschen Kulturprotestantismus im 19. Jahrhundert, sondern weil sie ihren Zusammenschluss für Protestanten, Katholiken und Juden in Deutschland nicht ohne Erfolg offenhalten wollten – »die Vorkämpfer des revolutionären Proletariats auf dem Gebiet des religiösen und kirchlichen Lebens; sie kämpfen in den Kirchen gegen die Kirchen um eine neue Gemeinschaft, um eine neue Kirche, die aus Christi Geist das Leben des Einzelnen und das Leben der Gesellschaft für die kommende sozialistische Ordnung vorbereitet ...«.[7] In den gegenwärtigen einflussreichen Kirchen liege »der ganze Wust zerschlagener Begriffe längst vergangener Zeiten auf dem religiösen Leben: Der Aberglaube und Götzenkult der Antike, die Einfältigkeit und Brutalität des Feudalismus, die Alleswisserei und Profitsucht der Bourgeoisie«. Die konkreten Anklagen, die die religiösen Sozialisten als die Sprecher des Proletariats gegen die Kirchen erhöben, seien folgende: »Die christlichen Kirchen dienen nicht; sie wollen herrschen. Als unser Führer Jesus Christus sagte: ›Ihr wisst nicht, daß die weltlichen Fürsten herrschen und die Großen vergewaltigen, so soll es unter euch nicht sein; wenn einer unter euch will gewaltig sein, so sei er aller Diener, und wer da will der Vornehmste sein, der sei aller Knecht‹, da wollte er, daß Sie sich zu ihm bekennen,

---

von und über Erwin Eckert findet sich auf www.friedrich-martin-balzer.de und im »Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon«, Band XXI, Ergänzungen XVI, Nordhausen 2008, Sp. 376–397.

3 Zit. nach: Erwin Eckert, Antrittspredigt in Mannheim am 30. Januar 1927 (Text: Philipper 3,12). In: PAB.

4 Erwin Eckert, Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Weltkrieges. In: Christliches Volksblatt, Sonntagsblatt evangelischer Sozialisten, 6. Jg., Nr. 31 vom 3. August 1924, S. 1–2, hier S. 1.

5 Art. 153 der Weimarer Reichsverfassung, die ebenso wie das Grundgesetz auf einem Klassenkompromiss beruhte, deren normativer Gehalt unbedingt zu wahren ist, lautet: »Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken [334] ergeben sich aus den Gesetzen. Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen.« Über die Angemessenheit der Entschädigung nach erfolgreichem Volksentscheid hatte ausschließlich der Reichsgesetzgeber zu entscheiden.

6 Erwin Eckert, Enteignet die Fürsten! in: Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes (SAV) 1926, Nr. 24, S. 126.

7 Erwin Eckert, Was wollen die Religiösen Sozialisten, Mannheim 1927, S. 3.

einander dienen, einander helfen sollten in einer Gemeinschaft.«[8]

[335] Weiter heißt es in der programmatischen Schrift Eckerts: »Die christlichen Kirchen vergeistlichen alle klaren Gebote Jesu Christi, sie projizieren das Reich Gottes in das Übersinnliche, die leidende Masse vertrösten sie, ach wie so oft, auf das Jenseits. Als unser Führer Jesus Christus betete: ›Dein Reich komme, dein Wille geschehe auf Erden wie im Himmel, unser täglich Brot gib uns heute‹, da wollte er, daß der Wille Gottes, der den Menschen schon in ihrem Gewissen bezeugt ist, auf dieser Erde verwirklicht werde, wollte er sagen, daß Gott wirklich für alle Brot geben kann und gegeben hat, daß alle Menschen zu leben haben können und sollen.«[9]

Voller Zorn erklärte Eckert: »Die christlichen Kirchen dulden den widerchristlichen Kapitalismus, der zu Imperialismus und Nationalismus führt, ohne dagegen ernsthaft Front zu machen, ja sie stellen sich durch direkte und indirekte Angriffe auf die proletarischen Massenorganisationen und durch Inschutznahme des Besitzes in den Dienst der reaktionären Bourgeoisie und deren Helfershelfer. Sie wollen die revolutionären Kräfte niederhalten. Als unser Führer Jesus Christus sagte: ›Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!‹ und ›Ich bin gekommen, daß ich ein Feuer anzünde auf Erden, was wollte ich lieber, als es brennete schon‹ und ›Selig sind die Armen‹ und ›Wehe euch Reichen, die ihr voll seid‹, und ›Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden‹, da wollte er, daß seine Nachfolger Revolutionäre seien, solange, bis Gerechtigkeit sei auf Erden, Reichtum und Armut versunken seien in der neuen Ordnung menschlicher Gemeinschaft.«[10]

Zu Recht stellte Eckert sich in die Tradition der alternativen Kräfte in den christlichen Kirchen. »Schon früh flackerten in diesem Kampf zwischen Feudalismus und Imperium überall im 14. und 15. Jahrhundert Empörungen revolutionärer Bauern und Handwerker auf, die ersten Vorläufer der bürgerlichen Emanzipation. In Frankreich, Italien, England, Holland, Böhmen, Schweiz und schließlich Deutschland branden diese Empörungen auf gegen geistliche und feudale Un-[336]terdrückung zugleich, gegen die Indienststellung der christlichen Religion für weltliche machtpolitische Zwecke.«[11]

»Am wenigsten revolutionär« sei die Bourgeoisie in Deutschland gewesen, »wo sie nur die patriarchalischen Formen der feudalistischen Herrschaft in die individualisierende, das Recht und die Freiheit des Einzelnen von Gott her betonende Ordnung des kapitalistischen Liberalismus umzuändern brauchte«.[12]

Das Ziel dieses Kampfes sei »die neue Kirche«, wie das Ziel des wirtschaftlichen Kampfes die »neue Wirtschaft« und das Ziel des politischen Kampfes die »neue Gesellschaft«.[13] Die religiösen Sozialisten seien überzeugt, daß durch eine Revolutionierung der christlichen Kirchen der

---

8 Ebenda.

9 Was wollen die Religiösen Sozialisten, a. a. O., S. 4–5.

10 A. a. O., S. 5. Ernesto Cardenal, einer der in Deutschland bekanntesten Vertreter der Befreiungstheologie, hat auf dem zweiten Parteitag der Partei »Die Linke« 2010 in Rostock darauf aufmerksam gemacht, daß die in der Bibel verurteilten »Reichen« allgemein und fälschlicherweise mit »Übeltäter« übersetzt werden und damit die Tatsache verborgen wird, daß es die »Reichen« sind, die »ungerecht« sind. In diesem Zusammenhang erinnert Cardenal an den Apostel Jakobus 2, 6 »Sind nicht die Reichen die, die Gewalt an euch üben und ziehen euch vor Gericht?«. Die Rede Cardenals, in der er sich »als Kommunist und als Christ« bekennt, ist abgedruckt in Disput, 2/2010, S. 38–41, hier: S. 38 f. Dort auch der Hinweis auf José Porfirio Miranda, Communism in the Bible, London 1982. Dem Buch ist als Motto das Bibelzitat vorangestellt: »All whose faith had drawn them together held everything in common; they would sell their property and possessions and make a general distribution as the need of each required.« Siehe auch Christopher Hill, The English Bible and the Seventeenth-Century Revolution, London 1994, in dem ein weiter Bogen von den die Revolution bejahenden Christen im 17, Jahrhundert bis zur Befreiungstheologie Leonardo Boffs gespannt wird (S.446-451).

11 Was wollen die religiösen Sozialisten, a. a. O., S. 6.

12 A. a. O., S. 7–8.

13 Ebenda.

Klassenkampf des Proletariats unerhörte Energien und Kräfte in der Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie gewinnen könne, »der nicht nur ›die geistliche Waffe‹ aus der Hand geschlagen wird, deren Verhalten und deren Einstellung mit innerem Recht sogar unsittlich und unchristliche genannt werden kann und muss«.[14] »Das Ziel des proletarischen Klassenkampfes ist Friede auf Erden. – Helfende Gemeinschaft aller Menschen, die guten Willens sind – ist Wohlfahrt und Glück der Menschen auf dieser Erde, die Gott für alle geschaffen hat. Warum sollte ein Christ diesen Klassenkampf nicht mitkämpfen?«.[15] Auch bei Eckert gehen »die Formulierung des Humanismus und die Kritik der Religion«[16] immer Hand in Hand. Mit seiner humanistischen Programmschrift und seiner politischen Praxis wollte Eckert den Nachweis führen, »daß man zugleich ein lebendiger Christ und ein klassenbewusster Sozialist und Kommunist sein kann«.[17] »Christ sein« hieß für Eckert: »Vorwärtsgetriebensein zur Hilfe und Liebe den anderen Menschen gegenüber«.[18] Die Einstellung der religiösen Sozialisten werde »antimonarchistisch, antikapitalistisch, antimilitaristisch, antinationalistisch«[19] sein.

Für Marx und Engels sei die Theorie, die man heute gemeinhin als »Marxismus« bezeichnet, »nicht weniger und nicht mehr als ein ›heuristisches Prinzip‹, das heißt eine Erklärungs- und Arbeitsmethode für die Erkenntnis der Gesellschaftsentwicklung und deren Ziel«.[20] Wenn der historische Materialismus nachweise, »daß alle Formen geistigen Lebens, politischer Zustände und kultureller Schöpfungen einer bestimmten Periode von deren jeweiliger Struktur der Wirtschaft abhängen«, so sei [337] das »im letzten Grunde religiöser als die Annahme, daß der manchmal fragliche Geist ›großer Männer‹ die Weiterentwicklung der Geschichte besorge«.[21] Die religiösen Sozialisten dächten nicht daran, »die ›Sozialistische Arbeiterbewegung vom Marxismus zu befreien‹ – das überlassen sie den immer noch nicht ausgestorbenen Marxistentötern«.[22] Die von Eckert angestrebte »neue Kirche« sei für alle da, »die mit dem Evangelium Ernst machen wollen, für alle Mühseligen und Beladenen, für alle Suchenden und Schuldiggewordenen«.[23] »Die religiösen Sozialisten sind überzeugt, daß es keinen größeren Widerspruch gibt als lebendiges Christentum und kapitalistische Ordnung. Sie sind, gerade weil sie Christen sind, sozialistische Kämpfer geworden, die einsehen, daß nur durch eine grundlegende Neuordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse die Not der Mühseligen und Beladenen gelindert werden kann«.[24]

Auf Eckert trifft zu, was Gert Wendelborn über Thomas Münzer schrieb: »... daß die Notleidenden Gottes Lieblinge sind, daß er sich zu ihnen statt zu den ›großen Hansen‹ bekennt, daß er [...] ihr volles Lebensrecht zu seiner Sache macht gegen alle, die sie an menschenwürdigem Leben hindern, das verstand er vorzüglich, und damit begriff er wichtige Akzente biblischer Verkündigung, die sich zur Solidarität mit allen, die die Sache des Menschen auf ihre Fahnen geschrieben haben und sie im Kampf durchsetzen wollen, vorzüglich eignen.«[25]

In einem massenhaft verbreiteten Flugblatt griff Eckert die Kirchen scharf an, indem er sich »gegen alle himmlischen und irdischen Götter, die das menschliche Selbstbewusstsein nicht als

---

14 Ebenda.
15 Erwin Eckert, Klassenkampf. In: SAV 1926, Nr. 11, S. 57–58, hier: S. 58.
16 Franz Hinkelammert, a. a. O., S. 72 f.
17 Eckert, was wollen die religiösen Sozialisten, a. a. O., S. 11.
18 Ebenda.
19 Ebenda, S. 12.
20 Ebenda, S. 17.
21 Ebenda, S. 18.
22 Erwin Eckert, Das Ziel der religiösen Sozialisten Deutschlands. In: SAV 1928, Nr. 2, S. 10.
23 A. a. O., S. 19.
24 Erwin Eckert, Der religiös-sozialistische Pressedienst. In: SAV 1928, Nr. 2, S. 11–12, hier S. 12.
25 Gert Wendelborn, Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, Bonn 2010, S. 170.

die oberste Gottheit anerkennen«[26], aussprach: »›Sie lehren Gott ist Gott‹ und schützen den Mammonsdienst in den Banken und Palästen. [...] Sie lehren ›du sollst nicht töten‹ und segnen durch ihre Divisionspriester und Pfarrer die Waffen, mit denen sich ihre Völker gegenseitig ermorden ... Sie lehren ›du sollst nicht stehlen‹, aber sie kämpfen nicht gegen den Kapitalismus, der sich auf offenen und geheimen Diebstahl aufbaut ... Sie lehren ›du sollst nicht lügen und betrügen‹ und schweigen zu dem Riesenbetrug, den der kapitalistische Staat, die Finanz und die Börse täglich an der Masse ausübt«[27]. Eckert rief daher die Kirchen und ihre Führer zur Umkehr, zur Buße auf. Er machte von der Pflicht [338] eines Christen zur Weltverantwortung Gebrauch, wonach das Politische die der Welt zugewandte Seite des Glaubens ist, mittels derer Nächstenliebe im überindividuellen Ausmaß praktiziert werden kann und muss. Eckert will Nächstenliebe in gesellschaftlichen Dimensionen in richtiger, prophetischer Weise praktizieren und dafür die ganze Gemeinschaft inspirieren.

Eckert will – fern aller falschen himmlischen und irdischen Götter – den Weg öffnen für die Schritte, die das Volk Gottes jenseits aller nationalen Grenzen in nächster Zukunft zu gehen hat. In geradezu alttestamentarischer prophetischer Wortgewaltigkeit klagte er die Amtskirche an: »Eure ›Wohltätigkeit‹ ist Geschäft – eure betriebsame ›Liebestätigkeit‹ ist ein Pflästerchen neben der eiternden Wunde – eure Predigt ist Geschwätz – euer Trost hat keine Kraft – eure Segen ist verfault – und ihr wisst es nicht«.

Auf dem deutschen evangelischen Kirchentag in Nürnberg hält Eckert 1930 eine Rede, die von stürmischen Protesten unterbrochen, nicht zu Ende gehalten werden kann. Darin bezeichnet er »Kriegsrüstungen« als »Christenverfolgungsvorbereitungen« und die »kapitalistische Wirtschaftsordnung« als »Christenverfolgung«. Eckert greift aus innersten Glaubensmotiven und in genauester Kenntnis der ökonomischen und politischen Situation den Kapitalismus an und lehnt ihn kategorisch ab. Er ist davon überzeugt, daß der die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft beherrschende Geist in diametralem Widerspruch zum Geiste Christi, zur Nächstenliebe, zur sozialen Verantwortung gerade auch für die Niedrigen, die da unten, die Ausgegrenzten, die um das Leben Betrogenen steht. Die Betrogenen aber sind nicht Opfer Gottes, sondern Opfer von irdischen Göttern der Ökonomie, des Marktes, des Geldes und des Kapitals, die Eric Hobsbawm[28] schlicht als Theologen bezeichnet. Die Götter, himmlische oder irdische, sind jedoch falsche Götter, wenn in ihrem Namen und durch sie legitimiert wird, daß der Mensch »ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«.[29]

Die bei den Reichstagswahlen bedrohlich ansteigende Wahl der NSDAP – sie erhöhte ihren Stimmenanteil gegenüber der letzten Reichstagswahl von 2,6% auf 18,2% – rief Eckert auf den Plan und führte dazu, daß er auf zahlreichen Veranstaltungen gegen die »große Lüge des Nationalsozialismus« agitierte. Für ihn standen Kreuz und Hakenkreuz in einem unüberwindbaren Gegensatz. Aber während sich die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten und die evangelischen Landeskirchen und ihre Glieder sich zunehmend dem Faschismus öffneten, nahm [339] Eckert geradezu hellseherisch die ganze Gefahr wahr, die mit dem deutschen Faschismus auf die deutsche Gesellschaft und auch auf die Kirche zukam. Das Verhaftetsein der Institution Kirche an die bürgerliche Ausbeutergesellschaft erreiche in der Krise des Weltkapitalismus eine »neue Qualität« in Deutschland. Das Inhumane, das Barbarische der Ausbeutergesellschaft trete im Faschismus nun unverhüllt hervor.

---

26 Zit. nach Hinkelammert, a. a. O., S. 73.

27 Erwin Eckert, Was wollen die religiösen Sozialisten. In: SAV 1928, Nr. 41, S. 239–240, hier S. 240.

28 »Ich glaube, es ist eine Tatsache, daß diese theologische Volkswirtschaftslehre – das Werk von Theologen mit mathematischen Algorithmen – sich nun doch selbst widerlegte.« In: Eric Hobsbawm, Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer/Georg Fülberth (Hrsg.), 2. durchgesehene Auflage, Köln 2010, S. 221.

29 Zit. nach Hinkelammert, S. 74.

In seiner Eröffnungsrede auf dem 5. Kongress der religiösen Sozialisten 1930 in Stuttgart ruft Eckert zur »Aufräumungsarbeit« mit den »antiquierten bürgerlichen Ideologien« auf: »Man versucht, durch einen vielstimmigen Appell an die Urteilslosen, durch den Appell an den Rasse-Instinkt, den Nationalhass, an kleinbürgerliche Besitzerfreude und an den Militarismus, die Urteilslosen auch in der Arbeiterschaft zu einer Schutztruppe der kapitalistischen Front zu machen.«[30] Das »positive Christentum« der Nazis sei »eigentümlich«. »Seine Abgrenzung sowohl in religiöser wie in sittlicher Hinsicht findet dieses Christentum da, wo die eigentümliche Art der ›germanischen Rasse‹ zu Einschränkungen des Evangeliums zwingt.« Und er zitiert den »außerordentlich germanisch-moralischen Ruf ›Deutschland erwache! Juda verrecke!‹«[31] nationalsozialistischer Studenten.

In seiner großen Rede im Mannheimer Musensaal vom 17. Januar 1931 – Titel »Christuskreuz – nicht Hakenkreuz« – setzt Eckert »dem deutschen Gott, der den arischen Menschen ausersehen habe zum Retter der Menschheit« entgegen: »Wir stellen an die Stelle des Rassentums das Menschentum. [...] Menschentum ist für uns kein ›lockendes schönes Phantasiegebilde‹, [...] sondern eine Aufgabe, eine werdende Wirklichkeit! Diese Verherrlichung und Vergötzung des Blutes, und zwar des arischen Blutes, der ›nordischen Rasse‹, [...] ist nicht der Mythos des 20. Jahrhunderts, wie Herr Rosenberg meint, sondern [...] der größte Unsinn des 20. Jahrhunderts«. Geradezu singulär war seine Warnung, die »armselige Judenhetze« werde in einem »fürchterlichen Morden, der Barbarei« enden.

Der erste Kirchenprozess gegen Eckert endete mit der Verurteilung »wegen Verletzung seiner Amtspflicht unter Aufbürdung der Kosten des Verfahrens zur Ordnungsstrafe der Verwarnung«.[32] Doch Eckert ließ sich nicht einschüchtern. Beim zweiten Prozess gegen Eckert beantragte die Kirche im Mai 1931 die Entlassung aus dem Kirchendienst, nur weil Eckert sich gegen das Redeverbot der Kirche gestellt hatte und weiterhin gegen den aufsteigenden Faschismus redete. In seinem Schluss-Plädoyer erklärte der Anklagevertreter: »Fünfmal ist Eckert vorbestraft. Wir haben es immer wieder mit ihm versucht. Wir haben immer wieder Milde walten lassen. Wir haben es sieben Jahre lang getragen. [340] Nun geht es nicht mehr. Wo bliebe sonst«, so der kennzeichnende Schlusssatz, »die Autorität der Behörde?«[33]

Gegenüber den Angriffen aus sozialdemokratischen und kommunistischen Freidenkerkreisen, die religiösen Sozialisten könnten die 2. Strophe der »Internationale«: »Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun / Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun«, nicht mitsingen, antwortete Eckert, daß die »Internationale« von den religiösen Sozialisten »aus innerer Überzeugung« gesungen werden könne. Die Veränderung der Welt müsse auch von den religiösen Sozialisten kommen. Die Erneuerung der Kirche könne nur von unten kommen, wozu das Wahlrecht zu den Synoden von Baden und Thüringen und der außerparlamentarische Kampf eine willkommene Handhabe lieferte.

»Der Kampf um den Sturz des Kapitalismus und der Aufbau der sozialistischen Ordnung ist darum auch nach unserer Auffassung nicht Aufgabe eines Volkstribuns, noch eines Kaisers, noch eines Gottes, sondern das Werk der Arbeiterklasse selbst. Zur Arbeiterklasse aber gehören wir auch.« Das sei der »Sinn der zweiten Strophe, die sich dagegen wendet, daß die Massen etwa glauben sollen, ohne ihr Zutun, durch irgendein Wunder oder die Handlung eines höheren Wesens würden sie aus der Ungerechtigkeit der Gegenwart befreit werden.«[34] Der Gesang der

30 SAV 1930, Nr. 32, S. 251.
31 SAV 1930, Nr. 41, S. 321 ff.
32 A. a. O., S. 152.
33 Zit. nach: Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, 2. Auflage, Bonn 1993, S. 176.
34 Erwin Eckert, »Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun«. In: Der Religiöse Sozialist 1931, Nr. 20, S. 89–90, hier S. 90.

zweiten Strophe schließe jedoch nicht den Glauben an Gott aus. »Wenn die Religionskritik falsche Götter verurteilt, können immer Götter bleiben, die nicht falsch sind.«[35] Vereinfacht ausgedrückt: Marxistische Religionskritik richtete sich gegen Religion und Kirchen, sofern sie ein Hindernis im Kampf um die Selbstbefreiung der Menschheit darstellen. Entfällt dieses Hindernis, weil Christen, Muslime und Angehörige anderer Religionen Seite an Seite mit nichtreligiösen Menschen für die »Menschwerdung aller« kämpfen, so wird aus der Religionskritik Kapitalismuskritik. Die religiösen Sozialisten waren nach Eckert überzeugt, »daß die frohe Botschaft von der Erlösung der Menschen aus den Niederungen des Lebens, daß das ›Evangelium‹ der Gerechtigkeit, des Friedens und der Liebe ein lauter und die besten Kräfte auch der Arbeiterklasse auslösender Ruf Gottes zum Kampf gegen die Ungerechtigkeit und Menschenunwürdigkeit der kapitalistischen Gegenwart bedeutet«.[36]

Am 3. Oktober 1931 erfuhr Eckert aus der Presse, daß die SPD ihn wegen seiner Solidarität mit den aus der SPD ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Max [341] Seydewitz und Kurt Rosenfeld nach 20 Jahren aus der Mitgliederliste der SPD gestrichen hatte. Eckert trat daraufhin als erster amtierender Pfarrer noch am gleichen Tage in die KPD ein. Auch wenn Eckert an der Politik der KPD manches zu kritisieren hatte, war sein Eintritt in die KPD ein revolutionärer Akt, wissend, daß demokratische Gleichheit und soziale Gerechtigkeit nicht ohne Revolution Wirklichkeit werden können und daß dem Faschismus nur durch die Mobilisierung der Massen Einhalt geboten werden konnte. Er wollte, wie die Erneuerungsbewegungen, nicht nur in der »Dritten Welt« »Christentum und Kapitalismus auseinander« bringen. »›Ich werde‹, sagt er zu dem Vorhalt, gerade als Pfarrer durch den Beitritt zu einer Gottlosigkeit propagierenden Partei selbst irgendwie ein Gottloser geworden zu sein, ›ganz ohne von diesen Dingen zu sprechen, *in* der Kommunistischen Partei *meine* Arbeit tun und kämpfen, [...] überzeugt, daß ich damit vielleicht mehr *Gottesdienst* [...] tue, als wenn ich vielleicht weiter von Gott hätte *reden* können; weil, was vor uns liegt, [...] noch geändert werden‹ kann, aber wie schon jetzt erweislich, nicht durch seine bisherigen Mitstreiter, setzt er auf die dafür allein noch in Betracht kommende Massenpartei«, so der katholische Christ Helmut Ridder in einem der tiefgründigsten Beiträge zum »Fall Eckert«[37], der in Wahrheit ein Fall des deutschen Protestantismus ist.

Auf Massenkundgebungen in Mannheim, Stuttgart und Karlsruhe begründete Eckert seinen Schritt und schloss unter stürmischem Beifall mit den Worten: »Es ist ein schwerer Weg für mich gewesen. Aber ich bin froh, daß ich durchgestoßen bin, und ich bin froh deswegen, weil ich weiß: Jetzt bist Du da, wo der Kampf ausgekämpft wird für eine Zeit, in der Gerechtigkeit und Friede einst sein wird; jetzt bist du da, wo den Mühseligen und Beladenen einmal geholfen werden wird; jetzt bist du da, wo du zeigen kannst, daß du dein Leben einsetzen willst zur Erlösung deiner Brüder.«[38] Die Kirche aber entfernte Eckert fristlos und unehrenhaft aus dem Pfarrdienst.

Während die protestantischen Kirchen 1933 in einen Rausch der Begeisterung für »das Werk Adolf Hitlers« fielen, steckten die Nazis Eckert in Gefängnis und Zuchthaus. In den Wind geschlagen wurde nicht nur im Falle Eckert Matth. 25, 40: »Was Ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan«.

1939 schrieb Eckert aus dem Zuchthaus in Ludwigsburg: »Alle die verständlichen Depressionen, die mich hie und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr [342] werden über mich. Immer

35 Hinkelammert, S. 78.

36 Ebenda.

37 Helmut Ridder, Zur europäischen Dimension von Erwin Eckerts Vermächtnis. In: Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 363–377, hier S. 366.

38 Erwin Eckert, Warum ich in die KPD eingetreten bin. Rede am 9. Oktober 1931 in Karlsruhe. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), »Ihr Kleingläubigen, warum seid Ihr so furchtsam?« Äußerungen von Erwin Eckert und Heinz Kappes 1931 in Karlsruhe, Bonn 1993, S. 5–30, hier S. 28.

halten mich der Trost und die Gewissheit aufrecht, daß ich keinen leichtfertigen Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung gegangen bin. Die Lieblingsstellen aus dem Neuen Testament – Paulus- und Johannesbriefe – tragen mich oft bis an die Grenzen menschlicher Erkenntnis und Freiheit«[39].

Nach der Befreiung im Jahre 1945 erlebte Eckert in den ersten Jahren als Vorsitzender der KPD in Baden, als Vizepräsident der Verfassunggebenden Versammlung, Mitglied der ersten badischen Allparteienregierung und Landtagsabgeordneter in Baden erneut eine große Popularität als Vorsitzender der antifaschistischen Bewegung »Das Neue Deutschland. Antifaschistische Bewegung für demokratischen Aufbau« und an der Spitze des Kampfes für eine einheitliche sozialistische Partei, bestehend aus SPD und KPD, im Land Baden stehend. Nach dem Scheitern dieser spontanen Bewegung von unten erzielte Eckert als Oberbürgermeisterkandidat der KPD 1949 in Mannheim immerhin nahezu 35% der abgegebenen Stimmen und war einer der populärsten Arbeiterführer in den Westzonen.

Die Badische Landeskirche hatte zwar alle deutsch-christlichen Pfarrer wieder in den Schoß der Kirche zurückgeholt, Eckert blieb die Wiedereinsetzung in sein Pfarramt verwehrt.

Ab 1950 begann die Hatz gegen Kommunisten und alle, die sich mit ihnen einließen oder als solche galten. Vor 50 Jahren, am 8. April 1960, wurde Eckert wegen seiner Gesinnung zusammen mit fünf weiteren Angeklagten im Düsseldorfer Prozess zur Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt – entgegen dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes und in verfassungswidriger Weise.

An seinem christlichen Glauben hielt er bis an sein Lebensende im Jahre 1972 fest. In der Todesanzeige lautete das Motto: »Dem Ganzen dienen. Sich selbst treu bleiben«. In einer Anzeige zu seinem 20. Todestag hieß es, Eckert habe nicht nur die Verwundeten unter dem Rad verbunden, sondern sei dem Rad der Geschichte in den Arm gefallen.

Der Kirchen- und Volkstribun Erwin Eckert ist eine Jahrhundertgestalt in den deutschen Emanzipationskämpfen des 20. Jahrhunderts in Kirche und Gesellschaft. Die Tatsache, daß er weithin vergessen, unbekannt und verdrängt worden ist, ist lediglich ein Zeichen dafür, wie mächtig seine Gegner waren und sind.

Der marxistische Philosoph Hans Heinz Holz, für den der Atheismus essentieller Bestandteil des historischen Materialismus ist, zog aus der Aporie des Kommunisten und Christen Erwin Eckert den Schluss, daß Eckert »wohl ein guter [343] Kommunist, aber im Grunde mehr noch ein besserer Christ gewesen ist«.[40] Seine Genossen in der KPD ehrten und schätzten ihn. Mit seinem christlichen Glauben taten und tun sie sich schwer. Auf der Feier zu seinem 75. Geburtstag im Jahre 1968 und in der Todesanzeige des DKP-Parteivorstandes findet sich 1972 kein Wort davon, daß er *als Christ* in die KPD gekommen war und *als Christ* in ihr blieb.

Aber vielleicht führt »das Gespräch zwischen Marxisten und Christen aus der Pragmatik der politischen Bündnispolitik oder aus den Vorhutgefechten von Polemik und Apologetik«[41] ins Zentrum der Gemeinsamkeit von Religionskritik und Kapitalismuskritik, nämlich gegen die falschen Götter im Himmel und auf Erden, um somit neue Perspektiven im Kampf für eine grundlegende Veränderung der Welt zu eröffnen. Sie braucht es.

[344*]

---

39 Zit. nach: Friedrich-Martin Balzer, Zwischen Gefängnis und Zuchthaus. Der Alltag des Erwin Eckert. In: Kurt Pätzold/Erika Schwarz (Hrsg.), Europa vor dem Abgrund, Köln 2005, S. 217–240, hier: S. 234.

40 Hans Heinz Holz, Achtung für eine Aporie. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 359–362.

41 Ebenda.

Lehrer und Aufklärer. Helge Speith zum 80. Geburtstag*

Liebe Ingrid, liebe Angehörige, liebe Freunde,

lieber Helge, Du magst keine Reden auf Deine Person. Das ist nur konsequent; Du magst auch keine Biographien und Autobiographien. Ich fürchte aber, Du musst an Deinem 80. Geburtstag ein paar Worte über Dich ergehen lassen, damit das Bild, das Du erzeugt hast, wenigstens ansatzweise in Erinnerung gerufen wird.

Am 13. Januar 2011 wird es 50 Jahre her sein, daß wir uns beide am gleichen Ort einfanden. Es war das alte Kurhaus in Marbach bei Marburg, als Du mit Dei-[345]nem Freund und Kommilitonen Eberhard Hildenbrandt inmitten einer johlenden und Steine werfenden akademischen, wildgewordenen Menge ein Transparent hoch hieltest und für die Meinungsäußerungsfreiheit demonstriertest. Auf dem Transparent war zu lesen »Schlamm willkommen, Dieckmann unerwünscht?« Vorausgegangen war der Versuch, durch Einladung an den DDR-Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann über deutsch-deutsche Fragen ins Gespräch zu kommen. Ich selbst gehörte zu den wenigen Menschen, die einen Platz im Veranstaltungsraum gesucht und gefunden hatten. Ich war zwanzig, Du 30 Jahre alt. Die Situation war typisch für Dich. Du hattest keine Angst, Deine Meinung offen und öffentlich zu bekunden. Du bist gegen den Strom geschwommen. Du bist zeitlebens ein Mann der Aufklärung geblieben.

* * *

7 Jahre später begegneten wir uns persönlich an der Steinmühle, wo wir beide jeweils dreißig Jahre unterrichteten. Beide unterrichteten wir das Fach »Gemeinschaftskunde«, waren also in der politischen Bildung aktiv. Es sprach sich schnell herum, daß wir Schüler des von uns

* Die scheinbar ausgelöschte Erinnerung an die berufliche Tätigkeit als Lehrer holte mich ein, als mein Kollege und Freund Helge Speith seinen 80. Geburtstag feierte. Um mein Gedächtnis aufzufrischen, war eine Recherche in den noch vorhandenen halb-jährlichen Kursheften im Zeitraum zwischen 1977 und 1995 nötig. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ich an meine eigene Unterrichtstätigkeit erinnert. Für die Grund- und Leistungskurse können folgende Gegenstände festgehalten werden. Im Fach Englisch: Drama: u. a. John Osborne, Look Back in Anger; Arnold Wesker, Roots; Arthur Miller, All My sons; Arthur Miller, Death of a Salesman; Shelagh Delaney, A Taste of Honey; Harold Pinter, A Slight Ache; Prosa: James Baldwin, Go Tell it on the Mountain; John Brain, Room at the Top; Alan Sillitoe, The Loneliness of the Long-Distance Runner; Diverse Short Stories, insbesondere von Ernest Hemingway und Langston Hughes; Lyrik: Diverse Gedichte, insbesondere von Langston Hughes. Sachtexte: u. a. von Spiro Agnew, Angela Davis, Bertrand Russell, Gabriel Kolko, Michael Harrington, C. Wright Mills, Tom Hayden, Martin Luther King, Malcom X, Eldridge Cleaver, Raymond Williams, Andrew Hacker, Ferdinand Lundberg, Fletcher Knebel, John Wain, Robert Weimann, John Russell Taylor. An Kursthemen nenne ich nur: Aspects of Persuasion, Creativity and Control at School, Mass Media, Individual and Society, Women's Liberation, American Dream, American Myth, The other society, A Taste of the 50ies, Values in Conflict, The Sixties: A Decade of Awakening. Im Fach Gemeinschaftskunde: Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und Französische Revolution, Industrielle Revolution in England, Die deutsche Novemberrevolution, Die Zerstörung der Weimarer Republik, Faschismus und Antifaschismus, Politische Theorien und Ideologien (insbesondere klassisch-normative versus modern-realistische Demokratietheorien und Faschismustheorien), Restauration oder Neuanfang nach 1945, Das Grundgesetz der BRD, Verfassungsrecht der BRD, Parteien der BRD, Die Vereinten Nationen, Nord-Süd-Konflikt, Deutschland nach 1945. Aus mancherlei Gründen wechselte ich in späteren Jahren ins Fach Geschichte. Dort waren die Themen u. a. Imperialismus; Weimarer Republik; Faschismus und Neofaschismus; Filmanalyse von Joachim Fest »Hitler, eine Karriere«; Der deutsche Faschismus; Der zweite Griff nach der Weltmacht; Hitler war kein Betriebsunfall; Faschismus und Krieg; Westdeutsche Nachkriegsgeschichte; Auflösung der Sowjetunion. Im Fach Rechtskunde: Kurse u. a. über die Grundrechte und das Asylrecht. Schließlich fand meine außerunterrichtliche Tätigkeit auch in zwei Kursen in Sozialkunde ihren Niederschlag: Frieden und Abrüstung, Protestantismus und Faschismus. Die anschließende Geburtstagsrede hielt ich am 19. Juni 2010 in der Marburger Dammmühle. Sie gibt auch Auskunft darüber, mit wem, wo und womit ich viele meiner freien Zeiten verbrachte.

verehrten Wolfgang Abendroth waren. Du wurdest mein Ausbilder. Ich legte bei Dir meine Examenslehrprobe ab.

Dein zweites Fach war Deutsch. Aus der Fülle der von Dir gehaltenen Kurse in Deutsch nenne ich nur einige. Das Thema »Sprache der Politik« zieht sich wie ein roter Faden durch Deine Leistungs- und Grundkurse. An Texten aus den Bereichen der didaktischen, epischen und lyrischen Literatur sollte die Leistung unserer Sprache für die Begründung, Erhaltung oder Widerlegung politischer Verhältnisse sowie der Zusammenhang zwischen den jeweils bestehenden sozialen Lebensformen und den literarischen Kunstformen erarbeitet werden. Die Verwendung einschlägiger wissenschaftlicher Literatur sollte der Darstellung des zunächst nur dokumentierten Problems dienen. Du wolltest immer wissen und vermitteln, was Sprache leistet. Sprache kann ein Kunstwerk sein. Es bedarf der Aneignung rhetorischer Mittel, um Sprache zu verstehen. An der bloß inhaltlichen Zurkenntnisnahme von Sprache und Literatur warst Du nicht interessiert. Diesem Zweck dienten auch andere Kursthemen wie »Literarische Kritik« und »Juden in deutscher Literatur«, in denen »die Möglichkeiten gesellschaftlicher Aufklärung mit Hilfe von Literatur« untersucht wurden.

Du hast nur wenige Romane und Dramen im Unterricht verwendet. Dir kam es im Unterricht didaktisch auf die genaue Untersuchung der Sprache in der Kurzform an (Lyrik oder Sprache der Werbung). Unter Zuhilfenahme der von Dir erarbeiteten »Rhetorischen Figuren« war Dir Genauigkeit der objektiven Sprach-[346]analyse wichtiger als oberflächlich-beliebige Informationsaufnahme und eine bloß subjektiv-gefühlsmäßige Rezeption und Auseinandersetzung mit dem Text.

Im Rahmen des Kursthemas »Sprache des Faschismus« wurden unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus »dessen ideologische Merkmale unter Bezugnahme auf Lexik, Grammatik und Stilistik einschlägiger Texte aus den Bereichen Belletristik und Propaganda untersucht.« Selbst ein Opfer des Faschismus durch Vertreibung aus Deiner pommerschen Heimat, war Faschismus für Dich nicht historisch entrückt und ad acta gelegt, sondern ein aktuelles Thema, so daß Du »die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache« nicht nur als Teil der Vergangenheit, sondern der Gegenwart stelltest.

* * *

Ein besonderer Schwerpunkt Deiner Arbeit war, keineswegs selbstverständlich in diesem unserem Land, das deutsche Kultur und Literatur für sich alleine pachtete und dem »anderen Deutschland« absprach: die »Literatur der DDR«. Dich interessierte die »Entwicklung von Mensch und Gesellschaft« in der DDR und Du hast im Unterricht die Werke von Christa Wolf »Der geteilte Himmel«, Ulrich Plenzdorf »Die Leiden des jungen W.« und Jurek Becker »Der Boxer« untersucht. Besonderes Augenmerk richtetest Du auf Hermann Kants »Die Aula« und »Der Aufenthalt«. In der Beschäftigung mit dem – autobiographische Züge enthaltenden – Roman »Der Aufenthalt« sollte »der literarisch anspruchsvolle Versuch einer Bewältigung der schmerzlichen Epoche deutsch-polnischer Beziehungen nach 1944/45 gewürdigt werden«. Deine ganz besondere Hochachtung und Liebe galt dem anfänglichen DDR-Schriftsteller Uwe Johnson u. a. mit seinem Buch »Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953« und seinem Debütroman »Mutmaßungen über Jakob«, die in der BRD erschienen. Auf Studienfahrt mit Brigitte in der DDR und später zu dritt bei unserer Englandtour in Sheerness on Sea hast Du Dich auch ganz konkret auf die biographischen Spuren von Uwe Johnson begeben.

Sowohl für das Fach Deutsch als auch für das Fach »Gemeinschaftskunde« war für Dich Aufklärung der zentrale Begriff. Du bist geprägt durch Immanuel Kants kategorisches Denken und seine Definition der Aufklärung: »*Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. ... Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung*«. Du hast Dich an diese Definition gehalten, hast andere befähigt, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, und Widerspruch als Chance begriffen,

von Schülern und anderen zu lernen, eigene Überzeugungen fortwährend zu überprüfen. Unbeirrt vom Zeitgeist der Beliebigkeit und modischen Strömungen hast Du immer wieder [347] Zivilcourage bewiesen und Dir damit nicht immer nur Freunde erworben. Ein Thema, das Dir besonders am Herzen lag, war »Juden in deutscher Literatur«, das »Möglichkeiten von *Aufklärung mit Hilfe von Literatur*« aufzeigte.

* * *

Eine künstliche Trennung der Fächer fand bei Dir nicht statt. Aufklärung war keine Frage des Faches, sondern der Haltung. »Literatur der Arbeitswelt« war kein Thema des Deutschunterrichts, sondern Gegenstand im Fach Gemeinschaftskunde. Mit Hilfe von Längs- und Querschnitten durch die literarische Vergangenheit und Gegenwart wurde »an Hand vorzugsweise epischer und lyrischer Texte das in der Literatur weithin vernachlässigte Bild der industriellen Arbeitswelt nachgezeichnet. Neben der Vertiefung literaturgeschichtlicher und literaturtheoretischer Kenntnisse ist ein wachsendes Verständnis für die besonderen Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in der Industriegesellschaft das Ziel der gemeinsamen Bemühungen.«

Von den zahlreichen Arbeitsschwerpunkten im Fach Gemeinschaftskunde, Du warst von 1977 bis zu Deinem Ausscheiden aus dem Dienst 1995 Leiter des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes und also 19 Jahre Prüfungsvorsitzender im Abitur, nenne ich nur einige, die in variierter Form immer wieder auftauchten: Im Kursthema »Minderheiten und Vorurteile in der Bundesrepublik« sollten »neben der Vermittlung bloßer Sachkenntnisse möglichst eine Einstellungsveränderung der Teilnehmer im Sinne wachsender Toleranz gegenüber den Angehörigen von Minderheiten bewirkt werden«. Im Thema »Eliten und Demokratie« wurden »als Beitrag zur Klärung der Frage nach Ursprung, Formen und Folgen der – sozialen – Ungleichheit unter den Menschen« die Eliten in der Bundesrepublik behandelt. Am Beispiel der politischen sowie der wirtschaftlichen Elite wurden deren »Sozialprofil, Bildungsqualifikation, Karriere, Selbst- und Fremdeinschätzung sowie Zirkulationsprobleme unter dem Gesichtspunkt ihrer demokratischen Legitimation« untersucht. Sicher spielte bei einer solchen Themenstellung die Fernwirkung des politischen Soziologen Wolfgang Abendroth eine entscheidende Rolle. Aber erarbeitet hast Du Dir dieses wie alle anderen Themen selbst – durch umfängliche wissenschaftliche Recherchen in den Katalogen und Bibliotheken der Marburger Universität und Stoffverteilungspläne, immer darauf bedacht, auch die Schüler zum eigenen wissenschaftlichen Arbeiten anzuleiten.

Weitere Themen waren: »Körperkultur und Gesellschaft« und »Leistung und Leistungsprinzip«. Bei aller Betonung von Leistung hast Du Dich selbst am Ende eines jeden Schulhalbjahres der Unterrichtskritik Deiner Schüler gestellt. Die Teilnehmer des Kurses konnten, so die Kursbeschreibung von »Jugend in der BRD«, [348] »ihre eigenen Erfahrungen über Schulleistungen in der Leistungsschule einbringen sowie Alternativvorstellungen zur gegenwärtigen Schule entwickeln«.

Für die Verwirklichung liberaler und sozialer Grund- und Menschenrechte und deren universale Gültigkeit hast Du Dich in verschiedenen Variationen unter dem Kursthema »Dritte Welt« eingesetzt und auf die Verantwortung der Industriestaaten, einschließlich der BRD, hingewiesen. Ganz im Abendrothschen Sinne hast Du im Kurs »Die Verfassung der BRD« »wesentliche Elemente der gesellschaftlichen Ordnung, Formen der sozialen Partizipation sowie Fragen der politischen Willensbildung« thematisiert.

* * *

Seit Jahren reden alle von »Fordern *und* Fördern«. Die Einlösung dieses Ziels »Fordern *und* Fördern«, erst recht der Grundsatz »Freiheit *und* Gleichheit« trifft auf wenige so zu wie auf Dich. Zu Recht erinnert das Glückwunschschreiben der Steinmühle zu Deinem 80. Geburtstag daran, daß Du wohl der einzige Lehrer in der Geschichte der Steinmühle bist, der den

Förderpreis für soziales Engagement vom Verein der Freunde und Förderer der Steinmühle erhielt. Deine kostenlose Unterstützung von förderungswilligen Schülern in der 0. Stunde, d. h. vor Beginn des Unterrichts, sowie Dein großes Engagement für die Schüler der Steinmühle im Unterricht selbst, das sowohl von starkem Gerechtigkeitsempfinden als auch von hohem Leistungsanspruch geprägt war, sind vorbildlich.

Deine der politischen Aufklärung geltende Arbeit in Gemeinschaftskunde und Deutsch, Deine der Sprache als Kunstwerk gewidmete, wissenschaftliche Ausrichtung des Unterrichts, hat in den Schülergenerationen während Deiner dreißigjährigen Tätigkeit an der Steinmühle deutliche Spuren hinterlassen, wenn Du auch selbst gegenüber Deinem Wirken an der Steinmühle höchst bescheiden und skeptisch bist. Politische Aufklärung durch Lehrer ist wenig messbar. In der Abiturzeitung hieß es: »Es gab keinen Lehrer, der einerseits so beliebt war und dabei andererseits so oft verwünscht wurde wie Helge Speith. Wir haben bei keinem Lehrer, wenn auch unter Ächzen und Stöhnen, so viel gelernt wie bei ihm«.[1]

[349] Erlaube mir, lieber Helge, daß ich wiederhole, was ich anlässlich Deines Abschieds von der Steinmühle vor 15 Jahren gesagt habe: »Du hast gelernt und gelehrt: Ohne Wissen keine Toleranz. Ohne Kenntnisse keine Aufklärung. Ohne Kenntnisse kein Auftauchen aus dem Ozean der Irrtümer, Täuschungen und Selbsttäuschungen. Kenntnisse und Erkenntnisse können in gehörigem Umfang nur erworben werden durch Fleiß, Beharrlichkeit, Konzentration, Nüchternheit, Geduld, Zuverlässigkeit, Genauigkeit, Unbestechlichkeit, es sei denn, ›Bestechlichkeit‹ beruht auf Menschenfreundlichkeit und Selbstzweifel. Die Propagandisten der Leistungsverweigerung und des Laissez-faire dagegen betreiben, auch wenn sie es nicht wollen, eher das Geschäft der Gegenaufklärung«[2].

* * *

Lieber Helge, Du bist in den fast dreißig Jahren, in denen wir beide an der Steinmühle gemeinsam aktiv waren, nicht nur Kollege, Teamkollege im Oberstufenteam, gewesen, sondern Freund geworden. Ich bin, zumindest nach Deiner Pensionierung im Jahre 1995, sicher der häufigste Gast im Hause Speith gewesen, wo ich die ungewöhnlich großzügige Gastfreundschaft, die vielen langen Gespräche über Politik, Wein, Botanik und die kleinen privaten Nöte des Alltags genossen habe. Nicht zu vergessen sind dabei die köstlichen Speisen, die Ingrid dabei mit und ohne Voranmeldung des Besuchers jeweils herbeizauberte.

Als hilfreicher Korrekturleser fast aller meiner Veröffentlichungen warst Du mir ein unersetzlicher Freund und Berater. Die Publikation »Deutsche Misere. Die Auseinandersetzungen um den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz (1970–1974)« haben wir aufgrund gesammelter Dokumente gemeinsam erarbeitet und herausgegeben. Deine Mitarbeit war gewiss auch ein Zeichen der Dankbarkeit für das Dich nachhaltig prägende Buch von Hans Heinz Holz über »Macht und Ohnmacht der Sprache« aus dem Jahre 1962. Unsere Zuneigung zu Holz ging so

---

1 Im Anschluss an diese Geburtstagsadresse wurde von Paul Rudow das Ergebnis seiner Internet-Recherche bekannt gemacht. Es handelt sich um die Diplomarbeit eines ehemaligen Schülers, Valentin Heyde, im Fach politische Wissenschaft. Darin heißt es über Helge Speith, Objekt seines Respekts: »Er hatte eine hohe Kompetenz im Fach, duldete jedoch stets andere Auffassungen und erfreute sich gar an ihnen, wenn der Widerspruch begründet werden konnte. Sein Benotungssystem versuchte er kontinuierlich durchschaubar und verständlich zu halten und war bestrebt, soviel Subjektivität wie möglich durch Verfahrenselemente auszuschließen. Ebenso klar formulierte er Anforderungen und Leistungsstufen. Er forderte unseren Geist und erkannte unsere Meinungen ebenso an, wie uns als Personen. In ihm vereinten sich also hohe Kompetenz, offene, faire [349] Verfahren und Anerkennung der Schüler – im Gesamten war er eine Respektsperson für die meisten von uns. [...] Ohne seinen brillanten Humor etwa wäre diesem Lehrer wohl weniger Respekt entgegengebracht worden.«

2 Friedrich-Martin Balzer, »Die Menschen stärken, die Sachen klären«. Texte über Schule, Schüler, Lehrer, Eltern. Schriftenreihe des Landschulheims Steinmühle Nr. 5/1997, S. 23–24, hier S. 23.

weit, daß wir 2001 für eine Woche nach Girona/Katalanien fuhren, um den zehn Vorlesungen über seinen philosophischen Weg im Kontext der Philosophie nach 1945 beizuwohnen. Am Grabstein Walter Benjamins in Portbou stießen wir auf Benjamins geschichtsphilosophische These: »Ein Ausflug in Geschichte, Kultur und Philosophie ist niemals ohne einen Blick zugleich in Barbarei, Ausbeutung, Elend und Diebstahl denkbar, sei es nun als Erkenntnis oder als unmittelbare Erfahrung«. [350]

* * *

Was wäre Helge Speith, ohne von seiner Leidenschaft als Weinkenner und Weinliebhaber zu sprechen. Die erste Frage beim Betreten des Hauses war fast stets: »Weiß oder Rot«, was in den letzten Jahren gleichbedeutend war mit »Rheingau« oder »Ahr«, Riesling oder Spätburgunder. Da Du Buch geführt hast über die Weine, die wir gemeinsam bei Dir verkostet haben, lassen sich die Weine und die Zusammensetzung der Gästerunden empirisch genau benennen. In der Auflistung, die Du vor 10 Jahren zusammengestellt hast, sind für den Zeitraum von 1974 bis zum Jahre 2000 allein 213 Gelegenheiten aufgelistet. (Übertroffen wird diese unglaublich hohe Zahl nur noch durch die Anzahl Deiner Arztbesuche.)

In den Genuss Eurer großzügigen Gastfreundschaft kamen aber nicht nur Kollegen, Nachbarn und Freunde, sondern auch viele namhafte Gäste aus Literatur, Kunst und Wissenschaft. Ich nenne nur Günter Gaus, Dieter Lattmann, Hermann Kant, Wolfgang Abendroth, Hans Heinz Holz, Leo Froese, Volkram Anton Scharf, Elly und Arnold Quennet, Gert Meyer, Matin Baraki, Peter Braun, Satoru Konishi, Wloszimierz Stempinski, Gerhard Prangel, Wolfgang Ruge, Gert Wendelborn, Ingeborg Weber-Kellermann, Brigitte Burmeister, Peter Römer und Eberhard Hildenbrandt.

* * *

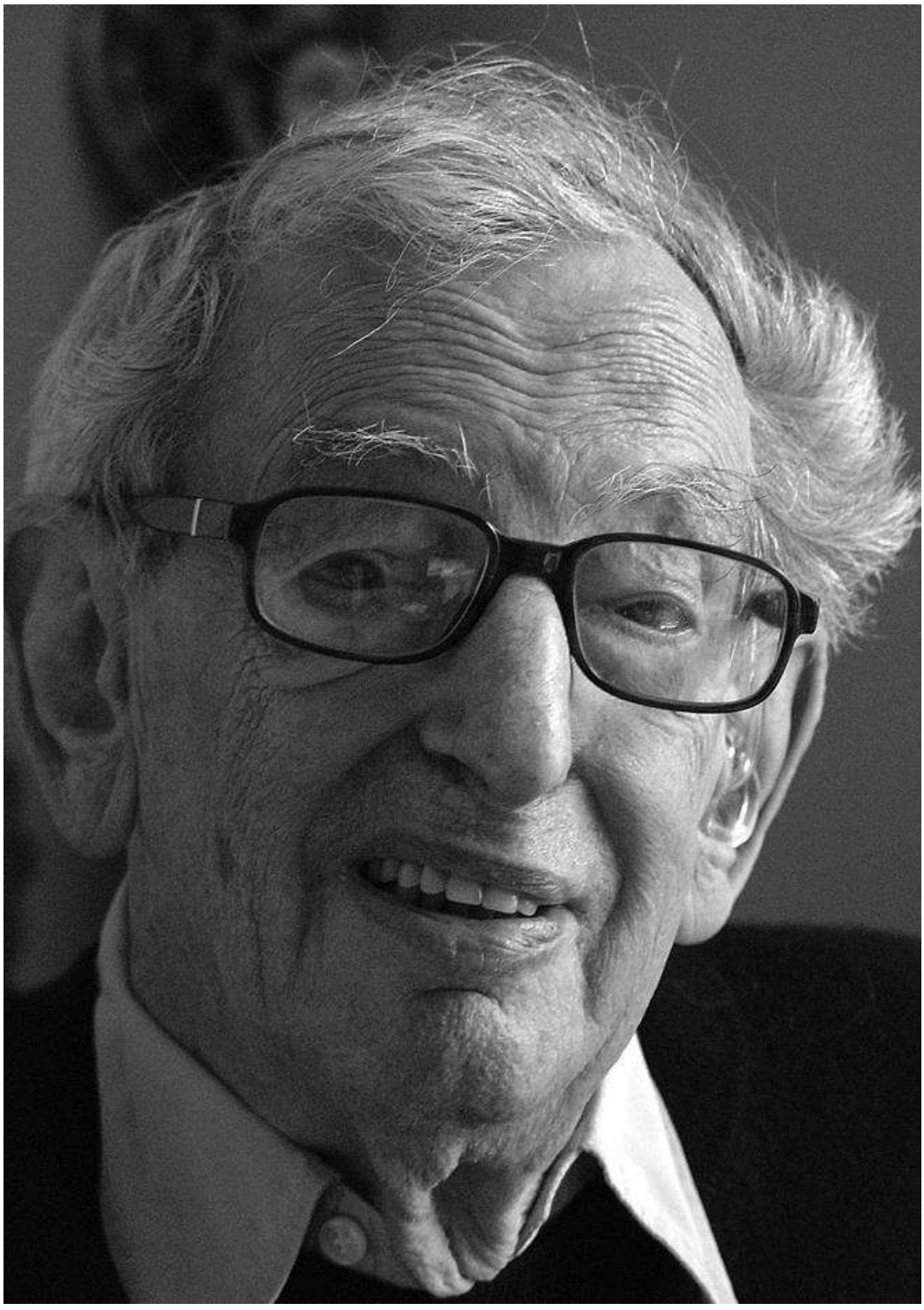
Bleibt zum Schluss die Frage: Was sollen wir, was soll ich Dir wünschen? Ich will es mir mit abgegriffenen Parolen wie »Ad multos annos« und »Sto lat« nicht leicht machen. Wenn wir noch viele Male zusammenkommen, um uns Deiner Gesellschaft, Deiner Freundschaft zu erfreuen, wenn Du noch lange am traditionellen Jazz und an der heimischen Flora Gefallen findest, dann wären wir sehr glücklich.

Heute aber wollen wir Dich feiern und danken für Deine Zuverlässigkeit, Deine Hilfsbereitschaft, Dein Engagement, Deine streitbare, positiv-konstruktive Sachlichkeit, Deine gleichsam unter einem Panzer verborgen gehaltene Sensibilität und Deine lebendige und aufrichtige Herzlichkeit, die ihr Gegenüber immer ernst nimmt.

Gut gemacht, Helge! Wir sind stolz auf Dich, dankbar dafür, daß Du unser Leben mit Deinen Eigenschaften, mit Deiner Persönlichkeit, mit Deinem Wirken bereichert hast.

Helge Speith 2010
Foto Friedrich-Martin Balzer

[351]



Eric Hobsbawm in London 2003
Foto Friedrich-Martin Balzer

[352]

Eric Hobsbawms frühe publizistische Arbeiten zur Literatur (1944–1946)*

Kürzlich erschienen die Erinnerungen von Eric Hobsbawm an seine Jahre als Jazzkritiker[1]. Seine frühe Tätigkeit als Literaturhistoriker ist dagegen weithin unbemerkt geblieben. Bibliographisch erfaßt wurde sie im Nachspann des 2009 erschienenen Sammelbandes »Zwischenwelten und Übergangszeiten«, in dem sich der »grand old historian« nach dem Ende des sozialistischen Lagers zu Wort meldet.

Für die Jahre 1944 bis 1946, in denen Hobsbawm als Soldat in der britischen Armee seinen Dienst tat, weist die Bibliographie sechs Veröffentlichungen auf, die sich mit österreichischer (Johann Nestroy), irischer (Sean O'Casey, George Bernard Shaw), und englischer Literatur (William Hazlitt, William Morris) befassen. Vier der Artikel erschienen 1944 in der Exilzeitschrift »Die Zeitung, Londoner deutsches Wochenblatt«, zwei weitere 1946 in dem Organ der britischen Besatzungsmacht »Blick in die Welt«.

Der 1917 in Alexandria geborene Eric Hobsbawm hatte seine Kindheit in Wien verbracht und nach dem Tode seiner Eltern ab 1931 einen prägenden Zwischenaufenthalt in Berlin erlebt, bevor er 1933 als Engländer jüdischer Herkunft rechtzeitig seinen Wohnsitz nach Großbritannien verlegte. Die Leichtigkeit des Wiener Charmes, die Ernsthaftigkeit und Konsequenz des politischen Engagements in Berlin als Mitglied des »Sozialistischen Schülerbundes«, dem auch der gleichaltrige Wolfgang Ruge und der ältere Mitschüler Stefan Hermlin angehörten, die Berliner [353] Schnauze mit ihrer sprichwörtlichen Direktheit sowie der englische Pragmatismus mit seinem Understatement wurden Teil seines Profils. Wer seine Schriften daraufhin liest oder ihm als Gesprächspartner gegenübersitzt, stößt unmittelbar auf diese Mischung, die ihn, der seit 1936 Mitglied der kommunistischen Partei Großbritanniens war, prägte.

Johann Nestroy

Hobsbawms 1944 in der Exilzeitschrift »Die Zeitung« veröffentlichter Aufsatz über Johann Nestroy (1801–1862) ist noch ganz seinen Erfahrungen in Österreich geschuldet. Der damals 26jährige bürstet das Bild von Nestroy gegen den Strich, entstaubt den großen österreichischen Schriftsteller und legt die Sicht frei auf den revolutionären Literaten des österreichischen Vormärz 1848. Sein Witz, so Hobsbawm über Nestroy, entstamme »nicht nur aus naivem Entzücken an der Sprache, sondern vor allem aus der Begeisterung für den neuentdeckten freien Gedanken«. Was ihn an Nestroy faszinierte, war »Kritik, Lebenslust und unbegrenzte intellektuelle Neugier«. »G'fallen sollen meine Sachen – unterhalten sollen sich die Leut' ... das ist der ganze Zweck«. Nestroy hielt dem Volk einen Spiegel vor – »belehren wollte er nicht«. So bewusst Nestroy allem künstlerischen Ehrgeiz entsagte, so hohe Ansprüche stellte er jedoch,

---

* Als 2002 die Wochenberichte von Erwin Eckert und Emil Fuchs unter dem Titel »Blick in den Abgrund« erschien, erhielt ich entgegen dem totalen Schweigen der kirchlichen Blätter unerwartete Zustimmung und Lob von Eric Hobsbawm. Ein Jahr später besuchte ich mit meiner Frau Brigitte Kustosch Eric Hobsbawm in London das erste Mal. Beim zweiten Besuch im Januar 2009 waren wir mit Georg Fülberth zu dritt. Gemeinsam führten wir das Gespräch mit Hobsbawm in seiner Londoner Wohnung über »Die dritte Krise«, die inzwischen auch ins Spanische übersetzt wurde. Im April 2009 erschien die gemeinsam mit Georg Fülberth herausgegebene Sammelschrift von Eric Hobsbawm unter dem Titel »Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen« im PapyRossa Verlag. Mehr als 100 Veröffentlichungen in deutscher Sprache von Eric Hobsbawm wurden gemeinsam mit Brigitte Kustosch gesammelt und erfaßt und harren zu einem großen Teil auf Veröffentlichung in einer Sammelschrift, darunter auch zwei Übersetzungen, die ich vorgenommen habe. Der vorliegende Text widmet sich der Tätigkeit von Eric Hobsbawm als junger Publizist zur Literaturgeschichte im Zeitraum von 1944 bis 1946.

1 Eric Hobsbawm, Meine Jahre als Jazzkritiker (autorisierte Übersetzung von Friedrich-Martin Balzer). In: junge Welt vom 11. Juli 2010, S. 10–11.

sprachlich und intellektuell, an seine Zuschauer. Aber so sehr seine Werke unterhaltend und lesbar waren, sie müssten zur Tribüne der Ideen werden und das Publikum »aus der Gemütlichkeit herausrütteln«. Auch der Schwank wurde bei Nestroy »zur tiefen Gesellschaftskritik«. Sein von der Zensur verbotenes Stück »Der alte Mann mit der jungen Frau« enthielt ein offenes Bekenntnis zur Revolution und behandelte das Problem der politischen Amnesie. Die Komik von Nestroy wurzelt im Volksleben seiner Zeit. Seine Welt ist universal, »weil sie vollkommen eine wirkliche Welt, die der Hausherren und Mieter, Handwerker und Putzmacherinnen spiegelte«. Seine Sprache reiße mit und entzücke, weil sie, »wie die der Renaissance, die Sprache der Weltentdecker ist, der Männer, die, ihrer Kraft zum ersten Mal bewusst, die Zusammenhänge zwischen Worten und Ideen erfassen«. Der Geist von Nestroy sei klar, »denn es ist der Geist der Aufklärung, des neuen Verstandes, der europäischen Zivilisation«. Der in dem Nestroy-Aufsatz erwähnte Karl Kraus findet 50 Jahre später, 1994, in Hobsbawms ausgereiften Essay zur Einleitung von Kraus' »Die letzten Tage der Menschheit« eine umfassende und eindrucksvolle Würdigung.[2]

[354]

William Hazlitt

Die große Bewunderung, die Hobsbawm für den englischen Essayisten und Schriftsteller William Hazlitt (1778–1830) hegt – Hobsbawm war schon während seiner englischen Schulzeit auf Hazlitt aufmerksam gemacht worden und hatte während seines Militärdienstes im Secondhand-Laden das Buch von William Hazlitt »The Spirit of the Age« erstanden –, spiegelt sich in dem Beitrag in der Exilzeitschrift »Die Zeitung« vom 9. Juni 1944 wider. Hazlitts Lebenswerk sei das eines »politischen und literarischen Journalisten«. Es bestand aus kurzen Stücken, Artikeln, Kritiken, Broschüren, Vorträgen und Essays, die er von Zeit zu Zeit in Sammelbänden herausgab. Für Hazlitt waren sie mehr als zufällige Sammlungen von Gelegenheitsstücken. »Einerseits war es eine Art ›Recherche du Temps Perdue‹, ein lebenslanges Selbstbildnis, ein Spiegel der Umwelt in der Persönlichkeit des Dichters, eine Chronik ihres Wandels«. Wo jede Seite das Bruchstück einer lebenslänglichen Selbstbiographie sei, ist es nach Ansicht von Hobsbawm kurzsichtig, die »besten« Werke auszuwählen oder die Aufmerksamkeit auf die Essays zu legen. In ihnen vereinigen sich der »Polemiker, der Kritiker und der Beobachter«. Hazlitts Prosa sei »klar, zugespitzt, leidenschaftlich, bilderreich, konkret, eindringlich. Theater, Literatur und die Malerei« – Hazlitt war mit Samuel Taylor Coleridge, William Wordworth, John Keats und Stendhal befreundet – »waren für ihn große Erlebnisse, Brennpunkte der ›Wirklichkeit‹, die für ihn in der politischen Freiheit ihren höchsten Ausdruck fanden. Seine strenge Theorie ließ ihm genug Spielraum, um die ›parteilose‹ Natur, die reaktionären Dichter, ja sogar die Renegaten ohne Vorurteile zu würdigen«. Nach Hobsbawm war Hazlitt unter den Literaten der Philosoph und unter den Philosophen ein Dichter. Für Hazlitt wie Hobsbawm gilt, daß »die Kritik eine Ehe zwischen Partnern ist, die beide Teile befruchtet.« »Auf der Suche nach der Wahrheit«, sagte Hazlitt, »fand ich die Schönheit.« Was er an beiden fand, sei, so Hobsbawm, unvergessen und lebe in seiner Prosa weiter. In seinen abschließenden Bemerkungen im Interview über »Die dritte Krise« antwortete Hobsbawm 2009 auf die Frage, was sich nicht ändere in der sich wandelnden Welt: Es werde immer biologische und geographische Konstanten geben. Es werde immer Musik geben. »Und darüber hinaus die Kunst, die Schönheit« (S. 227).

---

[2] Eric Hobsbawm, Die letzten Tage der Menschheit. In: Eckart Früh (Hrsg.), Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit. Mit Zeichnungen von Georg Eisler. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt und Wien 1994. Nachgedruckt in: Eric Hobsbawm, Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Georg Fülberth, Köln, 2. verbesserte Auflage, 2010, S. 49–60.

Sean O'Casey

In dem Aufsatz vom 15. September 1944 würdigt Hobsbawm »eines der bedeutendsten Talente des Theaters im 20. Jahrhundert«, Sean O'Casey. Drei Dinge seien zur Kritik O'Caseys notwendig: das Verständnis seiner Verbindung mit dem Volk, [355] genauer genommen den Bewohnern der Dubliner Elendsviertel, und jenes seiner Verbindung mit der englischen Sprache – genauer genommen, der Dubliner Sprache, vervollkommnet durch die Lektüre der Bibel und Shakespeares, und mit den äußeren Formen des Schauspiels. O'Casey war für Hobsbawm ein »Volksdichter«, der seine Stärke, seine Gestalten eben aus der Verbundenheit mit dem Alltagsleben und der Alltagssprache seiner Heimat schöpfte. Das Milieu, das O'Casey nachzeichnete, sei fast naturalistisch, »die Sprache aber eine dichterische Steigerung des Dubliner Arbeiterdialekts«. Es sei wohl dieser leidenschaftliche, »höchstens die Frauengestalten schonende Zynismus«, der den Iren »ein so unvergessliches Bild jener schrecklichen Jahre malte, die sie alle durchlebt hatten«. O'Casey sei unzweifelhaft eines der bedeutendsten Talente, das als Autodidakt aus der Masse des Volkes hervorgegangen sei. Er sei einer der ersten und einer der wenigen in Irland, die nicht mehr wie Bernard Shaw, William Butler Yeats, Oscar Wilde, John Millington Synge und die Mehrzahl der großen Namen der irischen Literatur, der Herkunft nach Mitglieder der protestantischen, anglo-irischen Minderheit waren. In seiner Autobiographie habe O'Casey »die erinnerte Wirklichkeit seiner Jugend« wieder heraufbeschworen. Hobsbawm wünschte dem noch lebenden O'Casey, daß er, ähnlich wie Louis Aragon in Frankreich, nach seinem Ausflug in abstrakte Stücke den Weg zurück zur irischen Wirklichkeit finde, zu einer Form, die »seinem Genie, einem der größten in der englisch-sprechenden Welt dieses Jahrhunderts, den künstlerisch vollen, gebändigten und zugleich volkstümlichen Ausdruck gewährt«.

William Morris

Von modischen Strömungen unbeeindruckt, widmet Hobsbawm im Londoner deutschen Wochenblatt »Die Zeitung« am 10. November 1944 einen Artikel dem »historischen Denker« William Morris (1834–1896), der mit sich selbst und seiner Zeit im Widerspruch gestanden habe. Er sei oft unterschätzt worden, weil er das akademische Idiom nicht benutzte. Seine Theorien seien zwar nicht immer stichhaltig gewesen. Aber Morris sei davon überzeugt gewesen, daß nur »eine grundlegende Änderung der Gesellschaft [...] dem einzelnen wie dem Volk einen Ausweg bot«. »Kunst« war in seinen Worten »Ausdruck der Freude an der Arbeit«, und diese »Liebe zur Arbeit als solcher« sei der Kern des Morris'schen Sozialismus. Die Einzelheiten seines Gedankenganges seien u. a. in »*News from nowhere*«, »*Dream of John Bull*« und »*Hopes and Fears For Art*« zu finden. Den Kapitalismus, so Hobsbawm, hasste Morris, »weil er alle Schichten der Gesellschaft erniedrigte: den Arbeiter, indem er den Arbeitsprozess selbst zum Hauptmittel der Ausplünderung machte, [...] den Bürger, indem er Kunst von der Arbeit sonderte [356] und zum Luxusprodukt einer ›Leisure Class‹ machte.« Wenn der Mensch endlich ein menschenwürdiges Dasein führen könne, würde er eine Zeitlang weiter unter der Vergangenheit leiden und nur langsam den Weg von der Arbeit als Sklaverei zur Arbeit als höchster schöpferischer Tätigkeit vollenden. »Wenn der Tag kommt«, zitiert der Jung-Kommunist Hobsbawm William Morris, »an dem die sichtbaren Zeichen der Kunst wie die Sonne hochsteigen, [...] dann wird alle Mühe und aller Irrtum (auch unser eigener) vergeben und vergessen sein«. Klarer und erbarmungsloser, aber auch hoffnungsvoller als die meisten seiner und unsrer Zeitgenossen habe Morris die »geschichtliche Entwicklung« gesehen. Morris sei noch heute relevant, »weil er die Probleme, die ihn ernsthaft beschäftigten, scharf, trotz aller Utopie realistisch und mit seltener intellektueller Ehrlichkeit betrachtete, weil er als Endziel der Politik eine Gesellschaft malte, in der der Mensch – keine idealisierte Gestalt – nach der Befreiung und der Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse, nach der Heilung der Wunden der

Vergangenheit in eine Vereinigung von Arbeit und schöpferischer Tätigkeit, in der Abschaffung des alten Unterschieds zwischen Hand- und Kopfarbeit eine höhere Entwicklung beginnen würde«. Wenn ein solches Ziel endlich sichtbar zu werden beginnt, werde man, so Hobsbawm, auch Morris' Bedeutung voll würdigen.

Zwei Jahre später meldet sich Hobsbawm anlässlich des 50. Todestages von William Morris erneut zu Wort, um in der Illustrierten der britischen Militärregierung in der britischen Zone, »Blick in die Welt« (6/1946), an den Künstler William Morris zu erinnern. Wenn wir vom »wilhelminischen«, »viktorianischen« oder »Deuxième Empire« sprächen, so dächten wir unzweifelhaft an eines der traurigsten Kapitel in der Kunstgeschichte Deutschlands, Englands und Frankreichs. »Hinter der dünnen Fassade, die damals auf ›Schönheit‹ Anspruch erhob, breitete sich das unabsehbare Hinterland der Mietskasernen, der Elendsviertel, der Fabriken, in denen weder *Schönheit* noch *Gerechtigkeit* [zwei Schlüsselbegriffe von Eric Hobsbawm], sondern lediglich Soll und Haben regierten«. Morris sei dagegen der »größte Rebell gegen die Kunstlosigkeit seines Zeitalters« gewesen. Er sei neben dem Maler Constable der einzige moderne Engländer gewesen, der die Kunst des Kontinents merklich beeinflusst habe. Sein Einfluss auf die Entwicklung oder vielmehr Entstehung der Innenarchitektur und des Kunstgewerbes sei im 50. Jahr seines Todes weithin unbestritten.

Die Lehre von Morris lasse sich, so Hobsbawm, in einem Satz zusammenfassen: »Nimm nichts in Dein Haus, was nicht nützlich ist und was Du nicht für schön hältst«. Er kämpfte für die Anerkennung der Arbeitsfreude, des Materials und der Zweckmäßigkeit. »Der künstlerische Charakter von Gebrauchsgegenständen des Alltags muss natürlich und zwanglos aus dem Material herauswachsen, so daß man eine Wirkung erzielt, die mit keinem anderen Material zu erzielen wäre.« [357] Grundlage aller seiner Theorien war, daß »alle Kunst schöpferischer Freude entspringen und daher ihren natürlichen Ausdruck im Schmuck finden sollte«. In der Arbeitsteilung zwischen »entwerfenden« Künstlern und »ausführenden« Handwerkern sah er die Hauptursache des Niedergangs der Kunst. Der Künstler war für Morris also nicht mehr der von der Ehrfurcht der Laien verklärte »Meister«, sondern lediglich der wahre, ursprüngliche »Arbeiter«.

Morris wusste genau, was er wollte. Alle Menschen sollten so glücklich mit ihrer zur Kunst gewordenen Arbeit leben wir er selbst. Ohne soziale Revolution war dieser Traum nicht zu verwirklichen. Er selbst war glücklich und reich und wie andere große britische Rebellen, z. B. Robert Owen und George Bernard Shaw, ein ausgezeichneter Geschäftsmann. Er litt jedoch darunter, daß sein »Evangelium der schöpferischen Arbeit«, von seinem politischen Hintergrund abgelöst, zum bloßen »Kunstgewerbe« verkam.

Den Versuchen auf deutscher Seite, Morris als einen der ihren zu reklamieren, erteilt Hobsbawm eine Abfuhr. Die Außenwelt habe ihn zwar willkommen geheißen, aber nicht, weil er unenglisch gewesen wäre, sondern im Gegenteil, weil er einer der englischen Künstler war, deren Land als erstes vom modernen Geschäftsgeist verwüstet worden war und die sich deshalb als erste gegen ihn auflehnten.

Am Ende seines Gedenkartikels für William Morris lässt Hobsbawm den noch lebenden Bernard Shaw zu Wort kommen: »Mit der Weisheit, die in meinem Alter noch übrigbleibt, stelle ich fest, daß Morris ... immer höher über den Horizont ragt, hinter dem alle die Zeitgenossen verschwunden sind, denen die Reklame damals einen weit größeren Ruhm voraussagte.«

George Bernard Shaw

Anlässlich des 90. Geburtstages von George Bernard Shaw am 26. Juli 1946 schrieb Hobsbawm in »Blick in die Welt« einen Aufsatz, in dem er den bekanntesten Repräsentanten einer

langlebigen Generation feierte, die zwischen 1880 und 1914 den Sozialismus im eigenen Lande wiederentdeckt hatte. Zu ihnen zählt Hobsbawm den noch lebenden Sidney Webb und den ersten Sekretär der »Fabiergesellschaft«, Edward Pease, H. G. Wells, Beatrice Webb und die großen Rebellen der englischen Arbeiterklasse John Burns, Tom Mann, Ben Tillett und Will Thorne, die Viererbande, die als Erwachsene eine Tochter von Karl Marx noch lesen und schreiben gelehrt hatte, sowie schließlich den genialen Journalisten Robert Blatchford, »dessen Bücher und Artikel mehr Arbeiter zum Sozialismus führten als alle Propaganda«.

Was die meisten der Genannten gemeinsam hatten, war die Tatsache, daß sie dem Mittelstand entstammten, zeitlebens in erster Linie ein bürgerliches Publikum [358] beeinflusst haben und aus der »Fabiergesellschaft«, einer kleinen bürgerlichen Gruppe, hervorgingen, die, verglichen mit der bestehenden englischen Arbeiterbewegung, zwar eine zahlenmäßig unbedeutende, aber als Ideenfabrik nicht zu unterschätzende Rolle spielte. Shaw war eine eigenartige Gestalt, die man überall antraf, wo man diskutierte oder Reden hielt: »... in den Hinterzimmern der Arbeiterklubs, im Hyde Park, an den Straßenecken, wo das Recht auf freie Rede mühsam der Polizei abgekämpft werden mußte, um 6 Uhr morgens an den unendlich öden Toren des Londoner Hafens, in den Wohnzimmern der jungen Intellektuellen, in denen kleine Gruppen begeistert Vereine gründeten, um ›die Welt im Sinne der höchsten moralischen Möglichkeiten‹ zu verbessern.«

Auch wenn viele seiner Vorträge und Reden aus jener Zeit zwischen 1880 und 1914 verloren gegangen seien, so hat sich für Hobsbawm der echte Shaw schon 1885 gezeigt, als er auf einer Versammlung von soliden Bürgern folgendes mit funkelndem Witz erklärte: »Der Vorsitzende hat den Wunsch geäußert, es möge hier nichts gesagt werden, was irgendeine Klasse schmerzlich berühren könne. Ich will nun eine moderne Klasse erwähnen, nämlich die der Einbrecher, und wenn ein Einbrecher im Saale ist, möchte ich ihm versichern, daß ich nichts gegen seinen Beruf vorzubringen habe. Ich bin nur zu überzeugt von seiner Geschicklichkeit und seinem Unternehmungsgeist; sein Risiko ist bedeutend größer als das des spekulativsten Kapitalisten, denn er riskiert ja Freiheit und Leben; seine Abstinenz ist sicher nicht unbeträchtlich. Noch auch möchte ich den Wert nicht unterschätzen, den er als Arbeitgeber in großem Stil der Gesellschaft zuträgt; haben nicht Advokaten, Polizisten, Gefangenenwärter, Zuchthausbaumeister und manchmal sogar Scharfrichter dank seiner wagemutigen Unternehmungen Arbeit und Brot? ... Wenn nun Grundbesitzer und Aktionäre im Saal sind, so hoffe ich, daß sie mir glauben, wenn ich sage, daß ich ebenso wenig die Absicht habe, ihre Gefühle zu verletzen wie die der Einbrecher. Ich weise nur darauf hin, daß alle drei der Gesellschaft genau denselben Schaden zufügen.«

Der alte Engels, der, so Hobsbawm, nichts für die Fabier übrighatte, erklärte seinerzeit etwas mürrisch, Shaw sei als »Belletrist talentvoll und witzig, als ... Politiker unbrauchbar«. Aber Engels fügte hinzu: »Wenn auch ehrlich und kein Streber.« Hobsbawm seinerseits hebt hervor, daß Shaw niemals versucht habe, seinem Publikum zu schmeicheln. »Den Londoner Arbeitern sagte er ebenso viele Grobheiten wie später den guten Bürgern – mit ähnlichem Erfolg.« Auch nachdem er als Dramatiker berühmt geworden war – Hobsbawm nennt Shaws »Heilige Johanna« (1923), die Komödie »Zu wahr, um schön zu sein« (1931) und sein Drama »Die goldenen Tage des guten Königs Karl« (1939) –, leistete er jene politische Kleinarbeit, die die weltberühmten und hochbezahlten Schriftsteller sich oft gerne schenken. Wie ein Eisberg nur mit seinem obersten Zehntel leuchtend [359] über das Meer rage, so Shaws Lebenswerk mit seinen Stücken, deren Zahl nur einen Bruchteil von jenem der unbezahlten, oft anonymen Broschüren, Entwürfe, Manifeste, Reden und Statistiken, die oft nur seine witzige Begeisterung vor der Langeweile rettete. Erst vor zwei Jahren habe Shaw einen dicken Band »Was jedermann von der Politik wissen sollte« (Everybody's Political What's what, Penguin 1944) veröffentlicht. Auch wenn man noch immer auf fast jeder Seite mit ihm im Streit liege, zeige sich darin die Aktualität

Shaws. Seit den großen Franzosen des Zeitalters der Aufklärung habe es niemand, so Hobsbawm, so glänzend verstanden, das Publikum aufzuwecken, zum Denken anzuregen, aufzuklären im Sinne Lessings oder Lichtenbergs, ohne es dabei zu langweilen. Wie Voltaire habe Shaw seine künstlerischen Talente in den Dienst der Vernunft und des freien Urteils gestellt.

Zum Schluss stellt der 29jährige Hobsbawm 1946 die Frage, wie Shaw nach seinem langen Kampf als 90jähriger die Welt beurteile. Die Schrecken unserer Zeit, so Shaw, seien nicht der Ausdruck menschlicher Böswilligkeit. Wir könnten ein Dutzend neuer Welten herstellen, »*wenn wir es lernen, den Tatsachen ins Auge zu sehen und ihren politischen Lehren zu folgen.*«

Die wenigen Beispiele der publizistischen Beschäftigung Eric Hobsbawms mit der Literaturgeschichte vor mehr als 65 Jahren lassen erahnen, welche bassi continui in seinem Leben fortwirken. Mit seinen großen Monographien zum 19. und 20. Jahrhundert ist Hobsbawm zweifellos zum »international bekanntesten britischen Historiker« avanciert. Schon heute lässt sich aber auch sagen, daß er ein »bedeutender Schriftsteller« ist. Ob er dafür wie der deutsche Historiker Theodor Mommsen im Jahre 1902 und der englische Politiker Winston Churchill im Jahre 1953 den Nobelpreis für Literatur erhält, ist nicht nur eine Frage der fortgeschrittenen Zeit, sondern eine Frage an die Fortschrittlichkeit unserer Zeit.[3] [360]

Die Mitverantwortung des deutschen Protestantismus für Faschismus und Holocaust. Eine Streitschrift[*]

Abstract:

Jahrzehntelang beruhte die Nachkriegskirchengeschichtsschreibung weitgehend auf der Annahme, aktive Unterstützung für das faschistische Regime und antisemitische Hasspredigten und Maßnahmen habe es im offiziellen deutschen Protestantismus nicht gegeben. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall: Der deutsche Protestantismus war kein Beifahrer und kein Trittbrettfahrer, sondern aktiv an der Zerstörung der Weimarer Republik und der Errichtung und Stabilisierung der faschistischen Diktatur beteiligt. Die grundsätzliche Gegnerschaft der evangelischen Kirche zum NS-Staat und seiner antijüdischen Politik ist ein Mythos, eine erfundene Tradition.

---

3 So wie die Verhältnisse sind, bekommt eher ein Helmut Schmidt den Nobelpreis für Literatur, wie das Magazin *stern* kürzlich vorschlug (Nr. 36, 2.9.2010, S. 33), als Eric Hobsbawm. Zu Helmut Schmidt siehe das Dossier zu seiner Ehrendoktorwürde in Marburg in diesem Band.

* Die vorliegende Streitschrift beruht teilweise auf meiner Einleitung zur Veröffentlichung des schriftlichen Urteils im Frankfurter Auschwitz-Prozess (»Andauerndes Ringen um das Geschichtsbild«). In: *Friedrich-Martin Balzer/Werner Renz (Hrsg.), Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965). Erste selbständige Veröffentlichung, Bonn 2004*, S. 13–27, hier S. 18–23. Werner Renz vom Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt, den ich als Experten und Mitherausgeber gewonnen hatte, drängte mich, in meiner Einleitung wegen des ungewöhnlichen Vorgangs, daß ausgerechnet ein pensionierter Lehrer sich der Mammutaufgabe unterzog, dieses Urteil als Volltext und selbständige Veröffentlichung zu publizieren, meine persönliche Motivation für diese Arbeit darzulegen. Nach meiner lebenslangen Kritik am deutschen Protestantismus, der in Sachen Antisemitismus und Faschismus so grundsätzlich und folgenschwer versagt hat, war es kein Wunder, daß ich in meiner Einführung ausführlich auf den Zusammenhang von Protestantismus und Faschismus einging. Siehe auch *Friedrich-Martin Balzer/Ulrich K. Schnell: Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik. 1. Auflage Köln 1987, 2. Auflage, Bonn 1993.* Die vorliegende Fassung wurde im Jahre 2010 erheblich überarbeitet und zu einer Streitschrift ausgeweitet.

Angesichts der Begeisterung des deutschen Protestantismus für den ersten imperialistischen Krieg 1914–1918 war dies kein »Betriebsunfall«, sondern das Ergebnis eines langen Irrweges. Ohne die fortgesetzte und steigende Akzeptanz, die Duldung, die Unterstützung, die Gefolgschaft von Massen der Bevölkerung, zu der der deutsche Protestantismus auf breiter Front auf dem ideologischen Feld nachhaltig beitrug, wäre der Faschismus eine Episode geblieben und unfähig gewesen, in Europa und über dessen Grenzen hinaus das anzurichten und zu verbrechen, was er tat.

Auch nach 1945 setzte sich die babylonische Gefangenschaft der deutschen evangelischen Kirche durch Anpassung an herrschende Verhältnisse weitgehend fort. Einschlägige Antisemiten und regimetreue Pfarrer und Kirchenführer blieben im Amt. Von einer Entnazifizierung im Raum der Kirche oder gar einem Bruch in der Geschichte des Prote-[361]*stantismus kann keine Rede sein.*

Um sich zu rehabilitieren, müsste die Kirche ihren tapferen Einzelkämpfern unzweideutig Gerechtigkeit widerfahren lassen, die Dienstentlassungsverfahren gegen christliche Antifaschisten auch juristisch im Lichte der Barmer Theologischen Erklärung im Sinne der Betroffenen und der geschichtlichen Wahrheit aufheben und aus ihrem eigenen Versagen nachhaltig lernen.

* * *

Bis tief in die 1970er Jahre hinein bestimmten theologisch inspirierte klerikale Apologeten die herrschende Kirchengeschichtsschreibung. Religiöse Sozialisten, die dem Antisemitismus und dem Einbruch des nationalsozialistischen Unglaubens in das Christentum widerstanden, kamen darin kaum vor. Sie wurden entweder als »quantité negligeable« ausgelassen oder als »qualité sociale« ausgeblendet. Da große Teile des deutschen Bürgertums an ihrer Selbstrechtfertigung und der Glättung ihrer faschistischen Vergangenheit interessiert waren, mußte an der Fiktion festgehalten werden, daß fast ausschließlich und jedenfalls führend bürgerliche und gerade antikommunistische Kräfte dem Faschismus Widerstand geleistet hätten. Dem entsprach die geradezu aberwitzige These Gerhard Ritters, daß »... *nur die Kirchen* in der Hitlerzeit so etwas wie eine *Volksbewegung* gegen den Nazismus in Gang gebracht haben.«[1] Wenn es einen gesellschaftlichen Bereich gegeben hat, in dem nicht totale Gleichschaltung herrschte, so geschah dies nicht wegen der Haltung der evangelischen Landeskirchen, sondern im Widerstand gegen sie. Werden die religiösen Sozialisten am Rande genannt, so häufig in der diffamierenden Absicht, sie im Banne der »Totalitarismusdoktrin« nicht nur soziologisch[2], sondern auch ideologisch in die Nähe der sog. »Deutschen Christen«, der offen faschistischen Fraktion im deutschen Protestantismus, zu rücken.[3] Die [362] Nachkriegskirchengeschichtsschreibung beruhte

---

1 Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1964, S. 112. Zit. nach: Hanfried Müller, Geschichte, Kirchengeschichte und Historiographie. In: Standpunkt. Evangelische Monatsschrift, Berlin, 7/1978, S. 189–192 und 8/1978, S. 216–219, hier: 7/1978, S. 189, Hervorhebung – FMB.

2 Darüber ließe sich reden, da unselbständige untere und selbständige mittlere Schichten einer bürgerlichen Gesellschaft dazu neigen, sich ambivalent und schwankend zu verhalten. Auf einzelne religiöse Sozialisten trifft dies auch durchaus zu. Der Bundeskongress der Religiösen Sozialisten in Stuttgart führte als Teilnehmer auf: 74 Arbeiterinnen und Arbeiter, 35 Angestellte, 21 Lehrer, 52 Pfarrer, 6 Beamte, 17 Studenten, 6 Sozialbeamte/Freie Berufe. Zur sozialen Basis des Bundes siehe Friedrich-Martin Balzer, Kirche und Klassenbindung in der Weimarer Republik. In: Yorick Spiegel (Hrsg.), Kirche und Klassenbindung, Studien zur Situation der Kirchen in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1974, S. 45–65, S. 314–322.

3 Beide Positionen finden sich in dem als Standardwerk geltenden Arbeit von Klaus Scholder »Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1. Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934«, Frankfurt/Berlin/Wien 1977, S. 248, S. 783, Anmerkung 10, S. 788, [362] Anmerkung 31. Wie Scholder über die evangelische Kirche im »Dritten Reich« schreiben kann, ohne Notiz vom allgegenwärtigen klerikalen Antisemitismus zu nehmen, ist schon bemerkenswert. Mit der in der DDR erschienenen und ebenso als Standardwerk geltenden Veröffentlichung des DDR-Kirchenhistorikers Kurt Meier, Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Halle/Saale 1976 steht es noch schlechter. Siehe Rosemarie Müller-

jahrzehntelang weitgehend auf der Annahme, daß in den Jahren 1933–1945 eine »wahre, rechtgläubige Bekennende Kirche in eher defensiver Haltung gegen die aggressiven, totalitären Ansprüche und Gewaltmaßnahmen eines antichristlichen NS-Staates«[4] Stellung bezogen habe.

Erst in der jüngeren Forschung wird das lange Zeit Verdrängte und Beschwiegene thematisiert: »Deutsche Christen und christliche Nationalsozialisten, christlicher Antijudaismus und antisemitische Theologen, national-völkische Bischöfe und andere obskure Kirchenführer, sippenforschende Pfarrer in Parteiuniform und andere dubiose Gestalten«.[5] Von einer protestantischen »Mitfahrbereitschaft« auf der Geisterfahrt der deutschen Geschichte kann jedoch keineswegs die Rede sein. Der deutsche Protestantismus war, wie die Analyse der Wahlen in der Weimarer Republik ab 1930 belegen[6], geradezu der privilegierte Nährboden für die Massenbewegung der NSDAP. In genuin protestantischen Regionen konnte die NSDAP überproportional Wahlerfolge verbuchen. Der deutsche Protestantismus war kein notgedrungener Beifahrer und Trittbrettfahrer, sondern aktiv an der Zerstörung der Weimarer Republik und der Errichtung und Stabilisierung der faschistischen Diktatur beteiligt.

Die zunächst breite Wirkung der 1973 erstmals erschienenen Monographie »Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands«[7] beruhte darauf, daß hier erstmals der Versuch unternommen wurde, die religiösen Sozialisten jenseits der bürgerlichen Geschichtswissenschaft mit klar umrissener sozialer Basis nicht nur als Teil der Kirchengeschichte, sondern als Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung zu verstehen. Auch wenn neuere [363] Arbeiten säkularer Historiker viel Kritisches über die Haltung der evangelischen Landeskirchen zusammengetragen und die apologetischen Kirchenkampflegenden wider den Strich gebürstet haben, so bleibt doch das Defizit bestehen, daß Geschichte fast ausschließlich als Ideengeschichte verstanden wird und soziologische Kategorien vielfach außen vor bleiben.[8] Die Frage, wer oder was vor und nach 1933 dem Faschismus widerstanden hat oder nicht, ist nicht nur eine Frage der Persönlichkeiten, sondern auch eine Frage ihrer jeweiligen sozialen Standorte und ihrer Einbettung in soziale und politische Strömungen, Klassen und Schichten.

I. Christliche Antifaschisten der ersten Stunde: Erwin Eckert, Emil Fuchs, Heinz Kappes

Zu den Vertretern des antifaschistischen Widerstandes von der ersten Stunde an gehören die

Streisand, Prinzipienfragen zu einer Kirchenkampf-Darstellung. In: Standpunkt. Evangelische Monatsschrift 12/1977, S. 331–334. Weder die deutschnational-jungreformatorische Option Scholders noch die prodeutschchristliche Option Meiers sind akzeptabel. Siehe Hanfried Müller, Zum Verständnis und Missverständnis des Kirchenkampfes. In: Repraesentatio Mundi. Festschrift für Hans Heinz Holz, Köln 1977, S. 443.

4 Manfred Gailus, Protestantismus und Nationalsozialismus. Eine kritische Bilanz aus der Sicht des Historikers. In: Blätter für württembergische Kirchengeschichte, 108./109. Jg., 2008/2009, S. 265–283, hier: S. 166.

5 Ebenda.

6 Siehe Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

7 Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Köln 1973, [2]1975, [3]1993 [, [4]2021].

8 Eine nennenswerte Ausnahme bildet beispielsweise Manfred Gailus, Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin, Köln 2001.

religiösen Sozialisten Erwin Eckert[9], Emil Fuchs[10] und Heinz Kappes[11]. Sie waren die »weißen Raben« des deutschen Protestantismus. Lapidar heißt es in einem Standardwerk der Kirchengeschichte: »Es gab im deutschen Protestantismus nur wenige, die sich bewusst gegen den Antisemitismus stellten.«[12] Namentlich erwähnt wird keiner der oben Genannten. 1933 saßen sie schließlich allesamt im Gefängnis – wegen ihres Kampfes gegen den gegenrevolutionären, menschen- und demokratiefeindlichen, sozialreaktionären und verbrecherischen Faschismus.

[364] Vor 1933 hatte Eckert in seinen von Hunderttausenden besuchten Veranstaltungen die »große Lüge des Nationalsozialismus« angeprangert und die »armselige Judenhetze«[13] theologisch und politisch gegeißelt. Sie führe, wie Eckert hellsichtig voraussah, zu einem »grauenvollen Morden«, kurz: in die »Barbarei«. Front machte er u. a. gegen Joseph Goebbels, gegen den mit den Nazis sympathisierenden katholischen Priester Joseph Muckermann (SJ) und gegen den evangelischen Pfarrer a. D. und Reichstagsabgeordneten der NSDAP Ludwig Johann Münchmeyer. Letzterer ließ die Sommergäste auf Borkum skandieren: »Denn ihr kommt mit platten Füßen. Mit Nasen krumm und Haaren kraus. Ihr dürft nicht unseren Strand genießen. Ihr müsst hinaus, Ihr müsst hinaus. Jude, geh nach Palästina oder auch in die Türkei. Gründ' ein Warenhaus in China. Nur unser Deutschland lasse uns frei«. Ausdrücklich wandte Eckert sich gegen die Verunglimpfungen des jüdischen Rechtanwaltes und Verteidigers von Rosa Luxemburg, Paul Levi, durch den »Völkischen Beobachter«.[14]

Als SA-Schlägertrupps eine seiner Veranstaltungen sprengten, stellte sich die Kirche durch Eröffnung eines Dienststrafverfahrens gegen Eckert nicht auf die Seite des Angegriffenen, sondern objektiv auf die Seite der Angreifer. Die Anklageschrift warf Eckert vor, gegen den »*angeblich arbeiter- und christentumsfeindlichen Nationalsozialismus*« (Anklageschrift des

---

9 Siehe u. a. Friedrich-Martin Balzer/Ulrich K. Schnell: Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik. 2. Auflage, Bonn 1993. Siehe auch Friedrich-Martin Balzer/Manfred Weißbecker: »Erwin Eckert. Badischer Pfarrer und revolutionärer Christ. (1893–1972)«. In: Lebensbilder aus Baden-Württemberg. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Hrsg. Gerhard Taddey und Joachim Fischer. 19. Band, Stuttgart 1998, S. 523–549. Nachgedruckt in diesem Band.

10 Siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Mit Nachbetrachtungen von Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge, Bonn 2002.

11 Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn: Wir sind keine stummen Hunde. Heinz Kappes. Christ und Sozialist in der Weimarer Republik. Bonn 1994.

12 Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder: Juden, Christen, Deutsche. 1933–1945, Bd. I: 1933–1945. Stuttgart 1990, S. 84. »Die evangelischen Sonntagsblätter nach dem Ersten Weltkrieg sind geradezu eine Fundgrube für die antisemitische Orientierung des deutschen Protestantismus«. So der Kirchenhistoriker Carsten Nicolaisen in: Johanna Haberer (Hrsg.): Er liebte seine Kirche. Bischof Hans Meiser und die bayerische Landeskirche im Nationalsozialismus. München 1996, S. 49.

13 Siehe den Beitrag in der Sammelschrift zum 100. Geburtstag von Erwin Eckert von Marie Veit: »Als Christ und Sozialist gegen die ›armselige Judenhetze‹«. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben. Bonn 1993, S. 207–212. Daraus nur zwei Sätze. Der eine: »Erwin Eckerts frühzeitiger Kampf gegen den Antisemitismus der Nazis steht in der evangelischen Kirche einmalig da.« (S. 207) Der zweite (unter Berufung auf Joachim Beckmann, einen der »Väter« von Barmen): »Hätte die Bekenntnissynode von Barmen 1934 [...] sich zu einer Stellungnahme für die verfolgten Juden entschließen wollen, so wäre sie auseinandergefallen, und es hätte keine Barmer Erklärung gegeben« (Ebenda). Die Tatsache, daß – trotz Beteiligung von fünf namhaften Theologen an dieser Sammelschrift – kein einziges Organ der kirchlichen Presse das »Ärgernis und Zeichen« zur Kenntnis nahm, sagt etwas aus über den Zustand der Gesellschaft in den 90er Jahren.

14 Siehe Friedrich-Martin Balzer, »Erwin Eckert, Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer. Unterschiedliche Traditionslinien – gemeinsam verpflichtendes antifaschistisches Erbe«. In: ders. »Es wechseln die Zeiten ...« Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998), Bonn 1998, S. 238–257, hier: S. 246 f. Der Rechtsanwalt, der Eckert gegen die Verleumdungen und Hasstiraden des »Völkischen Beobachters« verteidigte, Franz Hirschler, wurde übrigens in Auschwitz ermordet.

Kirchlichen Dienstgerichtes vom 7. Mai 1931) zu Felde zu ziehen. Thema seiner Reden war entgegen der Parole »evangelischer Nationalsozialisten«, »Christuskreuz *und* Hakenkreuz«, »Christuskreuz, *nicht* Hakenkreuz!«[15] Nach seinem Ausschluss aus der SPD hatte sich Eckert wie Ossietzky an die Seite derer gestellt, die mit ihrer Parole »*Wer Hindenburg wählt,* [365] *wählt Hitler: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg*« Recht behalten sollten. Die Urteile gegen Ossietzky und Eckert wurden bis heute von der (Kirchen-)Justiz nicht aufgehoben.

Die von Fuchs verfassten Wochenberichte der Jahre 1931 bis 1933[16] wiesen eine Fülle von Protesten gegen vielfältige Erscheinungsformen des um sich greifenden Antisemitismus nach. Im Visier stand die Propaganda der NSDAP und ihre unverhohlene Absicht, Juden und deren Nachkommen das Staatsbürgerrecht zu entziehen, sie zu diskriminieren und zu verfolgen: Nazi-Schlägertrupps, die jüdische Staatsbürger zusammenschlagen; Ärzte, die jüdischen Patienten medizinische Hilfe verweigern, worauf diese sterben; Nazi-Minister, die erste antisemitische *Verordnungen* für »Staatsbedienstete« ankündigen (»Kauft nicht bei Juden«), und wild gewordene Studenten, die jüdische Professoren und Kommilitonen terrorisieren.[17] Wiederholt stellte sich Fuchs schützend vor den Breslauer Professor Cohn, dessen Entlassung aufgehetzte Studenten durch monatelange Aktionen gefordert hatten. Professor Cohn hatte sich für ein Asylrecht des von Stalin verfolgten und ausgewiesenen Leo Trotzki in Deutschland eingesetzt. Trotzki wurde später im mexikanischen Exil von einem stalinistischen Agenten umgebracht. Cohn wurde in Auschwitz ermordet.

Nach 1933 hatte Fuchs zusammen mit seinen kommunistischen Familienmitgliedern, sofern sie nicht wie sein Sohn Klaus und später sein Sohn Gerhard emigrieren müssten, zahlreichen jüdischen Mitbürgern zur Flucht verholfen, später auch in enger Zusammenarbeit mit dem Gefängnisgeistlichen von Plötzensee, Harald Poelchau.[18] Fuchs selbst wurde wie Eckert nach dem 30. Januar 1933 ins Gefängnis geworfen.

Wer immer noch glaubt, es habe niemanden im deutschen Protestantismus gegeben, der das Unheil des Jahres 1933 voraussah, lese das »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« und den »Religiösen Sozialisten« aus den Jahren 1930–1933. Neben der »Zeitschrift für Religion und Sozialismus« wiesen auch die der [366] religiös-sozialistischen Bewegung nahestehenden Zeitschriften »Eiche«, »Unruhe«, »Mutiges Christentum« und »Neuwerk« immer wieder auf die Widersprüche zwischen faschistischem Geist und der Botschaft Jesu hin. In seinem Aufsatz »Der theologische Kampf der Religiösen Sozialisten gegen das nationalsozialistische Christentum« (1931)[19] stellte Kappes den Kirchenkampf vor 1933 unter die klare Alternative »Christuskreuz *oder* Hakenkreuz« und bestritt die angebliche »Neutralität« der Kirche. Mit einer Fülle von Tatsachenmaterial über nationalistischen Missbrauch von Kirche und Christentum wies er auf die Gefahren hin, die den evangelischen Kirchen in Deutschland drohten.

---

15 Der Text kann nachgelesen werden auf http://www.friedrich-martin-balzer.de/Archiv.

16 Siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund, a. a. O. passim.

17 So lehnte der Breslauer Wingolf die »Berufung eines ›Cohn‹ an die deutsche Grenzlandsuniversität« ab und erklärte: »So lange ein Cohn (!) an der Universität [...] liest, wird niemals Ruhe eintreten.« Zit. nach: Wolfgang Abendroth: »Zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den Weltkriegen. Korporationen in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Wingolfs. Vortrag am 13. Dezember 1961 vor dem Clausthaler Wingolf zu Marburg« [mit Vorbemerkungen von Friedrich-Martin Balzer, S. 133–141], in: TOPOS, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, 7. Jg. (1999), Heft 12, (Bildung), S. 133–164. Vorbemerkungen nachgedruckt in diesem Band.

18 Siehe Harald Poelchau: »Gruß«. In: Ruf und Antwort – Festgabe für Emil Fuchs zum 90. Geburtstag. Leipzig 1964, S. 119–121. Zum Lebensweg von Emil Fuchs und seiner antifaschistischen Familie siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund, a. a. O., S. 22–30.

19 Heinz Kappes, Der theologische Kampf der Religiösen Sozialsten gegen das nationalsozialistische Christentum (1931 erschienen). Nachgedruckt in: Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn, »Wir sind keine stummen Hunde«. Heinz Kappes (1893–1988). Christ und Sozialist in der Weimarer Republik, Bonn 1994, S. 183–197.

Er bezog sich bei seinem Widerstand gegen das ungehinderte Eindringen nationalsozialistischen widerchristlichen Gedankenguts und nationalsozialistischer Pfarrer in den Raum der Kirche u. a. auf die Erklärung des Bundeskongresses der Religiösen Sozialisten aus dem Jahre 1930 »Faschismus und Christentum« und auf den Aufruf »Christentum und Faschismus sind unvereinbar«.

Unter Anführung der Äußerung von Gottfried Feder vom 4.12.1930 im Reichstag (»Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums ... Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterschieben.«) sowie unter Berufung auf Hermann Heller definierte Kappes den Faschismus nicht als eine neue Staatsform, »sondern als die der kapitalistischen Gesellschaft entsprechende Form der Diktatur«.[20] Das sei auch der Grund, »warum Hugenberg und die Schwerindustrie in der ‚national'sozialistischen' ‚Arbeiter'partei' einen so willkommenen Bundesgenossen erblickten«.[21] Pfarrer Kappes sah den »Augenblick der schwersten Erschütterung des Weltkapitalismus, des Versagens aller Gewalt- und Kriegsideologie, des Willens aller unterdrückten Klassen und Völker« als einen Augenblick an, in dem eine »Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit« auf der Tagesordnung stehe.

Kappes bezeichnete es als eine der Öffentlichkeitsaufgaben der Kirche, »um der Wahrheit willen sich gegen diese unerträgliche Unwahrhaftigkeit der NSDAP zu wenden«,[22] die in ihrem Programm aus dem Jahre 1920 in Punkt 24 zwar ein sog. »positives Christentum« vertrete und die »Freiheit aller Bekenntnisse im Staat« fordere, aber die Einschränkung hinzufügte: »soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen«.[23]

[367] Mit großer Sorge sah er, »welche Hoffnungen der ›deutsch-evangelische Protestantismus‹ auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten für die Wiedergewinnung protestantischer Vormacht in Deutschland setzt. Uns religiösen Sozialisten scheint dieser ›deutsch-evangelische Protestantismus‹ um das Linsengericht äußerer Macht willen das geistige Erstgeburtsrecht zu verlieren.«[24]

Mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht des Wortes (»Wir sind keine stummen Hunde«) stemmte sich Kappes gegen die Vorstellung von Jesus als einem Arier, von Adolf Hitler als dem gottgesandten Führer und Heiland, von der arischen Blutreligion. »Wie ein Spuk, ja wie eine dämonische Personifizierung des Antichrists erscheint [...] jenes arische Blutchristentum«.[25] Kappes zitierte Erwin Eckert aus seiner Rede vor dem Dienstgericht am 12. Juni 1931: »Es kommt uns manchmal vor, als ob die heutigen verantwortlichen Führer der Kirche von einer furchtbaren Macht direkt verstockt gemacht worden sind, daß sie nicht sehen können, was ihre Aufgabe ist.«[26]

Kappes befürwortete die »Entmächtigung jener konservativen und nationalistischen Kreise, welche durch ihre Vormachtstellung der evangelischen Kirche heute noch das Gepräge geben, so als ob evangelisch und reaktionär identisch wären.«[27]

Eindringlich appellierte Kappes an die kirchlichen Kreise, »die gegen uns religiöse Sozialisten

---

20 Ebenda, S. 188.
21 Ebenda, S. 189.
22 Ebenda, S. 190.
23 Zit. nach: Reinhard Kühnl (Hrsg.), Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumen-[367]ten, 6. Auflage 1987, Köln 1987, S. 106–109, hier: S. 109.
24 Heinz Kappes, Der theologische Kampf der religiösen Sozialisten gegen das nationalsozialistische Christentum, a. a. O., S. 191.
25 Ebenda, S. 197.
26 Ebenda, S. 191.
27 Ebenda, S. 186.

für den Nationalsozialismus Stellung nehmen, daß wir nicht als Parteileute der SPD, sondern als evangelische Christen und Theologen mit solcher Schärfe unsre warnende Stimme erheben, weil wir den Gesichten einer dunklen Zukunft, einer großen Not für die evangelische Kirche nicht wehren können, die uns bedrängen. Und unsre Ahnungen werden Wirklichkeit werden, wenn man unsre Stimmen nicht hört!«[28]

Der Karlsruher SPD-Stadtrat Kappes nahm für die kleine religiös-sozialistische Bewegung in Anspruch, »daß sie allein die Sache Christi in der Kirche verteidigt.«[29] Die Prozessakten in den Verfahren gegen sozialdemokratische Pfarrer wie Erwin Eckert und Karl Kleinschmidt, so Kappes, »werden dem späteren Historiker reiches Material zu Quellenstudien darüber bieten, wie stark und aus welchen Gründen die herrschenden positiven Führer der evangelischen Kirchen den Nationalsozialismus gegen den Sozialismus stützen ...«[30]

[368] Die Machtübertragung an den Faschismus am 30. Januar 1933, von den evangelischen Kirchen bejubelt und von Otto Dibelius am Tag von Potsdam eingesegnet, machte allen Bemühungen der Religiösen Sozialsten um die Verteidigung des christlichen Glaubens und der Verhinderung des drohenden Unheils ein Ende.

Am 30. März 1933 legte Heinz Kappes aus Protest gegen die antisemitischen Beschlüsse des von den Nazis beherrschten Karlsruher Stadtrates sein Mandat als SPD-Stadtrat nieder. Er kam ins Konzentrationslager Kislau und ins Gefängnis. Am 1. Dezember 1933 wurde Kappes, der theologische Verteidiger Eckerts in allen drei Dienststrafverfahren, zwei Jahre nach der unehrenhaften Dienstentlassung Eckerts, zwangsweise vom Dienst suspendiert, weil er sich, so die Kirchliche Anklageschrift, gegen die »*deutsche Freiheitsbewegung*« [gemeint ist die NSDAP!][31] gestellt habe. Kappes hatte es gewagt, einem im Konzentrationslager Inhaftierten einen seelsorgerlichen Brief zu schreiben. Er habe sich damit eines »Dienstvergehens schuldig gemacht«, da er sich durch diesen Brief der »Achtung und des Vertrauens, das sein Beruf als Pfarrer erfordert«, als »unwürdig« erwiesen habe (Urteilsbegründung vom 1. Dezember 1933).

Schließlich warf die Badische Landeskirche Kappes vor, in seiner Pfingstpredigt 1933 gegen das Verbot politischer Äußerungen von der Kanzel verstoßen zu haben, eine heuchlerisch-verlogene Anschuldigung, da doch der Bischof der Badischen Landeskirche bereits zuvor das »Dritte Reich« wie die meisten Bischöfe der protestantischen Landeskirchen auch als

---

28 Ebenda, S. 197.

29 Ebenda, S. 197.

30 Ebenda, S. 185.

31 Wörtlich heißt es in der 27seitigen Anklageschrift vom 30. Oktober 1933 auf S. 8: »Nachdem seit den September-Reichstagswahlen 1930 der Nationalsozialismus in machtvoller Weise in den politischen Kampf eingetreten war, hat es Pfarrer Kappes sowohl als religiöser Sozialist wie als Mitglied der SPD auch für seine Aufgabe angesehen, in Wort und Schrift gegen die deutsche Freiheitsbewegung aufzutreten.« (Kopie im Privatarchiv Balzer). Der Anklagevertreter, Oberkirchenrat Otto Friedrich (1883–1978) war von 1927 bis 1933 zugleich auch Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes. 1932 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät in Heidelberg, die ihn 1963 auch zum Honorarprofessor ernannte. Von ihm und anderen im Amt gebliebenen »furchtbaren Juristen« war eine Aufhebung der Urteile gegen Eckert nicht zu erwarten.

»Geschenk und Wunder Gottes«[32] [369] willkommen geheißen hatte.[33]

Kappes hatte u. a. gesagt: Das sich etablierende »Dritte Reich« erwecke den Anschein, als ob das deutsche Volk »seine Auferstehung aus Ohnmacht und Tod erlebe. [...] In Wirklichkeit ist die Zerrissenheit in unserem Volk nicht überwunden. Es gibt Sieger und Besiegte. 26.000 von den Besiegten sitzen (nach einer Zeitungsnachricht) in Gefängnissen und Arbeitslagern. Viele sind geflohen, da ihnen die Heimat zum Gefängnis der Freiheit ward. Viele schweigen oder sie tragen heimliche Rachepläne in sich oder sie heucheln. Niederste Instinkte rücksichtsloser Streberei, Angeberei, der Rache gegen frühere Verantwortliche (wie beim Ministertransport neulich in Karlsruhe[34]) sind losgelassen. Wer jetzt in die Zukunft schaut, wer mit Gottes Augen, die Unkraut und Weizen zu sondern verstehen, auf das Saatfeld unseres Volkes schaut, der sieht mit Angst in drohende Katastrophen, der sieht den Satan triumphieren, der sieht ein Totenfeld, wo heute neues, starkes Leben zu sein scheint«.[35] Diese klarsichtigen Worte von Kappes lesen sich in der Rückschau wie eine Prophetie auf Auschwitz, den »größten Friedhof dieser Erde, auf dem es keine Gräber gibt, wo die Täter die sterblichen Überreste ihrer Millionen Opfer verstreut haben, damit keine Spur von ihnen bliebe«.[36]

Mit Berufsverbot belegt und aus Baden ausgewiesen, emigrierte Kappes schließlich 1935 nach Palästina, um im Umkreis von Martin Buber Freundschaftsarbeit zwischen Juden und Arabern zu leisten.[37] Am 12. Oktober 1944 verlor er und seine gesamte Familie (Sippenhaft!) gemäß einer »Amtlichen Bekanntmachung« im Deutschen Reichsanzeiger die deutsche Staatsangehörigkeit, weil Kappes, [370] wie ein Aktenvermerk der Evangelischen Kirche festhielt, sich politisch »gegen Deutschland betätigt« habe. Dies war Grund genug für die Evangelische Kirche in Baden, die Pensionszahlungen bis zu seiner Rückkehr aus dem Exil in Palästina 1948 ersatzlos zu streichen.[38]

---

32 Paul Althaus: Die deutsche Stunde der Kirche, 2. Aufl. 1934. Zit. nach: Ernst Wolf: Die evangelischen Kirchen und der Staat im Dritten Reich. Zürich 1963, S. 28 f. Die Wahlen vom 5. März, so der »Hirtenbrief« der badischen Landeskirche, hätten gezeigt, »daß unser Volk aus seinem lähmenden Todesschlaf erwacht und daß es gewillt ist, sich der vernichtenden Todesmächte zu erwehren und denen zu folgen, die es zur Freiheit, zur Gerechtigkeit, zu deutscher Treue und zur Gottesfurcht zurückführen wollen« (Gesetzes- und Verordnungsblatt der Evangelisch-Protestantischen Landeskirche Nr. 6 vom 29.3.1933, S. 47.) Die badische Kirchenleitung sah darin »im letzten Grunde nicht Menschenwerk, sondern Gottes Hand und seinen Gnadenruf an unser Volk: ›Ich habe dich einen kleinen Augenblick verlassen [in der Weimarer Republik – FMB], aber mit großer Barmherzigkeit will ich Dich [unterm Hakenkreuz – FMB] sammeln‹ (Jes. 54, 7)« Ebenda, S. 48.

33 Siehe Hirtenbrief S. 47 f. Sein erster Satz lautete: »Was wir seit Jahren gehofft und ersehnt haben, ist gekommen: Unser deutsches Volk hat sich in seiner großen Mehrheit zu einer starken nationalen Front zusammengeschlossen und sich einmütig hinter die Männer gestellt, die das Oberhaupt unseres Reiches zur Führung des deutschen Volkes berufen hat«. Der vollständige Text ist als Faksimile abgedruckt in: Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn: »Wir sind keine stummen Hunde«, a. a. O., S. 102–104.

34 Gemeint ist der Mitverfasser der badischen Verfassung und jüdische Rechtsanwalt Ludwig Marum, der Karfreitag 1934, am 29.3.1934, im KZ Kislau ermordet wurde. 1933 hatten ihn die Nazis auf offenem Wagen durch Karlsruhe ins KZ Kislau geschleift. Die Schuljugend hatte unterrichtsfrei bekommen, um am Rande des Triumphzuges grölendes Spalier zu bilden.

35 Zit. nach: Urteil in Dienststrafsachen gegen Pfarrer Heinrich Kappes in Büchenbronn wegen Pflichtverletzung. Verkündet am 1. Dezember 1933. S. 10 f. (Kopie im Privatarchiv Balzer).

36 Kurt Goldstein, »Wir sind die letzten – fragt uns. Kurt Goldstein. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Reden und Schriften (1974–2004) mit einer autobiographischen Einführung«, 2. Auflage, Bonn 2005, S. 148.

37 Dieser einmalige Vorgang fand in Israel mehr Beachtung als in der BRD. Siehe Daniel Dagan: »Der zionistische Pfarrer«. In: HA'ARETZ vom 18.4.1980, S. 30–31. Siehe auch Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München/New York/London/Paris 1980, S. 347 f.

38 Bei Manfred Kock: »Heinz Kappes (1893–1988). Pfarrer und sozidemokratischer Sozialpolitiker«. In: Protestantismus und Politik in Baden zwischen 1819 und 1933. Zum politischen Handeln evangelischer

Diese Christen, die zugleich Sozialisten waren, hatten es nicht leicht: Sie waren vor 1933 verfemt und disziplinarisch verfolgt, nach 1933 in Gefängnis, Konzentrationslager und Zuchthaus geworfen worden. Auch nach 1945 wurden sie in der BRD geächtet und auch von den Linksprotestanten auf den Spuren von Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer diskriminiert.

Heinz Kappes zog sich zwar nach der Rückkehr aus dem Exil (»Fremd bin ich ausgezogen, fremd kehrte ich wieder heim«) aus der Parteipolitik zurück. Dies bewahrte ihn allerdings nicht davor, 1950 mit dem Vorwurf von Eltern seiner Karlsruher Schüler konfrontiert zu werden, er habe »das Judentum verherrlicht und den Nazismus beschimpft«. Oberschulrat in der Karlsruher Dienstaufsichtsbehörde war Kurt Knittel. Er war in Auschwitz SS-Schulungsleiter und für die weltanschauliche Betreuung der Truppen zuständig gewesen (siehe Urteil im Auschwitz-Prozess[39]) und nach 1945 als »Mitläufer« entnazifiziert worden.[40] An diesem Mann lässt sich exemplarisch zeigen, wie der Stand der Aufarbeitung der Vergangenheit in der BRD vor dem »Auschwitz-Prozess« aussah. Rudolf Augstein sprach zu Recht von der »Vor-Auschwitz-Zeit«.

Emil Fuchs, enttäuscht über die restaurative Entwicklung im Westen, verlegte seinen Wohnsitz 1949 von Frankfurt/Main nach Leipzig in die DDR, wo er, hochbetagt und hochgeehrt, noch wirken konnte.[41]

Eckert wurde wegen seines Kampfes gegen die Remilitarisierung 1959 in Düsseldorf vor Gericht gestellt und 1960 verurteilt.[42] Die KPD als die Partei, der [371] er sich im Kampf gegen den Faschismus 1931 angeschlossen hatte und die die meisten Opfer im Widerstand gegen den Faschismus erbracht hatte, war zuvor am 17. August 1956 für »verfassungswidrig« erklärt worden.[43]

Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. Karlsruhe 1996, S. 276 heißt es hierzu lapidar und ohne gründliches Studium der Personalakte: »1948 kehrte Kappes nach Karlsruhe zurück, wurde *von der Landeskirche rehabilitiert* (Hervorhebung – FMB) und bis 1952 als Religionslehrer [...] beschäftigt.« Um die Nachzahlung der verlorengegangenen Pensionsansprüche kämpfte Kappes nach 1945 vergeblich.

39 Friedrich-Martin Balzer/Werner Renz (Hrsg.), Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965), Bonn 2004, S. 117, 173 f, 302, 331.

40 Ernst Klee: Das Personallexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2. durchgesehene Auflage, Frankfurt/M. 2003, S. 320.

41 So setzte sich Emil Fuchs als konsequenter Pazifist u. a. erfolgreich für die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung in Form von sog. »Bausoldaten« ein.

42 Manfred Weißbecker: »Auf der Anklagebank des Kalten Krieges. Erwin Eckert und der Düsseldorfer Prozess gegen das ›Westdeutsche Friedenskomitee‹ 1959/60«. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen. a. a. O., S. 308–331. Friedrich-Martin [371] Balzer (Hrsg.), Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover und Beiträgen von Walther Ammann, Friedrich-Martin Balzer, Walter Diehl, Heinrich Hannover, Rudolf Hirsch, Friedrich Karl Kaul, Diether Posser und Denis Nowell Pritt, Köln 2006. Eckerts Verteidiger war Friedrich Karl Kaul. Er beantragte gleich zu Beginn des Prozesses, das Verfahren gegen die sechs Friedensaktivisten einzustellen. In seinem Schlussplädoyer erklärte er: »Für uns beide, nämlich für meinen Freund Eckert und mich, begann dieser Krieg weit früher als für die Herren Vertreter der Anklage. Er begann in der Stunde, als der Reichstag brannte. Wir sind an diesem Morgen beide, wenn auch in verschiedenen Städten, verhaftet worden. Und warum? [...] Weil man aber auch damals den Kommunisten Absichten unterschob, die sie nicht gehabt haben. Mein Freund Eckert und ich haben diese Zeit überlebt; Hunderte und aber Hunderte, Tausende von uns haben sie nicht überlebt.« In: Rudolf Hirsch: Dr. Meyers Zaubertrick. Eine Gerichtsreportage vom Düsseldorfer Prozess gegen Mitglieder des westdeutschen Friedenskomitees. Berlin/DDR 1960. In: Justizunrecht a. a.- O., S. 174–263, hier: S. 253. Siehe auch Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht. 1954–1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts, Berlin 1998, S. 57–80. D. N. Pritt: Memoiren eines britischen Kronanwalts, Berlin/DDR 1970, S. 398–404. Inzwischen auch in Justizunrecht, a. a. O., S. 308–315.

43 Zur ersten und letzten Kritik vgl. Wolfgang Abendroth, Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichtes. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat, in: Zeitschrift für Politik, N. F., 3. Jg., (1956), H. 4, (Quartalszeitschrift),

Alle, denen die Evangelische Kirche etwas bedeutet, täten gut daran, den Text des Urteils im Auschwitz-Prozess zu lesen. Sie sollten begreifen, daß die protestantische Kirche sich nicht etwa nur der »Unverhältnismäßigkeit« schuldig machte, als sie »evangelische Nationalsozialisten« im Amt tolerierte und den einzigen zur KPD übergetretenen sozialdemokratischen Pfarrer 1931 fristlos aus dem Pfarrdienst entfernte.

II. Schlaglichter auf den Mehrheitsprotestantismus während des Faschismus an der Macht

»Der Sieg des Faschismus in Deutschland fand zunächst die fast ungeteilte Zustimmung der protestantischen Kirchen, insoweit es um die ›Wiederherstellung der deutschen Weltgeltung‹ nach außen (und also um die Rückkehr zu einem unverhüllt expansiven Imperialismus) und um die ›Wiederherstellung der Ordnung‹ [372] nach innen (und also um die Liquidation der Demokratie, die Unterdrückung von Kommunismus, Sozialismus, Liberalismus, Pazifismus und Humanismus) ging.«[44] Anknüpfend an die Begeisterung des deutschen Protestantismus für den ersten imperialistischen Krieg 1914–1918 und als Erbe der antiaufklärerischen, antiliberalen, antidemokratischen, antisozialistischen und antikommunistischen Tradition des deutschen Mehrheitsprotestantismus war dies kein »Betriebsunfall«, sondern angesichts der Tatsache, daß der deutsche Protestantismus schon zuvor den »Irrweg einer Nation«[45] eingeschlagen hatte, nur folgerichtig. Der Kirchenkampf, der als angeblicher Widerstand gegen den Faschismus umgedeutet wird, war in Wahrheit nicht eine Auseinandersetzung zwischen Rechtgläubigkeit und der Ketzerei der »Deutschen Christen«. Die Rechtgläubigen selbst machten sich weitgehend nicht aus bloßer Anpassung, sondern aus innerer Überzeugung zu willigen Stützen des Faschismus.

So ließ der Bischof der Badischen Landeskirche am 7. November 1933 eine Ergebenheitsadresse an Adolf Hitler von den Kanzeln verkünden. Der im *Gesetzes- und Verordnungsblatt* der Landeskirche verbreitete Text rief dazu auf, ein »Bekenntnis der Dankbarkeit und Treue gegen unseren Führer abzulegen, den Gottes Gnade in schwerster Notzeit uns geschenkt hat [...].« Alle Glieder der Kirche sollten mithelfen, »eine einmütige Kundgebung rückhaltlosen Vertrauens zu dem Werk Adolf Hitlers« abzulegen.[46]

Die gegensätzlichen Positionen innerhalb des deutschen Protestantismus werden am Beispiel des terroristischen Blutbades deutlich, das die NS-Führung am 30. Juni 1934 – mit Unterstützung der Reichswehr und der SS – unter mehr als hundert ihrer politischen Gegner anrichtete. Dem badischen Landesbischof Kühlewein, der als Prälat bei allen Verfahren gegen Eckert über ihn zu Gericht gesessen hatte, der 1933 als Landesbischof Kappes »strengste Zurückhaltung« empfohlen hatte, da er – Kappes – »zur Kritik am heutigen politischen Geschehen der zuletzt Berufene« sei (»Schweigen ist manchmal nicht nur ein Gebot der größeren Klugheit, sondern ein ernstes Stück Selbstzucht«[47]), war es zu Beginn der Landessynode 1934 »ein [373]

S. 305–327; Hans Heinz Holz, Der frühe Tod des Grundgesetzes. Das KPD-Verbot – der Präzedenzfall für die Aushöhlung der Demokratie in der BRD. In: Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie. Herausgegeben von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo, Heft 32, Grundgesetz, Napoli 2009, S. 83–100.

44 Hanfried Müller, Zum Verständnis und Missverständnis des Kirchenkampfes, a. a. O., S. 447.

45 Siehe Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte, Berlin 1947.

46 Zit. nach: Friedrich-Martin Balzer: »Das Problem der Assoziation nichtproletarischer, demokratischer Kräfte an die Arbeiterbewegung. Das Beispiel von Pfarrer Heinz Kappes.« In: Internationale Dialog Zeitschrift, (IDZ) 7. Jg., 1974, Heft 2, S. 180. Wieder abgedruckt in: ders. Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. »Gegen den Strom«. Marburg 1990, S. 128 und in: Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn, »Wir sind keine stummen Hunde«. a. a. O., als Faksimile nachgedruckt S. 102–104.

47 Ebenda, S. 178. Als sich der badische Pfarrer Ludwig Simon bei seiner Predigt zur Eröffnung des Konzentrationslagers Heuberg am 21. März 1933 (!) diese »Selbstzucht« [373] nicht auferlegte, sondern –

herzliches Bedürfnis«, zu dem »erschütternden Ereignis des 30. Juni« Stellung zu beziehen. »An diesem Tage hat der Führer unseres deutschen Volkes, unser hochverehrter Reichskanzler Adolf Hitler, mit bewundernswerter Tatkraft und unter Einsatz seiner eigenen Person hochverräterische und unsaubere Machenschaften in unserem Volk aufgedeckt und beseitigt. Und in wenigen Stunden hat er die völlige Ordnung [ohne Gerichtsverfahren und ohne Gerichtsurteil! – FMB] wiederhergestellt. [...]«[48] Auf Vorschlag Kühleweins fasste die Synode den einstimmigen Beschluss, folgendes Telegramm »an den Führer« zu senden: »Die zu einer Tagung versammelte Badische Evangelische Landessynode spricht Ihnen ehrfürchtigen Dank aus für die Entschlossenheit, mit der Sie am 30. Juni unser Volk vor schweren Wirren bewahrt haben, und versichert Sie rückhaltloser Gefolgschaft.«[49] Der von der Badischen Kirchenleitung bereits 1931 (!) fristlos und unehrenhaft hinausgeworfene Pfarrer Eckert wurde 1936 wegen »Hochverrats« zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Anklage und Begründung des Gerichts lauteten: Verbreitung eines *illegalen* Flugblattes zur Röhm-Affäre[50] und Unterstützung der verfolgten Frankfurter Antifaschistin Lore Wolf (1900–1996).[51]

[374] Die seit dem 1. April 1933, dem Tag des ersten »Judenboykotts«, sich steigernde rechtliche Drangsalierung, Ausgrenzung und Verfolgung des jüdischen Bevölkerungsteils und der Christen jüdischer Herkunft[52] war nicht unpopulär. Unter der evangelischen Bevölkerung waren Vornamen wie Adolf und Martin (Adolf für Hitler, Martin für Luther) in großem Schwange. Luthers Schrift »Von den Juden und ihren Lügen«, auf die sich Julius Streicher, Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes »Der Stürmer«, vor dem Nürnberger Militärtribunal berief, wurde *nach* der Reichspogromnacht 1938 von dem thüringischen Landesbischof Martin Sasse unter dem

---

trotz aufmarschierter SA – unverfälscht die Botschaft des Evangeliums verkündete (die vollständige Predigt ist nachzulesen in Friedrich-Martin Balzer: Miszellen a. a. O. S. 204 f. oder per Internet auf der Homepage friedrich-martin-balzer.de/Archiv), verbannte ihn die badische Kirchenleitung »zu seinem Schutze« umgehend nach Wies, einem winzigen Dorf im südlichsten Winkel der Landeskirche in die Nähe der Schweizer Grenze.

48 Zit. nach: Verhandlungen der Landessynode der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens. Ordentliche Tagung vom 4. bis 6. Juli 1934, Karlsruhe 1935, S. 3.

49 Ebenda, S. 4. Abgedruckt ist dieses Dokument der »Treue zum Führer« auch in dem Quellenband Die Evangelische Landeskirche in Baden im »Dritten Reich«. Quellen zu ihrer Geschichte. Im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrats Karlsruhe. Hrsg. Hermann Rückleben und Hermann Erbacher. Band III: 1934–1935. Karlsruhe 1995, S. 72. Die Überschrift lautet: »Telegramm anlässlich der Niederwerfung des sog. Röhm-Putsches«. (Ebenda, S. 71) Anscheinend hat sich inzwischen herumgesprochen, daß es gar keinen »Röhm-Putsch« gab. Aber »Niederwerfung«? Von was und von wem, gegen wen, in wessen Interesse, mit wessen Unterstützung und in welchen Formen? Siehe dazu das Vorwort der Herausgeber, die die »Gefahr, eigene Vorstellungen oder gar Wertungen einzubringen« »so gering wie möglich halten« wollen. (Ebenda, S. VI). Wer sich so »wertfrei« dünkt, übersieht – bewusst oder unbewusst – wie sehr er – hier durch die Wortwahl »Niederwerfung«– mehr zudeckt als aufdeckt. »Niederwerfung« hätten auch die Nazis und Kühlewein sagen können. Der Tatbestand, daß u. a. die badische Landessynode sich in der Krise des NS-Systems einstimmig auf die Seite des mit terroristischen Mitteln herbeigeführten Machterhalts schlug, wird eher verdunkelt.

50 Siehe Charles Bloch: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. Frankfurt/Main 1970. Kurt Gossweiler, Der Putsch, der keiner war. Die Röhm-Affäre 1934 und der Richtungskampf im deutschen Faschismus. Köln 2009.

51 Lore Wolf: Ein Leben ist viel zu wenig. Frankfurt/Main 1986.

52 Siehe hierzu die eindrucksvolle Biographie der weithin im deutschen Protestantismus auf verlorenem Posten stehenden Einzelkämpferin Elisabeth Schmitz von Manfred Gailus, Mir aber zerriss es das Herz. Der stille Widerstand der Elisabeth Schmitz, Göttingen 2010; vgl. meine Rezension »Eine Unerschrockene...«. In: junge Welt vom 26. Juli 2010, S. 15. Es wäre jedoch fatal, Elisabeth Schmitz 75 Jahre nach ihrer Denkschrift zur »Judenfrage« zur Ikone des deutschen Protestantismus zu monumentalisieren und dabei alle Schuld, die der »Nationalprotestantismus« an Faschismus, Krieg und Holocaust auf sich geladen hat, abzuwischen und aus dem Blick zu nehmen. Diese Gefahr besteht bei Gailus nicht, da die Evangelische Kirche bei der Schilderung des einsamen Kampfes der Elisabeth Schmitz keineswegs gut wegkommt.

Titel »*Martin Luther über die Juden – Weg mit ihnen*«[53] neu herausgegeben. Die in aller Öffentlichkeit propagierte und rechtlich vollzogene Ausgrenzung der jüdischen Mitbürger war zugleich »paradigmatische Einübung der Zerstörung des demokratischen Gleichheitsgrundsatzes im öffentlichen Bewusstsein [...] Der Eingriff in die privaten und öffentlichen Rechte kommunistischer, sozialistischer, gewerkschaftlicher und kirchlicher Antifaschisten bevorzugte das Halbdunkel pauschaler Normierungen im wesentlich verschärften politischen Strafrecht«.[54]

[375] Zu den fortwährenden Legenden der Kirchengeschichtsschreibung gehört auch die Behauptung, daß der nationalistische Rausch, der durch die deutschen evangelischen Kirchen ging, nur von kurzer Dauer gewesen sei. Wer immer noch dieser Irreführung anheim zu fallen droht, lese, was das Gesetzes- und Verordnungsblatt für die [mit den »Deutschen Christen« FMB] Vereinigte Evangelisch-Protestantische Landeskirche Badens am 18. April 1939 »Zum 50. Geburtstag des Führers!« veröffentlichte: »Am 50. Geburtstag des Führers und Reichskanzlers treten wir in Freude und Dankbarkeit vor den Allmächtigen, der uns durch Adolf Hitler aus Not und Schande, Zerrissenheit und Ohnmacht zu Freiheit und Ehre, Einigkeit und Stärke geführt und Millionen von Volksgenossen vom Fluch der Arbeitslosigkeit erlöst hat. Als ein Baumeister von Gottes Gnaden hat der Führer auf dem Boden der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft mit fester, sicherer Hand Stein auf Stein gefügt zum Bau des neuen Großdeutschen Reiches und die Saar, die Ostmark [Österreich – FMB], das Sudetenland und die Memeldeutschen heimgeholt. In bedingungsloser Gefolgschaftstreue stehen wir einsatzbereit hinter unserem Führer in seinem weiteren Kampfe gegen jeden äußeren und inneren Feind, gegen alle volk- und lebenszerstörenden Kräfte und Mächte. Gott, der Herr erhalte uns den Führer auch fernerhin. Er schenke ihm Gesundheit und Kraft zur Fortführung seines großen Werkes und segne unser ganzes deutsches Volk [...] Heil dem Führer!«[55] Glockengeläut der Kirchen zu »Ehren des Führers« wurde angeordnet.

Auch beim zweiten – gescheiterten – Versuch eines, so Fritz Fischer, »Griff(s) nach der Weltmacht« sollte die Kirche nicht abseitsstehen. Am 2. September 1939 ließ der Leiter der »Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei«, Dr. Friedrich Werner (Mitglied der NSDAP ab 1930), erklären: »Seit dem gestrigen Tage steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blut heimkehren darf.«[56] Zu den »Waffen aus Stahl«

---

53 Im Vorwort dieser Schrift schrieb der Landesbischof Martin Sasse, seit 1930 Mitglied der NSDAP und der SA, am 23. November 1938: »Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen. Vom deutschen Volke wird zur Sühne für die Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath durch Judenhand die Macht der Juden auf wirtschaftlichem Gebiet im neuen Deutschland endgültig gebrochen und damit der gottgesegnete Kampf des Führers zur völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt. Der Weltkatholizismus und der Oxford-Weltprotestantismus erheben zusammen mit den westlichen Demokratien ihre Stimmen als Judenschutzherren gegen die Judengegnerschaft des Dritten Reiches. In dieser Stunde muss die Stimme des Mannes gehört werden, der als der Deutschen Prophet im 16. Jahrhundert aus Unkenntnis einst als Freund der Juden begann, der, getrieben von seinem Gewissen, getrieben von den Erfahrungen und der Wirklichkeit, der größte Antisemit seiner Zeit geworden ist, der Warner unseres Volkes wider die Juden.« Vgl. Günter Brakelmann, Hitler und Luther 1933, Vortrag gehalten am 29. Januar 2008 in der Evangelischen Stadtakademie Bochum, Norderstedt 2008.

54 Helmut Ridder, Die soziale Ordnung des Grundgesetzes. Opladen 1975. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Helmut Ridder. Das Gesamtwerk. Werkausgabe in sechs Bänden. 3. Auflage von Helmut Ridder für Einsteiger und Fortgeschrittene. CD-ROM, Bonn 2009.

55 Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens. Ausgegeben am 18. April 1939, Nr. 7, S. 39.

56 Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens. Ausgegeben am 14. September 1939, Nr. 19. S. 173. Hier taucht der rassistische Begriff des »deutschen Blutes« erneut auf, wie er den antisemitischen Gesetzen und Verordnungen völlig wissenschaftswidrig zugrunde gelegen hatte. Siehe dazu den Vortrag von Rudolf Vrba, Zeuge im Auschwitz-Prozess, bei der Eröffnung der Auschwitz-Ausstellung in Frankfurt/Main. »Fast jeder Deutsche hielt es für natürlich, daß Menschen jüdischen Blutes diffamiert wurden [...] das Blut entschied über das Recht zu atmen.« Alle »vom Roten Kreuz bis zu den Generälen der Wehrmacht« und den Bischöfen der evangelischen und katholischen Kirche hätten »diese Irrlehre« angenommen. Labors hätten Bluttests für Aids, Syphilis oder

reiche sie »in [376] treuer Verbundenheit zum Schicksal des deutschen Volkes« »unüberwindliche Kräfte aus dem Worte Gottes«.[57]

Am 11. September 1942, als die systematisch-organisierte Deportation und Ermordung der deutschen und europäischen Juden und der Sinti und Roma (»Endlösung«) bereits im vollen Gange war, schrieb der evangelisch-lutherische Pfarrer Friedrich-Wilhelm Auer aus Larrieden/Franken an den Herausgeber des »Stürmer« (Auflage: 800.000), Julius Streicher, und schlug vor, »für jeden deutschen Zivilisten, der durch alliierte Bombenangriffe ums Leben gekommen ist, zehn Juden aufzuhängen ... Wenn der Feind nicht innerhalb 24 Stunden unsere Friedensbedingungen annimmt, wird eine Bartholomäusnacht[58] veranstaltet und kein Jude verschont. Schade ist es um keinen.«[59]

Bereits 1921 hatte der gleiche Pfarrer in seiner Schrift »Das jüdische Problem« den Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland gefordert.[60] Pfarrer Auer blieb nach 1945 ebenso im Amt wie sein antisemitischer Landesbischof Hans Meiser und sein württembergischer Bischofskollege Theophil Wurm, der 1938 erklärt hatte: »Ich bestreite mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen. Ich habe von Jugend auf das Urteil von Männern wie Heinrich von Treitschke und Adolf Stoecker[61] über die zersetzende Wirkung des Judentums auf religiösem, sittlichem, literarischem, wirtschaftlichem und [377] politischem Gebiet für zutreffend gehalten«[62]. Eine solche Erklärung kann nicht als angeblich

---

Diabetes entwickelt, »aber keinen Test für jüdisches Blut gefunden«. Genauso wenig lasse sich »rein arisches, rein deutsches oder katholisches Blut identifizieren.« (Siehe Bericht der Frankfurter Rundschau vom 29.3.2004, S. 25).

57 Ebenda. Siehe hierzu die gründliche und differenzierende Analyse von Wolfgang Abendroth: »Der deutsche Protestantismus und der Zweite Weltkrieg«. In: Stimme der Gemeinde, 16. Jg., (1964), 20/1964, (15. Oktober 1964), Sp. 617–629. Vgl. auch Günter Brakelmann (Hrsg.): Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des II. Weltkrieges. München 1979. Nach Brakelmann war der »Mehrheitsprotestantismus« bereit, »in großer Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Partei- und Staatsführung den Krieg mitzutragen« (ebenda, S. 19). Siehe auch Günter Brakelmann, Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/34: Der Weg nach Barmen. Ein Arbeitsbuch. Berlin 2010. Zutreffend stellt Brakelmann im Vorwort fest, daß die Dokumentation der »literarische(n) Produktion des Protestantismus in der Zeit von den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bis zur Berufung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933« noch aussteht. Der Kirchenkampf vor 1933 um den Pfarrer Erwin Eckert ist als Quellenbuch immer noch ein Desiderat wissenschaftlicher Forschung. Ein entsprechendes Vorhaben des Verfassers unter dem Arbeitstitel: »Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten« wird vorbereitet.

58 Die Anspielung auf die Bartholomäusnacht bezieht sich auf das Massaker vom 24. August 1572, in der führende Hugenotten mit Tausenden von Glaubensgenossen ermordet wurden.

59 Zit. nach: Björn Mensing, Pfarrer im Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Göttingen 1998, S. 209.

60 Siehe Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989, S. 123.

61 Siehe Günter Brakelmann, Adolf Stoecker als Antisemit. 2 Bände: Darstellung und Dokumente, Waltrop 2004.

62 Zit. nach: Manfred Kock, Zum Gedenken an D. Theophil Wurm anlässlich seines 50. Todestages in der Markuskirche zu Stuttgart am 26. Januar 2003. In: www.ekd.de. Zu den »Schatten und Irrtümern« rechnet Kock Wurms 1918 erfolgte Wahl als Abgeordneter der deutsch-nationalen Bürgerpartei in den württembergischen Landtag, ein Mandat, das er 1920 wieder niederlegte, nachdem er »den ganzen Jammer des parlamentarischen Systems am eigenen Leib mitgemacht« hatte, seine positive Deutung der »nationalen Erhebung« 1933, seine anfängliche Unterstützung der »Deutschen Christen« und des Reichsbischofs Ludwig Müller, seine stereotyp behauptete Unvereinbarkeit des jüdischen mit dem christlich-deutschen Volkscharakter und seine Begrüßung des Anschlusses Österreichs als »Befreiungstat des Führers«. Wurms unrühmliche Rolle bei der Unterstützung der in Nürnberg und anderen Orts verurteilten Kriegsverbrecher durch Eingaben an John Foster Dulles, Robert M.W. Kempner, General Clay und den hessischen Justizminister werden ausgeblendet. U. a. war Wurm Unterzeichner einer »Denkschrift über die Verfahren wegen Kriegsverbrechen vor amerikanischen Militärgerichten«, finanziert von der I. G. Farben Frankfurt, und Stellvertretender Präsident der »Stillen Hilfe«, die sich für die Kriegsverbrecher einsetzte.

bloß althergebrachte antijudaistische Position gewertet werden, wonach durch Judenmission Juden in den Schoß der Kirche zurückgeholt werden können. Es ist offener Antisemitismus. Seine Sprache und Inhalte unterscheiden sich von der NS-Propaganda nur durch scheinbar theologisch begründete Zutaten. Antisemitische Äußerungen der Kirchenführer gab es zuhauf. Die ›rechte Hand‹ von Bischof Meiser wurde nach 1945 der evangelisch-lutherische Oberkirchenrat D. Otto Bezzel, Mitglied der »Bekennenden Kirche«, der im Jahre 1937 in einer Predigt erklärt hatte: »Die Juden sind die Zerstörer und gehören hinausgepeitscht«.[63]

Der Leiter des nach der Reichspogromnacht 1938 gegründeten »Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirch-[378]liche Leben«[64], Siegfried Leffler[65], ein Hauptvertreter des radikalen Thüringer Flügels der »Deutschen Christen«[66], wurde nach 1945 wieder in den Dienst der Bayerischen Landeskirche übernommen und »Ehrenbürger« der Gemeinde Hengersberg in Bayern. Das antisemitische Institut, finanziert zu drei Vierteln von den evangelischen Landeskirchen, hatte mehr als 50 Theologieprofessoren, rund 100 Pastoren und Bischöfe sowie Dutzende von Dozenten und Akademikern als korrespondierende Mitglieder.[67]

Sein akademischer Direktor (1939–1943) war Professor Walter Grundmann, Mitglied der NSDAP ab 1930, förderndes Mitglied der SS ab 1934, ab 1936 Professor für Neues Testament und Völkische Theologie an der Universität Jena. Als Autor mehrerer Veröffentlichungen des Instituts propagierte er die »Entjudung des religiösen und kirchlichen Lebens« und als Gutachter des mit der »Endlösung« befassten Reichsicherheitshauptamtes (RSHA) den »nationalsozialistischen Rassebegriff« (»Der Jude muss als feindlicher und schädlicher Fremder betrachtet [...] und von jeder Einflussnahme ausgeschaltet werden«). 1942, als Entrechtung und Verfolgung der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft [379] ein unvorstellbares Ausmaß erreicht hatten und die Deportation der Juden in die Vernichtungslager bereits im Gange war, erklärte Grundmann: »Denn den Kampf der Waffen begleitet der Kampf des Geistes ... In einem Zeitabschnitt, in dem alle Kräfte eines ganzen Erdteils zum entscheidenden Kampf gegen das Judentum zusammengefasst werden und es um Kampf auf Leben und

---

Zu diesem schauerlichen Komplex siehe Ernst Klee, Persilscheine und falsche Pässe. Wie die Kirchen den Nazis halfen, Frankfurt/M. 1991.

63 Zit. nach: www.politik.de/forum/religion/58425-zitate.html

64 Susannah Heschel, Deutsche Theologen für Hitler. Walter Grundmann und das Eisenacher »Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben«. In: Fritz-Bauer-Institut (Hrsg.) »Beseitigung des jüdischen Einflusses ...«. Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus. Jahrbuch 1998/99 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Frankfurt/New York 1999, S. 147–167, hier: S. 152. Wenn der ehemalige DDR-Historiker Kurt Meier noch 1992 behaupten kann, das Institut sei zur Verteidigung des Christentums gegen den Nationalsozialismus eingerichtet worden, und diese Veröffentlichung unter dem Titel »Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich«, München 1992 in dem renommierten Taschenbuch Verlag erscheinen kann, so zeigt dies, wie weit die Öffentlichkeit die Wahrheit über die evangelische Kirche im Faschismus noch nicht wahrgenommen hat. Dem Gutachten der »Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim ZK der SED« über Kurt Meier, Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Halle/Saale 1976 mit dem Urteil »Das Werk Meiers ist profaschistisch« kann nicht widersprochen werden. Siehe Hanfried Müller, Zum Verständnis und Missverständnis des Kirchenkampfes, a. a. O., S. 443.

65 Vgl. Anja Rinnen, Kirchenmann und Nationalsozialist: Siegfried Lefflers ideelle Verschmelzung von Kirche und Dritten Reich, Weinheim 1995.

66 Doris L. Bergen, Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich, Chapel Hill 1996.

67 Susannah Heschel, The Aryan Jesus: Christian Theologians and the Bible in Nazi Germany, Princeton 2008. Eine vom Institut herausgegebene »entjudete« Version des Neuen Testaments erschien 1940 und hatte eine Gesamtauflage von 250.000 Exemplaren. Fast alle damals Beteiligten sind nach den Worten des Ratsvorsitzenden der EKD Manfred Kock nach 1945 in Amt und Würden geblieben, darunter zahlreiche namhafte Professoren. In: Manfred Kock, Kirchenkampf und Antisemitismus. Die Haltung der protestantischen Landeskirchen zum Judentum in der nationalsozialistischen Zeit. Vortrag am 30.8.2005. Zit. nach: www.ekd.de

Tod geht ...«[68] Die deutsch-christliche Godesberger Erklärung, die 1939 zur Gründung des Instituts geführt hatte, stieß zwar bei führenden Bischöfen (u. a. Theophil Wurm, Hans Meiser und August Marahrens; im Jargon des linken Flügels der BK sprach man vom BdM, dem Bund der Mitte), die sich zur Bekennenden Kirche zählten, auf Widerspruch. Ihre Stellungnahme enthielt jedoch eine klare Unterstützung der staatlichen Politik gegen die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Herkunft. »Im Bereich des völkischen Lebens ist eine ernste und verantwortungsbewusste Rassenpolitik zur Reinerhaltung unseres Volkstums erforderlich«[69] Das Obrigkeitsverständnis, auch gegenüber dem Staat des »Dritten Reiches«, spiegelt sich im Folgenden wider: »Die evangelische Kirche ehrt im Staat eine von Gott gesetzte Ordnung. Sie fordert von ihren Gliedern treuen Dienst in dieser Ordnung und weist sie an, sich in das völkisch-politische Aufbauwerk des Führers mit voller Hingabe einzufügen.«[70]

Nach der Befreiung wurde Professor Grundmann 1950 Pfarrer bei der Inneren Mission und ab 1954 Rektor des Katechetischen Seminars in Eisenach – am Ort seines Wirkens für den mörderischen Antisemitismus.

Offenbar unterschied sich die Personalpolitik der Kirchen in der DDR und in der BRD nur wenig. Daß dort, wo staatliche Instanzen der DDR ein Wort mitzureden hatten, Grundmann die Berufung als Professor an den Universitäten Leipzig, Jena und Greifswald wegen seiner Tätigkeit in den Jahren 1933–1945 verwehrt blieb, ist dagegen wohltuend.[71] Auf einer Liste des Ministeriums für Staatssicherheit wurde nach 1990 sein Name unter den Namen anderer NS-Befürworter und Kriegsver-[380]brecher genannt, die sich ihrer Verantwortung entzogen und einen Posten im kirchlichen Bereich übernommen hatten.[72] Staatliche Instanzen der BRD waren dagegen in der Regel kein Hindernis für akademische Nachkriegskarrieren von willigen Unterstützern des Nazi-Regimes.

Nachdem die Westmächte Großbritannien und Frankreich im Münchner Abkommen 1938 dem deutschen Expansionsdrang gen Osten (Annexion des Sudetenlandes) grünes Licht gegeben hatten, richtete der Rat der Evang.-Lutherischen Kirche Deutschlands umgehend folgendes Telegramm an den Führer: »Gott sei Dank, der unserem Volke durch den Führer ehrenvollen Frieden bewahrt hat! Mit den befreiten Brüdern erflehen wir göttlichen Segen für das verheißungsvolle Friedenswerk. Heil dem Führer!«[73] Unterzeichnet war dieses Telegramm u. a. von Landesbischof August Marahrens und Landesbischof Theophil Wurm.

Unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion erklärt August Marahrens am 24. Juni 1941: »Der Führer hat den Blick der Soldaten in der Heimat auf Den gerichtet, der die Geschichte der Völker auch im Waffengang lenkt.«[74] Der geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen

---

68 Zit. nach: Susannah Heschel, Historiography of Antisemitism versus Anti-Judaism. A Response to Robert Morgan. In: Journal for the Study of the New Testament.

69 Zit. nach: Susannah Heschel, Deutsche Theologen für Hitler, a. a. O., S. 162.

70 Zit. nach: Birgit Gregor, Zum protestantischen Antisemitismus. Evangelische Kirchen und Theologen in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Fritz-Bauer-Institut (Hrsg.), »Beseitigung des jüdischen Einflusses...«, a. a. O., S. 171–200, hier: S. 183.

71 Friedemann Stengel, Die theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71. Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, Bd. 3, Leipzig 1998, S. 431. Zu den propagandistischen Versuchen, die DDR zu verteufeln, gehört auch die Kampagne, wonach der Antisemitismus in der DDR nicht nur hingenommen, sondern befördert worden sei. Siehe hierzu die höchst lesenswerte Streitschrift von Kurt Pätzold, Die Mär vom Antisemitismus, Berlin 2010.

72 Susannah Heschel, Deutsche Theologen für Hitler, a. a. O., S. 161. Zur Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR siehe die jüngste Veröffentlichung: Horst Schneider, Unter dem Dach der Kirche. »Bürgerrechtler« in der DDR, Berlin 2010.

73 Zit. nach: Junge Kirche, 6. Jg., Heft 20, vom 15. Oktober 1938, S. 874.

74 Zit. nach: Zur Lage der Kirche. Die Wochenbriefe von Landesbischof D. August Marahrens 1934–1947. Hrsg. von Thomas Jankück, Bd. 3, Göttingen 2009, S. 1491.

Kirche sandte Hitler am 30. Juni 1941 ein Telegramm, in dem Hitler der »unwandelbaren Treue und Einsatzbereitschaft der gesamten evangelischen Christenheit des Reiches«[75] versichert wird. Die Ergebenheitsadresse fährt fort: »Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Lande gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengang gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf.« Die Deutsche Evangelische Kirche sei »mit allen ihren Gebeten bei Ihnen und bei unseren unvergleichlichen Soldaten, die nun mit so gewaltigen Schlägen daran gehen, den Pestherd zu beseitigen ...«[76]

[381] 1943 schrieb Marahrens: »Wir stehen in einem unseren ganzen Einsatz fordernden Krieg, und dieser Krieg muss in unbeirrter Hingabe frei von aller Sentimentalität geführt werden. Wir Amtsbrüder, die in der Heimat sind, wollen uns ernst die Frage vorlegen, ob eine Kirche, die unter den heutigen Verhältnissen das Lutherische Berufsethos nicht entschlossen auf den Krieg anwendet, der ja augenblicklich unser aller Beruf ist, ihrem Heiland nicht etwas Entscheidendes schuldig bleibt.«[77]

Ein besonders markantes Dokument der (Kirchen-)Geschichte ist die Erklärung des lutherischen Landesbischofs Marahrens [kein »Deutscher Christ«! – FMB] vom 21. Juli 1944, in der er – unmittelbar nach dem gescheiterten Militärputschversuch auf Hitler – seinen »Dank für die gnädige Errettung des Führers« ausspricht: »Tief erschüttert von den heutigen Nachrichten über das auf den Führer verübte Attentat ordnen wir hierdurch an, daß, soweit es nicht bereits am Sonntag, dem 23. Juli geschehen ist, am Sonntag, dem 30. Juli, im Kirchengebet der Gemeinde etwa in folgender Form gedacht wird: ›Heiliger barmherziger Gott! Von Grund unseres Herzens danken wir Dir, daß Du unserem Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserem Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast. In Deine Hände befehlen wir ihn. Nimm ihn in Deinen gnädigen Schutz. Sei und bleibe Du sein

---

75 Zit. nach: Hartmut Lenhard, »... keine Zweifel an der Richtigkeit dieses Krieges«. Christen und Kirchen im Krieg gegen die Sowjetunion. In: Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989, S. 237–262, hier: S. 257.

76 Zit. nach: Ebenda. Der Vorsitzende der Kirchenführerkonferenz der »intakten« Landeskirchen, der hannoversche Bischof Marahrens, hatte dieses Dokument mitunterzeichnet. Der württembergische Landesbischof Wurm stimmte der im Telegramm vorgenommenen Lagebeurteilung immerhin mit der Bemerkung zu: »Gewiss freut sich heute jeder gute Deutsche, daß [...] das deutsche Heer die große Abrechnung Europas mit dem Bolschewismus vollzieht.« (Ebenda, S. 258). Die Haltung des deutschnationalen, klerikalen, profaschistischen Mehrheitsprotestantismus, die zurückreicht bis tief in die Jahre der Weimarer Republik, fand auch in einem Buch des Jahres 1937 mit dem Titel [381] »Wir rufen Deutschland zu Gott« seinen Niederschlag. Verfasser war neben Otto Dibelius auch Martin Niemöller. Darin heißt es, es gehe beim Faschismus »um die Entscheidung zwischen Bolschewismus und Christentum«. (Zit. nach: Ebenda, S. 241.)

77 Ebenda, S. 1643. Erwin Eckert hatte recht, als er auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg sich unter dem tumultartigen Protest der Versammelten als einziger gewählter Abgeordneter, der der SPD angehörte, gegen den »Kirchlichen Generalangriff auf die Sowjetunion« zur Wehr setzte und die angeblich menschenrechtlich begründeten Attacken der Kirchen gegen die Sowjetunion politisch als psychologisch kriegsvorbereitende Maßnahme und theologisch als unchristlich entlarvte. Siehe Erwin Eckert, Nicht reden und anklagen, sondern schweigen und Buße tun soll die christliche Kirche. In: Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1930, Nr. 28, S. 217 ff. Vgl. Günter Brakelmann, Protestantische Positionen im Kampf gegen den Bolschewismus am Vorabend des Dritten Reiches. In: Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion, a. a. O., S. 214–240. Brakelmann zitiert zwar die Nürnberger Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentages aus dem Jahre 1930, die mutige Gegenrede des einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten Eckert, die letztlich zu seiner Entfernung aus dem Kirchendienst führte, erwähnt er nicht. Eckert war mit seinem antifaschistischen Engagement dem Mehrheitsprotestantismus im Wege und mußte aus dem Kirchendienst entfernt werden. Eckerts Warnung, daß ein »Krieg gegen die Sowjetunion« drohte, bewahrheitete sich in schrecklicher Weise.

starker Helfer und Retter. [...] Lasse unsere Soldaten im Aufblick zu Dir kämpfen [...]‹«.[78] [382]

III. Exkurs: Die »Junge Kirche« ein Organ des antifaschistischen Widerstandes?

Wem diese bewusst als Provokation eingesetzten Schlaglichter im Rahmen dieser Streitschrift zu unwissenschaftlich und wenig repräsentativ erscheinen, der greife zu der bei Manfred Gailus entstandenen Dissertation von Ralf Retter, Zwischen Protest und Propaganda. Die Zeitschrift »Junge Kirche« im Dritten Reich, München 2009. Der Leser wird dort hinreichend Belege für auch in der »Bekennenden Kirche« weitverbreitete profaschistische Positionen im deutschen Protestantismus finden. Dies gilt für den Herausgeber Fritz Söhlmann[79] ebenso wie für die zeitweilig führenden theologischen Köpfe der »Jungen Kirche« Walter Künneth und Hanns Lilje, der bis 1936 als Mitherausgeber der »Jungen Kirche« fungierte.

Walter Künneth (1901–1997) war geradezu ein Paradebeispiel für das Verhältnis von Protestantismus und Faschismus vor und nach 1945. Der deutsche »Nationalprotestantismus« hatte sich seit 1870/71 gegen die Kultur und Tradition der Aufklärung, gegen die »Ideen von 1789«, gegen Liberalismus, Demokratie, Sozialismus und Judenemanzipation gerichtet. »Gegen langlebige Kirchenkampflegenden ist zu betonen: Es bedurfte 1933 überhaupt keines Zwangs, keines gewaltsamen Angriffs von außen – der Protestantismus öffnete dem anschwellenden Nationalsozialismus bereitwillig, vielfach fasziniert seine Türen, um die ›Ideen von 1933‹ einströmen zu lassen«.[80] Der deutsche Protestantismus erwies sich nach dem Ende der Weimarer Republik, in der er sich unter dem Milieuschrumpfungsprozess bzw. Säkularisierungsschock der »gottlosen Weimarer Moderne« als Bollwerk gegen Demokratie, Liberalismus und Sozialismus verschanzt und sich für die Überwindung der »Systemzeit« und die »Wiederherstellung der deutschen Weltgeltung« eingesetzt hatte, ab 1933 als Verbündeter und zugleich ideologischer Konkurrent des deutschen Faschismus, wie in der Kontroverse zwischen Künneth und Alfred Rosenberg deutlich wurde.[81] In dieser Auseinandersetzung handelte [383] es sich in Wahrheit um nichts anderes als den Konflikt konkurrierender Varianten des Faschismus, dem deutschnationalen, profaschistischen Klerikalismus[82] eines Walter Künneth einerseits und dem

78 Kirchliches Amtsblatt für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover, 1944, Ausgegeben zu Hannover, den 21. Juli 1944. Zit. nach: Gerhard Besier/Gerhard Ringshausen (Hrsg.): Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee [382] 1944. Göttingen 1986, S. 342. Siehe Joachim Perels, Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus 1935–1945. Kritik eines Selbstbildes. In: Heinrich Grosse/Hans Otte/Joachim Perels (Hrsg.): Bewahren ohne Bekennen? Die Hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus. Hannover 1996, S. 153–177.

79 Ralf Retter, Zwischen Protest und Propaganda. Die Zeitschrift »Junge Kirche« im Dritten Reich, München 2009, passim, insbesondere S. 38–67; ders., Für »Revolution und Reformation«: Der Publizist Fritz Söhlmann im Dritten Reich. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 3/2009, S. 215–236.

80 Manfred Gailus, Protestantismus und Nationalsozialismus. Ein Bericht über den Stand der Debatte. In: Lucia Scherzberg, Vergangenheitsbewältigung im französischen Katholizismus und deutschen Protestantismus, Paderborn 2008, S. 165.

81 Nach Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005, mache Künneth Rosenberg in seiner Antwort auf Rosenbergs »Mythus« in der Wahl seiner Begriffe [383] die denkbar größten Konzessionen, so daß der Leser oft Mühe habe, zwischen den Gedankengängen beider Autoren zu unterscheiden. Auf 175 von 210 Seiten referiere Künneth Rosenbergs Weltsicht, wobei sich eine »erdrückende Fülle von Übereinstimmungen« ergäbe. Zit. nach: Manfred Gailus, Spielräume des Handelns und der Erinnerung. In: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und der Nationalsozialismus. Herausgegeben von Berndt Hamm, Harry Oelke und Gury Schneider-Ludorf, Göttingen 2010, S. 19–41, hier: S. 32 f.

82 Der Terminus klerikalfaschistisch mutet auf den ersten Blick allzu undifferenziert an. Gesagt werden soll, daß es sich bei Klerikalfaschisten um Männer der Kirche gehandelt hat, die den Faschismus begrüßten und unterstützten und dies mit eigenen, scheinbar theologischen Überzeugungen begründeten, die letztlich auf die organisatorische und institutionelle Selbstverteidigung kirchlicher Machtverhältnisse in der Gesellschaft abzielten. Von theologischer Selbstverteidigung zu sprechen, wenn damit »der Kampf gegen das Judentum von dem Boden eines bewussten und klaren Christentums« gemeint war, ist abwegig. Wer

»neuheidnischen«, »gottgläubigen« Barbarismus eines Alfred Rosenbergs andererseits. Während jedoch Rosenberg 1946 als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde, erlebte Künneth einen steilen Karriereaufstieg nach 1945: Ehrenpromotion, 1946 Honorarprofessor in Erlangen, 1953 ordentlicher Professor in Erlangen, 1962 Bayerischer Verdienstorden, 1966 Großes Verdienstkreuz der BRD, 1981 Bayerischer Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst.

1933 schrieb Künneth: »Der auch durch Versailles nicht zerstörbare deutsche Selbsterhaltungswille« sei »in gewaltiger nationaler Bewegung unter Führung Adolf Hitlers« und »gesegnet durch den greisen Reichspräsidenten« zur politi-[384]schen Gestaltung durchgebrochen. »In Anknüpfung an die ruhmreichen Traditionen preußisch-deutscher Geschichte, getragen von den besten volkhaften Kräften«, sei »ein neues Reich deutscher Nation« im Werden. Es solle im Kampf »gegen Zersetzung im Innern« und »gegen die Bedrohung von außen« erstehen. Dieses Werk rufe »alle, die Deutschland lieben. Hinein in die Front der Nation.«[83]

Was Künneth mit »Zersetzung« meinte, präzisierte er im Jahr der Nürnberger Gesetze 1935. In der Charakterisierung des »zersetzenden Einflusses des dekadenten Weltjudentums und seiner Gefährdung des deutschen Kulturlebens« habe Rosenberg »Wesentliches erkannt und dargestellt«. Verständlich sei ferner, daß Rosenberg »aus Liebe zum Volk und zur deutschen Rasse« das deutsche Wesen »vor der Vergiftung durch diesen jüdischen Geist bewahren« wolle und »diesem Fremdgeist den unerbittlichen Kampf« ansage. Der »Fehler« Rosenbergs liege allerdings darin, daß die »ganze Minderwertigkeit und Gefährlichkeit des entarteten Weltjudentums kritiklos [...] auf das A. T. übertragen werde.«[84] Diese klerikalfaschistische Haltung Künneths machte ihn 1945 zum Zeugen der Verteidigung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen Alfred Rosenberg und hinderte den »Evangelischen Pressedienst« 1990 nicht, ihn als »Antifaschisten« zu ehren.[85] Die Tatsache, daß es unter den 18.000 evangelischen Pfarrern in Deutschland 28 ordinierte Pfarrer gab, die wegen ihrer jüdischen Vorfahren – so der badische Pfarrer Kurt Lehmann – aus dem Kirchendienst entfernt wurden, ist blanker Rassismus und höchst unchristlich.

Rassismus und Antisemitismus sind jedoch nicht das Wesen, sondern eine besonders typische, weil besonders barbarische Begleiterscheinung des Faschismus. Um der Begrenztheit der

---

den NS-Staat als »Gottes Ordnung« begrüßte und unterstützte, konnte wohl kaum haltbare theologische Gründe dafür ins Feld führen. Daß ihre Liebe in einigen Fällen vom Faschismus nicht erwidert wurde, steht auf einem anderen Blatt. Häresie war keineswegs auf die sog. »Deutschen Christen« beschränkt. Antisemitismus und regimestützende Positionen waren auch in der »Bekennenden Kirche« weit verbreitet, wie Wolfgang Gerlach, Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin 1987 eindrucksvoll belegt hat. Symbiotische Beziehungen zwischen Theologen und Kirchenführern einerseits und dem Faschismus andererseits waren prinzipiell eine Abkehr von der humanistischen »Botschaft des Evangeliums« und hatten mit reformatorischem Christentum nichts gemein. Wer Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer und Erwin Eckert eine »politische Theologie« unterstellt und sich selbst bei aller Fürsprache für den Faschismus als »unpolitisch« dünkt, spricht nicht als Theologe, sondern selbst als Politiker mit anderen politischen und vermeintlich theologischen Zielen. Wer in Adolf Hitler den »Heiland der Deutschen« sieht, kann als Theologe nicht ernstgenommen werden und hat aufgehört, sich zu den Christen zählen zu dürfen. Siehe Friedrich-Martin Balzer, Erwin Eckert, Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer. Unterschiedliche Traditionslinien, gemeinsam verpflichtendes antifaschistisches Erbe. In: ders., »Es wechseln die Zeiten ...«, a. a. O., S. 238–257.

83 Walter Künneth/Helmuth Schreiner, Die Nation vor Gott, Berlin, 5. Auflage 1937, S. 5.

84 Walter Künneth, Antwort auf den Mythus, 1935, S. 67.

85 Friedrich-Martin Balzer, Unglaublich, aber wahr. Der Evangelische Pressedienst würdigt Künneth als Antifaschisten. In: ders. »Es wechseln die Zeiten ... a. a. O., S. 233–237. Mehr über die Aufarbeitung von Faschismus und Antifaschismus in Westdeutschland kann nachgelesen werden in: Friedrich-Martin Balzer, Zur Verfälschung und Verdrängung der historischen Wahrheit über Faschismus und Antifaschismus in Westdeutschland. In: ders. (Hrsg.), Kurt Finker, Der Dämon kam über uns. Über Aufarbeitung von Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945–1955). Mit einem Geleitwort von Otto Köhler. Bonn 2008, S. 9–17.

historisch-idealistischen Sicht auf den »Holocaust« zu entgehen, muss der »Blick auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und äußerster Aufgipfelung von Menschenfeindlichkeit«[86] im Zweiten Weltkrieg gerichtet werden. Denn nur im Schatten des imperialistischen Krieges waren Auschwitz und das Massenmorden unter Beteiligung von Wehrmachtsangehö-[385] rigen möglich. In Anlehnung an Kurt Pätzold[87] muss gesagt werden: Ohne die Akzeptanz, die Duldung, die Unterstützung, die Gefolgschaft von Massen der Bevölkerung, zu der der deutsche Protestantismus auf breiter Front auf dem ideologischen Feld nachhaltig beitrug, wäre der Faschismus eine Episode geblieben und unfähig gewesen, in Europa und über dessen Grenzen hinaus das anzurichten und zu verbrechen, was er tat. Zwischen einem Mörder, der die Gaskammern von Auschwitz betätigte oder irgendwie an den Erschießungsgräben im besetzten Gebiet der UdSSR Juden umbrachte, und einem Theologen, dem die Pflege und Stärkung der seelischen Anpassungsenergien zugunsten militärischer Kommandostellen im Zweiten Weltkrieg am Herzen lag, besteht ein Zusammenhang. Sie dienten beide dem gleichen System.

Während der aus Deutschland vertriebene Karl Barth von der Schweiz aus angesichts der drohenden Aggression Nazi-Deutschlands gegen die Tschechoslowakei 1938 in einem Brief an den Dekan der Prager evangelischen theologischen Fakultät, Josef Hromádka zum bewaffneten Widerstand aufrief (»Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns – und ich sage es ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann«)[88] und der auch in der »Bekennenden Kirche« vereinsamte Diet-[386]rich Bonhoeffer 1941 für die »Niederlage« Deutschlands im Zweiten Weltkrieg betete[89], trug der

---

86 Kurt Pätzold, Geschichte kennt kein Pardon: Erinnerungen eines deutschen Historikers, Berlin 2008, S. 158.

87 Kurt Pätzold, Die Mär vom Antisemitismus, Berlin 2010, S. 21 f.

88 Zit. nach: Hermann Diem, Der Antibolschewismus als Frage an die Kirche. In: Evangelische Theologie, 1948/49, S. 15. Das Organ der jungreformatorischen Bewegung beeilte sich nach der Veröffentlichung des Briefes im Ausland folgendes mitzuteilen: »Die Schriften des Baseler Theologieprofessors Karl Barth sind für das gesamte Reichsgebiet verboten worden. Als Grund wird die feindselige politische Haltung Barths gegen Deutschland angegeben, die sich besonders in dem kürzlich in der Presse wiedergegebenen Brief an den tschechischen Professor für systematische Theologie in Prag, Hromádka, zeigte.« [Im Prozess gegen Erwin Eckert vor dem Düsseldorfer Landgericht trat übrigens Hromádka als Zeuge der Verteidigung auf.] Die »Junge Kirche« brachte ihre Meinung über »dieses verwerfliche Treiben eines Mannes« zum Ausdruck, »der sich anmaßt, im Namen von Theologie und Kirche gegen Deutschland zu hetzen«. Besonders empört ist die JK, »wenn z. B. Karl Barth von der Möglichkeit sowjetrussischer Hilfe für die Tschechoslowakei als in den Plänen und Absichten der Vorsehung Gottes gelegen schrieb. Barth hat sich nicht nur in diesem skandalösen Brief, sondern auch in mehreren Veröffentlichungen der letzten Zeit als politischer Theologe entpuppt, der unter Missbrauch seines Lehramtes und des Namens Jesu Christi den wider das deutsche Volk gerichteten Kampf für das demokratische Dogma zum obersten Grundsatz seines Handelns macht.« In: Junge Kirche, Halbmonatsschrift für das reformatorische Christentum, 6. Jg., 1938, Heft 22, S. 965 f. »Aber auch die Männer der bruderrätlichen Kirchenleitung der BK gerieten in einen ›Wirbel von Bestürzung und patriotischem Trotz‹, aus dem sie sich schließlich mit einer, von dem ›Politiker‹ Barth abrückenden Erklärung zu befreien suchten. ›Aus seinen Worten rede nicht mehr der Lehrer der Theologie, sondern der Politiker‹. Man diskutierte nicht über die Richtigkeit der Urteile Barths, sondern man lehnte diese [386] Art von Stellungnahme überhaupt ab und zog sich stattdessen auf den Satz zurück: ›Wir wissen, daß die Freiheit der Kirche Jesu Christi allein in dem Willen des himmlischen Vaters beruht‹. Barth hatte mit diesem Brief an Hromádka den Umschlag von kirchlicher Opposition zu politischem Widerstand vollzogen. Die evangelische Kirche in Deutschland hat sich unter dem Nazi-Regime diesem Schritt insgesamt versagt.« (Friedrich-Martin Balzer, Wider die Kirchenkampflegenden, Hauptseminararbeit im Fach Wissenschaftliche Politik bei Wolfgang Abendroth, SS 1964. In: ders., Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. »Gegen den Strom«, Marburg 1990, S. 11–30, hier: S. 29 f. Frage: Welcher himmlische Vater hatte wohl Martin Niemöller animiert, Hitler im Namen des Pfarrernotbundes 1933 zum Austritt aus dem Völkerbund zu beglückwünschen und sich im Konzentrationslager Dachau freiwillig zur Teilnahme am 2. Weltkrieg zu melden?

89 Siehe Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer, München 1967, S. 834.

Theologe Lilje dazu bei, durch seine Publikationen und Predigten die Dauer des verbrecherischen Regimes zu verlängern. Dies geschah mit seinen veröffentlichten Muster-Kriegspredigten aus dem Jahre 1940/41 und seiner Schrift »Der Krieg als geistige Leistung«[90] aus dem Jahre 1941.

In seiner Predigt »am Ende des Feldzuges in Frankreich« sah Lilje das »Rad der Geschichte« vor seinen Augen rollen, stellte befriedigt fest, daß nunmehr ein »Stück nationaler Schande von einst [...] durch gewaltige neue Taten ausgelöscht«[91] sei? Was für ein kirchlicher Antifaschist, der in seiner Predigt Bewunderung empfand, »Bewunderung für diese gewaltige geschichtliche Leistung und die geniale geschichtliche und militärische Führung«[92], der die Opfer auf deutscher Seite mit Hölderlinschen Versen »Nicht einer zu viel gefallen« pries? Lilje hatte in seiner Kriegspredigt die faschistischen Verbrechen der Aggression theologisch zu rechtfertigen gesucht, als er öffentlich verkündete: »Die Geschichte, die um uns her mit so stürmischen Schritt schreitet, ist mit ihren Höhen und Tiefen, mit ihrer Größe und ihrem Grauen Gottes Werk: ›Er tut alles fein zu seiner Zeit: der Mensch kann doch nicht treffen Gottes Werk, weder Anfang noch Ende‹, ›Was Gott tut, besteht immer‹, hat ewigen Bestand.«[93] »Wie geht das geschichtliche Geschehen über alle unsere Erwartungen und Befürchtungen hinweg! Wie wird die Landkarte Europas verändert bis zur Unkenntlichkeit! Hier tun sich die ge-[387]schichtlichen Einschnitte auf, die unsere Generation nicht mehr revidieren wird. Und angesichts der weltgeschichtlichen Korrekturen, die das gewaltige Geschehen heute an altem geschichtlichem Unrecht vollzogen hat, denkt man an Bismarcks Wort von der Geschichte, die in ihrer Revision genauer sei als die ostpreußische Rechnungskammer«.[94]

Der Hitlerfaschismus als Vollstrecker der geschichtlichen Gerechtigkeit – ob das die Preisverleiher bedacht haben, als sie Lilje 1975 wegen seiner »Widerstandstätigkeit« im »Dritten Reich« mit der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Medaille auszeichneten? 1941 jedenfalls mochte Lilje Goethe nicht folgen. Dieser war ihm zu sehr in den Grenzen der menschlichen Vernunft befangen. »Die Welt und die Geschichte sind gewaltiger als unsere Vernunft«[95], wandte Lilje damals gegen Goethe ein. »Die Fragen, die unser Schicksal heute an uns stellt, sind größer als die Antworten unserer Vernunft.«[96] Und wer auf den Gedanken kommen sollte, sich vor dem Faschismus fürchten zu müssen, dem wird vom Kriegsprediger Lilje zugerufen: »Wer aber aus dem rollenden Donner der weltgeschichtlichen Entscheidungen der Gegenwart die Stimme des lebendigen Gottes hört und wer unter dem majestätischen Walten seiner Hand der Wirklichkeit Gottes begegnet, der ist reif für die grundlegende biblische Erkenntnis, daß wir nicht die Welt mit ihren Rätseln und nicht die Geschichte mit ihrem Grauen und ihren Opfern fürchten sollen, sondern allein den lebendigen Gott.«[97]

Was mögen wohl die Antifaschisten, die im Zuchthaus, Konzentrationslager, in der Emigration oder sonst wo verfolgt wurden, die Opfer des Holocaust und des Vernichtungskrieges, die im Schatten der Okkupation eroberter Länder ermordet wurden, gedacht haben, als der in der BRD

---

90 Siehe Hartwig Hohnsbein, Hanns Lilje und der Krieg des NS-Regimes. In: Heinrich Grosse/Hans Otte/Joachim Perels (Hrsg.): Bewahren ohne Bekennen? a. a. O., S. 461–470. »Es muss nicht nur auf den Koppelschlössern er Soldaten, sondern in Herz und Gewissen stehen: Mit Gott! Nur im Namen Gottes kann man dies Opfer legitimieren« (Ebenda, S. 469); Friedrich-Martin Balzer, Militärseelsorger Lilje oder Christen für Frieden und Abrüstung? In: Neue Stimme 1/1980, S. 30 f. Nachdruck in: Miszellen, a. a. O., S. 193–196.

91 Hanns Lilje in: Pastoralblätter für Predigt, Seelsorge und Unterweisung, Januar 1941, S. 156.

92 Ebenda.

93 Ebenda, S. 157.

94 Ebenda.

95 Ebenda, S. 158.

96 Ebenda.

97 Ebenda.

mit der Gloriole des Widerstandskämpfers geschmückte Lilje ihnen 1941 zurief, daß das Werk, »das Gott vor unseren Augen in der Geschichte tut«, ewigen Bestand[98] habe, »Gottes Plan und Werk zum Ziel kommen«?

Bischof Lilje ist ebenso wenig wie sein Vorgänger im Amt August Marahrens und der deutsche Mehrheitsprotestantismus »untadelig als ein Haushalter [388] Gottes«[99] anzusehen. Sie sind theologisch dem in der Barmer Theologischen Erklärung geforderten »Wächteramt« der Kirche nicht gerecht geworden, sondern haben sich durch ihre Unterstützung einer gegenrevolutionären, verbrecherischen, terroristischen Herrschaftsform des Kapitalismus schuldig gemacht.[100]

IV. Die Situation der Kirchen nach 1945

Der Mehrheitsprotestantismus setzte nach 1945 hauptsächlich in Westdeutschland mit wenigen Ausnahmen die babylonische Gefangenschaft der deutschen evangelischen Kirche durch Anpassung an herrschende Verhältnisse im Wesentlichen fort. »Eine relevante, grundsätzliche Gegnerschaft der evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Glieder gegen den NS-Staat und seine antijüdische Politik hat es nicht gegeben.«[101] Die aus der unmittelbaren Nachkriegszeit überlieferten Äußerungen und Bekenntnisse von Theologen und Kirchenvertretern sind durch Verdrängung, Verschleierung und Verharmlosung gekennzeichnet. Dies gilt sowohl für die vielgerühmte »Stuttgarter Schulderklärung« vom *Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland* vom Oktober 1945 als auch für das peinliche »Wort zur Judenfrage« vom *Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland* vom April 1948.[102]

Nur die kritische Minderheit des deutschen Protestantismus wurde nach 1945 durch nachgeholte Rezeption von Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer größer. Dies geschah im Umkreis des linken Flügels der »Bekennenden Kirche« und der »Stimme der Gemeinde«, die als Organ der »radikalen« Richtung der BK nach kurzer Zeit 1936 verboten worden war und sich von 1949–1989 (ab 5/1974 unter dem Titel »Neue Stimme«) zum Organ der kirchlichen Bruderschaften und Zentrum des innerkirchlichen Widerstandes entwickelte. Es formierte sich so etwas wie »Linksprotestantismus« in der Alt-BRD, der jedoch nach dem Anschluss der DDR erheblich an Bedeutung verlor. In der DDR selbst wurde die Chance einer Neubesinnung unter veränderten gesellschaftlichen Machtverhältnissen teilweise genutzt und die »schwerste protestantische Identitätskrise seit der Reformation« (Hanfried Müller)[103] begriffen.

[389] Nach der Befreiung 1945 war die Lage für die willigen Vollstrecker so heikel, daß nur gigantische Ablenkungs-, Vertuschungs- und Fälschungsmanöver das Ansehen der bürgerlichen Machteliten in Wirtschaft, Militär, Bürokratie, Justiz und den Kirchen in Westdeutschland

98 Mit dem ewigen Bestand der Geschichte ist das so eine Sache. Ewigen Bestand hatten die angestrebten Ziele des deutschen Imperialismus nicht. Das Potsdamer Abkommen von 1945 revidierte diese Hoffnungen grundsätzlich. Siehe Erich Buchholz, Welthistorische Wende. Geschichte. Voraussetzungen und Entstehungsbedingungen des Potsdamer Abkommens, sein maßgeblicher Inhalt und sein Schicksal. In: junge Welt vom 2.8.2010, S. 10–11. Das Ende der Sowjetunion und die Ausdehnung der NATO bis an die Grenzen Russlands war schließlich auch ein ebenso einschneidender Vorgang in der Geschichte. Ein Ende der Geschichte mit ihrem Auf und Nieder von Revolution und Gegenrevolution ist nicht abzusehen.

99 Zit. nach J. Perels, Die hannoversche Landeskirche a. a. O., S. 159.

100 »Denn – so heroisch, so theologisch und kirchlich korrekt und vor allem so politik- und ideengeschichtlich ›unschuldig‹ war der protestantische Beitrag zu den deutschen Katastrophen dieser Zeit nicht.« Manfred Gailus, Protestantismus und Nationalsozialismus, a. a. O., S. 270.

101 Siehe Birgit Gregor, Zum politischen Antisemitismus, a. a. O., S. 193.

102 Ebenda.

103 Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR (Karl Kleinschmidt, Hanfried Müller, Gert Wendelborn), Bonn 1997. Hanfried Müller, Erfahrungen, Erinnerungen, Gedanken. Schkeuditz 2010; Gert Wendelborn, Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR. [389] Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer, Bonn 2010.

zu retten und wiederherzustellen vermochten. Von einem Bruch in der Geschichte des Protestantismus kann keine Rede sein. Die von Hermann Diem 1946 aufgeworfene Frage »Restauration oder Neuanfang der Evangelischen Kirche« wurde überwältigend im Sinne der Restauration beantwortet. Die Bemühungen, alle profaschistischen Aktivitäten der Kirche unter Verschluss zu halten, waren über Jahrzehnte erfolgreich.

Der von 1934 bis 1945 amtierende Hamburgische Landesbischof Franz Tügel, Eintritt in die NSDAP 1931, Gauredner der NSDAP, der seinen politischen Standpunkt als »national, sozial, antisemitisch und christlich im Sinne Martin Luthers«[104] beschrieb, wurde 1946 durch Simon Schöffel abgelöst, dessen Bekenntnis zum »Nationalsozialismus« ebenso unzweifelhaft war. »Wenn also der Nationalsozialismus mit sicherem Instinkt den Wahn des Liberalismus zerstört, [...] den Klassenkampf hasst und offen anerkennt, daß diese Dinge gerichtsreif sind, dann hat er recht. ... Was uns mit dem Nationalsozialismus verbindet, ist das Innerste, ist das Wissen um das Gericht, das sein muss. ... Der Nationalsozialismus tut dies Werk, indem er an die Tiefenkräfte des Volkes, wie sie in Blut und Rasse, in Geist und Geschichte des Volkes gegeben sind, pocht und sie wachruft.«[105] Als gewählter Bischof setzte er sich nach 1945 wie viele seiner Kollegen in seinem Amt erfolgreich für die Weiterbeschäftigung von nationalsozialistisch belasteten Personen ein und suchte sie im Prozess der Entnazifizierung vor den Alliierten zu schützen. Selbst der Massenmörder Ernst Biberstein[106] konnte mit der Unterstützung der Schleswig-Holsteinischen Kirche rechnen.

[390] Eine ungebrochene Kontinuität des Protestantismus ist schließlich auch am Umgang der Badischen Landeskirche mit Erwin Eckert exemplarisch festzumachen. Am 24. Mai 1946 hielt Eckert auf dem Marktplatz in Mannheim vor Tausenden von Zuhörern in der Nähe der vom Krieg zerstörten Trinitatis-Kirche eine Rede, in der es hieß: »Ich habe mich, seitdem ich nicht mehr gepredigt habe, nicht im Geringsten verändert. Ich könnte heute wieder auf die Kanzel steigen und predigen, weil mein Herz und meine Seele davon überzeugt sind, daß ein wahrer Christenmensch mitten unter den Armen kämpfen muss für ihre Freiheit. Wie oft habe ich gepredigt und gesagt: Ihr betet ›Vater unser‹. Wisst Ihr denn, was Ihr damit aussprecht? Wisst Ihr, daß Ihr damit sagt, daß alle Menschen zusammengehören wie die Kinder eines einzigen Vaters, und wisst Ihr, daß Ihr solange vor Eurem Gewissen angeklagt seid, als die eigenen Brüder in Elend und Jammer zu Grunde gehen und die anderen nicht wissen, was sie für den anderen zu tun haben? Wisst Ihr nicht, daß Ihr in Eurem Gewissen angeklagt seid, wenn Ihr etwas tut, um den Krieg möglich zu machen ...?«[107]

Siegfried Lefflers theologisch verbrämter, mörderischer Antisemitismus, vorgetragen auf einer Konferenz im Februar 1936, u. a. in Anwesenheit von Paul Althaus, lautete: »Even if I know

104 Zit. nach: Manfred Kock, Kirchenkampf und Antisemitismus, a. a. O., S. 2.

105 Zit. nach Rainer Hering, »Einer Antichristlichen Dämonie verfallen«. Die evangelisch-lutherischen Kirchen nördlich der Elbe und die nationalsozialistische Vergangenheit. In: Bea Lundt (Hrsg.), Nordlichter. Geschichtsbewusstsein und Geschichtsmythen nördlich der Elbe 1919–1949, Göttingen 2006, S. 358 f.; ders., Schöffel, Johann Simon. Lexikonartikel. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon (BBKL), Band 9, Herzberg 1995, Sp. 397–618.

106 Ernst Emil Biberstein, geb. Ernst Szymanowski, war evangelischer Pastor, Mitglied der NSDAP seit 1926, SS-Obersturmbannführer und Chef des Einsatzkommandos 6 in Rostow, Ukraine. 1938 Austritt aus der Kirche, 1941 Chef der Gestapostelle in Oppeln. Bis 1943 befehligte er dort die Ermordung von 2.000 bis 3.000 Menschen, überwiegend Juden. Im Einsatzgruppenprozess zum Tode verurteilt. Im Gegensatz zu anderen Verurteilten wurde er nicht hingerichtet, sondern 1951 zu lebenslanger Haft begnadigt und am 9. Mai 1958 dank des maßgeblichen Einsatzes der evangelischen schleswig-holsteinischen Landeskirche entlassen. Siehe Stephan Linck: Ernst Szymanowski alias Biberstein. Ein Theologe auf Abwegen. In: Klaus-Michael Mallmann, Gerhard Paul (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004.

107 Erwin Eckert, »Vorwärts zur neuen Demokratie«. Rede am 24. Mai 1946 auf dem Mannheimer Marktplatz. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S .267–278, hier: S. 274 f.

›thou shalt not kill‹ is a commandment of God or ›thou shalt love the Jew‹ because he too is a child of the eternal Father, I am able to know as well that I have to kill him, I have to shoot him, and I can only do that if I am permitted to say: Christ«.[108] Leffler wurde nach 1945 wieder Pfarrer in der Bayerischen Landeskirche. Angesichts solcher Beispiele muss gefragt werden, ob eine Entnazifizierung im Raum der Kirche überhaupt stattgefunden hat.

Die öffentliche Erklärung Eckerts jedenfalls veranlasste die Badische Kirchenleitung, deren neuer Landesbischof im Zeichen der Kontinuität nicht Hermann Maas, sondern der deutschnationale Julius Bender wurde, nicht, Eckert wieder in sein Amt einzusetzen und seine juristische Entlassung aus dem Jahre 1931 aufzuheben. Im Vorfeld der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim, bei der Eckert fast 35% der Stimmen auf sich vereinigte, fragte der Redakteur des Mannheimer Kirchenblattes »Die Gemeinde« am 13. Juli 1949 bei Eckert an, wie er sein »gegenwärtiges Verhältnis zur Kirche« sehe. Nach bald 18 Jahren seit seiner Amtsenthebung, so Eckert, habe sich bei ihm nichts verändert. »Ich bin kein Freidenker, sondern nach wie vor evangelischer Christ. Das wissen meine Genossen sehr wohl ... Wenn die Kirche das an mir 1931 begangene Unrecht hätte wieder gut machen wollen, als sich herausstellte, daß mein Kampf gegen den Nationalsozialismus und die Folgen seiner Gewaltherrschaft, um [391] dessen Willen sie mich im Grunde entließ, nur allzu berechtigt war, dann hätte sie mich 1945 wieder in mein Pfarramt in Mannheim-Jungbusch, dessen Kirche völlig zerstört ist, einsetzen müssen. Sie hat das nicht getan. Die heutigen Führer der evangelischen Landeskirche Badens hielten es nicht einmal für notwendig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß ich damals widerrechtlich aus meinem Amt entlassen wurde. Die nationalsozialistischen Pfarrer aber sitzen heute noch im Amt und predigen allsonntäglich von den Kanzeln. Der Oberkirchenrat Friedrich, der mir damals in der Verhandlung des Dienstgerichtes »blinden Hass gegen den Nationalsozialismus« vorwarf, hat auch nach 1945 im Oberkirchenrat weiter fungiert. ... Die evangelische Kirche ... hat allem Anschein nach auch aus dem Anschauungsunterricht der jüngsten Vergangenheit nichts gelernt.«[109]

Aus der Masse der geschichtsverfälschenden Rechtfertigungslegenden nach 1945 seien nur drei Beispiele als Illustration für das herrschende Geschichtsbild der evangelischen Kirche genannt. Der bis 1947 amtierende hannoversche Landesbischof Marahrens, dessen Nachfolger im Amt Hanns Lilje wurde, erklärte am 15. August 1945: »Ich möchte mich ... nicht an die Seite derer stellen, die ... heute viel Anklage, Verurteilung und Verwünschung gegen die Männer laut werden lassen, die in den vergangenen 12 Jahren an der Spitze unseres Volkes und Reiches gestanden haben.«[110]

Der erste Ratsvorsitzende der EKD (1945–1949), Theophil Wurm, sagte 1945 im Rückblick auf die Nazis, die er offenbar tatsächlich für revolutionär und sozialistisch hielt: »Jedes Volk hat seine Jakobiner.«[111] Über das neue Feindbild schrieb Otto Dibelius 1961 rückblickend: »Und wenn Adolf Hitler auch das nicht war, was wir uns gewünscht *hätten* – er war zum mindesten ein energischer Mann, der mit den Kommunisten wohl fertig werden konnte.«[112]

Vom Antisemitismus des deutschen Protestantismus war nach 1945 fast nichts mehr zu hören. Eugen Gerstenmaier, seinerzeit Präsident des Deutschen Bundestages, wollte gar glauben machen »Es gibt keinen Antisemitismus mehr.«[113] Fritz Bauer sprach dagegen von einer bloßen

108 Zit. nach Susannah Heschel, The Aryan Jesus, a. a. O.
109 Ebenda.
110 Zit. nach Joachim Perels, Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus, a. a. O., S. 156.
111 Zit. nach: Hanfried Müller, Zum Verständnis und Missverständnis des Kirchenkampfes. In: Repraesentatio Mundi, a. a. O., S. 445.
112 Otto Dibelius, Ein Christ ist immer im Dienst, Berlin 1961, S. 170. Hervorhebung – FMB.
113 Vgl. FAZ vom 16. März 1963.

»Tabuisierung« des Antisemitismus. Max Horkheimer widersprach Gerstenmaier[114], in dem er bestritt, daß die Quelle der Schuld versiegt sei.

[392] Doch der Typus von Männern wie Otto Dibelius, Hanns Lilje, Hermann Ehlers und Eugen Gerstenmaier beherrschten die öffentliche Bühne des deutschen Protestantismus. Zu letzterem äußerte sich Karl Barth von der Schweiz aus: »Die deutsche evangelische Kirche ist jetzt in eine merkwürdige Zeit eingetreten. Der grobe (und dumme) Teufel ist mit Gestank abgegangen. Die Stunde des feinen (und klugen) Teufels scheint angebrochen: die Stunde der großen verkannten Antinazis, Bekenner, Helden und Beinahe-Märtyrer, die Stunde der glänzenden Alibis – die Stunde, wo der alte theologisch-kirchlich-politische Essig (womöglich unter dem Segen ahnungsloser alliierter Besatzungsbehörden, offenbar unter dem Segen der ökumenischen Bewegung und sicher sub specie aeternitatis) eilig, geschickt und fromm, statt weggeschüttet, aus der dritten in die vierte Flasche umgegossen werden soll. Wer das gutheißt, der bewundere, propagiere, fördere und pflege – in Deutschland selbst oder von der Schweiz aus – den Typus Eugen Gerstenmaier.«[115]

Einschlägige Antisemiten und faschistische und profaschistische Pfarrer und Kirchenführer waren unbehelligt im Amt geblieben. Auch die systematische Durcharbeitung des unter dem Faschismus propagierten Antisemitismus der Kirchen lässt in der Breite noch auf sich warten. Positiv zu bewerten ist zweifelsohne der Synodalbeschluss der Rheinischen Landeskirche, in dem »Mitverantwortung und Schuld an dem Holocaust, der Verfemung, der Verfolgung und der Ermordung der Juden im Dritten Reich« eingestanden wird. 1983 folgte die Badische Landeskirche, die erstmals vom »christlichen«, gemeint ist klerikalen Antisemitismus, als »einer der Wurzeln des Antisemitismus« sprach.

Trotz inzwischen zahlreicher Einzeluntersuchungen und Vorarbeiten, in denen sich die Konturen einer kritischen Gesamtdarstellung abzeichnen, steht eine solche über die »Evangelische Kirche im ›Dritten Reich‹«, wie sie z. B. für die Katholische Kirche seit 1965 vorliegt[116], noch aus.

V. Fazit

Der Mehrheitsprotestantismus – hartnäckig Ding. Sie lassen sich weder durch höchstrichterliche Erklärungen der evangelischen Kirche als »Widerstandsbewegung«, dickleibige [393] offiziöse Darstellungen und angeblich »wertfreie« Dokumentationsbände noch durch in den Jahren 1945 bis 1948 verfasste Schuldeingeständnisse[117] und Verschweigen aus der Welt schaffen. Tatsache ist, daß die zwölf Jahre des »Dritten Reiches«, das Regime der Demokratieverhöhnung, der Menschenverachtung, der Menschenvernichtung, des Völkermords, der planmäßigen Herbeiführung des Zweiten Weltkriegs, der Okkupationsverbrechen ohne die willige Unterstützung des deutschen Protestantismus undenkbar ist. Oder trug etwa die evangelische Kirche durch Verlautbarungen der oben zitierten Art und ihre selbstsüchtige bürokratische Kompli-

114 Siehe Joachim Perels, Antisemitismus in der Justiz. In: Fritz-Bauer-Institut (Hrsg.), »Beseitigung des jüdischen Einflusses ...«. a. a. O., S. 241–252, hier: S. 241.

115 Karl Barth, Klärung-Wirkung-Aufbruch. Herausgegeben von Walter Feurich, Bearbeitet von Annelise Feurich und Herbert Trebs. Mit einem Geleitwort von Emilio Castro. Berlin/DDR, 2. veränderte Auflage 1986, S. 319 f. Zit. nach: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Kurt Finker, Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945–1955), Bonn 2008, S. 47.

116 Guenter Lewy: The Catholic Church and Nazi Germany, London 1964. Die deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel »Die katholische Kirche und das Dritte Reich«, München 1965.

117 Gemeint sind u. a. das Stuttgarter Schuldbekenntnis aus dem Jahre 1945 und das »Darmstädter Wort« aus dem Jahre 1947. Zu ersterem siehe Hans Prolingheuer: Wir sind in die Irre gegangen. Die Schuld der Kirche unterm Hakenkreuz. Köln 1987. Zum Darmstädter Wort siehe Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. a. a. O.

zenschaft bei der Selektionspraxis durch kirchliche Amtshilfe[118] nicht dazu bei, daß der Weg in die Barbarei, der Weg in den Krieg und nach Auschwitz, beschritten werden konnte?

Im Lichte der beklemmenden Beweiserhebung des Auschwitz-Prozesses kann an das vom Verteidiger des dienstentlassenen Pfarrers Kappes vorgetragene Hesekiel-Wort theologisch angeknüpft werden: »Ich habe Dich zum Wächter über Dein Volk gesetzt, und ich werde von Dir Rechenschaft fordern, wenn Du meine Botschaft nicht ausgerichtet hast. Hast Du aber meine Botschaft ausgerichtet, dann wird mein Urteil über die gehen, die nicht auf mein Wort gehört haben.«[119]

Die wenigen »weißen Raben« des deutschen Protestantismus müssen nicht rehabilitiert werden[120], wie das im Jahre 1999 die Badische Landessynode wohl-[394]meinend mit Eckert und Kappes beabsichtigte[121]. Die Kirche und alle anderen gesellschaftlichen Großorganisationen, die Mitschuld tragen an der Etablierung und willigen Unterstützung des Nazi-Regimes, können sich nur um die eigene Rehabilitierung bemühen. Dazu wäre es jedoch erforderlich, daß sie ihren tapferen Einzelkämpfern *unzweideutig* Gerechtigkeit widerfahren lassen, die Dienstentlassungsverfahren gegen christliche Antifaschisten *auch juristisch* im Lichte der Barmer Theologischen Erklärung im Sinne der Betroffenen und der geschichtlichen Wahrheit aufheben und aus ihrem eigenen Versagen nachhaltig lernen.

Die von Karl Barth[122] inspirierte Barmer Theologische Erklärung von 1934 enthielt kein Wort zur Judenverfolgung. Sie implizierte zwar eine – weitestgehend ausgebliebene – kritische politische Stellungnahme gegen den Faschismus, wurde jedoch selbst nicht explizit. Dies war unter

---

118 Siehe Manfred Gailus (Hrsg.), »Kirchliche Amtshilfe«. Die Kirche und die Judenverfolgung im »Dritten Reich«, Göttingen 2008.

119 Zit. nach: Friedrich-Martin Balzer: Miszellen, a. a. O., S. 129. Solange der Evangelische Pressedienst (epd) einen Walter Künneth wegen seiner »entschiedenen antifaschistischen (! – FMB) Haltung« als »Anti-Nazi« ehrt, (siehe Frankfurter Rundschau vom 29.12.1990), hat sie die furchtbare Wahrheit noch gar nicht begriffen. (Siehe Friedrich-Martin Balzer: »Unglaublich, aber wahr. Der Evangelische Pressedienst würdigt Künneth als ›Antifaschisten‹«, nachgedruckt in: ders. »Es wechseln die Zeiten ...«, a. a. O., S. 233–237.) Die Konkurrenz zwischen klerikalen und »neuheidnischen« Faschisten hatte mit »Antifaschismus« nichts zu tun. Die klerikalen Profaschisten waren überwiegend nur »Anti«, wenn es um die Eingriffe des NS-Staates in den organisatorischen und institutionellen Bestand der Kirche ging.

120 Siehe u. a. den Artikel des Mannheimer Schriftstellers Siegfried Einstein, Eichmann. Chefbuchhalter des Todes. Frankfurt 1961, zum 70. Geburtstag von Erwin Eckert. Siegfried Einstein: »Nennt man die besten Namen. Gruß an Erwin Eckert zum 70. Geburtstag«. In: Die Andere Zeitung, 1963, (Juni) S. 5–6. In dem Artikel, allen Unbelehrbaren ins Stammbuch geschrieben, heißt es auf Seite 6: »Der Schreibende, ein gläubiger Jude, grüßt den Christen Eckert, der die sittliche Forderung des Evangeliums in unserer Zeit so ernst nimmt – und der zu keinem Unrecht schweigende Sozialdemokrat grüßt [394] den das Unrecht brandmarkenden Kommunisten Erwin (Eckert) in Hochachtung: Denn zu keiner Stunde hat dieser Erwin Eckert auch nur den Versuch unternommen, des Freundes Glauben mit dem eigenen zu verwässern. Erwin Eckerts Toleranz ist die Achtung vor dem DU, die Respektierung des ANDEREN.«

121 Siehe die sog. »(Rehabilitierungs-)Erklärung der Badischen Kirchenleitung«, u. a. unterzeichnet von der Präsidentin der Landessynode und dem Landesbischof und der Landessynode am 22. April 1999 mitgeteilt. In: Verhandlungen der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden: Ordentliche Tagung vom 21. April bis 24. April 1999 (6. Tagung der 1996 gewählten Landessynode), 1999, S. 7 f.

122 Zum weiteren Weg von Karl Barth siehe Hans Prolingheuer, Der Fall Karl Barth. Chronographie einer Vertreibung. 1934–1935, Neukirchen-Vluyn 1977. Nach 1945 erklärte Barth: »Der eigentlich gefährliche deutsche Feind war und ist der Geist, die Gesinnung und Haltung derer, die als sogenannte Deutschnationale nach dem letzten Krieg unter dem Pathos einer deutschen Befreiungsbewegung allen Autoritarismus und Imperialismus, allen Kapitalismus und Militarismus der vorangegangenen Zeit jetzt erst – in der Opposition gegen Versailles und gegen die allzu schwache Gründung von Weimar – zu vollen Ehren gebracht, die alles Gute, das den Regelungen von 1919 immerhin nicht ganz abging, systematisch sabotiert und die schließlich – betrogene Betrüger freilich – das deutsche Volk dem ausgeliefert haben, der es nun, indem er zur Weltgefahr machte, in den Abgrund geführt hat.« In: Karl Barth, Die evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, Stuttgart 1946, S. 7 f.

den Umständen, wonach sich unter den Synodalen auch Mitglieder der NSDAP befanden und Bischof Marahrens in einer Morgenandacht auf der Barmer Synode am 30. Mai 1934 den Faschismus feierlich rechtfertigte[123], undenkbar. Gleichwohl bedeutete die Barmer theologische Erklärung, in der die »falsche Lehre« verworfen wird, »als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen«, für den deutschen Protestantismus theologisch den gewaltigsten Umbruch seit der [395] Reformation. Sie war nach Helmut Ridder geradezu »eine kopernikanische Wende nach mehrhundertjährigen Verschüttungen durch die verschiedensten Systeme des Staatskirchentums, nach dem Fluchtversuch der von Bauern und Täuferunruhen erschreckten Reformatoren in obrigkeitsstaatliche Ordnungsvorstellungen, nach der Verbindung von ›Thron und Altar‹, nach der Selbstidentifikation des verbürgerlichten Christentums der evangelischen Landeskirchen, das noch den Zusammenbruch der Wilhelminischen Ära nicht zu bewältigen vermochte und die Befreiung (von 1918) von sich wies.«[124]

Wer Auschwitz beklagt, sollte sich *unmissverständlich* auf die Seite der frühen Warner und Mahner vor 1933 und der Verfolgten nach 1933 stellen. Anders wird der Ruf »Nie wieder Auschwitz« unglaubwürdig.

Solange ein deutscher Außenminister nach dem Anschluss der DDR an die Alt-BRD erklären kann, es sei Aufgabe der deutschen Politik, »etwas zu vollbringen, woran wir zweimal gescheitert sind«[125], ist höchste Wachsamkeit und entschiedener Widerstand geboten. Deutschlands erneuter Weg zur imperialistischen Großmacht datiert zwar nicht erst aus der Vergrößerung der Alt-BRD. Sie ist eine Folge des erneuten Aufstiegs der BRD zur führenden Macht in Europa. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990 aber, zunächst als humanitäre Hilfe und Intervention ausgegeben, stehen spätestens, seit es Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland gibt, im Widerspruch nicht nur zum Grundgesetz des Jahres 1949, sondern selbst zur »Wehrverfassung« des Jahres 1956. Grundgesetz und heutiges Völkerrecht verbieten kriegerische Interventionen zur Verfolgung und Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen.[126]

Ob die Evangelische Kirche schon einmal darüber nachgedacht hat, ihre Militärseelsorger aus Afghanistan[127] abzuziehen?[128] Hat sie sich Rechenschaft darüber [396] abgelegt, für wen oder was sie betet oder beten lässt? Stellt sie den von Anfang an auch im deutschen Protestantismus höchst umstrittenen Militärseelsorgevertrag, am 22. Februar 1957 von Konrad Adenauer und Otto Dibelius unterzeichnet, der nach dem Anschluss der DDR auch auf die neuen Bundesländer ausgedehnt wurde, unter den Bedingungen der gegenwärtigen Umwandlung der

123 Marahrens spricht darin vom Auftrag seiner Kirche im Volke, »das in treuer Dankbarkeit seinem Führer, dem Schöpfer des nationalen Lebens« folge. Zit. nach J. Perels, Die hannoversche Landeskirche a. a. O., S. 163, Fußnote 53.

124 Helmut Ridder, Kirche-Staat-Rundfunk. Grundsatzfragen ihrer Rechtsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1958, S. 9.

125 Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel am 19. März 1993 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

126 Martin Kutscha, Verfassungs-Streich. Von der Verteidigungsarmee zur globalen Interventionstruppe. In: Forum Wissenschaft, 3/2010, S. 4–7. Dort auch die kaum Protest auslösende Stellungnahme des Ex-Bundespräsidenten Horst Köhler, wonach »ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, daß im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen«. Zit. nach: »Berliner Zeitung« vom 28.5.2010.

127 Aus der Fülle der wissenschaftlichen Literatur zum Krieg in Afghanistan siehe die jüngste Veröffentlichung: Mario Tal (Hrsg.), Umgangssprachlich: Krieg. Testfall Afghanistan und deutsche Politik, Köln 2010.

128 Vgl. Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Ein evangelisches Wort [396] zu Krieg und Frieden in Afghanistan vom 25. Januar 2010. www.ekd.de

Bundeswehr aus einer Armee zur sog. »Landesverteidigung« in eine internationale Eingreiftruppe in Frage?

Wie lange muss im »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm), nach den von Deutschland verursachten Katastrophen des 20. Jahrhunderts, an denen der Mehrheitsprotestantismus so nachhaltig mitgewirkt hat, noch gewartet werden, bis sich genügend Christen finden, die der Heuchelei und dem Rechtsnihilismus endlich den Kampf ansagen? 80 Jahre nach Karl Barths »Quousque tandem«[129] wackelt der Götze immer noch.

Friedrich-Martin Balzer, Rainer Rupp, Georg Fülberth, Kurt Pätzold,
Matin Baraki bei Brigitte Kustoschs Sommerfest zu ihrem 60jährigen Geburtstag 2008.

[397]

129 Karl Barth, Quousque tandem. In: Karl Kupisch, Karl Barth. »Der Götze wackelt«. Zeitkritische Aufsätze, Reden und Briefe von 1930 bis 1960, Berlin 1961, S. 27–32.

Manfred Gailus: Iserlohner Pfarrersohn, Marburger Achtundsechziger und protestierender Post-Protestant. Friedrich-Martin Balzer zum Siebzigsten*

In der Person Erwin Eckerts hat er um 1965 seine bewunderte Identifikationsfigur, seine »Jahrhundertgestalt« gefunden. Seither sammelt er alles von und über den querdenkenden, sozial engagierten, evangelischen Pfarrer aus dem Badenschen, der als radikaler Kirchenkritiker und Volkstribun im Jahre 1931 das ganz und gar Unerhörte, das nie zuvor Geschehene tat und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) beitrat. Ein Pfarrer als Kommunist, ein Kommunist als Christ – das war für viele Zeitgenossen um 1930 schwer zu fassen, eigentlich ganz unmöglich. Für die Kirche, die ihn bald darauf aus dem Pfarrdienst entfernte, war der scharfe Kritiker schon lange ein Ärgernis. Friedrich-Martin Balzer entdeckt Eckert als Marburger Student um 1965 und hat es sich seither zur (nicht leichten) Lebensaufgabe gemacht, für die Anerkennung dieses aus dem Pfarrdienst verstoßenen kommunistischen Christen zu werben. Er lernt den 1972 verstorbenen Eckert noch persönlich kennen, sammelt und ordnet seither seine Schriften und andere Hinterlassenschaften und streitet unermüdlich für die Rehabilitierung eines singulären protestantischen Kirchenmannes, der schon frühzeitig, lange vor 1933, gegen den Krieg und gegen die anschwellende national-völkische und nationalsozialistische Bewegung ankämpfte.

Als ein eher Außenstehender, der nicht Spezialist für die religiös-sozialistische Bewegung[1] ist und sich im weitesten Sinn für protestantismusgeschichtliche The-[398]men interessiert, frage ich mich im Folgenden: Woher rührt diese erstaunliche Balzer‘sche Hartnäckigkeit und Vehemenz, woher rührt dieser geradezu obsessive Einsatz für die Anerkennung eines Anderen, eines im »Dritten Reich« politisch Verfolgten und auch zu bundesdeutschen Nachkriegszeiten politisch Marginalisierten und weithin Vergessenen, eines Mannes, der als Kommunist in der Adenauerzeit weiterhin zu den moralisch Verfemten und politisch Ausgegrenzten gehörte?[2]

I

Im ersten Kriegsjahr 1940 in Iserlohn geboren, ist Friedrich-Martin Balzer ein Kind der

---

* Ursprünglich bat ich Manfred Gailus, Professor für Geschichte an der TU in Berlin, wegen zahlreicher Berührungspunkte in der kirchengeschichtlichen Durcharbeitung des deutschen Protestantismus (siehe meine Rezension der Biographie von Manfred Gailus über Elisabeth Schmitz in: junge Welt vom 26.7.2010) um ein Gutachten zu meinen eigenen Beiträgen zur Kirchengeschichte, deren Anfänge bis in das Jahr 1964 zurückgehen. Herausgekommen ist eher eine biographische Skizze aus bürgerlich-liberaler Sicht, für die ich Manfred Gailus bei fortbestehenden unterschiedlichen Sichtweisen und Bewertungen herzlich danke.

1 Zur religiös-sozialistischen Bewegung siehe Siegfried Heimann/Franz Walter (Hrsg.), Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik. Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1993; Ulrich Peter, Der »Bund der religiösen Sozialisten« in Berlin von 1919 bis 1933. Geschichte, Struktur, Theologie und Politik, Frankfurt am Main u. a. 1995; Hartmut Ruddies, Artikel: »Religiöse Sozialisten«, in: Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 7, Tübingen 2004, Sp. 409–412; Erwin Eckert wird hier einmal (Sp. 411) erwähnt. Es fällt auf, daß dieses in vierter Auflage erscheinende renommierte protestantische Lexikon auf einen biographischen Artikel über Eckert, einen der wichtigsten Religiösen Sozialisten der Weimarer Zeit, verzichtet. – Dagmar Picht, Religiöse Sozialisten in der Weimarer Republik. *Der Religiöse Sozialist* und die *Blätter für religiösen Sozialismus*, in: Michel Grunewald/Uwe [398] Puschner (Hrsg.), Das evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871–1963), Bern u. a. 2008, S. 383–407.

2 Diese biographische Skizze basiert im Wesentlichen auf folgenden Quellen: Friedrich-Martin Balzer, Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. »Gegen den Strom«, Marburg 1990; ders., »Es wechseln die Zeiten ...«. Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998), Bonn 1998 sowie auf Beiträgen des vorliegenden Bandes.

Nachkriegsgeneration, dessen prägende Jugendphase in die späten 1950er Jahre fällt. Neben den christlichen Einflüssen des Elternhauses – sein Vater ist Pfarrer – prägt vor allem der Besuch des örtlichen Gymnasiums bis zum Abitur im Jahr 1960. Der Jugendliche interessiert sich für Literatur (Albert Camus) und Theater. Er schwärmt für Brecht, ein zu dieser Zeit noch verdächtiger Autor, der nicht zur selbstverständlichen Schullektüre zählt. Balzer wird Brecht-Fan und lässt sich die Haare nach seinem Vorbild kurz scheren. Einige Lehrer, denen er begegnet, sind nach der (unzureichenden) Entnazifizierung neu in den Schuldienst übernommene, äußerlich zur Demokratie hin gewendete ehemalige NSDAP-Parteigenossen. Manche Schüler in den oberen Klassen bemerken das und lieben es, wider den Stachel zu löcken, so auch der junge Balzer. Hier treffen sie, ob bewusst oder unbewusst, einen sehr empfindlichen Punkt der frühen bundesdeutschen Nachkriegspsyche. Die Verschwörer des 20. Juli 1944 gelten noch nicht als Widerstandshelden. Wer dennoch positiv über sie spricht, wie der unangepasste Pfarrersohn, provoziert rasch aufbrausende Gegenrede von Lehrerseite: Verräter seien das doch gewesen, Landesverräter, nicht Patrioten.

Auch im Elternhaus wird viel diskutiert in diesen späten Adenauerjahren 1957, 58, 59 – der Vater war seit 1934 evangelischer Pfarrer in Iserlohn. Er schloss sich der »Bekennenden Kirche« (BK) an, stand also auf der »richtigen Seite«, von den »Deutschen Christen« (DC), den Nazis in der Kirche, sei er angefeindet worden. Sonderlich hervorgetreten ist er jedoch nicht im westfälischen Kirchenkampf.[3] [399] Doch weiß er von allerhand Gefährdungen zu erzählen. Am 11. April 1934 beispielsweise fand auf der Iserlohner Alexanderhöhe eine große Kundgebung der Kirchenopposition statt, auf der mehrere Iserlohner BK-Pfarrer sprachen, darunter auch Balzer. Der Kristallnachtereignisse vom November 1938 habe er sich sehr geschämt und danach eine deutlich kritische, wenn auch notgedrungen biblisch verschlüsselte Predigt gegen den Verfolgungsterror gehalten. Auch aufgrund seines biblischen, in manchen Ohren jüdisch klingenden Vornamens »Samuel« sei er politischen Angriffen ausgesetzt gewesen, wiederholt hätten Nazis ihn für irgendwie jüdisch angesehen und antisemitische Schmähungen gegen ihn angezettelt. In einem Iserlohner Schaufenster sei 1934 zu lesen gewesen: »Samuel raus! Wir brauchen keine jüdischen Pfarrer! Dieser Pfarrer ist ein Jude!«[4]

»Mein Vater war kein Nazi« – immerhin, diese Gewissheit konnte sich der neugierige, aufmerksame Gymnasiast beruhigend zugutehalten. Aber mitgemacht hat er doch irgendwie, in anderer Hinsicht: Wie in allen Kirchengemeinden wurden auch in Samuel Balzers Iserlohner Kirchengemeinde Unterlagen für den Ariernachweis aus den Kirchenbüchern ausgestellt. Das empört den jungen Balzer, der darin indirekte Mitwirkung an völkischer Ausgrenzung im Kontext der »Nürnberger Gesetze« und in letzter Konsequenz am später folgenden Holocaust sieht. Dieser Vorwurf bleibt bestehen, und er kann wohl von elterlicher Seite niemals mehr völlig ausgeräumt werden. Solche Erfahrungen hatten beim Heranwachsenden erste Risse und Brüche der eigenen christlich-evangelischen Familientradition zur Folge.[5]

»Iserlohn« war damals, um 1960, überall im aufstrebenden Wirtschaftswunderland: Einiges lasen und hörten die Nachgeborenen. Einiges wurde ihnen zu Hause im Familienkreis erzählt. Einiges von den schlimmen Dingen, die man ahnte, wurde zugegeben. Vieles wurde aber

---

3 Vgl. hierzu Peter Noss, Die Kirchenprovinz Westfalen 1933 bis 1945, in: Manfred Gailus/Wolfgang Krogel (Hrsg.), Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegsge-[399]schichte 1930 bis 2000, Berlin 2006, S. 223–262.

4 Vgl. den Artikel: »Mutiger Protest im Dritten Reich. 1934: Versammlung der Iserlohner Bekenntnispfarrer von 5000 Menschen besucht«, in: Iserlohner Kreisanzeiger, 11.4.2009; siehe auch Friedrich-Martin Balzer, Andauerndes Ringen um das Geschichtsbild, in: ders./Werner Renz (Hrsg.), Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965), Bonn 2004, S. 13–27, bes. S. 13 f.

5 Vgl. zu diesem Thema jetzt: Manfred Gailus (Hrsg.), Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im »Dritten Reich«, Göttingen 2008.

gleichzeitig verschwiegen, geschönt oder verdreht. Nicht selten wurde auch kräftig verleugnet und gelogen gegenüber den Jüngeren. Das war in den Familien so, in der Schule, in der Kirche, in den Parteien und Vereinen, in vielen Zeitungen, in vielen Büchern. Man konnte sich als Heranwachsender, auf dem Gymnasium mit Lessing, Goethe, Schiller und Kant traktiert, leicht in einem Wald voller Lügen, Halb- und Unwahrheiten wähnen und sah sich folglich dazu gezwungen, selbst genauer wissen zu wollen, wie [400] »es« eigentlich gewesen war vor 1945. Dazu mußte man studieren, nachforschen, zurück zu den »Quellen« gehen.

Doch zunächst ist die »Reifeprüfung« abzulegen. Hier gibt es an dem Iserlohner Gymnasium kurz vor den letzten großen Prüfungstagen noch einmal schweren Ärger: Wegen neuer Unbotmäßigkeiten wird einigen Schülern, darunter befindet sich Balzer, die Höchststrafe, Verweigerung des Reifezeugnisses, angedroht. Sie hatten in der vorbereiteten Abiturzeitung Kritik an Unterrichtsinhalten und ehemaligen Nazi-Lehrern (Pädagogen »zur Wiederverwendung«) geübt. Die Zeitung muss aus dem Verkehr gezogen werden. So verläuft die Sache gerade noch einmal glimpflich. Der im Lehrerkollegium als »rebellisch, nihilistisch und destruktiv« verrufene Balzer hält die Abiturrede, in der viel Albert Schweitzer vorkommt und Günter Eich (»Seid unbequem, seid Sand, nicht Öl im Getriebe der Welt!«). Und auch einige unüberhörbare, auf die Zukunft verweisende Ankündigungen finden sich, wie diese: »Wir wollen unbequem sein den Mächten der Welt und wach gegen ihre Geschäftigkeit. Wir wollen mutig für Gerechtigkeit eintreten. Wir wollen kritisch sein und zweifeln gegenüber dem, was man uns als geprüft und richtig und unantastbar anbietet. Wir wollen unbelastet bleiben von Vorurteilen und nicht denen folgen, die das allgemeine Versagen nachträglich als Schicksal zu vertuschen und uns Blick und Kritik für die Vergangenheit zu lähmen suchen.«[6] Gewiss, von hier bis »1968« war es noch eine weite Wegstrecke, acht Jahre lagen dazwischen, aber aus der Rückschau betrachtet liefen die Dinge jetzt mit erstaunlicher Konsequenz auf diesen spektakulären politischen Fixpunkt am Horizont zu.[7]

II

Samuel Balzer, der Vater, hatte seinerzeit Theologie an der Universität Marburg studiert, deren Theologische Fakultät in dem guten Ruf stand, modern-aufgeklärte, liberale Theologie zu lehren. Rudolf Bultmann, der umstrittene Verfasser des berühmten Entmythologisierungsaufsatzes (1941), hatte von 1921 bis 1951 dort gelehrt, und manche anderen klangvollen Namen wie Rudolf Otto, Martin Rade und Hans von Soden sind mit der Marburger Theologie verbunden.[8] Auch der [401] junge Iserlohner Abiturient geht 1960 zum Studium nach Marburg, das lag nahe. Aber er studiert nicht Theologie, wie das Pfarrersöhne so häufig zu tun pflegten, sondern Germanistik und Anglistik – ein Lehramtsstudium, also doch lieber Lehrer als Pfarrer. Wie lange zuvor der Vater, wie sein Bruder und der Schwager schließt sich der junge kritische Student und Ostermarschierer dem »Wingolf«, einer christlichen, nicht-schlagenden studentischen Verbindung, an. Bei diesem Entschluss ist zunächst noch viel konservative Familientradition im Spiel. In der Zeit 1959–60 hatte der junge Balzer im Radio eine mehrteilige Sendung des jüdischen Schriftstellers Robert Neumann, Vizepräsident des Internationalen PEN-Clubs: »Ausflüchte unseres Gewissens. Dokumente zu Hitlers ›Endlösung der Judenfrage‹ mit Kommentar und Bilanz der politischen Situation« gehört. Diese, damals wohl mächtig aufklärerische Sendung aus der

---

6 Friedrich-Martin Balzer, Wider die resignierte Vernünftigkeit. Abiturentlassungsrede am Märkischen Gymnasium in Iserlohn, in: ders, Es wechseln die Zeiten, S. 25 f. Erwähnt auch in: Konrad H. Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004, S. 217 f.

7 Zum rebellischen Jahrzehnt in protestantismusgeschichtlicher Perspektive: Siegfried Hermle/Claudia Lepp/Harry Oelke (Hrsg.), Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren, Göttingen 2007.

8 Zu Bultmann jetzt die maßgebliche Biographie: Konrad Hammann, Rudolf Bultmann. Eine Biographie, Tübingen 2009.

Feder eines politisch linken, jüdischen Antifaschisten hinterlässt bei Balzer einen langfristig wegweisenden, tiefen Eindruck. 1961, im Jahr des Eichmann-Prozesses in Jerusalem, lädt der junge Student Robert Neumann nach Marburg ein. Vor überfülltem Auditorium Maximum spricht der jüdische Überlebende zu dem Thema »Was geht uns Eichmann an?«. Das muss für das beschauliche hessische Universitätsstädtchen ein aufsehenerregendes politisches Ereignis gewesen sein. Einschneidend ist es jedenfalls für den jungen Balzer, fortan steht er in freundschaftlichem Briefwechsel mit dem in der Schweiz lebenden berühmten Schriftsteller und Publizisten und besucht ihn wiederholt.

Und noch in anderer Hinsicht ist dieser Vortragsabend folgenreich für ihn: Durch diese Veranstaltung lernt Balzer den Marburger Politikwissenschaftler Professor Wolfgang Abendroth kennen, der durch engagierte, kritische Diskussionsbeiträge zur verdrängten bundesdeutschen Aufarbeitung an diesem Abend besonders hervorgetreten war. Nicht wenige Studenten sind beeindruckt von diesem linken, sozialistischen Professor, einer zu dieser Zeit zweifellos exotischen Ausnahmefigur unter den damaligen Marburger Hochschullehrern. Der junge Balzer und seine Freunde vom Wingolf sind so begeistert, daß sie den linken Professor im Dezember 1961 zu einem Vortrag in ihre Verbindung einladen. Der rote Professor, erst kürzlich wegen Linksabweichung aus der SPD ausgeschlossen, spricht am 13. Dezember 1961 bei einer farbentragenden Verbindung über »Korporationen und Politik in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des ‚Wingolf'«. Die vertraulichen Rundschreiben des ‚Wingolf' aus der Zeit von 1932 bis 1936 hatte Balzer zuvor auf dem Dachboden des Verbindungshauses gefunden und dem Professor als Material für seinen Vortrag zur Verfügung gestellt. In seiner Einführung betont Balzer, es ginge an diesem Abend nicht darum, das eigene Nest zu beschmutzen: es sei ja schon beschmutzt, wie der Historiker Hans Rothfels konstatiert habe. »Wenn wir uns heute Abend mit jener Vergangenheit beschäf-[402]tigen, von der Kritiker befürchten, sie lebe in den Korporationen wieder auf, so tun wir es nicht der Vergangenheit wegen. (...) Wir tun es um der ›Selbstbefreiung durch das Wissen‹ willen, unserer Gegenwart willen.«[9] Abendroths Vortrag über die radikalnationalen, entschieden antidemokratisch und elitär ausgerichteten Korporationen der Vorkriegszeit, die er noch aus eigener Anschauung kannte, beeindruckt die Zuhörer. Er spricht den Korporationen nicht grundsätzlich die Existenzberechtigung ab, warnt jedoch vor den unheilvollen Auswirkungen des Denkens und Verhaltens akademischer Eliten in den 1930er Jahren.

Der Abend hinterlässt starke Eindrücke und viel Sympathie für den marginalisierten, verketzerten roten Hochschullehrer. Einige Wingolfiten beginnen zu erkennen, in welcher schuldhaft-fatalen historisch-politischen Tradition ihre eigene Verbindung in den deutschen Katastrophen des frühen 20. Jahrhunderts gestanden hat. Weitere Diskussionsabende mit Robert Neumann, Wolfgang Abendroth, Kurt Lenk und Heinz Maus folgen. Eingeladen werden auch der linksprotestantische Theologe Hans Conzelmann aus Göttingen sowie der Historiker und Publizist Harry Pross. Etliche der Korporierten politisieren sich in diesen Jahren 1961, 62, 63 in selbstkritischer Distanzierung von ihren nationalprotestantischen Traditionen. 1964 fährt eine Marburger Gruppe des Clausthaler Wingolf zu Marburg, darunter initiierend auch Balzer, nach Frankfurt, um die Verhandlungen des Auschwitz-Prozesses unmittelbar vor Ort zu verfolgen.

Und auch das Studium selbst wird nun politischer. Im Wintersemester 1962/63 wechselt Balzer vom Hauptfach Germanistik zur Politischen Wissenschaft über und studiert fortan schwerpunktmäßig im sozialistischen Umkreis von Abendroth. Eine historische Proseminararbeit aus dem Jahr 1963 über annexionistische deutsche Projekte im Ersten Weltkrieg zeigt den Studenten als

[9] Friedrich-Martin Balzer, [Einführungsrede zum Vortrag von Professor Abendroth am 13.12.1961], in: ders., Es wechseln die Zeiten, S. 29 f.

eifrigen Verfechter der damals heiß umstrittenen Fischer-These (»Griff nach der Weltmacht«).[10] Um 1965 macht Abendroth den Pfarrersohn Balzer auf Erwin Eckert aufmerksam, den zu dieser Zeit völlig vergessenen religiös-sozialistischen Pfarrer der Weimarer Republik: einen Ausnahmetheologen, der nicht rechts, konservativ, national, völkisch war, sondern entschieden links, der frühzeitig vor den Nationalsozialisten warnte und lange Jahre des »Dritten Reiches« als Widerstandskämpfer in Haft verbrachte. Für Balzer wird diese Entdeckung mehr als nur ein wissenschaftliches Thema, das nüchtern und kühl zu untersuchen und akademisch zu publizieren wäre. Die außergewöhnliche Biographie dieses kommunistischen Pfarrers zu erforschen und [403] für die öffentliche Anerkennung seiner historischen Lebensleistung und auch die förmliche kirchliche Rehabilitation zu streiten – alles dies wird ihm zum geradezu obsessiven Lebensthema, das ihn während der folgenden Jahrzehnte immer wieder aufs Neue umtreiben wird.

III

Die Jahre 1965/66 markieren eine biographische Wendezeit, der protestantische Pfarrersohn aus Iserlohn und anfänglich christliche Verbindungsstudent bricht mit seiner konservativen Familientradition. Er tritt 1965 aus dem Wingolf aus. Es gibt eine schriftliche Erklärung, in der er in der Auseinandersetzung um die »Vaterlandsrede« auf den alljährlichen Festkommersen schreibt:[11]

»*Was* für Inhalte hinter der Institution der Vaterlandsrede stehen, geht allein daraus hervor, daß vor oder nach der Ansprache des Fuxmajors die Namen der gefallenen Kriegstoten verlesen werden. Ihre Opferbereitschaft mag zwar *subjektiv* etwas mit Vaterlandsliebe zu tun haben, aber dem *objektiven* und nachträglichen Betrachter der Dinge kann ja doch nicht entgehen, daß es sich beim zweiten Weltkrieg nach allen völkerrechtlichen Normen um einen verbrecherischen Krieg gehandelt hat. Es war eben kein Verteidigungskrieg, und die Deutschen sind nicht, wie man das noch für den ersten Weltkrieg *angenommen* hatte, in den Krieg hineingeschlittert. Der zweite Weltkrieg war im Gegenteil ein von langer Hand geplantes organisiertes verbrecherisches Unternehmen, ob das nun dem einzelnen Frontsoldaten bewusst gewesen ist oder nicht. Sein Heldentum soll keineswegs geschmälert oder verunglimpft werden. Aber ist das der Inhalt von Vaterland, den *wir* meinen, wenn wir ihre Opferung zwanzig Jahre nach der totalen Niederlage als den einzig möglichen Weg zur Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus jährlich auf dem Festkommers ehren und feiern? Wie können *wir* uns vor einer Wiederholung solch totaler Verirrungen eines großen Teils der Gesellschaft schützen, wenn wir ihren Einsatz für *diese* Sache bewusst oder unbewusst zu ehren bereit sind? In dieses Bild passt übrigens jener Vorgang, daß das VADEMECUM [des Wingolf] es sich versagt hat, den Wingolfiten *Paul Schneider*[12] (1921 aus dem Marburger Wingolf *ausgeschlossen*, 1933 aus dem Gießener Wingolf aus Protest gegen die Durchführung des Arierparagraphen *ausgetreten*), der im Konzentrationslager tot geprügelt worden ist, in der Weise zu ehren, wie es den gefallenen Soldaten zuteil geworden ist.«

[404] Im folgenden Jahr schließt sich Balzer dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) an, jener linken Studentenorganisation also, in der sie fast alle zu finden sind, die *big*

10 Zur Fischer-Kontroverse siehe Konrad H. Jarausch, Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hrsg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 20–40.

11 Schreiben Friedrich-Martin Balzer vom 7.11.1965 an den Clausthaler Wingolf zu Marburg.

12 Zur Biographie des 1939 im KZ Buchenwald umgebrachten rheinischen Pfarrers siehe Folkert Rickers, Widerstehen in schwerer Zeit. Erinnerung an Paul Schneider (1897–1939), Neukirchen-Vluyn 1997; ders., Das Weltbild Paul Schneiders, in: Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlands 53, 2004, S. 133–184.

names von 1968, und die bis zu ihrer chaotischen Selbstauflösung im Frühjahr 1970 den aktiven harten Kern des Studentenprotests ausmacht. Das Universitätsstädtchen Marburg wird bald ein Zentrum dieser Bewegung und repräsentiert in ihr eine spezifische Richtung, die bald »Marburger Schule« heißt, eine weithin von Abendroth (auch Werner Hofmann und anderen klugen akademischen Köpfen) inspirierte Variante der Studentenbewegung, deren Anhänger annäherungsweise oder teils sogar vollständig auf Positionen der 1968 legalisierten »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP) übergehen werden. Aus Sicht der Frankfurter linken Szene um Max Horkheimer und Theodor Adorno, die sich in »Kritischer Theorie« übt, wie auch der studentischen Maoisten und sogenannten Spontis sind das freilich die Falschen, die Traditionalisten, die »Revisionisten«, die den »realsozialistischen« Weg der DDR und der Sowjetunion proklamieren.[13]

Es sind unruhige, aufregende Jahre, auch für Balzer: Als junger Referendar nimmt er am Berliner Vietnam-Kongress im Februar 1968 teil, an der SDS-Delegiertenkonferenz 1968 in Frankfurt am Main, und selbstverständlich ist er beim Sternmarsch nach Bonn gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai 1968 dabei. Er schreibt Zeitungsartikel, Leserbriefe, Flugblätter. Und er trägt die Rebellion in die Provinz: Ein in Iserlohn unmittelbar nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke (April 1968) verteiltes Flugblatt ist unterzeichnet »Arbeiter und Studenten aus Iserlohn, gez. F. M. Balzer«. Die eigentlichen Täter, so heißt es darin, säßen in den Redaktionsstuben des Springerkonzerns. Man wolle die außerparlamentarische Opposition als Staatsfeind diffamieren. Der systematische Aufbau eines Feindbildes – früher die Juden, heute die Studenten – sei Mittel der Herrschenden, ihre antidemokratischen Ziele (geplante Notstandsdiktatur, Völkermord in Vietnam, antikommunistische Hysterie etc.) durchzusetzen. Die Iserlohner sind aufgerufen, nicht Erzeugnisse des Springerkonzerns (*Bild, Welt, Bravo, Hör zu, Twen, Jasmin, Eltern* usw.) zu kaufen, sich an Aktionen für die Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu beteiligen, an der Dortmunder Kundgebung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung sowie an den Kundgebungen zum 1. Mai und gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze (Bonn, 11. Mai) teilzunehmen. Das Flugblatt schließt mit der Parole: »*Rosa Luxemburg – Karl Liebknecht – Walther Rathenau – Matthias Erzberger – Martin Luther King – Rudi Dutschke: Der Feind steht rechts!!!*«[14]

[405] Eine Folge des Flugblatts ist eine Podiumsdiskussion am 21. April im Iserlohner Haus der Jugend. Es diskutieren Parteienvertreter, Jugendverbände, bewegte Studenten und Schüler. Balzer, inzwischen seit dem 1. Februar 1968 Junglehrer, berichtet in seinem Statement über die aufgeheizte Atmosphäre in Berlin, die er anlässlich seiner Teilnahme an der Berliner Vietnamdemonstration (18. Februar 1968) habe beobachten können. Schon damals habe es gewalttätige Gegendemonstranten gegeben, die vorzugsweise junge Männer mit langen Haaren, Brillen und Cordhosen angegriffen hätten. Ein Mann sei mit »Schlagt – ihn – tot«-Parolen verfolgt und geschlagen worden, weil man ihn fälschlich für Rudi Dutschke hielt. Lediglich Gustav Heinemann habe gegen die allgemeine antikommunistische Hysterie gesprochen. Auch in Iserlohn sei nun endlich mit dieser Podiumsdiskussion ein Anfang gemacht: »Allerdings kann heute Abend nicht nachgeholt werden, was jahrelang versäumt worden ist. Was wir brauchen, ist ein Diskussions- und Aktionsforum – etwa in Nachahmung der bereits in vielen Städten existierenden Republikanischen Clubs, – in Marburg heißt er Club Voltaire –, das die Forderungen der außerparlamentarischen Opposition und mancher Minderheiten in den politischen Parteien

13 Aus der Unmenge der jüngsten 68er-Literatur hier nur: Ingrid Gilcher-Holthey, Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001; Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008, bes. S. 77–151.

14 Friedrich-Martin Balzer, Ostern 1968 in der Provinz. Flugblatt (1968). Mordanschlag auf Rudi Dutschke – Wer waren die Täter? In: ders., Es wechseln die Zeiten, S. 59.

selbst kontinuierlich diskutiert und in praktische Aktion umsetzt.«[15]

So etwa war sie, die heftig bewegte, beschleunigte Zeit der Studentenrevolution zwischen Marburg, wo sich jetzt Vieles um den lange isolierten, inzwischen zum Idol der linken Studenten erhobenen marxistischen Professor Wolfgang Abendroth drehte, und Iserlohn, wo noch die Eltern lebten (der Vater starb 1969) und wo es noch Freunde, Bekannte (und Feinde) aus der Schulzeit gab. Balzer schließt sein politikwissenschaftliches Studium im Dezember 1967 bei Abendroth ab. Thema seiner Examensarbeit ist Erwin Eckert.[16]

IV

Balzer wird Lehrer. Natürlich ein ganz anderer als diejenigen politisch irgendwie verkniffenen und verklemmten rechtsgestrickten Studienräte »zur Wiederverwendung«, die er während seiner Iserlohner Gymnasialzeit kennen lernt und an denen er sich beständig reibt. Es folgen die Referendarausbildung in Marburg und zugleich Anfänge praktischen Unterrichts an dem nahegelegenen Landschulheim »Steinmühle«, einem privaten Gymnasium in freier Trägerschaft, Mitglied der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime. Das wird »seine« Schule. Balzer ist studentenbewegt, links, ein engagierter Lehrer aus der »Marburger Schule«, [406] der die Lehrertätigkeit in Fortsetzung der Rebellion als durchaus subversive Aktion gegen das kapitalistische System versteht. Die kontroverse Diskussion der Schüler und mit den Schülern ist ihm eine Selbstverständlichkeit, ebenso Forderungen nach »Mitbestimmung« der Schüler und eine generelle Demokratisierung der Schulverhältnisse. In seinen »Thesen zu Schule und Gesellschaft« (1971) formuliert der marxistische Junglehrer: Die öffentliche Schule sei nach wie vor Spiegel der Gesellschaft und trage zu deren »Reproduzierung« bei. Ihr Ziel sei nicht »Emanzipation von Zwängen« und »Förderung kritischer Vernunft«, sondern sie diene »fast ausschließlich« der Produktion reibungslos funktionierender Konsumenten und Berufsrollen. Erziehungswissenschaft müsse zur »Überwindung unvernünftiger Herrschaftsverhältnisse« beitragen, um den gegenwärtigen Zustand (sprich: den »Kapitalismus der BRD«) zu überwinden. Noch immer stelle die Lehrerausbildung ein Mittel der Anpassung und Disziplinierung der Junglehrer dar. »2 Jahre Schulpraxis haben mir gezeigt, daß die Änderung bestehender Verhältnisse nur durch die massenhafte Emanzipation der Lehrer vor und während dieser Berufspraxis erfolgen kann. Das Denken in Ruhe und Ordnung, in Harmonie und Partnerschaft haben mir den Vorwurf eingetragen, daß ich Kollegium wie Schüler in einer Weise verunsichert habe, daß eine weitere Tätigkeit an der Schule von der Schulleitung unerwünscht sei.« Die gegenwärtige »politische Funktion der Schule als Herrschaftsinstrument zur Reproduktion gegebener Herrschaftsverhältnisse« (sprachlich ist das »Marburger Schule« in Reinkultur) müsse verändert werden.[17]

Arbeit in der Schule bedeutet dem marxistischen Junglehrer aus Marburg nicht zuletzt auch: Fortsetzung der kritisch-subversiven Bewegungsarbeit, nun freilich in anderer Rolle, an anderem Ort und mit anderen Mitteln. Folgerichtig ist er engagiert, will verständnisvoller Ansprechpartner rebellischer Schüler sein. Wenig zeitverzögert fingen nach den Studenten auch die Schüler an, sich kritisch und rebellisch an der Schule zu benehmen. Anlässlich eines hessischen Schülerstreiks gegen den Numerus Clausus spricht Balzer 1972, jetzt als »Verbindungslehrer im Streikkomitee der Steinmühle«, in dem ihm wohlvertrauten Marburger Auditorium Maximum zu den »lieben Schülerinnen und Schülern«. Mit dem Streik erkläre er sich

---

15 Friedrich-Martin Balzer, Attentat auf Rudi Dutschke. Podiumsdiskussion am 21. April 1968 in Iserlohn im Haus der Jugend, in: ebd., S. 60–62, Zit. S. 62.

16 Vgl. Friedrich-Martin Balzer, Die Auseinandersetzungen um den Pfarrer Erwin Eckert. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, in: ders., Miszellen, S. 31–101.

17 Friedrich-Martin Balzer, Thesen zu Schule und Gesellschaft (März 1971), in: ders., Es wechseln die Zeiten ..., S. 69–71.

»offen solidarisch«. Das Streik- und Demonstrationsrecht stehe außer Frage, auch für Schüler. Nicht die Bundeswehr, wie der abgewählte Altkanzler Kiesinger noch gesagt habe, sondern die Schule sei die »Schule der Nation«, wie dies Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 betont habe. Aber es genüge nicht, dies nur zu deklarieren; die Verfassungsnormen des Grundgesetzes nach gleichen Bildungschancen müssten durchgesetzt werden. [407] Doch leider investiere – laut »Frankfurter Rundschau« – das Land für jeden Schüler und Studenten lediglich 3,50 DM pro Tag, hingegen für den Soldaten täglich 120 DM. Hier läge die wahre Ursache für den eingetretenen Bildungsnotstand. Es komme jetzt darauf an, tiefere Einsichten in die Zusammenhänge von Bildung und Gesellschaft zu gewinnen. Mit dem Brecht-Zitat »Was Du nicht selber weißt, weißt Du nicht« fordert er die Schüler abschließend auf, diesen Weg zu gehen und der »sanften Gewalt der Vernunft« eine Chance zu geben.[18]

V

Neben seiner schulischen Unterrichtstätigkeit bereitet Balzer seit 1968 bei Wolfgang Abendroth seine Dissertation über Erwin Eckert vor. 1967 hatte er sein Studium der Politischen Wissenschaft und Anglistik mit einer historisch-biographischen Examensarbeit über Eckert und die religiösen Sozialisten abgeschlossen. Diese frühe Studie wird der Ausgangspunkt seiner während des Schuldienstes vorbereiteten Dissertation, mit der er im Jahr 1972 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg bei Abendroth mit *summa cum laude* promoviert wurde.

* * *

Wer war Erwin Eckert?

Eckert wurde 1893 in Zaisenhausen (Baden) als Sohn eines Hauptlehrers geboren und wuchs in Mannheim auf. Er studierte Theologie und Philosophie in Heidelberg, Göttingen und Basel. Wie zuvor schon sein Vater schloss sich der junge Eckert 1911 der SPD an. Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er wie viele seiner Generation als Kriegsfreiwilliger teilgenommen hatte, und dem 1. theologischen Examen absolvierte er das Vikariat in Pforzheim und hatte zunächst in Meersburg, dann seit 1927 in Mannheim eine Pfarrstelle inne. 1924 wurde er Mitbegründer der »Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands«, von 1926 bis 1931 amtierte er als geschäftsführender Vorsitzender des »Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands«. Als sozialistischer Pfarrer und entschiedener Kriegsgegner, einer persönlichen Konsequenz des Kriegserlebnisses, engagierte sich Eckert in politischen Kampagnen für die entschädigungslose Fürstenenteignung (1926), gegen den geplanten Panzerkreuzerbau 1928 und das SPD-Wehrprogramm [408] von 1929. Als Pfarrer und antifaschistischer Massenredner warnte er frühzeitig vor dem anschwellenden Antisemitismus und Nationalsozialismus. Anfang Oktober 1931 schloss ihn die SPD wegen Linksabweichung aus. Umgehend trat er der KPD bei, als erster und einziger Pfarrer der Weimarer Republik. Kurz darauf erfolgte der Austritt aus dem Bund der religiösen Sozialisten.[19] Im Dezember 1931 verlor Eckert seine kirchlichen Ämter und wurde – nach zahlreichen kirchlichen Disziplinarmaßnahmen zuvor – endgültig aus dem Dienst der badischen Landeskirche ausgeschlossen. Im »Dritten Reich« kam er wegen Widerstandstätigkeit wiederholt in Haft und lebte unter Polizeiaufsicht. Nach dem Krieg setzte

---

18 Friedrich-Martin Balzer, Der sanften Gewalt der Vernunft eine Chance. Streikrede im Audi Max anlässlich des Schülerstreiks gegen den Numerus Clausus, in: ebd., S. 71–73.

19 Hierzu Friedrich-Martin Balzer, Zur Vertreibung Erwin Eckerts aus dem »Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands« (August-Dezember 1931), in: Erwin Eckert/Emil Fuchs, Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen (hrsg. von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker), Bonn 2002, S. 559–602.

er sich als Vorsitzender der KPD in Südbaden für eine vereinigte Arbeiterpartei ein. Zugleich wirkte er im ersten badischen Allparteienkabinett als Staatskommissar für Wiederaufbau. Von 1947 bis 1956 (Verbot der KPD) war er Abgeordneter des Badischen bzw. Baden-Württembergischen Landtags. Von 1950 bis 1962 engagierte er sich als Mitglied des Weltfriedensrates gegen die westdeutsche Wiederbewaffnung. 1968 schloss er sich – nach einigem Zögern, weil er zunächst die Aufhebung des KPD-Verbotes anstrebte – der neugegründeten DKP an. Erwin Eckert, zuletzt wohnhaft bei Weinheim (Bergstraße), starb am 20. Dezember 1972 in Mannheim.[20]

* * *

Balzer lernt den inzwischen über 70jährigen Eckert während seiner Forschungen zur Dissertation noch persönlich kennen, besucht ihn wiederholt und wird ein Freund der Familie. Von Eckert, diesem politisch radikal links orientierten, sozial für die »Mühseligen und Beladenen« engagierten und entschieden pazifistischen Pfarrer, der sowohl innerkirchlich wie auch allgemeinpolitisch stets hart »gegen den Strom« schwamm, ist er tief beeindruckt. Ganz offenkundig sieht er in ihm nahezu alles verkörpert, was er, der kirchenkritische Iserlohner Pfarrersohn, an der nationalprotestantischen deutschen Kirche des 20. Jahrhunderts vermisst, als er Ende der 1950er beginnt, deren Geschichte intensiver zu betrachten. Es scheint naheliegend, daß auch viele biographische und familiengeschichtliche Motive in Balzers emphatische Identifikation mit diesem weithin verfemten roten Pfarrer einfließen. Verkörperte er nicht vieles von dem, was er wohl bei seinem Vater, der sich als Bekenntnispfarrer im »Dritten Reich« nur kirchenoppositionell gegen die [409] »Deutschen Christen«, nicht jedoch offen regimeoppositionell verhalten hatte, vermisste? In vieler Hinsicht dürfte Eckert während der kritischen Suche des jungen Pfarrersohns und Studenten die Stelle einer idealisierten wahlverwandtschaftlichen Vaterfigur besetzt haben, eines bewunderten Vorbilds, einer Persönlichkeit, mit der sich der selbstkritische junge Protestant in postnationalsozialistischer Zeit einigermaßen positiv identifizieren konnte. Berühmte protestantische Persönlichkeiten wie Dietrich Bonhoeffer, Karl Barth oder Martin Niemöller erfüllten seine hohen Ansprüche nur begrenzt, nur partiell. In Eckert hingegen entdeckt er einen – in seinen Augen jedenfalls – überzeugenden »wahren Christen« und kritischen Kirchenmann, der in den deutschen Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht so eklatant versagt hatte wie fast alle Kirchlich-Evangelischen: die vielen deutschnationalen und nationalsozialistischen Pfarrer, die opportunistischen Bischöfe und Konsistorialräte, die hochgebildeten und weithin widerstandslosen Theologieprofessoren. Indem er sich intensiv an Eckerts Biographie abarbeitet, bringt er eine weithin vergessene protestantische Ausnahmefigur wieder ins Bewusstsein der Nachkriegsöffentlichkeit zurück, und zugleich schafft er sich selbst einen positiven, auch biographisch-familiengeschichtlich kompatiblen Anknüpfungspunkt.

1973 erscheint die Dissertation unter dem Titel »Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten«. Natürlich ist die Arbeit stark vom marxistischen Zeitgeist der 68er, von der zeitgenössischen Terminologie der Marburger Schule durchdrungen, was das Lesevergnügen im Abstand von einigen Jahrzehnten nicht gerade erhöht. Gleichwohl, Balzer liefert erstmals eine Biographie (grosso modo bis 1933) des wohl prominentesten und zugleich politisch höchst umstrittenen, radikalen Vertreters der Religiösen Sozialisten der Weimarer Zeit, eingebettet in die sozial- und politikgeschichtlichen Kontexte der Epoche. An Eckerts religiös-politischem Weg von der SPD zur KPD scheiden sich die Geister – nicht nur damals um 1930/31 im Bund der religiösen Sozialisten, sondern auch in der historischen Bewertung späterer Generationen, bei Theologen wie Historikern. Balzer hält Eckerts Weg für kirchlich und politisch konsequent. Er scheint ihn, wenn er von Eckert als einer »Jahrhundertgestalt« spricht, auch

[20] Zur Biographie Eckerts jetzt vor allem: Friedrich-Martin Balzer, Artikel »Eckert, Erwin«, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 29, 2008, Sp. 376–397.

historisch rechtfertigen zu wollen, selbst wenn er mit einer eigenen wissenschaftlichen Bewertung im Schlusskapitel seines Buches äußerst zurückhaltend verfährt. Es ist nicht jedermanns Sache, die politische Strategie der KPD in der Endphase der Weimarer Republik gutheißen zu wollen. Ich halte sie für verheerend und sehe keinen Grund für irgendeine Rücksicht, dieses nicht klar und unumwunden auszusprechen. Man könnte vielleicht viele gute Argumente anführen, um Pfarrer Eckert einen theologisch-kirchlich naiven Kämpfer ohne Gespür und rechtes Maß und im Politischen einen fatalen Irrläufer zu nennen, [410] der sich durch seine eigene Rede mehr und mehr ins kirchliche und politische Abseits manövriert hat. Für den Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler Helmut Ridder war Eckert hingegen »ein politischer Realist«.[21] Wie auch immer: Von kritischen Erwägungen gegenüber seinem Protagonisten findet sich in dieser 1973 erschienenen Doktorarbeit nichts. Die Identifikation des Autors mit seinem »Helden« war damals ganz offenkundig übermäßig stark und ließ jede Art von relativierenden oder distanzierenden Gedankengängen gar nicht erst aufkommen.[22]

Das »Thema Eckert« ist mit dem Abschluss der Dissertation für den emphatischen Biographen nicht erledigt. Es wird ihm vielmehr zum Lebensthema schlechthin. Es geht ihm nicht allein um historisch-wissenschaftliche Wiederentdeckung und Aufarbeitung, sondern auch um öffentliche, speziell kirchliche Anerkennung eines nicht nur in Balzers Augen kirchlich und politisch zu Unrecht Verstoßenen. Nun war es allerdings nicht eine leichte Aufgabe, die Vorzüge und Verdienste eines kommunistischen Pfarrers in einem Land zu propagieren, in dem soeben (1972) die Ministerpräsidenten die Unvereinbarkeit von Mitgliedschaften in der kommunistischen Partei mit Tätigkeiten als Beamter oder im sonstigen Öffentlichen Dienst beschlossen hatten. Weder in der politischen Öffentlichkeit noch im kirchlichen Raum war der Bedarf an Erinnerung und Würdigung eines kommunistischen Pfarrers sehr groß. Auch die kommunistische Traditionspflege in der DDR sparte diesen – als »unecht« angesehenen, weil christlichen – Kommunisten weithin aus. Klaus Scholder erwähnte Eckert in seiner großen Studie über die Kirchen im »Dritten Reich« (1977) zwar mehrfach, aber sah ihn als fehlgeleiteten Protagonisten einer »politischen Theologie«, der sich kaum von seinen extremen Gegenspielern auf der Rechten, den evangelischen Nationalsozialisten und »Deutschen Christen«, unterschieden habe.[23]

An der Trauerfeier für den Verstorbenen im Dezember 1972 kann Balzer aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen. Nach dem Tode Eckerts ist er immer wieder mit Vorträgen, Leserbriefen, Artikeln und Buchpublikationen zu Eckert und anderen Religiösen Sozialisten hervorgetreten. Aus Anlass des hundertsten [411] Geburtstags Eckerts nimmt sich selbst die badische Landeskirche ihres streitbaren verlorenen Sohns an und gedenkt des roten Pfarrers im Rahmen einer Tagung der evangelischen Akademie Badens und der Pfalz: »Roter Himmel auf Erden?« (April 1993). Zum Auftakt spricht Balzer in der Mannheimer Trinitatiskirche, der ehemaligen Pfarrkirche Erwin Eckerts. Es folgt im Juni 1993 eine versöhnlich klingende Rede des badischen Landesbischofs Klaus Engelhardt, ohne freilich Eckert kirchlich vollständig zu rehabilitieren. Das sind durchaus Erfolge. Aber Balzer drückt und drängt weiter. Er wünscht in diversen Briefen, Aufrufen, Artikeln die posthume Anerkennung des Unrechts, das seiner Ansicht nach an Eckert durch fristlose Dienstentlassung begangen wurde. Zu Balzers vielfältigen Aktivitäten

---

21 Vgl. Helmut Ridder, Zur europäischen Dimension von Erwin Eckerts Vermächtnis, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert. Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 363–377, S. 370 u. ö.

22 Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten, Köln 1973 (3. Aufl. Bonn 1993); in späteren Publikationen wie ders./Karl. Ulrich Schnell, Der Fall Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Köln 1987, Bonn ^{2}1993 und ders., Ärgernis und Zeichen (1993) oder Eckert/Fuchs, Blick in den Abgrund (2002), finden sich Ansätze zu einer mehr kritischen Sicht.

23 Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt/Berlin 1977, S. 175, 215, 248, 783, 788.

gehört auch seine Unterstützung der Petitionskampagne, gerichtet an die Leitung der badischen Landeskirche, in der sich zahlreiche Persönlichkeiten innerhalb wie außerhalb der Kirche für die vorbehaltlose Rehabilitation des rebellischen Pfarrers und auch angemessene Selbstkritik der badischen Landeskirche einsetzen.

VI

Auch als Lehrer am Landschulheim »Steinmühle« in Marburg ist Balzer nicht – wie so viele einstige Studentenrevolutionäre, die durch Berufsalltag, Karriereambitionen und Familiendinge allmählich zerrieben und verschlungen werden – reiner Privatmensch geworden. Nach der Ostermarschbewegung und der Studentenbewegung und den für ihn etwas ruhigeren, weil bewegungsärmeren 1970er Jahren gehört er seit Beginn der 1980er Jahre zu den Aktivisten der Friedensbewegung gegen die Nato-Raketenbeschlüsse. Am 28. Mai 1981 spricht er zur Eröffnung des »1. Marburger Forums«, einer örtlichen Initiative der Friedensbewegung, an der er führend beteiligt ist, in der Marburger Stadthalle. Man streitet jetzt für die Ziele des »Krefelder Appells«, gegen Atomraketen in Europa, gegen den drohenden Nato-»Doppelbeschluss«, gegen (angebliche oder tatsächliche) »Nachrüstungen« der USA als Antwort auf sowjetische Raketenstellungen im östlichen Teil Europas. Am 1. September 1981 richtet Balzer als Vertreter des »Marburger Forums« ein Grußwort an die Teilnehmer der örtlichen DGB-Kundgebung zum Antikriegstag. Am 19. Oktober spricht er auf einer Veranstaltung des »Marburger Komitees gegen Berufsverbote«, und am 22. November eröffnet er das »2. Marburger Forum«, an dem Vertreter der SPD, FDP, Die Grünen und der DKP teilnehmen. Auf dem 5. Marburger Forum ist dann auch ein Vertreter der CDU beteiligt. Diethelm Gohl spricht dort für die Initiative »Christliche Demokraten für Schritte zur Abrüstung«. Ein richtiges Bewegungsjahr, dieses ereignisreiche Jahr 1981 – fast wie in alten Zeiten! Solche oder ähnliche Gedanken müssten sich aufdrängen, als Hunderttausende 1981, 1982, 1983 an Friedensmärschen und zentralen Kundgebungen in Bonn und anderswo zusammenströmten. Am Vorabend des Bundestagsbeschlusses zur [412] Raketenstationierung (November 1983) gehört Balzer zu den Rednern einer großen Protestkundgebung auf dem Marburger Marktplatz.

»Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Freundinnen und Freunde, die Friedensbewegung der Bundesrepublik hat in den hinter uns liegenden Jahren immer wieder den Anspruch erhoben, daß sie die Probleme unserer Sicherheit und unserer Gefährdung realistischer sieht als diejenigen, welche die Stationierung neuer Raketen in Europa betreiben. Dieser Anspruch des Realismus verlangt von uns, an diesem 21. November 1983 auch die Situation unserer eigenen Bewegung realistisch zu sehen. Das heißt: einzugestehen, daß wir dabei sind, eine Niederlage zu erleiden.

Morgen wird der Deutsche Bundestag der Stationierung neuer gefährlicher Waffen zustimmen. Dies ist eine Niederlage nicht nur der Sache des Friedens, sondern auch der parlamentarischen Demokratie. Was heißt das? Wir bekennen uns zu den Normen des Grundgesetzes und zu der Form der politischen Willensbildung, die es vorsieht – also auch zu den Rechten des Bundestages. Doch eine verhängnisvolle Entscheidung wird nicht dadurch richtig, daß sie von diesem Parlament getroffen wird. Ein Bundestag, welcher der Stationierung von Atomwaffen zustimmt, mit denen ein Erstschlag geführt werden kann, missbraucht seine Möglichkeiten.«[24]

In Marburg und anderswo wird in diesen Jahren von örtlichen Friedensbündnissen beschlossen, daß man als politische Gemeinde künftig »atomwaffenfreie Zone« sei. Zu einer Marburger Podiumsdiskussion (1984) der »Friedensliste«, für die auch der parteilose Balzer kandidiert, ist noch einmal der späte Wolfgang Abendroth eingeladen, der im September 1985 im Alter von 79 Jahren stirbt. Wohl alljährlich steuert Balzer als Sprecher des Marburger Forums in diesem

[24] Friedrich-Martin Balzer, »So, wie es ist, bleibt es nicht«. Rede am 21. November 1983 am Vorabend des Bundestagsbeschlusses für die Raketenstationierung vor 4.000 Marburger Bürgerinnen und Bürgern auf dem Marktplatz in Marburg, in: ders., Es wechseln die Zeiten, S. 159–163, Zit. S. 159.

Jahrzehnt eine Rede zu den Friedenskundgebungen des DGB am 1. September bei. 1989 debattiert das 6. Marburger Forum über »Neues Denken« unter dem Einfluss von Michail Gorbatschow, zu diesem Zeitpunkt noch mächtiger Generalsekretär der östlichen Weltmacht Sowjetunion. Aber unübersehbar geht jetzt ein Zeitalter – das Zeitalter des Kalten Krieges – zu Ende; der große mittel- und osteuropäische Umbruch wirft seine Schatten voraus.

VII

Wende 1989/90 und Nachwendezeit: Das ist keine gute Zeit für die westdeutsche Linke und namentlich die traditionalistische DKP-nahe Marburger Linke. Mas-[413]sen tanzen auf der Berliner Mauer, die kommunistischen Regime in Osteuropa zerfallen implosionsartig, mehr oder minder widerstandslos. Die DDR löst sich 1990 politisch selbst auf und kommt als »Beitrittsgebiet« zur Bundesrepublik Deutschland, in der man seither die »neuen Länder« von den »alten Ländern« unterscheidet. Auch für den linken Protestbewegungsmenschen Balzer ist die Wendezeit keine gute Zeit, wie sich aus einigen eher beiläufigen Bemerkungen in den Vorträgen und Artikeln dieser Jahre entnehmen lässt. Manche seiner Befürchtungen bezüglich des neu vereinigten deutschen Staates erscheinen übertrieben groß. Ein neudeutscher »Wilhelminismus«, tölpelhaftes Großmachtstreben wie vor einhundert Jahren, ist nicht gekommen. Von »Revolution« möchte er gar nicht sprechen, dann schon eher von »Konterrevolution«, auch wenn er dieses scharfe, unschöne Wort vermeidet. Doch Tatsache ist aus seiner politischen Perspektive gesehen: »die anderen« haben einstweilen gesiegt.

Aber gerade so wie der kommunistische Kämpfer Pfarrer Eckert davon überzeugt war, sich immer treu bleiben zu müssen[25], ebenso sucht jetzt, in den Umbruchjahren seit 1989/90, der linksbewegte Balzer, seiner einmal eingeschlagenen Linie politischen Denkens und Handelns treu zu bleiben. Resigniert werden darf nicht! Im September 1990, die beiden deutschen Staaten stehen kurz vor der Vereinigung, notiert er trotzig: »Ein altes Sprichwort besagt: ›Lernen bedeutet Rudern gegen den Strom – Wer aufhört zu rudern, fällt zurück.‹ Von Aufhören kann keine Rede sein. Nur der Strom ist breiter geworden.«[26] Und zur Not, wenn Vieles fehlgeht und scheitert, ist da immer noch der gute alte Brecht; er mag ein Stück weit »darüber« hinweg helfen (über das Schreckliche von 1989/90, das wie eine große Welle über eine erstarrte Linke hinweg ging) und trösten: »Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine«. 1997 lässt sich der Studiendirektor im Privatschuldienst nach 30jähriger Unterrichtstätigkeit aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig pensionieren. Er möchte mehr Zeit für andere Dinge gewinnen und intensiver öffentlich-publizistisch wirken.

Mit seiner Rede zur Entlassung des Abiturientenjahrgangs 1997 verabschiedet er sich gleichzeitig aus dem Schuldienst, von seiner »Steinmühle«. Ja, er ist sich treu geblieben. Seine Abschiedsrede stimmt, wie stets, das alte bewährte Lied an: Wie gut es doch sei, gegen den Strom zu schwimmen (»Mit dem Strom schwimmen die Leichen«). Im Anschluss an Neil Postman appelliert er an die Abiturienten, sich nicht von postmoderner Beliebigkeit überwältigen zu lassen. »Wenn wir uns in ein paar Jahren als Ehemalige wiedersehen, sollten wir uns darüber kritisch austauschen, ob wir für die ›Träume unserer Jugend‹ Achtung getragen haben, wie [414] das Friedrich Schiller in seinem ›Don Carlos‹ der klassischen Sturm- und Drang-Zeit forderte. Die Schule konnte euch nicht vorschreiben, *was* ihr träumen solltet. Aber vielleicht konnte sie einen bescheidenen Beitrag dazu leisten, eure Köpfe leerzufegen von jenem Zeitgeist der Postmoderne und des Neo-Wilhelminismus mit all den zu befürchtenden, unheilvollen

[25] Das selbstgewählte Motto der Todesanzeige von Erwin Eckert lautete: »Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben«.

[26] Friedrich-Martin Balzer, Vorbemerkung, in: Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. »Gegen den Strom«, Marburg 1990, S. 7–9, Zit. S. 9.

Konsequenzen des Wilhelminismus, die – fern aller Aufklärung – euch davon fernzuhalten suchen, daß ihr euch eures Verstandes zu bedienen wisst und die selbstverschuldete Unmündigkeit hinter euch lässt.«[27]

Balzer publiziert jetzt, nach seinem Eintritt in den Unruhestand, enorm viel. Man gewinnt den Eindruck eines extrem vielbeschäftigten Allrounders, einer höchst versierten, emsigen Ein-Mann-Publikationsfabrik. Diverse Mitstreiter der älteren Religiösen-Sozialisten-Generation um Erwin Eckert werden in den 90er Jahren entdeckt und publizistisch neu beackert, zum Beispiel der badische Pfarrer Heinz Kappes (1893–1988) und der religiös-sozialistische Theologe Emil Fuchs (1874–1971), der nach dem Zweiten Weltkrieg ein Institut für Religionssoziologie an der Universität Leipzig aufbaute.[28] Hinzu kommen zahlreiche Publikationsvorhaben zu prominenten Führungsfiguren der bundesdeutschen Linken wie Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder, Hans Heinz Holz und auch manche anderen, teils schon vergessenen Namen aus der linken Szene von einst tauchen nun in der Agenda wieder auf.[29]

Seit dem kritischen Erwachen des Gymnasiasten in der späten Adenauerzeit hat sich Balzer unablässig antifaschistisch betätigt – wissenschaftlich, publizistisch und politisch. Diese antinazistische Orientierung ist ein ganz zentraler Strang seiner biographisch-politischen Identitätsbildung überhaupt geworden, zugespitzt gilt für ihn lange Zeit: Ein guter Mensch muss ein Antifaschist sein und ein Antifaschist ist ein guter Mensch. Einem dieser großen Antifaschisten, Kurt Julius Goldstein, widmet er ein Buch mit seinen Reden und Stellungnahmen aus 30 Jahren – davon [415] 15 Jahre in der DDR, 15 Jahre nach dem Untergang der DDR.[30] Die Vorstellung freilich, daß Linke und Antifaschisten immer zugleich auch »gute Menschen« seien, geht ihm im Laufe der Jahrzehnte mehr und mehr verloren. Sowohl in der Alltagspraxis der Schule als auch andernorts, so sagt er einmal, arbeite er lieber mit »intelligenten Konservativen« als mit »dummen Linken« zusammen.

Eine parallele Auseinandersetzung Balzers mit dem anderen großen Übel des 20. Jahrhunderts, dem Stalinismus, sucht man in seinen Verlautbarungen über Jahrzehnte hinweg vergeblich. Sie taucht, wenn überhaupt, erst in Ansätzen und lebensgeschichtlich spät auf. Die Angst des linken politischen Bewegungsmenschen, des Antibolschewismus oder Antikommunismus geziehen zu werden oder vielleicht in die alten, nationalen und antikommunistischen Sünden der Väter und Vorväter zurückzufallen, dürfte dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben. Dabei gab es ja immer einige letzte Vorbehalte, die ihn offenbar daran hinderten, sich wie sein großes Vorbild Eckert der kommunistischen Partei anzuschließen. Als »schweigender Zweifler« mied er lange Zeit die explizite Auseinandersetzung mit dem für viele Linke (nicht für alle) schwierigen Thema. Es scheint allerdings, daß die Umwälzungen der jüngsten zwei Jahrzehnte diese Hemmungen beseitigt haben, einiges in seinem Weltbild ist in Bewegung geraten. So hat Balzer gesammelte Schriften von Wolfgang Ruge, einem der renommiertesten Historiker der DDR, zusammengetragen, einschließlich Ruges – erst nach dem Zerfall der DDR publizierten

---

27 Friedrich-Martin Balzer, »Schule macht keinen Spaß«. Überarbeitete und erweiterte Abschiedsrede auf der Abiturientenentlassungsfeier des Jahrgangs 1997 am 21. Juni 1997 am Landschulheim Steinmühle, in: ders., Es wechseln die Zeiten, S. 296–305, Zit. S. 305.

28 Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn, »Wir sind keine stummen Hunde.« Heinz Kappes (1893–1988). Christ und Sozialist in der Weimarer Republik, Bonn 1994; darin auch Wiederabdruck des bemerkenswerten Artikels von Kappes »Der theologische Kampf der Religiösen Sozialisten gegen das nationalsozialistische Christentum« (1931). Ferner: ders., Emil Fuchs: »Erbe der Französischen Revolution und des Roten Oktober. Schlaglichter aus den ›Wochenberichten‹ von Emil Fuchs im Bundesorgan der Religiösen Sozialisten (1931–1933)« in diesem Band.

29 Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, Bonn 22006; ders., »Ein Leben für Wissenschaft, Recht und Frieden. Helmut Ridder (1919–2007)« in diesem Band.

30 Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wir sind die letzten – fragt uns. Kurt Goldstein: Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Reden und Schriften (1974–2004), Bonn ²2005.

– späten Reflexionen zum Stalinismus und die Debatten über seine Erinnerungen an 23 russische Jahre in der Stalinzeit, die der junge Exilant seit 1933 »freiwillig-unfreiwillig« in der SU verbringen mußte und dabei tiefe Einblicke in die Abgründe des stalinistischen Wahnsinns tun konnte.[31]

In jüngster Zeit hat Balzer intensive Kontakte zum international renommierten britischen Historiker Eric Hobsbawm (Jg. 1917 [–2012]) angeknüpft, einer der letzten noch lebenden Vertreter einer älteren Generation marxistischer Historiker des Westens.[32] Zu Balzers Edition zeitgenössischer Texte Erwin Eckerts und Emil Fuchs' aus den Jahren 1930 bis 1933 (»Blick in den Abgrund«) teilte ihm Hobsbawm brieflich mit, daß er das Buch mit größtem Interesse lese. Die Texte seien bedeutende Zeugnisse der Zeit, als Hitler zur Macht gelangte, und sie zeugten [416] zugleich von dem – häufig vergessenen – linken Flügel des deutschen Protestantismus der Weimarer Zeit.[33] Aus diesen Verbindungen ist das jüngst erschienene, zusammen mit Georg Fülberth herausgegebene Bändchen »Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen« hervorgegangen, eine Auswahl der kleineren Publikationen des britischen Historikers in deutscher Sprache seit den 1960er Jahren.[34] Im Januar 2009 interviewten die beiden Herausgeber den inzwischen über 90jährigen Jahrhundertzeugen zur »dritten Krise« des Kapitalismus (gemeint ist die aktuelle Weltfinanz- und -wirtschaftskrise) in London. Hobsbawm zeigt sich in dem Gespräch überzeugt, daß der religiös (»theologisch«) anmutende Marktradikalismus der letzten drei bis vier Jahrzehnte durch diese Krise definitiv abgelöst werde. Aber was kommt dann? Ist der Kapitalismus am Ende? Die traditionelle Linke sei indessen faktisch nicht mehr existent und insofern sei es völlig offen, wohin weltpolitisch die Reise gehen werde. Er habe durchaus auch »Angst« vor negativen Krisenlösungen, so wie sie der schweren Krise der frühen 1930er Jahre folgten.

Befragt, welche Konstanten es denn überhaupt angesichts der vielen Veränderungen in der Welt noch gebe, antwortet der 91jährige Historiker in der Attitüde des rückwärtsgewandten Propheten: Es werde immer biologische Konstanten geben – Männer, Frauen, Generationen; es werde auch weiterhin gewisse geographische Konstanten geben, etwa eine westliche und eine östliche Hemisphäre; schließlich werde es immer »Musik« geben und generell die Kunst, die Schönheit, schließlich und abschließend: »Soweit ich weiß, gibt es keine Gesellschaft ohne den Begriff der Ungerechtigkeit. Und daher soll es auch keine geben, in der man sich nicht gegen sie auflehnt.«[35]

---

31 Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Ruge. Beharren, kapitulieren oder umdenken? Gesammelte Schriften 1989–1999, Berlin 2007; Ruges vielerorts gelobte Erinnerungen an die 23 russischen Jahre erschienen unter dem Titel: Wolfgang Ruge, Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Bonn 2003.

32 Vgl. Eric Hobsbawm, Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, München, München/Wien 2003.

33 Nach einer brieflichen Mitteilung von Eric Hobsbawm an Friedrich-Martin Balzer vom 17.06.2003.

34 Eric Hobsbawm, Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen (Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer und Georg Fülberth), Köln 2009.

35 Vgl. Eric Hobsbawm, In der dritten Krise, in: ebd., S. 219–227, Zit. S. 227.

Personenregister*

A

Abbott, Charles David 115, 118
Abendroth, Lisa 34, 36, 119, 120, 136, 147
Abendroth, Wolfgang 5, 7, 21, 29, 30, 32, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 55, 59, 60, 62, 80, 86, 90, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 113, 114, 119, 120, 121, 122, 125, 126, 127, 129, 130, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 163, 164, 165, 167, 168, 170, 171, 172, 190, 191, 198, 207, 210, 215, 219, 240, 242, 244, 252, 254, 259, 262, 268, 280, 281, 282, 284, 287, 289
Abusch, Alexander 259
Adenauer, Konrad 6, 74, 153, 157, 164, 166, 201, 204, 206, 228, 275, 278, 289
Adler, Max 154
Adler, Victor 126
Adorno, Theodor W. 154, 172, 177, 281
Agartz, Viktor 152
Agnew, Spiro 240
Ahrweiler, Georg 154
Althaus, Paul 257, 271
Ammann, Walther 144, 145, 224, 225, 229, 258
Andersch, Alfred 221
Angenfort, Jupp 152
Aragon, Louis 247
Armstrong, Louis 213
Assmann, Heinz Dieter 35
Astaire, Fred 217
Auer, Friedrich-Wilhelm 262
Augstein, Rudolf 258
August Wilhelm von Preußen, Prinz (Auwi) 47
Avnery, Uri 148

B

Bacall, Lauren 217
Bach, Johann Sebastian 70, 213
Baez, Joan 216
Bahn, Roma 173
Bahr, Egon 36, 113, 159
Bahro, Rudolf 152
Baldwin, James 240
Balzer, Friedrich-Martin 4, 5, 6, 7, 8, 32, 34, 37, 38, 39, 40, 41, 51, 55, 59, 60, 61, 65, 77, 79, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 90, 93, 95, 103, 113, 114, 115, 116, 117, 119, 120, 127, 128, 136, 137, 138, 141, 142, 143, 144, 146, 147, 148, 150, 153, 155, 156, 159, 167, 169, 173, 178, 181, 182, 187, 191, 194, 198, 199, 211, 221, 223, 224, 225, 229, 232, 233, 235, 236, 237, 238, 239, 243, 245, 246, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 267, 268, 270, 271, 273, 274, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291
Balzer, Samuel 28, 79, 116, 156, 216, 221, 278, 279, 282
Baraki, Matin 157, 244, 276
Barber, Chris 213
Barbusse, Henri 47
Barrault, Jean-Louis 216
Bartels, Jeroen 168
Barth, Friedrich 85
Barth, Helga 84, 85
Barth, Karl 6, 22, 140, 143, 227, 254, 258, 266, 267, 268, 270, 272, 273, 274, 275, 285
Basso, Lelio 154
Bastian, Herbert 39
Bauer, Fritz 79, 80, 251, 264, 272
Bauer, Johannes 15
Bauer, Otto 110, 154
Baum, Manfred 157
Bäumlin, Richard 46
Beauvoir, Simone de 222
Bebel, August 30, 154, 181
Bechet, Sidney 213
Beck, Ludwig August Theodor 125,
Becker, Jurek 241
Becker, Maria 173, 222
Becker, Peter 207
Becker, Rolf 213
Beckmann, Joachim 253
Beethoven, Ludwig van 213
Beile, Alice 216
Beile, Werner 216
Belafonte, Harry 216
Belmondo, Jean-Paul 216
Bender, Julius 271
Benedikt, Papst XVI., Ratzinger, Joseph, 6
Benjamin, Walter 125, 169, 172, 175, 177, 178, 243
Bergen, Doris L. 263
Bergner, Elisabeth 222
Bernal, John Desmond 227
Bernstein, Eduard 151
Berthold, Werner 60
Besier, Gerhard 265

* Die Seitenangaben orientieren sich an der PDF-Datei.

Bethge, Eberhard 268
Betto, Frei 59
Bezzel, Otto 263
Biberstein, Ernst 271
Birgel, Willy 217
Bittel, Karl 20
Blatchford, Robert 249
Bleicher, Willi 39, 154
Bloch, Charles 260
Bloch, Ernst 6, 119, 154, 168, 169, 170, 172, 175, 176, 177, 178, 218, 230, 260
Blum, William 136
Blume, Isabelle 227
Blümlein, Gerhard 131
Bock, Hans Manfred 38, 119, 136, 150, 155
Bock, Helmut 195
Boer, Lydia de 98
Boeß, Berthold 100
Bogart, Humphrey 217
Bollnow, Friedrich Otto 172
Bonhoeffer, Dietrich 9, 22, 23, 144, 211, 254, 258, 266, 267, 268, 270, 285
Boone, Pat 213
Borchert, Wolfgang 221, 222
Boris, Dieter 103
Börner, Manfred 79
Bortfeld, Robert 98
Bracher, Karl-Dietrich 187
Brain, John 240
Brakelmann, Günter 261, 262, 265
Brand, Mechtild 67
Brandler, Heinrich 110, 125, 138, 152, 154
Brando, Marlon 216
Brandt, Willy 35, 113, 159, 160, 161, 162, 163, 283
Braun, Karl Heinz 215
Braun, Otto 49
Braun, Peter 244
Brauns, Nikolaus 88
Brecht, Bert 46, 76, 152, 168, 172, 177, 179, 193, 204, 216, 218, 221, 278, 283, 288
Breitenborn, Konrad 60
Breitscheid, Rudolf 12
Breton, André 172
Brie, Michael 198
Briegleb, Klaus 128
Brüning, Heinrich 16, 42, 45, 47, 49, 50, 52, 53, 54, 55, 77, 104, 145, 194
Brünneck, Alexander von 224
Buber, Martin 257
Bucharin, Nicolai 147
Buchholz, Erich 269
Büchner, Georg 123
Bullock, Allan 187, 214
Bultmann, Rudolf 172, 279
Burmeister, Brigitte 244
Burns, John 249
Busch, Wilhelm 120
Buschmann, Ernst 30
Bush, George W. 232

C

Camus, Albert 278, 221
Canetti, Elias 172
Cardenal, Ernesto 234
Cargopulos, Christos 136
Carlebach, Emil 42, 154, 161, 191
Carné, Marcel 216
Caron, Lesli 216
Carsten, Francis L. 187
Cäsar, Julius 214
Case, Pamela 215
Castro, Emilio 273
Castro, Fidel 59, 172
Celan, Paul 218
Chavez, Hugo 148
Chevalier, Maurice 216
Churchill, Winston 134, 250
Claas, Herbert 103
Cleaver, Eldridge 240
Clemen, Otto 87
Clift, Montgomery 216
Clouzot, Henri-Georges 218
Cohn, Professor in Breslau 254
Cole, Nat King 213
Coleridge, Samuel Taylor 247
Constable, John 248
Conze, Werner 187
Conzelmann, Hans 29, 280
Cooper, Gary 216
Coppik, Manfred 30
Costa-Gavras, Constantin 137
Craig, Gordon A. 187
Cromwell, Oliver 140
Crossmann, Richard 227
Czempiel, Ernst Otto 152

D

Dagan, Daniel 257
Dähne, Eberhard 103, 215
Dalida (Iolanda Cristina Gigliotti) 216
Dandridge, Dorothy 216
Davis, Angela 152, 240
Davis, Sammy Junior 213
Dean, James 216
Degenhardt, Franz-Josef 214
Dehn, Günther 54
Deiseroth, Dieter 164, 207
Delaney, Shelagh 240
Demongeot, Mylène 217

Denninger, Erhard 51
Deppe, Frank 32, 37, 39, 51, 103, 155, 157, 215
Derleder, Peter 164
Desch, Kurt 36, 123, 145
Deutschbein, Max 215
Diamant, Max 85, 141
Dibelius, Otto 6, 256, 265, 272
Diderot, Denis 199
Dieckmann, Johannes 28, 30, 34, 35, 37, 113, 123, 216, 240
Diehl, Walter 224, 225, 229, 258
Diem, Hermann 268, 270
Diers, Andreas 136, 142,150
Dietrich, Barbara 129
Dietrich, Marlene 216
Dietz, Eduard 12
Dietz, Laura, jun. 84
Dilthey, Wilhelm 170, 183
Doerries, Reinhard R. 98
Dörfler, Geheimrat Dr. 44
Döring, Detlef 61
Dörrich, Jupp 30
Dostojewski, Fjodor 221
Drache, Heinz 222
Drechsler, Hanno 30, 138
Dregger, Alfred 158, 159
Dreiser, Theodore 221
Drexel, Joseph 170
Dulles, John Foster 262
Dürrenmatt, Friedrich 214
Dutschke, Rudi 119, 282
Düx, Heinz 80

E

Ebbinghaus, Julius 157
Ebert, Friedrich 46, 54, 191
Ebert, Karl 73
Eckert, Claudia 74
Eckert, Elisabeth, geb. Setzer 10, 17, 18, 70, 71, 72, 75, 83, 84, 85, 88, 99, 83, 84, 92, 93, 99
Eckert, Emma 9
Eckert, Erwin 5, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 30, 37, 38, 40, 41, 51, 52, 55, 59, 60, 63, 65, 66, 67, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 96, 99, 100, 119, 138, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 154, 209, 210, 211, 215, 219, 225, 227, 229, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 252, 253, 254, 256, 258, 259, 260, 262, 265, 266, 268, 271, 272, 274, 277, 280, 282, 283, 284, 285, 286, 288, 289
Eckert, Georg Ludwig 9, 70
Eckert, Heidi 70, 99, 101
Eckert, Hellmuth 84
Eckert, Herbert 84
Eckert, Jobst-Wolfram 74, 75
Eckert, Juliane, geb. Hödl 75, 97, 98, 99,100, 101
Eckert, Jutta-Juliane, geb. Grawlik 74
Eckert, Klaus 70, 75, 98, 99, 101
Eckert, Marc 75, 101
Eckert, Rainer 215
Eckert, Sven 75, 101
Eckert, Veronika gen. Wansart 74
Eckert, Wolfgang 10, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 84, 85, 86, 88, 92, 93, 97, 99, 100, 143
Eggebrecht, Axel 149
Ehlers, Hermann 272
Eich, Günter 221, 279
Eichholtz, Dietrich 192
Eichmann, Adolf 36, 80, 274, 280
Eigen, Sabine 124
Einbeck, Walter 100
Einstein, Siegfried 94, 274
Eisler, Georg 246
Eisler, Hanns 218
Elfes, Wilhelm 227
Eliot, Thomas Stearns 215
Ellwein, Thomas 151
Engelhardt, Klaus 65, 286
Engelmann, Bernt 36
Engels, Friedrich 60, 68, 77, 147, 154, 169, 172, 181, 185, 193, 194, 212, 232, 235, 250
Engler, Wilhelm 20
Erbacher, Hermann 260
Erdmann, Karl-Dietrich 187
Ernst, Karl 49
Ernst, Max 172
Erzberger, Matthias 181, 282
Eschenburg, Theodor 187
Esser, Peter 173
Ettemeyer, Jörg 41
Eyck, Peter van 218

F

Fabian, Walter 154
Fairbanks, Douglas 118
Falter, Jürgen W. 252
Farner, Konrad 172
Faulhaber, Max 20
Feder, Gottfried 255
Fehler, Karl 90
Feldbauer, Gerhard 194, 196
Fellini, Federico 216
Feuchtwanger, Lion 123
Fichte, Johann Gottlieb 202
Filbinger, Hans 70
Fink, Heinrich 61
Finker, Kurt 267, 273

Fisch, Walter 30
Fischer, Fritz 144, 261, 280
Fischer, Joachim 9, 59, 253
Fischer, Joseph Martin (Joschka) 46
Flintzer, Alfred Kurt 225
Form, Wolfgang 92
Forsthoff, Ernst 129, 151
Frank, Anne 218
Freud, Sigmund 152, 172, 177
Freyberg, Jutta von 103
Fricke, Annette 62
Fricke, Dieter 60, 61, 183
Fried, Erich 120
Friedrich, Otto 256, 272
Fritsch, Werner 183
Fritzsche, Klaus 39
Froese, Leo 244
Frohwein, Amtsgerichtsrat Dr. 90
Früh, Eckart 246
Fuchs, Emil 11, 40, 41, 42, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 70, 144, 145, 154, 253, 254, 258, 284, 286, 289
Fuchs, Gerhard 85, 254
Fuchs, Gerhard, Historiker 194
Fuchs, Hedy 84
Fuchs, Karl 84
Fuchs, Klaus 58, 62, 85, 254
Fuchs-Kittowski, Klaus 38, 62
Fühmann, Franz 63, 197
Fülberth, Georg 21, 32, 37, 38, 39, 54, 103, 119, 147, 195, 215, 236, 245, 246, 253, 276, 290
Furet, François 187

G

Gailus, Manfred 117, 118, 252, 253, 260, 266, 270, 273, 277, 278, 291
Gandhi, Mahatma 139
Gantenbrink, Bruno 220
Gasperi, de, Alcide 6
Gauck, Joachim 32
Gaus, Günter 215, 219, 220, 244
Gawlik, Karl 98
Gay, Peter 194
Gayl, Wilhelm Moritz Frhr. von 54
Gebhardt, Hans 30
Geiler, Franz 20
Geissler, Christian 123
Gerlach, Wolfgang 266
Gerstenmaier, Eugen 272, 273
Giacometti, Alberto 172
Gilcher-Holthey, Ingrid 282
Gingold, Peter 30, 215
Gingold, Silvia 152
Ginsberg, Ernst 172
Girnus, Wilhelm 30, 34, 113
Gizikis, Phaidon Dimitriou 135
Gneist, Rudolf von 204
Goebbels, Joseph 70, 253
Goerdeler, Carl 52, 125, 252
Goes, Albrecht 221
Goethe, Johann Wolfgang von 43, 44, 99, 171, 269, 279
Gohl, Diethelm 287
Goldhagen, Daniel 80
Goldschmidt, Dietrich 264, 265
Goldstein, Kurt Julius 67, 68, 69, 79, 80, 197, 198, 215, 219, 257, 289
Goldstein, Margot 67
Goodman, Benny 217
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 287
Göring, Bernhard 11
Gorki, Maxim (Alexei Maximowitsch Peschkow) 68
Gorvin, Joana Maria 172
Gossweiler, Kurt 87, 88, 182, 197, 212, 260
Götting, Gerald 61
Gottschaldt, Eva 37
Gottwald, Herbert 183
Götz, Volker 152
Gramsci, Antonio 154, 169
Gräser, Camille 172
Grawlik, Jutta-Juliane, verh. Eckert 74
Greene, Graham 221
Gregor, Birgit 264, 270
Gremliza, Hermann L. 170
Griepenburg, Rüdiger 103
Grimm, Thomas 51
Groener, Wilhelm 42, 45, 46, 47, 54
Gross, Johannes 34, 113
Groß, Pfarrer 96
Grosse, Heinrich 265, 268
Grossmann, Hendryk 140
Grünberg, Carl 140
Grundmann. Walter 263, 264
Grunewald, Michel 277
Grzesinski, Albert 46
Güde, Max 224, 230
Gürtner, Franz 85
Gysi, Gregor 30, 31

H

Haag, Paul 88, 227, 228
Haberer, Johanna 253
Habermas, Jürgen 37, 120
Hacker, Andrew 240
Hacks, Peter 172
Haffner, Sebastian 54
Hager, Nina 209
Hahne, Günther 59

Haley, Bill 213, 216
Hamm, Berndt 266
Hammann, Konrad 279
Händel, Georg Friedrich 213
Hannover, Heinrich 95, 144, 224, 225, 228, 230, 258
Hantel, Familie 85
Harich, Wolfgang 34
Harpuder, Heinrich 17
Harrer, Jürgen 103
Harrington, Michael 240
Harris, Julie 216
Hatheyer, Heidemarie 173, 222
Hayden, Tom 240
Hazlitt, William 246, 247
Hebel-Kunze, Bärbel 103
Heck, Lehrer 10
Hedeler, Wladislaw 195
Heer, Friedrich 34
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 154, 169, 170, 172, 174, 175, 178
Heidegger, Martin 172, 218
Heider, Paul 195
Heim, Claus 17
Heimann, Siegfried 277
Heimerich, Heinrich 21
Heine, Heinrich 95, 123, 124, 127, 139
Heinemann, Gustav 24, 144, 206, 226, 227, 282
Helldorff, Wolf-Heinrich von 49
Heller, Hermann 154, 255
Heller, Vitus 145
Heller-Neumann, Helga 123, 127, 128
Hemingway, Ernest 123, 218, 240
Henker, J. 228
Hepburn, Audrie 216
Heraklit 171
Herder, Johann Gottfried 172
Hering, Rainer 271
Hermle, Siegfried 279
Hermlin, Stefan 246
Hertweck, Flickschneider in Mannheim 85
Herz, Johannes 41
Herzfeld, Hans 187
Herzfelde, Wieland 30, 34, 113
Herzog, Roland 46
Heschel, Susannah 263, 264, 271
Heuer, Uwe-Jens 31
Heusterberg, Babette 195
Hey, Richard 128
Heydte, Friedrich August Frhr. von der 129
Hildenbrandt, Georg 240, 244
Hilferding, Rudolf 183
Hillgruber, Andreas 187
Hindenburg, Paul von 17, 50, 70, 77, 90, 181, 183, 210, 254
Hinkelammert, Franz 232, 235, 236, 237
Hintze, Peter 31
Hirano, Joshitaro 227
Hirsch, Hans-Joachim 141
Hirsch, Rudolf 224, 258
Hirschfeld, Kurt 172
Hirschler, Franz 13, 254
Hitchcock, Alfred 216
Hitler, Adolf 13, 16, 17, 19, 35, 36, 42, 49, 50, 52, 53, 54, 56, 57, 68, 77, 79, 80, 82, 84, 87, 88, 90, 92, 94, 109, 112, 128, 130, 131, 132, 134, 163, 181, 184, 186, 190, 191, 192, 193, 210, 214, 215, 228, 238, 240, 252, 254, 255, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 272, 279, 290
Ho Chi Minh 30
Hobsbawm, Eric 77, 78, 147, 154, 181, 187, 188, 189, 190, 194, 198, 199, 218, 219, 236, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 275, 289, 290
Hobsbawm, Nancy 77
Hochhuth, Rolf 177
Hödl, Georg 97, 99
Hödl, Maria 98
Hoereth-Menge, Edith 225
Hoffmann, Heinz 211
Hoffmann, Wolfgang 19
Hofmann, Werner 28, 38, 154, 281
Hofmann, Oberinspektor 95
Hohnsbein, Hartwig 268
Hölderlin, Johann Christian Friedrich 269
Holz, Hans Heinz 5, 6, 25, 34, 38, 60, 157, 188, 199, 211, 219, 224, 229, 239, 243, 244, 252, 259, 289, 291
Holzer, Horst 152
Horkheimer, Max 272, 281
Horkheimer. Max 154, 177
Horn, Klaus 28, 35
Horn, Rudolf von 42
Hörz, Martin 85, 90, 141
Hösler, Joachim A. 197
Hossein, Robert 216
Hromádka, Josef 268
Hubatsch, Walter 187
Huber, Ernst Rudolf 129, 187
Huber, Wolfgang 83
Hubig, Christoph 168
Hübsch, Reinhard 34, 113, 114
Hugenberg, Alfred 57
Hughes, Langston 240
Husserl, Edmund 10

I

Iggers, Wilma und Georg G. 194
Illmer, Werner 130
Ipsen, Hans Peter 129

Itten, Johannes 172, 174
Iwand, Hans Joachim 22, 24, 227

J

Jäger, Anne Maximiliane 36, 112
Jäger, Daniel 63
Jagusch, Heinrich 229
Janich, Peter 157
Jantzen, Wolfgang 215
Jarausch, Konrad H. 221, 279, 280
Jaspers, Karl 6
Jessen, Ralph 280
Johnson, Uwe 241
Judick, Günter 195
Jung, Carl Gustav 172, 177
Jünger, Ernst 177
Juvenal 27

K

Kaehler, Benjamin 101
Kahl, Joachim 35
Kaiser, Karl 74, 99
Kammler, Jörg 103, 154
Kamnitzer, Heinz 30, 34, 95, 113
Kant, Hermann 215, 218, 219, 241, 244
Kant, Immanuel 157, 170, 175, 279
Kapluck, Manfred 30
Kappes, Heinz 17, 65, 66, 86, 87, 219, 238, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 273, 274, 288, 289
Kaschnitz, Guido von Weinberg 176
Kaul, Friedrich Karl 127, 224, 225, 229, 258
Kautsky, Karl 107
Keats, John 247
Kelley, Grace 216
Kelly, Gene 217
Kemeny, Zoltan 172
Kemerlis, Panayiotis 136
Kempin, Wilhelm 86
Kempner, Robert M .W. 262
Kershaw, Ian 187
Keßler, Mario 196
Kestner, Jürgen 152
Kettner, Richard 91
Kettner-Graep, Gustl 86, 91
Kiesinger, Kurt Georg 70, 283
King, Martin Luther 240, 282
Kinkel, Klaus 275
Kirchner, Johanna 154, 210
Kirsamer, Welly 73
Kirsten, Emil 131, 133
Kissinger, Henry 166
Klaus, Oberdienstrat 95
Klee, Ernst 258, 262
Klein, Fritz 194, 195
Kleinschmidt, Karl 6, 41, 61, 144, 256, 270
Kleist, Heinrich von 169, 172
Klemperer, Otto 70
Klenner, Hermann 168, 203
Klett, Ernst 126
Kloppenburg, Heinz 60
Klopstock, Friedrich Gottlieb 123
Knebel, Fletcher 240
Knef, Hildegard 217
Knittel, Kurt 258
Knorr, Lorenz 30, 215
Kock, Manfred 258, 262, 263, 270
Kofler, Leo 168
Kohl, Helmut 80
Köhler, Horst 275
Köhler, Otto 267
Köhne, Fritz 89, 91
Kolko, Gabriel 187, 240
Kompalla, Erich 225
Konishi, Satoru 244
Könnemann, Erwin 195
Koppel, Helga 36
Kracht, Klaus Große 280
Kramberg, Karl Heinz 119
Kramer, Ernst 118
Kraschutzki, Heinz 224, 225, 230
Kraus, Karl 246
Kraushaar, Wolfgang 27, 28, 31, 32
Krauss, Werner 172, 177
Kreck, Walter 27
Krogel, Wolfgang 278
Krupp, Gustav von Bohlen und Halbach 183
Kuczynski, Jürgen 175
Kühlewein, Julius 87
Kuhne, Sibylle 100
Kühnl, Reinhard 34, 113, 215, 253, 255
Kummer, Bernd 79
Künneth, Walter 266, 267, 273, 274
Kupisch, Karl 275
Küster, Fritz 230
Küster, Ingeborg 227
Kustosch, Brigitte 7, 39, 81, 150, 222, 241, 245, 276
Kutscha, Martin 136, 275

L

Lambris, Grigoris 137
Lange, Friedrich Albert 157
Lange, Helmut 103
Langhoff, Wolfgang 17, 82, 92, 98, 210
Langner, Ilse 221
Laqueur, Walter 187
Lattmann, Dieter 215, 220, 244
Laughton, Charles 216
Leffler, Siegfried 263
Lehmann, Ernst Josef Israel 86

Lehmann, Gerda 86
Lehmann, Kurt 86
Leibniz, Gottfried Wilhelm 169, 170, 172, 175, 180
Lempp, Eberhard 63
Lenhard, Hartmut 264
Lenin, Wladimir I. 30, 51, 62, 68, 103, 110, 139, 152, 153, 154, 169, 181, 183, 192, 193, 194, 197, 203, 210, 211, 212
Lenk, Kurt 29, 280
Lensink, Jos 168
Lepp, Claudia 279
Lessing, Gotthold Ephraim 123, 172, 214, 250, 279
Levi, Paul 181, 185, 254
Lewy, Guenter 116, 273
Lichtenberg, Georg Christoph 250
Lieberam, Ekkehard 102, 137
Liebknecht, Karl 43, 48, 54, 77, 85, 102, 110, 136, 137, 141, 154, 181, 182, , 191, 282
Liebknecht, Wilhelm 154
Liegniez, Rolf 73
Lilje, Hanns 266, 268, 269, 272
Litt, Theodor 178
Löhlein, Paul 86
Lohner, Helmut 173, 222
Losurdo, Domenico 168, 224, 259
Löw, Hanns 87
Löwenthal, Gerhard 122
Lübke, Heinrich 29
Ludwig, Hartmut 54, 84
Lukács, Georg 153, 154, 169, 170, 172, 177, 202
Lulli, Folco 218
Lundberg, Ferdinand 240
Lundt, Bea 271
Luther, Martin 6, 23, 87, 260, 261, 265, 270
Luxemburg, Rosa 40, 54, 57, 77, 102, 103, 110, 137, 152, 154, 181, 182, 185, 191, 254, 282
Luzzatto, Lucio 228

M

Maas, Hermann 271
MacDonald 151
Maihofer, Werner 144, 224
Mallmann, Klaus-Michael 271
Man, Hendrik de 151
Mann, Heinrich 123, 124
Mann, Thomas 171
Mann, Tom 249
Mannheim, Karl 172
Mao Tse-tung 30, 169, 172
Marahrens, August 263, 264, 265, 272, 274
Marat, Jean Paul 59
Marceau, Marcel 173, 222
Marcuse, Herbert 172, 177, 179
Markezini, Spyros 135
Markov, Walter 40, 51, 58, 59
Markun, Silvia 170
Marschler, Willi 44
Martzloff, Philipp 20
Marum, Ludwig 257
Marx, Karl 40, 48, 60, 61, 62, 67, 68, 77, 78, 141, 147, 148, 150, 151, 152, 154, 168, 169, 181, 185, 192, 194, 212, 232, 235, 249
Masina, Giulietta 216
Matthias, Erich 187
Maus, Heinz 29, 34, 103, 280
Mausbach-Bromberger, Barbara 86, 88, 89, 90, 91
Mayer, Hans 172, 177
McCarthy, Joseph 30
Mehring, Franz 68, 147
Meier, Kurt 61, 252, 263
Meiser, Hans 253, 262, 263
Mensing, Björn 262
Merleau-Ponty, Maurice 218
Metaxas, Ioannis 131, 132
Metscher, Thomas 209
Meyer, Familie 82
Meyer, Gert 103, 244, 253
Michal, Robert 73
Mies, Herbert 146, 210
Miller, Arthur 217, 240, 312
Miller, Glenn 216, 311
Miller, Susanne 187
Mills, C. Wright 106, 219, 222, 240
Miranda, José Porfirio 234
Mitscherlich, Alexander und Margarete 221
Mitzenheim, Moritz 61
Moeller van den Bruck, Arthur 84
Mommsen, Theodor 250
Mommsen, Wolfgang J. 187
Montand, Yves 217, 218
Morgan, Robert 263
Moritz, Hans 41
Morris, William 246, 248
Morsey, Rudolf 187
Mosse, George L. 194
Moustaki, Georges 214
Mozart, Wolfgang Amadeus 213
Muckermann, Joseph 253
Mühsam, Erich 67
Müller, Hanfried 6, 27, 112, 172, 211, 219, 252, 259, 270, 272
Müller, Hermann 158
Müller, Kurt 30
Müller, Ludwig 262
Müller, Rolf 216
Müller-Streisand, Rosemarie 252

Münchmeyer, Ludwig Johann 253
Münchow, Herbert 102, 137
Münzenberg, Wilhelm 17
Münzer, Thomas 139, 140, 235
Mussolini, Benito 108, 125, 268

N

Naumann, Friedrich 62
Negt, Oskar 154
Nelson, Leonhard 90
Nestroy, Johann 246
Neumann, Helga 112, 119, 125, 126
Neumann, Michael 119
Neumann, Robert 29, 34, 35, 36, 79, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 154, 216, 219, 221, 280
Neumeister, Hans [Rudi] 86
Neusüß, Anselm 35
Nicolaisen, Carsten 253
Niekisch, Ernst 71, 170
Niemöller, Martin 6, 24, 227, 230, 265, 285
Nietzsche, Friedrich 169, 170
Nipperdey, Hans Carl 129
Noack, J. 228
Noll, Alfred J. 171
Nolte, Ernst 30, 187, 221
Norden, Albert 60, 75, 210
Noske, Gustav 47, 54, 104
Noss, Peter 278
Noullas, griechischer Zahnarzt 133
Novak, Kim 216
Nuschke, Otto 172

O

O'Casey, Sean 246, 247
Oberhof, Johannes 225
Oelke, Harry 266, 279
Oertzen, Peter von 39
Olden, Rudolf 66
Ooyen, Willi van 205
Opitz, Reinhard 88
Ormond, Henry 127
Osborne, John 219, 240, 315
Ossietzky, Carl von, 118, 125, 181, 183, 254
Otte, Hans 265, 268
Otto, Rudolf 279
Owen, Robert 249

P

Pachelbel, Johann 213
Paech, Norman 207
Pahlavi, Mohammad Reza Schah 163
Papadopoulos, Georgios 135
Papen, Franz von 42, 44, 47, 54, 55, 56, 57, 82
Pasti, Nino 222
Pätzold, Kurt 82, 92, 94, 195, 196, 215, 219, 238, 253, 264, 267, 276
Paul, Gerhard 271
Pease, Edward 249
Peck, Gregory 216
Perels, Joachim 70, 87, 129, 139, 265, 268, 269, 272, 274
Peres, Simon 148
Peter, Lothar 103, 157
Peter, Ulrich 277
Pfeiffer, Arnold 61
Pfeiffer, Christian 224
Picasso, Pablo 172
Picht, Dagmar 277
Pieck, Wilhelm 14, 30, 210
Pinkus, Theo 153
Pinter, Harold 240
Piper, Ernst 266
Platon 175
Plenzdorf, Ulrich 241
Poelchau, Harald 254
Poliakoff, Serge 172
Porter, Jimmy 219
Posser, Diether 144, 224, 225, 258
Postman, Neil 288
Prangel, Gerhard 244
Preminger, Otto 216
Presley, Elvis 213
Pritt, Denis Nowell 224, 258, 323
Prokoph, Werner 54
Prolingheuer, Hans 83, 85, 146, 274
Pross, Harry 29, 280
Puschner, Uwe 277

Q

Quadflieg, Will 222
Quennet, Arnold und Elly 244

R

Rackwitz, Arthur 85
Rade, Martin 62, 85, 279
Raingold, Howard Peter 215
Rameau, Jean-Philipp 213
Ramelow, Bodo 39
Rathenau, Walter 181, 183, 282
Ratzinger, Joseph, Papst Benedikt XVI. 6
Raussendorff, Klaus von 147
Reagan, Ronald 232
Rebensburg, Hermann 144
Reich, Klaus 157
Reimann, Max 21, 30, 67, 144, 209
Reinhardt, Rudolf 37
Reinmuth, Lehrer 10
Reiprich, Kurt 40

Remer, Ernst Otto 80
Renn, Ludwig 44
Renz, Werner 86, 116, 127, 251, 258, 260, 278
Resnais, Alain 216
Retter, Ralf 266
Richter, Hans Werner 128
Rickers, Folkert 281
Ridder, Helmut 5, 25, 35, 40, 45, 46, 50, 51, 82, 95, 103, 138, 144, 146, 148, 153, 154, 157, 158, 163, 164, 165, 166, 167, 171, 183, 184, 191, 192, 198, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 219, 220, 228, 230, 238, 261, 274, 275, 285, 289
Riel, Arthur 131, 133,
Riemeck, Renate 28, 220
Riemenschneider, Tilman 172
Rilke, Rainer Maria 172
Rilling, Rainer 37
Ringshausen, Gerhard 265
Rinnen, Anja 263
Ritter, Gerhard 36, 252
Ritter, Karl Bernhard 36
Robespierre, Maximilien de 110
Röder, Paul 92
Röhl, Klaus Rainer 126
Röhm, Eberhard 253
Röhm, Ernst 18, 87, 88, 91, 260
Röhr, Werner 195
Römer, Beppo 17
Römer, Peter 17, 244
Rosenberg, Alfred 13, 237, 266, 267
Rosenfeld, Kurt 16, 130, 141, 212, 238
Roser, Wilhelm 34
Rosselini, Roberto 218
Rosskopf, Annette 229
Rostig, Dittmar 41, 62
Roth, Karl Heinz 195
Rothfels, Hans 280
Roux, Jacques 59, 63, 211
Rückleben, Hermann 260
Rudloff, Michael 61
Rudolph, Luise 87
Rudow, Paul 243
Ruge, Arnold 78, 181, 187
Ruge, Walter 77, 198, 219
Ruge, Wolfgang 42, 54, 63, 77, 78, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 219, 244, 246, 253, 289
Rupp, Rainer 276
Russell, Bertrand 172, 240

S

Sabrow, Martin 280
Sachs, Nelly 123
Sachsen-Altenburg, Ernst II. von 42
Sade, Donatien Alphonse François de 59
Salazar, António de Oliveira 163
Salomon, Bruno von 17
Sanguinetti, Antonio 222
Sartre, Jean-Paul 170, 172, 175, 176, 177, 178, 217, 218
Sasse, Martin 260, 261
Schäfer, Georg 61
Schäfer, Max 146
Scharf, Volkram Anton 244
Scharrer, Manfred 85, 141
Scheer, André 148
Scheibert, Peter 151
Schelling, Friedrich Wilhelm 170
Schelsky, Helmut 219
Scheringer, Richard 17
Schickel, Joachim 177
Schiele, Martin 52
Schieler, Fritz 20
Schiller, Friedrich 97, 99, 216, 279, 288
Schiller, Karl 159
Schilling, Otto 87
Schlamm, William S. 35, 122, 177, 240
Schlechta, Karl 176
Schleich, Heinrich 63
Schleicher, Kurt von 47, 56, 57
Schleiermacher, Friedrich 40, 62
Schleifstein, Josef 154, 161
Schmid, Carlo 19, 143
Schmidt, Helmut 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 250
Schmidt, Josef 99
Schmidt, Siegfried 183
Schmidt-Eenboom, Erich 144
Schmiederer, Ursula 103
Schmiedgen, Werner 131
Schmitt, Carl 129
Schmitt, Hans-Werner 98
Schmitz, Elisabeth 260, 277
Schneider, Franz Paul 25
Schneider, Horst 264
Schneider, Kurt 40
Schneider, Paul 218, 281
Schneider, Peter 51
Schneider-Ludorf, Gury 266
Schnell, Karl Ulrich 93, 146, 237, 251, 253, 286
Schneller, Ernst 16
Schöffel, Simon 270, 271
Scholder, Klaus 252, 286
Schöler, Uli 38, 119, 136, 139, 150, 155
Schopenhauer, Arthur 172
Schramm, Percy S. 35,
Schröder, Ernst 173, 222
Schröder, Gerhard 46

Schubert, Franz 213
Schulz, Gerhard 187
Schumacher, Kurt 22, 62, 143, 144
Schumann, Robert 6
Schuon, Karl Theodor (Theo) 103
Schütte, Wolfram 118
Schütterle, Gretel 82
Schwarz, Erika 82, 238
Schwarz, Peter Paul 113
Schweitzer, Albert 28, 220, 279
Seeger, Pete 216
Seghers, Anna 218
Seidel, Helmut 40
Seigewasser, Hans 25, 61
Semprun, Jorge 137
Seraphis, Stephanos 132
Severing, Carl 46, 49, 51
Seydewitz, Max 16, 130, 141, 212, 238
Shakespeare, William 223
Shaw, George Bernard 151, 246, 247, 249, 250
Shore, Daniel 218
Siemens, Carl Friedrich von 183
Signoret, Simone 217
Sillitoe, Alan 217, 240
Simmons, Jean 216
Simon, Johann 271
Simon, Ludwig 260
Sinatra, Frank 213
Sinzheimer, Hugo 154
Skriver, Ansgar 119
Soden, Hans von 279
Söhlmann, Fritz 266
Sonntag, Kurt 131, 188
Soper, Donald 215
Soukup, Uwe 54
Speith, Helge 35, 38, 168, 178, 240, 243, 244
Spiegel, Yorick 252
Spoo, Eckart 128, 229
Staadt, Jochen 28
Stachel, Peter 195
Stalin, Josef 104, 134, 181, 188, 192, 193, 195, 198, 254
Stappenbeck, Christian 6, 41, 61, 270, 273
Staudte, Wolfgang 217
Steigerwald, Robert 70, 148, 209, 210
Steinberg, Werner 151
Steinhaus, Kurt 76, 103
Stempinski, Wloszimierz 244
Stendhal (Marie-Henri Beyle) 247
Stengel, Friedemann 264
Stern, Frank 120
Stern, Fritz 187
Stewart, James 217
Stiffel, Karl 230
Stinnes, Hugo 183
Stirner, Max 172
Stoecker, Adolf 262
Stoltenberg, Gerhard 159
Stoodt, Hans-Christoph 148
Stosch, Anita 75
Strauß, Franz Josef 158, 159
Streicher, Julius 128, 260, 262
Stresemann, Gustav 77, 181, 183, 194
Strobl, Ingrid 67
Stuckmann, Horst 215
Suck, Ernst-August 144
Suttner, Bertha von 225
Synge, John Millington 247
Szczesny, Gerhard 34

T

Tabori, George 120
Taddey, Gerhard 9, 59, 253
Tal, Mario 275
Tartschoff-Newman, Todja 215
Taylor, Elizabeth 216
Taylor, John Russell 240
Taylor, Robert 216, 219
Thalheimer, August 110, 154
Thälmann, Ernst 18, 183, 210, 218
Theodorakis, Mikis 137
Thierfelder, Jörg 253
Thomas, Christa 227
Thorez, Maurice 30
Thorne, Will 249
Thukydides 198
Tiefes, Gustav 225
Tillett, Ben 249
Tjaden, Kai Hermann 103
Togliatti, Palmiro 30, 154
Trautmann, Dr., Vors. des Pol. Strafsenats beim OLG in Kassel 94
Trebs, Herbert 61, 62
Treitschke, Heinrich von 262
Troeltsch, Ernst 10
Trotzki, Leo D. 254
Truffaut, François 216
Tucholsky, Kurt 124, 125
Tügel, Franz 270
Türcke, Christoph 192
Türk, Karl Heinz 100
Turner, Henry A. 187
Tzschachmann, Ernst 216, 220

U

Uhse, Bodo 17
Ulbricht, Walter 28, 30, 138, 210, 220
Unruh, Fritz von 177

V

Vanel, Charles 218
Vassilikos, Vassilis 137
Vega, Raphael de la 154
Veit, Marie 253
Velliadis, Hannibal 131
Velouchiotis, Aris 132
Verdi, Giuseppe 70
Verleger, Rolf 148
Vesper, Karlen 79, 182
Villon, Jacques 172
Vivaldi, Antonio 213
Vlady, Marina 216
Vogeler, Heinrich 196
Vollmer, Antje 90
Vollnhals, Clemens 262
Voltaire 30, 224, 250, 282
Vorländer, Karl 140
Vrba, Rudolf 261

W

Wagenknecht, Sahra 31
Wagner, Friedrich (Fritz) 88, 91
Waigel, Theo 31
Wain, John 240
Waller, Fats 213
Wallmann, Walter 38, 39, 138
Walter, Franz 277
Walter, Hans Albert 115
Wandel, Paul 75
Wansart, Veronika, verh. Eckert, 74
Wassermann, Rudolf 164
Watzdorf-Bachof, Erika von 98
Webb, Beatrice 249
Webb, Sidney 249
Weber, A. Paul 213
Weber, Josef 135
Weber-Kellermann, Ingeborg 244
Wehner, Herbert 104
Wehofer, Willi 133, 134
Weimann, Robert 219, 240
Weiß, Peter 59, 63, 120
Weißbecker, Manfred 9, 34, 35, 38, 82, 86, 88, 92, 113, 183, 195, 229, 253, 258, 284
Weizsäcker, Richard von 28, 30, 31, 108
Wells, Herbert George 249
Wendelborn, Gert 6, 10, 83, 86, 148, 235, 244, 253, 255, 257, 259, 270, 289
Werner, Friedrich 261
Wernig, Dieter 216, 220
Wernlein, Hans 209, 210
Wesker, Arnold 240
Wheeler-Bennett, John W. 187
Wiemann, Ernst 222
Wiemann, Mathias 172, 173
Wiese, Benno von 215
Wilde, Oscar 214, 247
Wilhelm II. 43
Williams, Raymond 240
Williams, Vaughan 97, 101
Windelband, Wilhelm 10
Winkler, Dieter 195
Winkler, Heinrich August 187, 196
Wippermann, Wolfgang 118
Wischnewski, Siegfried 173
Wissebach, Hans 215
Wittenberger, Werner 40
Wittfogel, Karl August 43
Wlassow, Andrei Andrejewitsch 143
Wobbermin, Ernst Gustav Georg 10
Wohleb, Leo 74
Wohlrath, Gerhard 20, 225
Wolf, Christa 241
Wolf, Ernst 257
Wolf, Lore 86, 88, 90, 91, 154, 210, 260
Wolf, Winfried 31
Wolff, Karl 90
Wollenberg, Jörg 128
Wordworth, William 247
Wünsch, Georg 27
Wurm, Theophil 262, 263, 264, 272

X

X, Malcom (Malcom Little; El Hajj Malik el-Shabazz) 240

Y

Yeats, William Butler 247

Z

Zabel, Jürgen Konrad 216
Zakovski, Elisabeth 90, 91
Zakovski, Josef 90
Zeidler, Hans-Dieter 173
Zetkin, Clara 154, 181, 184
Zimmer, Jörg 168
Zimmermann, Peter Friedrich 61
Zweig, Arnold 115, 123, 218
Zwerenz, Gerhard 118, 123, 124, 126, 127

Über die Autoren

Friedrich-Martin Balzer, Jg. 1940, Dr. phil., Studiendirektor a.D., Historiker; zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Weimarer Republik, des »Dritten Reiches«, der Bundesrepublik und der DDR [www.Friedrich-Martin-Balzer.de].

Manfred Gailus, Jg. 1949, Professor für Neuere Geschichte in Berlin, forscht, schreibt und spricht vor allem über die Geschichte der protestantischen Kirchen seit dem Kaiserreich. Er hat dazu zahlreiche Bücher und Aufsätze veröffentlicht. 2008 erschien der von ihm herausgegebene Sammelband *Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im »Dritten Reich«*. 2010 folgte *Mir aber zerriss es das Herz. Der stille Widerstand der Elisabeth Schmitz.*

Hans Heinz Holz, Jg. 1927, Professor Dr. Dr. h.c., marxistischer Philosoph, Theoretiker und Publizist. Seine Gesamtbibliographie enthält mehr als 2500 Veröffentlichungen zu den Themen Philosophie, Kunst, Kultur, Politik, Theater, Literatur, Geschichte und Zeitgeschehen.

Der Publizist Friedrich-Martin Balzer legt mit diesem Sammelband ausgewählte Schriften seit 1998 vor. Der Titel (1 Thess 5,19-21) geht zurück auf den Trauspruch, den sein Vater ihm 1968 mit auf den Weg gab.

In der vorliegenden Sammelschrift geht Balzer auf Spurensuche nach zukunftsweisenden Gestalten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Im Mittelpunkt steht der badische Pfarrer und revolutionäre Sozialist Erwin Eckert (1893-1972). Darüber hinaus widmet sich der Autor dem Wirken von Wolfgang Abendroth, Emil Fuchs, Kurt Julius Goldstein, Hans Heinz Holz, Eric Hobsbawm, Robert Neumann, Helmut Ridder und Wolfgang Ruge.

Die persönlichen Erinnerungen Balzers an die 50er Jahre fanden die Bewunderung Eric Hobsbawms, der Umfang und Genauigkeit seines Erinnerungsvermögens an jene „kalten Zeiten" rühmt, in denen Balzer als Jazz-, Film-, Literatur- und Theaterliebhaber den postfaschistischen Nachkriegsjahren ein erstaunlich umtriebiges, eigenständiges und widerborstiges Leben abgewinnt.

Die hier erstmalig veröffentlichte Streitschrift über „Die Mitverantwortung des deutschen Protestantismus für Faschismus und Holocaust" verdeutlicht die Generalintention der Arbeiten Balzers in den letzten vier Jahrzehnten. „What you have written is very important and should be widely distributed. Please keep your voice loud and clear – there are so many people who need to hear you", so Susannah Heschel, Verfasserin des grundlegenden Werkes „The Aryan Jesus: Christian Theologians and the Bible in Nazi Germany", in einem Brief an den Autor.

Hans Heinz Holz schreibt in seiner „Kleinen Eloge auf einen Freund": „Der Historiker Balzer verstand von Anbeginn seines Studiums, daß der Faschismus die terroristische Herrschaftsform des Kapitalismus ist. Sein Antifaschismus konnte sich nicht auf die moralische Verurteilung des Unrechts beschränken, sondern mußte in erster Linie den gesellschaftlichen Ursachen gelten. Das heißt: Dem Kapitalismus ein System mit menschlicher Perspektive entgegensetzen. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß Martin Sozialist wurde, wie jene Theologen, denen sein Arbeitsinteresse sich zuwendete. Selbstverständlich, wenn man Wolfgang Abendroth nicht nur zum akademischen Lehrer hatte, sondern auch als gedanklichen Wegweiser und menschliches Vorbild wählte. Nicht ganz so selbstverständlich ist es, wie sich gezeigt hat, daß man diese Einstellung im Wandel der Zeiten und Opportunitäten auch durchhält. Martin ist immer geblieben, als der er angetreten ist, aus Entscheidungen, die auf Gründen beruhten".

Der Sammelband schließt mit einem Essay aus bürgerlich-liberaler Sicht von Manfred Gailus: „Iserlohner Pfarrersohn, Marburger Achtundsechziger und protestierender Post-Protestant. Friedrich-Martin Balzer zum Siebzigsten".

Marburg 2021
2. durchgesehene und korrigierte Auflage